Bankrott!

Juan Maler

JUAN MALER

BANKROTT!

Weise und Nichtweise schätzen die Geschichte gleichermaßen, da sie von außen gesehen nichts anderes ist als Erzählungen, die berichten, wie äußere Umstände die Angelegenheiten der Menschen umstürzen, aber ihrem inneren Wesen nach schließt sie die genaue Erkenntnis der Gründe und des Ursprungs aller Erscheinungen ein. Aus diesem Grunde baut sie auf die Philosophie auf und ist tief in ihr verwurzelt, so daß sie es verdient, unter deren Zweige gerechnet zu werden.

Ibn Haldun
1332 - 1406

Juan Maler

BANKROTT!

Buenos Aires 1993

QUEDA HECHO EL DEPOSITO QUE MARCA LA LEY 11.723

COPYRIGHT 1993 by JUAN MALER
8400 BARILOCHE — ARGENTINA

RESERVADOS TODOS LOS DERECHOS — ALLE RECHTE VORBEHALTEN
IMPRESO EN EUROPA — PRINTED IN EUROPE

BUENOS AIRES, REPUBLICA ARGENTINA
11 DE JUNIO DE 1993

Inhaltsverzeichnis

KOEXISTENZ MIT DER FREIMAURERREI 9

Deutschland brodelt 9

Die Internationalisierung unseres Lebens - Ein großer Wandel - Nihilisten - Bürgerkriege - Weltenzerstörer - Feindabsichten - „Maastricht" - Das vereinte Europa als Staatsziel - Volksbetrug - Geissler droht - Europa - Kolonien - Olympische Spiele - multikultureller Eintopf - Die Stadt des Menschen - der Vatikan - Die Abschaffung des deutschen Volkes - Weizsäckers demokratische Ordnung - Hoyerswerda - Rostock - Engholm und der menschliche Anstand - „Lösungen" - Asylantenpolitik - Staatsstreich in juristischer Verpackung Dänemark als Fanal - Klein- oder Groß-Europa - aus der europäischen Geschichte

Politik und Logen 34

Theodor Fritsch - Englische Außenpolitik - deutsche und romanische Logen - Besondere Beziehungen - von Stein - Okkultismus - Imperialismus - Entente-Freimaurerei - Die Linke trägt Trauer - Radikalismus - Freihandel - Gesellschaften der That - Südtirol - Kirchen und Gewerkschaften für Asylbewerber - Gemischte Erziehung - So leben die Deutschen - Gewalt gegen Deutsche - Generalstreik aller Ausländer - Absichtsvermutungsstrafrecht - Die Parteien - Königlich Preußischer Landrat - Die alte SPD - Politikerverdrossenheit - Gleichschaltung wie gehabt - Rock-Faschismus - Hetze von oben - Asylentschließungen im Bundestag - unmenschliche Weltordnung - Mölln - Ahrensbök - Angola als Beispiel - Die Verelendung der Welt - Albert Schweitzer - Credo Mutwa - Ein defektives Weltsystem - Hinein in die Loge! - Kuckucksstein - Politische Justiz - Vergessene Auslandsdeutsche - Königsberg - Moskau - Kasakstan - Wolga - Altai

Logenarbeit 84

Das Programm der Loge - Geheimhaltung und Deckung - Gefährdete Brüder - Weltrevolution - Goethe - Goethe-Institut in Santiago - Goethe oder Müller - Die Arbeitsstätte der Freimaurer - Alice im Wunderland - Barilochazo - Ausländerpolitik - Lichterketten - Staatsangehörigkeit - Die Krise der Philosophen - Intriganten - Art. 11 Abs. 2 - Terrorismus

Gestörte Wirtschaft 113

Brüsseler Stil - G7 in München - G7 in London - Währungsspekulation - Europa der zwei Geschwindigkeiten - europäischer Binnenmarkt - Börsenkrach - Die Bundesbank greift ein - Frankreich wählt - Geld - Krieg mit Steuern

Im Schmelztiegel der Philosophen 133

Der Krieg der Friedensapostel - Zerstören als erste Aufgabe - Die Bevormundung des Menschen - Der demokratische Reinfall von Maastricht - Schweizer und französische Stimmen - Der Weg nach Europa - Im Zeichen des Materialismus - Arbeitslosigkeit - Bankenherrschaft - Entwicklungshilfe - Industriepolitik - Sozialverwaltung - Neoliberalismus - Betrügerische Redewendungen - Subsidaritätsprinzip - deutscher Sitz im Sicherheitsrat - Internationalismus - „Deutsche" Außenpolitik - „Ost" und „West" - Gerangel um Maastricht - Privatisierungen - Grundgesetzänderungen - Englische Ratifizierung - die Schweiz stimmt ab - Manfred Brunner - Was bedeutet das Ende des Sozialismus? - Die Utopie ist tot - Die Anti-Utopie - Das Ende der Geschichte - Die Moral - Die große Kreuzung - Scientology - Die Parias - Fukuyama - Rawls - Der Neue Katechismus - Toleranz - Die Neuzeit - Friedensdiktate - Wer will die Welt beherrschen? - Nationalismus - Gustav Stresemann - Ausländerfeindlichkeit - Disraeli - Ausländer-Integration - Regionen - Volkslieder - Einbürgerungen - „Europäische" Kultur - von Scheffer - Deutschland ist kein Einwanderungsland - Selbstbestimmung - Freihandel - Myrdal - Ölsaaten - Stahl - Staatsgeschäfte - GATT - Umwelt

DER SERBISCHE KRIEG 184

Ansätze deutscher Außenpolitik - Bosnien wird anerkannt - Ein neues Jugoslawien - Ethnische Säuberung - Forderung nach Sanktionen - Lawrence Eagleburger - Friedens- oder Würgeengel - Friedenskonferenz - François Mitterand - Der Vance-Plan - Waisenkinder im Feuer - Der Islam meldet sich zu Wort - Vance und Owen - Außenpolitischer Bankrott - Ein neuer EG-Vermittler - Ein Verfassungsvorschlag - Moskau stellt sich vor Serbien - Streit um das Flugverbot - Der Islam redet mit - Machtwechsel im serbischen Parlament

METASTASEN DER WELTPHILOSOPHIE 229

Die Vereinigten Staaten von Amerika 229
Kanada 234
Peru 235
Chile 240
Colonia Dignidad 242
Großbritannien und Nordirland 246
Italien 253
Flandern 259
Die tschechische Republik 260
Frankreich 262
Schwarzafrika 264
Eritrea 266
Somalia 266
Das südliche Afrika 267
Deutschland: Von Feinden regiert 268

Anmerkungen 272

Zeitschriften 277

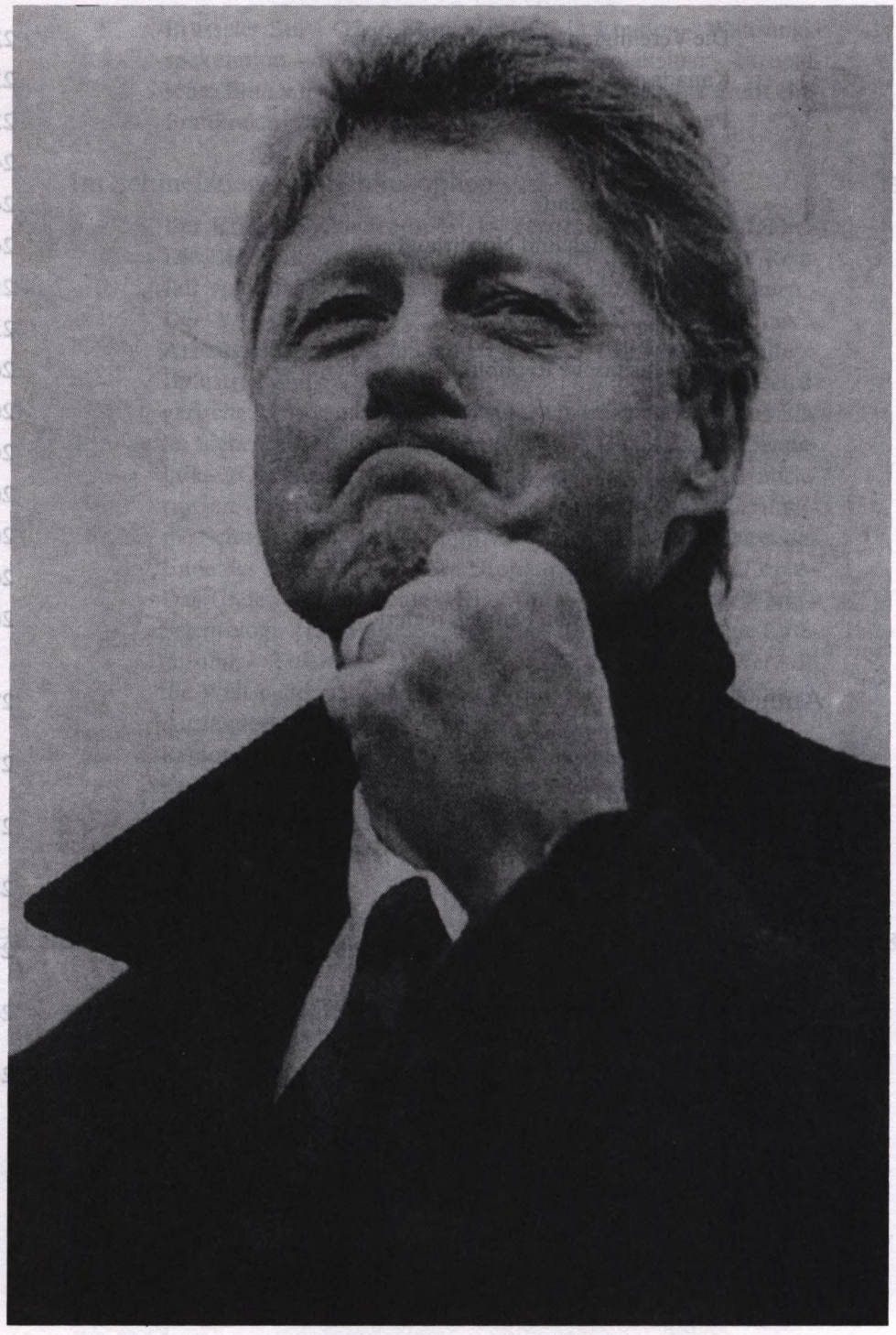
Literaturverzeichnis 278

Abkürzungen 280

Alphabetisches Namens- und Sachregister 281

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen 285

Verlagsmitteilung 287



Koexistenz mit der Freimaurerei

Die Internationalisierung unseres Lebens

Vor etwa einem halben Jahrhundert erlebten wir Deutsche einen großen Wandel. Er erstreckte sich von der politischen Gestaltung unseres Landes bis zu unseren gesellschaftlichen Formen. In diesen Tagen erleben wir Deutsche erneut einen **großen Wandel.** Auch dieser erstreckt sich von der politischen Gestaltung unseres Landes bis zu unseren gesellschaftlichen Formen. Doch, während das umwälzende Geschehen vor fünfzig Jahren Folge einer totalen militärischen Niederlage und der Übernahme der Macht durch landfremde, rücksichtslose, eigensüchtige Sieger war, erfolgt die heutige „Wende", wie man den Vorgang manchmal nennt, vorrangig mit der Hilfe deutscher Personen und Institutionen. Das ist einer der Gründe, warum dieser erneute Bruch in der deutschen Geschichte vielen Zeitgenossen nicht so klar wird wie der vorherige. Die große Mehrheit der Deutschen bagatellisiert sogar die Vorgänge und sieht nicht des Pudels Kern. Sie soll — und das ist der zweite Grund für das weitgehende Nichtbeachten der revolutionären Umwälzungen — es nicht sehen. Mit verbundenen Augen werden die Deutschen erneut entmachtet, „auf immer", wie man sogar sagt.

Dieser zweite Sieg über das deutsche Volk ist nur dank des ersten möglich gewesen. Jahrzehntelang hat man ihm eine Welt vorgestellt, in der es keine Gefahren mehr gäbe, hat die Errichtung von Verteidigungsstellungen verhindert, weil sie unnötig wären, und gleichzeitig sich an seinem Fleiß ungerechtfertigt bereichert. Fronten errichtete man nur gegenüber einer Vergangenheit, die nicht mehr zu uns gehören sollte. Unbemerkt und auf leisen Sohlen internationalisierte man alles als wäre das der natürlichste aller Wege.

Gerne hätte man ohne viel Unruhe diesen Prozeß zu Ende geführt, doch die Betroffenen waren nicht bereit, die zu stark dosierten Belastungen hinzunehmen. Als man den Augenblick für gekommen hielt, die Früchte der Nachkriegswende einzusammeln, als man

von den Worten zu Taten überging, da erwachten die Deutschen. An mehreren Stellen gleichzeitig wurden Wunden aufgerissen. Von der Unfehlbarkeit ihrer erlangten Macht eingenommen, und in Überschätzung ihrer Fähigkeiten (die man bisher nicht auf die Probe stellte, sondern nur an der vorschriftsmäßigen Erfüllung der Herrschaftsriten maß) boten sie ausgerechnet in der Stunde, da ihnen Erfüllung winkte, das Bild ungeschickter Gernegroße. Es kam zur Rebellion. Sie heizte sich inzwischen gleich bei einer Vielzahl von Worten an: Schlesien, Asylantenpolitik, Kindergärten, Erziehung, Verleumdung der Vergangenheit, Abtreibung, Umweltschutz, Drogenkonsum, Maastricht, Arbeitslose. Es rächte sich, daß man es nicht für notwendig erachtet hatte, sich auf einen Kampf vorzubereiten, Reserven bereitzuhalten. Als der Vorhang zerriß und unvorhergesehen ein Vielfrontenkrieg ausgebrochen war, da verschmolzen die Kriegsschauplätze zu einem einzigen und man erkannte hinter den verschiedenen Fronten einen gemeinsamen Gegner, eine Gruppe, die sich selbst als Internationalisten bezeichnete und an die Stelle der soeben wieder aufgebauten Heimat den Deutschen etwas anboten, das in den wenigen Monaten der Jahre 1991 und 1992 gleich mehrfach die Bezeichnung „Unter Massenmördern in einem Irrenhaus" erhielt. In einem Tempo, das selbst die pessimistischsten Schwarzseher nicht für möglich gehalten hätten, erfüllten sich die ins Chaos führenden Gesetze der **Nihilisten,** die unser Geschick seit 1945 in ihre Hände genommen hatten. Beim Gelde ging es von Tausenden zu Hunderttausenden und weiter zu Millionen und in wenigen weiteren Monaten zu Milliarden und zu Billionen, die geschuldet, zerstört, ausgeliehen, umgesetzt wurden. Unruheherde führten zu Gewaltanwendung und diese zum Einsatz größerer Verbände und weiter zu **Bürgerkriegen** ohne Scham und Gesetz. Die Zahl der abgeschossenen Artilleriegeschosse wuchs auf der ganzen Welt fast schneller noch als die Zahl der Banknoten. Jahrtausende alte Kulturen fielen in diesen beiden Jahren in Schutt und Asche. Und mit gleicher Höllengeschwindigkeit wuchs die Zahl der unheilbar Erkrankten, der obdachlos gewordenen, der von Unwettern betroffenen, der elendiglich Verhungerten und Erfrorenen. Und es gelang nicht, der Menschheit zu verheimlichen, daß alles dieses geschah nachdem die ganze Welt neu geordnet wurde und einem einzigen Machtklüngel folgen muß. Tage nur nachdem sich die Welt derart in ihrer Lebensqualität verschlechterte, war bereits das Verdikt der gesamten Menschheit klar: es handelt sich nicht um ein zufälliges Zusammentreffen. Alle diese blutigen Dinge sind Teile eines Ganzen. Dahinter steht nicht unbeabsichtigte, ungewollte Entwicklung, sondern ein fest umrissener, philosophisch durchdachter und ausgeheckter PLAN, ausgeführt von einer festumrissenen Gruppe von Menschen.

Wer da in fremden Landen irgendwo gegen jene kämpft, die für diesen und jenen Bürgerkrieg verantwortlich zeichnen (er hätte ebensogut auch bei uns ausbrechen können), der sollte wissen, daß er in einer gemeinsamen Front steht mit der überwältigenden Mehrheit auch unseres Volkes, die sich darum nicht nur in diesem oder jenem Einzelpunkt gegen Bonn wendet, sondern gegen die eigentlichen Grundlagen dieses Unrechtstaates, dieser Zitadelle der Sieger in unserem Deutschland. Im wesentlichen sind die Kämpfer von links und von rechts und aus der „Mitte" alle Verbündete in einem gemeinsamen Widerstand gegen ein verbrecherisches Weltregime.

Das gekonnte Verwirrspiel der **Weltenzerstörer** läßt sich trotz aller Vernebelung und Desinformation in seine Teile zerlegen. Gleichzeitig berichtet heute eine und dieselbe Nummer einer Tageszeitung von Asylbetrügern, von „Maastricht", von dem Krieg in Jugoslawien, und bei allen diesen Vorgängen und selbst in den amtlichen Kommentaren ist die Hand eines „verbrecherischen Weltregimes" zu erkennen. Nicht einen einzigen Lebensbereich gibt es noch, in welchem die Meinung der Völker unverfälscht zum Ausdruck kommt. Das ungute Gefühl breitet sich so von Tag zu Tag weiter aus, bis hin in armselige Kurdenhütten und Höhlen im Hindukush, bis hin zu den Somalis und den Zulus, bis hin

in die Hafenstraße in Hamburg und die überfüllten Gefängnisse der Vereinigten Staaten von Amerika, die traurige Erkenntnis: „Sie" überlassen der Menschheit einen Scherbenhaufen.

Es ist das in der Tat kein spezifisch deutsches Problem. Alle Völker stehen vor den gleichen Gefahren. Alle Menschen erleben die gleiche Taktik, die gleichen Lügen, die gleichen Terrorakte. Es ist daher — und so kommen wir zu diesem Buch — berechtigt, zur Klärung bestimmter **Feindabsichten** Vorgänge heranzuziehen, die sich in fernen Kontinenten ereigneten, wenn dem Gegner bei diesen das Mißgeschick geschah, daß die Tarnung zerriß oder daß ein Opfer deutlicher als sonst der Hölle ins Auge sah und davon berichtet. Wenn für den auf Weltherrschaft erpichten Gegner das Wort gilt: „Unser Feld ist die Welt, eine Welt ohne Grenzen" (wie Genscher sie uns versprach), dann gilt das auch für uns. Wir halten es sogar für falsch, das Auge nur auf deutsche Vorgänge zu richten und uns etwa nicht um das zu kümmern, was in der übrigen Welt vor sich geht. Dem Gegner wäre das sogar sehr recht. Er tut sogar sein möglichstes, uns unvollständig und schlecht über andere Länder zu unterrichten, so wie er die anderen falsch über uns Deutsche unterrichtet. Vergleichen wir in unserer Redaktion die Mittelungen eigener Mitarbeiter, sei es etwa aus den Blue Mountains in Autralien oder in Japan (wir kommen später darauf zurück) mit dem, was die Presse mitteilt (und da ganz besonders die Agenturen wie Reuter, dpa usw.), so klafft da jedesmal eine große Lücke. Das folgende wird daher nicht immer mit dem übereinstimmen, was Sie von Presse und Fernsehen erfahren haben. Insbesondere die Motive und die Hintergründe wurden oft gerne weggelassen.

Die hier vorgelegte Arbeit baut auf dem auf, was wir in vorhergehenden Büchern bereits berichten konnten. Der werte Leser vertieft darum sein Verständnis, wenn er den Hinweisen in den Anmerkungen nachgeht und die Register in den früheren Büchern zum Nachschlagen benutzt. Auch hat sich mit diesem Buch die einschlägige Literatur außerordentlich erweitert. Das vernichtende Bild, das die Welt schon bisher von der **Freimaurerei** hat, wurde durch unzählige weitere Dokumente und Vorgänge weltweit erneut belegt.

„Maastricht"

Die einschneidenste Tat, gleichzeitig auch wohl die deutlichste, was die endgültigen Absichten der Feinde unseres Volkes anbelangt, bekam Ende 1991 die Bezeichnung „Maastricht". Ohne daß ein einziger stimmberechtigter Bürger in einem einzigen Mitgliedsland der EG oder in irgendeinem Parlament es gefordert hätte, versammelten sich am 9. Dezember 1991 in Maastricht die Regierungschefs der EG-Länder und beeilten sich dann, am folgenden Tag bereits einen Vertrag zu unterschreiben, „der am 31. Dezember 1992 oder am Tag der letzten Ratifizierung in Kraft treten und in einem weiteren genau festgesetzten Fahrplan bis 1999 hin zu einer politischen und Währungsunion Europas führen soll."

Abgesehen von der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung, die von einer „unabhängigen" Zentralbank verwaltet wird, ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorgesehen. *„Verteilung der Reichtümer* (über einen Fonds, den vor allem die BRD speist) *soll es ermöglichen, daß die armen Mitglieder Spanien, Portugal, Griechenland und Irland die volle Mitgliedschaft erlangen können".* (1). Im gleichen Atemzug heißt es *„Überzeugt davon, daß der in den späten Abendstunden am Dienstag fertiggestellte Vertrag die EG in eine Internationale Macht verwandeln wird, von bedeutender Kraft, mit*

einer einzigen Währung und einer gleichgeschalteten Außenpolitik, traten die 12 Staatschefs die Rückreise in ihre Länder an, um ihren Staatsbürgern die vielversprechenden Perspektiven klarzumachen, die sich für die Zukunft ergeben." (2). Unter „gemeinsamer Außenpolitik" versteht man eine Lage, in welcher der „Ministerrat" mit qualifizierter Mehrheit beschließt, welche Bereiche Gegenstand einer gemeinsamen Aktion werden. Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außenpolitik der „Europäischen Union" aktiv und vorbehaltlos. Man kann nicht verhüllen, daß damit die gleichen Internationalisten, die schon jetzt die Außenpolitik der europäischen Staaten bestimmen, dann auf einer höheren Ebene tätig werden können, auf welcher sie vor einem Störungsversuch seitens nationaler Gruppen bedeutend sicherer sind als im bisherigen jeweiligen Auswärtigen Amt. Das gleiche gilt für die Währungsinstitutionen.

Das Auseinandergehen des Gipfels war nicht ganz so harmonisch wie Reuter es darstellt. *„Denn Deutschlands Außenminister* **Genscher** *und Hollands Außenminister Hans van den Broeck lieferten sich in alter Rivalität eine Wettfahrt vom Tagungsort auf der Maasinsel über die Brücke in das Pressezentrum, um als erster die Journalisten zu informieren. Wobei das Rennen mit einem ehrenvollen Unentschieden endete, Genscher aber doch der technische Sieger blieb, weil sich das Heer der Medienvertreter um ihn schaarte. Den beiden ging es dabei nicht um persönliche Eitelkeitsbefriedigung via Medienpräsenz, sondern darum, die ersten Schlagzeilen dieser entscheidenden Begegnung mit ihrer Meinung zu färben. Genscher betonte den Sieg der Achse Paris-Bonn und ihrer Mitfahrer, van den Broeck die Enttäuschungen aus gesamteuropäischer Sicht über das Ausscheren der* **Briten** *in so wesentlichen Punkten wie Gemeinsamer Währung, Außen- und Sicherheitspolitik, von Mehrheitsbeschlüssen* (die Briten bestanden auf Einstimmigkeit und setzten sich durch) *und Sozialcharta.*" (3).

„Die Zeit" beginnt sofort mit der Gehirnwäsche: „Eine Mark für Zwölf" lautet die völlig irreführende Überschrift. *„Wichtigstes Ergebnis von Maastricht: Europa übernimmt die monetäre Ordnung der Deutschen.*" Mit derartigem Unsinn will man das Verschwinden der DM den Deutschen versüßen.

Geschaffen werden soll (wer gab eigentlich den Befehl?) ein monetäres Europa. Die Seele dieses Europa ist dann die Währung. Ihr wird alles andere zu Füßen gelegt: Umwelt, Verkehr, Forschung, Erziehung, Gesundheit, ganz zu schweigen von Außenpolitik und Sicherheit. Die Börse tritt an die Stelle der stehenden Heere von gestern.

Dieser revolutionäre, die Völker ignorierende und übergehende Akt wurde dabei geschickt zeitlich verbunden mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens (4). Diese frohe Botschaft von der Beerdigung Jugoslawiens (von der man sich ein Ende des dortigen Bürgerkriegs erhoffte) wurde sogar in den Zeitungen in den Vordergrund gerückt. Es war deutlich, wie man versuchte, den Europäern die Pille von Maastricht unter die Weste zu schieben. Großbritannien nutzte die Gleichzeitigkeit der Vorgänge aus, um sich die Zustimmung zu den Anerkennungen mit der Schaffung einer Hintertür bei der Währungsunion bezahlen zu lassen.

Natürlich füllten sich die Spalten der internationalistischen Presse mit zustimmenden Kommentaren, nur waren sie nicht immer wahrheitsgemäß. Man begann, Propaganda zu machen (hinterher meinte man, es wären nicht genügend Überredungskunstücke angewandt worden). Etwa: In „Die Zeit" erscheint am 13. Dezember 1991 aus französischer Feder ein Aufsatz: „Die Franzosen fühlen sich geschlagen. Die Deutschen waren erfolgreich." Was wird der deutsche Leser dann anderes denken, als daß er „Maastricht" zustimmen sollte. Nur eben eins, die Franzosen fühlten sich gar nicht geschlagen. Sie zeigten das später im September 1992 recht deutlich. Das falsche Berichten von dem jeweiligen Ausland ist sogar eine der üblichsten Schwindeleien überall auf der Welt geworden.

Mehrere Monate blieb es dann ruhig im Blätterwald. Nur in den Ministerien wurde auf Hochtouren „die Zukunft" zusammengebastelt. Doch, nach und nach kam der Sachverstand zum Durchbruch. Am 16. Mai kann das Badener Tagblatt (BT/FN) aus Zürich melden: *„Deutschland und Frankreich, die beiden Tempomacher der EG und bis anhin eifrigste Befürworter einer Vertiefung der EG zu einer Politischen Union und zur Währungsunion, wie sie nach den Verträgen von Maastricht vorgesehen ist, haben den Europa-Rausch ausgeschlafen. In beiden Ländern wird heute eine nüchterne EG-Debatte geführt, die von einer skeptischen Grundhaltung geprägt ist. Gefährdet ist die Ratifizierung der Verträge aber vor allem durch die beiden Volksabstimmungen im Juni in* **Irland** *und in* **Dänemark** *. . . Mußte sich der britische Premier Major noch in Maastricht den Vorwurf der Unentschlossenheit gefallen lassen, so fühlt sich* **London** *heute nach dem weitgehenden europapolitischen Stimmungsumschwung in seiner Skepsis gegenüber einem zentralistischen Brüssel bestätigt. Mehr noch, der vermeintliche Nachzügler London sieht sich heute in der Rolle des Vordenkers eines föderalistischen Europas, in welchem die nationale Souveränität und Identität weitgehend gewahrt bleibt."*

In der amtlichen deutschen Zeitschrift „Das Parlament" hatte der uns bereits als politischer Clown bekannte Hartmut Hausmann (5) „Maastricht" noch mit folgender Schönfärberei vorgestellt: *„Neben den politischen Regelungen zeigen auch die in Maastricht beschlossenen wirtschaftlichen Maßnahmen, daß die Gemeinschaft ernsthaft (!) bemüht ist, den Weg in eine föderale Struktur der Europäischen Union zu beschreiten"*, so wird sehr bald klar, daß mit gezinkten Karten gespielt wird. Denn nicht nur die Neutralen (siehe im vorigen Absatz) stellen fest, daß von einem föderalistischen Europa in „Maastricht" nicht die Rede sein kann. Hausmann selbst muß feststellen: *„Eine von den Regionalisten geforderte Einbindung des ‚Ausschusses der Regionen' in den Gesetzgebungsprozeß der Union war zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch."* Die Nationen sollen verschwinden, zwischen den Regionen und der übernationalen Union entsteht ein leerer Raum. In der BRD kommt es erst nach langwierigen Verhandlungen zwischen Kohl und Bundesrat zu einem „Kompromiß" (so die Ministerpräsidenten). Die Länder fordern einen eigenen Grundgesetzartikel zur Europäischen Union, in dem **das vereinte Europa als Staatsziel** „unter Festschreibung der tragenden Prinzipien Demokratie, Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und Grundrechtschutz" bestimmt werden solle. Die Übertragung von Hoheitsrechten „auf die europäische Ebene" müsse an die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat gebunden werden. Für den Fall, daß dadurch „wesentliche Strukturen" des Grundgesetzes berührt würden, bedürfe es einer Zweidrittelmehrheit. Diese von den Ministerpräsidenten dem Bundeskanzler vorgetragenen Formulierungen entsprechen dem von Schäuble (CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender), Scholz (Vorsitzender der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, CDU) und Stoiber (Bayrischer Innenminister, CSU) ausgearbeiteten Text und einem Beschluß des SPD-Präsidiums (ban in der FAZ am 16. Mai 1992).

Also: In einer Zeit, in welcher die sich deutlich manifestierende überwiegende Mehrheit des Volkes in Deutschland von „den etablierten Parteien nichts mehr wissen will", wird in Bonn so getan, als gäbe es dieses Volk überhaupt nicht, als gäbe es nur noch Konsumenten, die nichts anderes im Sinne haben, als sich am billigsten Platz in Europa niederzulassen, und denen man die Verwirklichung solcher Absichten durch die Beseitigung der Staaten erleichtern muß. Man streitet darum — und einigt sich dann über den modus, wie man und wer nationale Hoheitsrechte an „Europa" übertragen darf, die Bundesrepublik oder die Länder. Daß sie übertragen werden sollen, steht an sich nicht in Frage. Die deutsche (französische usw.) Identität wird zerstückelt, wird — wie man sich ausdrückt — „verteidigt" von den Regionen oder von einer ausgehöhlten Republik, die bereit ist, ihr

Wesen nur noch im **Geld** zu sehen. So oder so liegt also das Schicksal Deutschlands in den Händen einer und derselben Klique von Geheimbündlern, für die erstes Gebot die Abschaffung und Überwindung der Nationalstaaten ist, weil diese der Schaffung eines Weltstaates im Wege stehen, und weil dieser Weltstaat ein Maximum an materiellem Gewinn für die herrschende Brüderschaft garantiert. So wird in diesen Monaten Deutschland sichtbar und doch kaum beachtet seiner bisherigen staatlichen Hülle entkleidet. Und das geschieht ohne Volksabstimmung, ohne Parlamentsbeschluß. Das war keineswegs eine zwangsläufige Folge des Falls der Mauer.

Man kann sich darum leicht vorstellen, daß dann das **dänische Abstimmungsergebnis** am 2. Juni 1992 wie eine eiskalte Dusche auf die selbstherrlichen Weltverbesserer wirken mußte. 50,5% waren gegen Maastricht, 48% dafür.

Die Reaktion bei der Brüsseler Mafia reichte von Ratlosigkeit, Kleinbeigeben bis zu verkrampftem Festhalten an den finsteren Plänen. Wir haben bereits an anderer Stelle auf diesen für freimaurerische Intrigen typischen Vorgang im einzelnen hingewiesen. Er zeigt jetzt an einem weiteren konkreten Beispiel, daß die Welt fest in ihren Händen ist und daß ihr Regierungskonzept unnachsichtlich, unbeugsam, stur auf das erdachte philosophische Ziel der Machtergreifung ausgerichtet ist, daß man sich in keinem Augenblick um die Meinung der Wähler kümmert. Man läßt sie ruhig reden und schreiben und wählen. Es wird deswegen doch nichts, gar nichts an dem Vorhaben geändert. Es gilt nur noch eines, **die Tat.** In der Realisierung von „Maastricht" wird das ebenso klar wie in dem zähen Vorgang der Asylbewerberpolitik. Es wird geredet und abgestimmt und es werden Ausschüsse gebildet und es wird protestiert, aber es g e s c h i e h t nichts. Es wird das Blaue vom Himmel versprochen, aber niemals etwas erfüllt. Wir erinnern da auch noch die großen heiligen Sprüche etwa eines Helmut Kohl in Bezug auf die deutschen Ostgrenzen. Es ist immer das gleiche Bild.

Dieser **Volksbetrug** beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. Er ist ähnlich in allen Staaten Europas. Wir bringen Auszüge aus dem Luxemburgischen „Aktiounskomitee, eng Politik fir Leit mat Gerechtegkeetssenn": *„Die von den Regierungen an den Tag gelegte Vogel-friß-oder-stirb-Taktik hat im dänischen Referendum ihre verdiente Abfuhr erhalten. Diese Taktik, die vor allem deshalb undemokratisch ist, weil die Parlamente beim Zustandekommen des Vertrges übergangen wurden und nun lediglich vor die Wahl gestellt sind, ja oder nein zu sagen, hat bei weiten Teilen der Bevölkerung Mißstimmung und Ablehnung hervorgerufen. Die Entscheidung von Präsident Mitterand, das französische Volk nun ebenfalls per Referendung zu befragen, ist diesbezüglich als positiv zu bewerten. Man kann Europa nicht mit Gewalt zusammenschweißen, wenn dies nicht von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewollt ist."*

Und nach diesen Worten aus **Luxemburg** bringen wir ein Wort aus **Italien** (6): *„Die* **Nationalstaaten** *sind zur Zeit — da von Osten her als Folge der Selbstauflösung des Kommunismus eine übermächtige Welle des Zerfalls auf den Westen zukommt und den Keim der Auflösung verbreitet — der einzige Ordnungs- und Stabilitätsfaktor. Sie gerade im derzeitigen Augenblick auflösen zu wollen, stellt einen politischen Selbstmord dar, wie ihn die Theoretiker der Neuen Linken folgerichtig fordern."* Unter ihnen spielt eine ganz besondere Rolle der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Heiner Geissler.** Er getraut sich, zu sagen: *„Wenn wir nicht daran arbeiten, daß die Menschen, die auf Dauer bei uns leben wollen, gleichberechtigte Bürger werden — auch wenn sie eine andere Hautfarbe haben und nicht germanischen Ursprungs sind — dann sage ich auch für Deutschland Bürgerkriege voraus."* (= „dann werden wir dafür sorgen, daß es Bürgerkriege gibt!")

„Der Revolutionsprozeß, der die christliche Welt seit über fünf Jahrhunderten ergrif-

fen hat, ist getragen von der radikalen Verneinung dieses christlichen Abendlandes, dieses ‚Europas', seiner Identität und seiner Geschichte. Sein letztes konsequentes Ziel ist der anarchistische und kulturlose Nihilismus der Neuen Linken, die als Erben Hegels und der Geheimbund-Illuminaten auftreten." (De Mattei).

Mit welcher Schärfe sich die Fronten heute gegenüberstehen, wie verrannt sich die Freimaurer haben, zeigen im Gegensatz zu den Worten de Matteis die Sätze, die Kohl Mitte Juni 1992 in der Uni Zürich an die Schweizer richtete: *„An der ‚Europäischen Union' führt kein erfolgversprechender* (Was für einen „Erfolg" erwartet man da?) *Weg vorbei. Nur auf diesem Weg kann der Westen Europas den neuen Staaten im Osten und Südosten des Kontinents die absolut notwendige Hilfe zur Selbsthilfe leisten.* (= Hilfe, um ebenfalls den Weg ins Chaos antreten zu können). *Es wäre ein historisches Versagen, wenn wir in diesem Augenblick, wo sich die Hoffnungen unserer Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf uns richten* (= sie sind bereits ausreichend betrogen worden!), *den Weg zur künftigen Europäischen Union verlangsamen oder gar abbrechen würden, einen Weg, der uns bis heute Frieden* (Sarajewo?), *Freiheit* (Bücherverbote, Titelaberkennungen, Verbot von Volksabstimmungen) *und Wohlstand* (mehr als drei Millionen Arbeitslose) *ermöglicht hat."* Wir kommen im folgenden Kapitel auf die heute bereits Wirklichkeit gewordene „Hilfe" dieser Art und auf die schwere Enttäuschung in Deutschland selbst, im Osten und im Südosten noch ausführlich zu sprechen. Und auf die realen Gefahren, die für Frieden, Freiheit und Wohlstand diese Politik der „Narren und Schelme", wie Goethe sie nennt, bedeutet.

Unbeirrt und blind für die Folgen der seelischen Abtötung, der nationalen kulturellen Aushöhlung durch die Asylantenpolitik und das Versagen von Sarajewo bis zum Kaukasus meint auch **Jean Monnet:** *„Die EG-Europäer dürfen den Weg ohne Umkehr (!) nicht verlassen. Täten sie es, sie würden nicht mehr ernst genommen in der Welt* (der Freimaurer, versteht sich), *sie könnten den Völkern der früheren Sowjet-Union nicht helfen. Sie wären auf Gedeih und Verderb der Intelligenz und der Entscheidungsgewalt wechselnder amerikanischer Präsidenten ausgeliefert."* (7).

Am 12. Juni 1992 wird die Stellungnahme von 60 deutschen Wirtschaftswissenschaftlern veröffentlicht, die in die Mahnung mündet: daß es derzeit kein wirtschaftlich zwingendes Argument gibt, auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa (die erfolgreichen Spekulationen an den Börsen gegen Pfund, Lira, Franc und Peseta sind der beste Beweis für diese Uneinigkeit) von oben her eine monetäre Einheit zu stülpen. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarkts benötigt oder erzwingt keineswegs eine gemeinsame europäische Währung.

Finanzminister Theo Waigel weist diese sachlichen Einwürfe weit von sich: *„Die Vereinbarungen von Maastricht eröffnen einen zukunftsorientierten Weg für mehr Wohlstand in jedem Mitgliedsland* (diesen Satz bitte notieren und in einigen Jahren wieder lesen). *Eine Verwässerung der Kriterien, die er als unverrückbare Geschäftsgrundlage bezeichnet, werde Deutschland nicht zulassen (???). „Bei Verfehlungen gegen die Stabilität",* so die kühne These Waigels, *„hat die EG durchaus die Möglichkeit, wirksame Sanktionen bis hin zu Geldbußen zu verhängen."* (8). Man wird es heute — Ende 1992 — bereits sehr schwer haben, noch einen einzigen Europäer zu finden, der solchen Stumpfsinn über „Sanktionen" ernst nimmt. Nicht nur in Bosnien ist man geheilt von der Wahnidee rechtschaffender Sanktionen. Wenig erhebend aber ist auch das Gefühl, daß man niemals jene Betrüger vor Gericht bringen wird, die uns heute derart belügen, um die gewachsenen Bausteine Europas zugunsten einer Utopie zu zerstören.

Kohl versteigt sich (9) zu der Behauptung: *„Wer meine, einige EG-Partner wollten mit Hilfe der Wirtschafts- und Währungsunion den Stabilitätsanker Deutsche Mark lockern,*

der unterschätzt das in Europa gewachsene Stabilitätsbewußtsein. " Wenige Monate genügen, um dieses Gerede völlig zu entwerten. Der Präsident der Deutschen Bundesbank selbst wirft alle Stabilität über den Haufen, um „Maastricht" zu retten.

Alles wird überhastet. Und wer befiehlt diese Entwicklung? Wer jagt die Minister wie dumme Jungen von einem Tagungsort zum anderen? Wer erfindet so völlig unzutreffende Aussprüche wie: *„Es droht der unaufhaltsame Rückfall der westeuropäischen Völker in den Urzustand eines eigenbrötlerischen Nationalismus.* "? So „Die Zeit" nach der „Überrumpelung"(!) von Kopenhagen. Wer hat denn da in Wirklichkeit überrumpeln wollen? *„Ein NEIN zu Europa und es würde eiskalt um Deutschland werden* " (Genscher). *„Ein NEIN der Franzosen zu Maastricht kann zur Apokalypse führen* " (Reuter am 17.9.92 in „El Mundo", Sta. Cruz, Bolivien). *„Wenn wir den Vertrag von Maastricht ablehnen, wird Frankreich sich isolieren.* " (10).

Am 20. September 1992 stimmten die Franzosen also über „Maastricht" ab. Ganze 540.000 Stimmen gaben den Ausschlag für ein JA. Es war ein flaues, hauchdünnes Ja. Aus Wien meint Dr. Dr. Nenning voraussagen zu dürfen: *„Das autoritäre Brüsseler Kartenhaus wird auseinanderfallen in eine heilsame Konföderation souverän-demokratischer Staaten ganz Europas.* " Denn *„Entscheidungen über die europäische Zukunft, die in das Leben jedes Einzelnen eingreifen, zudem noch verfassungsändernden Rang haben, fallen bürger- und realitätsfern hinter verschlossenen Türen. Statt dem ‚werdenden Europäer' Zeit für Eingewöhnung und Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben, drängt eine ehrgeizige Politik vorschnell auf kunstvoll konstruierte Regelungen, die einem organischen Integrationsprozeß gefährlich vorauseilen. Unsere Partner* (so schreibt der Schweizer Axel Herbst aus Bonn in der NZZ) *sind zu einer politischen Union mit allen Konsequenzen heute und in politisch relevanten Zeiträumen nicht bereit. Außerhalb Deutschlands will niemand ernsthaft einen europäischen Bundesstaat.* " (und in Deutschland wollen es nur die Freimaurer). Wir aber legen Wert auf die ergänzende Feststellung, daß die Kohl und Waigel ein ganz spezieller Ehrgeiz beflügelt, nämlich ihre Freimaurerpflichten zu erfüllen. An sich schon waren die Deutschen immer die getreuesten Gefolgsleute hoher Ideen. Nach 1945 kommt hinzu, daß man die gesamte deutsche Öffentlichkeit, Politik und Medien und Universitäten und Kirchen einem gezielten Selektionsprozeß in Richtung auf Logen-Gefolgschaftstreue aussetzte, so daß die Mannschaft zum Durchpeitschen von „Maastricht" (und anderer Teilziele der Welteroberung) auf Anhieb zur Verfügung stand. In anderen Teilen Europas blieb man deutlich wirklichkeitsnäher.

Europa

Nehmen wir doch in unsere Gedanken auf, was man sich in Deutschland (zum großen Teil unbewußt) unter EUROPA vorstellt. Was haben wir dann unter EUROPA erlebt? Einen gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter mit Freiwilligen aus allen Völkern Europas, gegen einen gemeinsamen gefährlichen Gegner. Für uns Deutsche wurde der Begriff eines einigen Europas mit Blut getauft. Und es war die Antwort auf eine Geschichte aller Staaten Europas, die man innerhalb einer einzigen Generation in Bruderkriege gestürzt hatte. Die Legionen, die aus Madrid und aus Rom und aus Bern und aus Paris nach Osten marschierten, auf den Bahnhöfen verabschiedet von ihren Lieben (wie wir mit unseren Fotos in X ins Gedächtnis rufen) sie verankerten den Begriff **EUROPA** in der Geschichte. Bis dahin war von einem EUROPA als werkende Kraft nicht die Rede. Es war die Eroberung der Welt durch die Weißen, durch Christen, keine solche unter „europäischen" Flaggen.

Es gab keine europäischen Kolonien, sondern spanische, englische, französische, portugiesische, deutsche, belgische, holländische, italienische, dänische. Und die vergangenen Jahrhunderte waren gekennzeichnet vom Kampf untereinander. Es gab kein gemeinsames europäisches Unternehmen bis eben hin zum Jahr 1942.

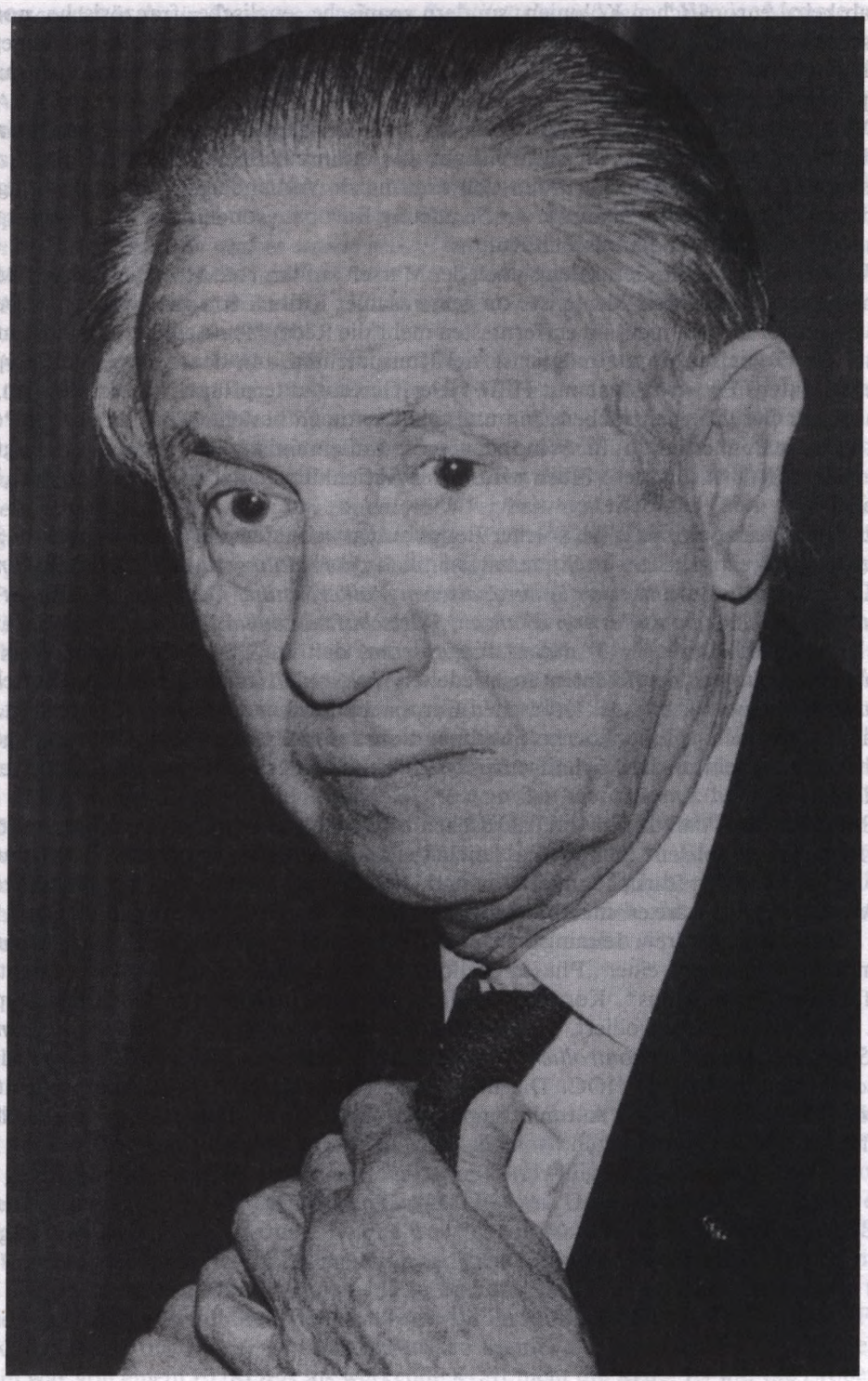
Das gilt für die gesamte Zeit der Nationalstaaten, die sich in den davorliegenden Jahrhunderten geformt hatten. Allen gemeinsam war zu ihrem Beginn das Bekenntnis zum Christentum. Die Kreuzzüge wurden von nationalen Verbänden gemeinsam getragen. Aber auch damals ging es nicht um die Schaffung Europas, sondern um die gemeinsame Verteidigung ihrer abendländischen Kultur.

Weder die Eroberung Jerusalems noch der Marsch auf das rote Moskau sind Vorläufer der heutigen Europa-Idee. Heute ist von gemeinsamer Kultur, von gemeinsamer Lebensart, von hohen Idealen nicht im entferntesten mehr die Rede. Heute geht es um nicht mehr als um die Organisation von möglichst viel Konsumenten, um den Ausbau von Hyper-Super-Märkten. Es wird sogar mit Hilfe vieler Gesetze unterpflügt, was da etwa an gemeinsamem Gefühlsleben, Lebenssinn und Glauben noch besteht. Coca Cola und Pepsi Cola sind die Banner im GATT-Wind, denen die Außenminister in „Maastricht" folgten. (11). Wer EUROPA mit mehr füllen will als mit Aktienkursen, der ist ein verfluchter „Nationalist".

Es könnte sein, daß man bei solcher Betrachtungsweise dem zustimmt, was das „Studienzentrum Weikersheim" im Sinne hat, nämlich *„die Bildung eines kulturell begründeten Gemeinschaftsbewußtseins der europäischen Völkerfamilie. Das ersehnte Europa des Geistes muß mehr sein als das von Bilanzen, Wirtschaftsdaten und Finanztransfers."* (12). Wir hatten bereits früher (13) darauf hingewiesen, daß das „Studienzentrum Weikersheim" mit einem auf der Rechten angesiedelten Vokabular letzten Endes der Genscherschen Verzichtspolitik und der Kohlschen Europaeuphorie massiv den Rücken stärkt. Es kann nicht deutlich genug wiederholt werden, daß es niemals eine „Nation Europa" gegeben hat und daß ein solches Ziel nur über die Beseitigung der Nationen in Europa erreicht werden kann.

Es könnte sein, daß da jemand dazwischenruft: Und was ist mit unseren internationalen **Olympischen Spielen?** Sieht man da nicht genau das gleiche, was früher war: Schulter an Schulter kämpfen Europäer aller Staaten in friedlichem Wettkampf, für hohe Ideale?

Am einfachsten wäre es, man beschaffe sich das Buch „Geld, Macht und Doping" von Vyv Simson und Andrew Jennings. Danach befindet sich das IOC, das Internationale Olympische Komitee in einer „Phase zügelloser Kommerzialisierung" (14). Es besteht die „Gefahr des Gigantismus". Korruption wird ganz groß geschrieben. Doch das Doping wird nicht wirksam kontrolliert. *„Es widerspricht dem olympischen Geist, wenn man jeden Sportler Tag für Tag kontrolliert"*, meint Prinz Alexandre de Merode, Chef der Medizinischen Kommission des IOC. Die liebe gute freimaurerische „Toleranz" scheint da durch. IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch greift an die Krawatte. (Siehe auch V. 279 ff).



IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch

Samaranch

„Schwanengesang auf Maastricht" Betitelt die NZZ die Lage am 19. September, einen Tag vor der französischen Abstimmung. Doch Maastricht ist ein Schwanengesang auf die Kulturen Europas.

„Was anderes ist die Kultur, als das Werk des Menschen, hergestellt mit Gefühl, Sinn und Bestimmung, mit Ziel und Absicht, mit Mut? Es trägt den okkulten Stempel der tiefsten Gefühle." (15). Umgeben von unseren Werken fühlen wir uns zuhause, finden wir Ruhe und Besinnung. Am Eingang der Kirche in Osorno in Chile liest man eine Tafel: „Dieses ist kein Museum". Ein Satz, der zum Nachdenken anregt.

An der Stelle der verschiedenen europäischen Kulturen, d.h. der in den Völkern unterschiedlichen Bewältigung des Lebens und der Darstellung dieser Lebensbewältigung in den verschiedenen Völkern, in der deutschen Kunst, der französischen, der britischen usw. (16) Kunst soll es jetzt einen ganzen Haufen von Kulturen in jeder Nation nebeneinander geben. Vor dreißig Jahren bestritt man, daß es überhaupt eine nationale Kultur gibt (Vorreiter war das Buch „Götter, Gräber und Gelehrte" von Ceram).

Mal so herum und mal so herum, wird heute die Existenz eines geordneten, befriedeten nationalen Kulturraumes bestritten. *„Freimaurer konstruieren den europäischen Einheitsstaat und die Zusammenführung der europäischen Kulturen zu einem* **multikulturellen Eintopf.** *Europa wurde geformt durch die griechische Philosophie, durch die römische Jurisprudenz. Europa wurde geprägt durch die normativen Inhalte der Bibel und durch das Evangelium Jesu Christi. In ‚Zeiten wie diesen' versucht man jetzt die geistigen Strukturen Europas aufzulösen, die in 2000 Jahren gewachsen sind. Europa kann man nicht mit den USA vergleichen, die als Kolonisierung groß geworden sind, die einen hohen Standard an* **Zivilisation** *haben, aber keine eigenständige Kultur . . . Freimaurer und Marxisten machten aus den europäischen Vaterländern Schweineboxen. Jetzt sollen die Zwischenwände niedergerissen werden, damit die Perversen, Kriminellen aller Art unkontrolliert leichter durcheinanderlaufen können. Schamlose, kriminelle Politiker schauen diesem gottlosen Treiben zu."* („Das Neue Volk")

Wird also der Versuch unternommen, eine „Multikultur" zu schaffen, die die Welt der Kulturen abschließen soll, so wird gleichzeitig der Versuch unternommen, einer solchen „Multikultur" einen Namen zu geben, unter dem sie angeblich schon seit Jahrtausenden bestanden haben soll, nämlich „europäisch". Man spricht von einer „kulturellen Tradition Europas" (Gerd Klaus Kaltenbrunner. Wir haben uns mit diesen Neuheiten bereits in XI, 51, 54, 61, 111 auseinandergesetzt). Man bringt eine dicke Schwarte heraus: „Kulturgeschichte Europas". In diesem „einzigartigen Buch der großen europäischen Kulturepochen" ist nicht mehr die Rede von nationalen Kulturen. Charles Le Brun — um nur ein Beispiel herauszunehmen, wird wenigstens attestiert, daß er zu einem *„einheitlichen nationalen Stil (!) unter Ludwig XIV kam."* Klar, daß auch ein Bild nicht fehlen darf, das von dem kulturellen Beitrag der Türken zeugt: Ein türkisches Prunkzelt aus dem 17. Jahrhundert (S. 512). Brüggemann (17) legt den Finger auf die Wunde: *„War Clemens Brentano ein Europäer, oder Thomas Morus, oder Campanella oder Lessing oder Ernest Renan oder Rousseau oder Thomas Hobbes? Nein, sie waren ganz typische Vertreter der geistigen Traditionen ihrer Heimatländer, sie waren deutsch, englisch, italienisch, französisch. In einem von Kaltenbrunners Büchern finden sie sich jedoch im trauten Verein als ‚Europäer' wieder! Jahrzehntelang wurde die deutsche Bildungsschicht mit derartigen Europa-Irreführungen weichgeklopft. In Otto von Habsburgs ‚Zeitbühne', stramm konservativ,*

war nichts anderes als Europa-Propaganda, etwa der Satz ‚Alle vernünftigen Menschen beten für eine rasche Einigung Westeuropas'. Die bis in die 70er Jahre vornehmste deutsche Kulturzeitschrift trägt den Titel ‚Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken'. Eine andere Zeitschrift, geschrieben für die nationale Ecke, heißt ‚Nation und Europa', hieß jahrzehntelang ‚Nation Europa'. Heute zeigt sich, wozu das jahrzehntelange Trommelfeuer dieser ‚kultivierten Desinformierer' auf den Rest der deutschen Bildungsbürger dienen sollte. Die Ablösung des christlichen Abendlandes (um 2000 Jahre rückwirkend gleich) durch ‚Europa' zeigt sich (mit dem Namen EG und Maastricht) als der dürftigste, der schäbigste gemeinsame Nenner, den die Menschen haben: den Markt."

Diese in „Europa Trance" versetzten Bürger meinen sogar, daß damit „die Überflutung durch den Amerikanismus abgedämmt, daß die ehrwürdigen Traditionen des Heiligen Römischen Reiches gegen ‚Verflachung' und ‚Vermassung' gesetzt werden sollten." Seitdem konservative Themen „Reichsidee" und „Idee Europa" heißen, kam es sogar zur Unruhe in den anderen Kreisen geschichtlicher Manipulation, dort nämlich, wo man die Nationen abschaffen will ohne sie durch neue Ismen zu ersetzen, wie den Europäismus. Köstlicher Niederschlag ist davon, was im „Spiegel" (18) darüber als faustdicke Warnung erscheint. Da wird der Haufen um Kaltenbrunner zu einem ganz üblen Neonazinest.

„Die Ursache der Umweltzerstörung ist der **Materialismus.** *Aus dem materialistischen Geist erwächst jene Weltanschauung, die als höchstes erstrebenswertes Ziel menschlicher Tätigkeit, ja als Sinn und Zweck des menschlichen Daseins überhaupt, die Anhäufung von Geld und Macht ansieht, wobei alle anderen inneren und äußeren Werte, wie Selbstlosigkeit, Bescheidenheit, Ehrlichkeit, Güte, Liebe, Anstand, ja sogar die Natur und das Leben selbst, ihren Stellenwert verlieren. Anhäufung von Geld und Macht zum Zweck der Unterdrückung und Ausbeutung anderer ist der Natur fremd. Daher sind die Systeme in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, die aus dem Materialismus erwachsen, gegen Natur und Leben gerichtete Kräfte der Zerstörung. Man kennt zwei Spielarten des Materialismus: Den kollektiven Materialismus marxistischer Prägung und den liberalen Materialismus in der sogenannten westlichen Welt."*

„Man empfiehlt die ‚Vereinigen Staaten von Europa' nach dem Muster der USA. Die Einwanderer in die USA aber waren von Anfang an eine Internationale von Menschen, die sich bewußt von ihrer Heimat und ihren Völkern losgelöst hatten. Europa aber hat noch seine naturgewachsenen Völker, die in ihren Heimaträumen seßhaft sind, mit ihren Kulturen und Sprachen. Das sind Menschheitswerte, die durch die sogenannte EG unfehlbar zerstört werden müssen und nie wieder herstellbar sind. Ein Verlust, der mit einer Abwertung der gesamten Menschheit untrennbar verbunden wäre."

„Der erste Schritt in dieser Richtung ist bereits getan, mit der Überschwemmung Europas durch Menschen aus anderen Ländern (wir kommen im folgenden Kapitel ausführlich auf dieses sehr ernste Problem zu sprechen). *Wir sind bereit, jedem Menschenbruder, woher immer er kommt, zu helfen, ihm Achtung, Mitgefühl und Freundschaft zu erweisen. Aber diese Freundschaft soll nicht zur Feindschaft gegen das eigene Volk ausarten."* (19).

Eine ganz besonders krumme Tour reitet der **Vatikan.** Warum soll man nicht die Tatsache ausnutzen, daß in der Tat Europa seit Jahrhunderten christlich ist, daß dieses Christentum — wenn man schon nach gemeinsamen geistigen Kriterien von den Pyrenäen bis zum Ural sucht — allen Europäern gemeinsam ist. Wenn also schon die Völker nicht mehr genannt werden sollen, wenn das Schlagwort EUROPA heißt, wer ist da also schon berechtigter, die Führung zu übernehmen, als der Vatikan. In einem Europa ohne Nationen, versteht sich. In einem Europa der Menschnrechte, versteht sich. In einem Europa des II. Konzils, als Provinz der eukumenischen Weltkirche. Papst Wojtila hat seit Jahren alles unternommen, sich im Kreise der Weltenplaner salonfähig zu machen.

„Die ‚Stadt des Menschen' (City of man) ist ein Schlüsselwort der Illuminaten für die Weltdiktatur. Das Ziel der Freimaurerei und der Illuminaten ist der Weltstaat, die Eine Welt. Es ist der ‚Menschheitsstempel der Humanität'. Das Vereinigte Europa ist ein Meilenstein hin zu diesem Ziel. Daß eine neue Stadt, die Stadt des Menschen erbaut werden soll, hat Papst Wojtila nicht zum ersten Mal verkündet. Daß diese Stadt aber ganz Europa umfassen soll, wird den staunenden Gläubigen erst jetzt — Juni 1992 — verkündet. Der Vatikan will also bei der anstehenden Neugestaltung Europas den Ton angeben und die religiöse, gesellschaftliche und politische Entwicklung in seinem Sinne beeinflussen. Rom erhebt jetzt den klaren Machtanspruch, die kommende ‚Eine Welt' von Europa aus zu gestalten und zu beherrschen." (20).

Seit 1984 gibt es in Frankreich eine Zeitschrift „Lettre Internationale". Verlegt wird sie heute gleichzeitig in Paris, Berlin, St. Petersburg, Prag, Budapest, Sofia, Bukarest, Belgrad, Agram, Rom und Madrid, herausgegeben von Antonin Liehm, einem tschechischen Asylanten. Ihr Sinn: Brücken zu schlagen zwischen den **europäischen Kulturen.** Vorläufer war in den 60er Jahren eine Prager Zeitschrift aus gleicher Quelle, mit der man versuchen wollte, das kulturelle Leben des Landes wieder zu normalisieren, und dabei war es notwendig, „den europäischen Zusammenhang wieder herzustellen, der durch die Naziinvasion 1938 abgerissen war". So soll auch der *„Provinzialismus der großen europäischen Kulturen, die ein weites linguistisches Gebiet beherrschen, überwunden werden"*, denn *„keine Kultur unseres Kontinents, ob groß oder klein, kann sich normal entwickeln, ohne daß sich ihre Wurzeln aus dem europäischen Zusammenhang nähren . . . Wir arbeiten an der Basis von dem, was dann Ideen und Debatten werden. Heute spielt der Intellektuelle eine geringe Rolle. Im Vertrag von Maastricht wird in einigen Zeilen nur von Kultur gesprochen . . . Wir meinen, daß das Fernsehen heute die Formung der Menschheit vornimmt, wie es früher die Kirche tat. Doch der Intellektuelle sollte heute das sagen, was allen klar ist, aber von niemandem ausgesprochen wird."* Freihandel in „Kultur", wer „deutsch" fühlt, ist ein provinzieller, wurzelloser Eigenbrödler. Mit Kultur muß man über die Grenzen wirken und von dort aufnehmen, nicht im eigenen Heim gedeihen, denn solche uralten Wurzeln riechen nach Nazismus. Um die Essenz zu verwässern, erfindet man „Europa" als Lebenselixier unserer kulturellen Identität. Uns fällt die Gleichzeitigkeit dieser organisierten Europafreudigkeit auf.

Die Abschaffung des deutschen Volkes

Ebensowenig wie es denkbar ist, von einer deutschen Außenpolitik zu sprechen, kann man von einer deutschen Innenpolitik sprechen. Der schlagkräftigste Beweis für diese ungeheuerliche Feststellung ist die sogenannte **Asylantenpolitik.**

Wenn also die in Bonn und Berlin betriebene Innenpolitik im Widerspruch zu den verfassungsrechtlichen Pflichten steht und der Wähler ausgeschaltet wird, erhebt sich die Frage, was sie denn ist. Unsere Antwort lautet: Es handelt sich um eine ideologisch gesteuerte Verwaltung. Es werden Pflichten erfüllt, die ideologisch, und zwar freimaurerischen Ursprungs sind, nicht solche, die dem Pflichtkreis einer Regierung in einem Nationalstaat entsprechen. Die Bundesrepublik Deutschland ist — so behaupten wir zunächst — ein Freimaurerstaat.

Als der Widerstand gegen die Folgen dieser Tatsache auf dem Gebiet der Asylantenpolitik wuchs, wurde dieser aber (fast) nirgends mit der eben skizzierten eigentlichen Ursache begründet. Man schlug sich vielmehr auf einer tieferliegenden, sekundären Ebene herum.

Das abstoßende Verhalten der sogenannten Asylbewerber, deren sachlich ungerechtfertigte und für deutsche Verhältnisse unangemessene Unterstützung, die in diesem Zusammenhang stehenden zunehmenden Verbrechen, die sinkende öffentliche Sicherheit, die Belästigung von deutschen Frauen und Kindern in einer für deutsche Verhältnisse bisher unbekannten Form, bis hin zu Morden, die finanzielle Belastung der Gemeinden, die offensichtliche Zerstörung der deutschen völkischen Identität, wobei eine solche von Bundesministern und Behörden ungeschminkt gefordert wird (21), wurden lange in ihrem Umfang nicht der Bevölkerung zur Kenntnis gegeben. Der hinhaltende Widerstand der in der Defensive kämpfenden Freimaurerei als organisatorisches Rückgrat dieser Zustände zeichnete sich dabei aus als ein beredtes Beispiel für das in den Logen erprobte Arbeiten mit Intrigen. Es wird viel geredet, aber nichts entscheidendes unternommen. Der eigentliche Gegner wird nicht beim Namen genannt, von keiner Seite. Dafür spricht man in den USA von „WASP" und — z.B. jetzt in Peru — von der „Schwarzen Hand" und im deutschsprachigen Europa obenhin von Internationalisten. So wird die Bekämpfung des allgegenwärtigen Gegners nicht in geschlossener Form vorgenommen. Sie fügt dem Gegner keinen Schaden zu und ermöglicht es ihm, völlig ungehindert sich immer wieder neu zu formieren und immer neue Angriffswaffen einzusetzen. Theaterstücke, Reden, Zeitungsartikel, Bücher, Organisationen, Institute werden so am laufenden Band produziert. Wer etwa die Asylpolitik angreift, wird mit den übelsten Schimpfworten bedacht. Aus den Verteidigern eines deutschen Staates werden Feinde der Demokratie und Neonazis und Antisemiten gemacht. „Das Verhalten gegen Ausländer (so wird verallgemeinert) ist ein Prüfstein für die Demokratische Ordnung" meint der Bundespräsident von Weizsäcker am 3. Oktober 1992 in Schwerin. Unter einer Demokratischen Ordnung versteht er dabei offensichtlich einen Zustand, in dem über keine wichtige Frage abgestimmt werden darf, und in welchem den Bürgern ein Maulkorb umgehängt wird, ein Zustand, der nicht gerade selten bereits als Diktatur und als Unordnung bezeichnet wird.

Es sind bereits viele sehr harte Worte gegen die Zerstörer gefallen. Es scheint angebracht, die Stimmung des Volkes in diesen stürmischen Zeiten festzuhalten, denn es ist denkbar, daß diese Zeitzeugnisse einmal von Gerichten benötigt werden.

„Überfremdung Deutschlands und anschließende Ausrottung unseres Volkes. Bürgerkrieg in Deutschland. Überall werden Asylantenheime flächendeckend errichtet, in welchen keine Asylanten, sondern Asylbewerber wohnen. Wie Krebsmetastasen werden diese Überfremdungsstützpunkte über ganz Deutschland verbreitet. Dann kommt die Nacht, in der mit dem Losschlagen gegen das deutsche Volk begonnen wird. Bereits heute hat die Presse sich bedingungslos auf die Seite der Invasoren gestellt. Die Deutschen werden in der Presse als bösartige, tierische, vernichtungswerte Kreaturen dargestellt", warnt ein Flugblatt.

„Wer sich an Pogromen beteiligt ist ein Schwerverbrecher und muß mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Daß ganz normale Bürger, die auch in der CDU, SPD oder bei den Liberalen sein könnten, also Menschen wie du und ich, am Straßenrand stehen und Beifall klatschen (wenn ein Asylantenheim überfallen wird), ist eine Entwicklung, deren Dramatik nicht zu unterschätzen ist" verteidigt Engholm die Bonner Politik in einem Interview der „Bunten Illustrierten". Er fährt fort: *„Wir können über die Zahl der Ausländer, die noch zu uns kommen können, streiten. Aber es muß Einigkeit herrschen, daß die, die schon hier sind, in Würde und ohne Gefahr für Leib und Leben hier sein können. Ich setze darauf, daß es genug menschlichen Anstand in Deutschland gibt."* Dieses Interview wurde am 2. September 1992 veröffentlicht. Am gleichen Tag teilt das Bonner Innenministerium mit, daß die Zahl der Asylbewerber einen neuen Höchststand von 270.000 Ausländern erreicht hat (es kam noch viel schlimmer!), was einer Steigerung von 94% gegenüber 1991 entspricht. Die sollen also nach Engholm (und allen anderen deutschen Politikern)

„in Würde" bleiben dürfen. Das gebietet seiner Meinung nach der „menschliche Anstand". Für ihn ist es „menschlicher Anstand", wenn die deutschen Kinder ihren Schulhof mit hunderten von Asylbewerbern teilen müssen (wie in Wohldorf-Ohlstedt geschehen) und wenn 67 Deutsche mit 500 Ausländerkindern in der Schule sitzen (Veddel, Bez. Hamburg). Für ihn ist es „menschlicher Anstand", wenn man dazu schweigt, daß ein Deutscher aus Sachsen am Berliner Alexanderplatz von einer Gruppe Türken erschlagen wird, nur weil er deutsch aussah. Und es war der Höhepunkt „menschlichen Anstands", daß die ausländischen Mörder mit einer Geldstrafe oder Bewährungsfrist von zwei Jahren „bestraft" wurden. Ein Experte in Rechtsextremismus, Ernst Uhrlau, erklärt im „Spiegel", „daß die von rechts kommende Welle des Todes erst anfängt". Das lese ich in einer Zeitung im bolivianischen Sta. Cruz. So geht die Hetze gegen Deutschland um die Welt.

„Man sorgt sich um das Wohl von Scheinasylanten, doch die Probleme von Deutschen werden unter den Teppich gekehrt. Wir werden langsam aber sicher zum Paradies von Asylbetrügern und kriminellen Ausländern", meint ein Lehrer in Dessau. Die Kriminalstatistik gibt ihm recht. Wir bringen später noch Zahlen dazu.

Wie war es in **Hoyerswerda?** Wochenlang ertönte aus den weit geöffneten Fenstern des dann geräumten und gestürmten Asylantenheims Tag und Nacht ‚moderne' Musik mit Bongotrommeln in unerträglicher Lautstärke. Ungerührt warfen die Asylbewerber ihre Abfälle zum Fenster hinaus. Es war offensichtlich „menschlicher Anstand" á la von Weizsäcker. Tag und Nacht stellten sie den deutschen Frauen und Mädchen auf der Straße nach, erfüllt offensichtlich von „menschlichem Anstand". Die deutschen Behörden unternahmen absolut nichts, um diese Anstandsregeln abzustellen. Frau Dr. Margarete Mitscherlich sagte bereits am 17. Dezember 1986 im Radio: *„Daß alle Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren, kann man eigentlich nicht bedauern."*

Und wie war es dann in **Rostock?** *„Rostock, eine neue Qualität des Kampfes von rechts? Während in Hoyerswerda und anderswo spontane Aktionen aus der betroffenen Bevölkerung Anlaß und Ursache für Gewalt von Skins und rechter Szene waren, offenbarte sich in Rostock erstmals eine Logistik, die selbst Staatsschutz und Polizei überraschte. Den Krawallen gingen vor dem 22. August 1992 unzählige schriftliche und mündliche Beschwerden der betroffenen Anwohner über Fäkalien in und vor ihren Häusern, ‚vollgeschissene' Kinderspielplätze, Dutzende von Ladendiebstählen, Überfälle auf Kinder und Alte, Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen, Wohnungseinbrüche, Ruhestörungen und Anpöbeleien voraus. Allen Eingaben wurde bis zum 22. August 1992 weder von den Behörden, noch der Polizei nachgegangen. Im Gegenteil, die Zustände verschlimmerten sich täglich, da die Kapazität der sogenannten Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAK) mitten im Neubaugebiet von Rostock-Langenhagen auf 300 Personen ausgelegt und hoffnungslos überlastet war. Hauptverursacher der skandalösen Belästigungen der Anwohner waren Zigeunerbanden, die wild in den neuen Grünanlagen zwischen den Wohnblocks kampierten. Täglich wurden es mehr!"*

„Darauf traten erstmals Betroffene und nationale Verbände mit einem gemeinsamen Ultimatum an die Rostocker Behörden heran, indem sie die Auflösung und Verlegung der ZAK aus Langenhagen bis zum 21. August 1992 forderten. Wieder ergebnislos!" (22). Als die verzweifelten Rostocker nicht mehr ein noch aus wußten, kam es zum Sturm auf die Ausländerunterkunft. Die Jugend griff an und die Bevölkerung feuerte sie an. Die Polizei war machtlos, die Politiker aber sprachen von einer **Schande für Deutschland!** Und wie beurteilte man das Versagen der Behörden angesichts der Verzweiflung der Bevölkerung? Dieses vollständige Imstichlassen der Deutschen bei der Vernichtung ihrer gesellschaftlichen Umwelt? Diese Untätigkeit gegenüber einem Dauerangriff auf die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens? Dieses tatenlose Zuschauen, wie es sich gleichzeitig im mehrmonatlichen

„Belogen, betrogen, zum Hassen erzogen" skandierten rechtsradikale Jugendliche bei ihren Aufzügen im Osten. Foto A

Ein Aufruf, der die wachsende Zustimmung zu diesen Vorgängen in den dann kommenden Wahlen vorwegnimmt:

In Deutschland erwacht in der Stunde großer Gefahr für unser Land und Volk revolutionärer Geist. Schrittmacher dieses Erwachens aus jahrzehntelangem fügsamen Vor-sich-Dahindämmerns ist jener Teil der deutschen Jugend, der zu Zeiten des in Mitteldeutschland herrschenden SED-Bolschewismus in »Pionier«-Gruppen und in der FDJ groß geworden ist. Nach der Teilvereinigung mit Westdeutschland wähnten sie sich von den Fesseln der sowjetischen Knechtschaft endlich befreit. Doch dieser Glaube trog. Was sie nicht wußten - nachdem sie sich die eiserne Kette des Kommunismus selber abgestreift hatten -: Kohl und Konsorten legte ihnen stattdessen die goldene Kette des jüdisch-amerikanischen Kapitalismus an. Statt Lehrstellen einzurichten, importierten gewinnsüchtige Profithaie Coca Cola, Rauschgift und Kriminalität nach Mitteldeutschland. Doch damit nicht genug, zwängten die verbrecherischen Befürworter einer *»multikulturellen Gesellschaft«* Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder in die alten deutschen Kulturländer BRANDENBURG, MECKLENBURG, SACHSEN, THÜRINGEN und VORPOMMERN hinein.

Das Maß ist voll! Nun geht dieselbe Jugend auf die Straße, um für ihre Rechte einzutreten, welche 1989 mit ihren Montagsdemos in Leipzig und Dresden die Befreiung vom Honecker-Kommunismus erzwungen hatte.

Eine systemkonforme, sich fälschlich deutsch nennende Presse bezeichnet diese jungen Leute (zwischen 16 und 25 Jahren) zuerst als *»Rechtsradikale«* und *»Rechtsextremisten«*, manchenorts auch als *»Neonazis«* und *»Skin-Heads«*. Mit der zunehmenden Ausbreitung von bewegungsaktiven Demonstrationen wider die zwangsweise Unterbringung unzivilisiert sich aufführender Südostländischer, steigerten die Medien ihre Ausdrucksweise, welche das Tun der Jugend brandmarken soll, durch Verwandlung der ursprünglich benutzten Substantive (Hauptwörter) in Adjektive (Eigenschaftswörter), oder sie suchten ihre mißbilligende Ablehnung unter Verwendung von neu beigegebenen Eigenschaftswörtern raffiniert zu steigern. Nun hieß es plötzlich: *»rechtsradikale Skin-Heads«*, *»neonazistische Jugendgruppen«* und - ganz übel! - *»rechtsextremistische Schlägerbanden«*.

Wir sagen: Diese jungen Deutschen sind revolutionäre Vorkämpfer für ein von fremdländischer Bevormundung befreites Deutschland!

Diese jungen Deutschen sind Freiheitskämpfer!

Aus diesen jungen Deutschen spricht ihr Sinn für die Erhaltung unseres in langen Jahrtausenden gewachsenen Volkstums.

Die deutsche Jugend läßt sich nicht durch gemeine Schimpfworte eines verbrecherischen Systems von der Erfüllung ihrer Pflicht abhalten!

Es lebe die Freiheit!

gleichem Zuschauen in Bosnien zeigte und zum Bürgerkrieg geführt hat?

Als am 25. August 1992 das Asylantenheim gestürmt und in Brand gesteckt wird, da fragt niemand, wieso das notwendig wurde. Während die Bevölkerung von Rostock *„noch immer und unvermindert gegen die inzwischen fortgeschafften Roma aus Rumänien und zunehmend heftiger sich gegen Politiker und Fernsehjournalisten richten, die das Verhalten der Bevölkerung kritisieren — es ist eine langangestaute Wut — wendet sich die deutsche Lizenzpresse gegen die Verteidiger Deutschlands."* Man versucht zu belehren! „Volkspädagogisches Pathos" verbindet sich mit „politischer Ausgrenzung" (23). Diese journalistischen Aasgeier der Demokratie bringen Kinder mit Geldversprechungen dazu, vor laufender Fernsehkamera mit dem Hitlergruß zu posieren (NZZ und Justizminister Helmreich). Was von „Unbekannt" mit jüdischen Grabsteinen auf Friedhöfen und im ehemaligen KZ Sachsenhausen zeitgerecht geschieht, um in der ganzen Welt die Deutschen wieder als „Nazis" zu brandmarken (und als scheußlichstes Mittel der Regierung dazu dient, ihr den Rücken im Terror gegen Deutsche zu stärken), das erfährt breite Unterstützung von denen, die mit Sensationen ihr Brot verdienen, ohne Rücksicht auf die Wahrheit und auf die Folgen. In Bonn aber vergißt man, daß man diese Nachfolger Sefton Delmers damit in einen Topf wirft mit Weizsäcker und Kohl und Engholm und andere Antreiber der volkstötenden Asylantenpolitik.

Da lauten die Überschriften in den Zeitungen und Zeitschriften: „Ausschreitungen rechtsradikaler Gewalttäter", „schwere Krawalle", „Bürerkriegsähnliche Zustände", „Empörung über die Rostocker Polizei wegen ihrer Passivität gegenüber rassistischen Gewalttätern", „Koalition und Opposition in Bonn verurteilen einhellig die Übergriffe auf das Schärfste" (gemeint sind die Widerstandsmaßnahmen der Bevölkerung). Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Wolfgang Schäuble fordert *„mit Blick auf die Schande, daß die Gewalttäter, wie jung auch immer (!), ins Gefängnis kommen — nicht nur für kurze Zeit. Bei ihren Taten handelt es sich nicht um Lausbubenstreiche, sondern um versuchten Mord."* Es geschah der Angriff auf das Asylantenheim in Rostock unter Anwesenheit von 5000 Nachbarn, *„die allein schon durch ihre Anwesenheit den Gewalttätern beim Rückzug immer wieder Schutz in der Menge boten."* Es ging vor wie von Mao und Lenin vorgeschrieben. Doch man irrte sich! Terrorurteile erreichten gar nichts gegen den elementaren Freiheitswillen. Auch andere Vorschläge zu „verschärftem Vorgehen" (Verbot von Vereinen, Landesfriedensbruch als schwerstes Delikt, Überprüfung aller der Polizei zur Verfügung stehenden Mittel, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen) machen bewußt aus dem importierten Gesindel unantastbare Heilige und aus den Verteidigern deutscher Ordnung und Sauberkeit „xenophobe Verbrecher". Daß man jahrelang die ernsthaften Bitten und Warnungen einer drangsalierten Bevölkerung einfach ignorierte und damit diese Entwicklung herausforderte, will man nicht wahrhaben. Die Philosophie regiert und schert sich einen Dreck um die Meinung und die Wünsche des Volkes.

Auf einer Konferenz der Generalstaatsanwälte unter Leitung von Generalbundesanwalt Alexander von Stahl wird Mitte Dezember 1992 in Hamburg beschlossen, rechtsextremistische Gewalttäter künftig härter zu bestrafen. Im „Elbterrassen-Prozeß" in Magdeburg ging das Gericht bereits am 15.12.1992 über die Anträge der Anklage hinaus.

Rostock wird für lange Zeit eine offene Wunde in der Geschichte der Deutschen bleiben. In der Zukunft zu erwartende Falschmeldungen und entstellende Interpretationen von „Historikern" reichen nicht hinunter in die seelischen Tiefen, an die dort gerührt wurde. Von jetzt an ist in Deutschland in weiten Kreisen der Begriff „Demokratie" verbunden mit Terror und Diktatur und Verleumdung. Man hat die Deutschen erneut das Hassen gelehrt. Helmut Schmidt: *„Kein Volk der Welt würde es ertragen, wenn jedes Jahr eine halbe Million Ausländer dazukommen, wie zu uns, und doch ist nicht anzunehmen, daß die*

Dilettanten, die zur Zeit regieren, dazu lernen." (24). Es ist eben geschichtliche Tatsache: Philosophen lernen niemals dazu. Philosophen sind immer Diktatoren.

„Seelisch gestörte Menschen sind es, die innere Rechtfertigung, ihren Haß in Gewalttätigkeit umzusetzen", meint der Berufsverband Deutscher Psychologen. Der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) meinte (am 8. Oktober 1992): *„Mit einer Anklage wegen Mordes und einer möglicherweise lebenslangen Freiheitsstrafe müssen überführte Angreifer von Asylanteneinrichtungen rechnen.*" Inzwischen wuchs die Zahl der Angreifer auf weit mehr als tausend. Begleitet wurden sie in vielen Fällen vom Applaus der Bevölkerung. Nach von Weizsäcker „eine Schande", laut Engholm "Fehlen menschlichen Anstandes", objektiv von der deutschen Bevölkerung im allgemeinen als Notwehr und Widerstand gegen eine Regierung empfunden, die mehr und mehr den Eindruck einer Besatzungsmacht macht, die gezwungen wurde, ihre „deutsche" Maske abzunehmen. Der bayerische Sozialminister Gebhard Glück *„rechnet damit, daß Bayern 1992 über eine halbe Milliarde Mark für Unterbringung und Verpflegung der Asylbewerber aufbringen muß. Das ist ein Viertel seines gesamten Haushalts. Bundesweit würden die Kosten auf 5 Md. DM klettern!"* Er fügt hinzu: *„In der Tschechoslowakei sitzt gegenüber der zeitlich wegen Überfüllung geschlossenen Anlaufstelle Zirndorf ein weiteres Kontingent von Sinti und Roma gewissermaßen auf gepackten Koffern und wartet nur darauf, daß Zirndorf wieder geöffnet wird. Alle sind im Besitz von nagelneuen tschechoslowakischen Pässen."*

Nach den Vorgängen in **Rostock** und 16 anderen deutschen Städten hat man „oben" nur zwei Lösungen. Die einen sprechen von einer Polizeisondereinheit, die anderen von einer schärferen Bestrafung, einschließlich der Zuschauer. Das wird hingestellt als „Lösungen". Von vorneherein schließt man die Ausweisung der Asylbetrüger und eine Grenzsperre aus. Von vorneherein auch schließt man die Jugend aus dem übrigen, nicht so aktiv gewordenen Volk aus, verurteilt sie und sucht nach Möglichkeiten, sie so hart wie möglich zu bestrafen. Niemand geht den Weg einer verantwortungsbewußten Regierung — verantwortungsbewußt gegenüber ihren Wählern: Verstehen, Erziehen, Ursachen abstellen, die Gründe für diese Zustände bei sich selbst zu suchen. Was geschieht führt niemals zu dauerhaften Lösungen. Das führt nur zum weiteren Auseinanderfallen des Volkes, zum Bürgerkrieg, wie ihn Geissler androht, zur Stellungnahme gegen die Politiker. Diese sind es, die sich außerhalb des Volkswillens stellen, egal, ob man konkrete provozierte Untaten gutheißt oder verurteilt. Dabei steht dann erneut fest, was deutscher Erfahrungssatz seit den zwanziger Jahren ist: Nur mit aktivem Widerstand wird etwas gegen die Freimaurerei (die ja hinter allen diesen staatlichen Verirrungen steht) erreicht. Diesen aktiven Widerstand verhindern oder abzubiegen, in schiefes Licht zu setzen, ist darum Inhalt der freimaurerischen Taktik. Zu diesem Taktik-Arsenal gehört es, mit leeren Versprechungen Kämpfer zu beruhigen, das Schwert wieder in die Scheide zu stecken. Wenn mitteldeutsche Minister in Gemeinden fahren und dort die Menschen dazu überreden, „provisorisch" Asylbewerber aufzunehmen, wie es in Goldenberg und andernwärts geschah, so ist das doch nur die eine Seite einer Münze, die auf der anderen Seite den Einsatz von Militär und Polizei vorsieht, um dann im nächsten Schritt mit wüstesten Drohungen gegen die unbeeindruckten Jugendlichen vorzugehen. Ein anderer Dreh ist es, die klare, berechtigte Front gegen Asylbetrüger aufzulockern und in diesem Rahmen von ganz anderen Dingen zu sprechen. Da wird zunächst einmal aus dem Wunsch einer Sauberhaltung unserer deutschen Umgebung „Ausländerfeindlichkeit" gemacht, eine ganz üble Verdrehung der Tatsachen. Und dann werden aus den Widerständlern „Nazis" gemacht. Und der Kampf auf parteipolitische Ebene gezogen, wo er überhaupt nicht hingehört. Und sofort taucht auch das schöne Wort „Antisemitismus" auf. Es werden sogar schon wieder Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen umgestürzt. Die Täter findet man nicht. Das hat zweierlei Vorteil.

Zum einen bekommt dann der Terror gegen die Deutschen einen internationalen Anstrich von allgemein anerkannten und verrufenen Verbrechen. Und zum anderen kann eine bestimmte Gruppe von Juden wieder ihre Identität stärken. Daß die deutsche Regierung dieses Spiel mitmacht und so dem deutschen Ansehen in der Welt schwersten Schaden zufügt — nur, um ihre dreckige Einwanderungspolitik fortsetzen zu können — stellt sie aber dadurch größer werdenden Kreisen im eigenen Volk gegenüber bloß. In diesen Wochen haben die Vorgänge unter dem Wort „Asylantenpolitik" sehr vielen Deutschen die Augen geöffnet.

Doch den Deutschen wurden im gleichen Zeitraum auch noch in ganz anderem Sinne die Augen geöffnet. Es war, wie wenn eine übermenschliche Schicksalsmacht eingriff und mit dem gleichzeitigen mehrfachen Eingriff in die Geschehnisse den Deutschen zu Hilfe kommen wollte. Denn gerade die Verschiedenartigkeit der Angriffe auf das deutsche Volk, die sich da 1992 in so erschreckender Weise manifestierten, legte den eigentlichen Hintergrund bloß. Das gemeinsame an den beiden Angriffen, von denen hier die Rede sein soll, ergibt sich nämlich aus den deutlichen Worten und Taten der Zerstörer. Obwohl es sich bei dem zweiten hier ins Auge zu fassenden Angriff auf die deutsche Identität nicht um Probleme mit uns aufgezwungenen Fremden handelt, und wir daher mit dem folgenden Absatz ein scheinbar völlig anderes Thema anschneiden, ist die sofortige Darstellung auch dieses antideutschen Vorgehens geboten.

Staatsstreich in juristischer Verpackung

Am 11. Dezember 1991 unterschrieben die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Länder in **Maastricht** den Kalender zur Formung einer Wirtschaftsunion und einer politischen Union Europas, die bis 1999 geschaffen werden soll. Das Vertragswerk wurde überall in Europa stark kritisiert. Obwohl Umfang und Inhalt dieser Kritik deutlich machten, daß die Politiker in Maastricht **ohne jegliche demokratische Zustimmung** gehandelt hatten, blieben die internationalistischen Urheber unberührt von allen sachlichen Einwänden bei ihrer Meinung. Was die Europäer weithin dachten, zeigte sich am 2. Juni 1992 als **Dänemark** in allgemeinen Wahlen sich zum Erstaunen der Geburtshelfer gegen Maastricht aussprach. **Frankreich** folgte am 20. September 1992 mit einem Wahlergebnis, bei dem ebenfalls 48,5% der Wähler Maastricht ablehnten. Damit war klar, daß dieses „Europa" keineswegs mit jenem Enthusiasmus geboren werden würde, wie er bei einer derart einschneidenden Maßnahme erwarten worden war. Es kam das in zahllosen Zeitungsüberschriften und Reden zum Ausdruck. „Einen **Staatsstreich in juristischer Verpackung**" nennt der Limburger Universitätsprofessor Roos den Maastrichter Vertrag. Nahezu der gesamte wirtschaftswissenschaftliche Sachverstand der Bundesrepublik mit den Namen von 60 Professoren spricht von einer „verfrühten Wirtschaftsunion". Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff hält es für wirklichkeitsfremd, mit der Europapolitik fortzufahren, als habe es die dänische Volksabstimmung nicht gegeben. Neue Verhandlungen über die Verträge von Maastricht sind schwerlich zu vermeiden. Nach dem dänischen Votum hilft politischer Frohsinn nicht weiter. Bundeskanzler Kohl meint — anscheinend einlenkend — dazu: *„Verhandlungen müssen vorsichtig und begrenzt geführt werden, denn die Gefahr ist groß, daß sie einen Sack öffnen würden, den man dann nicht mehr zubinden kann." „Von einer termingerechten Inkraftsetzung* (meint die NZZ am 18. September 1992) *geht in Brüssel auch wegen des dänischen Problems sowieso niemand mehr aus . . .*

Die französische und die italienische Regierung drängen deshalb den britischen EG-Ratsvorsitztenden zur Einberufung eines EG-Sondergipfels. " *„Orientierungslosigkeit der EG-Außenminister, die sich am 21. September in New York treffen. Wenn* **Frankreich** *mit NEIN stimmt* (das tat dann jeder zweite Franzose), *dann müßte das Ziel der Währungsunion aufgegeben werden. Vielleicht ließen sich Teile des Vertragswerks noch retten.*" (NZZ). Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Lamers, bezeichnet ein **„Europa der zwei Geschwindigkeiten"** als eine Möglichkeit. Auch die SPD-Finanzpolitikerin Matthäus-Maier befürwortet eine Kern-Währungsunion mit Frankreich, Deutschland und den Beneluxländern. Bayerns Europaminister Goppel ist ähnlicher Auffassung und befürwortet ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Ja, selbst Delors, Präsident der EG-Kommission, „schließt nicht aus, daß es zur Ausbildung eines Europa der zwei Geschwindigkeiten kommen werde". (FAZ 25.9.92 aus Brüssel). Auch Kohl redet davon. Doch die Haupttäter lassen diesen Wortschwall über sich ergehen. Sie wissen genau, mit Worten kann ihnen niemand mehr das Paket von Maastricht entreißen.

Volkskundgebungen oder gar Generalstreiks hat es nirgends gegeben. Die Völker haben gar nicht begriffen, was man ihnen antun will. Kaum fünf Tage sind seit dem Pariser Menetekel darum vergangen, als am 25. September 1992 Kohl, Engholm und Kinkel in einer Regierungserklärung feststellen: *„Abwarten wäre die falsche Antwort. Stillstand ist Rückschritt.*" Man spricht von einer „Antwort", nimmt also zur Kenntnis, daß es zwei Gesprächspartner gibt: auf der einen Seite die Völker, auf der anderen die internationalistischen Politiker. Doch während die Völker nicht handeln dürfen, weder abstimmen noch Widerstand leisten, besteht Handlungsfreiheit unbeschränkt auf der Seite der Politiker. Und sie nutzen sie bis zum letzten aus. Alles, was wir bisher zum Thema „Maastricht" brachten, sind Worte von Internationalisten. Denen geht es nur darum, ein unglücklich gestartetes Unternehmen doch noch über die Bühne zu bringen. Die Mehrheit der Europäer, die dieses Unternehmen auf das schärfste ablehnt, wird von niemandem in Brüssel und New York und Bonn auch nur erwähnt. Es geht genauso zu wie bei der Asylantenpolitik: Die Beschwerden einer hilflosen, verzweifelten Bevölkerung werden nicht zur Kenntnis genommen. Wenn es dann aber brennt, dann haben die Brandstifter schuld an dem ganzen Dilemma. Noch bevor man mit der Asylantenpolitik anfing, noch bevor man sich in Maastricht traf, waren die europäischen Völker bereits abgeschafft worden.

Drei Tage weiter, am 28. September 1992 wenden Kohl und Kinkel sich mit Blick auf Maastricht gegen ein „Klein-Europa". In Bonn wird angedeutet, es sei Großbritannien, das Hinweise ausstreue über deutsch-französische Sonderabsichten, um diese dann als Begründung für ein Londoner Aussteigen anführen zu können. Der verwirrte Leser hat so längst den Faden verloren und plappert nach, was Internationalisten sich zurufen. England macht sich unter dem Eindruck der Bonner Haltung darum stark, ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten" zu verdammen. So sind alle elf wieder einer Meinung, als sie sich am 16. Oktober in **Birmingham** treffen: **Der Vertrag von Maastricht wird nicht geändert.** Eine gemeinsame Erklärung stellt dort fest, *„daß die entsprechende Gesetzgebung einfach und klar sein werde und daß dem Publikum der Zugang zu allen nichtvertraulichen Nachrichten über den Prozeß der Vereinigung Europas zugänglich gemacht werde. Es sei notwendig, den Bürgern die Wichtigkeit und die Bedeutung des Vertrages zu erklären.*" Eigentlich ein in der Geschichte der Diplomatie nicht gerade häufiges Ereignis, daß sich die versammelten höchsten Diplomaten vor ihren Völkern darüber entschuldigen, daß sie den Versuch abbrechen, diese hinter verschlossenen Türen zu verkaufen und hinters Licht zu führen.

Es geht also alles weiter wie bisher. Am Ende der so dringend anberaumten Sondersitzung der EG stand der eiserne Entschluß, dem „großen Werk" treu zu bleiben, es aber bes-

ser zu maskieren als bisher, den Bürger mit schönen Worten zu beruhigen, aber an der Sache nichts zu ändern. Fortschritt muß nun mal sein, wenn nicht mit Zustimmung von unten, dann kraft Dekret von oben. Kraft Dekreten, über die niemals abgestimmt wurde, in keinem Parlament und schon gar nicht in Volksabstimmungen. Adolf Hitler warf man vor, er habe an die Stelle des Rechtsstaates den Maßnahmenstaat gesetzt (Was ich befehle, ist Gesetz). Hitlers Regierungsführung wurde aus diesem Grunde als Diktatur bezeichnet. Was ist dann aber die Handhabung der Regierung heute? Wer sich sachlich gegen Maastricht wandte, erlebte es automatisch beinahe, daß seine Sorgen stillschweigend zu den Akten gelegt wurden. Ihm wurde nicht mit einem einzigen Sacheinwand begegnet, und wenn es sich bei den Eingaben um solche von Universitätsprofessoren handelte. Genscher — Sprecher der internationalistischen Philosophie — nennt als Grund für diesen „notwendigen europäischen Weg: *„Die Lehren aus der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Es droht ein Zurückfallen in nationalen Egoismus. Der Feind einer Friedens- und Stabilitätsordnung für das ganze Europa und der Feind einer sich zur* **Europäischen Union** *entwickelnden Europäischen Gemeinschaft, der Feind einer „neuen Kultur" (!) des Zusammenlebens der Völker ist der* **Nationalismus.**"

Ist das eine Antwort auf das Vorwort etwa eines Prof. Schiller: *„Währungsverband zu einem falschen Zeitpunkt und zu einem falschen Kurs und das zunehmend einer Besessenheit ähnelnde Beharren an der einmal eingeschlagenen Politik"?* International tätige Kliquen mischen und verdienen mit bei der neuen Währungsunion. Was sich seit 15 Jahren weltweit und insbesondere in den USA herausschälte, die Etablierung einer Weltregierung der Finanzinstitute und der Multis, das soll jetzt für Europa festgenagelt werden. Auf „ewig" wird die DM angekettet an elf weitere europäische Währungen und verschwindet.

Aus der europäischen Geschichte

Es war recht unvorsichtig von Genscher, von den „Lehren aus der europäischen Geschichte" zu sprechen. Denn das, was wir Deutsche heute erleben, ist nicht der erste Versuch, unsere Welt zu zerstören. Wir leben vielmehr seit etwa zweihundert Jahren in einem mehr oder weniger deutlichen und aktiven Kampf gegen die immer gleichen Zerstörungskräfte, denen sich in unseren Tagen Heiner Geissler anschloß. Das Monumentalwerk von Emil Eduard **Eckert,** königlich sächsischem Advokaten, bringt in seinen sechs „Heften" ein gerade heute wieder sehr lehrreiches Bild bis hin in das Jahr 1860, als der Verfasser von Freimaurern in Wien ermordet wurde. „Gegen jedes Kirchenthum, Staatenthum, Familienthum" kämpft damals der „Freimaurer-Orden mittelst List, Verrath und Gewalt". War dem entschiedenen Nichtfreimaurer Bismarck dann auch die Reichsgründung gelungen (25), so wurde der Kampf gegen die monarchische Staatsform dadurch kaum unterbrochen. Wir haben das Thema unter der Überschrift „von Bülow" schon früher aufgegriffen (26). Unter der Überschrift „Bülow - Wilhelms Bismarck" (schon diese Überschrift die ein gutes Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Fürsten von Bülow belegen soll, das in Wirklichkeit entschieden anders zu bewerten war, wie wir früher bereits darstellten) stellt Rudolf Augstein in seinem ‚Spiegel" ein Buch von Gerd Fesser „Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow" vor (27). Auch bei diesem Titel erneute Bauernfängerei, denn er soll mit den Adelsprädikaten vor allem konservative Leser zum Kauf anreizen. Der schwerste Vorwurf, den Augstein in dieser Buchbesprechung gegen Bülow erhebt, ist der der „Verantwortungslosigkeit". Es war aber viel schlimmer, wie wir schon sahen. Von

zeitgenössischen Historikern wurde sein Verhalten als Hoch- und Landesverrat angesehen. Augstein selbst hilft uns mit einem Foto, welches wir hier wiedergeben, noch einmal noch etwas mehr zu sagen: Dieser Verrat erfolgte im Dienste der Freimaurerei! Was den Maurern heute der Zeigefinger und die Brille als bevorzugtes Erkennungszeichen ist, das waren nämlich zu von Bülows Zeiten Zylinder und Spazierstock. (28).

zu nebenstehendem Foto:
Roosevelt, Schacht und Hans Luther im „Weißen Haus".

Das Buch Fessers und seine Kommentierung durch Augstein belegen aber darüber hinaus erneut, daß eine weitere Generation von logenverpflichteten „Historikern" den Zeitpunkt für gekommen erachten, unserem Jahrhundert einen ganz anderen Inhalt zu geben als ihn die sachkundigen Zeitgenossen wiedergaben. Ganze Bibliotheken werden so heute ignoriert, denn damals war nicht — wie heute zunehmend der Fall — Logenzugehörigkeit Voraussetzung, um zum Geschichtsprofessor zu avanzieren. Sachkunde ist heute erst an zweiter Stelle gefragt, denn es gilt vor allem, die damalige Arbeit der „Brüder" ins rechte Licht zu rücken und der Nachwelt anzupreisen. „Es war nicht so, daß Bülow das Bismarcksche Erbe verspielt hätte", wie man es fast 100 Jahre behauptet hat. Fesser und Augstein stellen heute endlich klar: Es m u s s t e so kommen, denn der Bismarcksche Entwurf vom Deutschen Reich hatte Fehler. Bismarck war ein Stümper, von Bülow ein kluger Kopf, doch konnte er das Reich nicht mehr retten.

Die Herrschenden sind heute gezwungen, Bücher wie dieses über von Bülow zu produzieren. Sie müssen dem gesamten Verlauf der Geschichte ein anderes Gesicht geben. Es muß bestätigt werden

1) daß niemals so etwas wie eine Freimaurerei hinter den Kulissen die Zügel in den Händen hatte;
2) daß vielmehr alles das, was Freimaurer zu dem fürchterlichen Weg Europas in die Tiefe beitrugen, positiv und menschenfreundlich war. Das oft nur schwach zugedeckte Wirken der Freimaurerei muß darum endgültig als solches unkenntlich und in seiner Wirkung als anerkennungswert beschrieben werden. Da, wo dann solche Historikerleistung absolviert wurde, wird umgehend von Adjudanten festgestellt, daß es sich um feststehende Tatsachen handelt, die von einem jeden Richter gegebenenfalls als Beweisgrundlage benutzt werden können.

Diese freimaurerische Vergangenheitsbewältigung hat nur einen Fehler: Es gibt immer noch Personen, die es vorziehen, sich auf Dokumente zu stützen anstatt auf „Historiker". Da meinte z.B. der Delegierte des Großorients von Frankreich, Bouley am 20. Oktober 1907 vor der Loge „Freimut und Wahrheit" in Köln: *„Der Großorient von Frankreich ist eine historische Macht, die seit beinahe zwei Jahrhunderten ihren Einfluß über die ganze Welt ausgeübt hat, deren Rolle und Tätigkeit zwar unterschiedlich beurteilt und erwogen wurde, keinem aber gleichgültig bleiben kann."* (29). Hasselbacher fragt: *„Wo haben wir in der Schule jemals etwas von dieser historischen Macht gehört? Wo sind die Professoren der neueren Geschichte unserer Universitäten, die von ihr gesprochen hätten?"*

So wird nachhaltig die Vergangenheit geschmiedet, während man schon auf den ersten Knüppeldämmen über die sumpfige Gegenwart voranzukommen versucht.

Politik und Logen

Der Kampf der Freimaurerei gegen die Monarchien wurde auch weiterhin beobachtet und zu Papier gebracht. Die lange Reihe von **Fürstenmorden** macht diesen Geschichtsabschnitt sogar zu einem besonders unruhigen (es soll hier noch vermerkt werden, daß sich der Schwerpunkt der Mordaktionen dann von den Monarchen auf die Wirtschaft verlagerte. Nicht mehr Könige und Kaiser standen im Weg, sondern die Tschombe und Kreuger und Herrhausen und die Fürstin von Monaco, um an einige Namen zu erinnern, die wir schon früher nannten). Aus der Fülle des Überkommenen wollen wir zitieren, was Theodor Fritsch 1920 veröffentlicht (in „Die unterirdische Macht", Leipzig 1920, S. 3 ff). Es geschieht nicht ohne die Absicht, dem Leser am Ende des XX. Jahrhunderts zu zeigen, daß viele Zusammenhänge, Ursachen und Folgen bereits vor zwei und mehr Generationen im wesentlichen die gleichen waren wie heute. Mit dem gleichen Recht zum Warnen wurde damals geschrieben wie heute. Mit gleicher Wahrscheinlichkeit stehen uns heute Leiden und Bürgerkriege und Revolutionen bevor wie es damals vorausgesehen wurde. Fritsch schreibt: *„Prinz Max von Baden* (er war erklärter Freimaurer) *äußerte am 2. November 1918 — also eine Woche vor der Revolution — ‚Was Sie jetzt in Deutschland sich abspielen sehen, ist das Ergebnis einer stillen unterirdischen Vorarbeit vieler Jahre'. Es drängt sich die Frage auf: Kannte Prinz Max die Urheber jener unterirdischen Vorarbeit und die Art ihrer Tätigkeit? Was hat er getan, um ihr entgegenzuwirken? Oder war er vielleicht selbst ein Glied dieser unterirdischen Macht? Tatsache ist, daß die große Mehrheit der im öffentlichen Leben Deutschlands wirkenden Personen bis heute dieser unterirdischen Macht ahnungslos gegenübersteht . . . Der österreichische Groß-Insdustrielle und Reichsrats-Abgeordnete Alxander von Peez hat zwar bereits vor einem Jahrzehnt in seiner Schrift* **England und der Kontinent** *auf die verborgenen Fäden hingedeutet, die die Schicksale der europäischen Staaten an die schlauen Schachzüge Englands knüpfen. Was Peez uns enthüllt, ist in Kürze dies: Das kluge England begnügt sich nicht damit, nach Art anderer Staaten seine offiziellen Vertreter in fremden Ländern zu unterhalten. Es entsendet noch ein Heer von Korrespondenten und Agenten, die in der harmlosesten Maske sich unter die fremde Bevölkerung mischen und einen ausgiebigen Aufklärungs- und Kundschafter-Dienst betreiben. Sie beschränken sich aber nicht darauf, alle Vorgänge in den fremden Ländern gründlich zu erforschen, sondern bemühen sich, selbst Einfluß auf die Stimmung und Bewegung im Volke zu gewinnen. Sie wissen in der unverfänglichsten Weise Beziehungen anzuknüpfen zu Personen von Ansehen und Einfluß, Männer der Presse, der Gelehrtenwelt, des Parlaments und der regierenden Kreise; und überall wissen sie Anschauungen und Stimmungen hinzutragen, wie sie der englischen Politik genehm sind. Und England ist in sochen Dingen großzügig; es spart nicht an Mitteln; es weiß allezeit den noblen Gönner und Protektor zu spielen, unvermerkt Manchen in seinen Bann ziehend, der sich selbst kaum Rechenschaft darüber gibt. Vor allem verfehlt es nicht, mit den inneren Feinden der fremden Staatsordnung, mit Verschwörern aller Art innige Fühlung zu halten und sich ihrer gelegentlich wirksam zu bedienen. In den letzten hundert Jahren (geschrieben 1909) ist es wohl kaum in irgend einem europäischen Staate zu inneren Unruhen gekommen, ohne daß England dabei nicht die Hände im Spiele gehabt hätte."*

„Einen wichtigen Faktor aber, der in der Politik Englands eine hochbedeutsame Rolle spielt, hat Peez nur flüchtig gestreift: eine mächtige Organisation, die sich über alle Län-

der der Welt verzweigt, sich den Blicken der Öffentlichkeit sorgsam verbirgt und doch einen ungeahnten Einfluß im Völkerleben ausübt: die Freimaurerei."

„Ein alter freimaurerischer Grundsatz bestimmt, daß die Logen sich von Politik fern halten sollen. Die **deutsche Freimaurerei** *hat es damit ernst genommen, die ausländische nicht. Die englischen und insbesondere die romanischen Logen befassen sich nicht nur mit Politik, sondern sie treiben — wenigstens in ihren höheren Graden — fast ausschließlich Politik. Die Freimaurerei ist dort zu einem Werkzeug der nationalen Begehrungen geworden, ja sie bildet den eigentlichen Mittelpunkt aller politischen Planung. Die romanischen Logen, die es verstanden haben, fast alle Personen von gesellschaftlichem Einfluß an sich zu ketten, sind zu einer hinter den Kulissen stehenden Instanz geworden, die allerwegen leitend und bestimmend in das öffentliche Leben eingreift. Sie sind längst dahin gelangt, aus sich heraus die Männer zu ernennen, die eine politische Rolle zu spielen haben. Sie entsenden die maßgebenden Führer in die einzelnen Parteien, sie besetzen die einflußreichen Stellen in Stadt und Staat, sie bestimmen die Minister und Botschafter, sie lenken durch ihre Sendlinge die wichtigsten Presse-Organe, kurz: sie beherrschen das öffentliche Leben wie ein Regisseur ein gut geleitetes Theater. Sie waren also in Wahrheit die eigentlichen Regenten der Staaten, und die Fürsten oft nichts als Werkzeuge in ihrer Hand, Marionetten, denen man die Ehre des äußeren Glanzes überließ. die man aber rücksichtslos stürzte, wenn sie sich der geheimen Oberleitung nicht fügten."*

„Da auch die großen Finanzleute der Welt dieser geheimen Verbindung angehören, so stehen mächtige Kapitalien hinter ihr, und die Staaten sind ihr fast willenlos preisgegeben. Diese Verschwörung ist niemals in Verlegenheit um materielle Mittel, wenn es gilt, vielverbreitete Presseorgane zur Beeinflussung der Massen zu kaufen oder neu zu schaffen, einflußreiche Männer der Kunst und Wissenschaft sich dienstbar zu machen, hohe Beamte zu bestechen, feile Subjekte zur Ausübung von Verbrechen und politischen Morden zu kaufen, Streiks, Revolutionen und Kriege anzustiften. Diese verschworene Sippe strebt nach **Weltherrschaft;** *sie will eine neue Tyrannis aufrichten über allen Völkern und sie scheut vor keinem Mittel zurück, um ihrem Ziele näher zu kommen. Sie will anstelle der Fürsten neue Geheim-Regenten setzen, die um so willkürlicher schalten und walten können, da sie niemand verantwortlich sind."*

„Die Anschläge der Verschwörung gelingen um so leichter, als sich eine Staunen erregende Technik ausgebildet hat, um die ahnungslosen Massen erfolgreich zu betören. Sie gibt allen ihren Bestrebungen den Anschein der Volksfreundlichkeit. Alles tut sie angeblich zur Befreiung und kulturellen Hebung der Völker. Ihre Kundgebungen triefen vor Schlagworten wie Humanität, Freiheit, Gerechtigkeit, Versöhnung, sittlicher Kultur."

„Doch der treibende Gedanke ist in allen Fällen auf Umsturz und Vernichtung gerichtet, weil nur aus den Trümmern der bestehenden Zustände sich die Macht dieses großen Geheimbundes erheben kann." (Bis hier zitiert aus Theodor Fritsch).

„Besondere Beziehungen"

Diesen heute noch Wort für Wort gültigen Erkenntnissen aus dem Jahre 1920 können wir ein weiteres Zeitzeugnis beifügen, aus welchem ebenfalls hervorgeht, daß **England** „besondere Beziehungen" zum Ausland pflegte. Eckart schreibt (30): *„Herrn von Steins Lebensaufgabe war: ganz Deutschland die demokratisch-konstitutionelle Form zu geben, bis die alten Grundlagen der deutschen Freiheit wieder aufgebaut wären . . . Er unterhielt*

die umfangreichsten politischen Correspondenzen in England und in Deutschland. Die Gattung dieser Correspondenzen kann keinen Augenblick zweifelhaft sein, wenn man erwägt, daß er nicht Minister der Auswärtigen Angelegenheiten war, mithin daß er die Correspondenzen nicht als Staatsvertreter, sondern in anderer Eigenschaft führte . . . Offenbar also unterhandelte er in einer anderen Privatstellung mit Leuten in England von gleicher Stellung. Über deren Beistand, nicht über den staatlichen. Diese Folgerung erhielt Bestätigung durch die französische Entdeckung der deutschen Correspondenz, welche ersichtlich mit geheimen Aufstandsgesellschaften geführt wurde. Herr von Stein correspondierte also sehr lebhaft mit England, ist ebenso folgerecht, denn von der Londoner Großloge aus geht die Ordensregierung auch auf den Continent. Herr von Stein war ihr Beamter, der von ihr seine Weisungen erhielt."

Daß diese **besonderen Beziehungen** sich auch auf solche zwischen „Christen" ausdehnen, hat uns Deutschen 180 Jahre nach Stein die Aktivität Dietrich Bonhoeffers unvergeßlich nahegebracht. (31). Bonhoeffer traf sich im Mai 1942, also während des II. Weltkrieges, als Vertreter einer deutschen Oppositionsgruppe in Schweden mit dem Bischof von Chichester.

Weiter geht noch, was Karl Heise über die Anwendung des **Okkultismus** im Rahmen der englischen Politik sagt. (32). *„Aber das ist es ja gerade eben, daß die führenden dunklen ‚Mahatmas' (= Freimaurer, die die Tradition des ‚Alten und angenommenen Schottischen Ritus' — geschaffen zu Charleston/USA achten, um so die Suchenden ja nicht zu den Urquellen der — christlichen — Wahrheit vordingen zu lassen), die im besonderen hinter den englischsprechenden führenden Kreisen stehen, den britischen Völkern eingeben (durch entsprechende Suggestionen und besondere Imaginationen), daß eben sie und nur sie die Väter und Mütter, die Ammen und Erzieher aller vorwärtsschreitenden und aller neu heraufkommenden Völker und Nationalitäten und die Beherrscher der übrigen Völkerschaften zu sein haben. Das hat ja gerade zur britisch-amerikanischen Weltmachtpolitik geführt, denn die englischen Völker als solche sind aus sich heraus ebenso wenig imperialistisch wie irgend ein anderes Volk. Aller* **Imperialismus** *ist eine Frucht spiritueller Eingebungen ‚zur linken Hand', nur wissen das eben nur die dahin ‚eingeweihten', verhältnismäßig wenige Persönlichkeiten. Da nun aber die dunklen ‚Mahatmas' von England bis Amerika und Indien zusammengehören und als geschlossene Phalanx im Hintergrunde aller Weltereignisse stehen, so wurde aus diesem geheimnisvollen Hintergrunde heraus auch die (Wirklichkeit gewordene) ‚ausländische' Kriegsprophetie möglich. Die mancherlei sogenannten Kriegsalmanache englischer und französischer Herkunft (von Sopharial und Zadkiel bis zu Roxrey einerseits und auf der anderen Seite des Kanals Madame de Thèbes (Frau Savigny) und Mme. Lorenza in Paris andererseits), denen noch eine Anzahl ‚noch größerer' oder weniger berühmter ‚Seher' und ‚Pythien' zuzugesellen sind, enthielten durchaus nicht nur die intellektuellen Kalkulationen und vagen Spekulationen astrologisch orientierter Rechengenies, sondern wurden in hervorragender Weise aus den Geheimkabinetten der okkulten Logen heraus inspiziert. Die zum Teil sehr vorzeitig angesetzten, durch Jahre dann aber systematisch wiederholten und zugespitzten ‚ausländischen' Prophezeiungen waren vielmehr zu dem ganz besonderern Zweck lanziert, um vor allem einmal erst die Kriegspsychose künstlich in die Welt zu bringen, um sie nachher allüberall ebenso künstlich durch die Geheimagenten der grauen und schwarzen, orangenen, grünen und sonstigen Hochgradbrüder zu lichterloher Flamme emporzüngeln zu lassen. Die schon 1909 erschienenen Prohezeiungen der Mme. Lorenza und die 1912 der Öffentlichkeit übergebenen Divinationen Zadkiels sind ganz besonders charakteristisch. Wußten sie doch damals schon haarklein, was ‚kommen werde' und auch gekommen ist . . . Ganz systematisch hämmerten die Sepharial, Zadkiel, de Thèbes, Lorenza usw. den sensations-*

bedürftigen Lesern ein: die kommende schwere Not für Preußen-Deutschland, Österreich und die Türkei, das planlose Hineinstürzen Deutschlands in ein Kriegsabenteuer, zu dem die Haldane, Grey, Delcassé, Cecil, Clemenceau, Ribot, Barxilai, Iswolsky usw. — übrigens alle Logenbrüder und größtenteils dem Okkultismus huldigend — den Boden längst zubereitet hatten, das Eindringen der Franzosen auf deutschen Boden, das ungeschwächte Hervorgehen ‚des zum Einlaufen in die Nordsee bereiten' England aus den Seekämpfen, den Einzug Kaiser Wilhelm II. in Paris, ‚jedoch nicht als Souverän', die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, ‚an dessen Stelle jemand den Thron besteigt, an den noch niemand denkt', nämlich Kaiser Karl, das besondere Werkzeug der Kulissenschieber im Hindergrunde, der gar nicht auszuschaltenden Notwendigkeit für Rußland, ‚ausländische Kriege zu führen', usw."

Der Vorwurf gegen die Freimaurerei, auf Umsturz und Vernichtung gerichtet zu sein, wird hier von einem deutschen Freimaurer, Karl Heise, gefällt. Er bezieht sich auf die von ihm so benannte **„Entente-Freimaurerei"**, so anklagend benannt nach den Erfahrungen vor und während des I. Weltkrieges. Im November 1920 sagt Karl Heise erneut im „Zentralblatt für Okkultismus": *„Denn es ist und bleibt Tatsache, daß die ganze Kriegspolitik aus dem geheimen Wirken bestimmter okkulter Logenkreise hervorgegangen ist."* Die letzte konkrete Schandtat dieser Kreise war die Ermordung von Rudolf Hess. Ihr voran ging die Ermordung Calvis. Wir werden in diesem Buch noch auf die wahnwitzige Zerstörungspolitik zu sprechen kommen, die vor unseren Augen erneut englische Freimaurer auf europäischem Boden betreiben. Der Kreis schließt sich: Von Sarajewo nach Sarajewo, über St. Petersburg - Moskau - Dresden - Hiroshima - Dubrovnik und Bagdad. Das sind, Herr Genscher, die Lehren aus der europäischen Geschichte! Nicht der „Nationalismus" hat Schuld daran, sondern der Internationalismus von Ihresgleichen.

Die deutsche Freimaurerei nahm zu Beginn dieses Jahrhunderts noch vielfach — ganz im Gegensatz zu Herrn Genscher heute — eine nationale Stellung ein. Das Wort vom Deutschen Wesen, an dem die Welt genesen müsse, spukte auch in den deutschen Logen herum; nicht nur bei den drei altpreußischen Großlogen in Berlin, wo es eher zu erwarten war, wurde es gebraucht, sondern auch bei ‚humanitären Logen', wie beispielsweise in einem Vortrag vom 27. September 1914 in der Loge ‚Herder' in Bremen (wir zitieren hier aus Allan Oslo, „Freimaurer" (S. 344. Oslo ist Freimaurer): *„Nun, solange noch große und schwere Arbeit unserer harrt, solange gehört unsere Kraft dem Vaterlande und wir tun gut,* **uns aller utopischen Pläne zu entschlagen,** *denn sie lenken uns ab von dem Nächstliegenden und Notwendigsten. Darum fort mit dem immer noch nicht ausgeträumten Traume von einer in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geeinten Menschheit. Und alle Kraft eingesetzt für deutsche Kultur, für deutsche Sitte und Art, den Bedingungen für Deutschlands Glück, Größe und Unüberwindlichkeit!"*

Solche Worte sind heute nicht von einem deutschen Freimaurer zu erwarten, und hießen sie Theodor Heuss oder Karl Carsten, oder Franz Josef Strauß oder Hans Ulrich Rudel, die alle man „Patrioten" nannte. Heute hat sich die deutsche Freimaurerei voll und ganz hinter „die utopischen Pläne gestellt". Alles, was wir mitteilen, sei es Asylantenpolitik, Maastricht, GATT-Zustimmung, Krieg in Bosnien, Verzicht auf Schlesien usw., Zerstörung der Ehe, ist nur zu verstehen von der Tatsache her, daß hier deutsche Freimaurer zum Schaden des deutschen Volkes an ihrer utopischen Weltordnung arbeiten.

Dabei geschieht dieses Wirken im Gegenstrom der Geschichte, wie wir noch ausführlich klarstellen werden. *„Heute ist der Traum von der Menschheitsbeglückung durch revolutionären Umbruch in unseren Breiten ausgeträumt. Der Ende der sechziger Jahre unvermittelt über den Westen hereingebrochene* **Radikalismus** *hat seine Virulenz verloren"* (33). Die Linke „trägt Trauer".

Soeben erst erleben wir das Auseinanderbrechen eines von Freimaurern konstruierten südosteuropäischen Gefängnisses, da wird der Versuch unternommen, für ganz Europa ein solches Gefängnis zu erschwindeln, von der gleichen Freimaurerei. Und schon im vornhinein wird jedes Aufmucken gegen diese Freiheitsberaubung, gegen diese diktatorische Gängelung aller Leistung, gegen diesen omnipotenten, unerbetenen Zwang als „Nationalismus" gebrandmarkt, der etwas Böses sein soll. Hat Herr Genscher nicht begriffen, daß dieses von ihm so verworfene XX. Jahrhundert nicht das Ergebnis ist von Nationalisten, sondern von Internationalisten, die den Nationalismus erzeugten, im Brutkasten der erzwungenen Einmischung in häusliche Angelegenheiten der Nationen?

Wir kommen auf dieses zentrale Thema an der derzeitigen Weltenwende — der Mörder oder der Ermordete? — noch zurück und werden dabei auch mitteilen, was dazu von links und von rechts gesagt wird.

Und wir werden berichten, wie gerade die unehrliche Rederei von der Freiheit, von einem **Freihandel** schon in diesen Tagen erneut hinführt zu Krieg, Handelskrieg zwischen den Staaten oder Verzweiflungskundgebungen der um ihr ererbtes Hab und Gut gebrachten Menschen in den betroffenen Ländern. Mit einer Frechheit, die nur Okkultisten zuwege bringen, spricht man von Freiheit, Freihandel bei der Einführung einer weltweiten Diktatur. Der man nirgends offen und ehrlich Zustimmung bei den Völkern abringt, sondern versucht, solche Zustimmung auf dem Wege über volksfremd wirkende Bürokratien mit List und Tücke herbeizuschwindeln versucht. Alles andere als freudige Zustimmung der Menschen ist es, die da in lebensunfähige juristische Bahnen gezwängt wird. Den Menschen wird ein Lebens- und Arbeitsrahmen vorgeschrieben, der nicht nur deren Leben aushöhlt, sondern auch die Natur zerstört. Der Gewinn harter Arbeit, die in Jahrtausenden Kulturlandschaften geschaffen hat, soll verschleudert werden, der Industrie und der Landwirtschaft der in nationaler Lebensgemeinschaft errichtete Schutzwall vor der Produktion fremder, besser dotierter Gegenden beseitigt werden, der europäische Bauer auf das Zivilisationsniveau der Fellachen gedrückt werden, um einer eingebildeten, machthungrigen Klique einen erwünschten weltweiten Absatz zu verschaffen.

„Gesellschaften der That"

Wir hatten davon gesprochen, daß diese Versklavung der Menschheit nicht durch Worte allein ausreichend bekämpft werden kann, daß auf dem Feld der Worte die darin ausgebildete Freimaurerei immer siegen wird. Nur Taten verändern die Dinge. Ohne sie bleibt alles beim alten. Die Freimaurerei weicht immer nur der Gewalt, auf allen Lebensgebieten. Sie selbst zeigt uns, wie es gemacht werden muß. **Gesellschaften der That** gründete sie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts überall in Europa. Diese bereiteten die Revolutionen und die Fürstenmorde vor (34).

Aus Anlaß der Beisetzung des unsterblichen Vorkämpfers für die Befreiung **Südtirols,** Dr. Norbert Burger, erinnert „Der Scheinwerfer" daran: *„Erst kürzlich wurde von Politikern öffentlich zugegeben, daß ohne die Anschläge in Südtirol das ‚Südtirol-Paket' (die von Italien dann anerkannten tiroler Forderungen) niemals zustande gekommen wäre."*

Schon im Oktober 1992 hatten die Kirchen und der Deutsche Gewerkschaftsbund zum aktiven **Schutz von Asylbewerbern** aufgerufen. Vor Wohnheimen sollten die Bürger notfalls rund um die Uhr Wachen organisieren, um die Polizei rechtzeitig zu alarmieren und die Asylbewerber zu schützen. Nicht die Einwohner sollten geschützt werden von den oft

genug illegalen Eindringlingen. Diese aber stehlen und rauben und beschmutzen, plündern die Obstgärten, greifen mit Messern an, vergewaltigen. Das gleiche Bild auf den Schulhöfen und in den Klassen. Deutsche Kinder müssen sich bei Türken freikaufen und geben ihr Taschengeld ab. Geisteskranke Freimaurer meinen dazu: *„Die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Gesellschaft kann nicht aus den Klassenzimmern und von den Pausenhöfen ferngehalten werden. Doch die Integration ausländischer Schüler ist und bleibt ein schulpolitisches und pädagogisches Ziel."* (Kultusminister Hans Zehetmair). Man meint völlig verstört, „gemeinsames Lernen von Kindern verschiedener Nationen fördert das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens." Doch schon Rudyard Kipling wies vor fast einem Jahrhundert darauf hin: Aus den Kindern zuerst reife Menschen, bewußte Engländer machen, und d a n n diese den Andersvölkischen gegenüberstellen, ihnen zu begegnen. Nur das kann zu friedlichem Zusammenleben führen. Kinder sind für ernste Lebensaufgaben noch nicht reif, sie werden überfordert, reagieren verstört und übertrieben. Sie vor ernste Probleme des Mannesalters stellen, muß unweigerlich zu Fehlverhalten führen. Die unehrlichen Befürworter einer gemischten Erziehung meinen, man könne unreife Jugendliche mit falschem Zungenschlag zu Entscheidungen verführen, die nicht aus Lebenserfahrung erwachsen, sondern aus philosophischen Spinnereien. Sie meinen, Jugendliche ließen sich zur Verblödung verleiten. Sie übersehen, daß in diesen jungen Menschen ein natürliches Immunsystem wirksam wird. Sie wehren sich. Wenn sie dabei aus jugendlicher Unerfahrung wie etwa beim Autofahren untaugliche und überzogene Mittel anwenden, so sind dafür nicht diese Buben verantwortlich, sondern diejenigen, die sie in diese Lage brachten und nicht ihrer Schutzpflicht nachkommen, die sie verführen w o l l t e n , um daraus politisches Kapital zu schlagen, die ihre gesunde Entwicklung verhindern wollen, um Futter für ihre menschenfeindlichen Pläne zu produzieren. Kanonenfutter für den Krieg gegen das Leben. Man redet sogar offen davon, vermehrt Psychiater und mehr Lehrer heranzuziehen. Eine solche Absicht belegt, daß man sich des Verbrechens an den jungen Menschen sehr bewußt ist. Was man den Bolschewisten als „Gehirnwäsche" vorwarf, soll jetzt im „demokratischen Rechtsstaat" mit gleichverwerflicher Hinterlist als Charakterwäsche vollzogen werden.

So leben die Deutschen

Denn, was stellt man sich denn unter einem Staat vor, wie ihn gerade diese Unmenschen schon heute vorbereiten? Wir bringen es in Schlagzeilen: Homosexualität als Gabe Gottes akzeptieren, Pfarrer lehnt Bau des Main-Rhein-Kanals als Gottlosigkeit ab, Rock im Pfarrgarten von St. Anton, Glanz des Abiturs verblaßt — viel Spezialwissen, wenig Grundwissen, unzureichende Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, Studenten überfordern ihre Eltern, Illegale Beschäftigung nimmt zu, Kriminalisten sind zunehmend überfordert, Zig Fälle von Diebstahl und Einbruch werden abverfügt, der Aufwand lohnt sich nicht, Polizeibeamte müssen mit dem Frust leben, die Zustände in den Krankenhäusern sind katastrophal, Hebammen laufen Sturm, für werdende Mütter bleibt nicht viel Zeit, ein Kind tritt in eine Welt des Todes, Pille und Kondome gratis für die Jugend, Bevölkerungsschwund fordert Strategien gegen Aussterben, Unterwerfung des Ehe- und Familienlebens unter die Forderung der Wirtschaft, Ausländerpolitik über das Volk hinweg, Jahre lang, immer mehr Menschen verlassen ihre Heimat. Man verabreicht Medikamente statt Betreuung. Hauptschulabschluß ist nicht mehr gefragt. die Kinder sollen hö-

her hinaus, immer mehr Menschen werden obdachlos, keine Wohnung, keine Arbeit, in der Bundesrepublik Deutschland Mitte 1992. 150.000 Menschen ohne Bleibe, russische Mafia versucht, Staatsanwalt Peter Jessen zu entführen, Kriminalität erreicht neuen Höchststand, viele Türken in Deutschland wollen seßhaft werden, in Weimar gestohlene Gemälde bei Zigeunern wiedergefunden, Schwule und Lesben ziehen vor die Standesämter. Die Zerstörung der Gymnasien und Universitäten in der sowjetischen Besatzungszone ergibt sich aus den NKW-Akten vor allem als ein Werk der Deutschen selbst. Meinungsumfrageinstitute verschweigen ihre fürchterlichen Resultate der Öffentlichkeit, weil sie erschüttert sind. Werkverträge mit Osteuropa sollen gekündigt werden, Jugendkulturtage fast ohne Publikum. Kaum Besucher bei deutsch-tschechischen Gemeinschaftsveranstaltungen. Eingliederungshilfen an Aussiedler werden gekürzt. Grabrechte auf den Friedhöfen im Sudetenland meistens erloschen. Verwaltung zur Schleifung der Grabsteine berechtigt, Polizei mit Leuchtraketen beschossen, Schieber schaffen Luxusautos auf den Balkan, 1991 87.000 Autos in Deutschland zur Fahndung ausgeschrieben, Soldaten sind sauer: Für dieses Geld verteidige ich gar nichts, Europas Prostituierte feiern jugendfreien Tutti-Nutti-Ball in Frankfurt. Slums am Rande der deutschen Großstädte. Deutschland wird erstmalig Rauschgift-Exportland, viele Abgeordnete auf Diäten nicht angewiesen, mehrere Bonner Multifunktionäre, über ein Dutzend Parlamentarier steht sogar einer Lobbygruppe vor, Korruption ganz groß geschrieben, zwei Mütter in Brandenburg verhinderten die Entführung ihrer Kinder; aus den Kinderwagen gestohlen waren sie schon in den Händen von Zigeunern, FDP-Vize Gerhard Baum: Schmuggel von Menschen nicht strafbar, in Soltau fliegt ein libanesischer Menschenhändler-Ring auf, freie Bahn für Bettelkinder, ausländische Kinder versuchen unter Anleitung ihrer Eltern mit manchmal recht aggressiven oder besonders raffinierten Methoden, deutsche Passanten zu erleichtern, Rainer Sonntag wird in Dresden von Beschützern der Nutten und Huren erschossen. Die Mörder erhalten Gefängnis mit Bewährungsfrist, aber das Rotlichtmilieu von Dresdem ist seitdem leer, die Prostituierten flüchteten, sie fürchten die Rache, das einzige was noch Sinn hat in diesem Chaos, Opposition will Bestechung von Abgeordneten bestrafen, war also bisher straffrei, der 8-jährige Tobias muß mit ansehen, wie ein Ausländer seine Eltern ersticht, keine einzige Protestkerze im ganzen Land, die Soll-Bestimmung für Eheleute, einen gemeinsamen Namen zu führen soll nach Willen der SPD-Länder in eine Kann-Vorschrift umgewandelt werden, Gewaltszenen im Fernsehen, täglich 70 Mattscheibenmorde, ertrunkener Asylbewerber hatte sechs Identitäten, wilde Schießerei auf der Reeperbahn zwischen Türken und Kurden, Wut und Zorn beim Niederbayrischen Bauerntag: „die neuen Sklaven der Konsumgesellschaft", die Bundesregierung rechnet für 1991 mit 2000 Drogentoten. Der Drogenkonsum stieg von 90 auf 91 um 60 Prozent, „Lieber korrupt als tot" ist das Motto der jungen Staatsanwälte in Berlin nach Aussage des Gewerkschaftsvorsitzenden von 130 Staatsanwälten. Sie stehen unter dauernder Bedrohung durch das organisierte Verbrechen. Alarm in den Gefängnissen: Personalnot, zu viele Gefangene, Massenkriminalität, Drogenkonsum gestattet, sechs ausländische Jugendliche festgenommen, 28 Einbrüche geklärt, Ghanese mit zwölf gestohlenen Schachteln Zigaretten erwischt, Bandenterror an Hauptschule, zwei Türken zwangen ihre Mitschüler mit Schlägen zum Stehlen, Bremer Schulhof als Drogen-Mekka, keine der Rathausparteien hat eine rechte Antwort bei der Bekämpfung der Drogen-Kriminalität. Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg und Hessen lehnen Waigels Vorschlag ab, die alten Bundesländer mit weiteren 40 Md. jährlich zu belasten. Pausenhof Ort des Ekels und der Angst, Dreckige Spritzen im Gebüsch, Organisierte Massenproteste gegen Ausländerfeindlichkeit als Antwort. In Bayern läuten die Schulglocken Alarm, Aufstockung des Lehrerpersonals auf 860 bei 4000 unbesetzten Planstellen. Drogengelder der Mafia drängen nach Anlage, Bayern als Brücken-

Türke mordete 5 Deutsche (S. 12): Lichterketten? Keine! L 3618 E

UN • Postfach 40 02 15 • D-4630 Bochum 1

UN Januar 1993 1/93

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise

Ost-Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Ost-Brandenburg, West-Posen, Ost-Sachsen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetendeutschland: Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden

Gewalt, Aufruhr, Staatsnotstand:

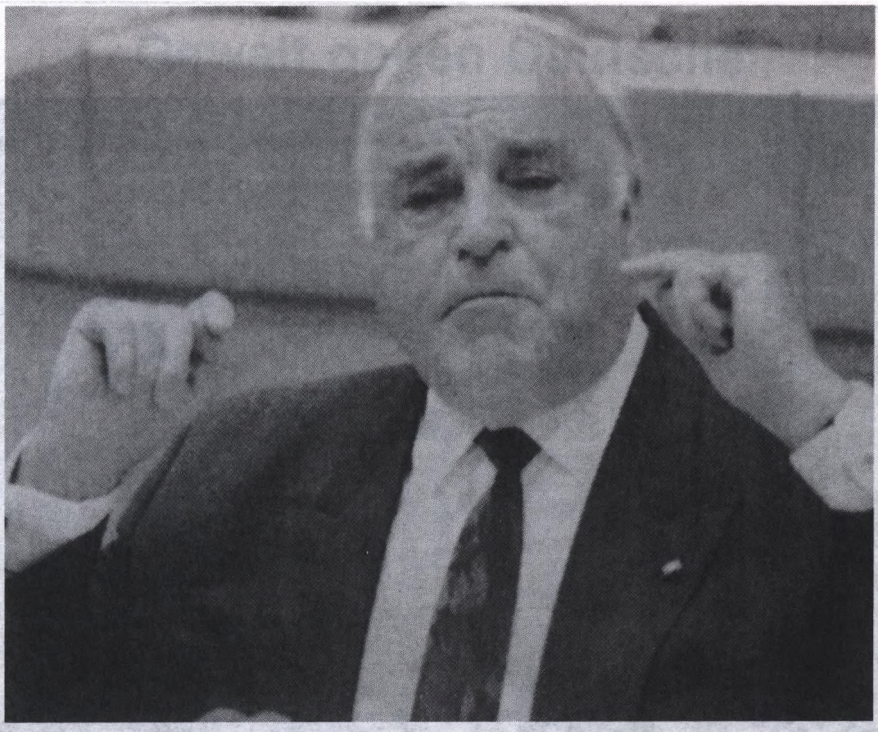
DIE SCHULDFRAGE

Berlin: Der Bundespräsident der BR Deutschland im Eierhagel der Umerzogenen

Nicht »Alt- oder Neonazis« haben die Politik bestimmt und die Staatskrise verursacht, die aus diesem Bild spricht, sondern diejenigen, die seit rund 45 Jahren für die (Um)erziehung der Jugend zuständig und für eine Fehlpolitik verantwortlich sind, die vielen Zwecken dient, nur nicht dem beschworenen Wohl und Wehe des Deutschen Volkes!

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. November 1992 bei einer Polit-Demo in Berlin, anläßlich einer Manifestation deutscher Politiker gegen eine Situation, die sie selbst zu verantworten haben. Von den Demonstranten, die nicht auf Steuerzahlers Kosten angereist waren, hielten einige die gegen das Resultat ihrer eigenen Arbeit protestierenden Parlamentarier für Heuchler. Günter Butz

kopf für kriminelle Geschäfte in der Tschechei. Wird Berlin neue Hauptstadt der Camorra? Brutalem Räubergang in Köln das Handwerk gelegt, schwere Unfälle unter Drogeneinfluß, 201 Drogenhändler festgenommen. Schulbälle heuer gestrichen, nicht aus Sparsamkeitsgründen, sondern wegen befürchteter gewaltsamer Ausschreitungen, Hamburger Kripochef: Polizisten immer mehr korrumpierbar, eher an ihrem eigenen Wohlbefinden interessiert als an der Erfüllung ihrer Dienstpflichten, Aggressivität vieler Jugendlicher, Hamburgs Feuerwehr klagt über mangelnden Nachwuchs und macht das Schwinden des Gemeinsinns dafür verantwortlich. Noch gibt es in Hamburg keine Bronx, aber immerhin an der Hafenstraße eine vom Staat durch Sozialhilfe alimentierte rechtsfreie Zone. Der Staat schreckt nicht mehr ab, der Staat kann nicht mehr wirksam schützen. Wenn der Parksünder unerbittlich verfolgt wird, gleichzeitig aber Massenkriminalität bagatellisiert wird, dann wird das Vertrauen der Bürger in Polizei und Gericht leichtfertig verspielt. Die Zeitungen melden, daß ein 17-jähriges Mädchen mit einem Messer bedroht und in die Asylbewerberunterkunft von Straubing gezwungen wurde, wo man sie rund 24 Stunden



Licht im Tunnel Karikatur: Bruns

Wütender Protest gegen Bonn: Den Ostdeutschen ist zuviel versprochen worden

festhielt, mehrfach vergewaltigte, bis sie fliehen konnte. Die Regierung aber organisiert Kundgebungen gegen Ausländerfeindlichkeit. Staatsoberhaupt von Weizsäcker wünscht in einer Rede in Wittenberg gewaltfreie Kundgebungen. Unter deutlicher Anleitung der örtlich zuständigen Logenmitglieder und Anweisungen der Arbeitgeber kommt es zu einer Welle von Protestkundgebungen, bei denen Kerzen getragen werden und bei denen die „Schande der Ausländerfeindlichkeit" verworfen wird. Die Protestwelle überschlägt sich und läuft sich tot, denn die Wut des Volkes war nicht Ausfluß irgendeiner Ideologie, sondern Folge unhaltbarer und unannehmbarer Verhältnisse. Diese aber werden nicht geändert! So muß von Weizsäcker diese programmierte Aktion Mitte Januar abbrechen: es habe sich erwiesen, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit die Ausländerfeindlichkeit verurteilt. Zum Abschluß, wie man mit Bonner Willen die Lage in Deutschland jetzt in der Welt vorstellt: Am 12. Januar 1993 erscheint auf der ganzen Welt in fast allen Zeitungen ein Bericht von Reuter aus Bonn: *„Behinderte Deutsche, die fürchten, zum näch-*

Gewalt gegen Deutsche

Von der DPA wurde am 16. Januar 1992 von **219** körperlichen Angriffen auf Ausländer und Asylanten im Jahre 1991 berichtet.

In den Medien wurde das wehklagend berichtet.

Im Jahre 1989 verübten Ausländer in Deutschland **43 334** Körperverletzungen, Raubdelikte und Vergewaltigungen. Im Jahre 1990 wurden **86 700** Asylanten straffällig.

In den Medien wird das stillschweigend zur Kenntnis genommen. . .

So werden aus Mücken Mammuts gemacht, aus Dinosauriern aber Mikroben! In Rostock z. Bsp. wurde nicht einem einzigen Asylanten ein Haar gekrümmt. . .

Wien. Vier Türken entführten in der Wiener Neustadt eine Hausfrau und vergewaltigten sie stundenlang. — Türkische Jugendliche einer Wiener Schule erpreßten und bedrohten ihre Mitschüler. — In einer Schule in Himberg (NÖ) übte ein türkischer Jugendlicher Terror gegen seine Mitschüler aus. — Ein türkischer Jugendlicher nötigte zwei österreichische minderjährige Mädchen zu sexuellen Handlungen. *(Eckartbote, September 1992)*

Berlin. Ein Ermittlungsrichter hat gegen einen 27jährigen Türken Haftbefehl wegen Mordverdachts erlassen. Er hatte im April einen Tankwart aus Treptow in seiner Tankstelle erschossen und die Tageseinnahmen geraubt. *(Tagesspiegel, Berlin, 25. 8. 1992)*

Rüsselsheim. Nach einem Streit fielen sechs Türken und Marokkaner über einen jungen Deutscher her, fügten ihm an Kopf und Rücken blutende Wunden bei und raubten ihm 300 Mark. *(FAZ, 17. 8. 1992)*

Frankfurt/M. Eine 22jährige wurde spät abends in Schwanheim überfallen und beraubt. Vier Jugendliche rissen die Frau von hinten zu Boden, setzten sich auf sie und stahlen ihr alles, was sie bei sich hatte. Es soll sich nach Angaben der Beraubten um Türken und Marokkaner handeln. *(Frankfurter Rundschau, 2. 9. 1992)*

Hamburg. Ein türkischer Taxifahrer fuhr mit einer Kundin in das Hafengebiet und vergewaltigte sie. Er soll schon öfters Frauen geschlagen und sie gezwungen haben, ihm zu Willen zu sein. *(Hamburger Abendblatt, 2. 9. 1992)*

Frankfurt/M. Fast neun Stunden lang peinigte ein 27jähriger Marokkaner eine 24jährige Studentin in ihrer Wohnung, bis es der Frau gelang, zu fliehen. Er war des Nachts eingestiegen und hatte die Frau zunächst vergewaltigt. Dabei zertrümmerte er ihr das Nasenbein. *(Frankfurter Neue Presse, 28. 8. 1992)*

Aachen. Ein Italiener pöbelte einen deutschen Wirt an: „Was guckst Du mich so an?" Dann schoß er auf ihn, verfehlte ihn, traf stattdessen eine 18jährige und streckte anschließend einen Mann, der sich ihm in den Weg stellen wollte, nieder. *(FAZ, 26. 8. 1992)*

Gewalt gegen Deutsche

Schorndorf. Der 17jährige Eritreer bat nachts Passanten um 10 Pfennig; als die ihre Geldtasche zückten, raubte er das Portemonnaie. Eines nachts schlug er zwei Jugendliche zusammen und verletzte einen schwer. Kurze Zeit später schlug er einen anderen Jugendlichen so sehr zusammen, daß dieser für drei Tage ins Krankenhaus mußte. Der Richter gab ihm eine Gefängnisstrafe mit Bewährung, da er in „geordneten Familienverhältnissen" lebe. *Backnanger Kreiszeitung, 1. 10. 1992*

Frankfurt/M. Ein „südländischer Typ" bedrohte eine Geschäftsinhaberin mit einem Trommelrevolver und verlangte Bargeld. Dabei schlug er der Frau mehrmals ins Gesicht. Schließlich entkam er mit 1000 Mark. *Frankfurter Neue Presse, 9. 10. 1992*

Frankfurt/M. Ein 26jähriger Marokkaner setzte sich rabiat zur Wehr, als er festgenommen werden sollte. Später verletzte er einen Polizisten an der Hand und beschimpfte ihn und seine Kollegen mit „Nazi-Schweine". Eine Nacht später schlugen ein Marokkaner und ein Türke mit Holzlatten auf zwei Polizisten ein, so daß der eine von ihnen vernehmungsunfähig ins Krankenhaus eingeliefert wurde. *FAZ, 2. 10. 1992*

Worms. Ein Bw-Soldat in Uniform wurde vor dem Wormser Hauptbahnhof von zwei ausländischen Chaoten ohne ersichtlichen Grund angegriffen und mit Kniestößen sowie Schlägen gegen den Kopf schwer verletzt. Der Soldat erlitt Rippenbrüche und Schädelprellungen. Kurze Zeit später wurden zwei Soldaten in Zivil in Freiburg vor einer Discothek von 15 bis 20 der linken Szene zuzuordnenden Gewalttätern unter dem Vorwurf der Rassendiskriminierung tätlich angegriffen. Einer der beiden hatte es abgelehnt, einem bettelnden Neger eine Geldspende zu geben. *Monatsbericht zur regionalen Sicherheitslage im Wehrbereich IV*

Bad Berneck. Nach einem **20 Jahre alten Russen**, der im „Hotel Bube" in Bad Berneck wohnt, fahndet die Polizei. Der junge Mann hatte wegen eines angeblichen Defekts an einem Waschbecken den **59 Jahre alten Hotelier** in sein Zimmer in einem Nebengebäude gerufen. Als der ältere Mann vor dem Waschbecken kniete, **warf ihm der Asylbewerber ein Handtuch über den Kopf und versetzte ihm mehrere Schläge mit einem Hammer.** Anschließend flüchtete der Täter zu Fuß. *Bayerische Rundschau, 26. 10. 1992*

Horn. Bei den Tätern, die eine Spielhalle in Horn überfielen, handelt es sich wahrscheinlich um Türken. Die Räuber bedrohten den Aufseher und einen zufällig anwesenden Gast mit einer Pistole. Sie schlugen und traten die beiden und sperrten sie dann in die Toilette ein. Danach erbeuteten sie das Geld und flohen. *Lippische Rundschau, 10. 10. 1992*

Freising. Eine Frau hatte einen Asylbewerber aus Jugoslawien kennengelernt und besuchte ihn in seiner Unterkunft. Plötzlich schob der junge Mann einen Schrank vor die Tür und fiel über die Frau her. Er schlug die 21jährige mit der Faust und einem Gürtel, bis sie ihren Widerstand aufgab. *AZ, München, 13. 10. 1992*

Düsseldorf. Eine Frau wurde in ihren eigenen vier Wänden vergewaltigt. Ihre kleinen Kinder mußten es mit ansehen. Die Tä-

ter waren zwei Ausländer. Sie untersuchten anschließend die Wohnung und stahlen eine Kassette. *Bild, Düsseldorf, 10. 10. 1992*

Düsseldorf. Eine Räuberbande, die aus Albanern besteht, brach nachts in Wohnungen ein und mißhandelte und quälte stundenlang die Bewohner. Zu viert und zu fünft vergewaltigten sie dabei Frauen. *Rheinische Post, 22. 9. 1992*

Berlin. Fünf Vietnamesen haben in einem Ausländerwohnheim drei Polizisten, die zwei Haftbefehle vollstrecken wollten, mit Eisenstangen und Messern angegriffen. Sie wurden, nachdem für die Polizei Verstärkung eingetroffen war, wegen versuchten Totschlags angeklagt. *Bild, Düsseldorf, 8. 10. 1992*

Lokstedt. Eine Frau lief schreiend durch die Straße und brach nach kurzer Zeit zusammen. Die Rettungseinheiten stellten fest, daß die Frau durch mehrere Messerstiche schwer verletzt worden war. Sie kam ins Krankenhaus. Die Stiche hatten ihr ihr Freund, ein 29jähriger Äthiopier, zugefügt. *Niendorfer Wochenblatt, 8. 10. 1992*

Niendorf. Kurz nach Mitternacht sprühten die Fahrgäste dem Taxifahrer Tränengas ins Gesicht und rannten weg. Sie kamen aber nicht weit. Ein zufällig vorbeikommender Peterwagen nahm die Verfolgung auf und konnte zwei der Täter festnehmen. Es handelte sich um ausländische Jugendliche. *Hamburger Heimat-Zeitung, 20. 10. 1992*

Hamburg. Wegen versuchten Raubmordes nahm die Polizei einen 29jährigen Türken und seinen deutschen Freund fest. Sie hatten einen 30 Jahre alten Deutschen in seiner Wohnung mit einem Stich in den Bauch schwer verletzt und waren geflüchtet. *Hamburger Abendblatt, 19. 10. 1992*

Eimsbüttel. Zwei Jugendliche wurden nachts um 23 Uhr von Ausländern angesprochen, die ihnen etwas verkaufen wollten. Als die beiden sich nicht auf geschäftliche Beziehungen einlassen wollten, begannen die Verkäufer auf sie einzuschlagen. Sie wehrten sich, mußten sich aber geschlagen geben, als die Ausländer Reizgas einsetzten. Der Bande gelang es, beide zu berauben und mit 1050 Mark zu verschwinden. Die Polizei konnte zwei von der Bande festnehmen, sie hatten noch das Geld bei sich. Bei ihnen handelt es sich um Mehrfachtäter. *Eimsbütteler Wochenblatt, 8. 10. 1992*

MULTIKULTURELLER
MULTIKRIMINELLER
ALLTAG
IN DEUTSCHLAND

Gewalt gegen Deutsche

Auslöser des Sturms von Rostock waren Vorfälle wie folgender: „Vergewaltigt wurde eine 31jährige Frau von acht Männern in Rostock. Die Frau hatte Freitag morgen ein Schwarztaxi bestiegen und war entführt worden. Nach elf Stunden gelang es ihr zu fliehen. Die Polizei nahm zwölf Personen fest, drei Rumänen wurden als Täter identifiziert."
Sächsische Zeitung, 11. 8. '92

Dortmund. Nach dem Bundesliga-Spiel Borussia Dortmund gegen Schalke 04 wurde ein 24jähriger Fußballfan aus Lünen/Westfalen von einem 19jährigen Türken mit einem Messer erstochen. *Die Welt, 24. 8. '92*

Zittau. Schwarzafrikanische Asylbewerber erstachen in der Nacht vom 4. zum 5. Juli den 18jährigen Holger Müller aus Olbersdorf. Der Mordtat waren Schlägereien zwischen Einheimischen und Schwarzen vorausgegangen. Die Verdächtigten wurden nach kurzer Vernehmung freigelassen und mit Polizeitaxis in ein anderes Asylheim verbracht. *Bürgerforum 7/8-92*

Wiesbaden. Neun Frauen wurden seit Februar in Wiesbaden vergewaltigt, jetzt hat die Polizei den Täter gefaßt. Es handelt sich um einen rumänischen Zigeuner. *FAZ, 6. 8. '92.*

Bernburg. In einem Wald vergewaltigten fünf rumänische Asylbewerber ein 13jähriges deutsches Mädchen nacheinander. Die Täter im Alter von 19 bis 23 Jahren wurden von der Dessauer Polizei festgenommen.
Mitteldeutsche Zeitung, 8. 8. '92

Groß-Gerau. Zwei ausländische Jugendliche fuhren mit den Fahrrädern einen sehbehinderten Mann an, dann würgten sie ihn und verlangten Geld für die Reparatur ihrer Räder. Der Halbblinde übergab ihnen die Geldbörse mit 60 Mark.
Frankfurter Neue Presse, 4. 8. '92

Frankfurt/M. Von zehn Männern wurde ein Mann um 5.45 in der S-Bahn umringt, seine Geldbörse und seine goldene Halskette war er los. Er erkannte später einen der Täter wieder. Es handelte sich um einen türkischen Asylbewerber.
Frankfurter Neue Presse, 25. 7. '92

Hanau. Wegen Raubmordes an einer 83 Jahre alten Frau wurde jetzt in Hanau ein 25jähriger Tscheche zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.
FAZ, 22. 7. '92

Geisenheim. Den Messerstecher, der nachts einen 34 Jahre alten Mann am Rücken verletzte, hat die Polzei jetzt als einen 26 Jahre alten indischen Asylbewerber identifiziert. *FAZ, 16. 7. '92*

Frankfurt/M. Zwei Nordafrikaner überfielen einen 39jährigen, der gerade auf dem Weg zur Arbeit war. Sie konnten mit einer Geldbörse — Inhalt 210 Mark — flüchten.
Franfurter Neue Pesse, 16. 7. '92

Oelixdorf. Drei Zigeuner zerrten eine junge Frau in einen Wohncontainer. Sie bedrohten sie mit einem Messer und verge-

waltigten sie die ganze Nacht.
Bild, Hamburg, 23. 7. '92

Eschborn. Zwei maskierte Ausländer haben die Kasse des Massa-Marktes überfallen und entrissen dem Tankwart zwei Geldbomben mit mehr als 45 000 Mark.
FAZ, 6. 7. '92

Bad Vilbel. Ein junger Südländer überfiel eine 78jährige Frau, warf sie zu Boden und entriß ihr die Handtasche, in der sich 170 Mark befanden.
Frankfurter Neue Presse, 2. 7. '92

Darmstadt. Zwei Somalis wurden vom Landgericht Darmstadt verurteilt, weil sie eine 19jährige Frau, die sich gegen ihre Annäherungsversuche gewehrt hatte, vergewaltigten. Später trafen sie das Opfer noch einmal und vergewaltigten es erneut.
Frankfurter Neue Presse, 3. 7. '92

Görlitz. In einem Handgemenge haben drei Schwarzafrikaner einen jungen Deutschen erstochen. Der leitende Staatsanwalt behauptete, sie hätten in Notwehr gehandelt. Er wird wahrscheinlich keine Anklage gegen sie erheben. *FAZ, 9. 7. '92*

Berlin. Zwei Türken gestanden, daß sie den Berliner Schiffbau-Professor Karl Heinz Hapel umgebracht haben. Der Professor war an die Schwarzmeerküste gefahren, um zu surfen. Sein Körper wies sieben Einstiche auf.
Bild am Sonntag, 21. 6. '92

Ammersbek. Die Polizei hat zwei Tage nach dem Überfall auf ein Rentnerpaar (83/68) einen Asylbewerber (24) aus Rumänien festgenommen. Er soll mit vier Komplizen die alten Leute niedergeschlagen und beraubt haben.

(Nachzutragen bleibt: Bei den in den Polizeiberichten als „Rumänien" bezeichneten Gewalttätern handelt es sich bei 90 % um Zigeuner).

Oskar Bieringer

Der kleine Unterschied

Schätzungsweise ein gutes Dutzend vorwiegend junger Deutscher wurden in den letzten Wochen in ihrer Heimat von Afrikanern, Zigeunern und Asiaten ermordet — nachzulesen meist nur in der Lokalpresse oder in unkommentierten Kurzmeldungen.

Werden aber — wie in Rostock geschehen — ohne jeden Personenschaden an Ausländern Asylunterkünfte von deutschen Jugendlichen angegriffen und in Brand gesetzt, sind diese Straftaten Grund für ein wochenlanges inländerfeindliches Medienspektakel.

-erst-

Bischofsheim. Ein Farbiger hielt nachts einen Deutschen an, der auf dem Heimweg von der Arbeit war. Er bedrohte ihn mit dem Messer und verlangte Geld. Da der Deutsche nichts bei sich hatte, stach ihn der Farbige in den Unterarm.

(FAZ, 3. 9. 1992)

Görlitz. Auf Grund der Ermittlungen zum Tode des 18jährigen Holger M. erklärte die Staatsanwaltschaft, der Deutsche habe drei afrikanische Asylbewerber angeblich angegriffen. Sie erstachen ihn jedenfalls. Haftbefehl wurde nicht erlassen, weil Notwehr nicht auszuschließen sei.
(Sächsische Zeitung, 13. 7. 1992)

Eichstätt. Ein in Deutschland studierender Marokkaner hat bei einem Amoklauf in Eichstätt einen Ausflügler schwer verletzt. Ohne ersichtlichen Grund ging der Täter auf eine Gruppe von Reisenden los und stach mit dem Messer auf einen Deutschen ein, der schwer verletzt wurde.
FAZ, 28. 8. 1992)

Hamburg. Ein 21jähriger Bundeswehrsoldat ist von fünf jugendlichen Türken überfallen worden, die ihm 390 Mark raubten. Der Soldat mußte im Krankenhaus behandelt werden.
(Morgenpost, Hamburg, 12. 8. 1992)

Fritz Joß

Dillenburg. Rund 30 Ausländer beteiligten sich an einer Schlägerei anläßlich einer Party auf einem Schwimmbadgelände, in deren Verlauf ein DLRG-Helfer durch Schläge und Mißhandlungen schwer verletzt wurde. Ein weitere DLRG-Mann wurde daran gehindert, per Funk Hilfe für den Schwerverletzten herbeizurufen. Bei den Tätern handelte es sich um Türken, Griechen und Serben. Anschließend kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden, bei denen ein Kurde verletzt wurde.
(Dill-Post, 11. 8. 1992)

Afghane tötet Dreijährige

„Ein 20jähriger Asylbewerber aus Afghanistan hat (...) ein dreijähriges Mädchen mit einem Küchenmesser getötet. Das teilte die Polizei in Hanau mit. Das Kind hatte zusammen mit seiner 25jährigen Tante das Schwimvadfest in Bad Orb besucht. Der in Steinau lebende Afghane war der Frau — seiner Freundin — und der Dreijährigen in das Schwimmbad gefolgt.

Nach Abschluß des Festes setzten sich alle drei in das Auto der Frau, so die Ermittlungen der Polizei. Dort erklärte die 25jährige dem Mann, sie wolle die Freundschaft mit ihm beenden. Daraufhin zückte der Afghane nach Darstellung der Polizei ein rund 15 Zentimenter langes Küchenmesser und wandte sich zum Rücksitz, auf dem das Kind saß. Er stach auf das Mädchen ein und schnitt ihm die Kehle durch. Die Dreijährige war sofort tot." *Fuldaer Zeitung, 27. 7. 1992*

MULTIKULTURELLER
MULTIKRIMINELLER
ALLTAG
IN DEUTSCHLAND

sten Ziel neonazistischer Attacken zu werden, gliederten sich in den Kampf gegen Untoleranz ein und organisierten eine Lichterkette an den Ufern des Rheins bei Köln: ‚Wir wollen damit für Toleranz demonstrieren, gegen die Diskriminierung und den Antisemitismus, und für eine Gesellschaft, in welcher die Gesunden und die Behinderten, die Ausländer und die Deutschen in Frieden zusammenleben können', erklärte der Club 68 . . . Die Nazis unter Adolf Hitler, den viele der Vandalen von gestern (wo vier Vietnamesen in Erfurt verprügelt worden waren) verehren, verfolgten nicht nur die Juden, sondern fielen auch über, Behinderte, Kranke, Slawen, Zigeuner, Kommunisten und alle diejenigen her, die nicht die amtliche Ideologie teilten. Einige Deutsche, die sich in Rollstühlen bewegen, wurden schon auf der Straße angespuckt, andere wurden von diesen seelenlosen Jugendlichen geschlagen, und bedroht, ‚daß man sie unter Hitler längst in die Gaskammern geschickt hätte'." (35).

Gewalt gegen Deutsche

Es widerspricht unserem Lebensgefühl, Menschen nach ihrer Volks- oder Rassenzugehörigkeit zu beurteilen, zu werten. Es dünkt uns abscheulich, wenn Menschen deswegen ermordet werden, weil sie einem bestimmten Volk angehören. Ich meine, es waren nicht erst von der Regierung organisierte Demonstrationen mit Kerzen notwendig, um klar zu stellen, daß das die allgemeine Haltung der Deutschen (immer!) war. Durch diese Demonstrationen und deren angebliche Notwendigkeit in einer angeblichen allgemeinen Gefahrenlage für Ausländer in Deutschland wurde positiv kaum etwas erreicht. Es gab niemanden, der zu einer anderen Haltung den Ausländern gegenüber umerzogen werden konnte. Aber es gab einiges sehr Negatives:

Bevor dieser demokratische „Parteitag in Zwölferreihen" ausbrach, hatten sich die Bonner Parteien genötigt gesehen, sich dem ernsten Problem der Asylanten anzunehmen. Es kam sogar zu einigen sehr schwer abgerungenen Entschlüssen (wir werden sie noch nennen). Aber als dann die Deutschen abgelenkt wurden von der gefährlichen Ausländerintegrierung und auf angebliche verbrecherische Ausländerfeindlichkeit hingelenkt wurden, da ebbte auch sofort der Revisionswille in der Regierung sehr schnell ab. *„Kaum säumten die Lichterketten Straßen und Plätze, als die Politvorderen alles wieder auf die Verhandlungsbank schoben. Doch das geht todsicher ins Auge . . . Die hunderttausend Träger der Demonstrationskerzen (früher ging das Spiel mit dem Feuer mit Fackeln vor sich), sind nicht die Millionen Wähler in den einsamen Wahlkabinen. Und selbst die meisten Teilnehmer an den Lichterkettenaktionen demonstrieren lediglich* **gegen Brandstiftung und Mordanschläge;** *keineswegs für den weiter ungebremsten Zustrom von . . . unberechtigten Asylantragstellern.*" (36).

Und man gab dem deutschfeindlichen Ausland die besten Waffen in die Hand, um weiterhin den Blödsinn vom „Neonazismus" zu kolportieren. Der Außenminister ist „besorgt um das deutsche Ansehen im Ausland". Und man versucht, den Spieß umzudrehen und als verantwortlich für diese Meinungsströmung jene zu nennen, die den Bundespräsidenten mit Steinen und Eiern am 10. November in Berlin begrüßten. Die Politiker sind immer unschuldig. Sie quälen das Volk bis aufs Blut, und wenn dieses nach dem Verbot von Wahlen und Volksabstimmungen keinen anderen Weg mehr sieht als handgreiflich zu werden, da sind natürlich die Bürger schuldig. Überall in Europa (und vielfach auch in der übrigen Welt) kam es zu sehr schweren fremdenfeinlichen Ausschreitungen, in Jugosla-

wien wird ein Völkerkrieg von Angelsachsen ermöglicht und gefördert, auch in London und in Washington gibt es Stimmen, die gegen diese Blutbäder aus rassistischen Gründen auftreten, doch nirgends macht man dabei aus einem Floh einen Elefanten und excommuniziert sofort das eigene Volk. Es bleibt alles im Lot. Nur in Deutschland macht man daraus ein über alle sachlichen Grenzen hinausgehendes Spektakel.

Und man reißt tiefe Wunden in den deutschen Volkskörper. Mit den schärfsten Mitteln geht man gegen die Gewalttäter vor. man will nicht sehen, daß es sich dabei um Jugendliche handelt, die in einer ehrlichen Empörung aus ganz persönlichen Erfahrungen handeln. Und man übersieht, daß es doch die Möglichkeit gäbe, sich mit ihnen an einen runden Tisch zu setzen. Es sind doch unsere Kinder, deutsche Kinder! Sie sind nicht etwa „umerzogen", sie *„wurden konsequent abgeschnitten von ihrer eigenen Volkskultur in Geschichte, Dichtung, Musik und Philosophie. Kinder und Jugendliche werden problemorientiert erzogen und frühsexualisiert, wodurch die meisten Probleme erst geschaffen werden. Neurotiker, Süchtige, Egozentriker statt geistig strebender, denkender Menschen sind das Ergebnis."* (37). Das sind die Zustände, die in 40 Jahren vorbereiteten, was heute geschieht. Nicht die „Nazis" sind schuld an dem Bild der deutschen Jugend, sondern die deutschen Regierungen und ihre Berater in den Logen seit dem II. Weltkrieg! *„Das sind keine Nazis, das sind unsere Kinder"*, urteilt ein Zuschauer über die Randalierer in Lichtenhagen. *„Die Jugend in den neuen Ländern, die eben noch als der Garant einer besseren Zukunft umworben worden waren, erfährt jetzt, daß man sie nicht braucht, nicht will. ‚Ihr könnt mir alles nehmen, nur nicht das Recht, Deutscher zu sein', dieser pauschale Anwurf eines als rechtsradikal eingestuften Schülers klingt eher wie ein Hilferuf als nach Triumpfgeschrei. Von Rassedünkel, Weltmachtstolz und Endsieghoffnung, dem angeblichen Grundbestand des rechtsradikalen Denkens verrät er nichts, der aggressive Tonfall wirkt nur wie ein äußeres Indiz von* **Notwehr**, *für das Gefühl, allein gelassen oder zurückgesetzt zu werden."*

„Welche Anstrengungen unternimmt die Gesellschaft, um die Jugend in der prekären Zeit des Übergangs (vom Kind zum Erwachsenen) zu schützen, und welche Sicherheiten bietet sie ihr, in der Erwachsenenwelt heimisch zu werden, das also was man von ihr erwartet, auch zu leisten? Die zeitgemäße Antwort heißt in beiden Fällen: Keine. Die Gesellschaft kann an Verbindlichkeiten nichts mehr weiterreichen, weil sie nichts als verbindlich anerkennt. (38). Verbindlichkeiten sind (abzulehnende) Vorurteile, die in der neuen Freimaurer-Weltordnung nichts zu suchen haben.

Fachleute aus der Jugendarbeit äußerten sich vor den SPD-Landtagsabgeordneten in München genauso: „Gewalt signalisiert immer auch innere Not und ist deshalb als Hilferuf zu verstehen" (39). Die Haltung der Politiker und die der Generalstaatsanwälte ist die von Fronvögten, von machthungrigen Tyrannen, die den Kontakt mit dem eigenen Volk längst verloren haben.

Viele Worte der Jugendlichen dringen sogar in die Sitzungen des Bundeskabinetts. Kohl selbst hat (wie wir noch zitieren werden) von der dringenden Notwendigkeit einer Beendigung des Zustroms von Asylbewerbern gesprochen. Meint man in Bonn nicht, daß es möglich ist, junge Menschen in sachlichen Aussprachen zu Mitarbeitern an einem Gesellschaftsbeispiel zu erziehen, in welchem in der gegenwärtigen Zeit es versucht wird, die deutsche Identität im Rahmen eines geeinten Europa zu wahren? Der Schreiber dieser Zeilen hat den Eindruck, daß man in Bonn gar keinen Hausfrieden will! Daß man es nicht ehrlich mit einem „offenen Deutschland" meint, sondern in der Tat das zu errichten versucht, was jeder Deutsche ablehnen muß: ein Land, in welchem Deutschsein ein Verbrechen ist. Es gibt eine ganze Unzahl von eindeutigen Tatsachen, die dieses Bild geschafft haben. Dann aber geht eine Generation Deutscher jetzt in die Gefängnisse oder ins Aus-

land, so wie sie es in der Mitte des vorigen Jahrhunderts tat nachdem Kotzebue ermordet worden war. und was hat es den damaligen Tyrannen geholfen? Was wird es ihnen heute helfen?

Die Hetze gegen Deutschland wird in der ganzen Welt sehr willkommen von den Roten aufgenommen, die jetzt nach dem Fall der Mauer arbeitslos geworden sind. Was da von Bonn aus inszeniert wird, ist das gefundene Fressen für sie. Bonn selbst gibt den Deutschenhassern die Worte in den Mund. Dort zählt man getreulich auf, wo überall der Volkszorn gegen Asylantenheime vorging, dort erfindet man das völlig verfehlte Wort von der „Ausländerfeindlichkeit". Kein Wunder, wenn man dann seitenlang für eine „Revolution ohne Waffen" in Deutschland plädiert. Teil des Titels ist ein Hakenkreuz. Verfasser ein Herr Maxim Biller, der sich als „Schriftsteller und deutscher Journalist" vorstellt. Seine strafrechtlich belangbaren, das Verhältnis von Argentinien zu Deutschland belastenden Pöbeleien gipfeln in den Sätzen: *„Was not tut, ist, daß man Schluß macht mit den emotionalen Kundgebungen der Betroffenen gegen Rassismus und Faschismus, weil man so den Feind nicht beeindruckt und nicht die Sympathisanten veranlaßt, zur Aktion zu schreiten. Eigene Ideen, die die Dinge bewegen, sind zu formulieren, anstatt daß man sich beherrschen und lähmen läßt von den Ideen der Gegner und von den eigenen defensiven Gefühlen. Das heißt, das undenkbare muß gedacht werden und derart klare und verblüffende Ideen, wie etwa die eines* **Generalstreiks aller Ausländer,** *die in Deutschland leben oder das Ausrufen des Notzustandes, um die Demokratie und die Nichtdeutschen zu schützen, die bei uns wohnen. Es ist zu überlegen, ob nicht alle diejenigen, die die Verfassung verletzen in tyrannischer Form ihrer deutschen Staatsangehörigkeit beraubt werden sollten."* (40). „Die im Ruhrgebiet lebenden Türken bewaffenen sich bereits." (dpa, Essen, 1.12.1992).

Es hängt nicht unmittelbar mit dem Asylantenkomplex zusammen, doch ist es weiteres Beispiel für die ausufernde Verletzung des Rechtsstaates, wenn jetzt ein deutscher Redakteur verurteilt wird, weil man eine volksverhetzende **Absicht** hinter einer an sich nicht volksverhetzenden Veröffentlichung **vermutet.** Bisher war schon des öfteren der schwere Vorwurf des **Gesinnungsstrafrechts** und der **Politischen Justiz** angebracht. Dieses neue Urteil stößt die Bundesrepublik Deutschland noch beträchtlich weiter hinaus in die Wüste der Rechtlosigkeit (41). Erschwerend ist, daß dieses Absinken der deutschen Justiz in einem Zeitpunkt erfolgt, da die deutsche Regierung gleich in verschiedenen weiteren lebenswichtigen Fragen sich in ausweglose Richtungen begibt, die, eine jede Problematik für sich, schon die Gefahr eines Staatskollaps mit sich bringt. Es ist dieses verantwortungslose Treiben nach unserer Meinung nur möglich, weil es unseren Politikern am guten Willen, deutsche Politik zu treiben, fehlt. Sie sind sich ganz klar der Folgen ihres Tuns bewußt.

Die Parteien

Rita Süßmuth hatte recht: Vor der Evangelischen Akademie Tutzing meinte sie am 14. Dezember 1991: *„Es ballt sich etwas zusammen. Ich befürchte eine ungute Entwicklung."* Da sie wußte, was in den Logen besprochen wurde, war es ihr nicht schwer, zu prophezeien. Sie meinte: *„***Das Parlament** *wird heute mit Diäten und Selbstbedienung gleichgesetzt. Wenn die Diskussion auf diesen Punkt zusammenschmilzt, ist es gefährlich. Ich bin besorgt über das schwindende Ansehen des Parlaments, das, wie in der Weimarer Republik mehr und mehr als Palaverbude hingestellt wird . . . Die ganz große Mehrheit der Abgeordneten arbeitet wie wild. Dennoch befindet sich das Parlament ständig in der De-*

fensive. Es wird in einer Weise ‚getrieben' (von wem ???), *daß kaum mehr durchdachte, in Ruhe abgehandelte Gesetze entstehen können!"*

Kohl hält es für notwendig, in „Bild" am 1. November 1992 darauf hinzuweisen, daß die Probleme von den **Parteien** auf dem Wege über die Parteien gelöst werden müssen. Er spricht bereits in den Wind. Die Parteiendemokratie ist in Deutschland (und anderswo) bereits tot. Anklingend an den berühmten Satz Wilhelm II. zu Beginn des I. Weltkrieges („Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche"), meint Minister Norbert Blüm: *„Ich kenne nur noch Parteien."* Konrad Adam antwortet ihm darauf am 3. September 1992 in der FAZ: *„Was gegen die Parteien vorgebracht wird, läuft doch im Kern darauf hinaus, daß sie das öffentliche Leben dominieren, daß ihre Beutelust vor nichts mehr halt macht, daß sie ihre durchaus eigennützigen Interessen höher stellen als die Wohlfahrt des Ganzen, daß sie sich also mit dem Staat verwechseln . . . Die Parteipolitisierung der Universitäten, des Rundfunks und der Fernsehanstalten sowie der Administration auf allen ihren Stufen wird dort mit einer Offenheit betrieben, die zeigt, daß die Parteien keine Konkurrenz mehr fürchten . . . Warum gelingt es (dieser Parteienmacht) nicht, die Hürde des Asylrechts irgendwie zu nehmen? Das Steuerrecht zu vereinfachen? Die Staatsverschuldung abzubauen? Die öffentliche Sicherheit zu garantieren? Den Umzug nach Berlin voranzubringen? . . . Die Parteien haben Macht, haber aber verlernt, mit ihr umzugehen. Sie verengen das Gemeinwohl auf ihr Gruppeninteresse, das sie dann abermals mit höchst persönlichen Vorurteilen verwechseln."*

Im rechten Augenblick bringt Professor Julius Schoeps ein Buch heraus, das es durch Vergleichen leichter macht, unseren Standpunkt zu finden: „Aus dem Leben eines königlich-preußischen Landrats". Darin heißt es: *„In der Tat gab es in Preußen keine Ämterpatronage. Die Parteien, auch die Konservativen, hatten auf die Einstellung und Beförderung der höheren Beamten keinerlei Einfluß."* Friedrich Stampfer, in der Weimarer Republik Chefredakteur des sozialdemokratischen „Vorwärts" kann daher noch sagen: *„Deutschland war, als der (I.) Weltkrieg begann, das wirtschaftlich stärkste, best verwaltete und schlechtest regierte Land Europas."* Zu Punkt eins ist ein Vergleich mit heute angebracht. In Gefahr bringen unsere Wirtschaftliche heutige Stärke nur die Parteien mit ihren ideologisch verklemmten Budgetvorschlägen. Zu Punkt Zwei darf man die heutige miserable Verwaltung vielfach als Folge der Parteipolitisierung auffassen, wobei allerdings hinzugefügt werden muß, daß die Parteien, insbesondere die SPD nach 1945 eine Verwaltungsmannschaft vorstellte, mit Namen wie Louise Schröder, Ernst Reuter, Kaisen, Brauer/Hamburg, Schumacher und zahllosen anderen, die fachlich und charakterlich ganz hervorragendes für Deutschland leisteten. Dieses Kapitel deutscher Parteienarbeit ist heute leider längst Geschichte geworden. Wenn man ein Wort wie das von Weizsäckers (42) *„Die liberale Demokratie braucht die Parteien"* heute vernimmt, dann darf man nicht übersehen, daß diese heute verbinden sind mit Namen wie Lafontaine. Und zu Punkt drei mag man Ralf Dahrendorf zitieren: *„Deutschland hat eine müde, konturlose und visionslose Regierung."*

„Einig waren sich 87 Prozent der befragten Jugendlichen in Ost und West in dem Gefühl, von Politikern belogen und betrogen zu werden und lehnten deshalb auch die offizielle Politik ‚total' ab. Dramatische Unterschiede zwischen den jüngeren Generationen (zwischen 13 und 29 Jahren) in den neuen und den alten Bundesländern blieben aus. Überblickt man die politisch-gesellschaftlichen Orientierungen, so haben die jungen Ost- (er meinte Mittel-) deutschen alles in allem genommen den Anschluß an die junge Generation im Westen längst gefunden." (43). *„Die mich hier verurteilt haben, die können nichts dafür, die dienen einem System, das ich verachte"*, so der Skinhead N.N. aus Spremberg im Fernsehen.

„War die westdeutsche Jugend im Jahr 1981 geprägt von Zukunftspessimismus bis hin zu apokalyptischen Untergangsvisionen durch Krieg, atomare Bedrohung und Umweltkatastrophen, ist nach den jüngsten Erhebungen ein klarer Stimmungsumschwung zu verzeichnen. Die große Mehrheit der jungen Deutschen (71 Prozent) zeigt einen überbordenden Optimismus. Es herrscht das Gefühl vor: ‚Wir werden es schon schaffen'." (Bahrmann).

„Es muß uns (gemeint sind die Politiker) *besorgt machen, daß die Zustimmung der Menschen zu unserer Demokratie — nicht nur zu den Parteien — deutlich zurückgegangen ist. In Westdeutschland um 20 Punkte. In Westdeutschland ist zwar noch eine deutliche Mehrheit für die Demokratie, in Ost-* (gemeint ist Mittel-) *Deutschland aber schon nicht mehr."* (44).

Seien wir doch noch ein wenig klarer: Die Parteien erwiesen sich für die Kurpfuscher in Staatsphilosophischen Gedanken schon im XVIII. Jahrhundert als das praktischste, an keine Traditionen gebundene Hilfsmittel, um aus dem seiner historischen Führung beraubten Staat ein dociles Werkzeug zur Schaffung einer Neuen Welt zu machen. Dabei bemerkten sie bald, daß sie dafür unentbehrlich wurden. Und daß ein geheimer, unausgesprochener Konsens zwischen den Logen als Lieferanten menschlichen Rohstoffs und den erkorenen auserwählten Politikern jede Störung im Getriebe ausschloß, das reibungslose, immer weiter ins Lukrative ausdehnbare Funktionieren garantierte. man ist mit den Worten von Kohl, Blüm und von Weizsäcker rhetorisch vielleicht am Ende, doch finanziell noch lange nicht. Die Schulden und die Arbeitslosigkeit werden weiter steigen, das Volk schamlos weiter an der Nase herumgeführt werden.

Wenn man **Volksabstimmungen** fürchtet und ablehnt, wenn man die Opposition kurzweg zu Verbrechern erklärt, wenn man Andersdenkende — und selbst dann noch, wenn sie deutlich die Mehrheit darstellen — nicht zu Worte kommen läßt, wenn man nicht in einer, sondern in ausnahmslos allen wichtigen Fragen völlig unberührt von der Meinung des Volkes und zum deutlich sichtbaren, greifbaren Schaden des Landes vorgeht, dann ist **Politikerverdrossenheit,** wie sie selbst es nennen, erst der Anfang. Man wird sehr bald mehr fordern: eine ehrliche, schlagkräftige, den Volkswillen ausführende Regierung.

Man wird sie nicht mehr in Wahlen fordern, sondern mit Gewalt. Das ist heute bereits klar. Heiner Geisler und Rita Süßmuth fordern es geradezu heraus. Man läßt der Jugend ja gar keinen anderen Weg. Im vorigen Jahrhundert blieb die Auswanderung nach Amerika das große Ventil, heute steht die deutsche Jugend mit dem Rücken zur Wand und ist gezwungen, sich an Ort und Stelle zu verteidigen.

Wer in dieser Richtung marschiert oder ihr das Wort redet, der ist ein böser Deutscher. Schon Ende 1991 wird warnend gesagt (45): *„Kirchen, Gewerkschaften und Parteien stimmen wie immer kräftig ein in das Lied von den bösen Deutschen, die nichts dazugelernt haben — ausgenommen selbstverständlich jene, die den antifaschistischen Refrain mitsingen. Wer zu den besseren Deutschen gehören will, muß einen Aufruf gegen Ausländerhaß mitunterschrieben haben. Der Verdacht drängt sich auf, daß es den Bekennern nicht um die Ausländer geht, die zum größten Teil völlig unbehelligt in Deutschland wohnen, sondern vielmehr um ihre eigene moralische Höherwertigkeit. Das macht es so schwierig, zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren. Rationale Auseinandersetzung hört auf, wo die Streitparteien einander nicht mehr moralische Gleichwertigkeit zugestehen. Wer sich in der Position des ‚besseren Deutschen' dünkt, kann schließlich auch keine Kompromisse mit den ‚schlechteren' eingehen, ohne sein Gesicht zu verlieren. Das Funktionieren der Demokratie hängt aber gerade davon ab, daß alle Parteien kompromißfähig bleiben."*

„Wie nicht anders zu erwarten, steht die Medienzunft in diesem Kampf fast geschlossen auf der Seite der ‚Guten'. Es kümmert die Kampagneführer offenbar wenig, daß ihr zwanghaftes Bekennertum einer **Gleichschaltung der Medien** *nahekommt. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, die trotz Indoktrinierung für eine Änderung des Asylrechts sind, wird schlicht das Wort entzogen. Durch solche Ausgrenzungen werden Konflikte heraufbeschworen, die weit gefährlicher werden können als die Ereignisse von Hoyerswerda und anderswo. An den letzten Wahlergebnissen, vor allem an der niedrigen Wahlbeteiligung in Bremen und in Niedersachsen, ist abzulesen, daß ein wachsender Teil der Wähler sich in diesem Staat politisch nicht mehr vertreten fühlt."*

Und was die Umerzieher am meister ärgert, die deutsche Jugend singt wieder. Der deutsche Verfassungschutz beobachtet bereits einige Dutzend einschlägiger Rockgruppen. Sie dürfen (etwa die „Böhsen Onkelz") fast nirgends mehr offiziell auftreten. *„Gleichwohl finden regelmäßig Konzerte statt, indem irgendein Strohmann unter einem Vorwand eine passende Halle mietet und der Termin in der hellhörigen Szene rechtzeitig in Umlauf gebracht wird. Dabei können innert kürzester Frist dreitausend Fans beziehungsweise Skinheads zusammenkommen — womit auch der wirtschaftliche Faktor dieses Booms angesprochen ist."* (46). Entscheidend geworden ist die Tatsache, daß die Jugend einen Trennungsstrich zwischen sich und alle Obrigkeit gesetzt hat. „Fascho-Gruppen" beherrschen das Milieu, so daß *„in den letzten Wochen und Monaten die* **Unterhaltungsmusik** *als ganze von den Medien in Frage gestellt wurde, als Folge der Tatsache, daß im Dunstkreis der neuen Rechtsradikalen fast immer auch Musik mit faschistoiden oder explizit faschistischen Texten zu hören ist."* (46). Im Rahmen der „Aktion gegen Gewalt" macht man darum eine Kraftanstrengung, um sich wieder zeigen zu können. Auf dem Frankfurter Messegelände wurden Mitte Dezember alle diejenigen zusammengekarrt, die nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch ihrer Utopie die Lust am Singen verloren hatten. Mit dem Aufwand, der dem Kartenhaus der Linken noch ein Scheinüberleben schenken soll, werden Udo Lindenberg, Herbert Grönemeyer und Marius Müller-Westernhagen mit antifaschistischen Durchhalteparolen vorgestellt, die sie melancholisch vortragen, mit dem Ziel, der Weltgeschichte den Rückwärtsgang einzuschalten. Polizei und Justiz lassen den Neuaufguß der Internationalen geschehen, während gerade in Sachsenhausen neue Massengräber gefunden werden, die die letzte Welle dieser Pest dort nach 1945 anlegte. Die Katze läßt das Mausen nicht und die Antifaschisten nicht das Morden und Zerstören, schon gar nicht, wenn die Staatsanwälte angewiesen werden, wegzuschauen. Leitete Kerenski den Trotzkismus ein, so ist doch wohl die Frage berechtigt, was Herr Heiner Geisler einleitet.

Die Ende 1991 ausgesprochene Warnung Stefan Dietrichs war völlig in die Luft geredet. Am 21. September 1992 erfährt man von einem Zehnpunkteplan des deutschen Innenministers Seiters, der eine Verschärfung des Vorgehens gegen ‚rechtsextreme Verbrecher' vorsieht. Verdeckte Ermittler (sprich „Spitzel") werden erlaubt (es hat sie schon immer gegeben, wie der Autor bescheinigen kann), das Briefgeheimnis wird durchlöchert, die Unverletzlichkeit der Wohnung besteht nicht mehr, (unter dem Vorwand, die organisierte Kriminalität besser zu fassen, die bei deutschen Banken 50 Md. Mark geparkt hat), das Bankgeheimnis ist nur noch ein Wahn, seit September 1992 werden Ausländer in deutsche Familien eingewiesen. (47).

Sogar solche Personen sollen sich strafbar machen, die der Aufforderung der Polizei zum Verlassen eines Geländes nicht nachkommen. Des Landesfriedensbruchs Verdächtige können bei Wiederholungsgefahr in Untersuchungshaft genommen werden. Für diese

Gruppen gibt es anscheinend noch Platz in den Gefängnissen. Dem Innenminister Seiters wird vorgeworfen: (48)

1) Bundesgrenzschutz weg von den Grenzen
2) Ausländer durch die ungeschützten Grenzen in Millionenmassen rein nach Deutschland.
3) Ausländische Mörder und Gewaltverbrecher werden nicht gefaßt (Siehe Blutbad in Berlin)
4) Wenn sie doch mal gefaßt werden, spricht die deutsche Justiz sie sofort frei (Dresden)
5) Der Bundesgrenzschutz knüppelt die deutsche Jugend nieder.
6) Ab mit der deutschen Jugend in die wieder in Betrieb genommenen Konzentrationslager.

Der erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestags-Fraktion: *„Es ist höchste Zeit, den radikalen Banden das Handwerk zu legen."* *„Wir sollten die Möglichkeit zur Sicherungshaft erweitern."* (49.). *„Offensive gegen Gewalt"*, kündigt das Bundesinnenministerium an. *„Der Kampf gegen den Rechtsradikalismus muß in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden."* Ein *„Sondermeldedienst fremdenfeindlicher Straftaten"*, *„Konsequenteres Vorgehen von Polizei und Justiz gegen Gewalttäter"*, *„Stärkere Unterstützung der Polizei durch den Bundesgrenzschutz"*, *„Alarmplan zum schnelleren Einsatz von Sicherheitskräften"*, *„Bundesweite Aufklärungskampagne, um ein besseres Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern zu erreichen"* (50). Bundesarbeitsminister Blüm fordert *„ein großes Bündnis aller Demokraten gegen Barbarei und Gewalt"*. Staatsanwälte sollten öfter Berufung gegen Gerichtsurteile einlegen, um Höchststrafen zu erwirken (51). Notrufsäulen für Ausländer, Hubschrauber an Krawallbrennpunkten, Haftstrafen ohne Bewährung, *„Das Bündel der Vorschläge, die den verheerenden Rechtsradikalismus eindämmen sollen, nimmt in Bonn unübersichtliche Ausmaße an."* (52).

Es kam zu einem regelrechten Amoklauf der Internationalisten. Es kam zu Vorgängen, wie sie in Bürgerkriegen, bei feindlicher Besetzung, beim Zusammenbrechen der öffentlichen Ordnung zu geschehen pflegen. Der deutsche Innenminister Rudolf Seiters verbietet die „Nationalistische Front" (NF), eine Partei. Weder der Innenminister noch seine Mitarbeiter berücksichtigen die Tatsache, daß Parteien nur vom Verfassungsgericht verboten werden dürfen, nicht von einem Innenminister. Sehr ernst genommen werden muß dabei, daß die Polizei sofort auf Befehl des Innenministers an 40 Stellen gegen die NF vorging, alles Eigentum des Verlages KLARTEXT im Werte von ca. 250.000 DM wegnahm, die Räume komplett leerräumte.

Gleichzeitig wurde auch die DA in Cottbus „verboten", obwohl auch diese eine zugelassene Partei ist. (56).

Wenn man sich in diesen Monaten als Deutscher über etwas schämen muß, dann ist es das rechtswidrige Vorgehen der deutschen Regierung.

Es genügt den Hetzern dabei nicht, was aus dem Auslande an Hilfestellung für die angeblich gefährdete Bonner Institution ohnehin geleistet wird. In ungeschminkter Form legt man den deutschfeindlichen Elementen im Auslande vor, was man tun sollte: *„Noch gibt es in den Vereinigten Staaten keine handfesten Beweise dafür, daß Ausländerfeindlichkeit und mörderische Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppen in Deutschland die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beeindrächtigen. Noch hat es keine Großanzeigen in amerikanischen Zeitungen gegeben, in denen besorgte religiöse oder ethnische Gruppen zu einer öffentlichen Verurteilung der Deutschen oder internationalen Sanktionen aufrufen. Niemand hat bisher einen Boykott deutscher Waren gefordert."* (57). Man fühlt das Bedauern in den folgenden weiteren Worten: *„Bemerkenswert sachlich und fair haben die großen*

amerikanischen Zeitungen über die Geschehnisse in Deutschland berichtet." Und das, obwohl die vollständige Mannschaft der Lizenzpolitiker und Lizenzpresse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und mit ohrenbetäubendem Lärm die Lüge von der „Ausländerfeindlichkeit" in die Welt hinausposaunt. Böse Pannen im antideutschen Feldzug deckt man schnell zu. So z.B., *„daß der Deutsche Presserat gerügt hat, daß Fernsehteams Skinheads für einen Hitler-Gruß 500 DM oder für das Absingen des Horst-Wessel-Liedes 1.000 DM zahlten.*" (58). Man zögert im Ausland, die Hetze mitzumachen, wenn man im Parlament (wie in diesem Buch berichtet) feststellt, daß 80 Prozent der politisch aktiven Jugendlichen gar nichts mit Nazismus zu tun haben, und *„der allergrößte Teil unserer Bürger ausgesprochen ausländerfreundlich ist. Doch das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Rechtsstaat nimmt Schaden, wenn die politisch Verantwortlichen unfähig sind, die drängendsten Probleme wie eben das Asylproblem, das Problem Nummer eins, zu lösen.*" (59). *„Experten warnen nachdrücklich vor einer Gleichsetzung von rechtsextremistischen Verhaltensweisen und neofaschistischen Zielsetzungen.*" (60).

Und warum können die Parlamentarier das „Problem Nr. 1" nicht lösen? Weil sie schlotternde Angst davor haben, gemaßregelt zu werden, wenn sie das von den aus Mitteldeutschland seinerzeit importierten Freimaurern Baum, Hirsch und Genscher auf „allerhöchsten Befehl" angeordnete Zerstören der deutschen völkischen Identität abbrechen. Die „besonderen Beziehungen" der deutschen Parteiendemokratie zur Freimaurerei sind der Schlüssel zum Verständnis unserer Lage, ermöglichen die Nennung der Schuldigen. Das beweisen hunderte von Dokumenten und tausende von Worten. Verbot der Politiker, der Freimaurerei anzugehören, wie es u.a. in Großbritannien, Österreich, der Schweiz und in Italien gefordert wird, sollte der erste Schritt sein.

Niemand hat etwas davon gehört, daß etwas gegen die Schlepperorganisationen unternommen wird, die Zigeuner in Omnibussen aus Rumänien über Prag ins Land bringen. Eigentlich wäre das eine Aufgabe für die KSZE, doch niemand hat sie bis zu diesem Augenblick dort zur Sprache gebracht. Doch, in **Brüssel** inszeniert man eine Massenkundgebung gegen Ausländerfeindlichkeit. In der **Schweiz** wuchs die Teilnahme von Ausländern in der Kriminalstatistik von 26% 1982 auf 42,6% im Jahr 1991. *„Selbst* **Schweden,** *im II. Weltkrieg berühmt geworden als ‚die Mutter der Flüchtlinge' und die als liberal bekannten* **Niederlande** *haben Probleme mit dem Fremdenhaß. Es wird noch schlimmer werden, es wird brutal werden, und es wird organisiert sein",* so der aus San Francisco stammende Psychoterapeut Barry Goodfield. In französischen Städten verschickt die extreme Rechte hölzerne Miniatursärge an wohlhabende Zuwanderer als Warnung. *„***Rassismus** *ist eines der ernstesten Probleme Europas und es wird immer schlimmer",* sagt der Präsident **Portugals,** Mario Soares. Je weiter fort, desto forscher schimpft man ausgerechnet auf jenes Land, das mehr Ausländer aufnimmt als das ganze übrige Europa zusammen. Vierzigtausend Haitianer flüchteten im September 1991 in die nordamerikanische Basis Guantanamo auf Kuba. Zehntausend durften weiter in die USA. Der Rest wird nicht hereingelassen. *„Auch ein Hungerstreik wird die Regierung nicht veranlassen, ihre Haltung zu ändern"* (53). *„Die türkische Rauschgiftmaffia in Deutschland geht immer brutaler vor. Selbst vor Blutrache gegen Verräter schreckt man nicht zurück. Zum Teil sind sie jetzt schon schlimmer als das italienische Vorbild, meint das Landeskriminalamt in* **Düsseldorf.** *Lieber geht man fünf oder acht Jahre länger hinter Gitter, als auszupacken und damit zu riskieren, umgelegt zu werden. Bietet man Polizeischutz an, dann wird eben der Bruder in der Türkei als Ersatzopfer erschossen.*" (54).

Und aus **Österreich** erfährt man zunehmend Scheußlichkeiten, wie man sie auch in Deutschland registriert: der Terror gegen österreichische Kinder durch ausländische Jugendliche nimmt in Wien immer bedenklichere Formen an. Jetzt verlangen türkische und

jugoslawische Banden sogar Mautgebühren auf Spielplätzen. Verängstigte Mütter trauen sich mit ihren Kleinen oft gar nicht mehr in die Parks. Wie wird das erst werden, nach der Eröffnung des Maastricht-Europas? Wenn die Wiener Sicherheit von Brüssel aus verwaltet wird? Wenn Europäer keine Ausländer mehr sind?

„Uns steht das Wasser bis zum Hals", verzweifelt der Duisburger Oberbürgermeister Ende September 1992. *„Gegen den erbitterten Widerstand in der Bevölkerung werden immer neue Ausländer-Container-Siedlungen errichtet. Die Ablehnung bei den Bürgern wächst. Wütende Proteste bei den Anliegern. Den Zorn und Unmut der Bürger aber bekommen weniger die Bonner Akteure als die Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamten zu spüren. Und das in einer Stadt mit einer Arbeitslosenquote von mehr als elf Prozent."* (55). 49.000 neue Asylbewerber werden im Oktober 1992 reingelassen. Schon sind es 370.000 im Jahr 1992. Es sollen mehr als 500.000 werden. (Man vergleiche mit den ohnehin schon sehr beunruhigenden Zahlen, die wir in XI, 25 brachten). Der Vorgang ist ein Beweis für den Zwang, den die Freimaurerei auf ihre Gefolgsleute ausübt. Deutschland lebt in einem regelrechten Irrenhaus.

Und man vernehme, was der Hauptverantwortliche, **Helmut Kohl,** dazu sagt. Am 27. August 1986 erklärte er noch vor aller Welt: *„Ich habe mich entschlossen, heute selbst vor der Bundespressekonferenz zu sprechen, weil der Zustrom der Wirtschaftsasylanten Ausmaße angenommen hat, die zu einer ganz erheblichen Belastung für die BR Deutschland geworden sind und zu einer erheblichen Beunruhigung in der Bevölkerung geführt haben. Die Zahl der Asylanten steigt von Monat zu Monat. Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernstgenommen werden, denn die BR Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden."*

Der Meinungsterror hat in Deutschland Formen angenommen, die zu ernster Beunruhigung bei allen Verantwortungsbewußten führt. Da heißt es in einem Schreiben an den Bundesgerichtshof in Karlsruhe vom 26. Dezember 1992: *„In Deutschland wird seit einiger Zeit eine unvorstellbare, nie für möglich gehaltene und noch nie in der Menschheitsgeschichte dagewesene Haßerzeugung und Hetzkampagne von Deutschen gegen einen großen Teil des eigenen Volkes eskalierend betrieben und eines nicht fernen Tages zum Kochen gebracht, wobei die Indoktrination der Massen — sogar vor Verhetzung von Schulkindern wird nicht haltgemacht — solche Ausmaße angenommen hat, daß nicht allein Besorgnis, sondern sogar nackte Angst mich fürchten läßt, daß in absehbarer Zeit nicht nur mein Leben, sondern auch die Gesundheit und das Leben meiner Nächsten bedroht sind. Das beherrschende Thema aller Medien — Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Fremdenhaß, Rechtsextremismus, Antisemitismus — verhärtet die gegenteiligen Standpunkte, verhetzt Ausländer gegen Deutsche, Deutsche gegen Deutsche und ist nicht nur gegen zu verurteilende Straftäter wie z.B. in Mölln, sondern gegen alle Deutsche gerichtet, die sich nicht in die Antifaschisten- und Pro-Asyl-Front einreihen. . ."* Diese **Volksverhetzung** wird dabei offen unterstützt von führenden deutschen Politikern, Kirchenoberen, Redakteuren und sogar Wirtschaftsführern. Es findet ein regelrechter Amoklauf statt, der seine Wurzeln in der Lüge von der deutschen „Ausländerfeindlichkeit" hat. Von Weizsäcker persönlich sieht sich dann gezwungen, zum Rückzug zu blasen: Ausländerfeindlich sei nur eine kleine Minderheit. Und auf einmal haben brennende Asylantenunterkünfte, wie die in Duisburg Ende Januar 1993, keine politische Ursache, wie uns die „Deutsche Welle" mitteilte. Mit ihren Zeigefingern begleitet eine „Elite" diese deutsche Walpurgisnacht. Und trotzdem befürchten wir, daß das erst der Anfang vom Ende ist. Es wird noch viel chaotischer und blutiger kommen! ES IST GESTEUERT WORDEN!

Am 7. Juni 1992 verabschiedet der Bundestag ein Asylbeschleunigungsgesetz mit den Stimmen der Koalition und fast aller SPD-Abgeordneten. Asylbewerber können danach

einen Ablehnungsbescheid künftig nur noch in einer Gerichtsinstanz anfechten. Die Bundesländer müssen bis spätestens März 1993 zentrale Meldestellen und Sammellager schaffen. Es wird bekannt, daß im Augenblick 280.000 unbeantwortete Asylanträge bei dem überlasteten Bundesamt liegen. Im übrigen geht die Asylberatung im Bundestag weiter. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Struck, *„warnt vor unzulässiger Übereilung bei einer solch wichtigen Materie."* (NZZ). Im Januar 1993 spricht man bereits von fast 440.000 unerledigten Asylanträgen. Die notwendige Verfassungsänderung, die mit 2/3 Mehrheit vom Bundestag angenommen werden müßte, ist noch nicht Tatsache geworden.

In **Österreich** treibt man die gleiche Taktik der Hinauszögerung, so daß Jörg Haider (FPÖ) zur Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren aufruft. Am Wochenende vor Beginn dieser Aktion (die 100.000 Stimmen erreichen muß) trommelt man in Wien ein „Lichtermeer gegen Fremdenhaß" zusammen. Kanzler, Außenminister und andere Kabinettsmitglieder machen mit, Weihbischof Florian Kuntner wendet sich entschieden gegen das Volksbegehren: *„Alle sollten bedenken, wie kurz der Schritt von einem achtbaren Patriotismus zu einem gefährlichen Chauvinismus sei."* Es kommen 414.000 Stimmen zusammen, so daß also das Volksbegehren vom Nationalrat behandelt werden muß. *„Da sich zuerst ein Ausschuß damit befassen muß, wird das Volksbegehren wohl kaum vor Oktober 1993 ins Plenum gelangen",* meint Nationalratspräsident Fischer. Diese Tätigkeit der Prominenten erinnert fatal an die Vorgänge bei der Aufklärung des Lucona-Mordes. Die Kirchen und praktisch alle Medien werfen Haider vor, *„Mißbrauch mit den Volksrechten" zu üben. „Die Ausländerfrage darf nicht von einem ‚tollwütigen Einzelgänger' (!)* (so der ÖVP-Generalsekretär) *in den Strudel der Meinungen gezogen werden." „Nicht nur Haider bedient sich fragwürdiger Begriffe in der Politik. Österreich hat seine Geschichte im Zeitalter der Hitler-Herrschaft zu wenig aufgearbeitet."* (Doe in NZZ).

Wir bringen diese Zitate deshalb, weil wir meinen, die weitere Entwicklung wird es diesen Personen unmöglich machen, so etwas schon in wenigen Jahren noch einmal öffentlich ungestraft zu wiederholen.

Am 11.10.1992 wird eine Asylentschließung im Bundestag bei Stimmenthaltung der SPD angenommen. *„Der Beschluß entspreche dem Willen und der Erwartungshaltung des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung",* meinte Innenminister Seiters. CDU/CSU Fraktionschef Schäuble warnte vor der Abstimmung unter Anspielung auf den zunehmenden Rechtsradikalismus und die steigenden Flüchtlingszahlen vor einer Staats- und Verfassungskrise, falls die großen Parteien nicht endlich zu einer Einigung kommen. Man handelt dem Zwang der Lage gehorchend, nicht aus innerem Antrieb. *„Orientierungslosigkeit und Unsicherheit kristallisieren sich an immer neuen Fragenkomplexen in Deutschland"* (62). Gleitet man in ein gesellschaftliches Chaos oder geht es um einen fundamentalen Wandel? fragt sich die Schweizer Zeitung.

Doch diese Flut von Asylbetrügern ist nicht der einzige Grund für **Beunruhigung in der Bevölkerung.** Am 3. Oktober 1992 stellt der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel fest: *„Die Freude am Vollzug der deutschen Einheit ist verflogen. Die Sorgen nehmen zu. Optimismus ist nur noch selten anzutreffen. Der Aufbau im Osten kommt nicht voran, die dafür zur Verfügung gestellten Finanzmittel reichen nicht aus. Ostdeutsche* (Mitteldeutsche) *fühlen sich von Westdeutschen übertölpelt und abgestoßen durch deren Besserwisserei und Überheblichkeit. Westdeutsche hingegen erachten Ostdeutsche* (Mitteldeutsche) *oft als unflexibel, ängstlich und undynamisch. Die Bewohner der neuen Länder haben gegen den Vorwurf zu kämpfen, sie frönten einem in der DDR-Zeit anerzogenen Versorgungsdenken, das jetzt auf Kosten der Westdeutschen gehe. Die Vorurteile in beiden Richtungen haben sich eher verfestigt. Und auch das kommt vor: Menschen in Ost*

und West, die sich zu DDR-Zeiten gut verstanden, verstehen sich heute im vereinten Deutschland nicht mehr. Wenn sich der Teilzusammenbruch industrieller Produktion, der alles weit übersteigt, was wir im Westen jemals an **Strukturwandel** *miterlebt haben, so fortsetzt, wird eine* **neue Zweiteilung Deutschlands** *die Folge sein. Dann werden sich industrielle Produktion und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Westen konzentrieren, während in den neuen Bundesländern subventionierte Restbestände industrieller Produktionszweige, etwas Handel und Dienstleistungen sowie Erholgungsgebiete anzutreffen sind. Die wirtschafts- und finanzstarken westlichen Länder müssen dann die noch verbliebenen Einwohner der neuen Bundesländer durch entsprechende Alimentierung versorgen. Der Osten* (= die Mitte) *Deutschlands wird dann zum Mezzogiorno Deutschlands werden. Der jetzige Zustand der Abhängigkeit vom Westen ist nicht nur unwürdig, sondern auch der Keim für soziale und politische Unruhen."* (61).

Zu dem neuesten Wirtschaftszweig ASYL ein paar Zahlen (63):

Gerhard Groß, Präsident des Bundesamtes für Anerkennung der Flüchtlinge, 1.400 Angestellte, Monatsverdienst DM 20.000,—.

Theo Waigel, Finanzminister: Für bundeseigene Asylunterkünfte 2 Mark Miete je Quadratmeter. Mindestens 30 Millionen DM.

Die Schleuser schaffen 150.000 Ausländer illegal nach Deutschland. Im Flugzeug von Kairo nach Prag. Dort gefälschte Visa. Dann per Transporter nach Bayern oder Sachsen. Verdienst: 7.000 DM pro Kopf. Insgesamt 5,95 Millionen DM.

Die Miethaie, z.B. aus Bremen, brachten 175 Asylbewerber in einem Heim unter. Im Jahr 615.000 DM.

Die illegale Schwarzarbeit von Ausländern stieg von 23.780 auf 36.661 (1990 - 1991).

43.000 falsche Pässe, Reisedokumente usw. wurden gefunden. Fälscher kassiert für einen Paß 1.000 DM.

„Nach Angaben des Innenministeriums sind in Mecklenburg-Vorpommern derzeit rund 11.000 Asylbewerber untergebracht. Mehr als die Hälfte von ihnen kommt aus Rumänien. Zur Zeit melden sich täglich 80 bis 100 Neuankömmlinge im Land. Es sind überwiegend Rumänen, meist Zigeuner, die oft von organisierten Schleppern über die Grenze zu Polen nach Vorpommern gebracht werden." (64).

„Die **schwedische Regierung** *hat nach dem Fehlschlag der* **Flüchtlingskonferenz der Vereinten Nationen in Genf die bisher größte Massenausweisung beschlossen. Es handelt sich um rund 22.000 Personen aus dem Balkan."** (65).

Daß es nicht um Aufrechterhaltung der Ordnung, sondern um Politik geht, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß etwa zur gleichen Zeit, da in **Mölln** drei Türkinnen im Schlaf verbrennen, in dem nahegelegenen **Ahrensbök** ein Türke fünf Deutsche ermordet, *„weil diese seine Familie und die Türken beleidigt haben." „Nach der Untat von Mölln gingen, angefeuert Zehntausende auf die Straße, um mit Lichterkennten ihrer Betroffenheit Ausdruck zu geben. Ging es ihnen um die reine Menschlichkeit, um das Mitgefühl für die Opfer? . . . Den eigentlichen Betroffenheitsagitatoren ging es — wie schon so oft — vor allem und unverkennbar um eine Anklage gegen das eigene Volk und gegen alles, was sich — auch auf faire Weise — in Deutschland patriotisch gibt. Die Probe aufs Exempel liefert die fünffache Bluttat von Ahrensbök . . . wo sind die politischen Würdenträger, die Medienpäpste, die Kirchenfürsten? Sprechen sie nun von einer ‚Schande' für die Türkei? Rufen sie zu Massendemonstrationen auf? Interveniert die Bundesregierung in Ankara bei der Türkei wegen der Untat von Ahrensbök? Erhellen wieder Lichterketten, diesmal für die Opfer der Multikultur, die Nächte in Deutschland? Geißeln ganze Belegschaften in Anzeigenkampagnen mit rabiaten Worten die Exzesse des Internationalismus? Eilen die Minister Blüm und Kinkel sowie die unvermeidliche Renate Schmidt von der SPD zum Begräb-*

nis — eine 45 Jahre alte Deutsche, ihr Vater, ihre Mutter sowie eine Bekannte und deren Tochter — nach Ahrensbök oder Hamburg? Spricht ein islamischer Mullah einfühlsame Trauerworte? Sind die Särge der Opfer mit der deutschen Nationalflagge geschmückt? Ist in den integrierten Grundschulen wiederum der Unterricht im Sinne der Betroffenheit tagelang umfunktioniert? Werden jetzt türkische Kulturvereine unter Verfassungsschutz-Beobachtung gestellt?" (66).

„In der FAZ vom 27. November 1992 wird berichtet, daß türkische Unternehmer in Deutschland damit gedroht haben, eine eigene ‚Schutztruppe' aufzustellen und diese aus einbehaltenen Steuergeldern zu finanzieren." (67). Es ist nichts darüber bekannt geworden, daß die Staatsanwaltschaft gegen derartige Absichten vorging. Man hat offenbar nicht die Absicht, derartige Vorhaben in Zusammenhang mit ähnlichen Vorgängen in anderen Ländern und auch in Deutschland selbst zu sehen. Es bestehen doch bereits geheime „Schutzorganisationen", es besteht bereits in gewissen Branchen ein ausgesprochener Ausländerterror. *„Wie berechtigt die Warnungen vor einem zu hohen Ausländeranteil — vor allem fremder Kultur, Mentalität, Religion — sind, bestätigt die Haltung türkischer Unternehmer . . . Wenn noch zu lesen ist, daß ausgerechnet die Türkei eine Kommission zur Überprüfung der Lage der Menschenrechte nach Deutschland schicken will, dann ist die deutsche Souveränität herausgefordert, dann werden 40 Jahre deutscher Rechtsstaat beleidigt."* (H. Braun). Dann muß man jenen Recht geben, die seit Jahrzehnten nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß die politische Philosophie Deutschlands von Anfang an ernste Zweifel an der Bonner Rechtsstaatlichkeit aufkommen ließ. Der fehlende Wille zur Selbstbehauptung muß zwangsläufig zu zunehmenden Angriffen auf das Staatsvolk führen. Die Schuld an den zunehmend bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Deutschland ist der ethischen Fehlkonstruktion von Bonn inherent.

So wird die Saat für einen allgemeinen **Bürgerkrieg** fleißig und bewußt gesät. Doch die deutschfeindliche Asylantenpolitik mit ihren verletzenden Verdrehungen, der Verzicht auf eine deutsche innere Souveränität und die Verfälschung der deutschen Geschichte im Interesse verbrecherischer fremder Völker, die vor unseren Augen einen Teil der Welt nach dem anderen in blutige Unruhen stürzen, sowie die schändliche Absicht, Deutschland erneut in zwei Teile zu spalten, alles das ist noch lange nicht alles, was heute an böser Saat für einen allgemeinen Bürgerkrieg gesät wird. Das **Gipfeltreffen der G7-Staaten** im Juli 1992 in München wurde zum Anlaß für eine Protestkundgebung, die ganz München in den Ausnahmezustand versetzte. Polizeikräfte aus ganz Deutschland waren in München zusammengezogen worden und diese Anstrengung erinnerte an die Notwendigkeit, den Bundesgrenzschutz in Rostock einzusetzen, weil die Polizeikräfte nicht ausreichten.. 9000 Polizisten waren in München im Einsatz. Die Gegner dieses Gipfels sagten ihre Meinung: *„Sie sind Repräsentanten einer* **unmenschlichen Weltordnung,** *die zwei Drittel der Menschheit zu einem Leben in Armut zwingt . . . eine selbstherrliche Feier, der man zurief, ‚Bonzen, verpißt euch!'."* (68).

Man sieht, schon heute geht der Staat bei solchen Anlässen an die Grenzen seiner Sicherheitsmöglichkeiten, schon heute tritt man dem Volk mit Falschmeldungen und Verleumdungen entgegen, um sich am Ruder zu halten. Schon heute hält Bonn sich nur noch durch seine Unredlichkeit und durch das gegenseitige Ausspielen der Betrogenen. Aber die Erkenntnis greift um sich: Kein Wort kann man mehr den Politikern glauben. Mit Worten allein kommen wir gegen diesen Volksverrat nicht mehr an. Kohl selbst gab das Signal: ich bin nicht bereit, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. Volksfeindliche Asylantenpolitik, Geringschätzung der neuen Bundesbürger und tiefer Haß auf die Plutokraten, die ungerührt Völker vertreiben und Städte einäschern lassen, um die Welt in ihre Gewalt zu bringen, das alles sind Vorgänge, die nebeneinander geschaltet mehr und mehr Menschen

als Teile einer zusammengehörigen, ideologisch beseelten Politik der Vernichtung der Völker erkennen. Täglich geht hier und dort einem weiteren Mitmenschen ein Licht auf über die internen Zusammenhänge. Und es kommt die Stunde, da dann nicht nur gegen diesen oder jenen der gehaßten Feinde aufgestanden wird, sondern gegen zwei oder drei oder gar alle, und dann bricht die ganze böse Macht zusammen, die uns heute mit Kissinger Associates und Bilderbergern und UNO und NATO und EG beherrscht. Dann fließt das Blur der Freimaurer, wie es zum Entsetzen der Logen in Monrovia unter Doe floß (69).

Heute schon kann niemand mehr den Weg hin zu diesem Blutbad verhindern. Er kann verlängert werden. Es können Intrigen und Täuschungen das Ende hinauszögern, doch vermeiden läßt sich das Blutgericht nicht mehr. Dazu fehlt der Freimaurerei jegliche Kompromißbereitschaft. Sie kann nicht ausweichen. Und was auf sie zukommt ist von Weltgesetzen und Lebensgesetzen bestimmt, die ewige Gültigkeit haben und von Anbeginn an über Leben und Tod entscheiden. Tod aber droht den Gegnern des Lebens, den Materialisten und wenn diese ihrer Philosophie nicht abschwören, dann ist ihr Schicksal besiegelt. Schon heute hat das Blutgericht der Völker begonnen. Man zwingt sie zur Notwehr und Selbstverteidigung. Und dort, wo es einmal angefangen hat zu schießen, da geht es auch immer weiter. Soeben reiht sich in diese unselige Reihe der Opfer das schöne und reiche **Angola** erneut ein. Mit der Vertreibung der fleißigen Portugiesen durch Fidel Castros Kolonialheer begann es. Es geschah mit Genehmigung der USA und auf Veranlassung portugiesischer Freimaurer.

Angola

Noch einmal die Namen dieser afrikanischen Tragödie:

Der letzte portugiesische Hochkommissar für Angola, Hochgradfreimaurer Admiral (eigentlich Fregattenkapitän) Rosa Coutinho hatte den „Accordo de Alvor" unterzeichnet, wonach Portugal die Verwaltung Angolas den drei „Befreiungsbewegungen" FNLA, MPLA und UNITA übertrug. Rosa Coutinho war Schwager von Agostinho Neto, dem Präsidenten der marxistischen MPLA. Er war es, der dann durch seinen Flug nach Havanna Ende 1974 das Schicksal auch Portugals bestimmte. Bis dahin bestand Portugal aus dem Mutterland und aus den Überseebesitzungen. In diesen gab es keine Rassenunterschiede. Generalgouverneur von Angola war ein Neger. Zwischen Portugal und dem portugiesischen Übersee herrschte der regste Verkehr. Beide Teile profitierten von diesem Zustand. Portugal war ein wohlhabendes Land und ohne den Flug des Freimaurers Coutinho nach Kuba wäre niemals ein Portugal entstanden, das heute ein Bettlerdasein innerhalb der EG führt. Ohne dieses kubanische, von der Freimaurerei weltweit unterstützte Abenteuer bräuchte die EG Portugal keine Hilfestellung zu geben. So war diese Freimaurerpolitik ein erster deutlicher Schlag gegen ein gesundes Europa.

Das „Unternehmen Kuba" war nicht der erste Versuch, Europa aus Angola zu vertreiben. Am 15. März 1961 bricht in Angola ein Aufstand aus, der getragen wird von Söldlingen, die unter amerikanischer Führung in Marokko ausgebildet und an elf Stellen in dem ruhigen, fast polizeilosen Angola gelandet werden. Zugleich fordert Adlai Stevenson im Sicherheitsrat, daß Portugal Angola räume, da es den Weltfrieden gefährde. Portugal aber reagierte anders als erwartet. Es wurden Truppen auf einer Luftbrücke und per Schiff ins Land gebracht und nach einem halben Jahr war überall wieder die Grenze zum Kongo erreicht. Die Söldlinge flüchteten.

So wie bei diesem ersten Versuch, Angola zu zerstören, war auch bei dem zweiten deutlich die Hand Washingtons zu erkennen. Denn Fidel Castro ging auf den Vorschlag seines „Bruders" Coutinho ein und verschiffte Truppen nach Angola. Kein einziges amerikanisches Kriegsschiff störte diesen marxistischen Aufmarsch, der unbehindert den Atlantik querte. (70). Zugleich wurde die Rapatriierung (!) der 10.000 Mann betragenden portugiesischen Truppe aus Angola von General Spinola und Hauptmann Othelo Saraiva angeordnet. Schon im Februar 1975 tauchten kubanische Offiziere in Luanda auf. Sie waren von der Sowjetunion hervorragend bewaffnet worden, während die UNITA unter Savimbi mit Speeren, Pfeil und Bogen kämpfte und in den Südosten des Landes verdrängt wurde, im Kampf gegen sowjetische Sam-3 und Sam-6 Raketen. Wir schrieben 1974 dazu: „Der Westen aber hält in aller Schärfe sein Waffenembargo gegenüber NATO-Partner Portugal aufrecht. Er ist in erster Linie interessiert an einer weltweiten, wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Moskau und Peking, um den Kapitalismus einerseits, den Sozialismus andererseits am Leben zu erhalten."

Auf die heutige Entwicklung als deutliche Fortsetzung der damaligen, kommen wir im Länderteil dieses Buches im Kapitel „Angola" zu sprechen.

Internationalisten stellen sich mit Freimaurerzinken vor

Ministerpräsident Gaidar bei der Vorstellung seines Krisenprogramms, November 1992

Dieser Brudergruß kostet fast 90 Md. Mark.

Der argentinische Bischof Hesayne

Yasser Arafat

Seung-Ahn Kim. Gefaltete Hände und der spiegelnde Tisch sind zu beachten.

Die Verelendung der Welt

Angola diente uns als Beispiel für die bewußte **Verelendung der Welt** und die wachsende allgemeine Unsicherheit. Aus der **Türkei** meldet man eine „Verhärtung der Fronten". In **Kambodscha** kommt kein Friede zustande. In **Äthiophien** und in **Somalia** zogen der Mord und der Hunger als Symbole der Neuen Weltordnung ein. Bei Addis Abeba wird ein Massengrab mit 30.000 Toten entdeckt, das der von Washington ausgehaltene Mengistu hinterließ. In **Algerien** wird die in den Wahlen siegreiche Fundamentalistenpartei im Januar 1992 verboten, die Stadtverwaltungen mit oppositioneller Mehrheit aufgelöst. Erste Folge: Ermordung des algerischen Präsidenten Mohamed Boudiaf. Bürgerkrieg. Im **Sudan** Bürgerkrieg zwischen einer von Iran und Libyen unterstützten Regierung und dem Süden des Landes. Razzien gegen Fundamentalisten in **Ägypten.** Der **Jemen** verhängt Aufnahmestop für Flüchtlinge aus **Somalia,** die Hilfe für die bosnischen Moslems fordern. Stammeskämpfe in **Nigeria,** als Folge neuer Provinzgrenzen. Erneut 6.000 Tote in **Monrovia.** Die Städte des **Kongo** (wie Zaire jetzt wieder heißt) sind Zeugen blutigster Unruhen nach dem Ende des korrupten Systems von Mobutu Sese Seko. Die Zwistigkeiten, die Daniel arap Moi in **Kenya** schuf verunsichern das ganze Land. In Luanda wird wieder mit schwerer Artillerie geschossen. **Duala,** einst blühendes Erbe deutscher Schutzherrschaft, ist heute eine verkommene Millionenstadt. **Johannesburg** wird mit geschmuggelten Drogen überschwemmt. 1991 wurden Drogen im Wert von 7 Millionen Rand beschlagnahmt. In **Assam** detonnieren Bomben, Großoffensive der **Nikaraguanischen** Armee, Forderung

nach Armeeeinsatz in **Süditalien. In Namibia** gärt es; die SWAPO-Kämpfer warten vergebens auf die Nacht der langen Messer, doch Präsident Sammy kauft sich lieber erst einmal ein recht teures Flugzeug, um seine Präsidentenkollegen besuchen zu können. „Kohl hat auch ein Flugzeug", ist seine Entschuldigung für derartiges Geldrausschmeißen. Rund ein Drittel der Bevölkerung von Mozambique hat seine angestammten Wohngebiete verlassen. Frelimo und Renamo versuchen es mit einem Waffenstillstand. Wie lange wird er halten? Eine Million (zumeist Hunger-)Tote seit der Vertreibung der Portugiesen. In **Uganda** werden die Tutsis so langsam ausgerottet. Und **Südafrika?** Die dortigen Volksführer wollen nicht regieren, sondern herrschen. Der Bürgerkrieg zwischen ANC und Zulus nimmt kein Ende. Jim Hoagland faßt in der „Washington Post" zusammen: *„Diese vielen Untaten in Afrika sind das gefundene Fressen für die Journalisten, aber man übersieht dabei allzu leicht, daß gleichzeitig dort überall* **Europa** *eine Position nach der anderen verläßt. Mogadisco und Nairobi und Luanda waren Prachtbeispiele westlicher Zivilisation. Heute werden sie zu Trümmerhaufen, die niemand wieder aufbaut. Die Dritte Welt wird sich selbst überlassen."* In solcher Stunde sollte man sich der Worte eines **Albert Schweitzer** erinnern: *„Ich habe mein Leben dem Versuch gewidmet, ihnen die Vorteile, die ihnen unsere Zivilisation bieten muß, zu bringen. Aber ich bin mir bewußt geworden, daß wir Folgendes festhalten müssen: Die Weißen sind die Übergeordneten, sie die Untergeordneten. Denn jedesmal, wenn ein weißer Mensch versucht, unter ihnen wie ihresgleichen zu leben, zerstören sie ihn entweder oder sie verschlingen ihn."*

Credo Mutwa, einer der geachtetsten geistigen Führer des Zuluvolkes schreibt (71): *„Ich weiß aus Erfahrung, daß völliges Vertrauen, Freundschaft und eine natürliche Zusammenarbeit zwischen Schwarzen und Weißen aus innerem Antrieb unmöglich ist. Unsere unterschiedliche Herkunft, Lebensweise und Zukunftsvorstellung ist seit hunderten von Jahren viel zu tief in unseren Kulturen verwurzelt. Die Unterschiede können nicht mit einem Federstrich vom Tisch gefegt werden."* Und über **Demokratie** schreibt er (S. 531): *„Viele Leute, die die gegenwärtigen Geschehnisse in Afrika verfolgen, wundern sich, daß die neuen Staaten sich nicht zu perfekten Demokratien — mit einer anerkannten Opposition — entwickeln, sondern daß alle in Diktaturen enden. Tatsache ist, daß ein schwarzer Mann es nicht fassen kann, wie ein Land vernünftig regiert werden soll, in dem sich verschiedene Parteien fortwährend bis aufs Messer bekämpfen. Solch ein Land kann nie glücklich und stabil sein. Für einen schwarzen Mann gibt es bei Unübereinstimmungen nur physische Gewalt oder Abtrennung. Der Schwarze hat nicht die seichte ‚biegsame Seele', die die meisten anderen Rassen haben, und für ihn ist es widersinnig und abstoßend, sich von zwei miteinander im Widerstreit liegenden Parteien regieren zu lassen . . . Der schwarze Mann kann seine Loyalität nur einem einzigen Herrscher geben, der in einer Richtung — zum Guten oder zum Schlechten — regiert. Früher oder später wird er die doppelte Loyalität in einem Zweiparteiensystem nicht nur als unsinnig und unpraktisch ansehen, sondern auch als eine tödliche Gefahr für den Staat. Denn für einen Schwarzen ist das Mitglied einer Opposition nicht nur jemand, der eine andere politische Richtung vertritt, sondern er ist ein gefährlicher Feind, der getötet werden muß. Dinge wie ‚freundschaftliche Rivalität' und die ‚Akzeptierung gegenteiliger Auffassungen' gibt es bei uns nicht. Entweder wir hassen oder wir lieben jemanden; wir stimmen entweder mit jemandem überein oder wir tun es nicht und bekämpfen ihn bis zum Tode."* (72). Dem sollte man hinzufügen, was der südafrikanische Dichter Stuart Cloete dazu zu sagen hat. (Siehe I, 311).

Es hat jetzt eine Generation von Weißen und Schwarzen den „Wind of change", den gewechselten Wind, erlebt, den die Freimaurerei 1960 anblies. Millionenfaches Leiden hat es über den „schwarzen" Kontinent gebracht. Nicht weil sie sich schämen, verschweigen die Urheber dieser fürchterlichen niemals enden wollenden Blutbäder, was seitdem in aus-

nahmslos allen aus der Kolonialherrschaft „befreiten" Ländern geworden ist, denn Schamgefühl besitzen sie nicht. Sie schreiben die sinnlose Zerstörung eines ganzen Kontinents mit all seiner Mannigfaltigkeit in Natur und Menschen nicht einer lebensfeindlichen, lebensunfähigen Philosophie zu, sondern gewissen technischen Fehlern, die man eben beim ersten Versuch machte, die man aber in Zukunft vermeiden wird. Bibliotheken füllen die Ratschläge dieser Art. Sie haben nirgends gefruchtet, obwohl sie immer mit der vollen Unterstützung der mächtigsten Personen und Organisationen auf dem Erdball in die Tat umgesetzt wurden. Nur immer neue Trümmer wurden geschaffen. Man hat den sachkundigen, in Pflicht und Arbeit ergrauten Kolonialbeamten ihre rechtzeitigen Warnungen nicht abgenommen, hat sie im Gegenteil als Sklavenhalter beschimpft. Und es war nicht nur geistige Verwirrung der Motor, der diese völlig sinnlose Dauerrevolution antrieb. Nicht wenige waren es, die sehr klar den Wahnsinn erkannten, die aber auch sofort merkten, daß man mit entsprechenden Phrasen und Schlagworten ganze Organisationen von Geisteskranken finanziell anzapfen kann, und aus dem Ganzen ein außerordentlich lukratives Geschäft machen kann. Das traurige Beispiel der Kirchen in diesem Welttheater ist allzu bekannt, um noch einmal wiederholt zu werden. Noch heute machen sie sich hauptschuldig an millionenfachem Unglück. Nicht selten waren ihre Vertreter sogar aktiv an korrupter Tätigkeit beteiligt.

Wieviel wir auch auf den vorigen Seiten aufzählen konnten von Kriegen und Bürgerkriegen, die alle ausgebrochen sind, weil man die Menschen mit Daseinsregeln quält, die man ihr aufzwingt unter dem Betrug, das führe eines Tages zu ihrem Glück, es ist doch alles, was man von solchem Zerstörungswerk erfährt, doch nur ein kleiner Teil von alledem, das täglich auf der Welt sich an Negativem zuträgt. Man tut sogar alles mögliche, um die wirkliche Situation des Erdballs den Europäern und da nicht zuletzt den Deutschen zu verschweigen. Die Menschen dürfen nicht erkennen, wohin es geht. Es war den Zerstörern sogar ziemlich peinlich, daß sich so eine totale Zerstörung in nächster Nähe des Kontinents breitmachte, der sich immer noch von Amerika durch ein gesundes Maß positiver Kräfte unterscheidet. Damit besteht die „Gefahr", daß das, was in der Neuen Welt an materialistischer Konstruktion gelungen ist, wieder von Europa überflügelt und beseitigt wird. Zugute kommt den Zerstörern die selbstgefällige Einstellung der Deutschen in den alten Bundesländern, ihr Glaube an ihre Unfehlbarkeit und ihr Allwissen. Sie lachen nur, wenn man ihnen sagt, sie seien schlecht informiert. Solche Haltung kommt den Zerstörern zugute, hilft aber nicht mehr lange. Allzu schwer liegen zuviel böse Ereignisse auf ihrem Geldbeutel, und manchmal sogar auf der schon ganz vergessenen Seele. Die Politiker hatten es mit dem Zerstören etwas allzu eilig.

Ein defektes Weltsystem

Unser Weltsystem ist an entscheidender Stelle defekt! Der geduldete Mißbrauch der Brüderlichkeit hat die Gleichheit zerfetzt und die Gerechtigkeit vernichtet. In Ausnahmefällen gelingt es wohl noch, Freimaurerverbrecher zu überführen, doch niemals gelingt es, sie gerecht zu strafen. Wie lange brauchte es, bis man den Massenmörder Udo Proksch und seinen Kumpan Daimler endlich verurteilte! Und wer half da alles, mit höchsten Titeln behängt, mit. Wer z.B. straft einen Genscher? Ja, wer kann überhaupt mit Erfolg ihn anklagen? Mehr als ein Jahrzehnt hält er nicht nur schützend seine Hand über die scheußlichsten Folterer in SW-Afrika, sondern fördert in jeder Beziehung ihre eindeutig verbre-

cherischen politischen Pläne, ungeschminkt unterstützt in solchem Frevel von Kirchen und Gewerkschaften und Staatsmännern. Und auf der anderen Seite zieht er wegen ihrer Verbrechen und Vergehen von der Justiz gesuchte Subjekte an sich heran, um mit ihrem falschen Zeugnis einen wahnwitzigen Privatkrieg gegen fleißige, unbescholtene deutsche Bauern in Chile aufzuziehen, wieder dabei unterstützt von Journalisten und Nachrichtenagenturen und den gleichen Staatsmännern, denen es Befehl ist, zu gehorchen, wenn ein Mann sein Zerstörungswerk unter dem Zeichen des Zeigefingers vorträgt. Wer wirft sich solchem schändlichen Tun entgegen? Das aber ist das Ende des Rechtsstaates, der zivilisierten Menschheit. Das ist mein Urteil nach rastlosem, jahrzehntelangem Studium der Vorgänge in engstem persönlichen Kontakt mit Beteiligten. In solchem Licht gesehen ist alles Gerede von der Schaffung einer besseren Zukunft Lug und Trug.

Hinein in die Loge

Und dann liest man die folgenden Anzeigen:

Auf eine derartige Vorstellung sind nur zwei Antworten möglich: Entweder haben wir eine unterschiedliche Auffassung von der Pflege menschlicher Werte und geistig positiver Tätigkeit oder aber es handelt sich um Falschmünzerei und groben Betrug, um Dummenfängerei. Zu dem letzteren Ergebnis sind seit zwei Jahrhunderten immer wieder Nichtfreimaurer und aus ihr Ausgeschiedene gekommen. Die Antwort in allen diesen Fällen war niemals der Dialog, sondern das Schweigen und das hinterhältige Bekämpfen solcher Gegner.

Stellt sich die Freimaurerei vor, so geht sie den vielen sachlichen Vorwürfen und Anklagen aus dem Wege und redet von Nebensächlichkeiten. Eines von vielen möglichen Beispielen sie hier vorgeführt. Es stammt aus den Dresdner Neuesten Nachrichten / Die Union, eine der CSU nahestehende Veröffentlichung. Mit einer bombastischen Aussage beginnt es: „Auf der Suche nach den Grundfragen des Lebens". Und dann lesen Sie, werter Leser, selbst weiter über Kuckuckstein.

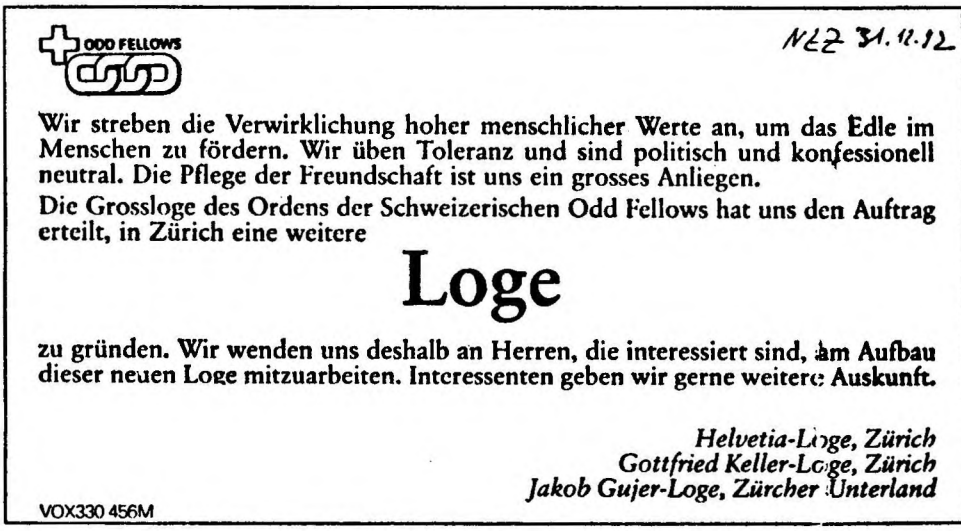
18 Montag, 13. Januar 1992 Nr. 9 Neue Zürcher Zeitung

Loge?

Haben Sie etwa das Bedürfnis, über den Alltag hinaus menschliche Werte zu pflegen und geistig positiv tätig zu werden? Schätzen Sie eine gehobene Geselligkeit in einem Freundeskreis?

Dann sollten Sie uns kennenlernen. Unsere Gottfried-Keller-Loge in Zürich kann wieder einige geeignete Herren aufnehmen

Der Rattenfänger von Hameln war ein Waisenkind gegen diese Werbung.



Die Freimaurerei hat Erfolg nur bei solchen Neulingen, die nicht wissen, was sie wollen, die „suchen". Bei solchen unreifen Menschen hat die Freimaurerei die besten Aussichten, sich Nachwuchs heranzuziehen. Der Neuling wird sogar dauernd darauf hingewiesen, daß er ein „Suchender" ist. Was nun einen solchen **Suchenden** angeht, der in einer Loge mitmachen will, so gilt, was etwa der Freimaurer Copin Albancelli („Die geheime Macht gegen Frankreich", von Nikolaus Markow, Welt-Dienst-Verlag, Frankfurt/Main, 1944, S. 48) beschreibt: *„In den Logen nehmen wir Besitz von Verstand, Willen und Gemüt des Menschen. Wir untersuchen ihn, lernen ihn kennen, erfahren seine Neigungen, Geschmack und Gewohnheiten, und wenn wir sehen, daß er für uns reif genug ist, leiten wir ihn weiter zur geheimen Vereinigung, dergegenüber das Freimaurertum einem schlecht erleuchteten Vorzimmer gleicht."*

Dieses Vorgehen gründet sich auf Erfahrungen, die bereits 2000 Jahre vor der Zeitwende in den Mahatma-Letters (s. 282) niedergelegt und von den **Theosophen** aufgegriffen wurden. Wir zitieren dazu auch Purucker, II, S. 67: *„Die Wahrheit ist, daß solange der Neophyt nicht den Zustand erreicht, der für den Grad der Erleuchtung notwendig ist, zu dem er berechtigt und für den er tauglich ist, ihm die meisten, wenn nicht alle Geheimnisse nicht mitgeteilt werden können. Die Aufnahmefähigkeit muß dem Wunsch zu belehren entsprechen. Alles, was wir tun können, ist den Gebrauch dieser Mittel* (Zaubermittel, Mummenschanz usw.) *zu lenken, die aufgrund der Erfahrungen von Zeitaltern erfahrungsgemäß zu dem gewünschten Ziel führen. Das war und ist seit tausenden von Jahren kein Geheimnis gewesen."*

So bemüht sich die Freimaurerei darum, Erfahrungen früherer Geheimgesellschaften in ihrem materialistisch degenerierten System zu verwerten. Wir erfuhren ja bereits, wie die Freimaurerei immer wieder vor allem auch Symbole und Riten früherer Geheimbünde aufgriff und sich dann mit solchen schmückte, ohne das Wesen jener Vorgänge verstanden zu haben. Wir erleben ja gerade auch in unseren Tagen erneut, daß die Freimaurerei vor Vorgängen steht, die sie restlos mißversteht. Die Folge ist, daß sie niemals irgendwo aufbaut, sondern immer nur zerstört, niemals über diesen ersten Teil ihrer Tätigkeit hinauskommt. Wir werden uns mit dem besonders schwerwiegenden Mißverhältnis noch befassen, das in Bezug auf den „Nationalismus" bei ihr im allgemeinen herrscht. Sie ist

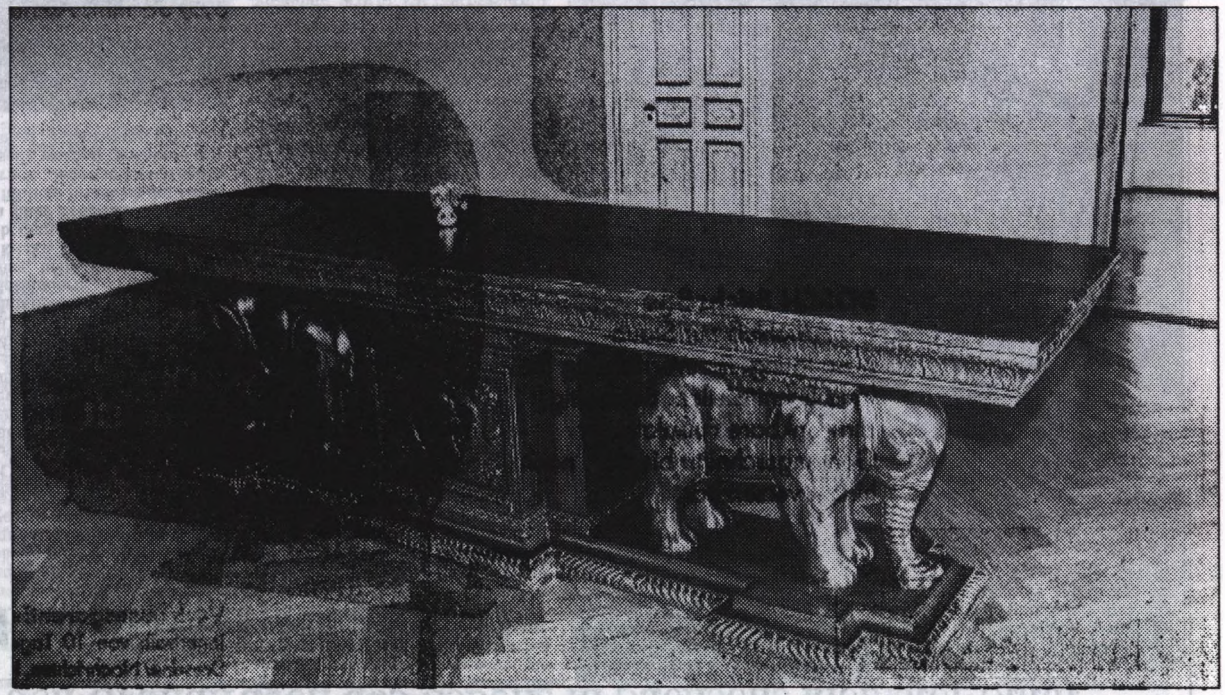
Opfertisch der Liebe für die südliche Schönheit Isotta

Über Schloß Kuckucksstein existierte einige Zeit lang das Gerücht, daß hier ein mittelalterlicher Seziertisch zu besichtigen sei. Der dreieinhalb Meter lange, reich verzierte Tisch wird von zwei Elefantenskulpturen getragen und in der Mitte zusätzlich von einer Säule gestützt. Auf der einen Seite der Säule findet man das Bildnis eines Mannes, auf der anderen Seite ein Wappen, welches sehr dem Äskulapstab, dem Zeichen der Ärztezunft, ähnelt.

Ein Dresdner Industrieller von Mayenburg, der 1931 das Schloß Kuckucksstein ersteigerte, brachte zur gleichen Zeit diesen Tisch von einer seiner Italienreisen mit. Bei Untersuchungen wurde etwas später festgestellt, daß sich unter der Platte eine Bleiwanne befindet. So glaubte man, daß auf diesem Tisch im Mittelalter Leichen seziert wurden. Weiter nahm man an, daß die schwere Tischplatte zur Tarnung angebracht war, denn Sezieren war von der katholische Kirche streng verboten.

Ein Besucher des Schlosses verwies 1990 darauf, daß der vermeintliche Äskulapstab wahrscheinlich das Wappen eines italienischen Adligen namens Sigismondo Malatesta sei. An einem von ihm in Rimini errichteten Tempel ist das Wappen des Kuckucksteiner Tisches über 700mal zu sehen. Das Zeichen, welches so häufig zu sehen ist, zeigt in Wirklichkeit die ineinander verschlungenen Initialien „I" und „S". Das „I" steht für den Namen des Mädchens Isotta, für das er aus Liebe eine alte Franziskanerkirche zu dem erwähnten Tempel umbauen ließ; „S" bedeutet natürlich Sigismondo. Im Tempel in Rimini steht ein ähnlicher Tisch. Da Malatesta den Tempel aus heidnischer Inspiration erbaute, wird angenommen, daß die Möbel Opfertische waren, auf denen Tieropfer erbracht wurden.

Hendrik Behling/Torsten Beichler



Auf dem Tisch mit den zwei Elefantenskulpturen und dem eigentümlichen Wappen wurden wahrscheinlich Tiere geopfert

Auf der Suche nach den Grundfragen des Lebens in Sachsens kleinster Stadt

Auf Kuckuckstein kehren wieder die Freimaurer ein

Von HEIKO KUNZMANN

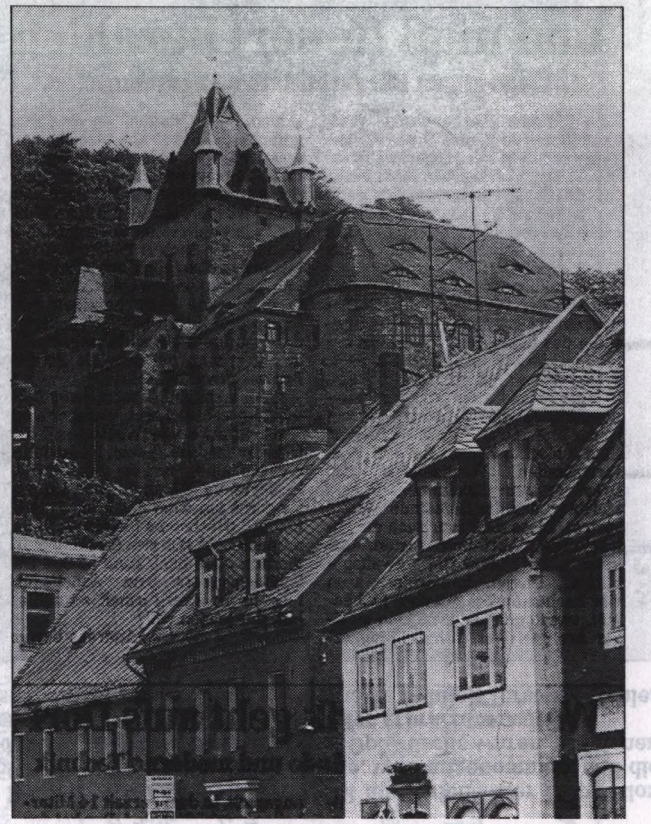
Liebstadt – 800 Einwohner nur zählt der Ort Liebstadt im Seidewitztal und gilt als kleinste Stadt der früheren DDR. Ein Waldweg mit schmalen, schon etwas verfallenen Treppen und eine enge Asphaltstraße führen hinauf zu Schloß Kuckucksstein. Die auf halbem Berg stehende Feste mit ihren vier kupfergedeckten Türmchen ist weithin sichtbares Symbol des osterzgebirgischen Städtchens.

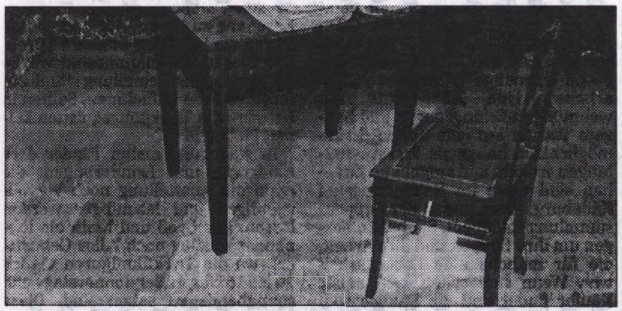
Bekannt wurde die Burg durch das früher hier beheimatete Freimaurertum. Geheimnisvoll muten die Schloßloge mit ihren Wandmalereien sowie die dunkle Kammer mit einem Tisch, einer Kerze und einem Totenkopf auch heute noch an. Doch die Freimaurerei – 1935 durch Hitler verboten, in der DDR unerwünscht – unterliegt nun keinem Tabu mehr. „Im April wurden hier zwei Männer in die neugegründete Dresdner Freimaurerloge ‚Zu den drei Schwertern' aufgenommen, im Juni, zum Johannisfest, bekommt die Loge ebenfalls neue Mitglieder", berichtet Museumsleiterin Regine Hengelhaupt. Kuckucksstein ist das einzige Freimaurermuseum in den neuen Bundesländern.

Übrigens, beim Rundgang durch Schloß Kuckucksstein staunt man, welche bedeutenden Persönlichkeiten sich dem Freimaurertum verbunden fühlten: Friedrich der Große (sein Spruch „Jeder soll nach seiner Fasson selig werden" weist auf entsprechendes Gedankengut hin), Wilhelm I. oder Mozart („Die Zauberflöte" sei eine Freimaureroper, erklärt Regine Hengelhaupt). Auch Napoleon, der am 9. September 1813 für eine Nacht hier Quartier bezog, sympathisierte mit der Brüderschaft.

Carl Adolph von Carlowitz war derjenige, mit dem die Freimaurerei auf Kuckucksstein einzog. 1774 erwarb er das Schloß, und unter seiner Familie entstanden neogotische Erweiterungen und Anbauten. 1800 bildete sich die Liebstädter Freimaurerloge. Carlowitz gelangte durch den „Siebeneichener Kreis", zu dem auch Fichte, Schlegel und Körner zählten, zum Freimaurertum. In der Folgezeit trafen sich Persönlichkeiten wie Novalis, Freiherr von Stein und Heinrich von Kleist auf Kuckucksstein.

Die Schloßloge, der Tempel, war jedoch nur „zum Vorzeigen" gedacht und in kein Logenregister eingetragen. Die dunkle Kammer mit dem Tisch, der Kerze und dem Totenkopf diente als Ort der Besinnung. Hier bereiteten sich die Männer auf die Prüfungen der Loge vor. Der Totenkopf war Anregung dazu, über die sinnvolle Nutzung des Lebens nachzudenken. Wesen der Freimaurer war ebenso ihre gelassene Haltung gegenüber dem Tod.





Der Totenkopf in der dunklen Kammer sollte die Freimaurer anregen zum Nachdenken über die Endlichkeit und das sinnvolle Nutzen des Lebens.

Am Menschen bauen

Die Freimaurer sind eine Gemeinschaft von weltweit etwa sechs Millionen Menschen, die durch rituelle Handlungen geistige Vertiefung und sittliche Vervollkommnung erreichen wollen. Ihre Hauptziele sehen sie in der Erziehung zur Nächstenliebe, Duldsamkeit und Wohltätigkeit. Entstanden sind die Freimaurerlogen aus dem Brauchtum mittelalterlicher Bauhütten. Die Steinmetze und Dombauer stammten aus unterschiedlichen Nationalitäten. Das gemeinsame Arbeiten sowie der weit über die Allgemeinbildung hinausreichende Wissensstand bildeten ein Klima der Offenheit, Toleranz und Humanität. 1717 schlossen sich in London vier Bauhütten zur ersten Loge zusammen unter dem Motto: „Jetzt wird nicht mehr an Domen gebaut, sondern am Menschen".

„Wir wollen der Menschheit einen geistigen Tempel bauen", sagen die Freimaurer. In der reichen Symbolik findet man viele Hinweise auf die Wurzeln des Freimaurertums. Zirkel und Winkel bilden beispielsweise das Erkennungszeichen.

Von den in den Freimaurerbund aufgenommenen Brüdern wird erwartet, daß sie sich von Zeit zu Zeit zu verschiedenen Themen schriftlich äußern und das Aufgeschriebene vortragen, was anschließend in der Loge diskutiert wird. Parteien- und Religionspolitik bleibt dabei „draußen".

Bei den Freimaurern gibt es Lehrlinge, Gesellen und Meister. Nach einer Aufnahmeprüfung erhält man ein Klopfzeichen und ein Paßwort, mit beiden kann man sich gegenüber anderen Logen zu erkennen geben. In die Freimaurerbünde werden nur Männer aufgenommen. Über das, was in den rituellen Sitzungen besprochen wird, herrscht strenges Schweigen – ein Umstand, der zur Mystifizierung der Freimaurerei beigetragen hat. hk

Schutzburg für den Bauernführer

Das Schloß erinnert aber auch an eine andere historische Figur: An Christian Benjamin Geißler, der den sächsischen Bauernaufstand 1790 führte. Der Liebstädter Seilermeister verfaßte eine aus acht Punkten bestehende Schrift zur Verbesserung der Lage der einfachen Leute. Bei einem offenen Aufruhr in Lommatzsch, Pinnewitz und Schleinitz wurde Geißler verhaftet. Nach 15jähriger Festungshaft in Torgau flüchtete er, und Carl Adolph von Carlowitz stellte Geißler unter seinen Schutz. Eine Gedenktafel findet der Besucher in der Pirnaer Straße 10, dem „Geißlerhaus".

Mit dem Wiederaufleben der Freimaurerei wird auch in Liebstadt ein Raum wieder zum Tempel geweiht. Unterstützt von mehreren Logen aus Altbundesländern (insgesamt 400 Freimaurerbünde mit 20 000 Mitgliedern existieren dort), treffen sich Freimaurer hier mehr oder weniger sporadisch. Von ihnen gestaltete Vorträge finden auf Kuckucksstein statt. Am 1. August lädt das Schloß zu einem kleinen Burgfest ein, bei der eine Studentenbühne den „Hamlet" aufführt.

Rechtsträger von Kuckucksstein ist die Kommune. Die Anlage, ebenso der englische Garten, ist gut erhalten. Ein ausbaubarer Dachraum könnte Konzert- oder Gastronomieraum werden. In letzter Zeit finden wieder mehr Touristen aufs Schloß, vor allem Schulklassen kämen häufig. Kuckucksstein hat auch ein Schloßcafé in petto und ist an Feiertagen immer geöffnet. Besucher werden erwartet mittwochs bis sonntags von 9.30 bis 11.30 und von 13.30 bis 16 Uhr. Führungen beginnen 10, 11, 14 und 15 Uhr.

Imposant ragt Schloß Kuckuckstein über Liebstadt. Fotos: Steffen Giersch

Der imposante Kamin im Schloß trägt die Jahreszahl 1886.

Historie von Kuckuckstein

Schloß Kuckuckstein entstand wahrscheinlich in den Jahren 930 bis 1286 unter Heinrich I., Burggraf von Dohna. Für militärische Verdienste übergab 1410 der Meißner Markgraf die Feste an Günther und Heinrich von Bühnau. Nach viermaligem Besitzerwechsel ersteigerte Hans Carl August von Carlowitz 1774 das Schloß für 40 407 Taler. Sein Sohn Carl Adolph richtete 1800 die Freimaurerloge ein.

Der Besitzer der Chlorodont-Werke, der Dresdner Heinsius von Mayenburg, ersteigerte 1931 Schloß Kuckuckstein als Geburtstagsgeschenk für seine damals 16jährige Tochter. Von 1932 an wurde das Areal verwaltet durch Generalmajor Eckhart von Loeben.

Nach 1945 erfolgte die Enteignung durch die Alliierten, das sächsische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft wurde Eigentümer. 1952 ging das Schloß an den Rat der Stadt Liebstadt über und wurde als Heimatmuseum eingerichtet. hk

einfach nicht in der Lage, Leben zu absorbieren, sie ist von ihrer im 18. Jahrhundert entwickelten Philosophie her immer darauf angelegt, das, was ihr begegnet, als „negativ" zu bekämpfen. Nicht der Inhalt ihrer Weltanschauung ist es darum, der sie trotzdem am Leben erhielt, sondern ihre Organisation, ihr Aufbau. Diese hat sie von früheren Geheimbünden kopiert. Wir denken an den Aufbau in Graden, der während der Kreuzzüge in Westeuropa bekannt wurde (73), an das Gelübde des Schweigens und des Gehorsams. Wir sind dabei der Meinung, daß die Freimaurerei durch einen derartigen Aufbau ihre Lebenszeit verlängern kann, doch lebt sie auf Abruf. Gegen Vertreter nichtmaterieller Werte ist sie nicht gefeit.

Wir verstehen uns nicht mehr. Die Völker sprechen eine andere Sprache als sie in den Logen gesprochen wird. Dabei ist *„die Freimaurerei, was Form und Inhalt ihrer sittlichen Botschaft angeht, gegenwärtig überholt"* (Ewald Mrnka in „humanität", März 1992). Wird aber diese für uns unmoralische Zielsetzung zum mit Zwang durchgesetzten Befehl an die profanen Richter, dann muß man den Abschied vom Rechtsstaat feststellen. Es ist dann das entstanden, vor dem Prof. Dr. Friedrich Grimm bereits vor einem halben Jahrhundert gewarnt hatte: **„Politische Justiz"**. Terrorurteile nach rechts, Verständnis und Toleranz nach links sind dabei, unsere Gesellschaft zu zerschlagen, seitdem unsere normativen Begriffe mit Ideologie getränkt sind. Wer darum heute noch Worte in den Mund nimmt wie FREIHEIT, Demokratie, Menschlichkeit, der setzt sich allgemeinem Gelächter aus.

Und diese Antwort muß sich bei anhaltendem Mißbrauch der Justiz in Verachtung und Haß wandeln. Und in Molotow-Cocktails. Die schwere Schuld an den Verlorenen Söhnen trägt darum niemand anders als der Freimaurerstaat. Die traurige Tatsache, daß er die Opfer seiner Unredlichkeit und Unfähigkeit lieber liquidiert als bei sich selbst die Schuld an der Entwicklung zu suchen, verlängert die Blutbahn, die vom Terror 1789 über 1830, 1848, 1871 in Paris, 1914, 1939, 1945 bis hin in die Gegenwart mit ihren unzähmbaren Bürgerkriegen und Hungersnöten reicht weiter, hinein in die Zeit der Urteile auf lebenslänglich für Kinder und Greise.

Am unerfreulichsten ist es dabei, daß die Urheber dieser Entwicklung des Menschengeschlechts auf jeder Stufe weiter hinab nicht für Sekunden davon abließen, sich selbst arrogant als die Retter und die Unschuldigen hinzustellen, sich selbst und alle ihre Vorgänger in der gleichen Tonlage. Ein Kissinger, Todesengel von Vietnam und Hauptakteur an der Verschuldung der Dritten Welt (74), Propagandist für Golfkrieg und Maastricht, konnte sich kein besseres Thema für seine eigene Doktorarbeit erküren als „A restaurated world: Metternich, Castlereagh and the problems of peace. 1812 - 1822".

Und von einem gelehrigen Mitverschworenen wie Helmut Schmidt (75) können wir als Stellungnahme zu dem deutschen Verzweiflungskampf gegen die Betreiber unseres Genocids darum nichts anderes erwarten als seine ausgesprochen unwahren Behauptungen: *„Deutschland hätte niemals so aufblühen können, wie es das nach dem Kriege tat, ohne die Mitarbeit von sechs Millionen ausländischer Arbeiter."* Fehlte nur noch als nächster Satz „Die Trümmerfrauen gingen am Rhein spazieren, während die Türken arbeiteten". Oder: „Schönstes Beispiel für den Fleiß der Türken ist ihr eigenes, so vorbildliches Vaterland, das sie verließen, um Deutschland aufzubauen." Oder etwa auch: „Wir handelten richtig, als wir bei der Einwanderung den Türken und Zigeunern den Vorrang gaben vor deutschen Aussiedlern." Einen solchen Satz vernehmen wir nämlich täglich.

Auslandsdeutsche

Nahezu drei Millionen **Auslandsdeutsche** führen heute in den osteuropäischen Ländern ein Leben in Armut und in großer Sorge um die Zukunft in einer fremden Umgebung. Sie zieht es darum immer stärker zurück in das Land ihrer Väter (76). Seit 1950 kamen etwa 2,7 Millionen Auslandsdeutsche in ihr Mutterland zurück. sie haben sich als fleißige Mitbürger inzwischen voll und ganz und ohne Reibungen eingegliedert. Der Vertreibungsdruck auf die Rußlanddeutschen nimmt zu. Kasachstan verweigert der dort lebenden Million einen autonomen Status. Man hat den Eindruck, als wollten Kohl und andere Internationalisten lieber Zigeuner und andere fremdrassige Ausländer haben als diese Deutschen. Deutlicher kann nicht belegt werden, daß heute in Deutschland in zweierlei Sprache gesprochen wird. Es gibt Deutsche und es gibt Internationalisten. Für die Internationalisten ist das Wort „deutsch" ein Kinderschreck. Darum gibt es auch keine „Auslandsdeutschen". Die nennt man **„Aussiedler"**. Der Hauptbeweggrund für die Richtung der Aussiedlung (die nur zu oft einer Vertreibung und einer Flucht gleicht) in Richtung ihrer kulturellen Heimat „Deutschland" ist den Verantwortlichen in Bonn völlig schnuppe.

Auf einer Tagung in Bonn am 11. und 12. Februar 1992 haben die **Vertreter der deutschen Volksgruppen** aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Ungarn, der Tschechei und Rumänien die folgende Erklärung verabschiedet: *„Unser ernster Wille, loyal unseren Staaten, ihrem Wohl und ihrem demokratischen Wiederaufbau zu dienen, kann sich nur im Rahmen freiheitlicher demokratischer Ordnungen, sowie bei voller Beachtung der Menschenrechte, der Wahrung der Volksgruppenrechte sowie unserer nationalen Eigenart und bei ausreichenden Lebensgrundlagen innerhalb einer sozialen Rechtsstaatsordnung entfalten. Unsere Jugend muß Perspektiven in der Heimat, in der wir leben wollen, haben. Wir bestehen auf dem Recht, uns zum deutschen Volk zu bekennen und achten unsere eigene sowie die Geschichte der deutschen Gemeinwesen . . . Wir wollen aber nicht Werkzeuge wechselnder Außenpolitik sein."*

„Nach dem I. Weltkrieg haben die vier Besatzungszonen in Deutschland etwa zwölfeinhalb Millionen Deutsche aus den Reichsgebieten östlich von Oder und Lausitzer Neisse aufgenommen. Mit der Vertreibung hatten sie das schwerste Schicksal zu tragen, das Deutschen in diesem Jahrhundert beschieden war." (77).

Für das Jahr 1992 wurden bereits amtlich die folgenden Zahlen bekanntgegeben: Es kamen 1992 230.454 Aussiedler nach Deutschland. 1990 waren es noch 397.073 und 1991 221.995. Einen Antrag auf Aufnahme in die Bundesrepublik stellten 1992 402.375 Deutsche in Ost- und Südosteuropa. Es kamen etwa doppelt soviele Asylbewerber als Aussiedler nach Deutschland, nämlich 438.191.
Außerdem trafen noch mehr als 230.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ein.

Etwa 200.000 Rußlanddeutsche besitzen einen gültigen Aufnahmebescheid, ohne diesen aber zur Ausreise nach Deutschland nutzen zu wollen, solange es begründete Hoffnung auf autonome rußlanddeutsche Gebiete in Rußland und der Ukraine gibt.

„Deutschland will 1993 32 Mill. DM für die stufenweise Ansiedlung Deutschstämmiger in den historischen Siedlungsgebieten im Süden der **Ukraine** (78) *zur Verfügung stellen . .. Bei der Wiederansiedlung geht es um rund 400.000 Menschen. Bereits in diesem Jahr stehen für das Ansiedlungsprogramm in den Landkreisen von Odessa und anderen vier Städten 20 Mill. DM zur Verfügung."* (79).

„Der Zuzug von Aussiedlern soll künftig auf etwa 200.000 bis 240.000 Personen im Jahr begrenzt werden und auf lange Sicht völlig gestoppt werden" (80). Der BdV wendet sich daraufhin mit Nachdruck gegen die von den Koalitionsparteien und der SPD *„ausgehandelte Kontingentierung deutscher Aussiedler. Dieser Beschluß wird zu einem raschen Anstieg der Aufnahmeanträge führen."* (81). Auf starken Widerstand stößt vor allem die vom Bundestag erlassene Regelung, wonach *„Personen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes geboren sind, nicht mehr als Spätaussiedler* (= Deutsche!) *anerkannt und damit später auch nicht in Deutschland aufgenommen werden."* (ap Bonn 13.12.1992). Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Beseitigung von Art. 116 des Grundgesetzes. *„Er hat Millionen Menschen in Deutschland eine ‚Rechtsheimat' gegeben. Mit dem Begriff des Statusdeutschen gelingt es unserer Rechtsordnung, die durch Flucht, Vertreibung und Aussiedlung entwurzelten Deutschen aus Ost-Mitteleuropa aufzunehmen. Dies geschieht ohne jeden territorialen Anspruch. Der Artiken 116 unseres Grundgesetzes darf nicht angetastet werden!* (Prof. Dr. Otto Kimminich vor dem BdV Bayern, 5.1.1993). Es ist völlig abwegig, die Aussiedlerfrage in die Asyldebatte hineinzuziehen. Eine Vermengung von Art. 16 und 116 des Grundgesetzes ist ein weiterer rechtswidriger Schritt nach der bereits illegitimen Auslegung des Art. 16. Den Ausschluß der Nachkommen durch Beschränkung der Aussiedlungsmöglichkeit nur auf Angehörige der ersten Generation widerspricht dem Schutz von Ehe und Familie gemäß Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes. Dieses sichtbar antideutsche, antivölkische Vorgehen ist ein sehr ernster Beweis für die ernsten Anklagen, die das deutsche Volk tagtäglich gegen die Bonner Regierung und ihre Worthelfer in den Medien vorbringt, daß es sich gar nicht um eine „deutsche" Regierung handelt, sondern um Statthalter des Internationalismus. Aus dem so gefeierten „Fall der Mauer", der „Öffnung des Brandenburger Tors" wird jetzt das Verbot deutscher Heimkehr! *„Ohne Verständnis für die Kontinuität der Volksgruppen will man von Bonn aus einen ‚Generationenschnitt' in der deutschen Volkszugehörigkeit dekretieren und in Kenntnis — oder Unkenntnis? — des jahrzentelangen Verbots der Benutzung der deutschen Muttersprache im polnischen Besatzungsbereich und der Verfolgung der ‚Faschisten' in der Sowjetunion den für den Einzelnen unmöglichen — auch von obersten Gerichten verworfenen — Sprachennachweis bei der Aussiedlung haben. Die deutschen Volksgruppen haben schon mehr überstanden, sie werden auch das Bonner mechanistische Unverständnis für Volk und Heimat überdauern."* (82).

Das Auswärtige Amt weigert sich nach wie vor, ein deutsches Konsulat in **Königsberg** einzurichten. Auf eine parlamentarische Anfrage wurde lediglich mitgeteilt, daß man zwar entsprechende Wünsche des russischen Gebietsgouverneurs für den Oblast Kaliningrad/Königsberg zur Kenntnis genommen habe, zunächst aber der Schaffung einer diplomatischen Präsenz Deutschlands in allen Staaten der GUS Priorität eingeräumt würde . . . Die kategorische Ablehnung eines deutschen Konsulates in Königsberg stellt angesichts der Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen und entsprechender wiederholt geäußerter Erwartungen der russischen Verwaltung eine Vernachlässigung deutscher und europäischer Interessen dar . . . Auch angesichts der verstärkten Zuwanderung von Deutschen aus anderen Regionen der ehemaligen Sowjetunion in das nördliche Ostpreußen kann das Auswärtige Amt in diesem Raum nicht länger untätig bleiben." (83). Es ist ein offenes Geheimnis: Der Grund für die deutsche amtliche Passivität liegt darin, daß man in Polen eine Ansiedlung von Rußlanddeutschen in jenem Gebiet als eine Gefahr ansieht für die polnische Absicht, das Gebiet eines Tages Polen einzugemeinden. Bonn und Polen gegen Deutsche und Rußland. Das polnisch-Bonner Vorgehen bezeichnet man in anderen Gebieten Europas als „ethnische Säuberung".

Inzwischen baut Rußland auf. Während *„Polen die Verbesserung der Verkehrswege*

zwischen Ostpreußen und Westeuropa behindert, indem es die Abfertigung an der Grenze auf das äußerste beschwert (84), *ist mit dem Bau einer Autobahn von der russisch-polnischen Grenze über Königsberg bis nach Litauen unter Beteiligung eines deutschen Bauunternehmers begonnen worden. Der Transit durch Litauen schließt sich daran an. Dem russischen Verwaltungschef schwebt vor allem der Ausbau Königsbergs zum Verkehrsknotenpunkt vor. Die eisfreien Häfen von Pillau und Königsberg bilden nach Matoschkins Meinung einen idealen Umschlagplatz für den Handel mit Rußland. Auch soll der Flughafen auf modernes Niveau gebracht werden."*

Am 7. Mai 1992wurde in Hamburg ein „Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in **Trakehnen**" gegründet. Vorsitzende wurde die pensionierte Elektro-Ingenieurin Ilse Timm. Es wurde bereits ein erfahrener deutscher Auslandslehrer und ein Tiefbauingenieur in das Gebiet geschickt.

Im September 1992 erfährt man dann bereits, daß sich die russischen Behörden „enger an Rußland anzulehnen beginnen". (Gerhard Gnauck in FAZ). Es wird mitgeteilt, daß mehrere Republiken der GUS bereits ihr Interesse an dem Ausbau des Hafens gezeigt haben. Es handelt sich um Rußlands strategisch wichtigste Zone im Westen. Das bedeutet eine Absage an deutsche Pläne für ein europäisches Kondominium in der russischen Enklave. Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe wies darauf hin, die geplante Hanse-Autobahn Lübeck - St. Petersburg könnte über Königsberg gehen. *„Die Politik der Bundesregierung, den Aussiedlerstrom* (82 Umsiedlerfamilien in den letzten sechs Wochen registriert; 5000 bis 10.000 Umsiedler aus Mittelasien siedelten sich bereits an) *nach Deutschland zu kanalisieren, wird hier mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen."* (Gnauck).

Und weiter zur nächsten Flüchtlingsoase: **Moskau.** *„Olga Leonhard flüchtete von Duschanbe, der völlig zerstörten tadschikischen Hauptstadt mit ihren beiden erwachsenen Söhnen nach Moskau, zusammen mit 200 Rußlanddeutschen, die sich nach Moskau durchgeschlagen haben. Was diese Flüchtlinge in den vergangenen Monaten im tadschikischen Bürgerkrieg durchmachen mußten, läßt sich aus ihren auf russisch und deutsch gestammelten und immer wieder von Weinkrämpfen unterbrochenen Erzählungen nur erahnen. In seiner ganzen Grausamkeit läßt es sich nicht erfassen. Wellen von Plünderungen, Mord und Raub folgten sich. Die Leidtragenden waren zumeist die Bürger der nationalen Minderheiten. Die 37jährige ehemalige Musiklehrerin Emma Kaiser, an Brustkrebs erkrankt, wurde von tadschikischen Ärzten abgewiesen, ‚weil ich einen deutschen Namen und blonde Haare habe'. Ihre Kinder, erzählt sie weinend, seien als Faschisten beschimpft worden. In Tadschikistan leben etwa 40.000 Rußlanddeutsche, davon alleine in Duschanbe 15.000. Die meisten von ihnen sind auf der Flucht. Viele haben schon vor Jahren ihre Ausreise nach Deutschland beantragt. Nicht wenige aber wären, wie Olga Leonhard und Emma Kaiser, nie gegangen, wenn alles ruhig geblieben wäre. Für Flugscheine nach Moskau verkaufen Familien ihre Wohnungen, Häuschen oder Autos. Um das Flugzeug besteigen zu können, muß noch einmal die gleiche Summe an Bestechungsgeld gezahlt werden. Taschen, Koffer und Kisten werden den Flüchtlingen nicht selten vor Reisebeginn gewaltsam abgenommen. Alle Flüge sind um ein Mehrfaches überbucht. In Moskau angekommen, wissen die Flüchtlinge nicht wohin. Sie verbringen Nächte auf dem Flughafen. Irgendwie haben sie sich dann zum Pionierlager der Moskauer städtischen Baubehörde durchgeschlagen. Auf ihrer langen Flucht ist eine Atempause eingetreten. Im November 1992 hat die Gesellschaft ‚Wiedergeburt', eine der beiden rußlanddeutschen Autonomiebewegungen, einen Teil der Gebäude des Pionierlagers gemietet, um die Flüchtlinge unterzubringen. ‚Die Anrufe aus Duschanbe werden immer alarmierender', meint der Leiter. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung habe ein Kaufmann aus Gütersloh, Peter Dangmann, gespendet. Zusammen mit der in Stuttgart ansässigen ‚Landsmannschaft der Deut-*

schen aus Rußland' habe er den **Humanitas-Fonds** *gegründet, der auch die Rußlanddeutschen aus Duschanbe finanziell unterstützen soll. Die Zahl der Flüchtlinge wächst. Zwei von dreien haben bereits die nötigen Papiere für die Ausreise nach Deutschland. die übrigen sind ‚echte' Flüchtlinge, die niemals vorhatten, Tadschikistan zu verlassen. Was mit ihnen geschehen soll, weiß heute niemand. Das Geld für die Flüchtlinge geht langsam zur Neige. Schon drohe die Verwaltung des Pionierlagers, die Flüchtlinge auf die Straße zu setzen. Daher habe man den deutschen Botschafter in Moskau, Klaus Blech, gebeten, er möge sich in Bonn für Hilfe einsetzen. Eine Antwort auf den Brief steht noch aus! Die Flüchtlinge werden mit jedem Tag der Ungewißheit niedergeschlagener. Sie möchten leben, sagen sie, und essen. Dabei vertrauen sie auf Gottes Hilfe und den eigenen Fleiß. ‚Meine Söhne', so Olga Leonhard, ‚sagen, sie werden in Deutschland arbeiten, bis ihnen das Blut unter den Nägeln hervorkommt. Doch wir alle sind müde. Wie oft will man uns noch die Pistole auf die Brust setzen und drohen, daß man uns erschießt?'."* (85).

„Die Sowjetunion ist zerfallen und der Rassenhaß breitet sich in den neuen Republiken aus. Einige Zitate aus Briefen an Verwandte in der BRD (veröffentlicht in „Für die Menschenrechte", Oktober 1992): „Jede Republik ist selbständig und macht, was sie will. Das ist für uns Deutsche schlecht. Solange wir keine eigene Republik haben, haben wir keine Rechte. Die Kinder können ihre Muttersprache nicht lernen und das tut uns sehr leid. Wenn die Eltern gestorben sind, dann ist auch die Sprache vergessen . . . Bei uns sind die Lebensmittel im Preis um das 20fache gestiegen. Nur durch unseren kleinen Garten können wir uns noch ernähren. In der kasachischen Republik ist ein Nationalitätenstreit ausgebrochen. Die Kasachen sagen: ‚Das ist unser Land, und ihr Faschisten sollt von hier abhauen!' Es muß immer jemand zu Hause sein, um auf das Haus und das Vieh aufzupassen. Auch die Kinder müssen wir von der Schule abholen, damit sie unterwegs nicht verprügelt werden . . . Die Situation bei uns ist einfach schrecklich. An der Spitze der Betriebe und sonst überall stehen Kasachen. Menschen anderer Nationalität werden verdrängt. Wir Deutsche befinden uns zwischen Hammer und Amboß. . . In Aktjubisk wurden die Deutschen mit Stöcken brutal zusammengeschlagen. Die Aufnahme in ein Krankenhaus wurde von den Kasachen verweigert. Unser Auto und vier weitere Autos der Deutschen haben sie verbrannt. Sie drohen uns, wenn wir nicht freiwillig gehen, würden sie unser Haus und Eigentum verbrennen. . . die Deutschen, die nur noch vereinzelt in Tadschikistan leben, versuchen, möglichst schnell das Land zu verlassen. Sie leben in Angst um ihr Leben, ihre Haustüren sind verbarrikadiert. . . Die deutsche Zeitung ‚Nachrichten' in Uljanowsk (Wolga) ist in ihrer Art einmalig. Der Gründer und Herausgeber Eugen N. Miller ist Dozent an der Fakultät für deutsche Sprache an der Uljanowsker Hochschule. Die Zeitung erscheint dreimal im Monat, hat ein hohes Niveau und ist sehr informativ. Der Inhalt ist für jeden, der seine Deutschkenntnisse verbessern will, eine große Hilfe . . . Als die Bundesregierung beschlossen hat, finanziell zur Verbesserung der Lage der Rußlanddeutschen vor Ort beizutragen, hat die IGFM am 9. Juli 1991 in Bonn einen Antrag auf finanzielle und technische Unterstützung dieser Zeitung gestellt. Ein Jahr ist vergangen, ohne daß wir eine definitive Antwort erhalten haben. Um das Überleben der Zeitung (in einer deutlich verschlechterten Wirtschaftslage) zu sichern, haben wir (IGFM) dem Herausgeber versprochen, daß wir unsere Leser fragen werden, ob sie dieses Projekt, das der Erhaltung der deutschen Muttersprache dient, fördern wollen. Hiermit tun wir das. Kennwort: Zeitung ‚Nachrichten'. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion, Kaiserstr. 72, Pf 101132, D-6000 Frankfurt 1."

Und noch ein wenig weiter nach Osten: *„Als die ersten rußlanddeutschen Siedler 1890 von der Wolga in die Nähe der mongolischen Grenze zogen, taten sie es in der Absicht, daß es ihren Kindern oder spätestens den Enkeln bessergehen solle, als es ihnen in der alten*

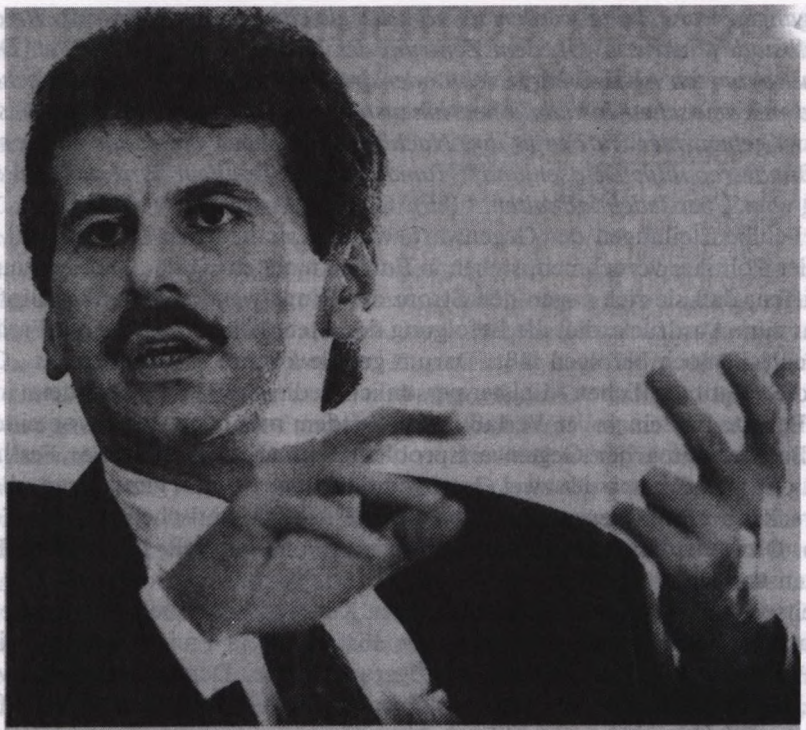
Heimat ergangen war. Heute werden sie von der gleichen Idee angespornt. Reicht es da aus, in Halbstadt (Nekrassowo), dem Zentrum des jüngst wiedergegründeten Deutschen Nationalen Rayons im **Altai-Gebirge** *zehn oder dreißig Fertighäuser aus russischen Spanplatten und mit deutschen Installationen hinzustellen, um hunderttausend Menschen die Gewißheit zu geben, hier würden es ihre Nachkommen besser haben als in der sagenumwobenen Bundesrepublik Deutschland? Humanitäre Hilfe allein wird die Deutschen im Altai nicht vom Übersiedeln abhalten."* (86). Geholfen wird hier vom VdA.

Solche Fehlbeurteilungen der Gegenwart, wie wir sie heute in Deutschland aus dem Munde vieler Politiker vernehmen, stehen in Europa nicht einzig da. Die Freimaurerei hat nicht begriffen, daß sie sich gegen den Strom der Dinge wendet. Bei allen Gipfeltreffen kommt klar zum Ausdruck, daß die Befolgung der alten, lieben Sprüche der Freimaurerei sich sehr schlecht noch befolgen läßt. Darum gerade kommt es vermehrt zu „Gipfeln". Man muß die verantwortlichen Minister persönlich in die Arena schicken, denn auf untergeordnete Beamte ist kein voller Verlaß mehr. Seitdem man nicht mehr von einer gleichförmigen Beantwortung der Gegenwartsprobleme sprechen kann (etwa: Festhalten an Maastricht oder ein Europa der zwei Geschwindigkeiten) ist man gezwungen, die jeweiligen Vollstrecker persönlich zusammenzubringen. Eine diplomatische Par force-Tour ist so entstanden. Die Außenminister im Alleingang hetzen um die Welt, bis sie dann Knall auf Fall abtreten müssen.

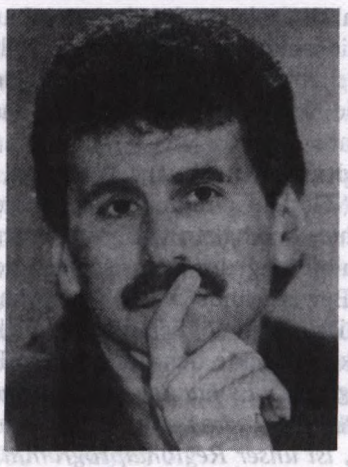
Einerseits versucht man noch, den bisherigen Kurs ins Verderben fortzusetzen. So bei GATT. Das führt zu stärkstem Widerstand selbst in einem Freimaurerland wie Frankreich. Oder man beschränkt sich auf Verzögerungstaktik. Der Sicherheitsrat vermeidet Eingreifen, so lange wie möglich, was zu weltweiten gigantischen Zerstörungen führt, die nicht mehr reparierbar sind.

Andernorts beginnt man sich den schönen Zielen „Freiheit" und „Gleichheit" abzuwenden und gewährt Konzessionen. Wenn auch von vorneherein nur für einen bestimmten Zeitraum und zu ausschließlich humanitären Zwecken senden die USA mit Zustimmung des Sicherheitsrats Anfang Dezember 1992 25.000 Soldaten nach **Somalia** (es gibt Öl in Somalia!) mit dem ausdrücklichen Befehl, die Verteilung der Nahrungsmittel mit Waffengewalt zu erzwingen. In **Bosnien** hatte man es versäumt, ähnliche Folgerungen aus der Lage zu ziehen. Die Internationalisten machen einen Denkprozeß durch. Das Vakuum, das die althergebrachte Freimaurertaktik insbesondere in jenen Ländern schuf, in denen die Freimaurerkonstruktion des Sozialismus zusammenbrach, füllt sich mit Vorgängen, die eine neue Ethik darstellen. Die Weltentwicklung zwingt zu einem Umbau der Freimaurertaktik und auch ihrer Nahziele. Die Neue Weltordnung wird anders aussehen, als Bush es bei Beginn des Golfkrieges vorsah.

Die Ermordung **Rohwedders** war noch eine Warnung, den Aufbau in **Mitteldeutschland** nicht nach „nationalen" Gesichtspunkten vorzunehmen. „Gestrige" Freimaurer versuchten damit, die Geschichte anzuhalten. Mit zitterndem Gehorsam verordnete denn auch die Treuhand die Liquidierung der Sächsischen Edelstahlwerke **Freital.** Die welthändlerischen, maurischen Beweggründe waren klar: ein zusammengebrochener Welt-Edelstahlmarkt, der eine Sanierung unmöglich machte. Es kam zum Protest. Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf deckte den unredlichen Berechnungsvergleich zwischen Sanierung und Privatisierung auf. *„Es handelt sich um falsche Entscheidungsprinzipien. So was können nur Bürokraten fabrizieren, die ein Brett vor dem Kopf haben. Wird dieses Verfahren weiter zugelassen, ist unser Regionalprogramm zur Sanierung sächsischer Unternehmen Makulatur und unsere Zusammenarbeit mit der Treuhand beendet."* Oder man macht kurzerhand den Bock zum Gärtner: *„Treuhand müßte von Freimaurern geleitet werden"*, wie Katrin Däumichen aus Rostock verkündet. Das fehlte uns gerade noch! (87).

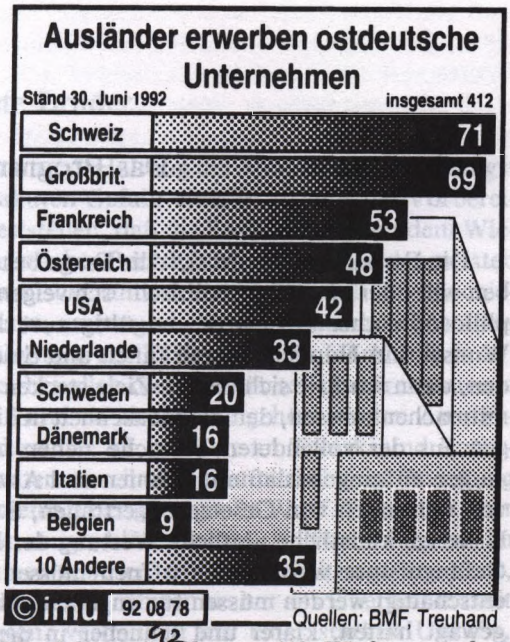


Karlheinz Blessing: „Die FDP ist in einem Umbruch. Sie weiß es nur noch nicht."
Fot0: Werner Schüring



Karlheinz Blessing

Treuhand-Präsidentin
Birgit Breuel



Zur Jahresmitte 92 hatten 412 Käufer aus dem Ausland ein ostdeutsches Unternehmen übernommen. Bei der Anzahl der privatisierten Betriebe liegt die Schweiz an erster Stelle.

Es ist sowieso bereits antideutsch genug. Ein Fernsehröhrenhersteller in Ostberlin wurde Ende 1992 an den Konzern Samsung nach Südkorea veräußert. Raubbau genauso wie die alliierte Demontage 1945. Der Krieg läuft weiter auf vollen Touren, nur unter anderer Überschrift und mit anderen Verrätern.

Es wird nicht ausbleiben, daß der Versuch unternommen wird, diejenigen zu schützen, die für die bisherige, heute als unhaltbar erkannte Entwicklung verantwortlich waren. Vor allem jene, die im Rahmen ihrer damaligen Tätigkeit für Blutvergießen verantwortlich waren. Der Prozeß gegen **Erich Honecker** ist dafür bezeichnend. Dabei nimmt die weltpolitische Entwicklung einen so rasanten Verlauf, daß beispielsweise „Der Spiegel" in wenigen Wochen seine Haltung zu diesem Prozeß vollständig um 180 Grad drehte. Was im August 1992 noch als moralisch erforderlich erschien, ist im November 1992 restlos unzuständig und sogar ausgesprochen „unmoralisch". Leberkrebs des Angeklagten war die einzige Rettung aus der Sackgasse, in die sich die BRD hineingerannt hatte. War schon die Entnazifizierung nicht der deutschen Geschichte würdig, so war eine Wiederholung ebenso deplaziert. Politik ist von Gefühlen zu trennen. Hat man erkannt, daß das deutsche Volk nur dann die Herausforderungen dieser Zeit bestehen kann, wenn es seine Kräfte vereint, dann ist die Parole der Zeit „Vergessen", nicht aber Unverjährbarkeit. Diese ist eine Waffe unserer Feinde!

Das Programm der Loge

Die Freimaurerei wird sich die Frage beantworten müssen, ob sie auf der Scheibe bleiben will oder ob sie „unpolitisch" schweigen will und sich in das Schneckenhaus gestriger philosophischer Lehrsätze endgültig zurückziehen will, ohne daß weiterhin auf ihren Wunsch hin Handelsgrenzen fallen und Staatliches liquidiert wird. Will sie weiter mitreden, dann wird sie sich andere Ziele stecken müssen als bisher, dann wird sie den Wandel mitmachen müssen, den die Menschheit in diesen Monaten durchmachte. Sie wird die Folgen aus der vollendeten Tatsache ziehen müssen, daß den Menschen mehrheitlich die Augen aufgingen, daß mit Bosnien und Asylbetrug das Maß voll wurde. Denn: die Texte von tausenden von Gesetzen, Verträgen, Statuten werden geändert werden müssen. Die bisherige künstliche amtliche Wertung der Dinge ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Gefängnistore werden sich öffnen müssen für viele Verdammte und tausende werden entschädigt werden müssen für angetanes Unrecht, für geschäftliche Schädigung, weil sie gewagt hatten, klarer und schneller in die Zukunft zu sehen als die Freimaurerei am Ruder.

So sollte es kommen, möchte man meinen. Doch ist kaum zu erwarten, daß die Freimaurerei irgendwo offen ihre Fehler und ihre Verbrechen zugeben wird. Sie wird, genauso wie bisher, sich einbilden, die Elite der Menschheit darzustellen und im Besitze des Steines der Weisen zu sein.

Sie wird sogar weiterhin in ihrer Mitte weltpolitische Zukunftspläne basteln, die eindeutig unter Begriffe wie Landesverrat und Genocid fallen. Sie scheut sich nicht, schon heute davon zu sprechen, sich auf eine modernere Art von Subversion und Terror vorzubereiten. *„Ist eine Loge endlich wieder das, was sie sein soll* (MRNKA in ‚humanität'), *nämlich* **Begegnungsstätte freier Geister,** *dann ist auch Geheimhaltung und Deckung tatsächlich sinnvoll und notwendig (!), und nicht nur reiner Selbstzweck. Aufklärung bedeutet geistige Regsamkeit und intellektuellen Mut, der Tabuverletzungen nicht scheut. Daher ist lebendige, aktuelle Aufklärung stets ‚gefährlich'."* Da also, wo sich diese Reaktion auf die Weltentwicklung durchsetzt, da, wo Zersetzung und Zerstörung als mutige Tat und Betätigung des Freiheitswillens angesehen und als Nachahmung als Vorbilder empfundener freier Geister empfunden werden, da werden wir wieder Illuminaten und Carbonari finden, Propagandisten eines Sendero luminoso. Da wird die Freimaurerei wieder stolz darauf sein, sich mit weiteren möglichst scheußlichen Morden in die Geschichte einzutragen. Sie riß niemals ganz ab, die Verbindung hin zu Mördern. Der Orden wird wieder Patron der Freimaurer-Verbrecher werden, wie er es vor 150 Jahren war. Eckert zitiert (88): *„Das Wiener Journal für Freimaurer verkündet: ‚Sieht der Bruder sich den Verfolgungen des Fanatismus, des Despotismus bloßgestellt, er darf den Beistand der Brüder anfordern. Allezeit schwebt der Arm der Rettung über ihm ausgetreckt. Nun mag er sogar, ohne den Muth zu verlieren, vorhersehen, daß er als ein Opfer für die erhabenste Absicht stürzen werde, denn stürzt er — wohl er stürzt — aber er stürzt in die Arme seiner Brüder,."* So werden Geheimhaltung und Deckung wieder sinnvoll und notwendig, wie es ‚humanität' unbeschadet in unseren Tagen aussprechen darf, ohne daß ein Staatsanwalt sich daran stößt.

Gefährdete Brüder

Ganz im Gegensatz zu der heutigen „toleranten" Haltung der von der Maurerei längst unterwanderten Regierungen gegenüber der akuten Gefahr einer in allgemeiner Vorbereitung befindlichen **Weltrevolution,** läßt sich feststellen, daß die Freimaurerei seit dem Wiener Kongreß 1812 unter dauernder geheimdienstlicher Beobachtung von seiten der meisten europäischen Mächte stand. Dieser Widerstand ist verantwortlich dafür, daß die verschiedenen Versuche, die Weltherrschaft anzutreten, immer wieder zusammenbrachen. Das trifft auf eigentlich alle revolutionären Bemühungen des XIX. und XX. Jahrhunderts zu. Zugleich aber muß festgestellt werden, daß es bei allen diesen Anlässen der Freimaurerei immer gelang, ihre Rädelsführer trocken an Land zu ziehen. Es gehört zu den Ausnahmen, daß man ihr mit gleicher Münze zurückzahlte. Ich erinnere an Trotzki und Rathenau. Es gelang der Freimaurerei, säkulare Staaten zu schaffen, der christlichen Erziehung ernste Schläge zu erteilen, aber es gelang ihr niemals der ganz große Wurf. Sie wurde aber auch niemals tödlich getroffen, lief in keinem Augenblick Gefahr, weltweit verboten zu werden. Weniger sind es polizeiliche Maßnahmen gewesen, die ihre Arbeiten gefährdeten, als grundsätzliche Fehler in ihrer Planung. Fast immer rührten sie her aus Überheblichkeit und falscher Einschätzung ihrer Möglichkeiten, verbunden mit einer starken Unruhe, möglichst bald doch endlich zum Ziel zu gelangen. Es ist sogar nicht unberechtigt, eine sensationelle Aussage zu machen: Die Freimaurerei wird auch dann, wenn niemand ihr entgegentritt, nicht mehr viel weiterkommen als sie es ohnehin schon ist. Der Grund liegt darin, daß sie sich gegen kosmische, übermenschliche Kräfte wendet und daher „automatisch" immer wieder ein Rückschlag eintreten wird, wenn eine gewisse Machtposition erreicht wurde. Je stärker die Freimaurerei wird, umso schwächer wird sie im gleichen Augenblick, denn umso mehr Fehler wirken sich aus.

Goethe

Ausgerechnet jener große deutsche Dichter, den sich die Freimaurerei so gerne als Gallionsfigur erkürt für ihre subversive Betätigung auf kulturellem Gebiet, **Johann Wolfgang v. Goethe,** hinterließ uns beredte Zeugnisse für das soeben Dargestellte. Wir wollen dabei zunächst einmal feststellen, daß es freimaurerische Unverfrorenheit war, die uns hier auf den Plan brachte, uns mit dem allgemach berüchtigten deutschen **Goethe-Institut** zu befassen. Weit über die zur fast täglichen Erfahrung aller überseedeutschen Kultureinrichtungen gehörigen Wespenstiche dieser von Bonn seit Jahrzehnten gut dotierten Organisation hinaus ragt nämlich die Produktion eines Dreckwerks in Santiago de Chile, herausgegeben von dem dortigen Goethe-Institut, verfaßt von dessen damaligen führenden Mitarbeiter im Jahre 1992, Dr. Dieter Strauss, unter dem Titel „Geisterstädte und Vulkane". Wir sind es langsam gewohnt, daß das Chiledeutschtum und Chile von Bonn verleumdet und beschimpft wird. Man bildet sich ein, auf seinem prallen Säckel sitzend die Menschen dort in der Ferne jenseits der hohen Anden, gefahrlos in wüstester Weise anpöbeln zu können. Aus blauem Himmel erfindet man geldbringende Sensationen. Daß zehntausende

von gebildeten Chiledeutschen das Spiel längst durchschaut haben, spielt gar keine Rolle, denn sie kommen bei dem bekannten Nachrichtenmonopol in Deutschland nirgends zu Worte.

Wollen wir mehr zu diesem Machwerk des Goethe-Instituts sagen, so beginnen wir mit der Aussage, daß es von dem amtierenden deutschen Botschafter in Santiago, Wiegand Papsch vor geladenen Gästen präsentiert wurde!

Das Büchlein ist gedacht als Begleiter von Chilebesuchern. „Reisetips für Nord- und Südchile" seien es. Abgesehen davon, daß das Produkt „freier Geister" von ganz groben Irrtümern wimmelt, ist es tendenziös. Es beabsichtigt, die Chiledeutschen zu einer Horde unkultivierter naziähnlicher Menschen abzustempeln und Chile als ein Land, in welchem Brutalität das Staatsethos schon immer bestimmt hat. Der Nestor der Deutschchilenen, Emilio Held, Verfasser mehrerer grundlegender Werke über die deutsche Einwanderung nach Chile, schreibt an das Goethe-Institut: *„Auf Seite 99/100 kommt man auf den südchilenischen Ort Neu-Braunau zu sprechen. Da wird Braunau in Böhmen (Sudetenland) mit Braunau am Inn verwechselt, hat also auch nichts mit Hitler zu tun. Wenn schon Bücher geschrieben werden, müßte der Betreffende zumindest etwas mehr in Geographie und Geschichte bewandert sein, sonst erfindet noch jemand, daß Hitler in Neu-Braunau in Chile geboren ist. So einen Blödsinn soll man in der Welt noch einmal suchen."* Es heißt nämlich wörtlich in dem von Bonn finanzierten Machwerk des Goethe Instituts: *„In treuer Erinnerung an die alte Heimat benennen wir diesen Ort (heißt es auf einer Gedenktafel) Nueva-Braunau."* Und Herr Strauß fährt fort: *„Das ist natürlich verständlich, wenn man an die Familie denkt, an die vielen kleinen privaten Erinnerungen und Verbindungen mit Braunau. Das ist allerdings weniger verständlich, wenn man an die Geschichte denkt: Man kann 1975 nicht über Braunau sprechen, ohne sich Hitler vorzustellen, der ja in Braunau geboren worden ist. Zukunft läßt sich nicht auf Verdrängung bauen. Zukunft verlangt die offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Nach Hitler kann die Welt, kann kein Land, kann keine Stadt, so als wenn nichts gewesen wäre, einfach wieder zur Tagesordnung zurückkehren."* Auf den gleichen Seiten werden zwei Fotos von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr in Neu-Braunau wiedergegeben, die von Kaiser Wilhelm II. vor 90 Jahren für ihren Einsatz ausgezeichnet worden waren. Die Auszeichnung besteht, wie man auf den Fotos sieht, und wie man im öffentlichen Museum in Neu-Braunau auch sehen kann, aus einer Medaille in Form des Malteserkreuzes, des Eisernen Kreuzes. Dazu nun Herr Strauß: *„Umso erstaunlicher wirkt die militärische Haltung der Bomberos (Feuerwehrleute), um so verständlicher das Eiserne Kreuz bei zwei Feuerwehrmännern. Ob es doch kein Zufall ist, daß die Straße nach Nueva Braunau nach rechts abbiegt?* (Foto von einem Wegweiser folgt). Unmittelbar nach diesen freigeistigen Elaboraten folgen „Daten für den Reisenden". Es wird eine Reihe von Fotos und Restaurants und Hotels mit lobenden Worten gezeigt, ohne daß sie als Anzeigen, wie gesetzlich vorgesehen, vom übrigen Text getrennt sind. Wir sind seit dem Merianheft über Chile mit seinen faustdicken politischen Entstellungen derartige Schmiereien in Südamerika gewohnt. Doch fühlt sich Herr Strauß als Fremder sogar voll berechtigt, sich in persönlichste Dinge einzumischen. *„Daß man noch heute gerne unter sich bleibt, zeigt die Osorniner Hochzeit vom 12. November 1988 zwischen Herrn Westermeyer-Stegmaier und Fräulein Doppelmann-Scholz; alle vier Namen sind deutsch, alle vier Großväter waren Deutsche!"* Wirklich schrecklich, kein Türke dabei. Und der armselige Herr Strauß wußte noch nicht einmal, daß ein Scholz Provinzgouverneur von Osorno war. Er war eben Chilene. Im übrigen ist es Angelegenheit der chilenischen Behörden, die weiteren schweren Geschichtsverstellungen zu unterbinden, die das Buch außerdem enthält. Der deutsch-chilenische Schriftsteller Hellmuth Fiegelist-Heise macht in seiner Reaktion auf dieses Buch bereits aufmerksam auf den Satz: *„Chile*

gewann seinen (!) Salpeterkrieg". und schreibt: *„Strauß behauptet damit klipp und klar, Chile hätte diesen Krieg sozusagen inszeniert." Auf S. 84 schreibt Strauß: „Weitere Gebiete wurden von den Siedlern einfach dazugeraubt."* Fiegelist zu dieser für die Bonner Kulturpolitik im Ausland leider nicht seltene Unverschämtheit (89): *„Daß die deutschen Kolonisten die Araukaner nicht verdrängten, könnte Herr Strauß auch bei Vicente Perez Rosales nachlesen. Tatsache ist, die deutschen Einwanderer erhielten ihre Parzellen oder Chacras direkt von der chilenischen Regierung."*

Diese Ausschnitte beweisen wohl bereits zur Genüge, daß der Autor sich einfach nicht die Mühe machte, sachlich zu recherchieren, bevor er loslegte und geistige Regsamkeit und intellektuellen Mut als höchste Freimaurertugenden produzierte. Geisteskrank mit dem Hitlertrauma belastet, behauptet er Dinge, bei denen die chilenischen Leser nur den Kopf schütteln müssen. Klar wird dabei wieder einmal, daß das politische Niveau in Chile weitaus höher liegt als in Deutschland. Es versteht sich, daß das Buch dann aus dem Buchhandel gezogen wurde, kaum daß es erschien. Der verbrannte Autor reiste auf Nimmerwiedersehen ab nach München. Dort aber, und das zeigt erneut das deutsche Bildungsniveau, wurde er zum stellvertretenden Generalsekretär und Abteilungsleiter für Kultur- und Informationsprogramme aller Goethe-Institute ernannt.

Der deutsch-chilenische Bund kommentiert am 29. August 1992 in seiner Zeitschrift „Condor": *„Nicht nur in Deutschland macht das Goethe-Institut von sich reden, nein, auch bei uns zeigt sich, welche Geister man rief und nun offenbar ihrer nicht mehr Herr wird. Wenn wir also das Büchlein zur Hand nehmen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn Bilder und Texte auf dem Boden deutscher Vergangenheitsbewältigung gedeihen sollen, also mehr für den Hausgebrauch als für einen breiten Leserkreis gedacht sind. Das Büchlein ist nicht mehr im Handel, was darauf schließen läßt, daß mit der Verteilung einiger weniger Exemplare der Zweck zum Wohle seines Verfasser erfüllt wurde . . . Ansonsten lohnt es sich nicht, die 500 Pesos für das Traktätchen auf den Tisch zu blättern. Alte und neue Fotos, durch entsprechende Unterschriften so hingestellt, als ob die geschilderten Mißstände noch heute gang und gäbe seien, sofern sie wirklich einmal existiert haben und nicht frei erfunden sind, lassen allerdings eher die Erinnerung an ganz frische Zeitungsmeldungen aus Deutschland wach werden . . . Die schulmeisterhafte Betrachtungsweise aus der höheren Warte eines ‚Wessies' läßt leider sogar die wenigen gutgemeinten Ratschläge im Wust der Halbwahrheiten und absichtlichen Verzerrungen untergehen."*

Die nicht zu unterbietende Primitivität des Goethe-Instituts beweist auch, daß zur gleichen Zeit von dieser pseudokulturellen Mißgeburt vom Goethe-Institut in Santiago die parteipolitische Polit-Parabel „der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" von Berthold Brecht vorgeführt wird. Brecht überträgt in dieser politischen Hetze (die in Chile gar nichts zu suchen hat, nur Ärger und Unmut gegen die Veranstalter erregen kann) die Machtergreifung Adolf Hitlers ins amerikanische Gangstermilieu. Wolfgang Lichtenstein, bekannter jüdischer Regisseur aus Deutschland, setzte das Drama mit Absolventen des Berthold-Brecht-Instituts im Goethe-Institut (so etwas gibt es also) in Szene (90).

Uns ist nicht bekannt, ob derartige Schmieren in Deutschland freiwilliges Publikum finden. In Südamerika sicher nicht, abgesehen natürlich von dem bestellten Kulturattaché der Botschaft und dem Vertreter von dpa und einigen linkslastigen eingeborenen Halbgebildeten im Schlepptau von Fidel Castro. Was also bezweckt man damit? Abgesehen von dem Honorar, das der Herr Lichtenstein einsteckt. Deutschland sollte sich doch im klaren sein, daß es kaum der Moment ist, politische nihilistische Parteipropaganda im Ausland zu betreiben. Nicht, weil es auch im Auslande bekannt ist, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht hinter der Regierung steht, während diese dort ein Bürgerkriegsszenarium aufbaut. Die deutsche Heimat ist nervenkrank, aber in Übersee hat das Deutschtum trotz

aller Störversuche bislang kaum Notiz von den Wahnsinnsparolen genommen, die von Bonn ausgestreut werden. Bis in die allerletzten Tage hinein hat gerade auch das Chiledeutschtum vielmehr in Ausstellungen und Messen bewiesen, daß es, wie seit Generationen gewohnt, arbeitet und aufbaut und — etwa — mit Zuchtbullen und modernsten Lebensmittelfabriken sowie in der Metallindustrie konkrete Beispiele für seine Fähigkeiten geliefert, schlagend belegt durch die Kapitalien, die sich drängen, in Chile angelegt werden zu können. Man tauscht Erfahrungen aus mit Deutschen in Brasilien, in Australien, in Kanada und in Paraguay usw. Doch die Lektüre deutscher Zeitungen ist kaum gefragt.

Zu dem Thema „Goethe-Institut" wollen wir doch noch anfügen, was „Die Zeit" am 19. Juni 1992 mitteilte: „**Goethe oder Müller.** *Thüringens Regierungschef Bernhard Vogel schlug Anfang 1992 vor, die Zentralverwaltung des Goethe-Instituts von München in die Stadt Goethes, nach Weimar zu verlegen.*"

„*Der Präsident des Goethe-Instituts, Hans Heigert, reagierte prompt und schrieb am 6. April einen Brief an die Bonner Föderalismus-Kommission, den wir in seinen Kernsätzen veröffentlichen.*"

„*Das Goethe-Institut als größte deutsche Mittlerorganisation mit weltweiten Kontakten und 155 Kulturinstituten in 73 Ländern kann zentrale Aufgaben in vollem Umfang nur an einem Standort wahrnehmen, der infrastrukturell und verkehrstechnisch dafür geeignet ist. Dies ist in einer schwer erreichbaren Kleinstadt wie Weimar weder mittel- noch langfristig überhaupt vorstellbar. . . Das Goethe-Institut trägt seinen Namen eher zufällig und hat mit der Person und dem Werk Goethes selber (anders als etwa die Goethe-Gesellschaft) gar nichts zu tun. Der von Ministerpräsident Vogel hergestellte Zusammenhang entfällt damit völlig.*"

„*Der Zeitgenosse staunt* (schreibt „Die Zeit" weiter dazu), *weil er nun erfährt, daß das Goethe-Institut wohl auch Müller-Institut heißen oder nach Wolfgang Schulze benannt werden könnte.*"

Es wird kaum eine freimaurerische Apologetik verpaßt, bei der nicht Goethe als einer der ihren genannt wird. Die Sache hat nur einen kleinen Haken. Er war gar nicht der „engagierte Maurer und Illuminat", als der er hingestellt wird. Auf ausdrücklichen Wunsch seines Landesherrn, Herzog Karl August von Weimar, trat er am 23. Juni 1780 in die Weimarer Loge „Anna Amalie zu den drei Rosen" ein. Es geschah mit dem Ziel, deren Tätigkeit zu überwachen. Goethe war 1780 zum Geheimen Rat (Minister) ernannt worden. Ein Jahr danach schreibt er an Lavater: „*Ich habe Spuren, um nicht zu sagen Nachrichten von einer großen Masse Lügen, die im Finstern schleicht, von der du noch keine Ahnung zu haben scheinst. Glaube mir, unsere moralische und politische Welt ist mit unterirdischen Gängen, Kellern und Cloaken miniert, wie eine große Stadt zu seyn pflegt, an deren Zusammenhang und ihrer Bewohnenden Verhältnisse wohl niemand denkt und sinnt; nur wird es dem, der davon einige Kundschaft hat, viel begreiflicher, wenn da einmal der Erdboden einstürzt.*" Ein Jahr weiter schreibt Goehte an den Komponisten Philipp Christoph Kayser, er heiße jetzt Meister und habe auch Kenntnisse der Hochgrade; und dann folgt der Satz „*Und ich weiß das Unglaubliche*" (91). In den dann folgenden Jahren bemüht sich Goethe dann, in Zusammenarbeit mit seinem Herzog, die Freimaurerei unter staatliche Aufsicht zu stellen. In einer Denkschrift an den Landesvater schreibt er: „*Die ganze Existenz der Ordensoberen beruht darauf, daß sie die Roheren an sich ziehen und die übrigen erschrecken.*" Im April 1789 läßt Goethe eine Bekanntmachung veröffentlichen, in der er droht, jeden Geheimbund zu entlarven, der die allgemein anerkannten Grundsätze des Wohls der Gesellschaft gefährdet. Zur gleichen Zeit schreibt er in einem Brief, der jetzt ebenfalls von Wilson in den Papieren gefunden wurde, die seinerzeit die Illuminaten nach Schweden retteten, die aber Mitte der 1980er Jahre der DDR übergeben wurden und

jetzt eben zum Schrecken der Freimaurerei ans Tageslicht gezogen werden: **„Und so ist es gut, daß man öffentlich Feindschaft setze zwischen sich und den Narren und Schelmen".** In einer Denkschrift, die schon länger bekannt ist, schreibt Goethe: *„Man zerstöre alle geheimen Verbindungen, es entstehe daraus, was wolle."*

Da auch **Herder** immer wieder von der Freimaurerei als einer der Ihren vorgezeigt wird, sei hier noch zitiert, was er in einem Brief vom 9. Januar 1786 schrieb, nachdem er drei Jahre Mitglied der Illuminaten gewesen war: *„Ich haße alle geheimen Gesellschaften auf den Tod und wünsche sie, nach den Erfahrungen, die ich aus und in ihrem Innersten gemacht habe, zum Teufel, denn der schleichendste Herrsch-, Betrugs- und Kabalengeist ist's, der hinter ihrer Decke kriechet."*

Und noch eines zu diesem Thema:

Von den drei Goethe-Instituten in Kanada sagt Eckehart J. Priebe 1990: „Finanziert von der Bonner Regierung führen sie ein flaues Dasein." (They keep a low profile). Es ist mit brüderlicher Höflichkeit gesagt.

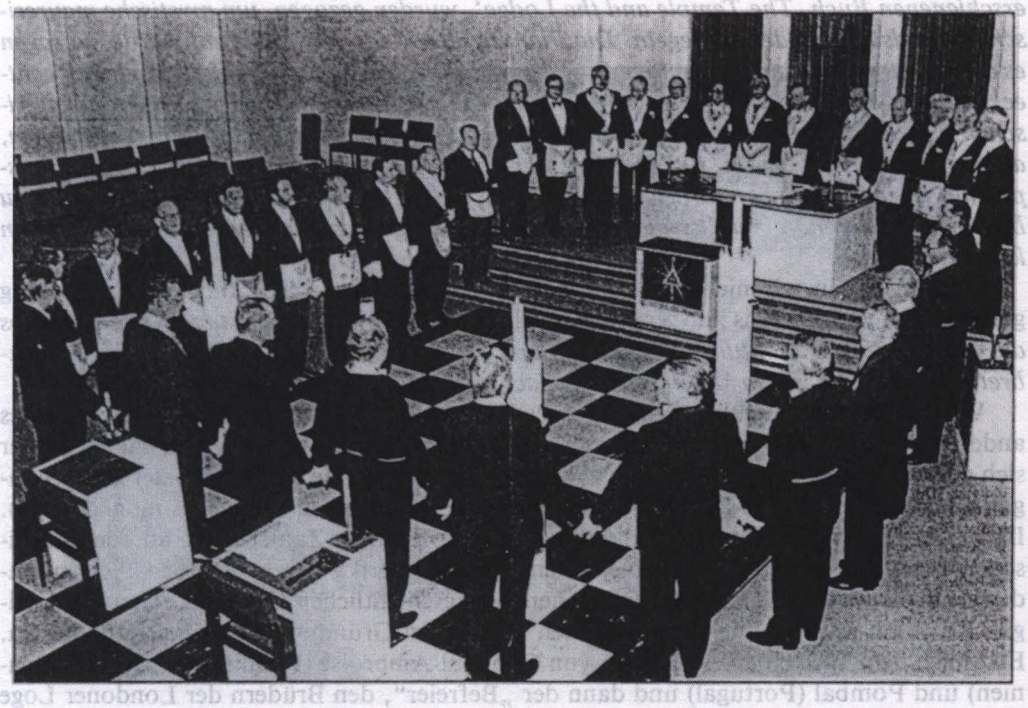
Der stellvertretende Leiter des Goethe-Instituts in Frankfurt am Main meint, *„es wird durch die Ausländerfeindlichkeit die jahrzehntelange Arbeit unseres Institutes gefährdet. Schon ist die Teilnahme an Deutschkursen im Ausland merklich zurückgegangen."* Diese Sätze stellen eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen dar. Denn Tatsache ist, daß bewußt die Tätigkeit des Instituts darin besteht, alles deutsche mit dem Stigma des Schlechten und Bösen zu belasten. Es ist hauptsächlich Schuld des Goethe-Instituts, daß in den letzten Jahrzehnten das Interesse an deutscher Kultur sank. Als Träger einer solchen wurden hauptsächlich linkslastige Außenseiter vorgestellt. Wer aus Begeisterung zum Deutschen sich dem Institut näherte, wurde angeekelt von dessen Vorstellungen. Dafür kann wohl fast jeder gebildete Auslanddeutsche in allen Kontinenten viele Beweise erbringen. Es ist chuzpe, wenn nun dieser „Erfolg" der eigenen Arbeit der „Ausländerfeindlichkeit" zugeschoben werden soll. Kabalen nannte Herder das.

Und da wir nun einmal bei „Goethe" sind, zum Abschluß dieses Kapitels ein Spruch von Goethe, den uns der Postbote Ende 1992 ins Haus brachte:

Die Arbeitsstätten der Freimaurer

„Es herrscht die völlig falsche Auffassung, die Loge sei die Arbeitsstätte der Freimaurer. In Wirklichkeit ist die Loge bloß die Räumlichkeit, in der sie sich regelmäßig treffen und in der die Ausbildung vom Lehrlingsgrad zum Meistergrad erfolgt. Aktiv in Richtung Pervertierung aller Lebensbereiche wird ein Freimaurer hingegen nur außerhalb der Loge, in der Regel an der Arbeitsstelle, an der er hauptberuflich tätig ist. Die Position, die ein Freimaurer im Berufsleben bekleidet, ist daher quasi eine Außenstelle der Loge.“ So der Wiener Dr. Karl Steinhauser in seinem soeben erschienenen Werk „Who is who ohne Maske. Das wahre Gesicht der Freimaurerei“. Mit diesem Buch hat der Kampf gegen die Pest der Freimaurerei eine neue, scharfe Waffe bekommen. In einem Lande, in welchem sich ein politischer Freimaurerskandal an den anderen reihte, formt sich jetzt eine Front mit dem Ziel, wieder Sauberkeit und Beseitigung der Pervertierung aller Lebensbereiche in die Tat umzusetzen.

Für den Freimaurer ist in der Tat die Loge nur Teil ihres Tätigkeitsbereiches. Wir wissen, freimaurerische Ideen lagen den Staatsgründungen in Nordamerika in vielen Fällen zugrunde. Massachussetts und Pensylvania wurden als religiöse „Utopias“ gegründet. Eine neue Ordnung sollte in diesen Gebieten geschaffen werden. Sie sollten sich an ewige Wahrheiten als Richtlinien orientieren, nicht an den Launen eines Prinzen oder den Vor-



urteilen, die bisher herrschten. Neu-England bot eine einzigartige Möglichkeit, das Land der Verheißung aufzurichten. Kanada war bereits in französischen Händen, Mittel- und Südamerika in den Händen der katholischen Spanier. Dieses Land, das Engländer sich nahmen wurde denn auch so vermessen, wie es der Fußboden einer Loge vorsah. Quadrat reihte sich an Quadrat. *„Der karierte Fußbodenbelag* (92) *„war das Vorbild für eine rechtwinklige Vermessung . . . Bis zum heutigen Tage trifft man auf das Maß einer ‚Kette' bei der Breite der amerikanischen Straßen, die einen Teil der damaligen Vermessung darstellten. Straßen waren entlang aller Sektionsgrenzen anzulegen. Diese Charakteristik ist heute noch in den Vereinigten Staaten erkennbar, wo Straßenbiegungen von 90 Grad und scharfe Kurven entlang der ‚Korrekturlinien' kontinuierliche Ursache für Verkehrsunfälle sind — ein Überbleibsel utopischer Vision aus dem XVIII. Jahrhundert"*, aber auch dem Freimaurer, der sich auf diesen Straßen bewegt, ein stolzes Zeichen, daß er auf dem Boden seines Landes sich bewegt. In einer Zeit, in welcher in Amerika *„eine wachsende Bereitwilligkeit zur Aufnahme von Verschwörungsthemen herrscht"* (93), wird es natürlich Zeit, sich auch wieder des Bodens zu besinnen, den man täglich betritt. Zu viel wird bereits von dem geglaubt, was da geflüstert wird von den Insidern usw.

Im Jahre 1989 erschien ein Buch, dessen enthüllenden Inhalt man am besten bekämpft, indem man es auf die Hörner nimmt. Charles Paul Freund tut es mit den folgenden Worten: *„Der Glaube an Verschwörungen ist eine machtvolle Kraft und sie droht, zu wachsen. Aber, laßt uns sagen, daß alles, was du weißt, nichts als eine vorsätzliche Lüge ist. Du bist nicht mehr als eine Marionette im Komplott irgendeines anderen. Kannst du ihm entweichen? Nein, es gibt keinen Ausweg. Die Presse, die Regierung, sogar die Banken gehören dazu. Du kannst nicht einmal der Kontrolle des Systems entweichen, wenn du aus dem Haus läufst und auf der Straße lebst. Wenigstens nicht in Washington. Die Planquadrate der Hauptstadt der Nation, so schreiben Michael Baigent und Richard Leigh in ihrem 1989*

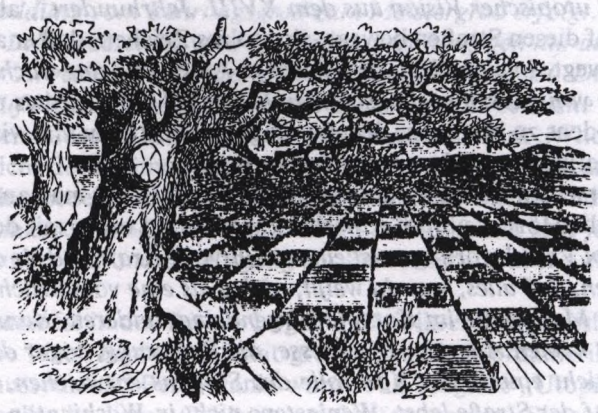
erschienenen Buch ‚The Temple and the Lodge', wurden gezogen, um mystische maurerische Grundsätze wiederzuspiegeln. Die Planung der Stadt von L'Enfant wurde, so sagen es diese Autoren, geändert von (den Freimaurern) *Washington und Jefferson, so daß achteckige Stücke entstanden, die zu jenem Kreuz führten, das als Sinnbild von den maurerischen Templern verwandt wurde. Dieses Kreuz ist nicht leicht auf Karten zu erkennen, aber wenn sie recht haben, bist du nicht nur ein Gefoppter tatsachenverdrehender Hauspostillon, einer Marionettenregierung und eines betrügerischen Banksystems, sondern du bist der Gefangene einer betrügerischen Geometrie, die zu verstehen du nicht hoffen kannst."*

Und vergessen wir nicht, was die berühmt gewordene Alice „through the looking glass" schon vor mehr als hundert Jahren sah: *„Einige Minuten lang stand Alice sprachlos da, blickte in allen Richtungen über das Land . . . Es ist geradeso wie ein riesiges Schachbrett angelegt. Es ist ein riesengroßes Schachspiel, das gespielt wir."* (94).

Wir hatten bereits früher darauf hingewiesen, daß die Loge sich in Argentinien eines anderen Systems bedient, um dem reisenden Bruder dauernd vor Augen zu halten, daß er sich auf dem Arbeitsgebiet der Loge bewegt. (Man rundete die Km-Zahlen der Entfernungen auf den Wegweisern auf die Freimaurerzahl Elf und deren Vielfaches möglichst ab). Inzwischen haben wir ähnliche, allerdings nicht so häufige Zahlenspiele an den chilenischen Überlandstraßen feststellen können. In Südamerika verzögerte sich die Anwendungsmöglichkeit freimaurerischer Zeichen aus geschichtlichen Gründen, denn die dortigen Kolonien waren keine ursprünglichen utopischen Gründungen wie in Nordamerika. Erst nach dem Wirken eines Herzogs von Choiseul-Ambroise (Frankreich), Aranda (Spanien) und Pombal (Portugal) und dann der „Befreier", den Brüdern der Londoner Loge Lautaro, O'Higgins, San Martin, Marti, Bolivar usw., kann man von Freimaurerstaaten sprechen.

Wenn *„freimaurerische Ideen den Staatsgründungen in der Neuen Welt Pate standen"*, so kann man heute von der Alten Welt sagen: Freimaurerisches Wirken liegt der Umwandlung der Alten Welt zugrunde. Die (blutige) Beseitigung der Monarchien, die Säkularisierung, die Schaffung neuer Staatsgebilde liegen bereits hinter uns. Zeitzeugen aber sind wir von mindestens ebenso einschneidenden Neuerungen: dem Versuch, die Nationen zu beseitigen. Wie es gemacht wird, wollen wir hier wiedergeben.

THROUGH THE LOOKING-GLASS

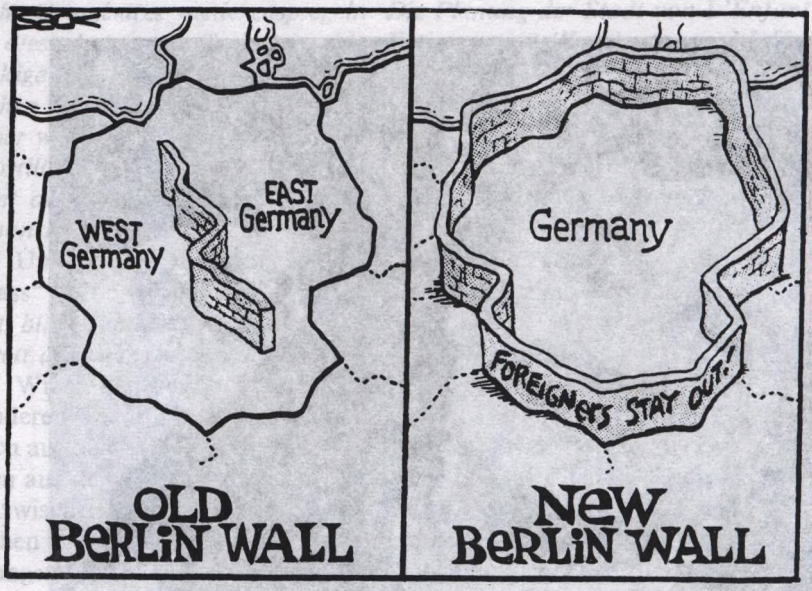


Dieses esoterisch zu verstehende Bild stellt di Lorenzo allen Brüdern als Freimaurer vor. Wer das nicht erkennt, schaue sich zunächst Text und Bilder in VII S. 69 bis 75 an.

„ ‚Wir saßen in einem Kellerlokal in München und konnten es nicht fassen, daß eine ganze Nation nur mit totaler Lähmung auf die Ereignisse in Rostock reagierte', erinnert sich heute (95) *der Journalist Giovanni di Lorenzo an die Geburtsstunde einer Idee, aus der die größte Kundgebung der Nachkriegszeit werden sollte. Zu viert waren sie, der Journalist, der Fernsehproduzent, der Gastwirt und die Unternehmerin. Fünf atemlose Wochen später sollten es 400.000 sein, die München in ein Lichtermeer aus Kerzen verwandelten."*

„Drei Tage später versammelten sich in einem Münchner In-Lokal 100 Menschen. Jeder der vier hatte Freunde und Kollegen mitgenommen."

Hier unterbrechen wir den Zeitungsbericht, um von unserer eigenen Erfahrung zu sprechen. Am Dienstag, den 28. Juli 1970, einem schönen Sonnentag, gingen auf einmal zwei bekannte Freimaurer morgens von Geschäft zu Geschäft in unserer Stadt und luden ein, sich um 10 Uhr auf dem Platz vor dem Rathaus, dem Centro Civico zu versammeln, um den von der Provinzregierung eingesetzten neuen ortsfremden Bürgermeister davonzujagen. Es war ein völlig unbekannter Mann, der mit Bariloche nichts zu tun hatte. Sonst war über den harmlosen Herrn nichts Böses zu sagen, aber das mußte genügen, um einmal eine kleine Proberevolution zu starten und zu zeigen, wer in Bariloche regiert. Die Polizei sei verständigt, meinten die beiden, die als ehrbare Hoteliers im Ort gut bekannt waren. Der Vorschlag wurde überall mit mehr oder weniger Enthusiasmus aufgegriffen, das Ganze als eine große Gaudi aufgefaßt. Einer meiner Mitarbeiter machte sich sofort auf den Weg, um die wichtigeren Teilnehmer zu fotografieren. Die braven Bürger standen vor dem



El viejo Muro dividía a Alemania en dos; el nuevo la aísla del resto del mundo y la política monetaria alemana amenaza a la economía internacional, según Sack, en el "Star-Tribune".

Die Übersetzung des englischen Begleittextes lautet: „Die alte Mauer teilte Deutschland in zwei. Die neue isoliert es von der übrigen Welt und die deutsche Währungspolitik bedroht die internationale Wirtschaft, wie Sack in der Star-Tribune sagt."
„Ausländer draußenbleiben!" steht auf der neuen Mauer. Man sieht, welche Früchte die verlogene Politik eines Weizsäckers für Deutschland (erwünscht?) trägt.

Rathaus und riefen: „Raus mit dem Intendenten" und ein bekannter Freimaurer, Apotheker, provozierte bewußt die Polizei, indem er ins Rathaus eindrang und den zitternden Bürgermeister anbrüllte. Er wurde auf einige Stunden festgenommen, das einzige Opfer des gesamten Vorgangs. Beachtenswert war, wie verhältnismäßig leicht die Menschen sich zur Beteiligung an dem Vorgang mitreißen ließen. Die Geschäfte schlossen im Stadtzentrum eines nach dem anderen. Es war eben von Anfang an eine Athmosphäre geschaffen worden, in welcher keine Gefahr für die Teilnehmer lauerte. Daß dann der neue Bürgermeister, ein Barilochenser, zur Loge gehörte, war klar. Er hat übrigens seine Aufgabe dann gar nicht so schlecht gemacht. Von diesem „Barilochazo" sei studienhalber berichtet, denn er belegt, daß die Freimaurerei derartige Vorgänge in ihrem Repertoire bereitzuhaben pflegt. Und es hilft, die Frage klären, wie so etwas zu organisieren ist und welche Bedingungen erfüllt werden müssen.

Wir setzen den Bericht der österreichischen Zeitung fort. Er bringt alles Notwendige, nur nicht, daß es sich um ein von der Freimaurerei gesteuertes, im eigentlichen negatives Vorhaben handelt. Das Kellerlokal in München wurde, um mit Dr. Steinhauser zu sprechen, „zur Arbeitsstätte der Freimaurer".

„Von diesen (wir setzen also den Bericht fort) *sollte jeder wieder zehn Bekannte aktivieren."* Dieses „sollte" bezog sich zunächst direkt auf die Freimaurer unter ihnen, denn ein jeder hatte natürlich zunächst seine gleichgesinnten Logenbrüder mitgebracht. *„Die Kettenreation erfaßte bald nicht nur München, sondern ganz Bayern. Menschen warfen ihre Bürokopierer an, druckten Flugblätter und verteilten sie auf eigene Faust."* Alles geschah unter dem sichtbaren Wohlwollen der Behörden und der Polizei. *„Fax-Geräte wurden zu Parolenträgern. ‚Auf einmal gingen bei den Leuten die Türen auf. Alles geriet in Bewegung', erzählt Lorenzo von den ersten Tagen der größten friedlichen Bewegung Deutschlands. Diese Bewegung mußte organisiert werden. Ein Büro wurde eingerichtet. 15 Menschen sollten hier bis zum letzten Tag vor der Demonstration Tag und Nacht an den Telefonen wachen: Hundert Großmütter riefen an. Sie wußten nicht, was eine Demo war, aber sie wollten unbedingt mitmachen. Aus vier Menschen waren mittlerweile vier Abteilungen geworden: Organisation, Logistik, Presse und Rechtsfragen."* Jetzt zahlte es sich aus, daß die Presse an allen Führungsstellen besetzt war mit Freimaurern. Nirgends fiel das Wort, alles ging ohne große Prahlerei und großen Lärm vor sich, so wie man in den Logen erzogen worden war. *„2.500 Streckenwarte mußten organisiert, die Polizei (!) mußte genauestens informiert werden, in gemeinsamen Sitzungen mit dem Präsidium wurden Straßensperren und Verkehrsumleitungen organisiert"* Wer schon kriegt so etwas reibungslos fertig, außer der Freimaurerei. *„Verkehr, das war das einzige Problem der Polizei an diesem Abend, an dem Gewalt gewaltlos besiegt wurde. ‚Eine Handvoll Autonome wollten Randale machen. Wir haben unsere Kette still zurückgenommen, dann standen sie isoliert auf der Straße.' Die Medien schalteten sich erst in der Schlußphase der Vorbereitungen ein* (= wurden erst in der Schlußphase eingesetzt). *Dann aber donnerten Breitseiten durch alle Zeitungen, Radios und TV-Stationen, und so erlebte die Idee der vier eine große Schlußrunde als Medienspektakel, bis sich über 400.000 Menschen und ihren Lichtern am 6. Dezember in München feierliche Stille ausbreitete. ‚Überall standen die Leute auf den Gehsteigen, die niemanden mehr fassen konnten, und haben geweint'."* Fotos begleiten diesen Text. *„Auch Prominente waren dabei: Gottschalk, Wecker."* Ja, welcher Prominente hätte es wohl wagen können, nicht dabei zu sein!

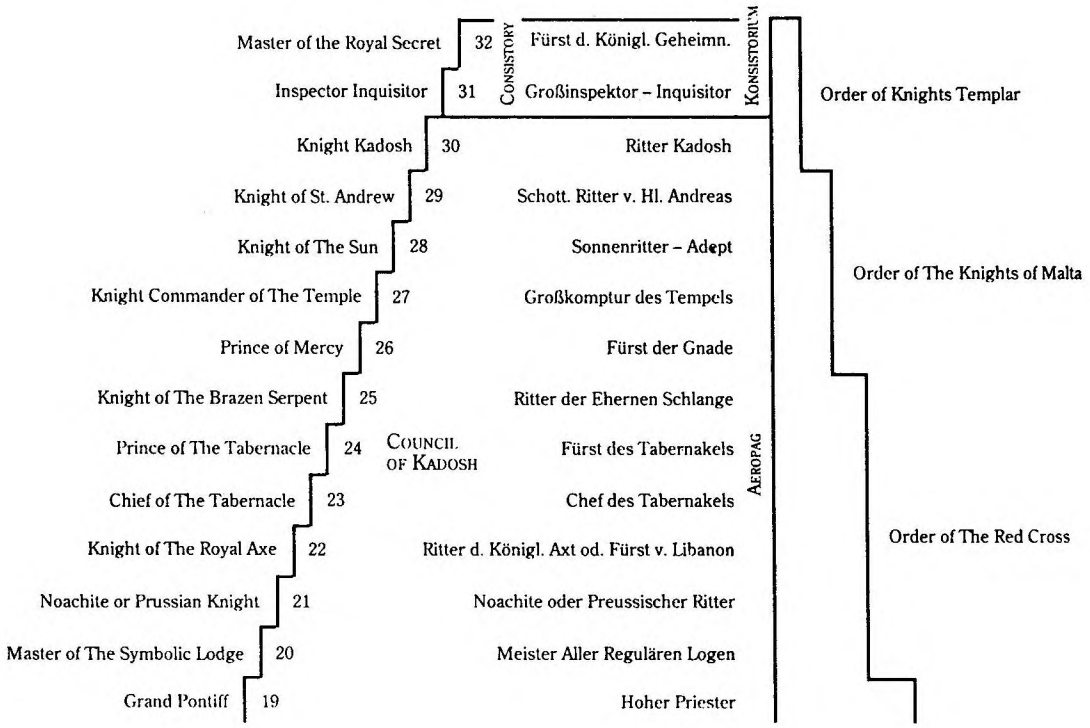
Und was war geschehen? 400.000 Menschen hatten bestätigt, was man schon vorher wußte: Wir Deutsche sind nicht ausländerfeindlich. Man hatte mit der Demo offene Türen eingerannt. Doch, was diese braven Bürger nicht merkten, war etwas viel ernsteres: Da wurde das Wort „Ausländer" mit zweierlei Inhalt gebraucht, und das Wort „Feindlichkeit" ebenfalls. Die professionellen Intriganten spielten ihr großes Spiel. Die einen meinten jene Ausländer, die mit Gewalt und Terror und Drogen und Kriminalität die Spalten unserer Presse füllten. Die einen verstanden unter „Feindlichkeit" den Widerstand gegen die mannigfaltigen Gefahren, die mit der von oben von der machthungrigen Maurerklique erhofften Ausländerintegration uns allen drohte, die anderen meinten damit Rassismus, Antisemitismus und Chauvinismus, wie er sich in diesen Fiebertagen hier und dort gezeigt hatte. Die Antreiber zu dieser Demonstration verfälschten so die Meinung des Großteils unseres Volkes. Und, ohne daß das Volk sich dagegen wehren konnte, ohne daß es sofort die Falschheit spürte, die hinter dem Ganzen stand, gingen die Sprachführer sofort einen verlogenen Schritt weiter und erklärten nunmehr: Wir Deutsche sind Freunde aller Ausländer in unserer Heimat. Wir wollen, daß alle diese, die bei uns leben, auch bei uns bleiben. Wir wollen keinen Unterschied machen zwischen diesen Ausländern und uns. Wir

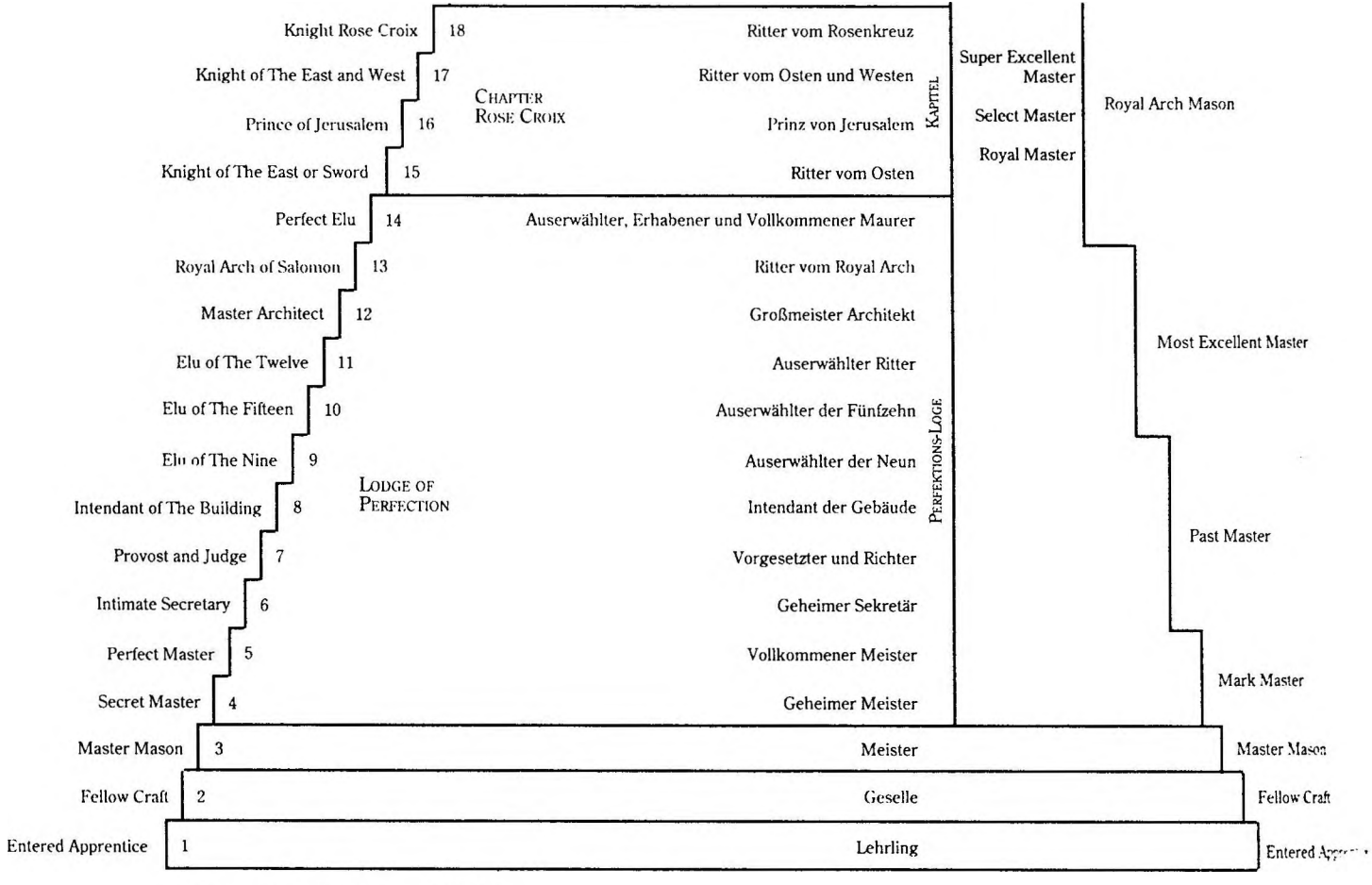
STRUKTUR DER FREIMAURERREI
(Blaue Logen und Hochgrade)

33

Supreme Council — Oberer Rat

SHRINER
IN
USA, CANADA, MEXICO





SCHOTTISCHER RITUS IN DEN USA
(Südliche Jurisdiktion)

SCHOTTISCHER RITUS IN ÖSTERREICH

YORK-RITUS

sind alle „Menschen". Unsere Grenzen sind weit offen für alle Ausländer, egal welcher Kultur, welcher Hautfarbe, welchen Charakters. Wir sind für Multikultur, für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. So wurde mit diesem (und anderen ihm folgenden Aufmärschen in anderen Städten Deutschlands) das Schicksal Deutschlands besiegelt, der siegreiche Schlußstrich gezogen unter zehn Jahre antideutscher Ausländerpolitik, die von jenen Freimaurern, Baum und Hirsch in die Hand genommen worden war, die man zu diesem Zwecke ohne Rücksicht auf die Mauer in den Westen schickte, und die dann dort gleich mit den Zeichen ihres Bundes wirkten, in die höchsten Stellen geschoben wurden, um Deutschland zu beseitigen. Was bedeutet da noch der große Lärm um Mauertote und Stasiakten? Und gefundene Massengräber? Mit Kerzen in der Hand ging das ganze Volk weinend in die Falle.

Ist wirklich alles, was geschieht, so selbstverständlich? Ist es nicht vielmehr organisiert, erdacht, erzwungen? Warum gibt es keine einzige Demonstration für die vielen Opfer der Türken und der Zigeuner und der Tamilen und der vielen anderen Ausländer bei uns? Wer will etwas dagegen sagen, daß diese Demonstration in München doch zugleich eine solche mit der vielstimmigen Behauptung war: Wir schauen still zu, wenn Deutsche ermordet werden. Wir gehen nicht auf die Straße, weil unsere Kinder geraubt wreden. Wir lassen es ohne Aufstand zu, daß man unsere Kinder absticht, mit Rauschgift verseucht, ihre Schulhöfe mit Ausländercontainern vollpfropft. Wir lassen uns alles gefallen! Wir werden uns nicht verteidigen, egal ob man uns beschimpft oder belügt, einkerkert oder ersticht. Jetzt wißt ihr da draußen, was wir für ein Volk sind. Ganz im Gegensatz zu euch, die ihr meint, man müsse sich verteidigen und man müsse seine Grenzen vor dem Schmutz sperren. Solche veralteten Ideen kommen bei uns Deutschen nicht mehr an. Wir schenken der ganzen Welt Milliarden, erarbeitetes Geld und wir sehen zu, wie man die Gräber unserer Toten dem Erdboden gleichmacht, von Wehrl bis Werschetz. Das alles berührt uns nicht mehr, das alles hängt mit Vorurteilen zusammen, die bei uns längst ausgedient haben.

Um ein solches verschrobenes Weltbild aufzubauen, müssen die Medien aktiv mithelfen. So wenigstens meinen Journalisten, die vom Adolf-Grimme-Institut nach Marl Ende Januar 1993 eingeladen worden waren. Nach der *„verunglückten Berliner Großdemonstration gegen Fremdenhaß"* (siehe unsere Wiedergabe des Fotos von Weizsäcker in der UN) ist *„ein gefährliches Maß an professioneller Hilflosigkeit der Journalisten gegenüber Ausbrüchen rechtsradikaler Gewalt* (Heribert Seifert, NZZ) *deutlich. Es sollen ‚Grundprinzipien unabhängiger und freier Berichterstattung in Zweifel gezogen oder gar aufgegeben werden'."* (Seifert). Der rechtsradikale Terror soll in den Medien einer Sonderbehandlung unterworfen werden. Thementage, ja sogar Themenwochen sollten ins Fernsehen eingebaut werden, um dem Zuschauer das ‚Ausweichen' zu erschweren. Zwangsfernsehen, Verpflichtung auf das ‚richtige' Programm, auf daß das Volk endlich erzogen werde, standen zur Debatte. Der Leiter des Grimme-Instituts, Lutz Hachmeister, *„nimmt die unglückliche Live-Übertragung der Berliner Demonstration zum Anlaß, bei so riskanten Ereignissen in Zukunft keine Live-Sendungen mehr zu bringen, sondern nur noch sorgsam geschnittene Stücke Stunden danach!"* Nach dem Verbot von Volksabstimmungen jetzt Verhinderung wahrheitsgetreuer Berichterstattung!

Mit welcher Verzweiflung man sich darum bemüht, dem deutschen Volk ein unwahres Geschichtsbild einzuimpfen, erleben wir Auslanddeutsche auch natürlich in der „Deutschen Welle" (hier 1/1993). Was man vom h e u t i g e n Olympischen Geist erwarten darf, haben wir in diesem Buch bereits dargestellt. Mit dem, was wir 1936 in Berlin selbst erlebten, hat das wenig mehr zu tun. Und da lesen wir in der „Deutschen Welle" *„von den gigantischen und arroganten Anstrengungen für die Olympischen Spiele 1936"*. Wenn irgendein Wort nicht zutraf, dann war es das Wort „arrogant", weder für die Veranstalter

noch für die Sportler. Es war alles derart weltoffen, daß den damaligen Hetzern im Ausland nichts anderes übrig blieb, als von deutscher „Verstellung" zu sprechen. Dieses Hetzen um jeden Preis hat bis heute kein Ende gefunden.

„Mit Kerzen gegen einen Popanz" bezeichnet Hans-Joachim Heise am 8. Februar 1993 in der FAZ die *„zum Spektakel werdenden Veranstaltungen gegen Ausländerhaß . . . Redner schüren Angst vor neuem Rechtsradikalismus und verweisen warnend auf Weimar. Sie halten ihre Reden gegen einen Popanz, der vorher aufgebaut worden ist, und enden mit dem Bekenntnis ‚Ich schäme mich'. Etwas tiefer stehen die Kerzen tragenden Teilnehmer, die einen mit Asche auf dem Haupt, die anderen schwatzend, Wurst kauend und auf den nächsten Hit wartend. Zum Schluß sind alle überzeugt, mit der Teilnahme an dem Spektakel ihrer Pflicht Genüge getan zu haben. Dabei sollte man sich der Jugendlichen annehmen und ihnen abhandengekommene Werte vermitteln, die in einer immer komplizierter werdenden Welt für das Zusammenleben unabdingbar sind. Unverständlich ist die Teilnahme von Spitzenpolitikern* (an solchen Veranstaltungen), *die für den gesellschaftspolitischen Fortschritt in der Bundesrepublik verantwortlich sind."*

Worauf das Ganze hinausgeht, eröffnet der Justizminister von Brandenburg, Hans Otto Bräutigam (in NZZ 9.2.1993): *„In Zusammenhang mit der Formulierung einer Einwanderungspolitik müßte nach Ansicht des Ministers auch das Recht der deutschen Staatsbürgerschaft geändert werden. In den meisten westlichen Staaten (?!) gilt das sogenannte jus solis, was bedeutet, daß Staatsbürger ist, wer im Lande geboren wurde. Deutscher ist dagegen, nach dem jus sanguinis, wer von deutschen Eltern stammt. Das hat insbesondere zur Folge, daß in Deutschland lebende Türken noch in der dritten Generation als Ausländer betrachtet werden."* Wir erfuhren bereits, daß man auf kaltem Wege das jus solis für Deutsche im Osten einführen will. Nachdem man die Aulandsdeutschen ihrem Schicksal im Kriege und danach ohne jegliche Entschädigung überließ, will man ihnen jetzt das Heiligste stehlen, ihre Kinder. Nur gefühlsrohe Freimaurer können so etwas aushecken. Das ist Genocid, Völkermord!

Die Krise der Philosophen

Hilflosigkeit nennt man den Zustand der Regierungen heute. Doch, man muß genauer definieren. Es ist der Zustand, der dann entsteht, wenn man die bisherige Fehlentwicklung nicht mehr vor sich selbst verheimlichen kann und trotzdem sich gezwungen sieht, im gleichen Sinne weiterzumachen. Mit der vorhersehbaren Folge, daß die Dinge noch schlimmer, noch chaotischer, noch blutiger, noch negativer, noch ausweglos er werden. Daß man die Kluft zwischen verpflichteten Internationalisten und den Volksgenossen weiter vertieft, daß man die bisherige Unehrlichkeit noch weiter vertiefen muß, daß man schlimmer noch als schon bisher die Ursachen für das Chaos verheimlichen und verstellen muß, daß man Unschuldige anklagen wird, üble Vorgänge verharmlosen wird und als Rettung vor dem weiteren Absinken gerade d e n Weg anpreist, der in den Abgrund geführt hat. Diese Entwicklung, diese Unbelehrbarkeit der Politiker ist bereits weitaus mehr als der einfachen Mehrheit der Wähler bewußt. Man lebt darum in weiten Kreisen ohne Hoffnung auf Besserung. Eine solche könnte nur geweckt werden, wenn eine radikale, hundertprozentige Ablösung der Utopisten aller Couleur Aussicht auf Durchführung hat. Doch ist allen denen, die das w a h r e Wesen der heutigen Herrschaft kennen, nämlich die unbeugsame Diktatur von Wahnsinnigen, die das Blut von Millionen Menschen in den Kriegen und

OSTDEUTSCHLAND DEN POLEN?
Das Völkerrecht sagt NEIN!

Zum Jahrestag der schändlichen Anerkennung des polnischen Landraubs durch das Bonner Parlament und die Regierung Kohl.

Nach Kapitel IX der Beschlüsse der Konferenz von Potsdam vom 2. 8. 1945 sind die deutschen Gebiete **östlich** von Oder und Neiße (mit Ausnahme des nördlichen Ostpreußens)

an Polen nur zur Verwaltung

bis zum Abschluß eines Friedensvertrages übergeben worden (auf den eigenmächtigen polnischen Raub der **westlich** der Oder gelegenen deutschen Stadt Stettin im Jahr 1946 sei besonders hingewiesen).
Diesem Beschluß entspricht, daß Abschnitt II der Proklamation des Alliierten Kontrollrats vom 20. 9. 1945 unter Deutschland das deutsche Staatsgebiet in den Grenzen vom 31. 12. 1937 versteht. Die häufig angeführte „Bezahlung der Rechnung für den Krieg gegen Polen" durch Verzicht auf den ganz überwiegenden Teil der ostdeutschen Gebiete wäre die Zustimmung zu ihrer Annexion durch Polen in den auf die Okkupation folgenden Jahren nach 1945. Aber:

Diese Annexion verstößt gegen das Annexionsverbot!

Schon die Satzung des Völkerbundes umschreibt in Artikel 22 durch die Einführung des Mandatssystems für die ehemaligen deutschen Kolonien ein gewisses Annexionsverbot.
Die von den Vereinigten Staaten und Großbritannien im August 1941 beschlossene

Atlantik-Charta enthält ein ausdrückliches Annexionsverbot!

Nach der am 26. 6. 1945 unterzeichneten und am 24. 10. 1945 in Kraft getretenen Charta der Vereinten Nationen

widerspricht die Annexion

eines Staates oder des Teiles eines Staates

den Grundsätzen des modernen Völkerrechts!

Der Weltsicherheitsrat faßte am 22. 11. 1967 den allgemein gültigen Beschluß, daß niemand durch Krieg Gebiete erwerben kann und

der Eroberer die besetzten Gebiete räumen muß.

(Resolution Nr. 242)

Die Annexion der ostdeutschen Gebiete durch Polen ist nicht nur rechtswidrig, sondern auch verbrecherisch!

Sie steht in engstem Zusammenhang mit der Vertreibung von etwa 9 Millionen Ostdeutschen, da sie ohne diese Vertreibung nicht hätte durchgeführt werden können. Die Konvention der Vereinten Nationen vom 27. 11. 68 erklärt die

Vertreibung einer Bevölkerung

zu den

nicht verjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Die Annexion verstößt auch gegen das Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen

da sie gehindert worden sind, es auszuüben. Die Charta der Vereinten Nationen erkennt das Selbstbestimmungsrecht als wichtigen Grundsatz ausdrücklich an. Nach Artikel 1 Nr. 2 und Artikel 55 ist die Achtung vor dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen Völkern.

Die Annexion verletzt auch das Heimatrecht der Vertriebenen

nach Artikel 9 und Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. 12. 1948 verkündet – und nach Artikel 49 der in der Bundesrepublik am 3. 3. 1955 in Kraft getretenen IV Genfer Konvention vom 12. 8. 1949.

Das Vermögen der Vertriebenen darf nicht eingezogen werden

(Artikel 46 der Haagener Landkriegsordnung vom 18. 10. 1907). Es kann auch keine Rede davon sein, daß Deutschland „die Rechnung für den Krieg gegen Polen" auch mit der Heimat, mit dem einstigen Gut vieler Deutscher, bezahlen muß.

Annexionsverbot, Selbstbestimmungs- und Heimatrecht sind zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts!

Nach Artikel 53 der am 27. 1. 1980 in Kraft getretenen Konvention der Vereinten Nationen vom 23. 5. 1969 (Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge)

IST DER VERTRAG MIT POLEN

welcher der Annexion der ostdeutschen Gebiete zustimmt,

NICHTIG!

Diese Konvention ist von der Bundesrepublik Deutschland am 29. 4. 1970 unterzeichnet, durch Gesetz des Bundestages am 3. 8. 1980 beschlossen worden und für die Bundesrepublik Deutschland am 20. 8. 1987 in Kraft getreten.

Was hat das Bonner Parlament und die Bonner Regierung zum Landesverrat getrieben?

Verantwortlich: Helmut Fuchs, Freundeskreis "FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND" - Geschäftsstelle: Postfach 400336, 4630 Bochum 4 – – Eigendruck

Dieses Flugblatt kann zu folgenden Unkostenbeiträgen (einschl. Porto und Verpackungen) abgerufen werden: 18 Stck. 3.– DM / 45 Stck. 5.– DM / 100 Stck. 8.– DM – Nachdruck – Vervielfältigungen – Kopieren erwünscht!

Flugblatt Nr. 83

Morden der letzten zwei Jahrhunderte auf ihrem Gewissen haben, völlig klar, daß der Schritt zurück zu einer anständigen, ehrlichen Weltordnung mit der rücksichtslosen Verteidigung der Schuldigen wiederum genau so viel Blut kosten wird wie der Weg in die grausame materialistische Gegenwart. Die Beseitigung der Freimaurerherrschaft wird genauso viele Menschenleben und den Rest der von ihr zur Hälfte bereits zerstörten Umwelt kosten, wie man seit 1789 berechnen kann.

Doch die Maurer werden nicht umsonst **Intriganten** genannt. *„Während sich der demokratische Rechtsstaat und die soziale Marktwirtschaft am Anfang der neunziger Jahre fast uneingeschränkter Zustimmung sicher sein können, hegt eine wachsende Zahl von Bürgern Skepsis oder gar Abneigung gegenüber den Parteien und ihrer Politik."* Dieses meint der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers noch im Mai 1992 (96). War diese Abneigung derart oberflächlich, daß man sie mit einem Tränendrüsen aktivierenden, Kerzen bewehrten Rummel gegen „Ausländerfeindlichkeit" einfach überstimmen kann, ohne die doch handfesten Gründe zu beseitigen? Das Erwachen nach den bestellten und von den Logen organisierten Kundgebungen Ende 1992 wird ernste Folgen haben. Noch einmal kann man das ebenso wenig erfolgreich wiederholen wie den Bannstrahl des Papstes gegen Heinrich IV. Man wird erkennen, daß sich nichts geändert hat, daß Kohl die Bürger (wieder einmal) betrogen hat. Der Widerstand gegen eine mannigfaltige Vernichtung der deutschen Identität wird stärker aufleben, als er es bisher war. Die täglichen unangenehmen Tatsachen werden wieder bewußt werden und man wird sich erneut von den Kulissenschiebern zurückziehen.

Selbst die Angehörigen des Establishment sehen sich gezwungen, in recht scharfen Worten die augenblickliche Lage zu beschreiben. Was sagen sie dazu, wenn das fünftgrößte Land der Erde, **Brasilien,** Anfang Oktober 1992 einen korrupten Präsidenten mit Hilfe des Parlaments entfernt und der neue, noch provisorische Präsident, Itamar Franco, seine erste Rede mit der Bemerkung beginnt: *„Vor uns haben wir das Elend, die Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit, die Unlust und die Angst. Eine angebliche ‚moderne Wirtschaft' (Collor) schloß die Analphabeten aus, die Armen und die Kranken?"* Was kann man von einer Regierung erwarten, die solche wahren Worte mißbraucht — denn ein anderer Ausdruck ist fehl am Platze — um dem gleichen Klüngel von Korrupten in einem unveränderten System die Regierung zu überlassen? Der dramatisch aufgebauschte Wechsel in Rio stellt sich damit an die Seite aller der unzähligen anderen Fälle von Schönfärberei rundum, angefangen bei den ablenkenden Worten eines Helmut Kohl.

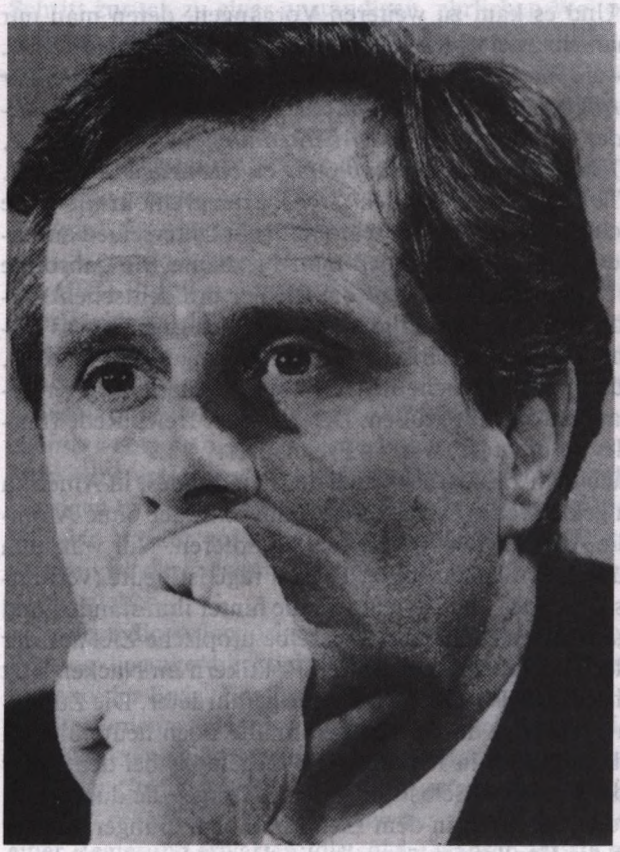
Solange es noch zwei Supermächte gab, konnte man sich weder in Moskau noch in Washington den Luxus erlauben, die Politik hundertprozentig nach philosophischen Richtlinien auszurichten. Man war gezwungen, sachlich zu bleiben und entsprechend zu handeln. Seit dem Verschwinden der Sowjetunion aber kann man getrost utopischen Zielen nachlaufen. So jedenfalls meinte man noch, als man den Golfkrieg als Einleitung zu einer Neuen Weltordnung sah. Jetzt aber hat sich das schon nach wenigen Monaten als selbstmörderisch erwiesen. Ein Rohrkrepierer nach dem anderen ist zu verzeichnen: Golfkrieg, Kambodscha, Jugoslawien, Somalia und die Asylantenpolitik. Gerade in diesem zuletzt genannten Rahmen mußte man die Philosophie ganz schnell über Bord werfen.

Der Schwindel mit dem verlogen ausgelegten Artikel 16, Abs. 2 des Grundgesetzes läßt sich nicht mehr durchhalten. Er war (im Hinblick auf die damals feindselige DDR) wie der gesamte Paragraph nur auf Deutsche gemünzt und niemals auf die Millionen denkbarer Asylbewerber aus der übrigen Welt. Als Verbrecher diesen aus philosophischer Toleranzsucht entstandenen Weg ins Schlaraffenland Deutschland entdeckten, da war der Augenblick vorherzusehen, daß man die Philosophie an den Nagel hängen mußte. Und noch eins: Als diese Erkenntnis dem Volk allzu lange auf sich warten ließ, da war der Testfall

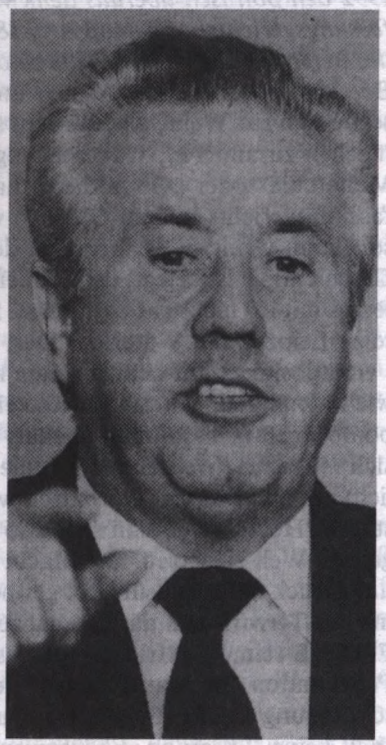
für Widerstand gegen die Regierung gegeben, wie ihn das Grundgesetz (Artikel 20, Abs. 2 und 4) klar und deutlich vorsieht. Und es kam zu weiteren Vorgängen, deren man nur noch Herr werden konnte, indem man ein zweites Mal die hochheilige Philosophie verrät. Denn, wie anders muß es genannt werden, wenn *„das Bonner Kabinett am 9. Dezember 1992 den politisch überaus denkwürdigen (!) Beschluß faßt, ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof gemäß Art. 18 des Grundgesetzes zur Aberkennung der Grundrechte, das heißt vor allem des Rechts zu öffentlicher Meinungsäußerung zu beantragen.* " (NZZ). Bezeichnet wurde diese Absage an Toleranz als Ausdruck „wehrhafter Demokratie". Sie setzte sich zur Wehr, als sie selbst sich gefährdet sah. Es war kaum ein Unterschied auszumachen zu anderen, früheren Regierungssystemen, denen man Prädikate wie „absolute Monarchie" oder „Gewaltherrschaft" anhing. Denn, daß die Richter des deutschen Verfassungsgerichts in dem Glauben vorgehen, sie verteidigten etwas Gutes gegen etwas Böses, kann weniger als juristisch denn als machtpolitische Grundlage angesehen werden. Geschichtlich ist belegt, daß immer dann, wenn Macht die freie Meinungsäußerung verbietet, es mit ihr nicht gut bestellt ist. Savonarola läßt grüßen. Der Zorn der freien Rede führte zu Leipzig und Waterloo. Der, der so dichtete, war — Freimaurer.

Ratlosigkeit auf beiden Seiten nach dem Zusammenbruch des Feindbildes, in Amerika wie in Rußland. Es war sowieso ein gekünsteltes, kein reales, denn mit oder ohne Atombombengefahr hatte man niemals die Absicht, den anderen zu liquidieren. Nur war man sich nie sicher, wen man am Ende überleben lassen sollte. Diese Frage ist heute (vermutlich) geklärt. Das war Gorbatschows Geschoß, und derjenigen, die hinter ihm standen und stehen. Heute kann man sich also ganz offen für ein und dasselbe utopische Ziel auf der ganzen Welt einsetzen. Die Macht der Dunkelmänner, die den Politikern im Nacken sitzt und Druck auf sie ausübt, ist gewachsen. Die Politiker sind heute gefährdeter. Die Zunahme des **Terrorismus** auf der ganzen Welt zeigt das. Eigentlich müßte doch heute überall FRIEDE sein, Weltfriede, doch es bewegt sich in Richtung des Gegenteils bei deutlicher Provokation durch angebliche Friedensfreunde. Selbst die hohen Beträge, die durch Einschränkung der Rüstungen frei wurden, schaffen in dem Elend und dem Hunger auf der Welt keine Besserung. Ebensowenig die Knallereien überall, die dauernd sogar noch zunehmen und von niemandem gebremst werden können. Die Gelder für einen friedlichen Ausbau und Aufbau der Welt werden also offensichtlich falsch angelegt. Es ist wie bei der „Entwicklungshilfe". Sie hat auch kaum irgendwo und nirgends auf Dauer geholfen. Wo etwas aufgebaut wurde, da geschah es sehr deutlich abseits der internationalen Hilfsorganisationen. Und es ist sogar die Ansicht weit verbreitet, man solle von derartigen positiven Ergebnissen nicht allzu viel reden, denn dann würde man sofort darangehen, es wieder einzureißen, wie man es in „Dignidad" versucht hat. Das heißt, es herrscht ziemlich allgemein das Gefühl, als gäbe es **eine herrschende Gruppe, die zerstören will.** Ein Zeichen dafür, daß nicht wenige so denken, ist das Bild der **Börsen** vor und vor allem nach der Maastrichtabstimmung in Frankreich. Es gibt kapitalstarke Gruppen und Personen, die den Weg hin zu Maastricht als einen Weg ins finanzielle Desaster ansehen.

Als Einleitung zu dem folgenden Abschnitt bringen wir jetzt zunächst eine Reihe von Fotos, auf denen sich Personen vorstellen, die führend in der Wirtschaft tätig sind. Sie hielten es für angebracht, dieses mit Freimaurerzinken zu tun.

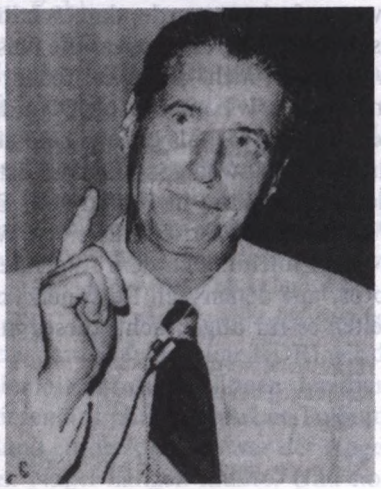


Stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dieter Spörl

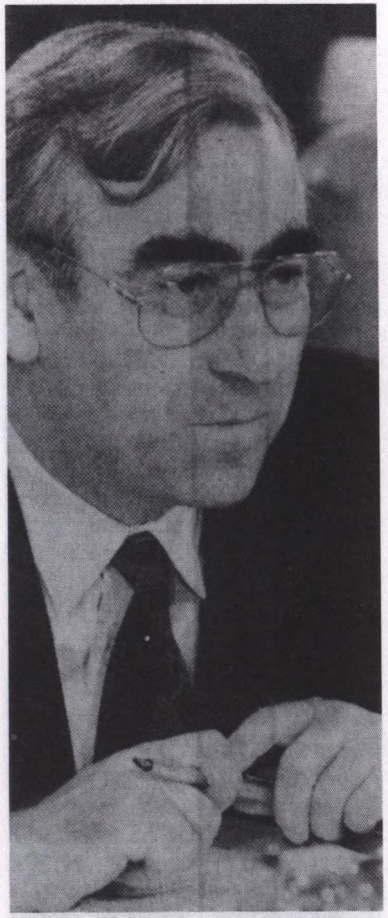


Hermann Rappe

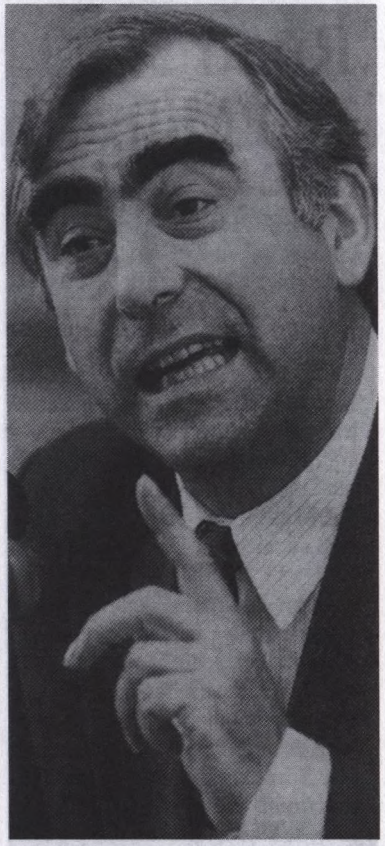
Klaus Liesen, Chef Ruhrgas AG



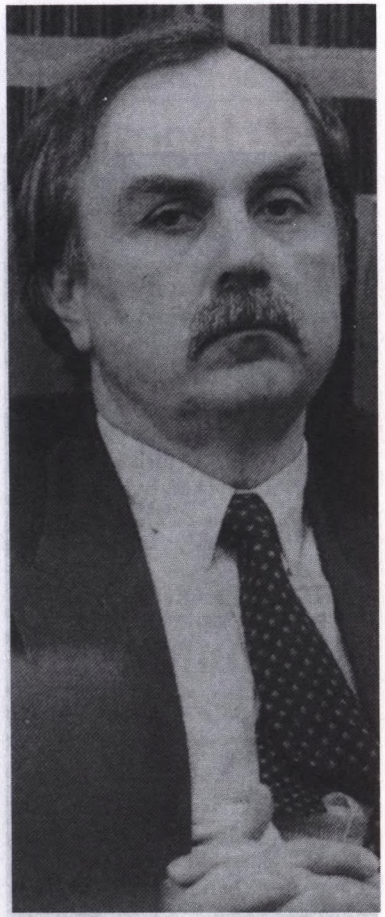
Joseph Granville, Kansas City



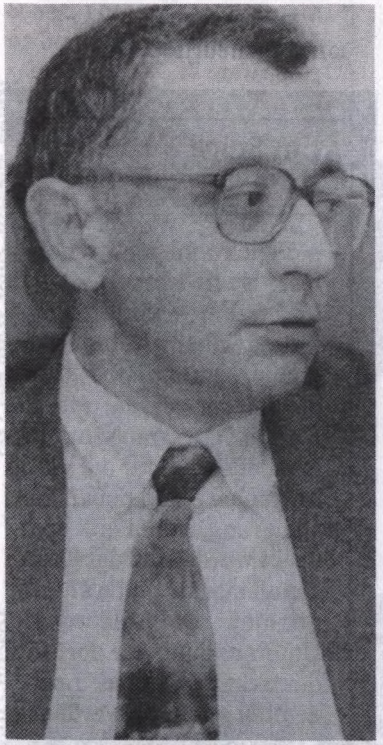
Bundesfinanzminister
Theo Waigel



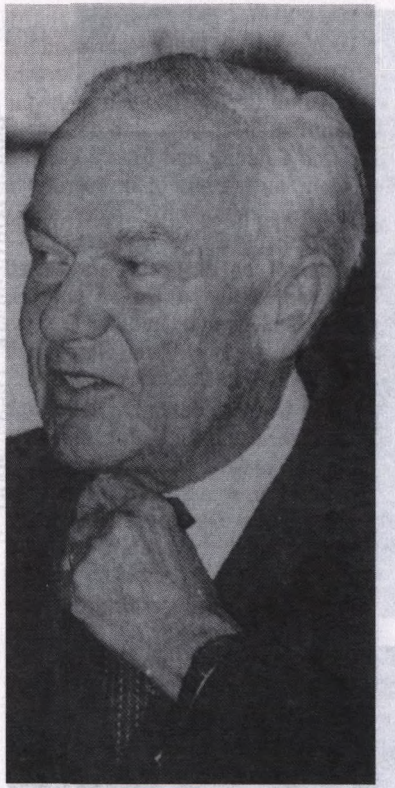
Bundesfinanzminister
Theo Waigel



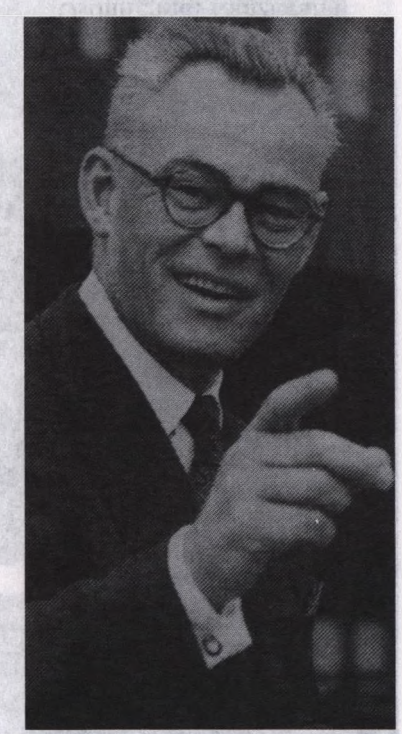
Johannes Ludewig,
Osthilfen im Kanzleramt



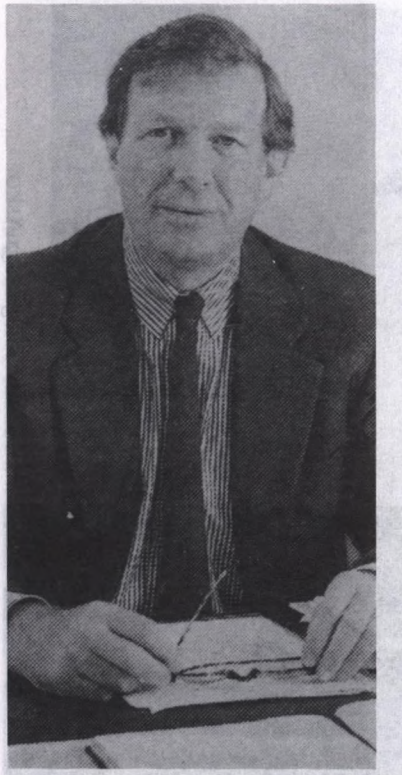
Polnischer Finanzminister
Jerzy Osiatnski



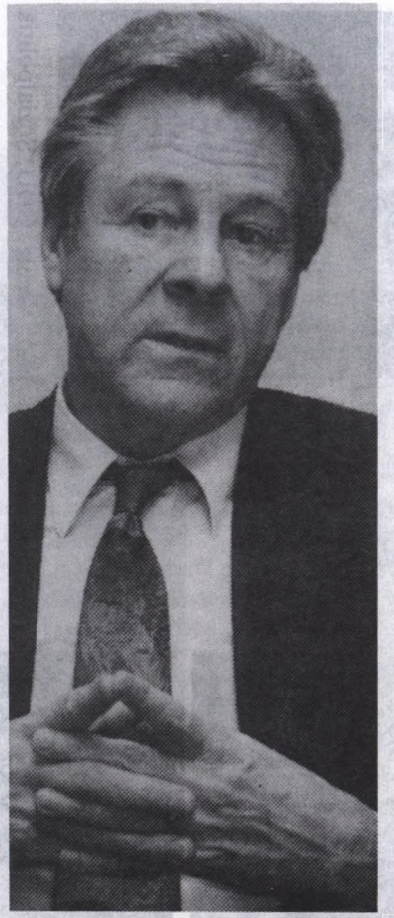
Karlheinz Kaske,
Siemens AG



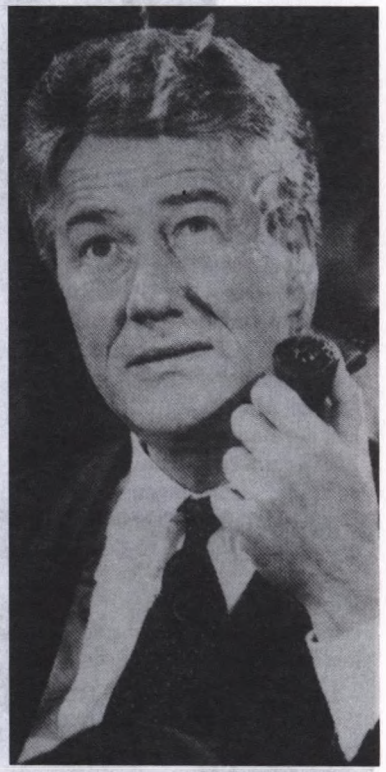
Rolf-Dieter Leister,
Aufsichtsratchef DBP Telekom



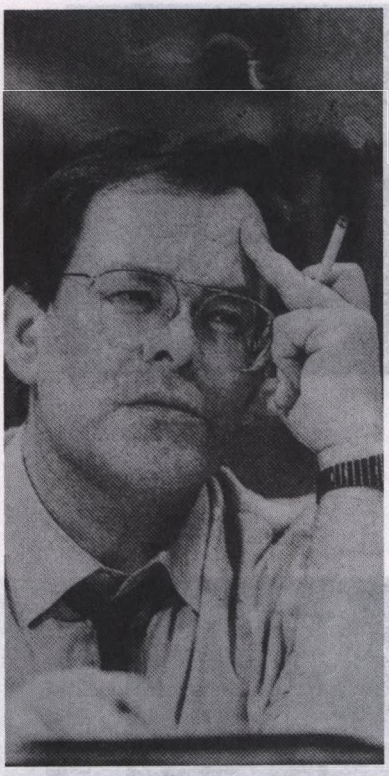
Wirtschaftsminister
Günter Rexroth



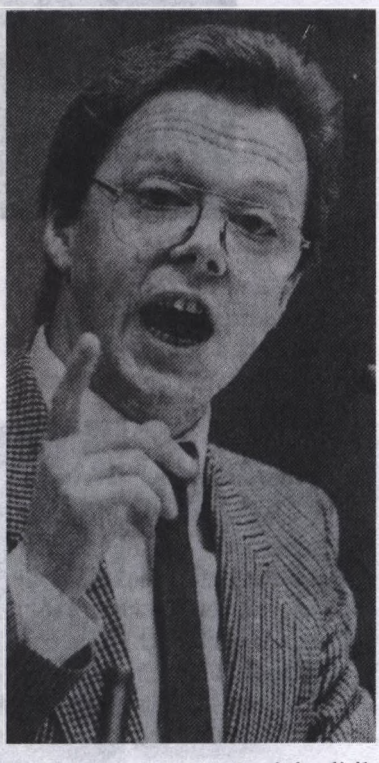
Heinrich Franke
Bundesanstalt für Arbeit



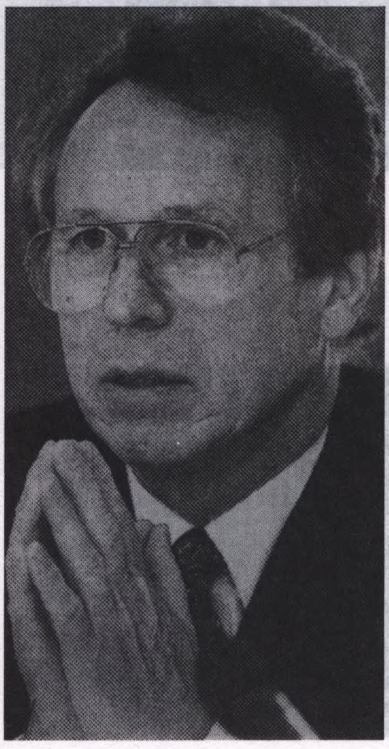
SPD-Parteichef
Björn Engholm



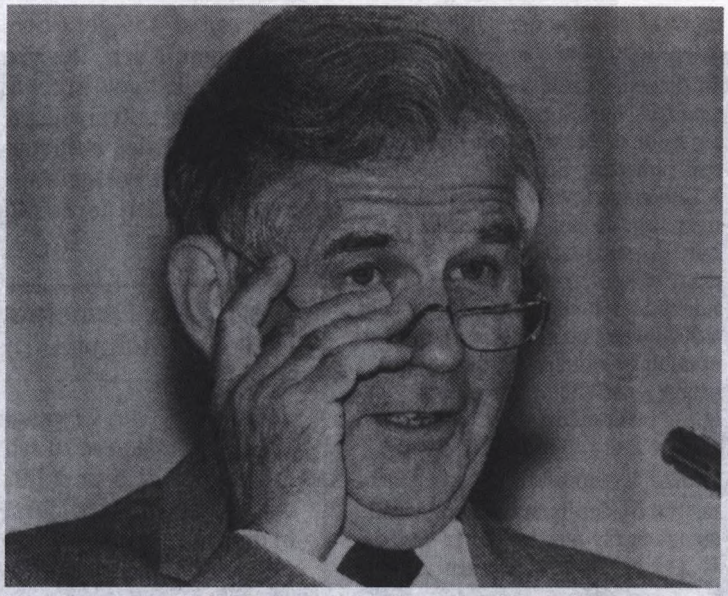
Rudolf Dressler, SPD



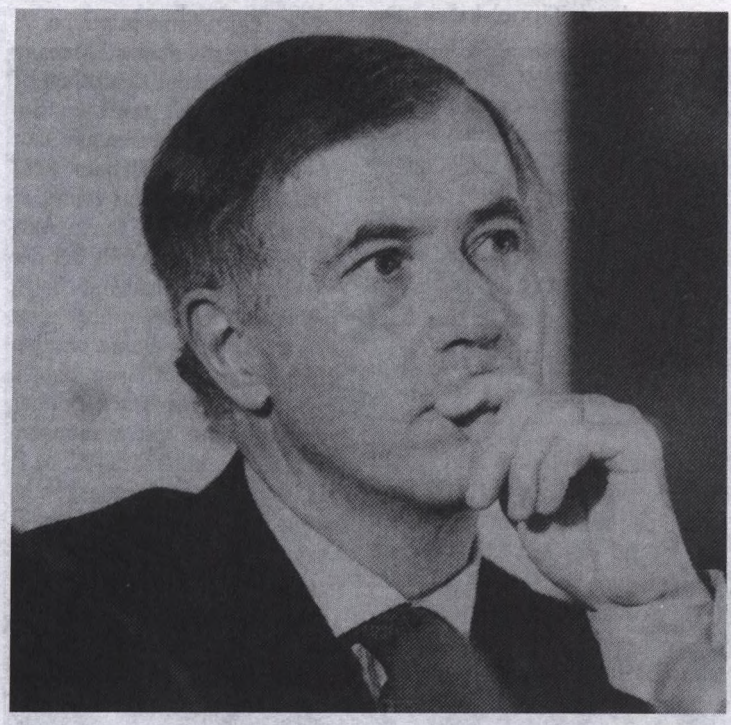
H.J. Arentz, CDU, Sozialpolitik



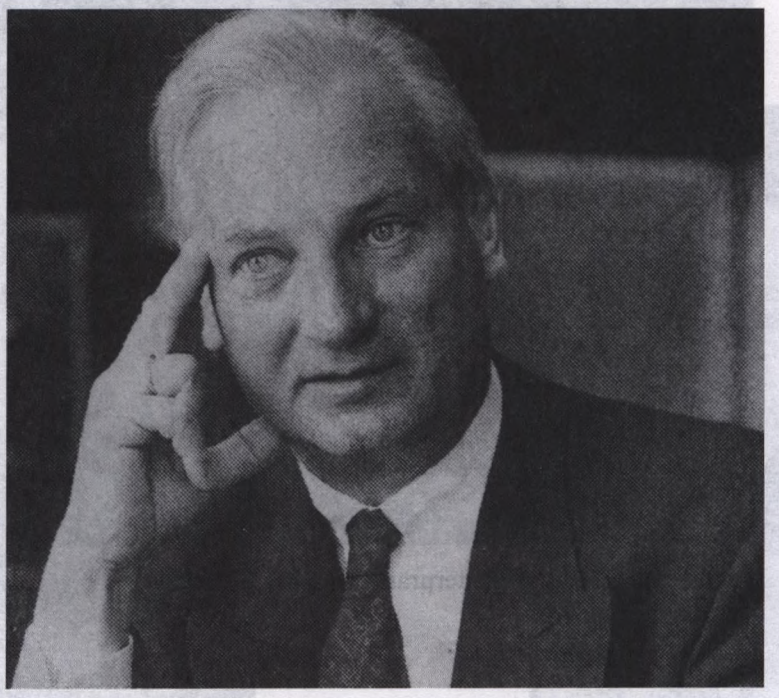
Klaus Wiegandt, Asko



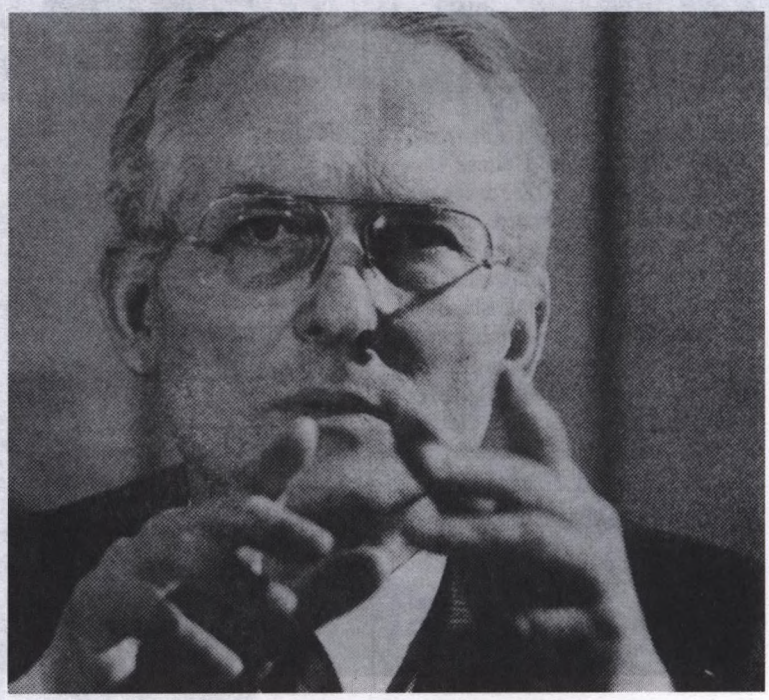
Sächsischer Ministerpräsident Kurt Biedenkopf



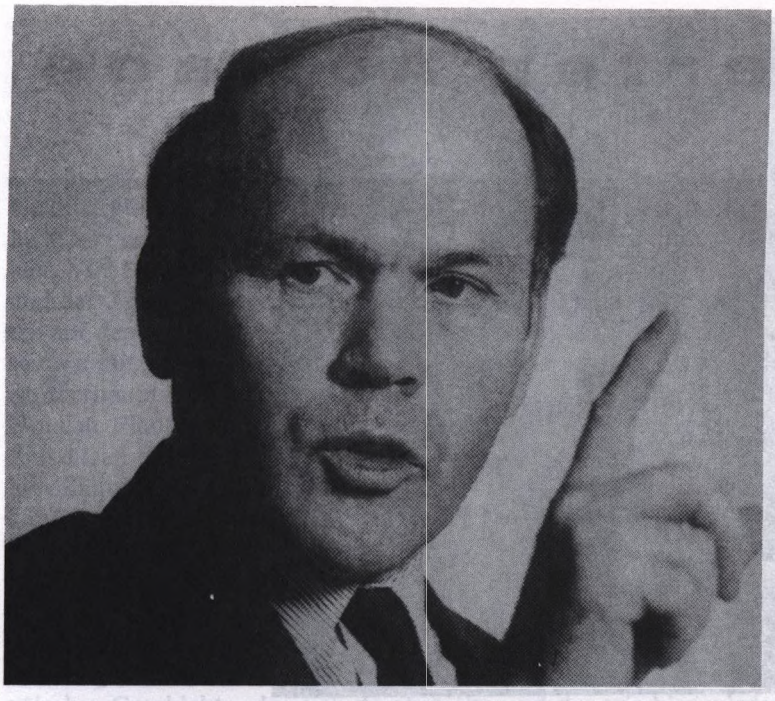
Jürgen Weber, Lufthansa



A. v. Tippelskirch, Deutsche Industriebank

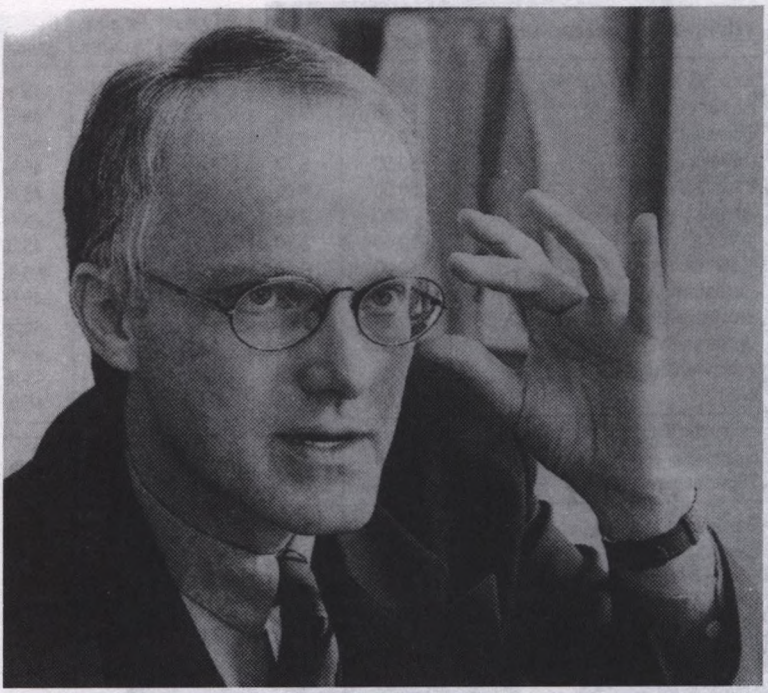


Dr. Lehmann-Grube, OB Leipzig

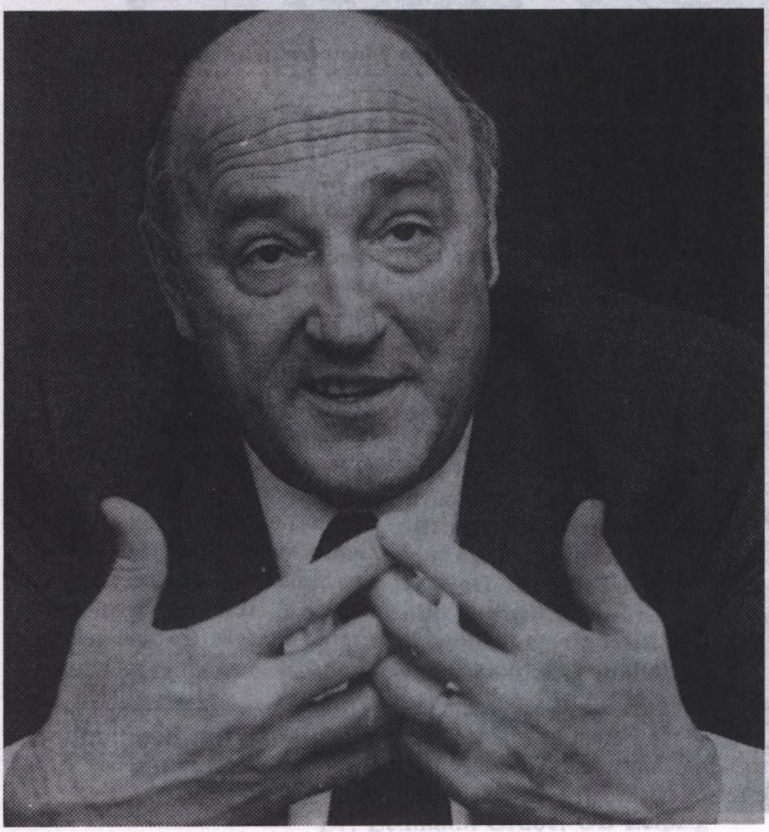


Dieter Murmann, CDU Wirtschaftsrat

Hans-Ulrich Klose, SPD-Schatzmeister



Jürgen Rüttgers, CDU/CSU



Herbert Ehrenberg, SPD

Und es gibt nicht wenige, die es verstehen, aus der ideologischen Behinderung der Geldmärkte ihren Vorteil zu ziehen. Die den utopischen Absichten entgegenstehenden, nicht zu beseitigenden Ungleichheiten geben der **Spekulation** viele Möglichkeiten einzuhaken. Vor allem: Wer die Logenmentalität, die utopischen Absichten führender Politiker und der Zentralbankpräsidenten mit in seine Berechnungen einbezieht, hat gute Aussichten auf den Sieg seiner Spekulation. Auch gelingt es ihm dann, eine ganze Reihe von Börsianern mitzureißen und die Kurse zu beeinflussen. Ein run auf diese oder jene Währung ist überhaupt erst dann denkbar, wenn man als Festpunkte in dem Vorhaben die internationalen Pläne und Richtlinien mit vorgeschriebener Kursbandbreite und zugelassenen Zinssätzen mitbedenkt. Denn man kann dann damit rechnen, daß sich die Zentralbanken in Milliardenhöhe darum reißen werden, das preutopische Gebäude durch An- und Verkäufe aufrechtzuerhalten. Den „Maastrichtern" wird im ersten Höhepunkt ihrer Nervosität auf diese Weise Anschauungsunterricht erteilt, wie es werden wird, wenn die nationalen Währungen beseitigt wurden, wenn die Europa-Währung befiehlt. Wie „Fische im Netz" (Herstatt) zappelten sie im Herbst 1992. Das Leben forderte sein Recht, doch die Internationalisten wurden auf den Plan gerufen, um in Milliardentransaktionen die künstlich festgesetzten Währungsbeziehungen zu retten. Es war ein ganz besonderes Stück europäischer Geschichte, das sich da abspielte und das wir hier wiedergeben wollen. Nimmt man alleine diese turbulenten Vorgänge zur Kenntnis, dann wird deutlich, daß unsere Welt eine ander, ungereimtere geworden ist.

Einleitend ein paar Zeilen über den **Brüsseler Stil,** der so schlecht in den europäischen Staaten ankommt und alles weitere erst möglich gemacht hat. „Hang zu Zentralismus, Überregulation und fehlender Mut zum Handeln" kennzeichnen ihn (FAZ 5.2.1993). *„Die EG-Kommission in Brüssel ist zentraler Teil jener Struktur in Europa, deren Arbeitsweise die einfachen Bürger nicht begreifen. Sie gehört zu jenen anonymen Mächten, die in fast alle Lebensbereiche regelnd eingreifen, ohne daß sich die Bürger dagegen wehren können und die Parlamente um Rat gefragt werden."*

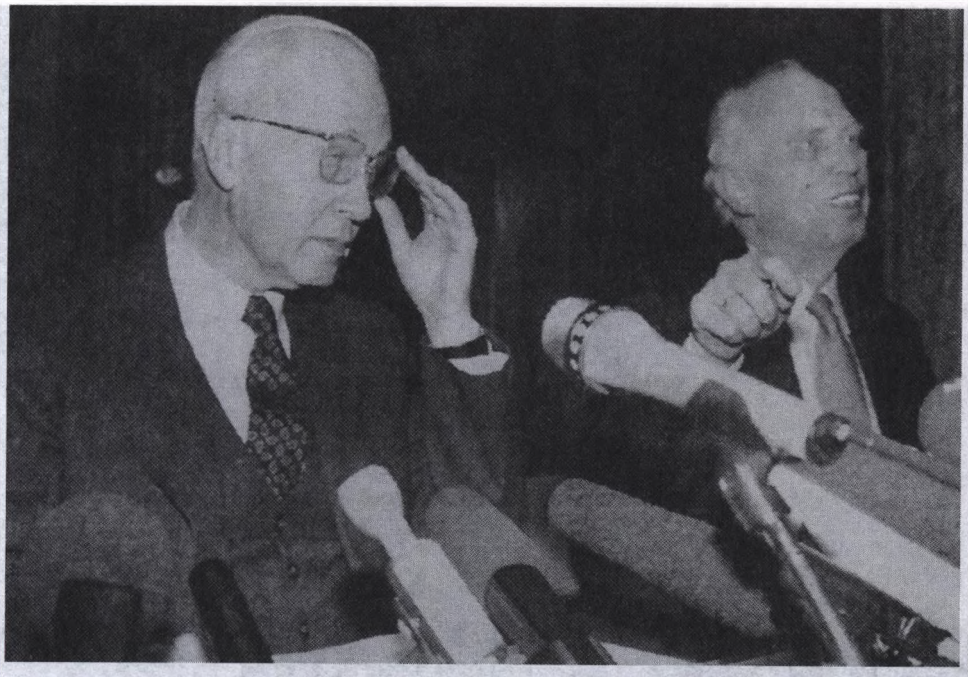
„Selbst mit der Kommission Vertraute geben zu, daß sie die Arbeit der 17 Kabinette und 23 Generaldirektionen nicht begriffen, geschweige denn durchschauten. Dabei ist die Kommission eine vergleichsweise kleine Behörde: Sie beschäftigt, verteilt über viele Büros in Brüssel, rund 16.500 Menschen, darunter etwa 4.700 im höheren Dienst. Die Stadt Frankfurt hat demgegenüber etwa 26.000 Bedienstete, etwa 9.500 mehr als die Brüsseler Behörde. Doch während Frankfurt dafür in diesem Jahr 1.04 Md. Mark Personalkosten trägt, sind es für die EG-Bediensteten der Kommission 3,4 Md. Mark. Das heißt, daß ein EG-Bediensteter im Durchschnitt fünfmal so teuer ist wie ein Beschäftigter der Stadt Frankfurt." (97).

Sodann müssen wir im Vorfeld der zu beschreibenden Ereignisse die 18. Gipfelkonferenz der G7 in München erwähnen, der Staatschefs der sieben größten westlichen Industriestaaten und des Präsidenten der EG-Kommission Anfang Juli 1992. Von den Ministern bis zu den Beamten nahmen etwa 2000 Delegationsmitglieder daran teil. Etwa 4.000 Medienleute kümmerten sich um das Ereignis und etwa 9.000 Sicherheitskräfte waren auf die Beine gebracht worden. Deutschland als Gastgeber kostete das direkte 35 Millionen DM. Es war dabei ein Vorgang mit Gesten ohne Taten, besonderer Teil der Show das Auftreten Jeltsins.

Erreicht wurde gar nichts in dem kostspieligen Münchner Gipfel. Die angefressene Glaubwürdigkeit der Weltwirtschaftsführung bewegte die 7 Großen darum, bei ihrem nächsten Treffen in **London** Anfang März 1993 „alles zu tun, um das Wachstum der Welt anzuregen" (Reuter). Aber gemeldet wurde von „zwangslosen Unterhaltungen". Und als die Presse unwirsch reagierte, meinten die Finanzminister, *„es liegt immer die Versuchung nahe, sich Weltwachstumsstrategien auszumalen, wenn es schlechte Nachrichten hagelt und die Volkswirtschaften auf der Stelle treten."* Man hat offenbar noch immer nicht begriffen, daß es unmöglich ist, den oberen Teil einer Walze anzukurbeln, wenn der untere Teil festgefahren ist, daß die Natur einfach nicht mehr hergibt, daß die Verbindung von Wahlerfolg mit erhöhtem Umweltverschleiß (= Wachstum) zwangsläufig noch weiter in die Rezession führen muß, daß dieser Beerdigungsmarsch sogar noch beschleunigt wird durch die weiterhin ansteigende Korruption in den Regierungszentren aller Mitglieder der G7. Ist es wirklich nur Zufall, daß das Welthandelszentrum in New York während dieser Londoner „Unterhaltungen" in seinen Grundfesten durch eine Autobombe erschüttert wird? Peru nimmt man es übel, sich gegen Terror zu wehren. Wird man jetzt in New York aufwachen? Wenn wir mit diesem Absatz vorgreifen, so geschieht es, um dem Leser bei der weiteren Lektüre klar zu machen, daß Kritik an unserer Weltführung gar nicht hart genug sein kann. Sie versagt auf Schritt und Tritt.

Zehn Tage vor der französischen Abstimmung über Maastricht schaltet sich Mitterand in den Wahlkampf (den er ja dann recht peinlich „gewann") ein. Offensichtlich ist nichts ehrlich und klar vorgesetzt worden. Haarspaltereien und unklare Definitionen in einem Vertragswerk, das über den politisch, geistig und wirtschaftlich aktivsten Teil der Erde entscheiden soll.

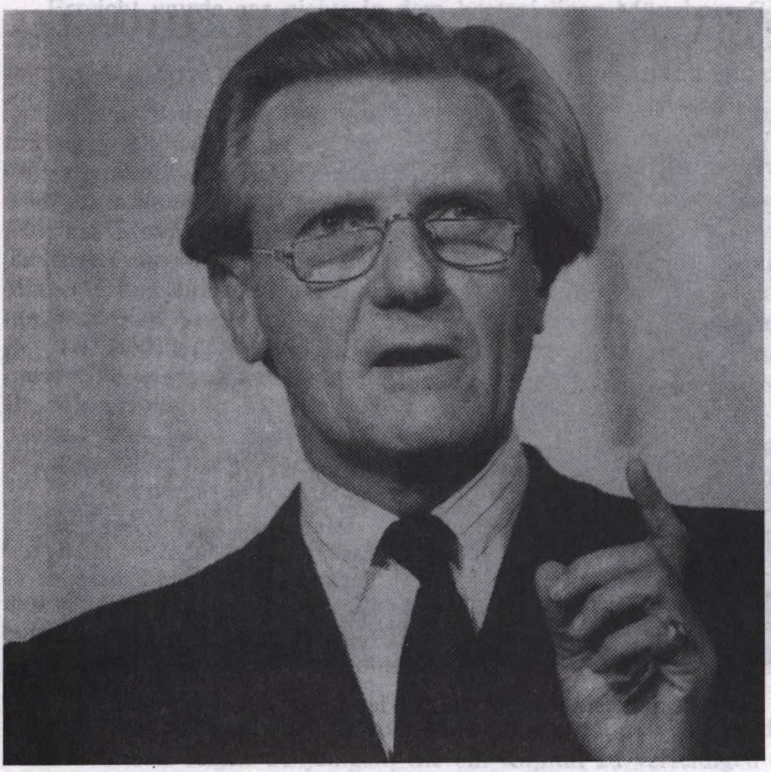
Und dann setzt auf den Devisenmärkten und an den Börsen die Spekulation ein. Es wird in diesen Tagen denjenigen, die ein Kapital zu verteidigen haben, klar, daß kein Regierungschef, keine Notenbank mehr glaubwürdig ist. Am 16. Juli erhöht die deutsche Bundesbank den Zinssatz von 8 auf 8,75% und bestätigt den seit Dezember 1991 festgelegten Lombardzins auf hohen 9,75%. Wahlvoraussagen für Frankreich sprechen von einem Nein, das gewinnen werde. Die Folge ist wachsender Druck auf Pfund, Lira und Peseta. Am 8. September trennt **Finnland** sich vom ECU und löst damit einen run auf die nordischen Währungen aus. **Schweden** erhöht den Zinsfuß von 24 auf 75%, um die Krone zu retten. Am 13. September wird das Europäische Währungsabkommen seit 1990 zum ersten Mal geändert mit einer Entwertung der Lira um 6 Prozent. Das Haushaltsdefizit **Italiens** ist unwiederbringlich hoch und steigt alle zwei Tage um weitere 2 Md. DM. Zugleich teilt die Bundesbank mit, daß sie bereit ist, die Zinsen zu senken, um den ECU zu retten. Am 14. September erfolgt eine Zinssenkung um 0,25% bei den Lombardzinsen und um 50% bei Anleihen. Doch die Börsen stellen fest, daß das zu wenig ist und zu spät kommt. Erneut setzt der Verkauf der schwachen Währungen im Rahmen des ECU ein. Am 16. September richten sich die Angriffe gegen das **Pfund Sterling,** die **Lira** und die **Peseta.** Alle drei Währungen überschreiten die vorgesehenen Margen. Die Zentralbanken intervenieren, um die Währungen zu stützen, doch ohne Erfolg. Großbritannien sieht sich gezwungen, in zwei Etappen eine bisher nicht gekannte Erhöhung der Zinsen vorzunehmen, von 10 auf 15 Prozent. Dann zieht sich London vollständig vom Europäischen Währungsverbund zurück, während die Zinsen auf 12 Prozent gesenkt werden. Schweden senkt die Zinsen auf 25 Prozent, um sie sofort darauf auf 500 Prozent zu erhöhen! Am 17. September teilt das Währungskomitee der EG nach sechsstündigen Beratungen mit, daß auch die Lira vorübergehend vom Europäischen Währungsbund getrennt wird, und die Peseta wird um 5 Prozent abgewertet. Großbritannien senkt die Zinsen um weitere 10 Prozent. Das Europäische Währungssystem, im März 1979 geschaffen und durch den endlichen Beitritt



Helmut Schlesinger und Hans Tiedmeyer

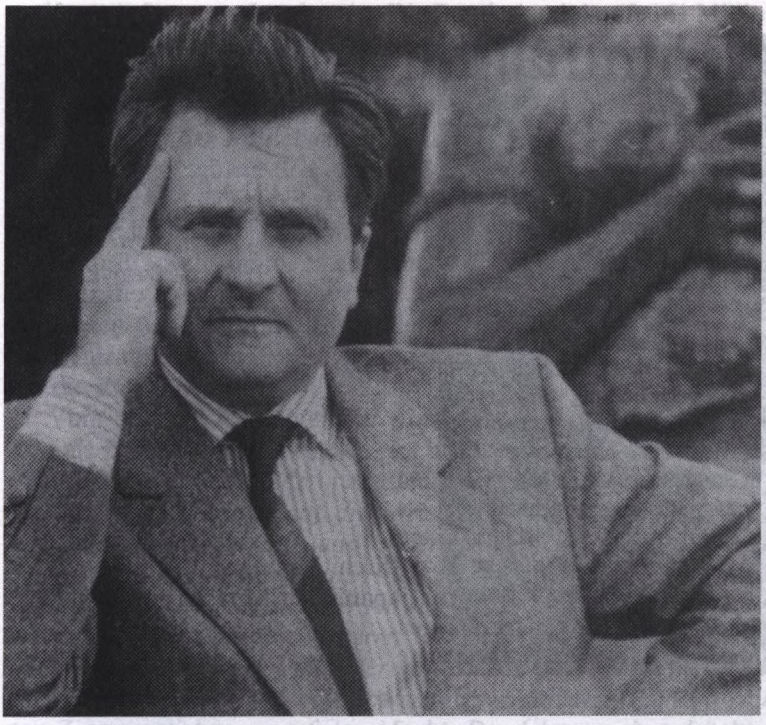
Großbritanniens im August 1990 vergrößert, war der Versuch, die Stabilität neu zu errichten, die Bretton Woods nicht mehr garantieren konnte. Die Schwankungen, die jetzt auf dem Devisenmarkt eintraten, brachten den Spekulanten geschätzte 5 Md. DM ein, kosteten London bei den vergeblichen Versuchen, den Wert des Pfundes zu halten, etwa 40 Millionen Dollar. Die Glaubwürdigkeit des ECU-Systems erlitt schwere Einbußen. Als am 20. September 1992 die Maastricht-Wahlen in Frankreich mit einem derart flauen Ergebnis auslaufen, daß man sogar von einem notwendiggewordenen Rücktritt Mitterands spricht, wird das Trümmerfeld auf dem Europäischen Devisenmarkt allen sichtbar. Die Spekulation hat gegen Pfund und Lira gesiegt.

Am 22. September tagen Weltbank und Weltwährungsfonds in New York. Am Rande der Tagung erklärt der Präsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, *„der Wiedereintritt des Pfundes in das EWS kann nur auf einer Grundlage geschehen, die von allen Partnern gebilligt wird."* (98). Großbritannien aber *„setzt mit der Senkung der Basiszinsen um einen Punkt auf 9 Prozent ein Signal, daß die Ankurbelung der britischen Wirtschaft in London Vorrang vor einer baldigen Rückkehr des Pfundes in den europäischen Wechselkursverband hat. Die britische Industrie begrüßte diesen Schritt und verlangt weitere Senkungen."* (99). Die Leitzinsen waren bis dahin in London hochgehalten worden, um einen stabilen Pfundkurs zu ermöglichen. Folge der jetzigen Senkung war ein sofortiges Absacken des Pfundkurses in Frankfurt. Damit hat sich die Krise im EWS erneut verschärft.



Michael Heseltine, brit. Handels- und Industrieminister

Robin Leigh-Pemberton, Bank of England



Jean Claude Trichet, Pariser Club

Giovanni Goria, italienischer Finanzminister

Klischi Miyazawa,
japanischer Ministerpräsident

Beachtlicher noch als diese Meldungen ist ein Vortrag des Sprechers der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, auf der Tagung in Washington: *„Deutschland, Frankreich und die Beneluxländer sollten gemeinsam mit Österreich und der Schweiz den Kern eines neuen Europäischen Währungssystems bilden. Um diese Gruppe der Hartwährungsländer sollen sich die anderen EG-Länder gruppieren, deren geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eine volle Teilnahme an einem fixen Wechselkursverband noch nicht erlauben. Eine solche Vorgangsweise trage dem* **Europa der zwei Geschwindigkeiten** *Rechnung, dessen Realität durch das Auseinanderbrechen des bestehenden Währungssystems dokumentiert worden ist."* (100).

Im übrigen läßt man in **Rom** der Lira freien Lauf. In **Lissabon, Madrid** und **Dublin** versucht man, sich durch gesetzliche einschränkende Bestimmungen auf dem Devisenmarkt vor weiteren Einbrüchen zu schützen.

Am 31. Januar 1993 entwertet Brüssel das irländische Pfund um 10 Prozent, nachdem **Irland** schon vorher die Zinsen auf 100% erhöhte. Großbritannien ging um 1% bei seinen Zinsen herunter, um Irland zu helfen, doch machte das keinen Eindruck auf den Devisenmarkt. Dies einstweilen vorweg. Wir kommen auf die Vorgänge im Januar/Februar 1993 noch ausführlich zurück.

Mehr ins Blickfeld rückt jetzt eine deutliche Spekulation gegen den französischen Franc. Er ist nur durch massive Notenbankinterventionen über dem EWS-Interventionspunkt zu halten. Doch, ein paar Tage weiter rückt die **Spekulation gegen den Franc** in den Mittelpunkt der Meldungen. Die französische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank

greifen mit Stützungskäufen ein. Die Bundesbank kauft 161 Millionen Franc. *„Die Spekulation hat nach zwei klaren Siegen gegen die Notenbanken (Lira und Pfund) Blut geleckt. Die klassischen Instrumente der Zentralbanken — via Zinsvariation und Intervention am Devisenmarkt — funktionieren nicht mehr, der Markt bleibt unberührt. Damit ist ein Offenbarungseid der Notenbanken zu verzeichnen."* (101). Zur Untermalung dieser Vorgänge noch einige Zahlen: Seit Anfang September wurden von den europäischen Zentralbanken 85 Md. DM eingesetzt. Frankreich, England und Italien haben sich 50 bis 60 Md. DM von der Bundesbank geliehen.

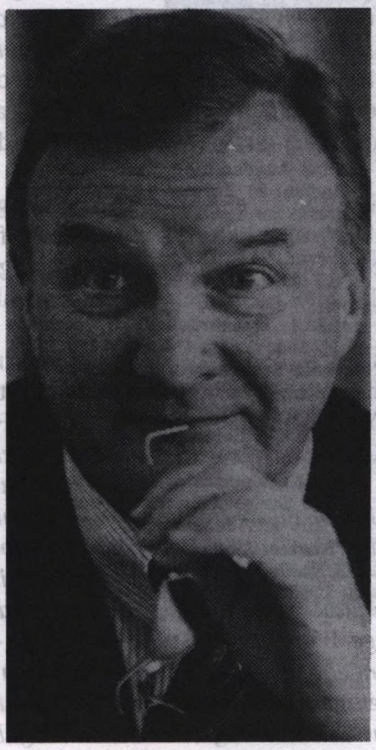
Beim EG-Rat kommt es auf einer Tagung in Lissabon zu einer Vorabstimmung über den Sitz der zukünftigen Europäischen Zentralbank. Waigel betonte, elf von zwölf Ländern seien für **Frankfurt.** Ein anderer Platz sei wegen der notwendigen Unabhängigkeit der Zentralbank von den Regierungen undenkbar. Doch ein förmliches Votum verhinderten die **Engländer.**

Vom gleichen 25. September wird gemeldet, daß sich die Devisenmaßnahmen in **Madrid** als Börsensturz auswirkten. Es beginnt sich abzuzeichnen, was dann das kapitalistische zentrale Thema in den nächsten Tagen wird. Wolf Dampel (dpa) meldet aus Frankfurt: *„Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Konsequenzen, die politische Stabilität und den erreichten Wohlstand in der EG hat sich die internationale Devisenspekulation auf den Franc eingeschossen. Nach ihren Siegen gegen die Notenbanken in Frankfurt, London und Rom, die zu einer Abwertung von Lira, Pfund und Peseta führten, haben die Devisenhändler zu einem weiteren Währungspoker angesetzt. Die Spieregeln sind immer die gleichen: Die Devisenhändler von Banken, Großunternehmen und Kapitalfonds machen innerhalb des EWS eine abwertungsverdächtige Währung aus und werfen sie — gegen Zinsen geliehen — auf den Markt. Das Überangebot drückt den Wert auf den sogenannten unteren Interventionskurs, an dem die beteiligten Notenbanken verpflichtet sind, den Abwertungskandidaten durch Ankauf der Schwachwährung oder durch Abgabe der starken DM zu stützen. Die Bank von England hat bei diesem poker innerhalb eines Nachmittags 40 Prozent ihrer gesamten Devisenreserven verloren, bekam das große Zittern und verließ das EWS — ebenso wie Italien, das für die Stützung der Lira seine gesamten Devisenreserven von 60 Md. DM ausgegeben haben soll."*

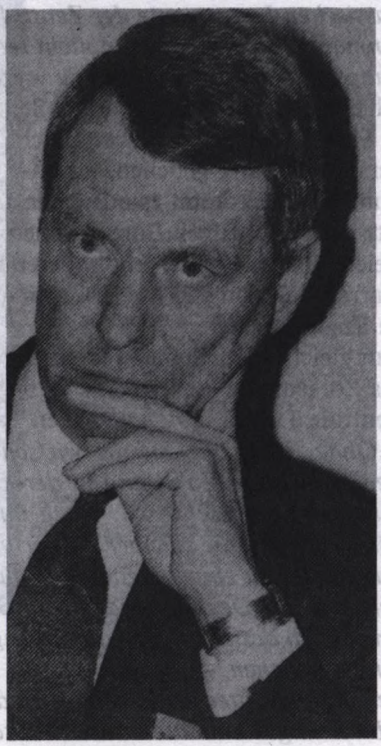
„Der Spekulationsgewinn resultiert aus zwei Geschäften: Der Marktteilnehmer leiht sich Schwachwährung und verkauft sie beispielsweise gegen DM. Kommt es zur erhofften Abwertung von 10 Prozent, erhalten die Spekulanten für den gleichen DM-Betrag zehn Prozent mehr Lira oder Pfund zurück. Aufs Jahr gerechnet sind das mehrere hundert Prozent leicht verdientes Geld."

Für die „Maastrichter" sind diese Vorgänge sozusagen Probemanöver für den schwerelosen Raum ab 1999.

Bei der erwähnten Spekulation, die dann gegen den Franc einsetzte, ging es um mehr als nur um eine Währung. Diesmal hängt sehr viel davon ab, ob es gelingt, die Spekulation baden zu schicken. Das gesamte europäische Währungssystem steht auf dem Spiel. Und der am 1. Januar 1993 in Kraft tretende **Europäische Binnenmarkt** umfaßt 40 Prozent des Welthandelsvolumens, ist also mit Abstand die wichtigste Wirtschaftsregion. Gelingt es der Spekulation, auch den Franc abzuwerten, würde das starke wirtschaftliche Unruhe auslösen, denn die politische Grundlage des geplanten Europa ist keineswegs im Sinne der (nicht zur Sprache kommenden) Mehrheit der Europäer. „Bonn, Paris und Frankfurt haben darum gar keine andere Wahl, als den Franc zu retten, und damit das EWS." Das ist die offizielle Meinung in Frankfurt. Zwei Tage darauf teilt dpa aus Paris mit, daß der Druck auf den Franc nachgelassen habe. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Michel Sapin erklärt frohlockend: *„Diejenigen, die gegen den Franc spekuliert haben,*



Prof. Dr. Karlheinz Rösener, Thyssen



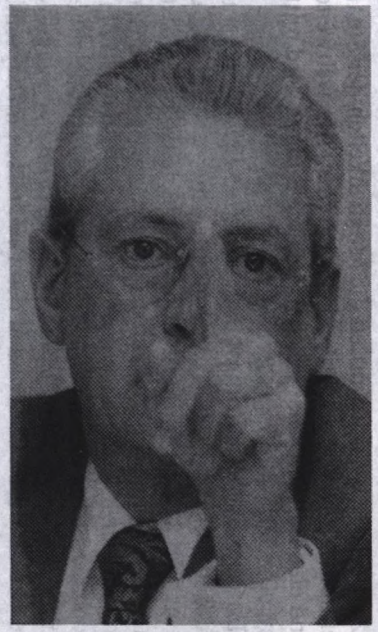
Manfred Schneider, Bayer

sind die Verlierer. Ihnen stehen Frankreich und Deutschland einig gegenüber." Die Überschriften in Pariser Zeitungen lauten: „Der Franc hält sich; Deutschland zahlt"; „Franc: Das Duo Paris-Bonn gewinnt die erste Runde". Ende September stiegen die Währungsreserven der Bundesbank infolge dieser Interventionen auf 179 Md. DM! (Mitte August waren es 98 Md.).

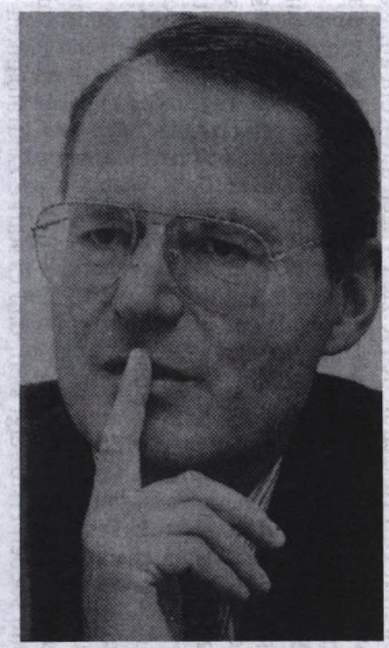
John Major erklärt in **London**, daß Großbritannien auf absbare Zeit nicht in das EWS zurückkehren werde. Er ließ offen, ob sich Großbritannien überhaupt wieder in einen Verband mit stabilen Wechselkursen einbinden lassen will. Gegen die Rückkehr des britischen Pfundes in das EWS haben sich bereits 73 der 336 Abgeordneten der regierenden konservativen Partei im Unterhaus ausgesprochen (dpa/vwd).

Am gleichen 26. September regt auch der Gouverneur der **belgischen** Nationalbank, Alfons Verplaetse, an, eine gemeinsame Währung nur in fünf EG-Ländern (Benelux, Deutschland und Frankreich) zu schaffen. Der im Vertrag von **Maastricht** vorgesehene Schritt für zwölf Länder sei im Augenblick nicht möglich. Der Leiter der **Hamburger** Landeszentralbank, Wilhelm Nölling, hält die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung unter den gegenwärtigen Bedingungen für problematisch. Es besteht eine zu große Disparität der europäischen Wirtschaften.

Hans Peter Stihl
DIHT



Hans Peter Stihl
DIHT



Hans Olaf Henkel
IBM Deutschland

Italien befürchtet nach der 7%igen Lira-Abwertung eine starke Inflation. Devisenreserven in Höhe von etwa 60 Md. DM flossen in den letzten Tagen aus Rom ab, was etwa der Hälfte der überhaupt vorhandenen Devisenreserven gleichkommt. Die Kapitalausfuhren der privaten Anleger halten an.

Während die **Bonner Regierung** die Vorschläge von einem Mini-Europa herunterzuspielen versucht, meinen prominente Vertreter von CDU und SPD, eine derartige Entwicklung sei „möglicherweise notwendig" (102). Gleichzeitig wird bekannt, daß sich die Devisenreserven der **Franzosen** bereits im Kampf gegen die Spekulation halbiert haben (etwa 50 Md. Franc). Vor allem darf man nicht die hohe Verschuldung Frankreichs vergessen. Man rechnet mit einem Passivsaldo des Budgets von 180 bis 220 Md. Franc. Durch Verkauf von Staatsunternehmen (!) soll das Geld aufgebtrieben werden. Doch läßt sich so etwas nur einmal durchführen, und vor allem bedeutet es eine Schwächung des Staates. Sie mag den Internationalisten willkommen sein, aber ist im Licht der jüngsten Ereignisse ein zweifelhaftes Resultat. Denn soeben erste zeigt sich, daß es starke Zentralbanken waren, die das EWS retteten. Mit deren Verschwinden in den Maastrichter Plänen gibt es keinen rettenden Anker mehr. Schon in diesen Jahren haben die Internationalisten ganz eifrig am eigenen Ast gesägt. Die überall angeregte und aufgeblähte gewünschte **„Interdependenz"** der Staaten (wir sahen, sie soll sogar auf kulturellem Gebiet vorangetrieben werden) als Vorstufe zur Einen Welt hat zu einer Ausweitung des Devisenhandels geführt, die in den letzten drei Jahren 50 Prozent betrug. Damit wurden die Möglichkeiten der Staaten, ihre Währungen durch Interventionen zu schützen, erheblich begrenzt. Die weltweiten Devisenreserven werden auf rund eine Billion Dollar geschätzt. Diese Summe wird mittlerweile im Devisenhandel an einem einzigen Tag umgesetzt. (103).

Die Befürworter einer Europäischen Währungsunion benutzen diese Zahlen als Argument für eine **Europäische Zentralbank.** Solche Argumentierung setzt voraus, daß eine derartige Institution nicht nur im Interesse internationalistischer Strömungen stabilisierend wirkt, sondern auch die Verteidigung der Europäer anderen Wirtschaftsregionen gegenüber in die Hand nimmt. Wir haben im Rahmen des GATT — wir kommen noch darauf zu sprechen — jedoch erlebt, daß Europas derzeitige Vertreter (EG) ohne viel Federlesens bereit sind, sich über die europäischen Interessen hinwegzusetzen zugunsten philosophischer Leichtfertigkeiten. Es dürfte daher nach den Ereignissen im September 1992 auf den europäischen Devisenmärkten klar sein, daß man immer noch dann am besten fährt, wenn man auf dem Boden einer gesunden, nicht überschuldeten Wirtschaft mit eigenen Mitteln die eigene Währung schützt. Gerade die jüngsten Vorgänge sprechen für eine nationale, unabhängige Währungspolitik.

Einige Absätze zurück hatten wir bereits die Erlebnisse der irischen Währung in diesen Monaten vorweggenommen. Anfang Februar 1993 wächst sich das schlechte Wetter über dem europäischen Währungshimmel erneut zum Orkan aus. Großbritannien, bereits nicht mehr im europäischen Währungsbund (ECU), senkt die Zinsen. In den letzten 15 Jahren waren sie niemals so niedrig. Die erste, unmittelbare Folge war, daß Irland seine Währung um 10 Prozent (wie früher bereits kurz erwähnt) entwertete. Nach fünfmonatigem schweren Kampf gab Dublin sich geschlagen. Der irische Finanzminister Bertie Ahern äußerte erbittert: *„Wir suchten Unterstützung im Europäischen Währungsbund, doch bekamen wir keine. Es war kein Zusammenbruch. Fünf Monate lang kämpften wird, aber die einzige Hilfe, die wir erhielten, waren Worte. Als der Druck auf unsere Währung zunahm, hätten die anderen europäischen Mitglieder mit dem Kauf von irländischen Pfund intervenieren können. Sie wollten das Risiko nicht eingehen."* Auch Deutschland wurde von Ahern kritisiert, weil es sich weigerte, die Zinsen zu senken und kaum untervenierte, verglichen mit dem Verhalten, das Deutschland Frankreich gegenüber zeigte. (104).

Heinz Horn
Ruhrkohle

Wolfgang Grüger,
Präsident
der BVR

Großbritannien wird gleichzeitig von Frankreich vorgeworfen, daß es in schmutziger Konkurrenz handelt, indem es nordamerikanischen Anlegern bessere Arbeitsbedingungen anbietet, als es die übrigen, an Maastricht gebundenen Mitglieder der EG tun können (105).

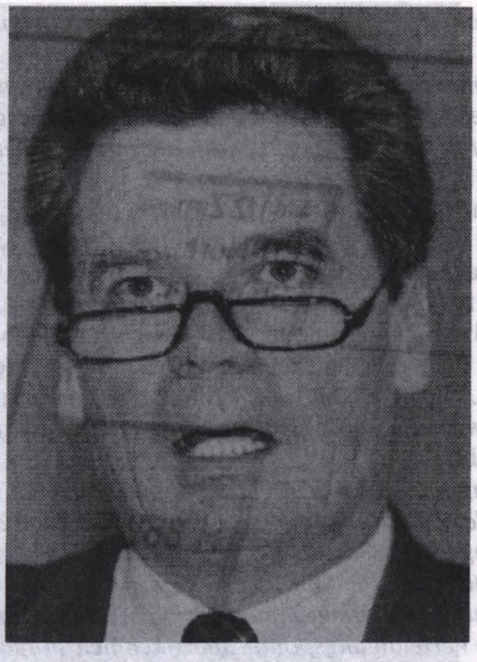
Das EWS umfaßte bis zum September 1992 elf europäische Währungen (die griechische Drachme war ausgeschlossen), die einen Korb mit der Bezeichnung ECU bildeten. Sie waren Teil eines 1979 geschaffenen europäischen Wechselmechanismus, der dafür sorgen sollte, daß die Währungsschwankungen begrenzt blieben. Dazu waren die EG-Mitglieder in zwei Gruppen eingeteilt, in solche mit breiter und mit schmaler Bandbreite (6 Punkte bzw. 2,25). Das schmale Band galt für Deutschland, Frankreich, Holland, Dänemark, Irland und Belgien-Luxemburg. Das breite Band galt für Spanien, Portugal, Pfund und Lira, doch schieden, wie berichtet, die letzten beiden überhaupt im September 1992 aus. Bedenkt man, daß dieses System als Probeexerzierfeld für die Maastrichter weiteren Pläne gilt, so ist Skepsis bezüglich einer möglichen Verwirklichung von Maastricht angebracht. So informiert der EG-Kommissar für Wirtschaftsfragen, Henning Christophersen am 4.2.1993: *„Die Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik hängt im wesentlichen von ihrer Glaubwürdigkeit ab. Unglücklicherweise wurde diese durch kürzliche Vorgänge angeschlagen, die den Fahrplan hin zur EWU in Zweifel stellen."* (106).

Wollte man **„Sternstunden des werdenden Europas"** suchen, so müßte die Lage am europäischen Devisenmarkt vom 4. und 5. Februar 1993 an erster Stelle stehen. Sämtliche Alarmanlagen sind am durchbrennen. *„Die europäischen Divisen operierten gestern* (2.2.93) *inmitten eines regelrechten Orkans und das englische Pfund stürzte auf das niedrigste Niveau in seiner Geschichte, gegenüber der Mark . . . Die Devisen des europäischen Wechsel-Mechanismus waren alle erschüttert, als die* **dänische Krone** *Gulden, Mark und irländischem Pfund gegenüber auf Grund stieß. Die Zentralbanken von Dänemark, Holland und Deutschland schritten zu Stützkäufen für die dänische Krone und Marianne Jelved, die dänische Wirtschaftsministerin versucht zu beruhigen: die Krone wird, koste es, was es wolle, verteidigt werden . . . Ihrerseits teilte die Italienische Staatsbank mit, daß sie die Zinsen um 1/2 Punkt senkt. In England hält man eine weitere Senkung des Zinsfußes* (nach einer Senkung um 6% vor erst einer Woche) *für notwendig."* (107).

Eine Hilfe würde es sein, wenn die Deutsche Bundesbank die Zinsen senken würde, doch würde das die erstrangig angestrebte Stabilität der DM gefährden, wie Schlesinger immer wieder betont hat. In Frankfurt geht das Gerücht um, Kohl habe mit seinem sofortigen Rücktritt gedroht, wenn die Bundesbank nicht die Zinsen senke (108). Der Augenblick, die Zügel schleifen zu lassen, ist für Deutschland auch deswegen ausgesprochen ungünstig, da der neue Wirtschaftsminister, Gunter Rexrodt, in Lohnverhandlungen mit der Gewerkschaft der Öffentlichen Angestellten steht und höhere Lohnforderungen genauso inflationär wirken müssen wie eine etwaige Zinssenkung der Bundesbank.

Völlig unerwartet senkt dann die Bundesbank am 4. Februar 1993 doch sowohl die Lombardzinsen (von 8,5 auf 8%) so wie die Depositenzinsen (von 8,5 auf 8,25%). Helmut Schlesinger und Hans Tiedmeyer verkünden die Maßnahme in beredter Form. *„In Deutschland meint die Presse übereinstimmend, daß die (‚unaghängige'!) Bundesbank politischem Druck (*der Utopisten!) *nachgegeben hat."* (109).

Einer Reutermeldung aus London von 5.2.1993 (110), entnehmen wir die Gründe dieses überraschenden Vorgangs: *„Erfolg oder Mißerfolg der Absichten der deutschen Zentralbank, die dänische Krone zu retten, könnten die Zukunft der EG-Pläne zur Einführung einer gemeinsamen Währung entscheiden. Die mächtige Bundesbank, ein unabhängiges Organ, senkte die Leitzinsen, um die Binnenwirtschaft anzukurbeln, die Zeichen der Stagnation setzte. Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Entscheidung ist die Stützung der dänischen Krone, der es nicht gelang, sich vom unteren Rand ihres Währungsbandes zu erhe-*



Hans Joachim Gauck

Horst Köhler, Sparkassenverband

ben. Alles raunte von unmittelbar bevorstehender Entwertung und einem Ausscheiden aus dem ECU."

„Brüsseler EG-Beamte gaben zu, daß die Folgen einer Abwertung und eines Ausscheidens aus dem ECU viel weiter reichen als nur zu den Währungsbeziehungen. Wenn die Krone fällt ist der Vertrag von Maastricht endgültig tot. Man wird nicht mehr von ihm als von einem Nachfolger des EWS sprechen."

Allen ist klar, warum man der Dänenkrone half, aber nicht dem irischen Pfund. Die Dänen hatten sich mit ihrer negativen Abstimmung Respekt verschafft. Die Iren waren mit ihrem positiven Wahlentscheid rechtlos geworden. Heute schon zeigt sich so, was die sachkundige Mehrheit für die Zukunft unter „Maastricht" befürchtet: Verlust nationaler Wirtschaftspolitik und Abhängigkeit im Aufbau des Landes von einer feindseligen (!) fremden Diktatur. Die nach 1999 eintretenden Zustände sind noch gar nicht schwarz genug gezeichnet worden. Nicht **eine** Hütte darf dann mehr ohne ausländische Genehmigung gebaut oder repariert werden, und wer dagegen aufsteht, ist ein krimineller „Ausländerfeind"! Wir werden sehen!

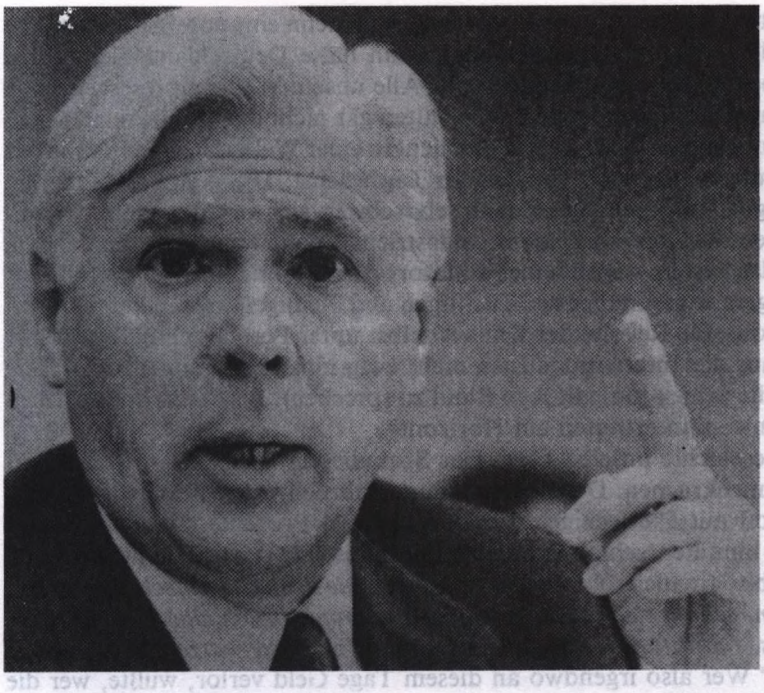
„Die dänische Absage an Maastricht in einer Volksabstimmung im Juni 1992 löste eine Devisenkrise aus, die das Pfund Sterling und die Lira zwangen, aus dem EWS auszuscheiden und die Abwertungen der Peseta, des Escudos und des irischen Pfundes erwirkten. Die Dänen werden erneut am 18. Mai zu den Urnen schreiten, um über eine veränderte Version von Maastricht abzustimmen, nach der sie weder an einer Währungsunion noch an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik teilzunehmen brauchen."

„Wenn eine Währung wie die Krone, die im engen Band liegt und eine gesunde Wirtschaft im Rücken hat, sich gezwungen sieht, abzuwerten, was können dann die anderen noch hoffen? Der Kampf zur Verteidigung der Krone stellt eine geschlossene politische Aktion dar. Es ist so ähnlich wie das, was im September 1992 geschah. Es ist einfach logisch, daß wenn die dänische Krone abgewertet wird, die Dänen keine Lust mehr verspüren werden, für Maastricht zu stimmen."

Es ging also der Bundesbank in erster Linie darum, Maastricht zu retten. Sie ist „unabhängig". Das bedeutet, daß sie nicht gezwungen ist, Richtlinien einer deutschen Regierung zu folgen. Sie ist aber vielmehr abhängig von ganz anderen Institutionen, von der Internationale. Reuter füllt gleichzeitig einiges ins englische Töpfchen, indem als Hauptgrund der Abwertung innerdeutsche Notwendigkeiten angegeben werden, die dänische Frage nur lateral berührt werde. Eine ganze Anzahl von Stimmen aus London geht noch einen Schritt weiter und sieht sofort in dem doch so erhofften deutschen Schritt eine Bedrohung des britischen Exports. Alison Cotrell, Wirtschaftsfachmann der Mainland Montagu sei als Beispiel angeführt: *„Wir erwarten, daß die Stärke der Mark die Exporte entmutigt und es sieht so aus, als ob gerade das bereits einsetzt."*

Schlesinger betont einen Tag nach der Zinssenkung: *„Die Bundesbank betrachtet als ihr zentrales Anliegen die Stabilität der Preise in Deutschland."* Man rechnet dennoch mit 4 Prozent Inflation für 1993. Kohl meint, mit dem (günstigen) Abschluß des neuen Tarifvertrages und der Zinssenkung würde es Deutschland gelingen, bis zum Ende des Jahres aus der Rezession herauszukommen. Eine am gleichen Tage erscheinende Meldung: Erhöhung der **Arbeitslosen** auf fast 4 Millionen — wird dabei bereits von ihm ignoriert.

Nehmen wir noch einmal den konkreten Fall: Deutschland hat Kapital nötig, um Mitteldeutschland aufzurichten. Um Kapitalien anzuziehen blieben die Zinsen hoch. Sofort schimpft man auf Deutschland, daß damit der Kapitalstrom von anderen notleidenden Gebieten abgelenkt werde. Südeuropa und die Dritte Welt werden genannt. Sie kämen jetzt zu kurz. Was wäre wohl geschehen, wir hätten heute bereits eine Europäische Zentralbank? Dann wäre kaum ein einziges Telefon, keine einzige Eisenbahnbrücke, keine



Friedhelm Gieske,
RWE AG

Dr. Hans
Tietmeyer,
Bundesbank

Kläranlage in ganz Mitteldeutschland gebaut worden (es sei denn eine von Briten genutzte Bagdadbahn oder ähnliche Kolonialunternehmen). Man hätte Deutschland nicht einen Pfennig für solche Arbeiten zur Verfügung gestellt. Alle unsere Währungsreserven hätte man uns ohnedies dann sofort abgenommen. Wir hätten gar nicht die Möglichkeit, selbst unsere dringendsten Probleme zu lösen, schon gar nicht in einer Welt, deren Feindseligkeit mit Bonner Unterstützung sogar noch von Tag zu Tag wächst. Die gesunden Kriterien Produktivität - Leistung - Qualität hätten es dann sehr schwer, sich gegen monetäre Manipulationen durchzusetzen. Kommt es zu einem „Maastricht", dann kann man schon heute wetten, wie lange sich das System wegen seiner diktatorischen Maßnahmen — notfalls mit Kerzen in der Hand — gerade gegenüber den Tüchtigen und Fleißigen wird halten können. Man wird die dann erfolgende Revolte der Könner selbst unter Berücksichtigung des bekannten Intrigen-Niveaus der Internationalisten nicht ewig hinziehen können. Am Ende siegen Mr. Gould und die Seinen (um mit Ayn Rand zu sprechen). Bis dahin ist das Leben eine einzige Quälerei, mit „Silberstreifen am Horizont".

Doch zurück zur Geschichte unserer Tage. Das Spekulieren mit den Währungen ließ dann **die Börsen** zusammenkrachen. Der Börsenzusammenbruch vom Montag den 5. Oktober 1992 (Paris schloß mit 5% weniger, London verlor 4 Prozent, Frankfurt 3,6%, Wallstreet ging um 3% hinunter, schloß dann aber mit minis 0,7%), wird im hiesigen von Reuter gespeisten „Ambito financiero" wie folgt erklärt: *„Die deutsche Entscheidung, den Zinsfuß nicht zu senken, schlug sich nieder in einem Zusammenbruch aller europäischen Börsen und Wallstreets. Frankfurt wirkte als Lokomotive eines schwarzen Montags auf dem Alten Kontinent."* Wer also irgendwo an diesem Tage Geld verlor, wußte, wer die Schuldigen waren: die Deutschen!

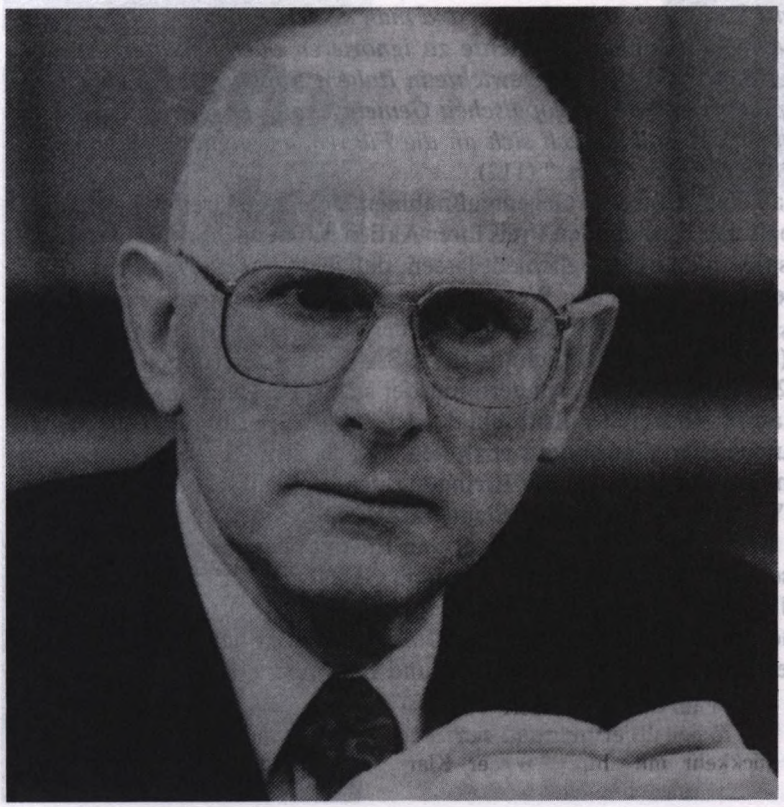
In einem weiteren Kommentar heißt es dann sachlicher: *„Wir erleben die Antwort des Marktes auf das Ausbleiben von Handlungen seitens der politischen Gestalten in Europa. Seit der Abwertung der Lira haben sie keine korrekte Entscheidung mehr getroffen. Das summiert sich zu der deutschen Entscheidung, die Zinssätze nicht zu senken, und die blutarme nordamerikanische Wirtschaft verfinstert das Panorama der Bewegungen"* (111). Weiter wird der Leiter der Mitsubishi in London, Brendan Brown, zitiert: *„Die weltweite Rezession wird noch viele politische Opfer fordern, in dem Maße wie die Hoffnungen einer wirtschaftlichen Erholung zerstäuben.* **Zweifellos verstärkt der politische Hintergrund die Unsicherheit.**"

In ähnlicher Form äußert sich die gesamte übrige Welt in den Industriestaaten. Entweder versucht man mit einer offenkundigen Fehlinterpretation so eine Art Währungskrieg gegen Deutschland in Fortsetzung des II. Weltkrieges zu führen, oder aber man erschöpft seine Weisheit in leeren Phrasen. Denn, was an den Börsen geschehen ist, braucht doch nur in der zeitlichen Ordnung vorgetragen zu werden, in der es geschah, um jedem Leser klar zu machen, was vor sich geht:

Am 18. November 1992 stellt Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger **Bedingungen** für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. *„Den Deutschen kann eine europäische Währung nur angeboten werden, wenn gesichert ist, daß sie so stabil sein wird wie die DM. Alle wirtschaftlichen und politischen Vorteile einer Europäischen Union können einen Verlust an Geldwertstabilität nicht aufwiegen. Die Glaubwürdigkeit einer europäischen Zentralbank wird in den Augen der Öffentlichkeit wesentlich davon abhängen, daß sie zu erkennen gibt, daß sie ihrer Verantwortung nicht ausweicht* (= daß sie nicht fremden Herren dient) *. . . Es muß die Geldwertstabilität in den Vordergrund gestellt werden und nicht die Wechselkursstabilität. Das heißt laut Schlesinger* (so schreibt ap in NZZ, der wir hier den Text der Rede Schlesingers entnehmen), *daß ein Land nicht unter Druck gesetzt werden kann, seine Geldpolitik in einem Stadium aufzuweichen, in dem die Infla-*

Dr. Ulrich Weiss,
Conti-AR

Klaus Wiegandt,
Asko



Prof.
Herbert Hax

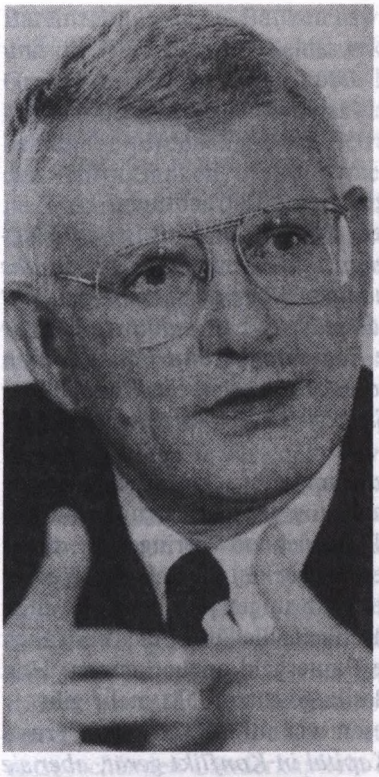
tionsbekämpfung noch nicht erfolgreich war . . . Gegenwärtig trägt noch jedes Mitgliedland der EG, das sich übermäßig verschuldet, das Risiko selbst. In der Währungsunion sind die Risiken des Zinsanstiegs und der Abwertung jedoch ‚vergemeinschaftet'. Jedes Land kann auf die Ersparnisse der Partner zurückgreifen! Deshalb fordert der Chef der deutschen Notenbank restriktive Regeln für die nationale Finanzpolitik."

Am Sonntag den 20. September 1992 stimmte **Frankreich** über Maastricht ab. Bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses schaute alles gebannt und untätig zu. Dann aber sprachen die Verantwortlichen in Europa und den USA von einem Sieg und die Außenminister Europas erklärten elfstimmig, daß an dem Europawährungsfahrplan nichts geändert werde. Am 1. Januar 1993 schlage die Stunde für den europäischen Binnenmarkt. Und darauf kam es zu einem täglich sich weiter verstärkenden Zusammenbruch der Börsen. Das hat gar nichts mit sekundären Ereignissen wie deutscher Zinssenkung zu tun, sondern ist ganz einfach das Ergebnis der Überlegungen der Aktieninhaber. Die Börse ist eine Einrichtung der Utopisten. Aber an ihr werden Menschen tätig, die keine Utopisten sind, sondern Menschen, sehr egoistische Menschen, die Rechnen und Nachdenken. Der Zusammenbruch der europäischen Börsen (einschließlich der deutschen!) ist ein Mißtrauensvotum für Maastricht. Jetzt stand diese Gefahr ernstlich vor den Besitzenden. Kohl und Waigel meinen, es genüge ihr Befehl: Volksentscheid gibt es nicht über Maastricht! Doch, solche Haltung hat noch niemals Besserung bewirkt. *„Die Flucht der Devisen von ganz Europa in Richtung von Mark und Schweizer Franken enthüllen ein tiefreichendes Ungleichgewicht, welches die internationale Wirtschaft mit Unsicherheit belastet. Ohne diesen Hintergrund wäre die Spekulation niemals möglich gewesen."*

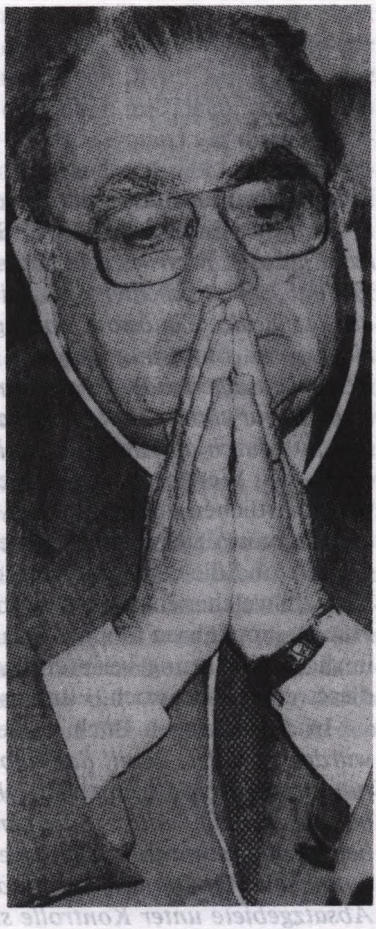
„Die Vorgänge geschehen dabei in einem Umfeld, in welchem die Wachstumsmöglichkeiten auf dem ganzen Planeten geschwächt sind und man keinen Ausweg aus der Rezession sieht. Man versuchte, die Ungleichgewichte zu ignorieren oder hinunterzuspielen. Heute ist klar, daß die staatlichen Ungleichgewichte in Italien, England und Spanien, die sich bis jetzt in einer prosperierenden europäischen Gemeinschaft versteckten, in der die am meisten Zurückgebliebenen allmählich sich an die Führenden anglichen (angleichen sollten), *sehr ernste Probleme darstellen."* (112).

Sorgen weckt es, daß eine Reihe von Gegenmaßnahmen nicht zum Greifen kam. So etwa das Angebot europäischer Firmen, den Preis ihrer Aktien mit dem Gewinn zu koppeln.

Nicht außer Acht sollte man die Möglichkeit lassen, daß auch unsere Deutungen (utopische Währungspläne) nicht immer das Wesentliche treffen, sondern daß vielmehr der Kampf Dollar - Mark, wie wir ihn seit 1987 immer wieder aufbrechen sehen, weniger von aktuellen Vorgängen (etwa der Veröffentlichung der USA-Arbeitslosenzahlen am Freitag den 4. September 1992) beeinflußt wird, sondern nur der sichtbare Teil eines Eisbergs ist, den man mit einem Kampf Rockefeller-Rothschild oder auch USA-Europa umschreiben könnte (die beide in utopischen Gewändern auftreten). Nach dem Zusammenbruch der **Sowjetunion** bemühen sich die USA um die Erringung der Weltherrschaft auf dem entscheidenden Feld der Währungen. In solcher Sicht wäre dann das Ausscheiden Englands aus dem EWS am 11. September 1992 ein „Verrat" an Europa, ein Versuch, Europa gegenüber den USA zu schwächen, so, wie es auf anderem Gebiet die Verhandlungsführung Lord Carringtons in Jugoslawien zum Ziele haben dürfte. Tatsächlich wird Deutschland vorgeworfen, keine Gelder etwa zur Stützung des Dollars mehr zu haben, weil diese im Rahmen der Wiedervereinigung gebraucht würden, und zum Wiederaufbau Osteuropas.



Dr. Friedrich
Hennemann,
Bremer
Vulkan AG



Pierre Beregovoy,
französischer Premierminister

Ernst Leonhardt

Im Zusammenhang mit diesen Fragen noch eine allgemeinere Betrachtung.

John de Kay schrieb 1918 (S. 134): *„Das* **Kreditsystem** *der ganzen Welt ist auf Flugsand gebaut. Man hat die papierenen Zahlungsversprechen und Wertzeichen bis an das Ende der Welt geschickt, obgleich sie nur so lange irgendeinen Wert darstellen, als nicht allgemein ihre Einlösung verlangt wird. Unsere heutige Gesellschaft ist bankrott. Würde eine solche Einlösung verlangt werden, so könnten die Regierungen und Banken ihren Verpflichtungen nicht einmal um einen Penny aufs Pfund nachkommen. Sie könnten ihre Papiere nur einlösen, indem sie andere dafür ausgeben. Sie können die bestehenden Schulden nur durch abermalige Schulden tilgen."*

Realen Wert besitzt im Augenblick eines Vertrauenszusammenbruches der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Welt nur der für die Ernährung nutzbare Grund und Boden. Die auf dem Wege über die Uruguay-Runde (GATT) betriebene Verringerung dieser Gebiete und die versuchte Vernichtung des Bauernstandes bezwecken die Schaffung einer Lage, in welcher ein Zusammenbruch in das Vertrauen der Währungen zu einer weltweiten Hungersnot führen müßte. Man will also selbst eine Menschheit, die längst das Vertrauen in die Weltführung verloren hat, zwingen, das wertlose Papiergeld anzuerkennen. Und dieses auch dann noch, wenn es keine auf Arbeit und Besitz gestützte DM mehr gibt.

In dem gleichen Buch (siehe Literaturverzeichnis) lesen wir auf S. 325: *„Die* **Trusts** *wurden gebildet, damit das Kapital nicht mit anderem Kapital in Konflikt gerät, aber sie tun ihr möglichstes, um den unheilvollen Wettbewerb der Arbeit aufrechtzuerhalten. Sie beherrschen die Industrie der ganzen Welt, beschäftigen den größeren Teil der Industriearbeiter, sie bestimmen vielfach den Preis des Rohmaterials und üben in Bezug auf ihre Produkte eine Art Diktatur aus, indem sie die Produktionsmenge und die Verteilung auf die Absatzgebiete unter Kontrolle stellen. Sie kaufen die Arbeit auf einem hochgradig konkurrierenden Markt. Trusts sind einseitig kooperative Gesellschaften, zu denen sich das Kapital zusammenschließt, um nicht mit anderem Kapital zu konkurrieren und um die Arbeit von sich abhängig zu machen."*

Beherrschend ist heute eine materialistische Philosophie. Sie bestimmt Justiz, Erziehung und Verhalten der Menschen. Alle Menschen werden nach Dingen gewertet, die sie besitzen. Das dabei am genauesten zu bewertende zentrale Material ist das Geld. Es gilt als Maßstab für alles übrige. Dieses Geld muß darum in den Besitz der Herrschenden gelangen. Dann können nur noch solche Menschen gefährlich werden, die einen anderen Maßstab an die Dinge auf dieser Welt legen. Alle diese anderen Wertmaßstäbe bezeichnet man vorbeugend ablehnend als Vorurteile. Gruppen, die sich geschlossen zu einem bestimmten Vorurteil bekennen, sind zu bekämpfen und auszuschalten.

Unangenehm für dieses Herrschaftssystem ist die Tatsache, daß es in seinen Prinzipien nicht offengelegt wird und daher die Gefahr eines Bruchs zwischen den Eingeweihten und den übrigen besteht. Deutlich wurde das bei der Vorlage von „Maastricht".

Im übrigen kann diesem Herrschaftssystem nur noch gefährlich werden, wenn sich nicht dazugehörige Einzelne oder Gruppen (etwa religiöse Sekten) einer größeren Geldmenge bemächtigen. Das muß verhindert werden. Eine möglichst vollkommene Kontrolle des Gelderwerbs und der Geldverwendung ist darum anzustreben. Unter dem Vorwand, den Drogenhandel zu kontrollieren, gibt es darum bereits weltweit Schwellenwerte für

Bareinzahlungen bei Banken usw. Wer größere Beträge einzahlen will, muß sich ausweisen und die Herkunft des Geldes erklären. Bei kontengebundenen Bareinzahlungen liegt die Grenze derzeit bei DM 20.000. Man vergleiche die Lächerlichkeit dieser Kontrollgrenze mit den Summen, die bei Spekulationen bewegt werden, oder auch mit jenen, die bei den bekanntgewordenen großen Betrugsfällen (etwa Maxwell 6,5 Md. Dollar) veruntreut wurden. Selbst Banken, die anonyme Konten führen, wie etwa die Luxemburger, verlangen eine Erklärung über die „unschuldige" Herkunft der Gelder. Da die eigenen Hortungen und Geldansammlungen in den Händen der Herrschenden anonym bleiben müssen, kommt ein weiteres Moment in unsere Lage: ein Informationssystem im geheimen Untergrund, um Vermögensbildungen dort zu vermeiden, wo sie Gefahr laufen, Vorurteile zu fördern. Wer politisch verdächtigt ist, wird über die Steuerbehörden ruiniert (oder auch über die Banken, wie es uns in einem konkreten Fall von der Deutschen Bank bekannt wurde), wie es unter Alfonsin in Argentinien der Fall war. Oder auch unter Nixon. Manfred Berg schreibt (113) unter dem Titel „Richard Nixon und die Watergate-Affaire": *„Daß die Steuerbehörden mißbraucht wurden, um politische Gegner und mißliebige Journalisten durch Sonderprüfungen unter Druck zu setzen (in Argentinien: zu schädigen), gehörte zu den Methoden, die Nixon im politischen Kampf für durchaus normal hielt."*

Im übrigen hat die **Schuldenkrise der 80er Jahre** bereits den Banken hohe Abschreibungen abverlangt. Die Folge ist eine Fusionsbewegung (114). Man rechnet damit, daß am Ende höchstens noch 20 bis 25 Universalbanken bestehen bleiben. Daß diese keine Bemerkungen bei Auflagen machen, die ihnen vom Establishment gestellt werden, ergibt sich von selbst. Auch von hierher gesehen ist kein Bürger mehr Herr seines Geldes. „Maastricht" verstärkt nur die bereits bestehenden Festungsmauern der Weltregierung durch Abschaffung der nationalen Zentralbanken. Weiteres zu diesem Geschehen später in den entsprechenden Länderkapiteln in diesem Buch.

Eine Füllgrube von Tatsachen und Erkenntnissen bietet die Schrift „Gerechtes Geld - gerechte Welt", ein Ausstellungskatalog. (115).

Der Krieg der Friedensapostel

Wenn es einmal irgendwo auf der so organisierten Welt angefangen hat zu schießen, dann bringt keine Kraft die Waffen wieder zum schweigen. Am allerwenigsten dort, wo es nach Petroleum riecht. Erinnern Sie, wie man einen kleinen Kahn, die „Bayern" zum Beobachten in die Adria sandte, und schon nach zwei Monaten marschieren dort der englische Flugzeugträger „Ark Royal" und der französische „Clemenceau" mit ihren entsprechenden Begleitschiffen auf. Man ist sich im klaren, daß das gegen die Utopie verstößt und deswegen hat man lange gezögert, energisch mit den Friedensbrechern aufzuräumen, doch für jede Utopie kommt einmal das Waterloo. Dann wird der Unmut der an der Nase herumgeführten Menschen, der Hinterbliebenen der Opfer dieser Unfähigkeit und Laschheit angeheizt. Und es wird auch dort, wo kein Petroleum im Spiele ist, endlich wenigstens der Anfang einer männlichen Handlungsweise angepeilt. Schlagzeilen aber macht zur gleichen Zeit der Versuch, die Truppe mit Homosexuellen aufzufüllen und damit ihre Schlagkraft zu zersetzen. Und es sind wieder die gleichen Internationalisten, die da eine schnelle, anständige Lösung zu verhindern versuchen (116).

Führt also die Neue Weltordnung zu immer weiteren Schießereien auf dem ganzen Erdball, so erfordert dieses Axiom daher, will man wenigstens teilweise den Frieden be-

wahren, ein System gegenseitiger **kollektiver Sicherheit.** Das soll die **NATO** sein. Doch, wenn NATO-Verbände irgendwo auftreten und dort n i c h t eine Niederringung des erklärten Gegners erreichen, dann ist ein neuer Dauerbrenner geschaffen worden. Die weiterlaufenden Abrüstungsversuche beziehen sich nur auf Überproduktion und auf Massenvernichtungswaffen wie Atombomben. Sie grenzen sogar inplicite die bereits weiterhin „gestatteten" Fehden waffenmäßig ab und garantieren so ein solides Rüstungsgeschäft sowie wirtschaftliche Dauerschädigung gefürchteter Emporkömmlinge.

Die aus politischen Gründen erlassenen Waffenverbote etwa im Nahen Osten zum Schutz Israels oder in der Karibik zum Schutz der USA führen nicht zu einem Schweigen der Waffen, sondern zu einem undurchsichtigen Bürgerkrieg. Die Folge dieser chaotischen Verhältnisse sind weitaus blutiger als selbst noch die Geschehnisse im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht und der Weltallianzen in zwei Weltkriegen. Vor allem wird in diesen Auseinandersetzungen kaum oder gar keine Rücksicht mehr auf zivile Bauten und Einrichtungen genommen. Die Welt ist im Rausch des Fernsehens und überall geduldeter Perversitäten unter der Neuen Weltordnung um deutliche Grade destruktiver geworden. Verpflichtungen gegenüber Kulturen, gegenüber Unbewaffneten, Frauen, Kindern und Greisen werden nur sehr unwillig und nach langen Verhandlungen anerkannt, oft auch sehr schnell wieder verworfen. Eine grausame Kriegsführung ist das Ergebnis. Die Neue Weltordnung ist eine solche ohne praktische Anwendung ethischer Verhaltensregeln in der Politik. Um so mehr tönt man von solchen Dingen auf den unzähligen Konferenzen. Das Wort „Menschenrechte" steht in der Häufigkeit seiner Programmierung und Zitierung in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Realisierung.

Zerstören als erste Aufgabe

Die Freimaurerei wird in allen Lagen immer versuchen, in ihrer Zerstörungsarbeit neue Arbeitsfelder zu finden, denn erst, wenn alles Geschaffene zerstört ist, kann der Neuaufbau beginnen. Sie hält in keinem Augenblick mit dieser Zerstörung an. Darum sind auch Vorgänge, die die Freimaurerei vor Jahrzehnten provozierte, regelrecht harmlos gegenüber heutigen. Darum ist es auch völlig sinnlos, die Freimaurerei von vor hundert Jahren mit der heutigen zu vergleichen. Nur in einem sind sie gleich: in der Ablehnung aller Ordnungssysteme. Die absolute Unordnung ist ihr Ziel. Meinen Sie wirklich, es sei reiner Zufall, daß da z.B. in **Wien** seit 1945 immer wieder historische Bauten abgerissen „geopfert" wurden? Die Liste ist erstaunlich lang: Dianabad, Rauchfangkehrerkirche, Großmarkthallen im III. Bezirk, Zedlitzhalle, etliche Otto-Wagner-Straßenbahnbauten, zahlreiche Biedermeier-Wohnhäuser, der „entkernte" Hochholzer-Hof in der Tuchlauben usw. (117).

Kommt es in der Öffentlichkeit zu einer Anklage solcher Bemühungen, zu etwas plötzlich verursachten unhaltbaren Zuständen, so geht die Freimaurerei manchmal einen Augenblick „rückwärts", läßt aber niemals das Ziel aus den Augen und bemüht sich immer wieder darum, die erreichten Teilziele niemals ganz zu verlieren. In millionenfacher Weise läßt sich dieses Taktieren beobachten, angefangen bei lokalen Vorgängen (Lehrerbezahlung, Begnadigung eines Verbrechers, lasche Verkehrsregelung, u.ä.) bis hin zur großen Republik, in welcher alles darauf abgestimmt wird, jeglichen festen Halt zu zerstören. Alles, was heute auf der Welt vor sich geht, ist belastet mit solchen Absichten. Gerade in den Jahren nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion hat die Zerstörung auf der ganzen Welt mit Abstand den Aufbau überflügelt, denn es gab keine Veranlassung mehr, etwa

besser zu sein als der rote Bruder. Unter den ablehnenden Manifestationen der so grausamen, teuflischen, unmenschlichen Welt des Kommunismus wird so eine Welt errichtet, die man gerechterweise bezeichnen muß mit grausam, teuflisch, unmenschlich. Mit jedem Schritt in der Freimaurerwelt geht es tiefer hinein ins Unmenschliche. Wer will etwa bezweifeln, daß es heute in Jugoslawien noch unmenschlicher zugeht als unter der Bestie Tito? Und die Neue Welt steht sogar sicherer da als die vorige, ist unantastbarer, weil sie keinen ebenbürtigen Atomgegner mehr hat.

Die Bevormundung der Menschen

Das Wesen unserer politischen Lage spiegelt sich wieder, wenn wir uns die Mühe machen und berichten, was da etwa Anfang Oktober 1992 vorgeführt wurde. Am 1. Oktober jährte sich zum 10. Mal der Tag, da Helmut Kohl zum Kanzler gewählt wurde. Das **„Dienstjubiläum"** wird mit 3.500 Gästen gefeiert. Das Fernsehen überträgt diese Jubelfeier für den „gehorsamsten Deutschen aller Zeiten" mit 60 Minuten Sendezeit im ARD.

Zwei Tage darauf, am 3. Oktober „feiert" man den **Tag der Deutschen Einheit.** „Die Massen" dürfen in Schwerin feiern. Eine offizielle Feier gibt es nicht. Die Sendezeit im ARD: von 17.55 bis 18.30. Dann als „Höhepunkt" die 1953-Ansprache des Bundespräsidenten um 20 Uhr in der Tagesschau. Im Rahmen der Nachrichten wird die Ansprache übertragen. Bayern II bringt um 11.30 ein Konzert zur Deutschen Einheit, der WDR bringt als einziger ein Konzert als „Feierbeitrag".

So hat man internationalistisches Zwangsverhalten mit Relikten des Nationalstaates verbunden. Die Presse (etwa die MZ) bringt überhaupt keinen Beitrag, soweit man in der MZ nicht den Beitrag zum 225. Geburtstag der Regensburger Loge als solchen verstehen will. Ein weiterer Aufsatz über Nürnberg mit der Erwähnung Hitlers wirkt chizophrän. Er legt die Frage nahe: Haben die Volksmassen sich nicht damals im wesentlichen genauso verhalten wie heute? Sicher, in beiden Fällen waren sie gefolgsam. Doch damals war das Ziel ein Miteinander, heute ist es das Gegenteil. Die Menschen wurden mit dem oktroyierten Grundgesetz unmündig gemacht. Nur, wenn man ihnen Wahlen gestattet, und dann auch nur im Rahmen eines eng bemessenen Sortiments von „demokratischen" Parteien, dürfen sie „handeln".

Der demokratische Reinfall von Maastricht

Diese Bevormundung bekam zeitweise den Namen „Maastricht". Wir haben schon angeschnitten, was da an typisch freimaurerischem dünkelhaften Vorgehen geschah. Inzwischen sind vier Daten festzuhalten:

18. Dezember 1991: Die EG-Regierungschefs unterzeichnen in Maastricht einen Vertrag, der zu einer politischen und Währungs-Union führen soll.

2. Juni 1992: Eine Volksabstimmung in Dänemark lehnt den Vertrag von Maastricht ab.

20. September 1992: Frankreich stimmt mit hauchdünner Mehrheit für den Vertrag von Maastricht. Bei 70% Wahlbeteiligung waren es 51%. Also 35% der Wahlberechtigten stimmten mit Ja.

6. Dezember 1992: Die Schweiz lehnt mit geringer Mehrheit den Eintritt in den EWR, Vorstufe zu Maastricht, ab.

Es folgen weitere Stimmen und Kommentare zu diesen Vorgängen: Zehn Tage vor der Volksabstimmung in Dänemark erklärt Mitterand: *„Kanzler Kohl und ich haben entschieden, daß, wenn ein Land sich weigerte, den Vertrag von Maastricht zu ratifizieren, dies nichts am Dispositiv ändern würde.“* Dänemarks Volk mag im europäischen Ganzen eine verschwindend kleine Minderheit darstellen. Aber — und dies ist der springende Punkt! — Europa besteht größtenteils aus solchen Minderheiten. Das wahre Europa ist ein Europa der Minderheiten. Nur, wenn es gelingt, diese vielen Minderheiten innerhalb eines Ganzen gleichwertig zu verbinden, wird ein neues, einiges Europa entstehen, das Bestand haben kann . . . Wir wollen kein Europa, das von ein paar ehrgeizigen Politikern, die an ihrem eigenen Denkmal basteln, auf dem Reißbrett konstruiert wird, Wir wollen kein krampfhaft erzwungenes, kein befohlenes Europa, kein Europa der Großmächtediktatur (und schon gar kein Europa der Logendiktatur). (118).

Und noch einmal: Axel Herbst, ehemaliger Generaldirektor für Auswärtige Angelegenheiten in der Brüsseler Kommission: *„Bei einer europäischen Währungspolitik, die die Stabilität des Geldwertes nicht nur postuliert, sondern unabhängig von den unterschiedlichen Bedürfnissen von Wirtschaft und Bevölkerung in den Mitgliedländern praktiziert, müßte in schwächeren Volkswirtschaften die Wettbewerbsfähigkeit sinken, die Arbeitslosigkeit wachsen und die Staatsverschuldung steigen. Eine Migration zu den Wohlstandszentren der Gemeinschaft wäre kaum aufzuhalten, wenn der sozialen und auch politischen Destabilisierung nicht mit Ressourcentransfer begegnet würde, der schnell in unvertretbare Größenordnungen hineinwachsen könnte.“* (119). *„Wie die dänische Bevölkerung, die ‚Maastricht‘ abgelehnt hat, sind auch die Bürger in Deutschland zutiefst verunsichert. Man sorgt sich um die Stabilität der DM und mißtraut der europäischen Kunstwährung, heiße sie nun ECU oder Franken. Entscheidungen über die europäische Zukunft, die in das Leben jedes Einzelnen eingreifen, zudem noch verfassungsändernden Rang haben,* **fallen bürger- und realitätsfern hinter verschlossenen Türen.** *Statt dem ‚werdenden Europäer‘ Zeit für Eingewöhnung und Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben, drängt eine ehrgeizige Politik vorschnell auf kunstvoll konstruierte Regelungen, die einem organischen Integrationsprozeß gefährlich vorauseilen . . . Unsere Partner sind zu einer politischen Union mit allen Konsequenzen heute und in politisch relevanten Zeiträumen nicht bereit. Außerhalb Deutschlands will niemand ernsthaft einen europäischen Bundesstaat.“*

„In der EG sind 14 Millionen Menschen arbeitslos.“ (120).

Der schweizer Nationalrat Christoph Blocher (121): *„Es ist einer der Standortvorteile der Schweiz, daß die Staatsverschuldung der Schweiz kleiner ist als die der europäischen Staaten und daß die Schweiz heute weniger Steuern bezahlt als die EG-Staaten. Das würde sich mit dem EWR ändern . . . Ich bin gegen jede Isolation. Weltoffen sollen wir sein, gewisse Dinge wie Normen sind zu vereinheitlichen. Aber deshalb muß man doch nicht gerade die Souveränität des Landes opfern und den Politikern und Beamten auf Kosten des Volkes noch mehr Macht übertragen. Das Demokratiedefizit in der EG ist groß . . . Nachdem Dänemark den Vertrag verworfen hat, ging es keine 24 Stunden, bis Präsident Mitte-*

rand erklärte, er habe mit Herrn Kohl beschlossen, die Währungsunion trotzdem voranzutreiben. Da fegt die Machtpolitik über das Recht hinweg. Da bekomme ich Angst. " Während das negative Wahlergebnis vom 6. Dezember 1992 in der Schweiz bereits als Möglichkeit angesehen wird, bekommt die Regierung in Bern kalte Füße und der Bundesrat, der endlich am 26. Mai 1992 bei der EG ein Gesuch um Aufnahme der Beitrittsverhandlungen einreichte, fügte eine weitere Note hinzu, *„das Ersuchen so schleppend wie möglich zu behandeln.* " (122). *„Die überforderten Befürworter des EWR versuchen sich in gefährlichen Schlaumeiereien.* " (Weltwoche).

Daß die Französisch-Schweizer im Gegensatz zu der Mehrheit der Deutsch-Schweizer dem EWR zustimmen werden, sagt man voraus. François Gross in der „Weltwoche" (123): *„Europa ist für die Westschweizer der Raum, der ihnen im eigenen Land, wo sie sich so häufig als Ausländer fühlen, äußerst knapp zugemessen ist. Europa ist vielleicht eine Revanche gegen diese (deutsch- und italienisch-schweizerische) Mehrheit, die sich hochmütig und taub stellt gegenüber den Zeichen der Zeit und aufgehetzt wird von beleidigend einfältigen Volkstribunen.* "

Jacques Calvet, Topmanager bei Peugeot, die er sanierte: *„Der Vertrag von Maastricht enthält nicht viel Nützliches. Aber er ist gefährlich, weil er vieles unausgesprochen läßt. Und er gibt keine Antwort auf die Fragen, die Europa heute beschäftigen . . .* **Frankreich** *braucht einen Plan zur nationalen Wiederbelebung. Die Verwaltung muß dringend gesundgeschrumpft, das Bildungswesen rundum erneuert, der Zusammenhalt der Franzosen gestärkt und Arbeitsplätze Priorität werden. Maastricht kann da nur schaden. Frankreich wie Europa haben ein besseres verdient.* " (Weltwoche 17.9.1992).

Der deutsche Verleger E. Hefendehl (124): *„Maastrichter Verträge: Ein Unglück für Deutschland.* "

Zwei Tage nach dem flauen französischen Wahlergebnis schlägt deutschen Demokraten (sie haben es 1992 so weit gebracht, daß das Wort vielfach zum Schimpfwort wurde!) ihr schlechtes Gewissen. *„Ministerpräsident Max Streibl (CSU) erteilte einer* **Volksbefragung** *in Deutschland ebenfalls eine klare Absage. Diese Frage sei durch das Grundgesetz* (über das niemals abgestimmt wurde!) *geregelt, es beschränke die Formen der plebiszitären Demokratie aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik auf wenige Sonderfälle. Das Volk sei an der politischen Willensbildung über Wahlen beteiligt.* "

„Die bayrische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt verlangte dagegen erneut ein Referendum über Maastricht auch in Deutschland. So könne Europa zum Anliegen seiner Bürger gemacht werden. Auch der Grünen-Fraktionssprecher im Landtag, Manfred Fleischer, hält eine Volksabstimmung für unverzichtbar. Das Abstimmungsergebnis in Frankreich sei ein ernst zu nehmendes Warnsignal. "

„Republikaner-Chef Franz Schönhuber erklärte, seine Partei werde weiter gegen die Verträge von Maastricht kämpfen. Wer wie Bundeskanzler Kohl (CDU) das deutsche Volk, ohne es zu befragen, in den von anderen europäischen Völkern für Deutschland errichteten Käfig treiben will, bricht seinen Amtseid. " (125).

Dabei hat „Maastricht" für uns Deutsche noch einen ganz besonderen Geruch. In der englischen Zeitung „Spectator" (die ja auch jetzt wieder nicht ohne Einfluß auf die britische Außenpolitik ist. Siehe XII, 61) heißt es 1939 zu Beginn des von England erklärten II. Weltkrieges (126): *„Es verbleiben nur zwei Möglichkeiten. Entweder kehrt Deutschland zu der politischen Ordnung des 18. Jahrhunderts zurück und wird wieder eine Gruppe von kleinen Fürstentümern* (heute **Regionen** genannt) *oder aber, es wird wieder eine* **Föderierte Union** *der europäischen Nationen geschaffen, die ihre Souveränität einschränken und ihre Staatsführung in die Hände einer Föderationsregierung legen, die diese Länder vereint und kontrolliert.* " Genau das ist Maastricht!

Ersatzweise für hunderte jetzt freigebig veröffentlichter Zustimmungen zu Maastricht wollen wir dann noch zitieren, was Karl-Ludwig Kelber am 26.9.1992 in der MZ kommentiert. Es ist ein Eiertanz, etwa nach dem Motto: Es ist eigentlich weltfremd, dieses Maastricht, aber es steht zu viel auf dem Spiel (127): *„Die Politiker sind aufgefordert, sich gegen den oft unerträglichen Bürokratismus in Brüssel zu wehren, der alle und jeden Lebensbereich in der Gemeinschaft in penetranter Weise regeln und vereinheitlichen will. Was da Tag für Tag ausgebrütet wird, ist oft der Gipfel der Arroganz weltfremder und blutleerer Gehirne. Die Menschen aber brauchen nicht die so entstandene Eiseskälte, sondern menschliche Wärme und Geborgenheit in der gewachsenen Heimat, die des größeren Europa bedarf, um sicher in die Zukunft zu gelangen.* " Wo ist da die Logik in den letzten Worten? In den letzten zwei Jahrtausenden sucht man wohl vergebens die Notwendigkeit eines Europa für die deutsche Heimat. In was soll diese denn heute und morgen bestehen? Das sind doch Plattitüden ohne Sinn und Verstand.

Ist man sich eigentlich darüber im klaren, daß es im Prinzip ganz genau das gleiche ist, ob man die Bevölkerung der Ukraine (oder von Kambodscha oder von Äthiopien) verhungern läßt, weil das aus der kommunistischen Ideologie resultiert, oder ob man die Völker vernichtet zugunsten eines Weltstaates, weil dieses eine Ideologie fordert? Mehr und mehr bewegt sich die Erde in diesem Jahrhundert — und mancherorts schon vorher — so, wie es irgendeine **Ideologie** verlangt. Es wird ein „Ismus" ausgebrütet und dann muß ihm alles gehorchen. Am schlimmsten wirkt dieses im wahren Sinne des Wortes teuflische Verfahren dann, wenn weder das Ausgebrütete einer Abstimmung unterworfen wird, (und trotzdem die Diktatoren behaupten, sie handelten im Namen des Volkes) noch diejenigen sich der Öffentlichkeit zeigen, die dieses Programm aushecken. Wer hat denn schon die Namen derjenigen genannt, denen die Außenminister in Maastricht gehorchten?

Der Weg nach Europa

Maastricht ist ein Schritt weiter auf dem Wege, den das „Gesetz des Nomadentums" vorschreibt, wie es Dr. Adolf Wahrmund schon 1887 nennt. Maastricht ist darum in einem Atemzug zu sehen mit anderen Gesetzen zur gleichen Zeit, wie etwa die Abschaffung des §128 in Deutschland, die Beseitigung des Schutzes der Landwirtschaft in der EG, die Abschaffung des bisherigen Ehenamens, die Aufnahme von Verbrechern unter der Bezeichnung „Asylanten", das Bemühen, das jus sanguinis abzuschaffen, die Sklavenhaltung in der Neuen Welt, insbesondere in Brasilien, den Empfang der Trilateralen Kommission durch den Papst, die Zerstörung der Kultur- und Wohnstätten in Bosnien, Eritrea, Kurdistan usw. Andererseits ist Maastricht ein Kind des Kalten Krieges und steht im Schatten einer Mauer, die gar nicht mehr besteht (Brunner). In dieser Lage gilt die Feststellung: Mit nichts wird man mehr fertig, denn es fehlt der fixe Punkt, die Heimstatt. Weil man von allem nur das Vergnügen und den Spaß haben will, nicht die andere Hälfte des Lebens, versagt man auf Schritt und Tritt. Ausgerechnet in jenem Augenblick unserer Kulturgeschichte, da man dem geschlechtlichen Vergnügen alle Türen öffnet, kommt der Aids-Virus anmarschiert und findet so die besten Bedingungen, sich zu einer zerstörenden Plage zu entwickeln, zu einem in solchen Verhältnissen weiteren unlösbaren Problem von Weltausmaßen.

Sieht man sich rückblickend den Weg nach diesem utopischen „Europa" an, so bemerkt man, daß er keineswegs gradlienig verlief. Die jeweils anführenden Personen haben

immer wieder gewechselt. Dabei waren es oft Personengruppen unter bestimmten Bezeichnungen wie etwa Paneuropa-Union, Round Table, EG usw. Viele Bestrebungen verliefen sogar gleichzeitig. Während die Bilderberger an Einfluß verloren und sich auf Wege begaben, die sich als unwichtig erwiesen, bekam die Trilaterale Kommission Oberwasser, und dann war für Augenblicke mit der deutschen Teilvereinigung die EG (2 mal 4) in den Schlagzeilen. Und der Wegfall der Sowjetunion erforderte eine ganz erhebliche Umstellung in den aktiven internationalen Gremien, die alle nicht vorgesehen waren. Die NATO bekam ein ganz anderes Gesicht. Und es war der Fall Jugoslawien, den der schon im Falle Mugabes mitpokernde Lord Carrington dann unter seine Fittiche nahm. Diese Veränderungen durften nicht zu einem Sieg des „Nationalismus" führen, und doch gelang keine einhellige Verurteilung desselben. Man ist bemüht, ihn einzubauen anstatt zu beseitigen. Dieses ganze Zusammenspiel kann man nur verstehen, wenn man dahinter eine Kraft sieht, die in zweierlei Richtung zieht: 1.) hin zur Einen Welt, und 2.) hin zur einheitlichen Menschheit. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine Zerstörungsarbeit notwendig, wie sie die Geschichte der Menschheit bisher nicht erlebt hat. Sie ist allgegenwärtig, macht nirgends halt, weder vor den Wohnungstüren noch vor den entferntesten Orten. Als ihr Symbol könnte man den Zeigefinger nennen. Wenn man nicht gar dort forscht, wo der ganze Zauber herkommt: Da heißt es nämlich in den Riten der Freimauerei für den 19. Grad, jenem also, da die hierarchische Leiter den Weg beginnt, der hinführt zum 30. Grad des Ritters Kadosch: *„Ein einziges Licht erhellt den Tempel im Osten, wo der ‚Dreifach Mächtige Meister' seinen Platz hat. Dieser trägt auf der Stirne eine blaue Binde, verziert durch zwölf goldene Sterne."* Jetzt wissen wir, woher die Europa-Flagge kommt. (128).

Das Ergebnis ist dann kaum noch widersprochen: *„Ich sehe die bundesdeutsche Gesellschaft in einem Prozeß der Auflösung, ja der Verwahrlosung, dem nicht nur die Politiker in einer Art Lähmung gegenüberstehen."* (Peter Schneider, „Spiegel" 3/1993).

Im Zeichen des Materialismus

Für die Rechte bedeutet **Maastricht** die Zerstörung der nationalen Leistung und deren Aufgehen in einer Wirtschaft, die in erster Linie dem Kapital dient.

Für die marxistische Linke bedeutet Maastricht die Schaffung eines Europas der Multi, das die Gesellschaft und die Politik dominiert.

Fehlt also nur noch, daß die Linke begreift, daß die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zusammen mit den nationalen Leistungen der Völker Europas unterzugehen drohen. Daß es also die eigene politische Macht schwächt, den Nationalismus zu bekämpfen.

Für die Rechte gibt es keine Versöhnung mit dem Materialismus, mit seiner besonderen Form des Kapitalismus. Für die Linke aber ist eine solche Verständigung möglich. Es ist dann denkbar, wenn die Linke eine andere Haltung zur Politik, eine politische Neuorientierung findet. Dazu muß sie zunächst begreifen, daß die bisherige politische Linie ins Leere stößt: es gibt keine Arbeiterschaft mehr, schon gar nicht mehr ein Proletariat.

Die Linke hatte immer begriffen, daß Politik von der Wirtschaft her bestimmt wird. Sie hat das sogar gefordert. Sie ist sogar auf dieser Woge vorangekommen. Aber dann hat sie einen Graben gezogen zwischen den Arbeitnehmern und auf der anderen Seite Montanunion /EWG/ Maastricht. Sie ist ausgestiegen aus dem Zug, den der Materialismus vorschreiben wollte. Der gleiche Zug, der sie als Trittbrettfahrer mit besonderen Rechten mitfahren ließ, wurde ihr dann suspekt.

Die gleiche Entwicklung, die zur Arbeiterschaft geführt hatte, warf die Mehrheit jetzt in die **Dienstleistungen** und andere wieder in die Kurzarbeit oder gar in die **Arbeitslosigkeit,** nähmlich der Hunger des Kapitals, sich zu mehren. Die Arbeiterschaft wurde einem Wandel unterzogen, der ihr ein anderes politisches Gesicht gab. Der Glaube an eine konsequente Weiterentwicklung ist zerbrochen, was die politische Größe „Arbeiterschaft" angeht. Das Kapital geht in eine Richtung, in welcher nicht mehr Tarifverträge das Wichtigste sind. Die Gewerkschaften sind aus dem Sattel geflogen, überall. Die wirtschaftliche Welt muß sich neu organisieren, der Arbeiter neu orientieren. Aus Chemnitz erhalte ich einen Brief: *„Bin derzeit arbeitslos, aber nicht ohne Arbeit."* (129). Kapitalkonzentrationen, Grenzen-Losigkeit, Berücksichtigung der technischen Entwicklungen bei Produktion und Transport, und bei der Behandlung der Arbeitnehmer.

Das Ausbooten der Arbeitnehmer als tragenden Faktor in der Wirtschaft läßt sich sehr leicht als Ausdruck von **Diktatur des Geldes** deuten. Mit dem Wegfall anderer Überschriften, insbesondere des **Staates,** aber auch der **Religionen** (christliche Gewerkschaften, Kolpinghaus usw.), gibt es nur noch einen einzigen Regenten, das organisierte **Kapital.**

Aber auch dieses hat einen Wandel vollzogen. Vor zweihundert Jahren, unter der Aufsicht der wucherfeindlichen katholischen Kirche, war es jüdisch. Viele Wesenszüge haben sich seitdem im Bankwesen als jüdisch erhalten, aber keineswegs mehr sind es die beherrschenden. Die Freimaurerei hat dort ihren eigentlichen Siegeszug angetreten, geographisch zentralisiert in der Londoner City und in Wallstreet. Aus diesem letztgenannten Grunde, eben der **Bankenherrschaft** an den Orten ausgesprochen asozialer Verhältnisse, wurde der Übergang zu einer Wirtschaftsorganisation fast ohne Arbeitnehmereinflüsse erleichtert. Marx noch konnte sein Gedankengebäude aufbauen auf dem Manchestertum. Die Ausbeutung, die er in England vor Augen hatte, war der Anstoß seiner Überlegungen und Forderungen. Doch mit dem Wandel, zunächst Einbau der Arbeiter in Volksgemeinschaften (Italien, Spanien, Deutschland, Japan usw), und dann aber der Sieg des **Neoliberalismus,** wurde der Marxismus als Anschauungsunterricht obsolet. Die marxistische Sowjetunion war einfach geschichtlich überholt. Doch der Umbau der Sozialistischen Länder in kapitalistische mußte dann ebenso scheitern, eben weil auch der Kapitalismus unmenschlich, nicht lebensfähig ist. Er führt schnurstraks hin zur Zerstörung der Erde und des Lebens auf ihr, indem er alle Lebensregungen als nachteilig für das Kapital bekämpft.

Man versucht, mit immer größeren Summen vom Gelde her diese tödliche Entwicklung abzubiegen, doch kann das deswegen nicht gelingen, **weil mit Geld keine Hilfe möglich ist,** solange Geldbesitz und Geldhortung und Zinsen die Aufgabe des Geldes denaturieren. Bei der Behandlung osteuropäischer und mitteldeutscher Probleme mit Anleihen und Krediten usw. wiederholt man doch das völlig sinnlose Spiel mit der sogenannten **Entwicklungshilfe,** das man jetzt 40 Jahre lang bereits zu beobachten Gelegenheit genug hatte. Mit GELD wird nichts erreicht. Die materialistische Freimaurerei verwüstet die Erde (130), während sie vorgibt, aufzubauen.

In der Front gegen „Maastricht" treffen sich zwei sehr ungleiche Bundesgenossen: die Angelsachsen und die europäischen „Rechtsradikalen". Beide lehnen das Maastrichter Europamodell ab. Aber aus ganz unterschiedlichen Gründen. In den Rahmen der Neuen Weltordnung, wie sie Washington vorschwebt, paßt kein starkes, geeintes Europa. Den Rechtsradikalen paßt es nicht, daß die nationale Identität der Völker zweitrangig — wenn überhaupt noch — fortleben soll. Doch, grundsätzlich sind auch sie für ein starkes Europa, losgelöst von dem utopisch gelenkten Nordamerika. Ihnen kam es daher gar nicht ungelegen, daß die Abstimmung in Frankreich gerade noch „positiv" ausfiel. Denn das hieß, daß an dem Weg zu Europa festgehalten würde, daß aber dieser Weg und das Ziel mehr noch als bisher den Völkern Europas eine eigne Entfaltung erlaubte. Sie sehen in dieser

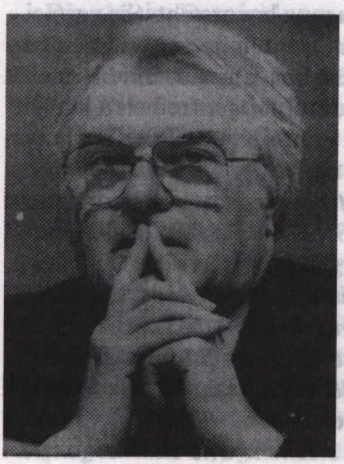
Entfaltung den wichtigsten Kraftquell für die Aufgabe, die Europa bevorsteht. Sie vermeinen, daß mit Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, nicht erreicht werden kann, was aber geschafft werden muß, will man wirklich ein leistungsfähiges Europa formen. Sie betonen, daß es nicht um philosophische Phrasen gehen darf, sondern um Ellbogenfreiheit à la Ayn Rand, Knut Hamsun, Guido Kolbenheyer, Ezra Pound, Alain Fournier und Saint Exupery. Heute aber *„wird oftmals in einer Weise praktiziert, die nur noch wenig mit Individualismus, Wettbewerb und Leistungsethos, aber viel mit Bürokratie, Dirigismus, Versorgungsmentalität zu tun hat. Doch es kann kein Zweifel sein, wo der Schlüssel für den Aufschwung Ost und für die langfristige Sicherung der Leistungskraft der ganzen Volkswirtschaft liegt: in der Nutzung aller Talente und in der Dynamik der Investitionen. Dahin aber führt nicht der Geleitzug der Gleichheit, sondern der Wettbewerb der Ungleichen."* (131).

„Die sich mehr und mehr entwickelnde **Industrie-Politik** *seit Maastricht trägt eindeutig* **sozialistische Züge.** *Dies ist auch nicht verwunderlich, denn die Sozialisten Mitterrand und Delors sind seit Maastricht in der EG federführend. Nur haben unsere willfährigen Politiker in Bonn noch nicht gemerkt, in welcher Zwangsjacke sie stecken. Und Bundeskanzler Kohl und seine Riege lassen sich nicht beirren, so nach dem Motto „Kommen Sie uns nicht mit Argumenten, unsere Meinung ist fest gefaßt". Diese überhebliche Arroganz und vor allem Ignoranz werden wir noch alle teuer bezahlen, wenn nicht bald etwas Entscheidendes vor der Ratifizierung von Maastricht durch das Bonner Parlament geschieht. Ich habe bislang in Industrie und Handel noch niemanden gefunden, der mit der Europa-Politik seit Maastricht einig geht."* (132).

„Der sozialistische Glaube an den von Natur aus guten, nur durch die Zwänge der Gesellschaft pervertierten Menschen lebt nach dem Zerfall des sozialistischen Staatenbundes fort, jetzt allerdings im Westen. (133). *„Die riesige* **Sozialverwaltung** *pflegt dieses Menschenbild genauso liebevoll, wie es vordem im Osten üblich war. Auch sie ist, Zeiten und Parteien übergreifend, von der vortrefflichen, weil nämlich altruistischen Natur des Menschen überzeugt . . . Der Sozialstaat hat durch sein ständiges Dazwischenreden die Hilfsbereitschaft schon im Keim erstickt . . . Er hat den Leuten den banalen Glauben, für die Gesundheit dürfe nichts zu teuer sein, als einen Rechtsanspruch eingeredet, der sich dann in dieser Form gegen andere richtet . . . Die Folge ist die Überbürokratisierung . . . Im voll entwickelten Sozialstaat sind Begriffe wie Fürsorge und Solidarität genauso sinnvoll wie die Phrase von der brüderlichen Hilfe im real existierenden Sozialismus. In Wahrheit gibt es nur verschiedene Administrationen, die öffentliche Bürokratie des Staates und die privaten Bürokratien der Ärzteverbände, der Pharma-Industrie, der Krankenhäuser und der Kassen, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Würde diese geballte Macht auch nur in einem Punkt nachgeben und den Bürgern die Möglichkeit einräumen, für sich selbst einzustehen, müßte das ganze Gebäude in sich zusammenfallen, zumindest sehr viel kleiner werden. Dann nämlich könnten die Bürger zeigen, daß sich seit Bismarcks Zeiten einiges geändert hat. Daß ein für die Ärmsten der Armen geschaffenes Zwangssystem über seine Grenzen hinausgewachsen ist. Daß ein florierender Mittelstand nicht nach Grundsätzen versorgt und betreut werden muß, die für das Proletariat entworfen worden sind. Sie könnten beweisen, daß sie, weil sie weder arm noch dumm, für sich selbst sorgen können und wollen. Das aber kann und will die Sozialstaatsbürokratie nicht zugeben. Deshalb hält sie an der Fiktion vom armen, dummen Bürger fest."* (134).

Das Menschenbild, das hier gezeichnet wird (der Mensch ist gut) ist in der parteipolitischen Wirklichkeit das Sozialistische, aber es ist noch vorher: das der Freimaurerei. Und darum folgen ihm auch Politiker, die nicht im „sozialistischen" Lager stehen.

So häufen sich die Stimmen derjenigen, die davor warnen, eine zu einengende Definierung für den Sozialismus vorzunehmen. Im Kapitel „Italien" kommen wir auf diese Blind-



Pierre Mauroy, in Ablösung des schwerkranken Willy Brandt. Präsident der Sozialistischen Internationale.

heit vieler unserer Staatenlenker zurück. Hier noch ein weiterer Beitrag von Otto Beuck, der als bescheidene Leserstimme in der FAZ (13.2.1993) erschien, aber verdient, mit mehr Beachtung behandelt zu werden: *„Die Linken klagen mir zu sehr, sind mir auch zu eilfertig mit dem Eingestehen, der Sozialismus sei zusammengebrochen und verschwunden. Wenn man einige der Grundthesen des Sozialismus besieht, erkennt man mit Schrecken, wie weit er in den großen westlichen Gesellschaften ohnehin eingesickert ist. Das Prinzip des* **Egalitären** *hat das Schul- und Hochschulsystem bis hin zur Lächerlichkeit zerstört. Man höre sich Berichte junger Menschen an, die nicht gerne nach unten weggedrückt werden möchten. Die politischen Diskussionen um Lohnerhöhungen gehen immer gegen den ‚Besserverdienenden', gegen Beamte, gegen Selbständige. Das geschichtlich bedeutsame Genie wird verschwiegen, um die Universalität der Kultur, wie sie für die Völker und Zeiten gilt, und die Leistung des Einzelnen nicht erkennbar werden zu lassen. Der mittlere Bildungsstand wurde ausgelöscht, der gehobene arg mitgenommen. Der Prozeß der Vermassung und der Politisierung läuft immer noch auf Hochtouren."*

„Die Finanzmächte konzentrieren sich immer stärker. Wahrhaft gesellschaftliches Führen setzt aus. Nach sozialistischem Prinzip wegverteilte Gelder fehlen immer mehr, um echte öffentliche Aufgaben bezahlen zu können. Massenmedien gaukeln Individualität und Wahrheit vor, aber injizieren den Virus der Hörigkeit. Als politische Führer müssen immer öfter unfähige Vertreter berufen werden, weil die Könnenden dem Zirkus fortbleiben und in die berufliche und gesellschaftliche Immigration gehen." (Noch einmal dringend: Lesen Sie den Roman von Ayn Rand „Atlas wirft die Welt ab", neu in München auf deutsch verlegt!) *„Ernsthafte Wissenschaft wird im Zitieren der Scharlatane diskriminiert, wird für die heutige Katastrophe verantwortlich gemacht, wiewohl von ihr warnende Töne sehr früh kamen. Die gleiche Wissenschaft wird als abendländisch beschrieben, die es zu überwinden gilt. Abendland ist schlecht. Wissenschaftliche Ergebnisse, auch klassische, werden im Sinne Galileischer Zeit verschwiegen oder ‚überwunden'. Notwendiges technisches Handeln wird verhindert, Spielkram an seine Stelle gesetzt. Gesellschaftsdaten werden verschwiegen oder manipuliert.* **Sprache** *wird versimpelt, infantilisiert.* **Das christliche Fundament** *wird öffentlich und mit viel Geschrei zertrümmert. Pfarrer predigen gegen ihre eigene Religion. Politiker reden in Kirchen."*

„Der Begriff **Kultur** *wird verwässert und entstellt. Er wird gefügig gemacht. Das Volk glaubt dem öffentlichen Treiben nicht mehr, wendet sich angeekelt ab. Der* **westliche Sozialismus** *beginnt zu schwanken. Wenn er wirklich zusammenbricht, dann beginnt der Spaß erst richtig. Der östliche Sozialismus zerbrach wegen seines geringen Weltkontakts, der westliche wird wegen des Klimas scheitern."*

Die letzten Mohikaner

Im Januar 1993 wurde auf Veranlassung von Jack Lang und François Mitterand in Paris die **Weltakademie der Kulturen** (Académie universelle des Cultures) gegründet. Zu den Gründern gehörten letzte Aufrechte wie Maria Vargas LLosa, Octavio Paz, Jorge Semprun, Yehudi Menuhin, Luciano Berio, François Gros, Liv Ullman, Federico Fellini. Präsident dieser Arche Noah des Sozialismus wurde Elie Wiesel (siehe XI, 14 und XIII, 350). Der „Spiegel" (9/93) kommentiert bissig: *„Die Gründung der Akademie zeigt, wie sehr die Zukunft der Intellektuellen immer noch ihrer Vergangeheit gleicht."* Man wird sich also weiter gegenseitig mit Preisen ehren, Zaungäste des herbeigeredeten Elends. Vor allem aber wird in stärkerem Umfang als schon bisher nicht argumentiert werden (denn die letzten Argumente schwommen davon), sondern suggeriert. Die mit Lichterketten suggerierte Ausländerfeindlichkeit, der mit bezahltem Hitlergruß suggerierte Antisemitismus belegen es. Das aber bedeutet vermehrte Ausschaltung von Denken und Urteilskraft. Solange solchen Kräften die überbordenden Geldmittel zufließen, die ihnen über ungezählte Institute, Stiftungen, „Kulturelle Vereinigungen", Literaturzeitschriften, Theaterprogramme mit den entsprechenden suggerierenden Überschriften zur Verfügung stehen, und andernorts weiter pausenlos und ungehindert gemordet, zerstört und vertrieben wird, zweistellige Milliardenbeträge der Wirtschaft entzogen und zum Aufbau einer lebensunfähigen Welt verwandt werden, kann man nur von einem Scheintod sprechen. Der eigentliche Kampf geht „verdeckt" weiter!

Neoliberalismus

Karl von Vogelsang hat die heutige Entwicklung, die Methoden des Kapitals und ihre Ursachen bereits vor hundert Jahren mit unübertrefflichem Scharfblick gesehen und für heute wie für seine Zeit gültig formuliert. Einhundert Jahre, 36.500 Tage haben inzwischen bewiesen, daß Vogelsang — im Gegensatz zu den unzähligen hochgelobten „Weisen" dieser Zeit — Recht hatte. Die Wiener Zeitschrift „Das Neue Volk" zitiert im Dezember 1992 Vogelsang:

„Die liberale Wirtschaftslehre, welche den **Freihandel mit Waren** *zum Prinzip erhoben hat, verteidigt auch den von ihr hervorgerufenen* **Freihandel mit Arbeit,** *oder — da die Arbeit von dem Arbeiter nicht getrennt werden kann — den* **Freihandel mit Menschen.** *Es kümmert sie wenig, wenn das eigene Volk dadurch hart bedrängt wird, geradeso wie es ihr*

gleichgültig war, als bei uns die wichtigsten Berufsstände zugrundegingen, infolge der freien Einfuhr fremder, billiger Arbeitsprodukte. Das herrschende kapitalistische System stellt die möglich billigste Produktion, den möglich höchsten Reinertrag als erste Forderung einer vernunftsgemäßen Wirtschaftslehre auf; man bezieht also die Rohprodukte oder die Halbfabrikate, die Arbeitskräfte von da, wo sie am billigsten zu bekommen sind. Wir sehen daher eine immer wachsende Verschiebung der Nationalitätsverhältnisse sich vollziehen: der niedere Standard of comfort verdrängt den höheren, das heißt die niedere **Kulturstufe** *verdrängt die höhere."*

„Es ist das eine Völkerwanderung nach dem umgekehrten Prinzip des Darwinismus. In dem jetzigen Kampfe um das Dasein, den der Kapitalismus heraufbeschworen hat, geht das niedriger veranlagte Individuum als Sieger hervor, nicht das stärkere. Es ist das ganz natürlich, denn das erste akkomodiert sich leichter dem ehernen Lohngesetze und seinen degenerierenden Folgen. Einst verdrängten die zahlreichen, stärkeren, mutigsten Völker die Schwächeren und entnervteren. Jetzt, unter der Herrschaft des Kapitalismus, verdrängen diejenigen Nationalitäten, welche sich am widerstandslosesten den ausbeuterischen Gesetzen des Kapitalismus unterwerfen, diejenigen, welche sich dieser Unterwerfung nicht fügen wollen. So fließt diese aufgelöste Welle durcheinander, so verdrängt der Bedürfnislosere jenen, der ein geordnetes Kulturleben gewöhnt ist."

„Noch ist es der liberalen Geldwirtschaft, welche die höheren Organisationen des Staates und der Gesellschaft aufgelöst hat, nicht gelungen, die in der Sitte festgewurzelten niederen Organisationen ebenfalls geistig ganz zu zersetzen und die Umwandlung des Volkes in eine Pöbelmasse, in eine zusammenhanglose Sanddüne zu vollenden."

„Die Auflösung der Gesellschaft zugunsten der modernen Industrie ist die Ursache des riesig angewachsenen Vagabundentums. Ein spekulativer Industrieller, der sich im Besitze irgendeines Vorteils über seine Konkurrenten weiß, oder glaubt, beruft Arbeitskräfte aus allen Gegenden, wo sie billig und brauchbar zu haben sind."

„Es ist eine Eigentümlichkeit des liberalen Systems, das Zusammengehörige zu trennen, das Disparate zusammenzufügen. So wirft man alle Klassen, Rassen, Beschäftigungen zu einem unterschiedslosen Gleichheitsbrei zusammen und begründet mit der Behauptung, daß dies demokratisch sei, die Herrschaft der Geldreichen."

Man ist auch „links" nicht sehr zufrieden mit dem Sieg des **Neoliberalismus.** Zwei Stimmen sollen da zu Worte kommen:

„Die Seiten der Zeitungen, in denen man sich über die Sorgen der Intellektuellen breit macht, scheinen eine einzige Klagemauer zu sein, an der sich tausende von Philosophen, Schriftstellern, Filmschauspielern und Künstlern die Köpfe zerschlagen, alle jene, die vor 1989 im Glauben an die Regenerierung der Welt im Feuer der Revolution lebten. In einer Mischung von Arroganz und Selbstbemitleidung nehmen sie für sich das Recht in Anspruch, träumen zu dürfen, und nennen elende Wichte ohne Vorstellungsvermögen, die nicht mehr ihre Spinnereien teilen. Alle zahlreichen Gebrechen der westlichen Gesellschaft kreiden sie dem Neoliberalismus an und behaupten mit großer Zufriedenheit, daß er bald schon den gleichen Weg gehen wird wie der Kommunismus. Das heißt, nicht anders wie Adolf Hitler und Fidel Castro ziehen sie die Apokalypse dem moralischen Triumph ihrer Feinde vor. Nicht alle aber fröhnen diesem absoluten Pessimismus. Einige hoffen, mit einer ‚Alternative' könnte man der abscheulichen neoliberalen Nacht entweichen. Doch, so viel sie überall suchen, sie finden keine. Sie meinen, die Menschheit braucht eine ‚neue Religion'. Jene Individuen, die wegen des vermeintlichen Hinscheidens einer Utopie — das heißt, einer Hypothese, die sich als illusorisch erwies — Trauer tragen, scheinen heute zu glauben, daß sie nicht mehr mitmachen können, solange der Planet nicht völlig anders geworden ist." (135).

Und gleich in der gleichen Zeitung ein etwas linkisch wirkender Versuch, dem Gang der Ereignisse doch etwas Positives abzugewinnen: *„1993 (Maastricht) hat 1848 nur deswegen beerdigt, weil es sein Vermächtnis aufgreifen konnte. Wo ein Ende ist, ist auch ein Beginn, und das Europa von heute ist gekommen, um dem besten Erbgut von 1848 ein Weiterleben zu schaffen: politische Demokratie, Contrato social, Staatsbürgerschaft, Entwicklung der produktiven Kräfte. Das erklärt den Fortbestand des Staates, der die Nation überlebt hat. Der Markt, die Furie des Kapitals, hat die Nation als illusorische natürliche Einheit der Völker in die Luft gesprengt. Die Nation ist nicht mehr das Heim für ein Ausreifen geistiger Identität. Die Entwicklung des Kapitals ermöglichte die Illusion* (von der Bedeutung der Nation — aus der dann der Nationalismus geboren wurde), *bis die Grenzen von der Konzentration und Internationalisierung des Kapitals überschwemmt wurden. So ist die Nation heute zu Friedhofsmelancholie mit unwiderbringlicher Vergangenheit verurteilt. Was bleibt, ist ein kultureller Ballast, der genauso ‚künstlich' vor zweihundert Jahren erfunden wurde wie man heute die ‚Bürokratie von Brüssel' künstlich nennt."* (136).

Man darf zusammenfassend feststellen, daß die Ideologien, dieser Religionsersatz, in diesen Jahren in ihrer Gesamtheit nach dem Zusammenbruch des Sozialismus jede Siegeszuversicht verloren haben. Um so erstaunlicher, daß man erneut politische Konstruktionen (Maastricht etwa) mit ideologischem Hintergrund auf die Beine zu stellen versucht.

Betrügerische Redewendungen

Man hat den Eindruck, daß es nur darauf ankommt, einen **Weltstaat** vorzubereiten. Ob dieser sozialistisch oder liberal/kapitalistisch ist, spielt nur eine Nebenrolle. Man ist bereit, das „Europa-Vokabular" (NZZ) so zu drehen, wie es notwendig ist, um die nächsten Bundestagswahlen in zwei Jahren zu gewinnen. Typisch für die offen betrügerischen Redewendungen ist das Grundsatzprogramm der CDU, das diese im Oktober 1992 aufstellte (137). Da heißt es jetzt auf einmal: *„Die Vollendung der Europäischen Union bedeutet nicht die Auflösung der Nationalstaaten."* Und weiter: *„Weder Bundesstaat noch Staatenbund als Ziel. Die CDU will Abschied von ihrer jahrzehntelangen programmatischen Zielsetzung nehmen, die europäische Einigung bis zur Schaffung eines Bundesstaates zu führen, der bisher auch in der Rhetorik Bundeskanzlers Kohl mit dem Begriff der* **Vereinigten Staaten von Europa** *gekennzeichnet wurde. Der Vorsitzende der mit der Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogramms beschäftigten Kommission, Göhner, verkündete in Bonn die Absicht, die Europäische Union als ‚etwas völlig Neues in der Geschichte internationaler Staatenzusammenschlüsse' zu definieren . . . Man greift zu dem in einem definitorischen Engpaß stets bewährten Mittel, indem die Programmkommission erklärt, man strebe eine im wahren Wortsinn eigenartige Sache oder eben einen europäischen Zusammenschluß sui generis an. Es ist ein Ausweg."* (NZZ). Für uns ist es Bauernfängerei und Wortklauberei in der böswilligen Absicht, sich ein Abstimmungsergebnis zu erschleichen, die europäischen Völker in einen Käfig zu zwingen (wie man die Völker des Südostens in den jugoslawischen Käfig zwang), aus dem es dann nach weiterer Wortverdrehung kein Hinaus mehr geben soll.

Die Bonner Doppelzüngigkeit zeigt sich auch in Bezug auf den angestrebten Sitz im **Weltsicherheitsrat.** Kein Deutscher ist in der Lage, zu sagen, was seine Regierung eigentlich will. Während Außenminister Klaus Kinkel diesen Sitz für Deutschland fordert, plädiert die CDU dafür, daß die Europäische Union einen solchen Sitz erhalte. *„Das zeigt,*

daß auch dem jetzt angestrebten europäischen Zusammenschluß sui generis durchaus Attribute und Kompetenzen eines Staates übertragen werden sollen" (NZZ), und zwar im wichtigsten Fall heutiger internationaler Betätigung!

Am 27. Oktober 1992 wiederholte Kohl dann auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf erneut, *„daß es nicht um die Bildung eines europäischen Bundesstaates nach dem Modell der USA geht."* Er betonte ausdrücklich, daß das **Subsidiaritätsprinzip** herrschen werde, das einem europäischen Überstaat entgegenstehe. Danach wird eine Entscheidung nur dann nach oben weitergegeben, wenn die höhere Ebene darüber besser befinden kann, mithin angeblich ein Maximum an Dezentralisierung geschaffen werde. In Wirklichkiet aber wird die höhere Ebene weitgehend von ihrer Verantwortung entlastet, ohne daß etwa darum von der internationalistischen Linie abgebogen wird. „Besser finden" bezieht sich in Zukunft auf die utopischen Forderungen, nicht aber auf die nationalen Interessen. Es ist uns nicht gelungen, in der deutschen Medienwelt Stimmen zu finden, die auf diesen doch völlig klar vorliegenden Sachverhalt warnend hingewiesen haben.

Die Vorstellungen von einer Wirtschafts- und Währungsunion zeigen das gleiche diffuse Bild nicht durchdachter Pläne, das wir in anderen Fragen feststellen mußten.

Auf dem EG Gipfel in Edinburgh lehnte **Spanien** sodann weitere Mitarbeit ab, wenn nicht die Hilfe für die ärmeren Mitglieder erhöht werde. Und **Norwegen** beschloß die Loslösung seiner Währung von den EG-Bindungen. In **Deutschland** aber begann man, massiv die Bevölkerung mit dem Thema „Ausländerfeindlichkeit" zu unterhalten.

Internationalismus

Bei dem Versuch, Leser auf die dunkle Macht im Hintergrund aufmerksam zu machen, ohne die Gefahr zu laufen, die erwachsen könnte, wenn man sie beim Namen nennt, hat sich ein weiterer Begriff eingebürgert. Nachdem die „Insider" sich bereits die Medien erobert haben, taucht jetzt das Wort „Internationalisten" auf. Bush bezeichnet sich offen als „Internationalist". Die deutsche Außenpolitik ist nicht etwa „utopisch", sie ist „internationalistisch", ja sie ist sogar „prinzipiell internationalistisch". Es ist ihr Prinzip, ihr Grundzug, ihr Wesen, internationalistisch zu sein. So Günther Nonnenmacher in der FAZ am 22. Oktober 1992. Dabei meint man natürlich einen ganz bestimmten institutionalisierten Internationalismus, eben die Färbung einer Weltpolitik, wie sie sich heute darbietet.

Deutsche Außenpolitik

Nonnenmacher berichtet von einem Symposium der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und sagt: *„Als gemeinsamer Nenner der Vorträge und Diskussionen lassen sich die Schwierigkeit und die Widersprüchlichkeit erkennen, daß Deutschland in einer Welt, die sich von Grund auf verändert hat und noch nicht zur Ruhe gekommen ist, eine Außenpolitik unter dem Stichwort Kontinuität und mit dem Fluchtpunkt Stabilität betreibt. Das wird von machem als eine geradezu moralische Verpflichtung beschworen . . . Deutschland ist hochgradig in die westliche Weltwirtschaftsordnung eingebunden . . . Eine Neuorientierung der deutschen Wirtschaft ist kaum möglich, jedenfalls nicht ohne verhee-*

rende Folgen . . . Das sind plausible Begründungen für die Fortführung des prinzipiellen Internationalismus der deutschen Außenpolitik."

Was Kontinuität und Stabilität zu tun haben mit hochgradiger (!) Einbindung in die westliche Weltwirtschaftsordnung, die ihre Zentrale in Washington hat, ist vielmehr in der derzeitigen Lage, in der sich die USA befinden, eher mit mehr Stabilität verbunden; besser, man ließe also das Wort „westlich" fort. Instabil erscheint uns vielmehr, was uns unter der Ägide Washingtons erwartet. Von Bosnien bis Kambodscha, von Moskau bis Somalia, vom Umweltgipfel in Rio bis zu verdammt unstabilen Welthandelsvorstellungen, sind die USA alles andere als vorbildlicher Stabilitätsfaktor. Eine Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die das in einem Augenblick übersieht, wo die deutsche Regierung außerdem unter der Überschrift „Maastricht" sehr abenteuerliche Experimente in Europa angeht, scheint ihrerseits alles andere als einen Allwetterweg in die Zukunft zu betreten.

Das Wort „West" hat nur solange Sinn gehabt, als es auch ein „Ost" gab. Beide Worte leben von der Existenz einer Mitte, die zwischen ihnen liegt und von der aus die Himmelsrichtungen festgelegt werden. Wenn es kein „Ost" mehr gibt, dann ist aus „West" etwas geworden, das sich nicht mehr in einer bestimmten Richtung, nämlich nach Osten hin definieren läßt. Daß man heute diese billige Wahrheit nicht überall wahr haben will, zeigt, daß man nicht gewillt ist, von „Ost" Abschied zu nehmen. „Ost" ist denn also auch nur teilweise verschwunden. Die verbliebenen Reste werden sogar in dem Maße wiederbelebt, als man im „Westen" Machtgelüste zeigt, die sich darin ausdrücken, daß man das bisherige „Ost" in „West" eingliedern möchte, wie man es mit Mitteldeutschland tat. Alle Versuche, im bisherigen Osten westliche Werte, westliche Lebensformen, westliche Meinungen, westliche Freizeitgestaltung, westliche Arbeitsnormen, westliche Kleidung, westliche Ausdrucksformen, westliche Hierarchien, westliche sittliche Normen einzuführen, wirken dann zerstörend, wenn dies aus Besatzungsmentalität heraus erfolgt.

Mit dem Begriff „die neuen Bundesländer" will man das Wort „Ostdeutschland" ausschalten. Man hat gemerkt, daß es ein Bumerang ist, denn es hält einen Graben innerhalb Deutschlands offen, der von den Besatzern geschaffen worden war und mit dem Ende der Besatzung eigentlich zugeschüttet werden sollte.

Doch, warum gibt es denn kein „Ost" mehr? War der Westen etwa wirklich stärker und gesünder? War es das Ergebnis eines Gegeneinanders, eines Turniers, sei es mit Waffen oder Worten oder Industrieprodukten? Nein, im Gegenteil, der Zusammenbruch der Ordnung im Osten, für uns am sichtbarsten in der damaligen DDR, war erzwungen worden von Menschen im Osten. Im Westen hat man sogar vielfach diese von Gorbatschow repräsentierte Entwicklung zu bremsen versucht, aus der kindischen Furcht vor einem erstarkenden Deutschland, aus Minderwertigkeitsgefühlen, aus schlechtem Gewissen.

Was Zukunft hat, ist darum eine Neue Welt, in der auch das wort „West" verschwunden ist. In diesem Sinne darf man einer Internationalisierung das Wort reden. Die nationalen Partikel haben den gleichen Stellenwert beiderseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Um Frieden einkehren zu lassen, ist es notwendig, a l l e Reminiszenzen der geteilten Welt zu vergessen. Dazu gehören auch Hitler und Stalin. Darum ist der Prozeß gegen Honecker ein obsoletes Verbrechen gegen die Geschichte, so wie es das Umstürzen von Grabsteinen auf jüdischen Friedhöfen ist.

Man kann sich offener ausdrücken. Die USA haben sich zu Alleinherrschern entwickelt und bemühen sich, die Welt nach den Gesichtspunkten jener Utopie zu ordnen, die an ihrer Wiege stand, obwohl auch diese Einzwängung der lebendigen Welt in eine Philosophie zum Scheitern verurteilt ist. Deutschland (und das übrige Europa) darf in dieser sich „neuorientierenden Welt", „die noch nicht zur Ruhe gekommen ist", „keine Neuorientierung vornehmen". Das ist „eine geradezu moralische Verpflichtung". Aus dieser

entwickelt sich „die Fortführung des prinzipiellen Internationalismus". Damit wird also implicite und ohne Abstriche zugegeben, daß die deutsche Außenpolitik bisher internationalistisch orientiert war. Alle gegenteiligen Redewendungen waren Täuschungsmanöver. War bisher schon alles Nationale zweitrangig im Vergleich zur dominierenden prinzipiellen Richtung, so soll das auch in Zukunft so bleiben, obwohl die angebliche Ursache des bisherigen Sicherheitsbündnisses fortgefallen ist.

Denn, bisher wurde der „Internationalismus" hingestellt als ein Rettungsanker angesichts der sowjetischen Drohungen. Man war alleine zu schwach; darum die Atlantische Gemeinschaft. Der Internationalismus war bislang in den Augen der Völker ein notgeborener Zusatz zur jeweiligen nationalen Außenpolitik. Als die Bedrohung fortfiel, hofften die Europäer auf eine Befreiung von dieser Bindung an die USA. Noch bevor sich diese Gefühle manifestierten, schlug den Internationalisten bereits das böse Gewissen. Man erwartete — gestützt auf die Erfahrungen in anderen Ländern — eine **Befreiungsbewegung.** In der Tag hat sie sich auch manifestiert, doch nicht in dem Umfang und nicht in den Fragen, die als erste auf der Tagesordnung standen. Die NATO wurde darum in die neue Zeit hinübergerettet, die Feindstaatenklausel blieb, der Freihandel wurde verstärkt propagiert, die Ausländer- und Asylantenpolitik nicht verändert, die Unterstützung der Großbanken und der Ölmagnate sogar hineingetrieben in einen Krieg auf Kosten Europas (und Japans). Dadurch kam der Internationalismus ernstlich in Verruf. Das Boot, das in die Zukunft rudern sollte, wurde überladen. Es trug den Namen **Maastricht.** Man sieht sich gezwungen, den „Internationalismus" zu verteidigen, seine (angeblichen) Vorteile herauszustreichen. So heißt es bei Nonnenmacher: *„Konflikte* (zwischen Deutschland und anderen EG-Mitgliedern) *lassen sich in einem internationalistischen Operationsfeld noch eher begrenzen und in ihren Auswirkungen zähmen, als dies im Fall des Hervorkehrens eines nationalen Standpunktes möglich wäre."*

Das scheint uns doch sehr die Frage zu sein. Gerade unsere Zeit ist voll von Beispielen, wo erst erzwungener Internationalismus zum blutigen Nationalismus führte. Vor allem läuft eine internationalistisch gekleidete Außenpolitik dauernd, stündlich Gefahr, mißverstanden zu werden. Bei jedem Wort, jeder Handlung vermutet man dahinterstehende nationalistische Interessen. Die dauernden Bemühungen deutscher führender Politiker, die „Furcht vor einem IV. Reich" zu vertreiben, ist allen gegenwärtig. Das ist eine unvermeidliche Folge der Tatsache, daß nach wie vor nationale Beweggründe den Menschen plausibler sind als internationalistische.

Mit diesen Bemerkungen führen wir unsere Leser in das Zentrum der heutigen außenpolitischen Problematik. Doch ohne Klärung einiger Begriffe und Richtigstellung vieler Falschmeldungen würde das Begriffsvermögen des Lesers überfordert. Daher holen wir zunächst etwas aus.

Gerangel um Maastricht

Deutschland muß, um eine Ratifizierung von Maastricht zu ermöglichen, das Grundgesetz ändern (Art. 23). Das bezieht sich insbesondere auf die Übertragung von Hoheitsrechten an die **Europäische Union.** Dabei erachtet die SPD für jegliche Übertragung von Hoheitsrechten die Notwendigkeit einer Zweidrittel Mehrheit im Bundestag und Bundesrat, während die CDU dieses Erfordernis nur auf jene Fälle beschränkt sieht bei der

„Begründung der Europäischen Union und bei Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden." Schon vor der Geburt einer Europäischen Union ist man sich in Bonn uneinig, in welchem Umfange die Politiker zustimmen müssen (die Wähler werden ohnehin nicht gefragt). Eine Art demokratischer Gentechnologie.

Es wird nicht nur Art. 23 aufgehoben, es werden eine ganze Reihe von Artikeln des **Grundgesetzes** geändert. Im Einzelnen:

Am 2.12.1992 wird Art. 23 GG aufgehoben. Er lautete: *„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."*

An seine Stelle tritt der „Europa-Artikel" *„(1) Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Art. 79 Abs. 2 und 3.*

An Art. 24 wird hinter Absatz 1 ein Absatz 1a eingefügt, der es ermöglicht, daß Länderregierungen auf bisher ausgeübte Hoheitsrechte verzeichten können: *„Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen."*

In Art. 28, Abs. 1 wird dann ein **kommunales Ausländerwahlrecht** eingeführt: *„Bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EG besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar."*

Ist schon dieses gesamte Gesetzeswerk ohne Volksabstimmung vor sich gegangen, so wird insbesondere der letztgenannte Artikel bei seiner Einführung kaum in den Medien erwähnt. Er wurde, wie „Recht und Wahrheit" dazu sagt, „über Nacht und Nebel" eingeführt!

Artikel 45 wurde neugefaßt: *„Der Bundestag bestellt einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Art. 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen."*

Artikel 50 wurde ebenfalls neugefaßt: *„Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit."*

Die Zeitschrift „Recht und Wahrheit", der wir diese Texte entnahmen, kommentiert: *„Es ist die Handlungsweise eines sich in hüllenloser Obszönität zeigenden Klüngels, der hinter der undurchdringlichen Kulisse der Europäischen Union Deckung sucht, um von dort aus weiterhin unangefochten seine anonyme Rolle als ‚Lenker Europas' spielen zu können."*

Die Verfassungsdebatte im Bundestag findet in einem Augenblick statt, da nicht nur durch den Beitritt der neuen Länder, nicht nur durch Überprüfung des Ausländer- und

Asylantenkomplexes, nicht nur durch die gewachsenen internationalen Anforderungen die Situation Deutschlands eine andere geworden ist, sondern da in erster Linie die jeder Bonner Aktivität zugrundeliegende Philosophie sich in neuen Instrumenten ausdrücken muß, ohne aber dabei ihre Machtposition und ihr Ziel zu ändern. Eine Besprechung des Buches von Thomas Kreuder (Hrsg.) „Der orientierungslose Leviathan" (FAZ Herfried Münkler, 5.8.1992) entnehmen wir, was man als charakteristisch für das Bonner Dilemma ansehen muß: *„Als Thomas Hobbes das Bild des biblischen Seeungeheuers Leviathan zur symbolischen Verdichtung seiner Staatslehre wählte, wollte er damit zum Ausdruck bringen, daß es keine partikuläre Macht, keine gesellschaftliche Gruppe geben solle und dürfe, die dem Staat an Wissen und Macht gleichkomme. Im Sinne dieses Hobbesschen Bildes ist* **der Staat** *heute nicht nur orientierungslos, sondern nicht mehr existent, und das unter Bedingungen, da er mit womöglich größeren und bedeutenderen Anforderungen konfrontiert ist als je zuvor. Es ist keineswegs so, daß eine solche Feststellung, wie dies vielleicht vor einigen Jahren noch der Fall gewesen sein mag, bei Konservativen eher mit Bedauern, bei progressiven eher mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wird, ist doch in vielen Fragen, die der alten und neuen Linken politisch wichtig sind, in der Technologiepolitik oder in der Begrenzung der von technisch-wissenschaftlichen Entwicklungen ausgehenden Gefährdungen, in der Frage der Frauengleichstellung oder der ‚alten' Wohlfahrtsstaatlichkeit, der Staat der wichtigste Adressat der politischen Forderungen. Und wenn er sich als schwach erweist — was kann dann durchgesetzt werden?"* Und wenn er bewußt geschwächt wurde? Fehlendes Beamtenethos, fehlende Schutzmaßnahmen für die eigenen Staatsbürger, Korruption, Privatisierung, künstlich konstruierte internationale Interdependenz, Beschimpfung konstruktiver staatlicher Betätigung als „Nationalismus", organisierte Ablehnung der (gefälschten) Geschichte, Verhinderung der Bildung von nationalen und internationalen Führungseliten, Unterbezahlung der Leistung und Öffnung für die Spekulation, wobei alles Genannte Teile des Arbeitsfeldes der Freimaurerei sind, — sind einige der Kräfte, die angesetzt wurden, um den Staat zu beseitigen. Die Folge: Terror und Gewalt machen nirgends mehr halt. Die Zentren der derzeitigen Maurerherrschaft selbst stehen unter Beschuß.

Anfang November 1992 verkündet der britische Premier John Major, daß die **englische Ratifizierung** der Maastrichter Verträge erst nach dem zweiten dänischen Referendum erfolgen könne. Österreichs Außenminister Alois Mock meint daraufhin, daß das österreichische Referendum dann unter Umständen erst nach den nächsten Nationalratswahlen 1994 stattfinden könne. Kohl fliegt darum sofort nach London und erreicht eine Erklärung Majors, wonach die Ratifizierung noch vor den parlamentarischen Sommerferien 1993 erfolgen könne.

Geht es im Augenblick auch in erster Linie darum, die negativen Folgen von Maastricht vor den Völkern zu vertuschen, so wird von dem gewonnenen Terrain doch nichts preisgegeben. Ohne Pause stellen die Brüder weltweit fest, was alles unter ihrer Herrschaft noch möglich ist. „Stillstand ist Rückschlag", wie Kohl den ihm aus dem Dunkeln erteilten Befehl öffentlich interpretiert. Darum immer neue Erfindungen, wie man die Regierung durch Verwaltung bis hin zur Unregierbarkeit ersetzen kann und wie man alle soliden Teile der bisherigen Welt, Staaten, Familie, Eigentum nach und nach aushöhlen und beseitigen kann. Derzeit sind **Privatisierungen** des staatlichen Eigentums — keineswegs etwa nur in den Ostländern — im Gespräch. Dabei kann man sogar gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Man nimmt der Nation und man gibt dem Bruder. Auf ihren **Gipfeln** tauschen die Verschworenen ihre Erfahrungen aus und geben Tips weiter. Und zusätzlich die Blitzbesuche Kohls in England, Frankreich und Italien. Es gibt einen geheimen Inhalt solcher Treffen.

Während sich inzwischen auch das Datum des **Schweizer** Referendums für oder gegen einen Beitritt in den EWR nähert, lesen wir einen Kommentar zu den amtlichen Rattenfängerparolen aus Bern: *„Wer wollte denn da noch gegen den EWR sein? Nur jene Leute, welche die Geschichte vom Schlaraffenland nicht glauben. Aber das sind sowieso solche, die sogar die wahren Geschichten der Gebrüder Grimm oder jene aus 1001 Nacht anzweifeln."*

„Wenn aber jemand in den vergangenen Wochen die Zeitungen genau gelesen und bei Radio- und Fernsehnachrichten aufmerksam hingehört und nicht gepfuust hat, dann weiß er jetzt, welch ein Glück uns erwartet und wo Europli den Most holt."

„Hier eine kurze Zusammenfassung: Wir erhalten höhere Löhne und dafür tiefere Preise. Es wird bedeutende wirtschaftliche Vorteile geben für die Arbeitnehmer, die Industrie, das Gewerbe sowie für Künstler, Ärzte, Juristen und überhaupt für jedermann. Die Konsumenten erhalten besseren Schutz und die Banken mehr Geld. Die Produzenten dürfen auch bei uns wieder etwas mehr bisher verbotene Geheimnisse ins Zeug mixen. Die Töffe dürfen ab 1995 etwas lauter knattern, man hört sie nach dem Vorbeifahren ja sowieso bloß eine Viertelstunde. Ganz besonders erfreulich: Die Siebendezi-Weinflaschen (sie sind immer so cheiben schnell leer) müssen auf siebeneinhalb Deziliter ausgebaucht werden. So, das wären einige wenige, aber dafür wahre Angaben, und bis Sie diesen Text lesen, werden Ihnen mindestens fünf Dutzend weitere EWR-Vorteile bekannt sein. Damit indessen den Medienschaffenden der Stoff nicht ausgeht und um diesen hartnäckigen EWR-Gegnern den Wind noch etwas mehr aus den Segeln zu nehmen, sei im folgenden bereits jetzt schon verraten, was demnächst in einer weiteren Pressekonferenz bekannt werden dürfte: Der geltende Gregorianische Kalender wird in einen Europäischen Kalender abgeändert. Jeder zweite Tag ist ein Sonntag und dazwischen ein Zahltag. Im Eurolex wird noch der Modus des Anstellungsvertrages in dem Sinne anzupassen sein, daß bei Stellenantritt die freie Wahl offensteht, ob man zwischen Weihnachten und Neujahr oder zwischen Neujahr und Weihnachten frei nehmen will. Dank des neuen Lohn-Dumping-Verbot-Gesetzes darf die Wahl keine Auswirkungen auf den Lohn haben."

„Den EWR-Gegnern ist wahrlich nicht zu helfen, doch sie wissen im Moment leider noch gar nicht, daß nach dem EWR-Beitritt gebratene Tauben herumfliegen, daß anstatt Hagelkörner goldene ECU vom Himmel fallen, daß nach dem Beitritt die Autos mit Wasser und die Velos mit Rückenwind fahren, daß dank der europäischen Gentechnologie Säuli mit sieben Schinken und Spargeln mit fünf Spitzen gezüchtet werden und daß den Gartenbesitzern Bratwurst- und Schüblingsetzlinge aus dem europäischen Raum zur Verfügung stehen."

„Man wird's ohne Zweifel demnächst in den Zeitungen lesen können, und wer's nicht glaubt, der soll sich bitte am EWR-Telefon erkundigen, obschon die dort zwar gemäß Kassensturz-Recherchen nicht alles so genau wissen. Aber dafür hat man ja noch Glossen-Schreiber, nicht wahr?" (138).

Der Kabinettschef des EG-Kommissars Bangemann **Manfred Brunner** hatte weniger Humor, aber dafür einen für Politiker nicht vorhergesehenen Mut, ein Referndum zu Maastricht in Deutschland zu fordern: *„Ich merke auch, daß die Menschen das wollen: Sie können nicht einsehen, daß ein jeder karibische Stammeshäuptling, weil er einem französischen Übersee-Departement angehört, über die Zukunft Europas abstimmen kann, aber der deutsche Bürger nicht."* Brunner wurde daraufhin sofort entlassen. Demokratieverständnis? Bürgernähe? In einem Interview mit der „Weltwoche" (139) betonte Brunner noch: *„Der Maastrichter-Vertrag hat drei zentrale Schwachstellen. Erstens: Ralf Dahrendorf hat recht, wenn er ihn einen* **Spaltungsvertrag Europa** *nennt, denn die notwendige Ausweitung nach Mittel- und Osteuropa wird nicht nur negiert, sondern unmöglich*

gemacht, weil alle Mittel nach Südeuropa fließen. Ich nenne noch zwei weitere Punkte, den Kohäsionsfonds und das Delors-II-Paket." Zusammen mit dem Nürnberger Staatsrechtler Schachtschneider beantragt Brunner im Dezember 1992 Verfassungsbeschwerde. Art. 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar") und Art. 20 („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus") sowie das Prinzip der Gewaltenteilung seien verletzt.

Heute kann man hinzufügen, daß die EG-Chefs in **Edinburgh** am 12. Dezember 1992 dem von Spanien vorgebrachten Ultimatum entsprachen und die Unterstützung für die vier „Armen" in der EG **(Spanien, Portugal, Irland, Griechenland)** erhöhten. Diese Erhöhung ermögichte den Fortbestand der EG! Und vergessen wir nicht: Portugal wurde von Angelsachsen in die Armut gestoßen, wurde zu einer Last Europas erst, nachdem man ihm auf Freimaurergeheiß (wir haben die Namen genannt) seinen Überseebesitz nahm. Die kubanische Besetzung Angolas war der Beginn einer Entwicklung, die in Birmingham ihre Früchte zeigte.

Lothar Müller, Präsident der Landeszentralbank Bayern äußert sich am gleichen Tage ähnlich (140): *„Das Grundproblem liegt darin, daß die Verträge von Maastricht die Zuständigkeiten und die Verantwortung innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion aufspalten. Für die Finanz- und Wirtschaftspolitik liegen sie bei den Mitgliedstaaten, für die* **Währungspolitik** *dagegen ausschließlich bei der Gemeinschaft, in erster Linie bei dem künftigen Europäischen Zentralbanksystem. Geldpolitik allein kann jedoch die Sicherheit einer künftigen Eurowährung nicht gewährleisten. Ohne eine ebenfalls auf Stabilität abgestellte Lohn- und Finanzpolitik kann es auch keine stabile europäische Währung geben . . . Deutschland begibt sich, indem es mit den Maastrichter Verträgen einen Teil seiner wirtschaftlichen und alle seine währungsmäßigen Befugnisse auf die EG überträgt. des* **Kerns seiner Staatshoheit,** *seiner Souveränität und damit seiner Identität. Deutschland unterschrieb dies unumkehrbar, unwiderruflich! Hierüber vermag nur das Volk zu entscheiden, ob es bereit ist dieses Schicksal einzugehen. Die Frage, ob die Maastrichter Verträge einen* **Volksentscheid** *erfordern, wie ich ihn völker- und staatsrechtlich begründe, bejahen nahezu alle europäischen Regierungen und Länder."*

Zur gleichen Stunde fordert der bayrische Ministerpräsident Max Streibl Bundeskanzler Kohl auf, sich auf dem EG-Sondergipfel in **Birmingham** für die Trendwende zu einem bürgernahen Europa stark zu machen. Das Unbehagen der Bürger am Brüsseler Zentralismus ist ein ernst zu nehmendes Hindernis für das Maastrichter Vertragswerk. Wir wissen heute, daß Kohl es in Logendisziplin bei leeren Worten beließ. Und wir erlebten, daß mit massiver örtlicher Unterstützung der jeweiligen Logen ein Riesenablenkungsmanöver (dazu noch mit falschem Zungenschlag) mit Protestmärschen und Kerzen gegen angebliche „Ausländerfeindlichkeit" organisiert wurde, um einen Volksentscheid über die Schicksalsfrage Deutschlands zu vermeiden!

Die verschiedenen sachkundigen Warnungen vor „Maastricht" fanden dann schnell ihre Bestätigung nach der am 1. Januar 1993 erfolgten, von „Maastricht" befohlenen Öffnung Europas für freie Kapitalbewegungen. Denn damit bestehen gleichzeitig drei Elemente, die sich gegenseitig annulieren: *„Es ist unmöglich, gleichzeitig feste Paritäten, Freiheit in den Kapitalbewegungen und Autonomie in der nationalen Währungspolitik zu haben",* meinen die beiden französischen Finanzexperten Charles Wyplosz und Pascal Riche bereits zwei Monate nach dem Inkrafttreten der ersten Maastrichter Bestimmungen im Februar 1993. Jedes Land steht jetzt in einem Konflikt zwischen den Notwendigkeiten der eigenen Volkswirtschaft und den internationalen Verpflichtungen. Dauernde Währungskrisen einerseits, Inflation und Arbeitslosigkeit wegen fehlender nationaler Finanzpolitik andererseits sind die alarmierenden Erscheinungen. Dabei sind noch nicht die Folgen des

freien Dienstleistungssektors und des freien Arbeitsmaktes in die Überlegungen einbezogen. Möge das Volk nur erkennen, wer die eigentlichen Schuldigen an diesen verbrecherischen Experimenten sind.

Was bedeutet das Ende des Sozialismus?

„Die Utopie ist tot" (141). Ist sie es wirklich? Sicher ist sie vieler ihrer Organe und Medien beraubt und wir hörten bereits, was viele ihrer Gefolgsleute daraus schließen.

Gehen wir davon aus, daß eine Utopie nur durch ihre Bekenner lebt, daß sie ganz diesseitig gezwungen ist, dauernd neu zu beweisen, daß sie lebensfähig ist, und daß sie in ihrer Realisierung die Welt tatsächlich verbessert, wie sie es verspricht. Dann allerdings ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die marxistische Utopie an das Ende ihrer Tage gelangt. Die Zukunft fand nicht statt. Und die Versuchung ist jetzt groß, zu verallgemeinern: so, wie mit der marxistischen Utopie ergeht es über kurz oder lang allen Utopien. Der Mensch m u ß immer wieder versagen, wenn er daran geht, die Welt zu verbessern. Vor unseren Augen ging in der Tat eine Ideologie nach der anderen in tausend Stücke, versank in Blut und Tränen und Unwetter und Wüsten. Besessene sind es, die meinen, sie könnten dennoch an Utopien weiterbasteln (wie es der Massenmörder Abimael Guzman Reportern auf seiner Gefängnisinsel vor Lima vorschwafelte). Aber genauso negativ und zerstörerisch sind diejenigen, die die Lösung in der **Anti-Utopie** suchen, wo dann nichts mehr ernst genommen wird, wo man sich wie im Schlaraffenland wohlfühlt und sonst nichts, der triviale **Nihilismus,** wo der rituelle Händedruck begleitet wird von einem blöden Lächeln am Gegenüber vorbei ins Leere, wo gilt, was Ayn Rand sagt: *„Für mich ist nur ein Mensch von Grund auf verderbt — der Mensch ohne Ziel"*. Wo vielleicht die Antwort auf Spämanns Frage liegt, *„warum seit den sechziger Jahren so plötzlich und vollständig dieses Jahrhundert aufhörte, fruchtbar zu sein."* Und unsere Frage, warum alte Kulturen seitdem so brutal und unbehindert zerstört werden konnten, in Massau, in Dubrovnik, in Sarajewo, in Beirut, in Kandahar, in Duschanbe, im Kaukasus, auf Madagaskar, in Luanda, in Wukowar, hunderte von Dörfern in Siebenbürgen. Wer eine dieser Stätten jüngst besuchte und sie von früher her kannte, der ist entsetzt von dem, was sich seinen Augen bietet. Tausendjährige Kulturen wurden völlig ungerührt, unbeachtet von tausendfach bemannten Gipfelkonferenzen in Schutthaufen verwandelt. Das Bild einer sterbenskranken Erde wird daher auch ohne Worte von jedem verstanden:

Aufpassen! Der Moment ist gekommen, wo man reinen Tisch machen kann mit dem utopischen Denken überhaupt. Die Freunde dieser modernen Weltanschauung, deren Inhalt der Mensch ist, und die meinen, im Supermarkt um die Ecke einen Ausweg gefunden zu haben, sie ziehen alle Register, um den Tod der marxistisch-leninistischen, blutigen und lebensunfähigen Utopie, der die Freimaurerei mit Kerenski an der Spitze das Russische Reich öffnete, auf diesen Einzelfall zu beschränken. In Wirklichkeit ist jedoch viel, viel mehr geschehen: Utopisches Denken ganz generell, hat sich als lebensfremd, als tödlich für diese Welt, für Menschen, Tiere und Pflanzen erwiesen. Die Forderung der Stunde lautet darum nicht: Schluß mit dem Kommunismus! Sie lautet: Schluß mit allem utopischen Denken, mit utopischen Staatsschablonen, mit aller Anwendung politischer Philosophien, mit dem humanzentrischen Atheismus in der Politik.

Dabei war doch vorauszusehen, daß man die Lücke, die durch den Tod der Utopie eintrat, nicht nur im Sinne der Weltenproduzenten ausfüllen würde. Der deutsche Verfas-

sungsschutz sieht sich genötigt, auch gegen Ideologien vorzugehen. Man meint konkret, daß die **Scientology-Kirche** nichts mit Religion zu tun hat. Es handelt sich um eine Ideologie mit ausgeprägten totalitären Grundprinzipien. 200.000 Mitglieder soll dieser Verein bereits in Deutschland haben. Wir meinen, es ist nur eine der Auflösungsfolgen des Kampfes gegen die Kirche, der die Scheiterhaufen durch die Guillotine ablöste.

Es gibt zahllose Versuche, alles zu verwirren. Um das Utopisieren zu retten, wird alles mögliche als atheistisch, als gottlos hingestellt, was im Gegenteil Ausdruck von Gottes Wirken ist. Ich denke da an den Nationalismus und den Rassismus als Beispiele. Kein Mensch wird heute nach einem Blick in die tägliche Zeitung behaupten wollen, diese Lebensauffassungen seien tot. Warum also gegen den Strom der Geschichte schwimmen, wie es die zu Fußgängern gewordenen Ritter großer Sprüche tun, mit dem lauten Schrei: „Haltet den Dieb!" und meinen, sie könnten das Augenmerk ablenken von fünfzig Millionen Ermordeter und hinlenken auf den Tod von drei Türkinnen in Mölln. Weicht man erneut von dem natürlichen, gottgegebenen Weg ab, dann sind neue Hekatomben von Leichen zu erwarten, und die Verantwortlichen sind diejenigen, die in diesen Monaten erneut einer blutigen Verschwörung das Wort reden. Heute schon spricht man von **Volksverhetzung,** die von Bonn ausgeht!

Das Ende der Geschichte

Wir sagten schon: die Utopien sind tot. Im **Postmodernismus** treffen sich nur die Stimmen, die feststellen, daß seit der Renaissance die soziale Ordnung und das persönliche Leben keinen festen Boden mehr unter den Füßen haben. Der Augenblick vergeht, ohne Spuren zu hinterlassen. Hinter hohen Worten stehen nur noch Herrschaftsgelüste. Der Mensch ist des Menschen Wolf.

Ihm steht der Postliberalismus, der **Neoliberalismus** gegenüber (142). Nicht alles systematische politische, kulturelle, wirtschaftliche Denken liegt nach Meinung derjenigen, die etwas aus der Konkursmasse retten möchten, die die Freimaurerei beim Zusammenbruch ihres Kampfes gegen die „Vorurteile" hinterließ, im Todeskampf. Das soll nur auf den Marxismus-Leninismus zutreffen. Er ist im philosophischen Sumpf versunken und niemand kann ihn da wieder herausziehen. Es gibt keine Philosophie mit Rückwärtsgang.

Der Neoliberalismus dagegen steht fest und sicher da und tritt in Aktion. Er ist an der Reihe. Kant, Adam Smith und Montesquieu sind seine Väter. Fukijama stellt fest, daß damit nach der Hegelschen Auffassung (nur eine Idee bleibt übrig) das **Ende der Geschichte** gekommen sei. Immer dann, wenn sich dennoch Überbleibsel aus geschichtlichen Zeiten zu Worte melden, werden sie übermannt. Dahin gehören nach dieser Schule Nationalismus, Rassismus, Gewalt, vernunftfeindlicher Fundamentalismus. Was bleibt, ist ein Ansporn, eine Forderung, eine Aufgabe: **die Moral.** In dieser Richtung sei alles offen. Außer der Moral gibt es kein zweites Paradigma mehr, keine vorgeschriebene Richtung für das Handeln. Der Mensch in seiner Freiheit, ist souverän bei der Suche nach dem, was ihm am meisten zusagt, was er unter moralisch verstehen will. Es ist Spämanns Anti-Utopie.

„Moralisch-unmoralisch" ist ein Aufsatz von Antje Vollmer (FAZ 23.1.1993) überschrieben. Darin findet sich die beachtenswerte Stelle: *„Daß der Sozialismus wirklich der Versuch einer Sinnstiftung in einer entzauberten Welt war, wird heute in der Regel bestritten. Ein schneller Verweis auf seine Verbrechen gegen die Humanität und seine Geheimdienste soll ihn schlüssig als fern jeder Moral qualifizieren. Das ist richtig und falsch zu-*

gleich. Tatsächlich ist der Sozialismus wirklich so etwas wie ein Institut zur Abschaffung aller überkommenen Moralvorstellungen und aller Tabus im Zusammenleben der Menschen, allerdings mit dem ausdrücklichen Ziel, eine neue Moral, eine neue Verpflichtung auf das Gemeinsame zu etablieren. Er war also hochmoralisch amoralisch."

Sind das nicht a l l e philosophischen, politischen Konstruktionen? Inwiefern trifft es die Moral einer Utopie, wenn diejenigen, die sie verwirklichen wollen, Massengräber anlegen? Das ist nicht zwangsläufig Teil der Philosophie, aber es wird von der Philosophie nicht nur ermöglicht, sondern sogar gutgeheißen, denn es fordert ihre Verwirklichung. So muß es also heißen: Utopien, die die Augen vor unmoralischer Anwendung verschließen, sind ein verbrecherisches Unterfangen. Die Frage lautet: Gibt es Utopien, die die vorgefundene, bisherige Moral als unantastbar über alles stellen? Ist nicht gerade ihr Wesen die Beseitigung der bisherigen Tabus, der bisherigen Moralvorstellungen? Weil es so ist, deswegen hat sich die Geschichtsperiode der Realisierung von Utopien als der fürchterlichste Teil der Weltgeschichte ergeben. Die französische und russische Revolution waren erst denkbar, nachdem Freimaurer die Zügel in Händen hatten. Abimael Guzman in Peru ist hochmoralisch-amoralisch.

In diesem Punkt stimmen Postmodernismus und Postliberalismus also überein. Beide betonen, daü die **Notwendigkeit einer Ethik** nicht mehr ist als eine Forderung, keineswegs eine logische Folgerung oder vernunftsmäßig abzuleiten. Keines von beiden der genannten philosophischen Gebäude hat eine Antwort auf die Frage, in welcher Weise es möglich ist, konkrete Verhaltensregeln aufzustellen. Das Strafgesetzbuch oder die Verkehrsregeln setzen fest, was verboten, nützlich oder angenehm ist, vom Asketentum bis hin zur Droge. Auch die Demokratie kann die Moral oder die Wahrheit nicht mit dem Mehrheitsprinzip definieren. Die übliche tägliche Ethik im Untergrund einer jeden sozialen und politischen Theorie ist darum nichts als ein Lebensmodell oder eine nicht übertragbare Überzeugung von dem, was das Zusammenleben erfordert.

Kreuzung ohne Ampeln

Wir stehen an einer Kreuzung. Alles nur denkbare kreuzt sich heute. Auf keinem Lebensgebiet geht es mit voller Kraft weiter geradeaus. Noch nie hat es einen solchen rapiden Ruin einer Weltkultur gegeben wie den Untergang des Sozialismus/Kommunismus. Alles jagt von allen Seiten auf diesen Kreuzungspunkt zu. Und an dieser Weltenkreuzung gibt es keine Ampeln. Keiner hat Vorfahrt, keiner braucht anzuhalten. Es gibt kein Tabu mehr, keine Rücksichtnahme, keinen Ehenamen, keine allgemeingültige Ethik, keine nationale Identität, keine Erinnerung mehr an Vorbilder. Ganze Völker, Generationen von Intellektuellen haben sich geirrt. Sie bewegen sich weiter, stumm. Der Einsatz der Mitmenschen klappt nicht mehr. Und alles trifft sich an dieser Kreuzung, die keiner vorher kannte. Nichts ist noch vertretbar, alles gilt als überholt, sinnlos, ohne Konturen, ohne festen Halt. Man weiß nicht einmal, ob das eine Tragödie ist oder gar ein Lustspiel. Und es will keiner getan haben, und keiner fühlt darum die Kraft oder die Verantwortung, Ampeln aufzustellen. Wer es versucht, wird niedergeknüppelt. Jegliche Ordnung gilt als verbunden mit verrufenen Vorbildern von vorgestern. Daß das so ist, zeigt, daß noch eine utopische Kraft aus dem Dunkeln weiterwirkt. Sie verhindert die weltweite Pioniertat, die Beseitigung der Trümmer.

So hat sich die politische und kulturelle Debatte in die Ethik verlagert, will man dieser

Architektur der Zukunft folgen. Und ethisch richtig liegt, wer den größeren Protestdemonstrationen folgt. Organisiert werden sie von den Logen. Die Justiz gibt mit ihren Sprüchen Nachhilfeunterricht, was verwerflich ist und was verzeihbar. Und der Justizminister dreht dann unverfroren alles um, indem er sich als Interpret einer „Stimme des Volkes" sieht. (143).

So ganz geheuer ist den Suchern nach Gerechtigkeit aber nicht, wenn sie auf solche P r a x i s sehen. **John Rawls** versuchte es darum mit einer „Theorie der Gerechtigkeit", **Robert Nozick** kam mit der liberalistischen „Theorie des Minimalstaates", **James Buchanan** versuchte, rational die „Grenzen der Freiheit" zu bestimmen und **Michael Walzer** forderte pluralistisch „Sphären der Gerechtigkeit". Sie alle versuchten, der eklatanten Ungerechtigkeit zu Leibe zu gehen, die sich in der Welt von Kapitalismus und Sozialismus ausgebreitet hatte. Walzer legte am festensten den Finger auf die Wunde, indem er es als wichtigstes Anliegen ansah, die Sphäre der Politik gegen ökonomische Macht abzuschotten. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus darf man annehmen, daß viele empfänglicher wurden für solche Gedankengänge. Wir haben unsererseits die Erfahrung machen müssen, daß in ausnahmslos allen Korruptionsfällen auf dem Planeten die gefaßten und angeklagten Politiker sich mit dem Zeigefinger vorstellten und sofort herbeieilende Brüder den Versuch unternahmen, den Gestrauchelten zu retten. Wir kommen in diesem Buch noch auf mehrere derartige Fälle zurück. Sie summieren sich derart, daß man nicht von einer gerechten Welt sprechen kann.

Die Parias

Man behauptet, die Neue Weltordnung aufbauen zu wollen. Über „Europa" soll das gehen. Doch gerade jener bisherige Nationalstaat, der sich am aktivsten in diesem Sinne für Europa engagiert, nimmt seinen Sitz im zukünftigen Konklave mit schweren Belastungen ein: einer Gefährdung der (heute den Internationalisten so nützlichen) Identität des Staatsvolkes, das man umkonstruieren will zu einer multikulturellen Gesellschaft. Und die unehrliche Handhabe der Antwort auf diese Invasion. Aus Verteidigung heiligster Werte wird Ausländerfeindlichkeit gemacht. Das eindeutig verbrecherische, kriminelle Vorgehen der sogenannten Asylbewerber wird ignoriert und also Volks- und Staatsfremden bei ihren Verbrechen Unterstützung verliehen.

Dieser Vorgang wird in einem konzentrierten Vorgehen durchgeführt. Geheime Volksabstimmungen und Volksbefragungen, die das ethische Fühlen der Mehrheit zutage fördern würde, werden verboten. Achtzig Millionen Menschen werden gezwungen, den Teufel anzubeten. Polizei und Justiz und Arbeitsamt und Medien wird es ermöglicht, durch das Aufbauen von organisierten Volkskundgebungen wie am Roten Platz und auf Parteitagen den Zustand diktatorieller Meinungsknebelung zu schaffen. Im Wesen ist es das gleiche Vorgehen, das man vor einem halben Jahrhundert schon einmal erlebte und das man als Zwangsmaßnahme verwirft. Daß es bisher nicht zur Wiederholung von Vorgängen wie vor dem Winterpalast in Petersburg und auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking kam, ist nur der Seelenruhe und Disziplin des deutschen Volkes zu verdanken. Wer die Verwerfung des Dritten Reiches auf ethischen Grundlagen vornimmt, kann nicht umhin, mit gleicher Vehemenz zu verurteilen, was da im Herbst 1992 in Deutschland geschah. Ein Jahr Gefängnis für die Äußerung „Dreckiges Negerweib" hat nichts mehr mit Rechtsstaat zu tun. Schon gar nicht, wenn der „Verbrecher" weltweit mit Hilfe einer

Feindstaatenklausel aus aller Mitarbeit (es sei denn, es ginge um Kanonenfutter) ausgeschlossen wird, und man ihn und seine Väter jahrzehntelang unbestraft als Massenmörder und — was heute noch schlimmer in diesem Irrenhaus getestet wird — als „Nazi" verschreit. Ein Paria kann nicht mit der Elle der Menschenrechte gemessen werden. Da würde etwas nicht stimmen.

„In einer Demokratie ist die revolutionäre Meinung staatstragend. Meinungsäußerungen, die verfassungsfeindlich sind, gibt es nicht. Keine noch so große Gefahr für die staatliche Selbsterhaltung — nicht einmal der Bürgerkrieg — rechtfertigt eine Einschränkung der Meinungsfreiheit . . . Die Unterscheidung der ‚schädlichen' von der ‚unschädlichen' Meinung ist falsch. Das wäre die Perspektive eines staatstragenden Liberalismus von oben, nicht die Perspektive des politischen, des demokratischen Liberalismus", wie ihn John Rawls vorführt. (144).

„Entscheidend ist der Gedanke, daß die Gefährlichkeit einer politischen Meinungsäußerung deshalb kein Gesichtspunkt politischer Gerechtigkeit sein kann, weil der Prozeß einer durch nichts begrenzten Meinungsbildung nichts anderes ist als der Prozeß der demokratischen Legitimation von Recht und Gesetz selbst." (145). Und zitieren wir weiterhin: *„In modernen Demokratien hat das Richtige* (die Gerechtigkeit) *einen Vorrang vor dem Guten, das Recht einen Vorrang vor der Tugend."* Dann wird im Rückblick auf die genannten Fukujama und Bonacchi klar, daß zahllose Philosophen dabei sind, die Welt in einen Wirbelwind zu versetzen: Jedem seine eigene Philosophie! In solcher Lage findet indes breiten Zuspruch, wer diejenigen verdammt, die sich zuschanzen, jene zu verurteilen, die es für ihre menschliche Pflicht halten, ihrer Meinung durch Taten Nachdruck zu verleihen. Die deutsche politische Justiz ist demokratisch nicht legitimiert. Und hinkt der aufgescheuchten abendländischen Geistesgeschichte nach. Klemens Fürst von Metternich läßt grüßen!

„Auf dem Felde der Ethik wird sich der Kampf abwickeln zwischen Ideologie, Religion und Philosophie. Die Katholische Kirche hat mit ihrem **Neuen Katechismus** *bereits Stellung bezogen."* (Bonacchi).

Es geschieht (in der vorerst vorliegenden französischen Fassung) auf 676 Seiten, in 2865 Paragraphen. Der neue Katechismus ersetzt den von 1566, Konzil von Trient. Der Entwurf wurde vor zwei Jahren 3000 Bischöfen in aller Welt zur Stellungnahme vorgelegt. Es liefen 24.000 Änderungsvorschläge ein. In Ergänzung zu dem bisherigen Katechismus, der bereits Mord, Ehebruch und Abtreibung als Sünden verurteilte, werden jetzt auch Rauschgiftkonsum und -handel, Steuer- und Scheckbetrug genannt. *„Die Auslöschung eines Volkes, einer Nation oder einer ethnischen Minderheit muß verdammt werden als Todsünde. Es ist moralisch, Widerstand zu leisten gegen Befehle, die Völkermord anordnen"* (146).

Ebenfalls hat es das **Judentum** in den Vereinigten Staaten für angebracht gehalten, Stellung zu beziehen. (147). Am 20. März 1991 erließ der amerikanische Kongreß eine Resolution unter der Bezeichnung „Public-Law 102-14", In welcher der 26. März zum Tag der Erziehung wurde. Der volle Wortlaut des Gesetzes (H.J.Res.104) lautet: *„Der Kongreß erkennt die geschichtliche Tradition und die ethischen Werte und Prinzipien an, welche die Basis für jede zivilisierte Gesellschaft sind und auf deren Grundlagen unsere große Nation gegründet ist."*

Diese ethischen Werte und Prinzipien waren das Fundemant unserer Gesellschaft vom Anbeginn jeglicher Zivilisation und waren damals unter der Bezeichnung ‚Die sieben Noahidischen Gesetze' bekannt."

„Ohne diese ethischen Werte und Prinzipien ist das Gefüge unserer Gesellschaft in ernster Gefahr, in das Chaos zurückzufallen."

„Wir, die Erwählten unserer Gesellschaft, sind ernstlich über die in der letzten Zeit ersichtliche Schwächung dieser Prinzipien besorgt, eine Schwächung, die Krisen hervorgerufen hat, welche den Weiterbestand unserer Zivilisation in Frage stellen."

„Die berechtigte Besorgnis über die Folgen dieser Krisen dürfen die Bürger dieser Nation nicht dazu veranlassen, sich ihrer Verantwortung zu entledigen, diese ethischen Werte der Vergangenheit auf die Generation der Zukunft zu übertragen."

„Die Lubawitscher Bewegung hat diese ethischen Werte und Prinzipien schon immer und überall in der Welt verfochten."

Der Rabbiner Menachem Mandel Schneerson, der Hohe Priester der Lubawitscher Bewegung ist überall in der Welt geehrt und gelobt, und feiert am 26.3.1991 seinen 89. Geburtstag."

„Zu Ehren dieses großen geistigen Führers, des ‚Rebbe' feiern wir dieses, sein neunzigstes Lebensjahr als ein Jahr der Erziehung und des Gebens. Das Jahr, in dem wir uns wieder der Erziehung und der Wohltätigkeit zuwenden und in dem wir die Welt wieder den moralischen und ethischen Werten, deren Grundlagen die Sieben Noahidischen Gesetze sind, widmen."

„Als äußeres Zeichen unseres Gelöbnisses unterzeichnen wir eine Ehrenurkunde, die auch dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und anderen Staatsoberhäuptern für ihre Unterschrift vorgelegt wird."

„Deshalb haben sich heute der US-Senat und das Abgeordnetenhaus entschieden, den 26.3.1991, den Beginn des neunzigsten Lebensjahres des Rabbiners Menachem Mandel Schneerson, den Führer der Lubawitscher Bewegung, zu seinen Ehren als den Tag der Erziehung der USA auszurufen. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist hiermit aufgefordert, eine diesbezügliche Proklamation zu erlassen und diese dem Volk kund zu tun, so daß dieser Tag mit den gebotenen Festlichkeiten und angemessenen Ehrerbietung begangen werden kann."

Über die in diesem Gesetz zweimal erwähnten „Noahidischen Gesetze" findet man nichts in modernen Lexika. Hans Schmidt fand in einem alten Buch nur die kurze Erklärung: „Noahidische Gesetze sind ein Kodex, der für Nichtjuden bestimmt ist, die unter jüdischer Oberherrschaft leben." In der amerikanischen Zeitschrift „The Jubilee" fand Schmidt sodann den Wortlaut der sieben Noahidischen Gesetze:

1. *Du sollst keine Idole anbeten.*
2. *Du darfst keine Gotteslästerung begehen.*
3. *Du darfst dich nicht mit dem Blut von Unschuldigen beflecken; weder von Menschen, noch von einem Fötus oder von einer kranken Person die nur noch kurze Zeit zu leben hat.*
4. *Du darfst keine bestialischen und homosexuellen Beziehungen haben, noch Ehebruch und Inzest treiben oder eine Vergewaltigung begehen.*
5. *Du sollst nicht stehlen.*
6. *Du mußt auf dieser Basis Gesetze einführen und Gerichte schaffen, die diese Gesetze wahrnehmen, notfalls durch den Gebrauch der Todesstrafe für diejenigen, die morden, auch wenn es dafür nur einen Zeugen gibt.*
7. *Du sollst Tieren gegenüber nicht grausam sein.*

Schmidt fügt noch an: „Noahiden: Jemand, der den 21. Grad des schottischen Ritus in der Freimaurerei erreicht hat."

„Um die politischen Ideologien ist es still geworden. Der Rassismus und die Idee von einer höheren Kultur sind keineswegs gestorben. Für andere ist die Gewalt die höchste Tugend." (148). *„Die Idee von einem allgemeinen moralischen Fortschritt ist ein Hirnge-*

spinnst. Das alles ist Ausdruck der menschlichen Freiheit und beständigen Unsicherheit über die Richtung der Geschichte." So sieht es ein Schiffbrüchiger des Marxismus (149). Es ist nicht etwa die Folge einer **„Toleranz"**, die es möglich macht, daß die menschliche Herde dauernd von der einen Ecke der Wiese in die andere gejagt wird.

Francis Fukuyama meint (150): *„Nur dann, wenn* **Nationalismus** *intolerant und aggressiv wird, ist er völlig unvereinbar mit der liberalen Demokratie"*, und fährt fort: *„Ich glaube zunächst einmal, daß die nationale Identität nicht verschwinden wird und daß es gar nicht gut wäre, wenn sie verschwindet. Notwendig ist nur, daß der Nationalismus tolerant ist."*

„Der Nationalismus fordert, daß man mehr auf die Gruppe schaut als auf den Einzelnen. Und das ist eine Art irrationaler Anerkennung, denn es wird die Würde einer nationalen Gruppe anerkannt auf ethnischer Grundlage, ohne daß dabei die Würde anderer Gruppen anerkannt wird, es sei denn, der Nationalismus nehme eine tolerantere Haltung ein. Aber auch dann ist es Ausdruck des Wunsches, anerkannt zu werden."

Diese Überlegungen gehen also davon aus, daß es der Nationalismus sei, von dem alles abhängt. Es wird völlig übersehen, daß die Tatsache, ob tolerant oder intolerant, gar nicht im Belieben des Nationalismus steht — von Ausnahmen abgesehen! Sein Verhalten ergibt sich aus dem Verhalten der Umwelt. Da, wo kein Anlaß besteht, sich verteidigen zu müssen — gegen Verleumdung, gegen Beleidigungen, gegen wirtschaftliche Benachteiligung, gegen falschgezogene Grenzen, da ist der Nationalismus auch nicht intolerant.

Da diese Definition sich auf alle Nationalismen bezieht, beruht Friedfertigkeit also auf Gegenseitigkeit. Mit einseitiger Toleranz ist nichts gewonnen. Erst, wenn Toleranz zum überall durchsetzbaren internationalen Prinzip erhoben wird, wird sie vertretbar und kann eingefordert werden.

International geforderte Toleranz setzt also voraus, daß die nationale Einengung eines Volkes, da wo sie besteht, beseitigt wird. Das aber wiederum setzt erfahrungsgemäß voraus, daß derartige provokante Zustände mit Machtmitteln beseitigt werden können, die in den Händen Uninteressierter liegen. Mit schönen Redensarten à la Völkerbund ist da nichts zu erreichen.

Diese Gedanken lassen sich auf die heutige Lage in allen bekannten Konfliktfällen anwenden.

Die Neuzeit

Schon der Begriff „Neue Welt" war im Grunde genommen eine Unverschämtheit. Einer in Jahrtausenden gewachsenen Welt gegenüber behauptet man, jünger und damit nicht nur tüchtiger, sondern auch anständiger zu sein. Mit dieser „Neuen Welt" begann auch — und zwar überall, auch in der Alten Welt — die Neuzeit. Ebenfalls ein ziemlich eingebildeter Begriff, soll er doch besagen, daß jetzt eine saubere, unschuldigere Zeit beginnt, die sich herrlich abhebt von Altertum und Mittelalter.

Beide Begriffe haben sich inzwischen völlig ad absurdum geführt. Die Überheblichkeit, mit der sie geschaffen wurden, hat inzwischen — und in beschleunigtem Maße gerade in den letzten Jahren — über lange schon gehegte Zweifel hinweg nach der Vorführung einer stolzen Liste: Sklavenhandel - La Terreur - Verdun - Gulag - Katyn - Auschwitz - Hiroshima - Dresden - Jugoslawien (um nur das Schrecklichste zu nennen) bereits die geistigen Eliten auf der ganzen Welt zu der Überzeugung geführt, daß es mit dem angeblichen

Fortschritt nicht weit her ist. Es mehren sich die Stimmen, die vor einer Fortsetzung solcher Blasphemie, solcher Entropieverkehrung warnen (151). In solcher Lage es dann erleben, wie sich EG-Außenminister blind für den angeheizten Blutrausch — der vielfachen Bremse entgegenstemmen und den Weg in die Weltzerstörung trotz aller vielfältigen Warnungen weiterhin erzwingen wollen, beweist, daß unsere politische Welt keine Werkzeuge kennt, die schnell und wirksam genug vor der Menschheitskatastrophe einlenken könnten. Unsere Welt ist politisch eine Fehlkonstruktion.

Friedensdiktate?

Mit der sicher übereilten und als solches auch von den Anwesenden allsogleich kritisierten **KSZE-Verfahrensregelung** in Berlin im Juni 1991 wurde (wieder einmal) der Versuch unternommen, die erkannte Fehlkonstruktion zu verbessern und an die Stelle der Macht „das Gesetz" zu stellen. Es hatte schon einmal einen Anlauf in dieser Richtung gegeben. Er endete in der Heuchelei der **Atlantikcharta,** die sich als solche auf den Rheinwiesen herausstellte. *„Seit dem 10. Januar 1920 waren die Satzungen des Völkerbundes ‚das Gesetz' geworden. In zivilisierten Ländern — meinte Harold Nicolson optimistisch noch vor dem II. Weltkrieg — kann ‚das Gesetz' einen unmittelbaren und unbezweifelhaften Zwang ausüben. Der Zwang des* **Völkerbundes** *war aber weder unbezweifelt noch unmittelbar. ‚Das Gesetz' bestand als ein zu erstrebendes, aber nicht als Tatsache."* So ist es auch im September 1991 mit KSZE und Sicherheitsrat. Den Aufrührern verspricht man, keine Macht mehr anzuwenden, dafür aber Rechtsverfahren anlaufen zu lassen, die alle Möglichkeiten des Hinziehens und des Wortverdrehens bieten. *„In den Satzungen des Völkerbundes — lassen wir Nicolson wieder sprechen — wurde die Theorie von der Gleichheit aller Mächte, ob groß oder klein, festgelegt. Diese* **verderbliche Theorie** *hat den Bund unfähig gemacht, die sehr glücklichen Traditionen des* **Europäischen Konzerts** *weiterzuführen und ihm in der Praxis wiederholt den Vorwurf der Scheinheiligkeit eingetragen. Aber die Theorie war nun einmal in Gang gebracht. Sie verbreitete sich rasch über Asien und Südamerika. Sie versetzte dem Großmachtsystem den Todesstoß. Und auch die Hegemonie Europas starb daran"* (S. 156). Nach dem II. Weltkrieg überflutete sie auch Afrika. Und sie setzte im Vokabular der Beobachter an die Stelle der Scheinheiligkeit das Wort „Heuchelei".

Weiter noch als „Heuchelei" geht es, wenn man in der Pariser Zeitung „La Liberté" am 28. September 1920 ein Interview des in Berlin akkreditierten Journalisten Pierre Dolmet mit Walther Rathenau lesen kann: *„Aber, sagte ich (Dolmet), der* **Bolschewismus** *hat schon seine Beweise geliefert. Die praktische Erfahrung wendet sich täglich gegen ihn und macht seine besten Gesinnungsgenossen fassungslos. Die Rassen des Nordens sind zu positiv, um sich dadurch gefangennehmen zu lassen."*

„‚Befreien Sie sich von dieser Täuschung', sagte mit darauf Rathenau, ‚die bolschewistische Idee ist durchaus lebensfähig. Zu anderen Zeiten würde sie mit Leichtigkeit ihren Weg gemacht haben. Sie ist eine Lehre, die nicht allein bestrickend, sondern durchaus befähigt ist, in die Praxis umgesetzt zu werden. Sie hat in Rußland nur deshalb schlechte Erfolge gezeitigt, weil das Gelände schlecht vorbereitet war, und weil die Bedingungen der Schulung teilweise ungünstig waren. Die Revolution war dort rein proletarisch. Rußland fehlte es zu sehr an Intellektuellen. Diejenigen, die es besaß, sind von der Woge aus der Tiefe, die die Kanaille auf den ersten Platz gehoben hat, heruntergeschwemmt worden.

Aber man kann sich auch eine Revolution vorstellen, die von oben ausgeht, und das wird notwendigerweise bei uns der Fall sein. Der Bolschewismus wird bei uns in Deutschland methodisch und organisiert sein, wie es das Kaisertum war. Jeder wird dort an seinem Platz stehen. Die Intellektuellen werden dabei die glühendsten Verfechter und sie werden es sein, die den Zukunftsstaat erbauen'."

Zwischenzeitlich erlebten wir wieder eine **Großmachtpolitik.** Ich meine die von zwei „Supermächten" geteilte Welt. Doch war es eine zutiefst unehrliche Welt. Während in Wirklichkeit alleine Atombomben und atomare Sprengköpfe bestimmten, versuchte man gleichzeitig, die mit den völkermordenden Praktiken der Sieger längst in Verrufenheit gekommenen sogenannten „demokratischen" Spielregeln durchzusetzen. „Ein Mann, eine Stimme", scholl es laut von Kapstadt bis Peking. Und es ging doch nur um die Verteilung der Reichtümer unter die guten Freunde bei Schwarz und Weiß. Das Aufbäumen der Völker Jugoslawiens erfolgte an einer Kreuzung, carrefour des idées. Das Herrschaftssystem der Atombomben hatte ausgedient seitdem man sich in Washington und Moskau auf eine gleichartige Versklavung der armen übrigen Welt geeinigt hatte. Doch starke Reste aus der totgesagten Welt des Sozialismus machen den Versuch, sich zu retten, allderweil internationale Rechtsmittel noch nicht prozeßreif sind, und behaupten inzwischen, man hätte wieder einmal ‚das falsche Schwein' geschlachtet. Wer am Ende zu Boden geht, werde der Kapitalismus sein. So kann ein jedes UN-Mitglied heute zwei von vier Eigenschaften haben: kapitalistisch, sozialistisch, nationalistisch, international. Nach dem Golfkrieg hatte es zunächst noch den Anschein, daß das Paar „kapitalistisch-international" den Lauf der Dinge bestimmen werde und daß dieses die bevorzugten Eigenschaften einer Neuen Weltordnung sein würden. Es fällt aber dem Duo sehr schwer, sich durchzusetzen. Überall rennt es gegen hohe Mauern, nicht zuletzt bei dem Versuch, eine Lösung für den Jugoslawienkonflikt zu finden. Vorerst präsentiert es sich ausgesprochen häßlich und zeitigt erste Ergebnisse, wie etwa Rio, G7, Maastricht, Flüchtlingskonvention, die die Welt mehrheitlich ablehnt. Wahrscheinlich ist, daß die Lösung in einem doppelten Kompromiß besteht, wonach ein jeder Staat etwas von allen vier Komponenten vertritt und wonach die Prozentzahlen keineswegs überall die gleichen sind. Und wonach diese Zuteilung alleine im Ermessen des jeweiligen Staates liegen muß, also keineswegs „Kapitalismus" und „Internationalismus" diktatorisch gefordert werden. Man sollte nur noch hinzufügen, daß sich der Kapitalismus heute oft hinter dem Begriff des „Liberalismus" versteckt.

Der Plan der Einen Welt kostet viel mehr Geld als durch Arbeit geschaffen werden kann. Also allgemeine Verarmung!

Dem Geld, dem Kapital muß man eine ganz bestimmte politische Ingredienz hinzufügen. Welches diese sein soll, darüber sind sich die Geister allerdings noch nicht einig. Die Herrschenden wollen, daß es zum Lebenselixier ihrer Weltherrschaft wird. Mit ihrer Weltbankenstruktur, ihrem Steuersystem, ihren Tarifverträgen, haben sie bereits heute erreicht, daß sie den Kapitalstrom in jene Bahnen leiten können, der ihnen genehm ist. Damit aber steht fest, daß es heute nicht so wichtig ist, ob sich Geld irgendwo ansammelt, sondern wo es sich ansammelt. Eine Mark hat einen völlig verschiedenen Wert, ob sie in den Händen eines Bruders oder eines Fremden ist. Die Herrscher haben gar nichts dagegen, daß ein Mensch Millionär wird oder daß ein anderer verhungert. Wichtig ist nur, daß der Millionär ein Freund ist und der Verhungernde ein Feind. Nur Freunde dürfen Millionäre werden. Diese wissen dann schon, wie sie ihr Geld anlegen sollen, wem sie es zur Verfügung stellen. Auf dieser Basis konnten sich sogar Kommunismus und Kapitalismus zwei Generationen lang gut verstehen.

Dieser internationalistische Kapitalismus fragt also nicht mehr nach Rentabilität. Darum auch das uferlose Ausborden der Kredite. Es geht nur noch darum, die EINE WELT

zu schaffen, nicht mehr darum, Geld zu verdienen. Darum sind viele Banken bankrott und arbeiten trotzdem weiter, weil sie damit ihre heute eigentliche Aufgabe erfüllen. Nur, wer da nicht mitmacht, wird im Handumdrehen abgewürgt.

Wenn die ganze Welt nach einem und demselben Schema regiert wird, und wenn man zugleich weiß, daß es kein vollkommenes System gibt, dann ergibt sich aus diesen beiden Tatsachen, daß von nun an die gleichen Fehler überall auf der Welt gemacht werden und daß die Folgen dieser Fehler weltweit summierend auftreten und also einen Umfang annehmen müssen, der von keinem Staat und keiner Staatengruppe mehr mit Erfolg bekämpft werden kann. Und es ergibt sich die weitere Tatsache logischerweise, daß Fehler und Mißstände, die weltweit auftreten, ihren Ursprung in einem weltpolitischen Konzept haben müssen. Und, weiterhin, daß es sich um Folgen der Freimaurerherrschaft handeln muß, da es diese sind, die für die Philosophie unserer Weltpolitik verantwortlich zeichnen.

Die Tatsache, daß man die Welt im Schlepptau der Freimaurerei auf Vordermann bringen will, bewirkt so also eine gleichfarbige Verschlechterung an allen Ecken und Enden und dieses in einem Umfang, der eine Heilung unmöglich macht. Jedenfalls geht dieser Trend solange voran, als wir auf eine echte pluralistische Situation verzichten und alles über einen Kamm scheren wollen, den von Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit. Da es völlig undenkbar ist, daß die Freimaurerei von sich aus einen Teil ihrer Macht abtritt, ist die vollständige Zerstörung der Gesellschaft, ja, der Natur und des Lebens überhaupt, nur noch eine Frage der Zeit.

Man beachte doch nur, worüber alles aus der Welt berichtet wird. Überall sind es die gleichen Probleme, sind es die gleichen Verluste, die beschrieben werden, und sind es die gleichen Therapien, die man vorschlägt. Die Namen der (erfolglosen) Nobelpreisträger sprechen Bände. Und überall verschlimmert sich laufend die Lage, werden die Probleme deutlicher, größer und ernster. Und alle Hilfsmaßnahmen reißen nur diejenigen mit in den Abgrund, die sich noch Reserven bewahrten oder die mit mehr gutem Willen als andere etwas zu retten versuchten.

So häufen sich (das ist einer der überall gleichen Fehler im Weltsystem) die ungesühnten Verbrechen von Freimaurern, die im öffentlichen Leben stehen, in einer Weise, daß es schon recht allgemein nicht mehr übersehen werden kann. Was zusätzlich unangenehm auffällt ist die Tatsache, daß in allen diesen Fällen sich sofort die gesamte Brüderschaft anschickt, den gefallenen Engel vor der fälligen Strafjustiz zu retten und ihn möglichst weiterhin eines öffentlichen Amtes für fähig und würdig zu halten. Diese Fürsorge für den verbrecherischen Freimaurer hat seinen Ursprung in der Sektierer-Meinung, daß Freimaurer doch das Beste wollen, eine Elite sind. Sind der Freimaurerei schon an und für sich alle Menschen von Haus aus gut, so gilt das in bevorzugter Weise natürlich für einen Menschen, der jede Woche in die Loge geht. Er kann also höchstens einmal straucheln, verführt werden, aber im Grunde genommen ist er rein und vor allem landet ja das von ihm ergaunerte Geld im Bruderschoß.

Je enger die Welt wird, je größer die Probleme werden, je höher die Summen ansteigen, um die utopischen Ziele zu erreichen, je klarer es wird, daß die sauberen Verdienste aus der Produktion nicht ausreichen, um diese Summen zu bezahlen, um so mehr wird die eigentliche Herrschaft dieser Welt sich daran machen müssen, um auf illegale Weise, durch Mißbrauch ihrer Möglichkeiten, sich aus dem allgemeinen Verfall herauszuhalten und durch mehr und mehr deutliche Gesetzesverletzungen versuchen, für sich Geld aus dem Staat herauszuholen. Wir werden später noch im Länderteil dieses Buches dafür konkrete Beispiele anführen.

Wir machen bereits an anderer Stelle darauf aufmerksam, daß das erfolgversprechende Organisationsschema der Freimaurerei mehrfach kopiert wurde. Im Vatikan wurde es eingeführt, die Juden haben ihr B'nai-Brith, es arbeitete erfolgreich in der Umgebung Stalins, von London gar nicht zu reden. Und man hat es uns übelgenommen, die ausführlichen Beweise (in VII, VIII, IX und X) dafür vorgelegt zu haben, daß es auch am Anfang des Nationalsozialismus Adolf Hitlers stand. Dabei wurde erst in diesen Tagen wieder darauf hingewiesen (Antonio Socci, „Magischer Nazismus" in der brasilianischen katholischen Zeitschrift „30 días", April 1990), daß den „Alten Kämpfern" in der NSDAP sehr bewußt war, wem man den 30 Januar 1933 verdankte. Von Alfred Rosenberg stammt der Satz: *„Alles begann mit Thule. Die geheime Belehrung, die sie uns erteilte, war nützlicher, um die Macht zu erobern als die Divisionen der SA und der SS. Die Männer, die diesen Geheimbund formten, waren wirkliche Magier."*

Heute, 1993, ist es berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob es bisher genügend klargestellt wurde, daß es **mehrere Kräfte** sind, die gleichzeitig die geschichtlich fällig und möglich gewordene Weltherrschaft anstreben. Man mag sie als Überbleibsel einer vergangenen Zeit ansehen, aber auch in der veränderten Form, die unsere Welt angenommen hat, bestehen Zirkel, die für eine bestimmte Nation, für ein konkretes Volk die Herrschaft über die ganze Erde angepeilt haben. Die Instrumente solcher Herrschaft sind nicht mehr allein Flotten und Heere, sondern oft auch wirtschaftlicher Natur. Soweit sie aber auf ideologischer Ebene liegen, berühren wir den ersten Satz dieses Abschnittes: Es gibt Kräfte, die mit religiösen, esoterischen, geheimbündlerischen Mitteln auf solchem Wege vorankommen. Und da eben stellen wir fest, daß es gerade diese oft sehr erfolgreichen Kräfte sind, die — zumindest im deutschen Sprachraum — kaum Gegenstand von Studien sind. Wenn wir also feststellen, daß es auch neben den nationalen derartige übernationale, internationale Bemühungen gibt, stellen wir uns abseits von dem überwiegenden Groß aller Zeitdarsteller. Wenn wir also von den nationalen Kämpfen hier reden werden, so ist das dem Leser sicher nichts neues. Es ist auch für uns nur die Darstellung der Beobachtungsbasis als solcher. Worauf es uns ankommt, das wird erst auf dieser Basis aufgebaut. Unsere Frage lautet nicht (etwa): „Wer hat die Divisionen in den Golfkrieg geführt?" Sie lautet (etwa): „Wer und was hat die USA veranlaßt, den Golfkrieg zu führen?" „War es wirklich nur die Antwort auf eine Aggression." „War es wirklich nur verletztes Moralempfinden, Verantwortungsbewußtsein, Hilfe für einen überfallenen Unschuldigen?" Wir suchen bewußt (und finden recht oft) hinter den allen vorgeredeten Tatsachen ganz andere Dinge. Und wir konnten darum schon mehrfach Erklärungen geben, die mehr einleuchten als das, was man auf Konferenzen, in Zeitungen und im Fernsehen uns plausibel machen wollte. Da nach unseren Erfahrungen ein stetig wachsender Leserkreis diese Feststellung trifft, wundert es uns manchmal, daß die von uns gemachten Funde nicht auch von anderen untersucht werden. Das Echo unserer Arbeit ist auf privater Ebene sehr stark, aber fast unhörbar auf dem Felde der sonst so sprachgewandten Schreiber über „Insider", „Dunkelmänner", „Geheimbündler". Offenbar fällt es ihnen schwer, derartige Begriffe sachlich auszufüllen.

Diese Bemerkungen haben einen konkreten Grund. Man hat es als tapfere, journalistische Tat angesehen, hinter dem **Golfkrieg** die amerikanischen Ölinteressen zu sehen und darüber zu schreiben. So etwa sprach und spricht die Opposition auf der Rechten. Sie ist sich dabei nicht ganz klar, daß sie damit nur eine ganz billige Wahrheit verkauft.

Vielleicht sollte man sich da zu Gemüte führen, was die FAZ (am 5.9.1992) zu dem Thema „Die Schreibenden und der Krieg" sagt. Was da der Kolportage zum 9. November

1989 zugesteckt wird, gilt beinahe mehr noch für alle „große" Politik unserer Tage, nicht zuletzt für den Golfkrieg. Es sind „Experimente des Geistes, die nie der Bewährungsprobe der Wirklichkeit ausgesetzt waren." Schön weit weg vom Schuß und um gotteswillen nicht etwa vor den rollenden Panzern geht alles schön unverbindlich und folgenlos zu. Bloß nicht etwa noch nachdenken. Also bleibt man beim Gipfel der Erkenntnis: Hinter dem Golfkrieg steht das Öl. Das hat immerhin auch Bush selbst gesagt.

Was hat aber denn das mit einer „Neuen Weltordnung" zu tun? War man nicht ganz besonders stolz darauf, daß es das erste Mal ist, daß sämtliche (oder doch wenigstens beinahe alle) Mitglieder der UNO einen gemeinsamen Feind hatten? War nicht diese Feststellung vielleicht noch wichtiger als das Öl? Hat man vielleicht das Ritual mit Weltsicherheitsrat, UN-Generalversammlung und Menschenrechtszitierungen n i c h t um des Öls willen aufgezogen, sondern ihm eine Gelegenheit gegeben, sich in aller Pracht und Machtfülle zu präsentieren? Und war es nicht etwa angelsächsische Cleverness, diese Sehnsucht nach Utopia (einmal wieder!) vor den eigenen Wagen zu spannen?

Wenn dem aber wirklich so ist, dann meinen wir, aus den traurigen Vorgängen auf unsere Weise etwas mehr herauszuholen als normalerweise mit dem Wort „Ölkrieg" geschieht. Und zwar genau jenes Mehr, welches benötigt wird, damit die Darstellung zur lebensnotwendigen Warnung für die Völker wird. Der Golfkrieg war das Kriegsspiel der ernstesten brutalsten Feinde der Menschheit! Öl war sekundär. Israel stand erst an dritter Stelle der Motive.

Es war Weltstaat-Notstand. Und es war gelungen, die ganze Welt in einen Krieg hineinzuzwingen, in einen Krieg, von dessen Notwendigkeit viele nicht überzeugt waren, notabene nicht das deutsche Volk.

Washington hatte damit den Spieß umgedreht, den 1962 Bonner Politiker (in der „Spiegel-Affäre") auf die USA richteten. Am 10. Oktober 1962 schrieb Conrad Ahlers im „Spiegel", man brauche eine ausreichende atomare Raketenmacht und im Falle eines sowjetischen Angriffs einen direkten, nationalen Abzugshebel, der ein nahezu simultanes Handeln Amerikas einschließen würde. *„Damit waren nicht nur die Befürchtungen Henry Kissingers, damals Berater von Präsident John F. Kennedy, bestätigt worden. Kissinger hatte nämlich geäußert, man scheine im Bonner Verteidigungsministerium keine größere Sorge zu kennen als die, wie man die Amerikaner im Ernstfall in den Krieg hineinzwingen könne . . . Die NYT zog am 15. November 1962 anläßlich des letzten USA-Besuches von Bundeskanzler Adenauer ein Resumee: ‚Ihren Kern hat die ganze Spiegelaffaire darin, daß nach dem Krieg die politische und gesellschaftliche Führungsschicht Deutschlands nicht wirkungsvoll genug zerschlagen und ersetzt wurde' . . . Es kam wie es kommen mußte: Adenauer sicherte in Koalitionsverhandlungen mit der FDP seinen Rücktritt zum Oktober 1963 bindend zu. Henry Kissinger schrieb in seinen Memoiren trocken: Der Kanzler habe wegen seiner Kontroversen mit der Regierung Kennedy früher aus dem Amt ausscheiden müssen. Das war die Spiegelaffaire. Der Weg für den Atomwaffensperrvertrag zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien war frei, die Bundesrepublik mußte den Vertrag 1969 unterzeichnen. Adenauer hatte ihn als einen ‚Morgenthau-Plan im Quadrat' bezeichnet."* (Karl J. Brandstetter in MZ, 15.11.1992).

„Bonn plant keinen Staatsstreich", schrien jetzt die Zeitungen im November 1992, als Kohl den **Staatsnotstand** wegen der Asylpolitik ausrief und Klose ihm vorwarf, „Regeln der Demokratie" zu verletzen. Addieren wir Golfkriege und Asylpolitik und Arbeitslosigkeit und Umweltvernichtung und weltweite Deutschenverfolgung vom Altai bis Chile, dann sind wir Zeugen der Entwicklung des Chaos zum weltweiten Notstand, dessen man nur noch mit äußersten Mitteln von Fujimori bis Kohl und Jeltsin meint, Herr werden zu können.

Multopia droht!

Warum nehmen wir keine Lehre an?

»Jedes Volk hat sein eigenes Wesen und seine eigene Gestalt, jedes Volk steht in seiner eigenen Art und darf keinem anderen untertan sein, jedes Volk hat seinen natürlichen Ort und einen Anspruch, da zu leben, und jedem Volk muß gewährt sein, sich seinen Gott nach seinen eigenen Gedanken zu wählen.«

Martin Buber

Zionist, jüdischer Philosoph, 1878 - 1965

Nationalismus

Das Ziel der Freimaurerei ist die Weltherrschaft. Erst in den höchsten Graden wird das experimentiert. Bis dahin geht es um Weltverbesserung. Drei Etagen hat das Weltgebäude: zuunterst die Individuen, die Menschen. Im Mittelgeschoß, noch nicht endgültig definiert: die Staaten, Regionen, Völker, Nationen. An der Spitze die Weltregierung, ebenfalls noch nicht klargestellt, wem von den Aspiranten sie zufallen wird.

Während der Kampf um die Herrschaft noch aufgeschoben werden muß, will man nicht durch Zwist in den eigenen Reihen das Ziel gefährden, rückt das Mittelgeschoß ins eigentliche Blickfeld unserer Zeit. Es fehlt nicht an Versuchen, es überhaupt auszuschalten und die Menschheit unmittelbar auf den einzelnen Menschen aufzubauen. Die Menschenrechte sind dann das wichtigste Werkzeug der Herrscher.

Die Freimaurerei ist nicht die einzige Organisation, die nach Weltherrschaft strebt. Doch alle anderen Kandidaten liegen weit zurück. Am häufigsten noch ist hier der **Vatikan** im Gespräch. Alle haben als Organisationsform einen Geheimbund mit Logencharakter. Diese hat sich als schlagkräftigste und wirksamste herausgestellt. Hitler, Stalin und Johannes Paul II. haben das erkannt.

Freimaurerische Weltherrschaftspläne gibt es seit mehr als 200 Jahren. Für die Dauer fast eines Jahrhunderts meinte man, mit einem Doppeladler von zwei Supermächten ans Ziel zu kommen. Dieser Versuch ist gescheitert.

Während jener Epoche gelang es, im Mittelgeschoß Ordnung zu halten. Das war aber nur möglich unter einer Militärdiktatur, die bis zur Anwendung der Atombombe reichte.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion brach die Basis der Weltherrschaft vielerorts zusammen. Die Grenzen im Mittelgeschoß wurden in Frage gestellt. Man spricht von einem neuerwachenden Nationalismus. Er wird beurteilt: a) als Seele der notwendigen Zwischenstufe oder b) als Hindernis auf dem Wege zur Weltherrschaft.

Sicher ist schon, daß von einer tragbaren Dauerlösung dieses Problems abhängt, ob es zu einer Weltherrschaft kommen wird oder nicht. Wir werden darum also einige weitere Meinungen dazu wiedergeben. Es ist das ernsteste internationale politische Problem unserer Zeit. Entsprechend viele Stimmen haben sich zu Wort gemeldet. Mit einer Auswahl soll das wesentlichste wiedergegeben werden.

Fangen wir mit einer Überraschung an: In der Zeitung der Vereinigten Großlogen von Deutschland, „humanität" wird im Januar 1992 unter dem Titel „Die Grundlage für Freiheit und Gemeinschaft der Völker" aus der berühmten Rede des Reichsaußenministers Freimaurer **Gustav Stresemann** vor dem Völkerbund am 10.9.1926 zitiert:

„Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. Er gab den Völkern verschiedene Blutströme, er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur. Aber es kann nicht der Sinn einer **göttlichen Weltordnung** *sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinanderkehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am meisten dienen, der wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbinden sich* **Nation und Menschheit** *auf geistigem Gebiete, so können sie sich auch verbinden in politischem Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen."*

„Die politische Auswirkung dieser Gedanken liegt in einer inneren Verpflichtung der Staaten zu gemeinsamen, friedlichem Zusammenwirken. Diese innere Verpflichtung zu friedlichem Zusammenwirken besteht auch für die großen moralischen Menschheitsfra-

gen. Kein anderes Gesetz darf für sie gelten als das **Gesetz der Gerechtigkeit.** *Das Zusammenarbeiten der Nationen im Völkerbunde muß und wird dazu führen, auch auf diese moralischen Fragen im Völkerleben die gleiche Antwort zu geben. Denn das sicherste Fundament für den Frieden ist eine Politik, die getragen wird von gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung der Völker."*

„Nur auf der Grundlage einer Gemeinschaft, die alle Staaten ohne Unterschied in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden."

Seit 1923 war Stresemann Freimaurer und galt zusammen mit dem Franzosen Aristide Briand als der bedeutendste freimaurerische Politiker der Zwischenkriegszeit. Der Leser möge die Worte Stresemanns vergleichen mit dem, was wir aus eigener Erfahrung nach dem II. Weltkrieg feststellen mußten. Und er möge vergleichen mit den unverantwortlichen Beschimpfungen, die der Nationalismus in den Spalten dieser gleichen Zeitschrift dauernd von neunmalklugen Brüdern erleidet. Und er möge sich der Tatsache erinnern, daß das Brüderpaar Stresemann-Briand dann das Gesicht Adenauer-De Gaulle und dann die Namen Kohl-Mitterand trug. Sie alle betonen, dem Grundsatz der Freiheit verpflichtet zu sein, doch beschmutzte man sich dem Deutschen Volk gegenüber mit unfletigen Beschimpfungen, die sogar zum Vokabular deutscher Politiker gehören. Man wird Stresemann zustimmen müssen, daß am Anfang eines allgemeinen Friedens die Gleichberechtigung stehen muß und diese fordert an erster Stelle unkonditionierten Zugang zu den Gerichten ohne Einschränkung der Verteidigungsmittel in der Erwiderung schwerwiegender geschichtlicher Lügen.

Bis heute ist es der Neuen Welt nicht gelungen, die Alte zu vernichten. Sie hat unter Trümmern ihre Seele bewahrt. Doch geht die Zerstörung, nicht nur in Dubrovnik, konsequent weiter. Die Beseitigung des „Nationalismus" ist nichts als Zerstörung. Die Kulturschöpfer der bisherigen fünftausend Jahre menschlicher Geschichte haben sich Vorbildliches, Nachahmenswertes geschaffen. Aber Gotische Dome sollen von der Pyramide im Louvre ersetzt werden. Familie, Sauberkeit und Ordnung sollen der Vergangenheit angehören. Man sehe sich doch nur die neuen Strafgesetzbücher an. Was wird heute am schärfsten bestraft? Schon an dieser rechtlich geförderten Unordnung, politischem Chaos, belegt doch die politische Führung eindeutig ihre Unehrlichkeit. Oder ist es irre Blindheit?

Im Kampf um sein „Maastricht" behauptet Kohl, man müsse Sorge tragen um die Erhaltung der nationalen Identität. Das deutsche **Volkslieder-Archiv in Freiburg** besitzt mehr als 500.000 deutsche Volkslieder und Volksweisen. Aber Identität ist kein Museumsgegenstand. Wo werden Volkslieder heute noch gesungen? Wie oft wurden die Sänger von Volksliedern lächerlich gemacht! Staatsgelder wurden und werden in hohen Beträgen eingesetzt, um an ihre Stelle wertlose Schlager und Songs vorzutragen. Fernsehen und Radio und Zeitschriften und Zeitungen sind von morgens bis abends voll davon. Die Volkslieder brauchten niemals gesteuerte Propaganda, um gerne und allgemein gesungen zu werden. Aus jenem Erlebnis wuchsen den Jungen die Kräfte, um das Leben zu meistern. Ahnt man, warum heute kein Staat auf der Erde den Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts gewachsen ist, warum keiner bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, sich ergebende Pflichten zu erfüllen, im eigenen Lande und draußen in der Welt?

Natürlich wird man j e d e Aussage von unserer Seite als falsch bezeichnen, denn a l l e unsere Feststellungen gehen von der Erkenntnis aus, daß die wichtigste (verdeckte) Triebfeder heutigen politischen Handelns die Erlangung der Weltherrschaft ist und daß sie sich aufbaut auf der deutschen Debellatio von 1945. Besonders schwer dürfte es dabei fallen, die folgende Tatsache zu leugnen: Man facht Nationalismus an und gibt ihm die Mit-

tel zum Blutvergießen und zur Zerstörung in die Hände, um ihn zu desavouieren. Anders ausgedrückt: Ohne den provozierenden Einfluß von außen wäre es niemals zu den blutigen Ereignissen gekommen, die unter Hissung nationalistischer Fahnen anliefen und dann sehr wohlwollend beobachtet und weiterentwickelt wurden. Diejenigen, die im Nationalsozialismus eine unüberschreitbare Barriere für die Erlangung der Weltherrschaft sehen, haben ein brennendes Interesse daran, den Nationalismus in Verruf zu bringen und zum Prügelknaben von Vorgängen zu machen, die von Internationalisten konstruiert und schamlos ausgenutzt wurden und werden. Die Tatsache, daß man das gesamte deutsche Volk heute unter aktiver Beteiligung höchster deutscher Politiker über den Leisten der „Ausländerfeindlichkeit" spannt und eine Situation vorgibt, die realiter nicht existiert, wirft die Frage auf, ob hier nicht deutsche internationalistische Politiker im Interesse ihrer internationalistischen Beziehungen und zum Schaden des deutschen Volkes handeln. Jedenfalls ist im deutschen Volk bereits eine neue „Dolchstoßlengende" ziemlich weit verbreitet. Der von Bonn und Berlin geschaffene Zustand dient sicher nicht der inneren Befriedung des deutschen Volkes. Wem aber dient er?

In die Ende 1992 aufgebaute **„Front gegen den Rassismus"** reihen sich ein (werden sogar oft wortführend): die türkische Organisation „Devrimel Isci" („Der revolutionäre Arbeiter"), die DKP, das antifaschistische Komitee gegen die schwarz-braune Sammelbewegung", der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", der „Infoladen", die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten". Ihre Parolen: *„Man will uns durch rassistische und nationalistische Hetze spalten, uns gegeneinander ausspielen. Der gemeinsame Kampf von ausländischen und deutschen Kolleginnen und Kollegen um ihre sozialen und politischen Interessen, gegen die ökonomisch und politisch Herrschenden in unserem Lande ist so auch das beste Mittel zur Zurückdrängung ausländerfeindlicher Stimmung und Vorurteile in der Arbeiterschaft selbst."* (152).

„Nach dem Desaster des real existierenden Sozialismus und dem makabren Schauspiel des uns zur Zeit der exzessiv ausufernde Liberalismus vorführt, bietet sich als ultimo ratio nur noch der verteufelte Nationalismus an, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen." (153).

Der französische Religionshistoriker Ernest Renan (1823 - 1892) in seinem Vortrag „Was ist eine Nation" am 11. März 1882: *„Gegenwärtig ist die Existenz der Nationen gut, sogar notwendig. Ihr Existenz ist die Garantie der Freiheit, die verloren wäre, wenn die Welt nur ein einziges Gesetz und einen einzigen Herrn hätte."* (erinnert in FAZ 27.3.1993).

„Die Nationen sind der Reichtum der Menschheit" (Alexander Soltschenizyn).

„Die größte Gefahr ist der neue Nationalismus, der überall auf unserem Kontinent sein Haupt erhebt. Der Nationalismus zeigt sich unter anderem in der menschenverachtenden Fratze der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus." (Hans Dietrich Genscher bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde in der schlesischen Universität Kattowitz am 20. Oktober 1992).

„Der Feind einer Friedens- und Stabilitätsordnung für das ganze Europa und der Feind einer sich zur Europäischen Union entwickelnden Europäischen Gemeinschaft, der Feind einer neuen Kultur des Zusammenlebens der Völker ist der Nationalismus. Den will ganz sicher die Mehrheit der Europa-Skeptiker nicht, aber die Entwicklung wäre zwangsläufig" (Hans Dietrich Genscher im „Argentinischen Tageblatt")

„Die friedselige Vision von einem rasch vollendeten Europa ist zerschellt, und von einer Neuen Weltordnung kann ernsthaft nicht mehr die Rede sein. Die Alternative lautet: **Chaos mit oder ohne Chaostheorie.** *Es gibt nur eine Antwort auf das Scheckigwerden der Landkarte: Wenn die Demokratie angegriffen wird, müssen wir mit mehr Demokratie antworten. Und es entspringt der gleichen Philosophie, wenn auf die ausländerfeindlichen*

Umtriebe mit einer für alle offenen Staatsbürgerschaft reagiert wird." (154). Nicht, daß Völker angegriffen werden, interessiert den aktiven Freimaurer, sondern daß seine Philosophie sich wehren muß. Eine Stimme für den internen Gebrauch der Maurer, gezeichnet von dessen ideologischem Vorurteil, ein Aufruf zur Freimaurerdiktatur, da alles „gute Zureden" zu Europa und Welt nichts hilft. Minc ruft so genauso wie Geisler und MRNKA zum Bürgerkrieg auf. Die Staatsanwaltschaft schweigt.

„Das Ende der Nationalstaaten ist in Europa absolut nicht gekommen", meint beruhigend EG-Kommissionspräsident Jacques Delors.

„Mir kam der Gedanke, daß die Abgrenzung der Völker früher von den Herrschaften peinlich genau vorgenommen wurde. Jeder war bestrebt, sein Volk in festen Grenzen zu halten. Diese wurden geachtet — manchmal auch nicht. Aber das System war da, und das war gesund. Man kann dieses System mit dem Bau eines Schiffes vergleichen, das in Schotten eingeteilt wird. So kann, wenn ein Leck entsteht, nicht das ganze Schiff überflutet werden." (155).

„Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten dürfen Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen." (UN-Menschenrechtspakt Art. 27).

Doch, von der Verurteilung des „Nationalismus" ist für viele nur ein kurzer Schritt hin zum Kampf gegen die **Minderheiten.** Ein Blick in „Das Parlament", dem amtlichen Sprachrohr über „die Woche im Bundeshaus" (hier Nr. vom 1.5.1992) zeigt, wohin der Weg gehen soll. *„Sprengsatz Minderheiten"*, ist die sehr bezeichnende Überschrift. *„Ein neues, altes Phänomen beunruhigt Europa* (156). *„Der Sprengsatz nationale Minderheiten hat Europa innerhalb kurzer Zeit in ein Minenfeld verwandelt. Mit Haß und Gewalt, Mord und Totschlag, werden alte Rechnungen beglichen, soll endlich in der ‚neuen Ära' der Traum von der nationalen Identität verwirklicht werden, die so lange unter dem alten (kommunistischen) Regime unterdrückt wurde.*" Erneut werden Tatsachen verdreht: die nationale Identität soll nicht verwirklicht werden, sie soll erhalten werden!

Artikel 14 der 1953 in Kraft getretenen *„Europäischen Menschenrechtskonvention schreibt für die Mitglieder des Europarats verbindlich vor, daß die Gewährleistung der in der Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten wie Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, freie Meinungsäußerung sowie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit nicht aufgrund von Rasse, Sprache, Religion, nationaler Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit eingeschränkt werden darf.*" Der von uns in diesem Buch zitierte Fall der üblen Verleumdung einer deutschen Volksgruppe durch ein führendes und danach sogar befördertes Mitglied des Goethe-Instituts zeigt, daß der derzeitige Schutz der soeben genannten Freiheiten nicht besteht und von deutschen Behörden negiert wird.

„Die derzeitige Renaissance der Nationalstaaten in Europa ist nur eine Übergangsphase, nach der sich die neuen Staaten in **Regionen** *auflösen werden.*" (157). Zu fordern ist eine „Kammer der Regionen" beim Europaparlament. An die Stelle des Staates tritt dann ein Europa aus 171 solcher neuer Gebietskörperschaften. (158).

„Nationalismus wird oft mißverstanden. Wir dürfen nicht vergessen, daß es oft Nationalismus war, der Nationen half, ihr eigenes Geschick in ihre Hände zu nehmen durch die Befreiung von undemokratischen Regierungen . . . Es ist leicht denkbar, daß nationalistische Leidenschaften nachlassen werden, wenn einmal nationale Identität sichergestellt ist . . . Da nationale Identität niemals verschwinden wird, kann sie immer mit Demokratie in überein gebracht werden. Die Festigung liberaler Formen des Nationalismus hängt von der Fähigkeit der politischen Führer ab." (159).

„Man hat Unrecht, zu glauben, daß der neue Nationalismus ein rechtsextremes Phänomen ist. Wer darin nur die Sehnsucht nach Faschismus und Petainismus sieht, unterschätzt seine Wichtigkeit. Sie besteht darin, daß er eine tiefe Erneuerung der konservativen Kräfte anzeigt . . . In vielen Ländern greift eine tiefe Sorge um sich, die Angst vor dem Verlust der nationalen Identität. Es gibt vielfach eine nationale Abwehrhaltung. Sie ist Hauptdefinition der Rechten, während die Linke bei dem alten Thema des Teilens bleibt: Nord und Süd, Reich und Arm . . . Diese neue politische Thematik, die sich aus dessen Vorgängen ergibt, ist bereits in das Herz des politischen Lebnes eingedrungen. Indiz dafür sind die Wahlergebnisse." (160).

„Die Ereignisse in den zerbrechenden Vielvölkerstaaten eines Ein-Staatenprinzips, welches Nationalitäten und ethnische Gruppen ohne Rücksicht auf ihre kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten unter ein vermeintlich höheres gemeinsames Wohl zwingt, ist früher oder später zum Untergang verurteilt. Und dann brechen die alten Unterschiede mit Urgewalt auf." (161).

Ohne Umschweife können wir diese Sätze anwenden auf die Genscherschen Maurer-Phantastereien, Europa betreffend. Es gibt kein „höheres gemeinsames Wohl", als das des betreffenden Volkes. Was man diesbezüglich erkämpft hat, wird jetzt frevlich aufs Spiel gesetzt, niedergerissen, um ein Hirngespinst zu verwirklichen, dessen Friedlichkeit uns garantiert wird von „Suchenden", die einem Irrwisch nachlaufen.

Die deutsche Teilwiedervereinigung hätte einen Bruchteil von dem was jetzt nötig ist, gekostet, hätte man sie in nationalistischem Geiste in einer Volksgemeinschaft durchgeführt, anstatt zu feilschen. Und Europa würde auf solchen Füßen fester dastehen, als mit den heutigen Baumeistern.

Nicht klar genug kann gesagt werden, daß der so oft fälschlicherweise als Urheber genannte Nationalismus diese Leichenberge, diese Revolutionen, diese chaotischen Verhältnisse niemals hätte schaffen können, die die Apostel der Volksdemokratie, des Weltfriedens, des Sozialismus, des Liberalismus, der Toleranz, des Maoismus in ihrer ideologischen Unbelehrbarkeit und Unduldsamkeit schufen. Das Geschrei von den „blutigen Nationalisten" erfüllt allerdings vorübergehend sehr gut den Zweck, von den eigentlichen Urhebern der jeweiligen Massenverbrechen abzulenken, die die Welt hier und dort erlitt und deren Massengräber jetzt nach und nach gefunden werden.

Der englische Ministerpräsident **Benjamin Disraeli** schreibt 1853 (in seinem Roman „George Bentinck", S. 327 ff): *„Die Juden repräsentieren das semitische Prinzip — Alles, was geistlich ist in ihrer Natur. Sie sind die Bewahrer der Überlieferung und die Erhalter des religiösen Elements. Sie sind ein lebendiges und höcht auffallendes Beispiel von der Falschheit jener verderblichen Lehre der modernen Zeiten, von der natürlichen Gleichheit der Menschen. Die politische Gleichheit eines besonderen Stammes ist eine Sache der bürgerlichen Anordnung und hängt einzig und allein von politischen Rücksichten und Umständen ab; aber die jetzt so beliebte natürliche Gleichheit des Menschen, welche die Form der kosmopolitischen Brüderschaft annimmt, ist ein Grundsatz, der, wenn es möglich wäre, danach zu handeln, die großen Menschengeschlechter herabwürdigen und den ganzen Genius der Welt zerstören würde."*

„Welches würde z.B. die Folge sein für die große angelsächsische Republik, wenn die Bürger von ihrem Grundsatz abweichen und sich mit ihrer schwarzen und farbigen Bevölkerung vermischen wollten? Im Laufe der Zeit würden sie so herunterkommen, daß ihre Staaten wahrscheinlich von den Eingeborenen, die sie vertrieben, wieder erobert und diese ihre Herren werden würden. Aber obgleich die Natur niemals gestatten wird, daß die Theorie der natürlichen Gleichheit in Anwendung komme, so hat doch schon das Predigen dieser Lehre viel Unheil angerichtet und kann noch mehr anrichten. Die angeborene Rich-

tung des jüdischen Stammes, der mit Recht stolz ist auf sein Blut, widerstrebt der Lehre von der Gleichheit der Menschen." (162). Niedergeschrieben werden diese Worte in der Mitte des 19. Jahrhunderts, von dem der Historiker Thomas Nipperdey (163) sagt: *„Das Jahrhundert war nun einmal das Jahrhundert der Nationen."*

Die Idee von der Gleichheit der Menschen ist die wichtigste Waffe einer Gruppe, die die Weltherrschaft anstrebt. Die Behauptung, daß verwirklichte weltweite Gleichheit die Menschen glücklicher und zufriedener mache, ist nicht nur unbewiesen, sondern sogar tausendfach in der Geschichte widerlegt worden. Daß es im Zustande der Ungleichheit zu Kriegen kommt, beweist noch nicht, daß es solche im Zustande der Gleichheit nicht geben würde. Bürgerkriege aber würden dann das tägliche Erleben der ganzen Menschheit sein.

Es existiert gar keine Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Was besteht, ist eine fast allgemeine Ablehnung der **Ausländer-Integration.** Sie wird als Völkermord, als Genocidium am deutschen Volk angesehen. Diese Auffassung kann auch niemals verboten werden. Da es keine juristischen Mittel gibt, diejenigen zu bestrafen, die die Ausländer-Integration ablehnen, versucht man es mit einem moralischen Verächtlichmachen derjenigen, die die Gefahr für das deutsche Volk sehen. Und erfindet den Begriff der Ausländerfeindlichkeit, um diejenigen in Verruf zu bringen, die sich um die Erhaltung der deutschen Identität sorgen. Diejenigen, die diese Kreuzung zugunsten der Völkervernichtung anführen sind alle als Freimaurer bekannt und die Logen beteiligen sich überall aktiv an diesem antideutschen Vorgehen.

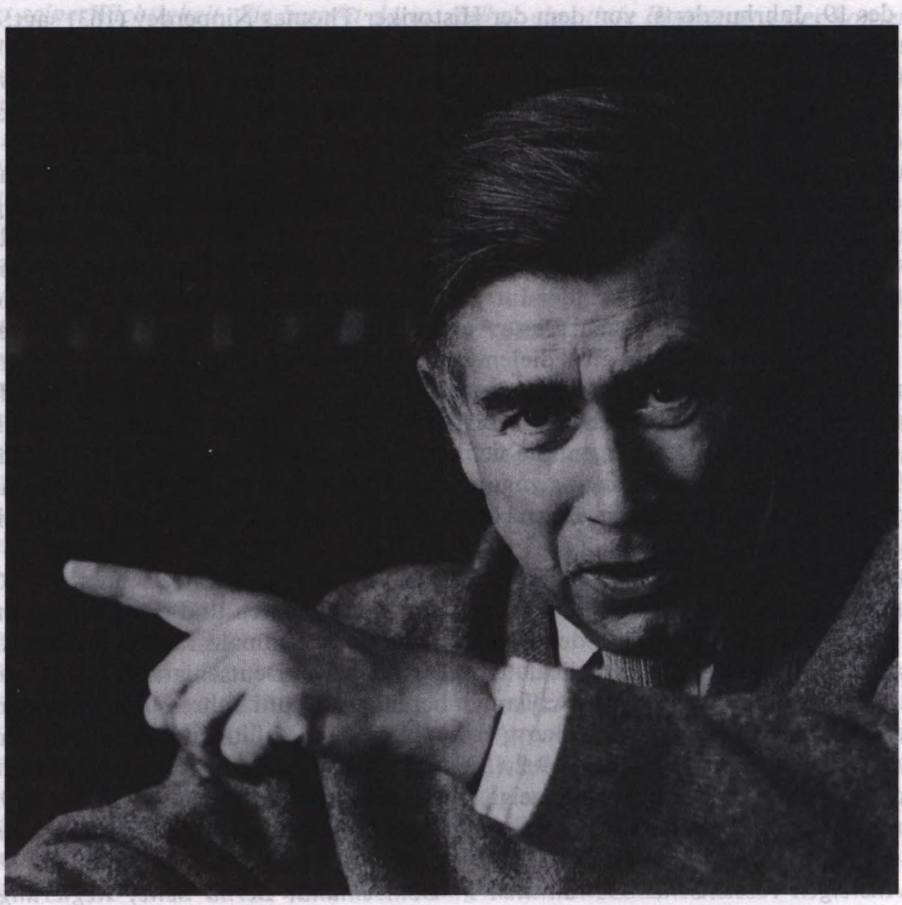
Das in Deutschland geltende jus sanguis wird als „antiquiert" bezeichnet, weil Großbritannien und Frankreich sich dem Freimaurerdiktat beugten und das jus solis annahmen. Die Ausländerbeauftragte der Bonner Regierung, Schmalz-Jacobsen (FDP natürlich) schlägt vor, daß Ausländer, die dauernd acht Jahre in Deutschland gelebt haben, das Recht auf Einbürgerung erhalten, Asylanten bereits nach fünf Jahren und Kinder ausländischer, in Deutschland lebender Eltern, sofort. Etwa 1,5 Millionen jugendlicher Ausländer würden davon ergriffen. (Bonn 9.2.1993). Wie das Terrain für eine Abschaffung des deutschen Volkes vorbereitet wird, zeigt eine Reuter-Meldung vom 15. März 1993 aus Rostock: *„Angesichts der Ankunft von hunderten von ausländischen Flüchtlingen in der Stadt Rostock, Schauplatz neonazistischer Unruhen im Vorjahr, steigt die Angst vor einem Ansteigen rassistischer Gewalttaten in Deutschland. Bernd Seite, Regierungschef Mecklenburgs erklärte, daß ein Flüchtlingsheim für 800 Personen in der Vorstadt Hinrichshagen derzeit 1400 Asylbewerber beherbergt. ‚Die Leute hier fühlen sich belästigt von dem wachsenden Zustrom von Rumänen mit ihren Delikten', sagte Seite der ‚Welt am Sonntag'. ‚Wenn das so weitergeht, wird es unkontrollierbar'. I.N., Inhaberin eines Ladens in der Nachbarschaft forderte bereits polizeilichen Schutz an, denn sie befürchtet, daß die Rumänen sie bestehlen."*

Man muß sich die Frage stellen wie diese Vorgänge zu bewerten sind in Erinnerung an die jüngsten Rostocker Ereignisse. Ist es Provokation? Frechheit der Behörden? Verhöhnung der deutschen Bevölkerung? Will man den Bürgerkrieg? Wer regiert eigentlich in Deutschland?

Die Völker wollen:

in Frieden schaffen können,
ihrer Art und ihren Gewohnheiten gemäß leben,
essen und sich kleiden können,
ihre Kinder getreu ihrer kulturellen Traditionen erziehen.

Mehr nicht! Sie wollen nicht herrschen über andere. Das sind immer nur einzelne, die das wollen.



Thomas Nipperdey (1927 - 1992); Historiker oder Geheimbündler?

Fragen muß man sich, wie lange sich die Völker aber die Mißachtung ihrer heiligsten Wünsche gefallen lassen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen meinte am 6. Oktober 1992, bei den vielen Völkerschaften, die es da z.B. in Afrika gibt, gäbe es in Kürze nicht 200, sondern 400 UN-Mitglieder und da kann man dann nicht mehr regieren. Es fragt sich aber, in wieweit der Wunsch auf Erhaltung der eigenen Identität auch die Konstituierung eines souveränen Staates erfordert, oder ob man sich mit einer **Autonomie** zufriedengibt.

Unter den heutigen Verhältnissen sind die **Kulturen** das Opfer von Geheimgesellschaften, die auf Weltherrschaft erpicht sind. Man spielt mit Kulturen wie Napoleon mit Duodezfürstentümern. Und da wird dann auf einmal alle Gleichheit vom Tisch gefegt und es kommt zur **„multikulturellen Gesellschaft"**. Das Wort ist etwa zehn Jahre alt. Man muß lange suchen, bis man ein schillernderes politisches Spielzeug findet. Genau weiß man auch heute noch nicht, was das eigentlich ist. So eine Art Hydra mit mehreren Köpfen.

„Europäische" Kultur

Der Unterausschuß für Auswärtige Kulturpolitik des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags befaßte sich im Oktober 1992 mit dem Artikel 128 des Maastrichter Vertrages. Das Ergebnis ist wieder einmal wie heute üblich, ein Feuerwerk sich widersprechender Phrasen. Da heißt es amtlich: Die gemeinsame Kulturpolitik der Europäischen Union soll nach Möglichkeit ein plurales europäisches Geschichtsverständnis pflegen. Das heißt also in der Praxis, daß man in den deutschen Geschichtsbüchern von lieben englischen Fliegern und ebenso lieben Polen und Tschechen lesen wird, und in London und Prag und Warschau von den bösen Nazis.

Ausschuß und Bundesregierung stimmten darin überein, daß es nicht ureigenste Aufgabe der Europa-Union sein könne, Kulturpolitik zu betreiben. Auch hier müsse das Subsidiaritätsprinzip, das eine Einmischung in gewachsene Strukturen der Kulturförderung ausschließe, eingreifen . . . Andererseits wolle man aber auch, daß die Europa-Union kulturpolitisch aktiv werden könne. Die Frage der Möglichkeiten hänge sicher auch vom Budget ab. Die EG habe das Geld, und der Europarat die Ideen.

Aber Kultur ist nun einmal Kultur. Es gibt nichts genauer Abgegrenztes als einen konkreten Kulturbereich. Die gesamte Menschheitsgeschichte ist auf dieser Unterscheidung aufgebaut. Kulturen sind „Leuchtpunkte der Menschheit" (von Scheffer). Unsere eigene Entwicklung verstehen wir, die Triebfedern unseres eigenen Handelns erkennen wir in unserer Kultur. Wir sind innerlich ausgelastet, wenn wir unserer Kultur gemäß handeln. Kultur ist Fleisch von unserem Fleisch, Blut von unserem Blut. Kultur ist die Flamme, die uns wärmt. Wir fühlen uns daheim in ihrem Schein. *„Der Einzelne ist kein losgelöstes Stück. Er ist das Glied und Resultat einer langen Sippe, und das gilt genauso von den Völkern, ihrem Zusammenhang und ihrem Ursprung. Es ist dann stehts e i n e innerliche Sprache, die da durchklingt, und von der wir sofort wissen, daß sie ausschließlich nur die unsere ist."* (von Scheffer). Unsere Kultur schenkt uns den Mutterschoß unseres Lebens, den sicheren Ort der Ruhe vor und nach dem Lebenskampf. Wer uns diesen rauben will, der greift uns ans Leben, der geht daran, das Wesen unseres Lebens, die Wandlung des chaotischen Weltzustandes zum Kosmos, wie es uns unsere griechischen Kulturahnen in ihren Sagen und Mythen und im politischen Wirken vorstellten, zu vernichten. Diesem, unserem geschichtlich gewordenen Lebensbaum weitere fremde Köpfe aufsetzen, das ist Genocid, das ist Völkermord, wie es unser Strafrecht bezeichnet. So fühlt es der ungebildetste Skinhead, wenn er auch noch so verbohrte sektiererische Zeichen setzt. Er ist zutiefst aufgeschreckt und muß Anordnungen, die ihm sein Heim zerstören wollen, als allerschwersten Eingriff in den Sinn seines Lebens auffassen, öfter wohl sogar vielleicht unbewußt als bewußt.

Wenn man in einen Kulturraum Menschen fremder Kultur preßt, dann wird doch deren Kultur nicht zum Teil der ortsansässigen. Eine Gesellschaft mit gleichzeitig mehreren Kulturen ist undenkbar. Es sind dann höchstens zwei nebeneinander bestehende Gesellschaften.

Es ist möglich, daß eine Kultur die andere beeinflußt, daß Kulturelemente weitergegeben werden. Das ist nicht einmal selten. Doch immer und in jedem Augenblick muß man von e i n e r Kultur sprechen. Sie mag sich wandeln, dem Wandel offen sein oder sich sträuben, aber niemals wird zugleich in der einen und der anderen Form gefühlt, gefreut, gelitten, gedacht, gewertet. Wir Deutsche haben den Eindruck, daß man nicht nur einen

Wandel unserer Kultur herbeiführen will, sondern diese ganz zum Verschwinden bringen möchte. Das ist der Sinn hinter der Hartnäckigkeit, mit der man die verschiedensten Menschentypen (sie kommen aus entferntesten Ländern wie Srilanka und Vietnam und Mozambique) seit Jahrzehnten anfeuert, bei uns einzuwandern; und ihnen dann ein Leben anbietet, wie sie es in ihrer Heimat nicht erträumen können.

Wir haben sogar den Eindruck, daß das gleiche Manipulieren mit Menschen auch bei anderen Völkern unternommen wird. Mit der Absicht, in allen Nationen einen Kulturwandel hervorzurufen, die bisherigen eindeutigen und verschieden entwickelten Kulturen abzuwandeln und sich allerseits einem Zustand anzunähern, der nur durch Ablegen größerer bisheriger Leistungen erreicht wird. Es geschieht in der Absicht, einen Hauptgegner gegen die Schaffung einer Weltreligion gleicher Menschen, die Träger nationalistischer Lebensprinzipien auszurotten.

Es handelt sich also nicht um einen natürlichen, sich aus Naturgegebenheiten und einer natürlichen Entwicklung ergebenden Prozeß im Sinne Spenglerscher Beobachtungen, sondern um erzwungenes menschliches Eingreifen, um den Aufbau der Welt der Anti-Utopie, um die Verwirklichung des nihilistischen Neoliberalismus, auf den man in einer vom Marxismus befreiten Welt zusteuert. Wenn man nun aber fühlt und denkt, daß das philosophische Fernziel der Menschheit ohne Völker und ohne Religionen uns nicht mehr die Seelenwärme und das Licht spenden werden, was uns unsere Kultur geschenkt hat, und überall die grausamste, unmenschlichste Brutalität und Gier herrscht, dann haben wir das Recht — und vor unseren Nachkommen die Pflicht — demgegenüber Widerstand zu leisten.

Diesen eigenen Ausführungen wollen wir noch anfügen, was Bayerns Innenminister Edmund Stoiber (164) sagte: *„Mit der von Hans-Ulrich Klose (SPD) vorgeschlagenen Rekrutierung von Arbeitskräften in aller Welt würde sich die Bundesrepublik weitreichende* **Integrationsprobleme** *aufhalsen. Die CSU bleibt deshalb bei ihrer Auffassung, daß* **Deutschland kein Einwanderungsland** *ist. Ich bedaure, daß die Position nicht mehr von der CDU aufrechterhalten wird . . . die multikulturelle Gesellschaft ist eine aggressive, intolerante und keine angenehme Gesellschaft.“* Er führte sodann das Beispiel USA an, wo die Gruppen, die durch die dortige Einwanderungspolitik entstanden sind, sich nicht miteinander verbinden, sondern nebeneinander leben. Die abschreckende Lage in den **Vereinigten Staaten** wird später noch einmal ausführlicher in dem Kapitel über diesen Staat behandelt werden.

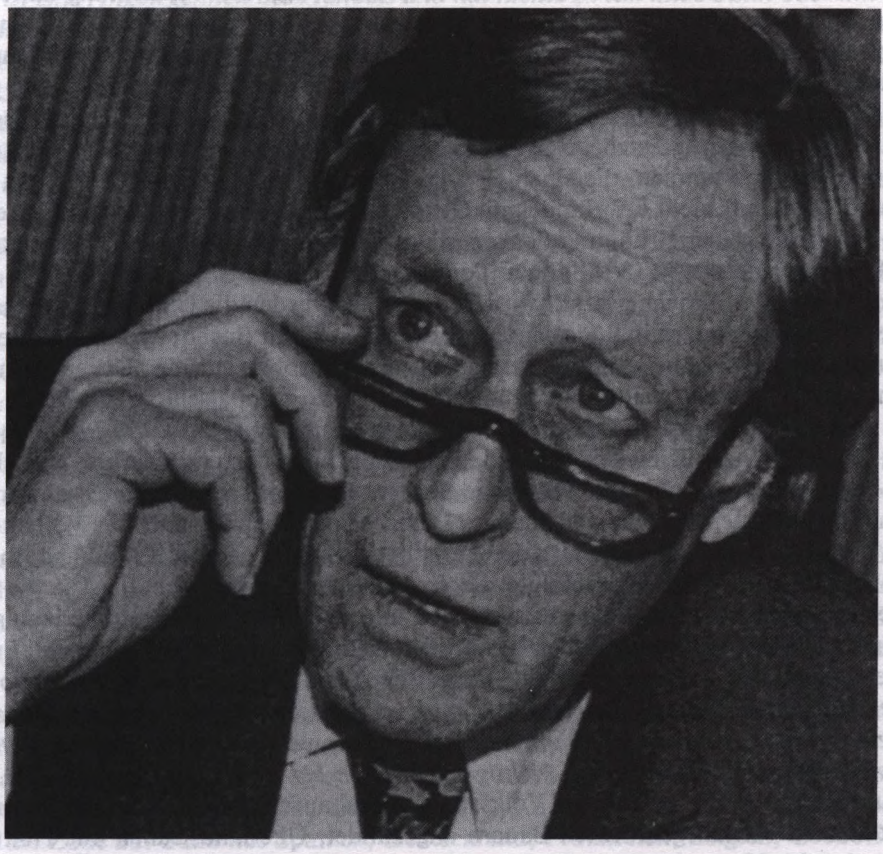
Der Landeshauptmann von Tirol, Alois Partl, stellt für den Fall **Südtirol** fest: *„Die* **Selbstbestimmung** *bleibt für jedes Volk unverzichtbar. Sie ist ein Grundrecht.“*

Ganz besondere Aktualität hat, was Hermann Rauschning (165) 1929 in seinem Buch „Die Entdeutschung **Westpreußens und Posens**“ schrieb. Gegenstand war das völlige Versagen, eine multikulturelle Gesellschaft in Polen aufzubauen. *„Ganz besonders hatten die deutschen Katholiken unter dem Terror und den Maßnahmen der polnischen Behörden zu leiden. Es herrscht (in Polen) eine geradezu befremdliche Verquickung von Nationalismus und Religiösität. Der polnische Geistliche ist in erster Linie Pole, dann erst Katholik. Er agitiert aus dem Beichtstuhl, von der Kanzel, in der täglichen Seelsorge gegen den Deutschen.“*

Freihandel

Für den utopischen Internationalisten gibt es wohl kaum eine wichtigere Forderung als die nach einer Grenzenlosigkeit der Welt.

Das bezieht sich seinerseits vor allem auf den Handel. Wie ein roter Faden zieht sich so durch unsere Zeit das Bemühen, einen Welthandel ohne Grenzen und ohne Zölle zu schaffen. 1986 trafen sich in Punta del Este in Uruguay darum die Wirtschaftsminister der Vereinten Nationen, um diesem Ziel näher zu kommen. Aktivität in diesem Rahmen trägt seitdem den Titel „Uruguay-Runde". Ein Ausschuß für Handelsverhandlungen (TNC) trägt die Hauptlast der Verhandlungen. Weit kam man inzwischen nicht. Ende 1991 schloß die 8. Welthandelsrunde mit 108 Verhandlungsdelegationen in Genf die Arbeiten. Der Vorsitzende der TNC und Gatt-Generaldirektor, der Schweizer Arthur Dunkel, faßte die Lage in einem „Entwurf einer Schlußrunde der Uruguay-Runde" zusammen. Danach wird eine Multilaterale Handelsorganisation (MTO) vorgesehen, die das Gatt (Warenhandel), das Gats (Dienstleistungshandel) und die Trips (Schutz geistiger Eigentumsrechte) zusammenfaßt.



Arthur Dunkel, GATT-Chef

Vorgesehen ist im Rahmen des Gatt eine Bindung aller Zolltarife und ein Umbau aller übrigen protektionistischen Maßnahmen in Zolltarife. Diese sollen bis 1999 um 36% reduziert werden. Außerdem ist vorgesehen, daß ein anfänglicher Mindestzugang für Importerzeugnisse von 3% des Binnenmarktkonsums für jedes **Agrarerzeugnis** schrittweise auf 5% erweitert wird. Infrastrukturelle Subventionen und nicht produktionsbeeinflussende Staatsbeihilfen sind erlaubt. Die übrigen Subventionen sind bis 1999 um 20% abzubauen. Exportsubventionen sollen um 36% sinken, die subventionierten Mengen um 24% gekürzt werden. (166).

So, wie schon so oft in den letzten Jahrzehnten kann man dazu sagen: Erst einmal ein Organ schaffen, welches den großen Ideen von Freiheit und Gleichheit gemäß ist. Später wird dann schon das Gebäude gefüllt und die Mittel gefunden, etwas davon zu verwirklichen. 1958 kann Myrdal (S. 391) noch klipp und klar feststellen, „daß keine internationale Gemeinschaft besteht". Heute ist ein solcher Satz nicht mehr vertretbar. Sie besteht, setzt sich aber aus zehntausenden von Bürokraten zusammen. Sie bekommt von der Presse jeden Raum, sich zu zeigen. Staatsmänner müssen sich zu ihr bekennen. Nur eines muß man feststellen: sie ist nicht etwa natürlich aus Früherem gewachsen. Sie kann keine Entwicklung vorweisen, sie steht im lebensleeren Raum ohne Berührung mit den bisherigen politischen Leistungen der Menschheit. Sie stellt laufend Behauptungen auf, wonach sie etwas „Positives" darstellt, doch konkrete positive Leistungen kann sie keine vorzeigen. Die Erziehung ist nach Schaffung der UNESCO schlechter geworden, die Gesundheit gefährdeter unter der WGO, die Arbeiter und Bauern verarmen mit der Vernichtung nationaler Schutzmaßnahmen. Und die Arbeitslosigkeit steigt. Die Sicherheit auf den Straßen ging verloren. Das mag genügen, denn wir wollen uns nicht wiederholen. Jetzt nur ein paar Worte noch zu dem schweren Eingriff in die Wirtschaft unter dem Namen Gatt.

Am 21. Oktober 1992 platzt der Versuch, zwischen den USA und der EG in Brüssel zu einer Einigung über eine gesetzliche Grundlage für den Welthandel zu kommen. In Amerika mehren sich die Stimmen, die einen Handelskrieg für unausweichlich sehen. Im Vordergrund der Polemik steht der Handel mit Ölstaaten. Die USA empfahlen Sanktionen gegen die EG, die in einer Erhöhung der amerikanischen Einfuhrzölle um 200% bestehen sollen. Europa erntete 1992 13 Millionen Tonnen Ölsaaten, die USA wünschen, daß diese Menge auf unter 9 Millionen gesenkt wird. Unterstützt wurden die USA von Kanada, Argentinien und den Ländern in Südasien. Major setzte sich mit Bush telefonisch in Verbindung und warnte vor einem Handelskrieg und einem Abbrechen der Uruguay-Runde. Bush antwortete, er ziehe weitere Verhandlungen vor. Die europäische Presse wurde recht scharf. „Liberation", Paris: *„Alle amerikanischen Präsidenten sind kulturlose Schwachköpfe"*. Französischer Weißwein läuft sodann Gefahr, hohen amerikanischen Zollschranken zu begegnen. Der Engländer Ray Mac Sharry, Landwirtschaftskommissar der EG, trat von seinem Posten zurück, weil Jacques Delors seiner Meinung nach die Verhandlungen mit dem Landwirtschaftssekretär der Vereinigten Staaten, Edward Madigan, in Chicago sabotiert habe. Delors verteidigte die französische Landwirtschaft. Auf die Seite Frankreichs traten Spanien, Belgien und Irland mit der Forderung, den amerikanischen Plänen mit europäischen Repressalien zu antworten. In den folgenden Tagen wird Frankreich weitgehend isoliert in seiner antiamerikanischen Haltung. *„Frankreich sieht voraus, daß die Aussichten für das Gatt Deutschland veranlassen könnten, seine Allianz mit Frankreich zu beenden und warf Bonn und London vor, ‚den Irrtum zu begehen, ein Abkommen über den Welthandel für wichtiger zu halten als andere Themen'."* (167). Auf dem Lande wütet in Frankreich der Volkssturm. Heuhaufen und Autoreifen werden vor den Rathäusern von aufgebrachten Bauern angezündet, Überlandstraßen mit Traktoren gesperrt. Am 21. November kann Bush der Welt mitteilen, daß es zu einem Übereinkom-

men mit der EG gekommen sei. Die Anbaufläche für Ölsaaten wird begrenzt auf 5,128 Mill. Ha. und die betreffenden Exporte um 21% vermindert. Begleitet wird diese Abmachung, wie üblich mit falschem Zungenschlag: „Rückkehr des Vertrauens auf der ganzen Welt." „Kohl zufrieden." „Ein katastrophaler Handelskrieg vermieden.". Major: *„Das ist genau die bestmögliche Nachricht für die Industrie, den Handel, die Verbraucher, den freien Handel und für die Aussichten auf sicheren Arbeitsplatz und Verdienst in der Zukunft."* (168). Die Unruhen in Frankreich schwollen an. 3000 Bauern protestierten in Paris vor dem Landwirtschaftsministerium gegen das Abkommen mit den USA. Vor einer Coca-Cola-Fabrik in Grigny errichtete man Scheiterhaufen. Ein Vertreter der Bauern meinte: *„Wir wollen der Regierung zeigen, daß das der Beginn einer sehr langen Reihe von Demonstrationen ist, die dann, wenn nichts geschieht, jedes Mal heftiger werden. Die Lebensmittelkette „Mc Donalds" wurde belagert und sah sich gezwungen, mitzuteilen, sie verkaufe nur noch französische Produkte. Ministerpräsident Pierre Beregovoy kündigte an, daß Frankreich das Abkommen nicht anerkennen werde und zum ersten Mal von seinem Vetorecht in der EG Gebrauch machen werde.*

Frankreich ist die größte Landwirtschaftsnation Europas. Es produziert ein Drittel des europäischen Getreides und den größten Teil von Ölsaaten und Zucker. Es ist nach den USA die zweitgrößte Agrarmacht der Welt. Der Überschuß von 8.500 Millionen Dollar, den die Landwirtschaft im Außenhandel Frankreichs schafft, dient dazu, das Defizit auf dem industriellen Sektor auszugleichen. Der Landwirtschaftsminister Jean-Pierre Soisson: „Das ist eine Angelegenheit des Handels und hat nichts zu tun mit Politik oder mit Moral. Es geht darum, festzulegen, welche Landwirtschaft wachsen wird und welche ihren Anteil am Weltmarkt erhöhen kann." Tatsächlich meldet man täglich neue Demonstrationen. Am 25 November dringen Bauern mit Knallkörpern in die Pariser Börse ein und verhindern deren Tätigkeit. Das Parlament unterstützt die harte Haltung der Regierung und fordert einen EG-Gipfel. Inzwischen sind auch andere EG-Staaten aufgewacht und es kommt zu Protesten in Dänemark, Holland, Irland, Belgien und Italien. Der Präsident des dänischen Landwirtschaftsrates, Kjeldsen: *„Europa wird 3 Millionen Arbeitsplätze verlieren, von denen 6000 der dänischen Milchwirtschaft gehören."* In Deutschland wird eine Massenkundgebung für den 8. Dezember nach Bonn vorbereitet. 50.000 deutsche Bauern demonstrieren dann. *„Eier als Wurfgeschosse waren noch harmlos. Die zornigen Landwirte verbrannten Strohpuppen (‚Möllemann, nun bis du dran'), streuten Nägel auf die Straßen, kippten vor Ignaz Kichles Haustür haufenweise alte Rüben und riefen vor dem Kanzleramt ‚Kohl, komm raus'."* (169).

Dieser läßt sich später aus Singapore hören: *„Für Deutschland ist Freihandel ebenso wichtig wie die Luft, die wir atmen."* Sich selbst bezeichnete er als einen leidenschaftlichen Streiter für ein Gatt-Abkommen, das den Warenhandel und die Dienstleistungen weltweit „frei" macht. (170).

In Straßburg kommt es zu einer Groß-Demonstration (50.000) von deutschen, österreichischen, schweizer und sogar kanadischen, japanischen und südkoreanischen Bauernverbänden *„Wir lehnen es ab, geopfert zu werden zugunsten nordamerikanischer Gewinne und einiger multinationaler Corporationen"*, stellt Constantin Heereman, Leiter deutscher und europäischer landwirtschaftlicher Syndikate in Straßburg fest. Erneut kommt ein französisches Veto ins Gespräch *„in einer Atmosphäre, die schon die Verhältnisse in der EG aus politischen und finanziellen (Kurse) Gründen belastet."* (171).

Es darf nicht übersehen werden, daß schon seit September ein deutscher Importstop für Stahlrohre aus der Tschechei besteht. Jetzt, d.h. am 6. Dezember 1992 erhöhen die USA die Zölle auf Stahl aus Spanien, Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Italien. Die EG erklärte dieses Vorgehen sofort als „ungerechtfertigt und protektioni-

stisch". Obwohl gerade soeben der Bundestag den Vertrag von Maastricht annahm, muß man von einer schwächlichen Struktur der EG sprechen, sieht man auf die Probleme im Währungsbereich und bei den Gatt-Bemühungen. *„Die Entwicklung hin zu einer freien Weltwirtschaft mit Einschluß eines geeinten Europas ist mehrfach bedroht."* (172).

Die soziale Entwicklung in Mitteldeutschland wiederholt heute, was Großbritannien in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts erlebte. Der **Freihandel** stellte damals die eigenen Bauern mit ihren höheren sozialen und kulturellen Ansprüchen auf eine Stufe mit den Arbeitern in Indien und im Kongo. Dabei wurde diese Gleichstellung sogar als heilige, menschenrechtliche Verpflichtung angesehen. Nur einen Ausweg sollte es aus dieser Lage geben: die Neger und Fellachen auf das europäische Niveau eines Landwirts zu heben. Es war glatte Mißachtung der englischen Kultur. Es schaute alles nur auf den Gewinn der Importeure. Heute hat die gesamte sogenannte Entwicklungshilfe ähnliche Wünsche. Dabei wartet man nicht erst den Erfolg dieser Eingriffe ab, sondern zäumt das Pferd von hinten auf. Bevor sich an der Lage der Exoten etwas besserte, nahm man den gesamten Erdenraum als Geschäftsgrundlage und dachte nicht daran, das Angebot zu einem sozial und kulturell annehmbaren Preis zu machen. Man hielt an diesem rein materialistischen Konzept — jetzt schon seit Jahrzehnten — fest, obwohl sich immer deutlicher die Unmöglichkeit einer Realisierung dieser künstlichen Weltwirtschaft abzeichnete. Der europäische Bauer bemühte sich verzweifelt, sein ererbtes und geliebtes Kulturniveau zu halten. Nur unter der Drohung, abgewählt zu werden, bequemten sich die Regierungen, den Nährstand als lebenswichtigen Teil der Volkswirtschaft zu betrachten und seine Notwendigkeiten in das Budget einzubauen. Nur selten wich man von den Direktiven des Weltherrschaftsprodukts „Freihandel" ab und handelte aus innerer Überzeugung volkswirtschaftlich. Da es in Österreich verboten ist, hierzu konkrete Gesetze aus der Vergangenheit positiv zu erörtern, muß es bei diesen Bemerkungen bleiben.

Am 11. Januar 1993 setzten sich Vertreter von 108 Ländern in **Genf** zusammen, um die Uruguay-Runde doch noch zu einem Abschluß zu bringen, doch hagelt es in den kommenden Wochen erneut „protektionistische" Maßnahmen. Seit einem Jahr fühlen sich die USA belästigt durch eine Bevorzugung der einheimischen europäischen elektronischen Industrie bei Staatskäufen. *„Es wird Zeit, einen Strich zu ziehen in der Arena"*, meint der Sprecher einer nordamerikanischen Telekomunikationsfirma. *„Man erwartet von Bill Clinton, der amerikanischen Wirtschaft mehr Zugang zu den Außenmärkten zu verschaffen."* (173).

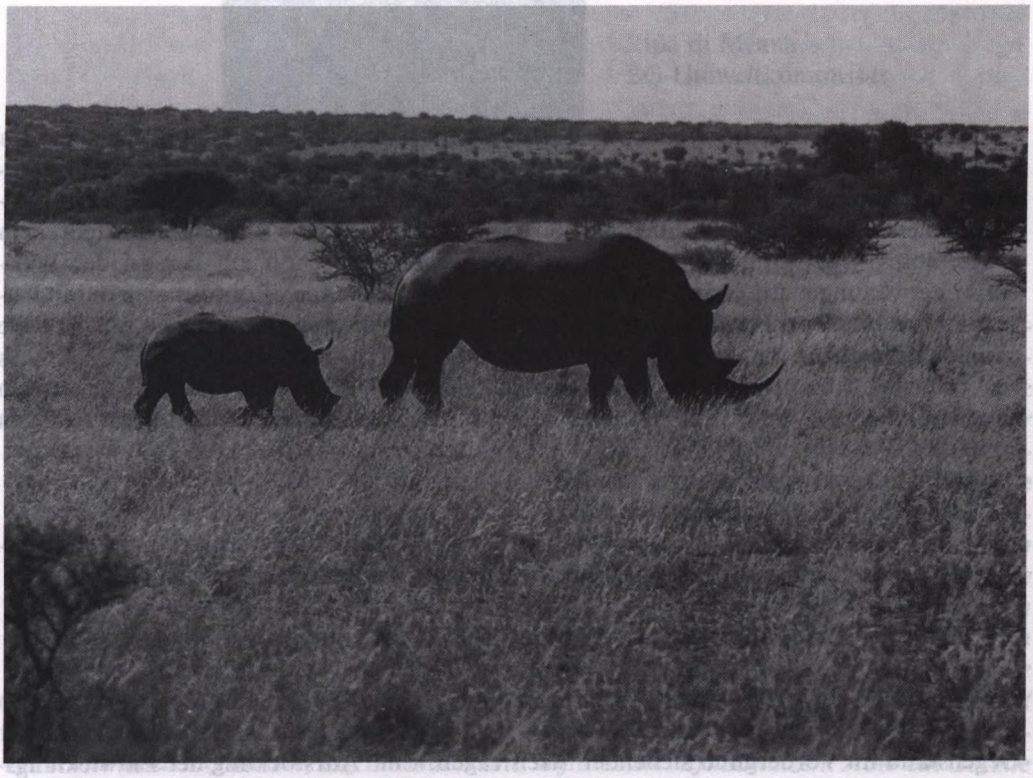
Am 24. Februar 1993 treffen sich Major und Clinton in Washington, um einen drohenden Handelskrieg zu verhindern. Die Ankündigung erfolgt mit folgendem zusätzlichen Text: *„Großbritannien besteht darauf, daß die ‚besonderen Beziehungen' zwischen England und den USA, die von den republikanischen Präsidenten aufrechterhalten wurden, den Wechsel zu einer demokratischen Regierung überdauern, doch einige Beobachter sagen ein Erkalten der Beziehungen zwischen den beiden Ländern voraus. Es fing damit an, daß die Konservativen im vergangenen Jahr Assessoren nach Washington sandten, um Bush bei seiner Wahlkampagne zu helfen. Die Zeitung NYT setzte Major an die Spitze einer Liste politischer Feinde von Clinton."* (174).

Ähnlich wie Frankreich wird auch **Japan** schwer betroffen von den Freihandelsabsichten. Wäre Nippons Reismarkt vollständig offen, dann wäre etwa die Hälfte der Reisfarmer gegenüber den Importen aus den USA und Thailand nicht mehr konkurrenzfähig. Das betrifft wenigstens fünf Millionen Haushalte.

Helmut Pieber, Pressesprecher der steirischen Landwirtschaftskammer hat ein Erlebnis: Er geht über einen Flur im Brüsseler EG-Gebäude und trifft einen Bekannten. Der sagt ihm, *„daß es sechs Amerikaner, vier amerikanische Juden und zwei italienische Juden*

sind, die den Weg der Landwirtschaft auf der ganzen Welt bestimmen". Pieber hält es für seine Pflicht, das in einem agrarpolitischen Schulungskurs seinen Hörern mitzuteilen. Man macht daraus „Antisemitismus" und hängt so die Geschichte an die große Glocke. In **Österreich** wissen es jetzt alle Bauern, wem sie den lebensgefährdenden Freihandel verdanken. Es kann nicht ausbleiben, daß sofort Parallelen gezogen werden mit der Agrarreform in **Chile,** bei der es ebenfalls zwei Juden waren, Beitelman-Goldenberg und Chonchol, die die Enteignung der Bauern forderten. Die Presse (175) hilft dem „Ausgerutschten": *„Den Kursteilnehmern sagt er dann: ‚Und noch eine Bitte habe ich: Zitiert mich nicht! Erwähnt in einer eventuellen Diskussion auch nicht meinen Blick hinter die Kulissen'."*

Handelskrieg nennt man den Zustand ohne Welt-Freihandel. Wieder so ein betrügerischer Ausdruck, ähnlich dem der „Ausländerfeindlichkeit". Kommt es nicht zum Freihandel, dann lebten wir in einer Welt, in welcher die Preise auszuhandeln sind und in welcher ein jeder Staat das Wohlbefinden seiner Bürger zu verteidigen hat. Es ist nicht erfindlich, einen Zustand, in welchem der größte Lieferant das Sagen haben soll, und in welchem westafrikanische Neger gezwungen werden sollen, Weizen zu essen statt Hirse, für besser anzusehen als den, da mir mein Nachbar das Korn für mein Brot liefert, und wir uns am Feiertag auf der Bank vor der Tür treffen. Der Bauer ist Teil unserer Kulturen in Europa. Man sollte dem Gewinnstreben Grenzen setzen. Und wer da nicht hören will, der muß eben fühlen.



Ob sie noch leben! — Nashörner in Südwest

Cartoon: CCC/Robs

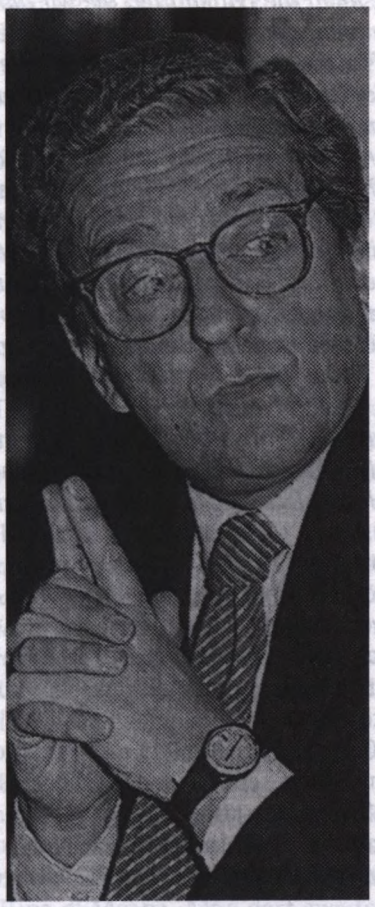
Umwelt

Vor 20 Jahren sah die Welt ihre erste Umweltkonferenz in **Stockholm.** Sie stand im Schatten der Veröffentlichung „Grenzen des Wachstums" durch den Club of Rome. Gestützt auf Computermodelle kam man zu dem bis dahin nicht gehörten, aber selbstverständlichen Schluß, daß es in einem begrenzten System, wie es die **Biosphäre** darstellt, kein grenzenloses Wachstum geben kann. So steht eigentlich schon am Beginn der Welt-Umwelterwägungen die ernste Tatsache, daß die uns regierenden Politiker sich durch Unverständnis und Nichtinteresse auf diesem Gebiet auszeichnen. Das gleiche Bild bot die zweite Konferenz in Rio im Jahre 1992. So kam man nicht (oder kaum) vom Fleck und es war Scharlatanen auf Schritt und Tritt möglich, klare Erkenntnisse und Entscheidungen zu vermeiden, und es gehörte zum täglichen Ton, daß Interessen sich hinter Vorschlägen verbargen.

Fünf Arbeiten wurden angegangen:

die Rio-Deklaration
die Agenda 21 (Konstruktion einer langfristig tragbaren Entwicklung; Vorbereitung einer Konvention gegen Wüstenbildung; Atmosphäre)
Prinzipien zum Umgang mit dem Wald
Konvention über Klimaänderungen
Konvention zum Artenschutz

Die beiden letztgenannten Konventionen wurden von 154 Ländern unterzeichnet. Im Rahmen der „Agenda 21" war die Frage der Finanzierung und der Technologietransfer Gegenstand im Vordergund stehender Streitfragen. Eine Aufstockung der **Entwicklungshilfe** (die EG versprach 4 Md.) lag weit unter den Erwartungen der Dritten Welt (70 Md.



Ripa di Meana,
EG-Umweltkommissar

Dollar). Schon gar nicht ließ sich die Gleichung Fortschritt - Ökologie lösen. Immer wieder stieß man auf die Diskrepanz zwischen Rohstoffeinsparung und Wirtschaftsankurbelung als Inhalt aller Politik. „Zukunft ohne Wohlstandslüge" überschreibt „Die Zeit" eine Unterhaltung mit Umweltminister Klaus Töpfer (19.6.1992). *„Müssen die Industrieländer zugunsten der Dritten Welt und der natürlichen Ressourcen auf Wirtschaftswachstum verzichten?"* war die Frage. Die Antwort ist ausweichend: *„Wir brauchen für die* **ökologische Wende** *nicht den Weg immer höherer Steuern zu gehen, sonder über die Preise: Ökologisches Verhalten muß sich lohnen."* Zeit: *„Diese Hoffnung erinnert fatal an die Diskussion über die Kosten der Wiedervereinigung. Wann sagen die Politiker ehrlich, was die globale Einigung uns abverlangen wird?"* Töpfer: *„Ich gebe gerne zu, daß ich diese Frage noch nicht umfassend beantworten kann . . . In zwanzig oder dreißig Jahren werden wir noch keine grundsätzlich andere Welt haben. Aber das heißt nicht, daß die Welt bleibt wie sie ist. Wir werden im Norden eine Krise des traditionellen Wohlstandsbegriffes erleben, und wir werden zugeben müssen, daß wir mit einer Wohlstandslüge leben, weil wir Kosten dieses Wohlstands auf andere, auf die Natur und auf die Zukunft abwälzen. Aber ein Gefälle zwischen arm und reich wird bleiben . . . Die Nutzung der Umwelt muß sehr viel teurer*

werden. Sonst entwickelt die Industrie nicht die Hilfsmittel, die wir dann auch dem Süden anbieten können." Zeit: *„Und Sie glauben, diese Wende erfolgt schnell genug?"* Töpfer: *„Wir haben gar keine andere Wahl. Für die Generation meiner Kinder sehe ich zwei Gefahren: Entweder droht eine Re-Ideologisierung mit religös-fanatischen Ideen — oder wir steuern auf einen weltweiten Verteilungskampf zu."*

Dazu gleich: *„Wollen Sie überleben? Dann helfen Sie mit, die sich anbahnenden Katastrophen zu verhindern. Die Welt steht am Abgrund. Wir brauchen eine Globalstrategie gegen Unrecht, Not, Verbrechen und Umweltzerstörung. Die Guten müssen sich endlich zusammenschließen. Bauen wir gemeinsam eine neue, gerechtere Welt! 1)* **Gott die Ehre!** *Verzichten wir auf unerlaubte Genüsse und überflüssige Güter! Gewinnen wir Zeit für das Gute (Familie, gute Taten, Lesen guter Bücher, Gottesdienst und Gebet), indem wir zum Beispiel unsere Fernsehgewohnheiten auf Nachrichten und wenige ausgewählte Sendungen beschränken!"* So ein Flugblatt von **Etika 2001,** von Rainer Lechner. Herr Töpfer ist eingeladen, mitzumachen.

„Die Grenzen des Wachstums haben sich vom Boden in den Himmel verschoben: Ehe der Menschheit die fossilen Brennstoffe ausgehen ist die Erdatmosphäre vergiftet. Doch der Einsatz sparsamer Energietechnik wird teuer — zu teuer vor allem für die Dritte Welt." (Die Zeit).

Neuerdings macht die EG ihre Umweltpolitik von Entscheidungen in Washington und Tokio abhängig. Neue Steuern auf den Energieverbrauch sollen erst eingeführt werden, wenn sie auch anderswo eingeführt werden.

Wesentlicher Inhalt der Konvention zum **Artenschutz** ist die Erhaltung von Tier und Pflanzenarten, die für den Menschen nützlich sind oder mit bio- und gentechnischen Methoden nutzbar gemacht werden könnten.

Die Unesco meint, daß in 15 bis 20 Jahren der **Mangel an Wasser** das größte ökologische und politische Problem der Menschheit sein wird. Die Menschheit verfügt derzeit über nur rund 9.000 Kubikkilometer Süßwasser jährlich.

Die **Meeresküsten** sind mehr und mehr Objekt industrieller und kloakaler Verschmutzung der Ozeane. Bis heute ist die Meereskonvention von 1982 nur von einigen wenigen Staaten unterzeichnet worden.

Kroatien läuft Gefahr, zur Giftmüllkippe Europas zu werden, da westeuropäische Industrien dort im Gelände Gift abladen. Sie profitieren von den schwierigen Verhältnissen, die eine Kontrolle unmöglich machen.

Die **Sowjetunion** hat jahrelang Atommüll in die Karasee im Norden versenkt.

Greenpeace wirft den britischen Behörden vor, „legale" Gewässerverschmutzung der Industrie im großen Stil zu betreiben.

Während man die Wälder als Eigentum der ganzen Welt sehen möchte, meint der Chef der indischen Delegation in Rio: *„Es ist ganz unbegreiflich, daß man die Wälder globalisieren will, anstatt das zu tun mit dem Petroleum, das doch wohl der wichtigste Rohstoff ist."*

Abholzung von Tropenhölzern rächt sich. 6000 Taifun-Opfer auf den Philippinen im November 1991.

Chlorierte Kohlenwasserstoffe und Nebenprodukte chlororganischer Verbindungen wie Dioxine sind mitterlweile überall. 11.000 chlororganische Verbindungen sind derzeit im Handel. Da diese Verbindungen, die sich durch die gesamte Nahrungsmittelkette ziehen, in der Natur nicht vorkommen, haben Lebewesen keinen Mechanismus entwickelt, die Chemikalien abzubauen.

Seit Jahrtausenden tauscht und handelt man **Saatgut,** wobei es bisher als selbstverständlich galt, daß man eine erworbene Sorte weiterkultivieren und -züchten durfte. Erst

seit diesem Jahrhundert gibt es kommerzielle Nutzpflanzenzüchtungen und meist staatliche Forschungsstellen. Mit dem Aufkommen der Hybridzüchtungen, die im Nachbau rasch degenerieren und deshalb den ständigen Kauf von neuem Saatgut erzwingen, wurde die Nutzpflanzenzucht für Privatfirmen interessant. Heute kontrollieren die zehn größten Saatgutfirmen, darunter Sandoz und Ciba-Geigy, rund 20% und die zehn größten Pflanzenschutzfirmen 75% des Weltmarktes. (NZZ).

Paul Virilio bezeichnet den Golfkrieg als einen Versuchskrieg — so, wie es in gewisser Hinsicht auch der Spanienkrieg war, der dem II. Weltkrieg vorausging. Diesmal heißt die Zukunft: Es geht mehr um die Zerstörung der Umwelt des Feindes als um die Kontrolle über seine kriegszerstörten Territorien.

Die Lücke, die das Ableben des Sozialismus hinterließ, füllt jetzt oft das ökologische Denken aus. So kommt es vielfach gar nicht auf Tatsachen an, sondern nur darum, ein Thema zu haben. (176).

Was den von Töpfer angeschnittenen Wandel angeht, so fügt die NZZ hinzu: Es ist zwecklos, politisch etwas zu wollen, was entweder physikalischen und biologischen Gesetzen oder grundlegenden menschlichen Verhaltensmustern widerspricht (NZZ). Muß es darum also bei dem derzeitigen Verhaltensmuster der Konsumgesellschaft bleiben?

Am 10. Dezember 1992 warnt das UNO-Umweltprogramm (UNEP) von Genf aus erneut, *„umfangreiche und mit Zeitvorhaben versehene Programme müßten in der allernächsten Zukunft auf den Weg gebracht werden. Der Zustand der Welt verlangt, daß wir auf breiter Front jetzt gleichzeitig tätig werden, und zwar sofort."* (177).

Die armen Länder der Südhalbkugel werden von ihren Auslandsschulden erdrückt. Doch statt ihnen die Rückstände zu erlassen, bürden ihnen die Banken des Nordens mit immer neuen Krediten neue Lasten auf, meint „Die Zeit". Uns scheint es nicht wesentlich, ob mit oder ohne Zinsen Darlehen vergeben werden. Sie werden in keinem Falle so genutzt, wie man es im Norden gewohnt ist.

Vergessen wir nicht, unter welchen Auspizien „Rio" begann: Riesenkorruption um den Staatspräsidenten, die Ablösung des Umweltministers Lutzenberger, der nachlässig geführte Kampf gegen die Cholera und die Zweifel über die Beteiligung von Bush und EG Kommissar Carlo Ripa di Meana. Man darf zweifeln an dem notwendigen Ernst, ein solches Unternehmen durchzuführen. Auch hier scheint es allzuviele zu geben, die „nichts ernst nehmen", was sich außerhalb ihrer Logensitzungen ereignet.

„Vernichtet für Jahrhunderte, wenn nicht für immer, ist das Urlied der Landschaft. Dieselben Schienenstränge, Telegraphendrähte, Starkstromleitungen, durchschneiden mit roher Geradlienigkeit Wald- und Bergprofile, sei es hier, sei es in Indien, Ägypten, Australien, Amerika. Die gleichen grauen, vielstöckigen Mietskasernen reihen sich einförmig aneinander, wo immer der Bildungsmensch seine ‚segensbringende' Tätigkeit entfaltet. Aus den Flußläufen, welche einst in labyrinthischen Krümmungen zwischen üppigen Hängen glitten, macht man schnurgerade Kanäle. Wälder und Schlote steigen an ihren Ufern empor, und die giftigen Abwässer der Fabriken verjauchen das lautere Naß der Erde — kurz, das Antlitz der Festländer verwandelt sich allgemach in ein mit Landwirtschaft durchsetztes Chicago. Der Prozeß der Zerstörung hat schon heute Klimate und Witterungen in solchen Ausmaßen abgewandelt, daß es nicht mehr der Feinwerkzeuge des Wetterforschers bedarf, um der Wandlungen innezuwerden." Dieser Text stammt von dem Philosophen Dr. Ludwig Klages. Das erschreckende aber ist, daß er bereits im Jahr 1913 veröffentlicht wurde, vor achtzig Jahren! (Wiedergegeben in „Ökologie" 4/1992).

Der serbische Krieg

Ansätze deutscher Außenpolitik

Unsere bisherige Berichterstattung über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien schlossen wir mit der Mitteilung der Anerkennung der Staaten Slowenien und Kroatien. (XIII, 230) durch die EG am 15. Januar 1992. Dabei lenkten wir die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten, die der deutsche Außenminister Genscher insbesondere mit Großbritannien hatte, um zu einer gemeinsamen Anerkennung durch alle zwölf EG-Staaten zu kommen. Noch nach Monaten hat sich der Ärger bei den Angelsachsen und deren traditionellen Vebündeten über die deutsche Aktivität nicht gelegt. *„Ein halbherziges Nachgeben (der EG-Staaten) vor deutschem Drängen auf rasche Entscheidung führte kurz vor Weihnachten 1991 zu einem Anerkennungsbeschluß, von dem sich ein Teil der EG-Staaten buchstäblich überfahren fühlte."* (178). *„Eine neue deutsche Neigung, das Gewicht der Bundesrepublik spürbar werden zu lassen, wurde verzeichnet und auch mit weniger schmeichelhaften Ausdrücken charakterisiert. Triumphierende Erfolgsmeldungen des Bundeskanzlers und seiner Außenminister wurden ungnädig aufgenommen und als Anzeichen dafür gewertet, daß es den Deutschen mehr um eine Machtprobe zugunsten nationaler Präferenzen als um Konfliktlösung zu tun gewesen sei."* Diese Stänkerei vom Ufer der Limmat ist uns nichts neues. Nach einem weiteren Jahr erkennt man, daß es London gelang, den Eindruck zu verbreiten, man habe sich einer Anerkennung dieser Staaten durch Deutschland widersetzt, obwohl gerade diese Anerkennung erst Deutschland in eine von London gewünschte aktivere Lage auf dem Balkan zwang und es ermöglichte, den schon begonnenen Aufbau einer von England angestrebten langandauernden Konfliktzone in Europa zu vervollständigen, die noch lange die Kräfte Europas verbraucht, zum Wohle der Großen Insel. Daß es London unter dem ihm geglückten Propagandacoup von einem für Europa gebrachten Opfer dann sogar noch gelang, auf dem Gebiet der gleichzeitig laufenden Europaverhandlungen (Währungsunion) Vorteile herauszuschinden (Hinauszögerung des Beitritts zur gemeinsamen Währung) war wie so vieles in der britischen Außenpolitik nur möglich dank der internen Logenstruktur des Foreign Office, auf die wir in dem Kapitel über Großbritannien noch eingehender zurückkommen werden.

Am 7. Januar 1992 wurde ein Helikopter der UN mit italienischen Soldaten von Serben abgeschossen. Die serbische Presse nahm den Vorfall zum Anlaß für eine wüste Deutschenhetze: Deutsche und Ungarn seien verantwortlich für den Überfall (179). Die von London gewünschte Kerbe in Europa vertieft sich.

Die Verfügung von Jajce:

Der antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) hatte am 29. 11. 1943 in Jajce, einer Kreisstadt in Bosnien, folgende Verfügung erlassen:

1. Alle in Jugoslawien lebenden Personen deutscher Abstammung verlieren automatisch die jugoslawische Staatsbürgerschaft und alle bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte.

2. Der gesamte bewegliche und unbewegliche Besitz aller Personen deutscher Abstammung gilt als vom Staat beschlagnahmt und geht automatisch in dessen Eigentum über.

3. Personen deutscher Abstammung dürfen weder irgendwelche Rechte beanspruchen noch ausüben noch Gerichte oder Institutionen zu ihrem persönlichem oder rechtlichen Schutz anrufen.

Bosnien wird anerkannt

Am 6. Januar 1992 erkennen die Außenminister der EG auch die Unabhängigkeit von **Bosnien-Herzegowina** an. Die ebenfalls vorgesehene Anerkennung von **Mazedonien** unterbleibt, da Griechenland, der traditionelle Verbündete Englands, sich stark genug fühlt, um gegen eine solche Anerkennung zu stimmen und so eine einheitliche EG-Außenpolitik verhindert. Begründet wird die Absage damit, daß Skopje mit solcher Anerkennung eine Anexion der gleichnamigen griechischen Provinz näher gerückt sieht. Nicht in die Debatte wird die Tatsache geworfen, daß unmittelbar benachbart an den Staat Luxemburg eine belgische Provinz gleichen Namens liegt und das keineswegs Konfliktstoff ist.

In **Bosnien** kommt es zu ersten Gefechten mit serbischen Insurgenten. Die dreiköpfige Präsidentschaft des Landes (Musulman, Serbe und Kroate) kann sich nicht durchsetzen. Am 28 März gründen die Serben auf bosnischem Gebiet eine eigene Republik, die sich als Teil von Rest-Jugoslawien bezeichnet. In Kroatien treffen die ersten UN-Beobachter ein. Sarajewo fordert solche auch für Bosnien an.

Die Wiener „Kronen-Zeitung" teilt am 8. April 1992 mit, *„daß eine Gruppe russischer Atomwaffenoffiziere den slawischen Brüdern in Serbien mit Atomwaffen beistehen wolle. Die deutschen und die amerikanischen Städte würden dann brennen . . . Auch im serbischen Parlament heißt es, das unbezwingbare Serbien werde notfalls der ganzen Welt heldenhaften Widerstand leisten."*

Am 7. April 1992 erkannten endlich — mit fast dreimonatigem Abstand zu Europa — die **Vereinigten Staaten** die Unabhängigkeit von Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina an. US-Außenminister Baker meint dazu: *„Die internationale Gemeinschaft wird allen neuen Staaten Hilfe angedeihen lassen, die der Demokratie, der Freiheit und dem Freien Markt huldigen."* Nach Auffassung der EG — heißt es weiter aus Washington — kann die Anerkennung von Bosnien-Herzegowina zur Befriedigung der Balkanregion beitragen." (180).

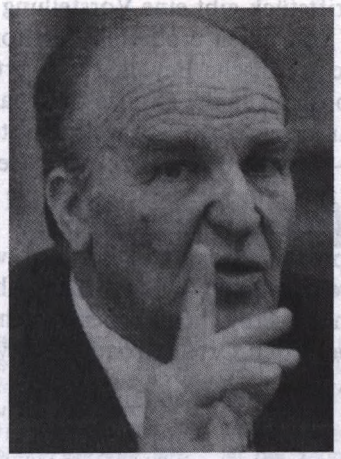
Zur gleichen Zeit werden in Brüssel Gespräche über die Zukunft Jugoslawiens unter der Führung von **Lord Carrington** fortgesetzt. Am 1. April 1992 lief die 11. Plenarsitzung der EG-Friedenskonferenz an. Der Lord sprach von „beachtlichen Fortschritten" (181).

Am 25. April lehnt der Weltsicherheitsrat ausdrücklich die Entsendung von Blauhelmen nach Bosnien ab. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte schon am Tage zuvor sich in gleicher Form geäußert. An den Kämpfen in Bosnien hält man in gleichem Maße für schuldig die Serben, Kroaten und Moslems. Diese Haltung widerspricht den Forderungen von Deutschland, Frankreich, Polen und Belgien. (182).

Ein neues Jugoslawien

Am 27. April geht man in Belgrad an die Schaffung einer neuen „Republik Jugoslawien", die aus Serbien und Montenegro besteht.

Am 1. Mai lehnt die in Lissabon tagende EG weitere Anerkennungen von Staaten im ehemaligen Jugoslawien ab. Das bezieht sich auf Mazedonien, dessen Anerkennung weiterhin von Griechenland blockiert wird, und auf die soeben gegründete serbische Republik



Bosniens Präsident Izet Begovic

des Neuen Jugoslawien. Damit wird die Anerkennung von Staaten nicht mehr als ethische internationale Verpflichtung angesehen, als Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sondern als politische Waffe beim Aufbau einer zusagenden Staatenwelt. Anerkennung wird so Werkzeug einer im eigentlichen reaktionären Außenpolitik.

Am 30. April veröffentlichte die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug einen angeblichen Befehl des Vizekommandanten der bosnischen Territorialverteidigung Karic, wonach die Militärführung in Sarajewo mit einer Generaloffensive gegen die Bundesarmee begonnen habe. Die Meldung, die weder Unterschrift noch Stempel trug, ergab sich als **Fälschung.** Sie wurde sofort in Sarajewo auf das heftigste dementiert. doch waren bereits schwerste Kämpfe im Raum Sarajewo ausgebrochen. Gleichzeitig kam es zur Sprengung von Savebrücken und zur erneuten Beschießung von Zadar (Zara) an der Adria. *„Mit einer dilettantischen, aber umso infameren Fälschung einer Kriegserklärung Bosniens an die de facto nicht mehr existente Bundesarmee lieferte in der Nacht zum 30. April Serbiens Propagandamaschinerie ihren kommunistischen Barbarenhorden einen Vorwand zum Sturmangriff auf Sarajewo.“* (183). Aus dem Wallfahrtsort Medjugorje kommt ein Hilferuf, den wir wiedergeben wollen, weil er zu den ersten gleichartigen Verzweiflungsausbrüchen gehört, die dann immer schrecklicher und herzzerreißender aus Bosnien ertönen und allesamt ohne jegliche Wirkung bei den Herrschenden auf dieser Welt blieben: *„Bitte beten Sie für uns. Die Bevölkerung ist in Panik. Man sieht schon Kinder, deren Haare durch die Schockeinwirkung ergraut sind. Menschen werden in den Straßen wie streunende Hunde abgeschossen. Die UNO-Blauhelme beobachten aber nur. Es ist aber jetzt mehr nötig, um der Gewalt Einhalt zu bieten, die sich durch Bosnien-Herzegowina wälzt.“*

Ethnische Säuberung

Doch gleichzeitig geht der Kampf weiter auch in den kroatischen Städten Esseg und Wukowar und Mostar und Vinkovci. Theoretisch sollte dort seit dem 3. Januar Waffenstillstand sein, doch die Serben schießen weiter, zerstören, was noch steht. Rund 80 Pro-

Das hier in Übersetzung abgedruckte Schriftstück gibt eine Vorstellung davon, mit welchen Mitteln die Serben in den von ihnen eroberten Territorien Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens die nichtserbische Bevölkerung vertreiben. In der Stadt Bosanski Novi in Nordwestbosnien an der Grenze zu Kroatien mußten Muslime und Koraten ein Formular unterschreiben, auf welchem steht, daß sie freiwillig ihren Besitz der Gemeinde — das heißt der Serbischen Besatzungsmacht übereignen und daß sie die Stadt für immer verlassen. Wer die Unterschrift verweigerte, dem drohte Erschießung. Doch auch muslimische und kroatische Bewohner, welche die ihnen abgepreßte Unterschrift leisteten, wurden beschossen, als sie zu Fuß und ohen Habe Bosanski Novi verließen. Ähnliche Formulare, wie das hier übersetzte, haben die serbischen Eroberer auch anderswo in Bosnien und in vielen von ihnen besetzten Orten Kroatiens verwendet. (Text und Abbildung aus der FAZ 6.10.1992).

SERBISCHE REPUBLIK BOSNIEN UND HERCEGOVINA
GEMEINDE BOSANSKI NOVI
SEKRETARIAT FÜR GESELLSCHAFTSTÄTIGKEITEN UND
ALLGEMEINE VERWALTUNG

Nummer: 02/1-477-497/92
Datum: 4.7. 1992

PROTOKOLL

Aufgesetzt am 4.7. 1992 in Räumlichkeiten der Gemeinde Bosanski Novi in Sachen der Aufnahme einer Erklärung über Eigentumsverhältnisse der anwesenden Personen zwecks dauerhaften Verlassens des Territoriums der Gemeinde.

ANWESENDE:
1. Ferizović Nijaz, Amtsperson
2. Ranko Kolić-Zec, Protokollführer

PARTEI:
1. MAJETIĆ des Zaim HASNIJA aus Bosanski Novi

Der - die - Nichtaufgeforderte - r - wandte sich an diese Instanz und nachdem er - sie - mit dem Erlass des Krisenstabes der Gemeinde Bosanski Novi bezüglich der Kriterien für die Möglichkeit der Auswanderung, Nummer 01/1-023-85-217/92 vom 1. 7. 1992, bekanntgemacht wurde, gab der - die - Anwesende folgende

ERKLÄRUNG

zu Protokoll.

Ich erkläre, daß ich auf dem Gebiet der Gemeinde Bosanski Novi, auf meinen Namen lautendes Eigentum - xxxxxx - (unleserlich gemacht), Immobilien habe, eingetragen in die Register-Liste Nr. 2013 des Katasters der Gemeinde Bosanski Novi, welches ich der Gemeinde übereigne, und daß ich für immer mit meinem Ehemann Ahmet und den Söhnen Asmir und Armin die Gemeinde Bosanski Novi verlasse.

Die Erklärung gebe ich vollverantwortlich ab, ohne Zwang, meiner Erklärung bewußt (er - sie) und zwecks Beschaffung der Dokumentation für dauerhafte Aussiedlung und Verlassen des Gebiets der Gemeinde Bosanski Novi.

Diese Erklärung hat die Kraft einer Vollstreckungslegitimation.

PARTEI:	PROTOKOLLFÜHRER:		AMTSPERSON:
Majet[illegible] Hasnija e.h.	RKZ e.h.	L.S. (unleserlich)	(Unterschrift unleserlich)

Ein erschütterndes Zeitdokument

Der Brief einer Donauschwäbin aus Sarajewo

Den nachfolgenden Brief schrieb die deutsche Lehrerin Stella Schwarz am 24. August 1992 aus Sarajewo. Frau Schwarz wurde am 21. Februar 1919 geboren und war in den dreißiger und vierziger Jahren an deutschen Schulen in Apatin und Syrmien tätig. Sie verstarb am 28. Oktober 1992 in Sarajewo, in der Stadt, in der sie drei furchtbare Kriege miterlebte. Der Brief erreichte am 5. November auf Umwegen den Adressaten:

„Ich schreibe Euch, vielleicht das letzte Mal. Ich bin sehr schwach und hoere fast nichts, kann nicht lesen, das Gehen faellt mir schwer – und wie du siehst, kann ich kaum schreiben. Das ist die Wirkung der Situation in der wir schon 5 Monate stecken. Mirza und ich sind 5 Monate, wegen der dauernden Einschlaege, nicht aus dem Haus gekommen. Die Granaten zerstoeren die Haeuser. In unsere Wohnung ist dem Ferid seine Schwester Minka mit einem Granatsplitter in die Lunge getroffen worden – sie ist noch immer halbtot – und eben dieser Splitter ist knapp an meinem Kopf vorbeigesaust.

Wir schlafen im Hausflur oder im Abstellraum. Alle sind wir nur noch Haut und Knochen. Die hunanitarere Hilfe kriegen wir einmal im Monat. Pro Person eine Dose Sardinen, 1 kg Mehl oder Reis, Oel. Die ganze Zeit ernaehren wir uns von Brot, Bohnen, Makkaroni, Reis. Obst und Gemuese haben wir in dieser langen Zeit nicht gesehen, wo erst gegessen. – Die Stadt ist oede, in den Laeden und am Markt gibt es nichts mehr. Heute ist der zehnte Tag wo wir ohne Strom leben, und im Juli waren wir 15 Tage ohne Strom. Wasser ist oefter keins da und es sind grosse Hitzetage.

Suzana geht zur Arbeit unter staendiger Lebensgefahr. Die Menschen fallen unter den Granaten und Schrapnellen auf offener Strasse. Es gibt mehr Opfer unter den Zivilisten als bei den Kaempfern. Die Situation ist schlimm und wir hoffen auf die Konferenz von London am 26. 8. 1992, denn der Winter wird bald da sein.

Es gibt keine Nahrung, die Fenster sind ohne Glas und es gibt keine Waerme. Darum bitte ich Dich um Folgendes: Rette unsern Mirza, weil hier hat er keine Lebenschance, ueberhaupt wenn Suzana etwas zustoesst – dann ist er verloren.

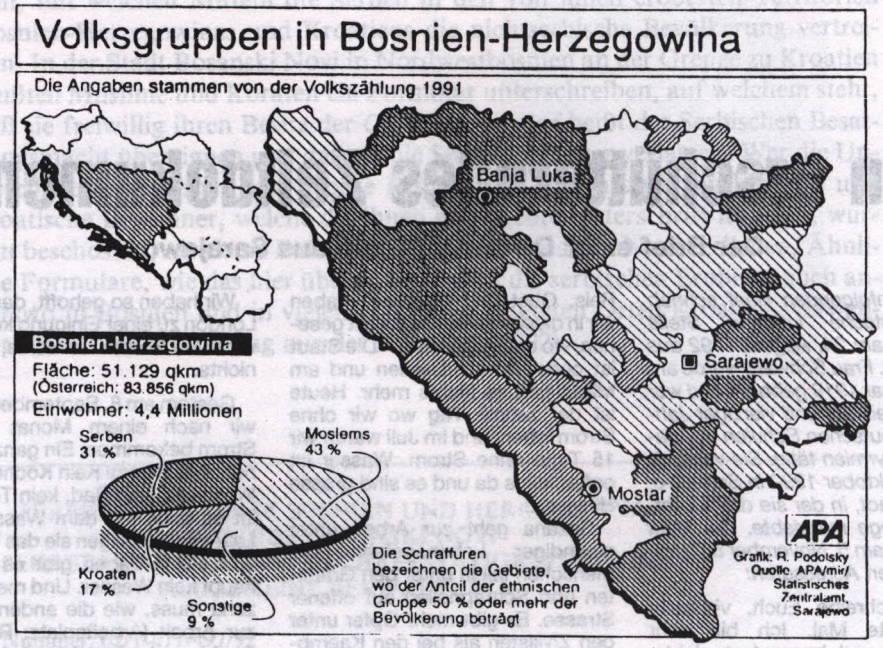
Wir werden versuchen, wenn der Korridor Sarajevo – Split gesichert ist, ihn zum Durica zu schikken. Und wenn er beim Durica ist, bitte schickt dem Durica Geld damit er ihn erhalten kann, denn er hat ja auch eine Familie zu versorgen und verdient jetzt fast nichts.

Oder aber nimm Du den Mirza und sorge fuer ihn bis bessere Zeiten kommen. Vielleicht wenn Ihr ihn als Fluechtling anmeldet, wuerdet Ihr eine Hilfe bekommen.

Wir haben so gehofft, dass es in London zu einer Einigung kommen wird und wieder ist nichts, nichts, nichts.

Gestern am 8. September haben wir nach einem Monat wieder Strom bekommen. Ein ganzer Monat ohne Strom! Kein Kochen, kein Waschen, kein Bad, kein Tee – so ist es auch mit dem Wasser: mit Lastwagen bringen sie das Wasser und seit 4 Tagen gibt es ueberhaupt kein Wasser. Und meine Suzana muss, wie die andern auch, zur Arbeit (Arbeitsplatz: Ruinen!). Die Menschen sterben unterwegs. Diese Angst, diese Sorge um ihr Leben, wird sie wiederkommen? Ich habe zwei Weltkriege erlebt, aber jetzt es es ein Horror den man nicht beschreiben kann. Wieviel Elend, wieviel Sterben und noch aergere Quaelerei! Und ich verstroeme taeglich Traenen und bitte Gott er soll sich doch erbarmen, wenn schon das reiche Europa und Amerika es nicht tun. – Schaemen soll'n sie sich, Gott wird es ihnen eines Tages zurueckzahlen.

Seit London ist es noch schlimmer geworden. Von Serbien kommen neue Einheiten und kaempfen noch staerker. Die Versorgung ist gestopt und der Winter kommt. Eben hat es wieder vor unserem Haus eingeschlagen. Gestern ist eine Oma und ihr Enkel umgekommen. Und der erste Granateinschlag war in unser Haus auf unseren Balkon."



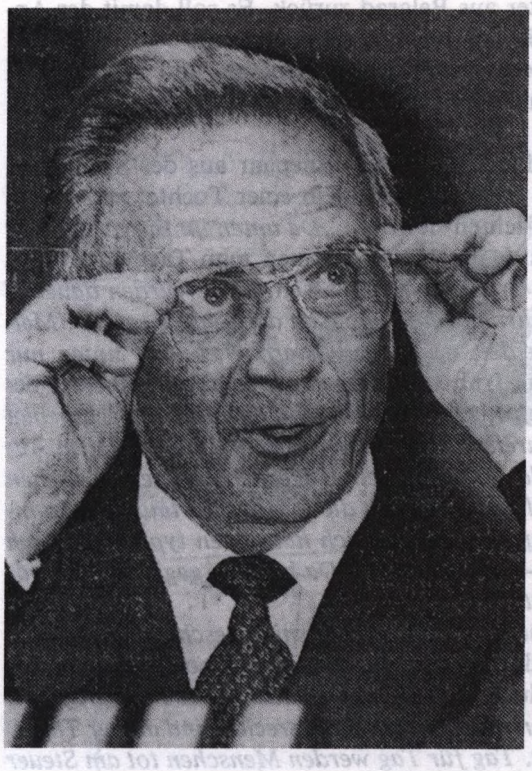
zent aller Industriebetriebe sind vernichtet. Fast 50.000 Einwohner aus Esseg geflüchtet. In der Baranja, einst auch Heimat vieler Donauschwaben, *„schauen die Blauhelme zu, wie die Tschetniks die letzten dort noch nicht vertriebenen Kroaten aus ihrer Heimat vertreiben"* (184). Die UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata bittet in Genf um Hilfe für *„mehr als eine Million Flüchtlinge. Die eskalierende Gewalt hat zu der ersten großen Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg geführt."* (185).

In Bosnien haben die Serben inzwischen eine lückenlose Verbindung von Osten nach Westen durch die Eroberung der kroatischen Stadt Brcko und eine durchgängige Nord-Südverbindung durch die Eroberung von Gorazde geschaffen. *„Vor diesem Hintergrund werden die Sondierungen des UNO-Abgesandten Marrack Goulding über etwaige Stationierung von Friedenstruppen in Bosnien weitgehend sinnlos, denn die Serben stehen militärisch vor dem Sieg und kontrollieren zweidrittel von Bosnien."* (186).

Die Entscheidung der Armeeführung in Belgrad, die Befehlsgewalt über die bosnischen Teile der Armee abzugeben, erweist sich als Winkelzug, um die jugoslawische Beteiligung an den Kämpfen zu vertuschen. Dadurch werden die Einheiten zu einer militärischen Formation der Serben in Bosnien. Die bosnische Regierung bezeichnet das als „Katastrophe, die den Krieg verlängern würde." (187).

Am 6. Mai 1992 gibt dennoch Belgrad den Oberbefehl in Bosnien ab. Die Truppe (etwa 40.000 Mann mit ihren Panzern und ihrer Artillerie) wird dort umgewandelt in eine „Serbische Bürgerwehr". Damit soll die Verantwortung für Völkerrechtsbruch und Greueltaten abgewälzt werden. Die EG zieht aus Sarajewo ab, da es dort zu gefährlich ist, und verlegt sich nach Split am Adriatischen Meer. „Das Sicherheitsrisiko für die Beobachter war nicht ausgemacht!"

Am gleichen Tage interveniert die **Türkei** vor dem Sicherheitsrat und fordert den Schutz der territorialen Integrität Bosniens.



Milan Panic

„Die Generäle greifen zu immer krimineller en Mitteln" meldet die Wiener Kronen-Zeitung am 5.5.1992. Nach seiner Rückkehr aus Portugal wird der Präsident Bosniens, Alija Izetbegovic überfallen und gefangen gesetzt und erst nach Aufhebung der militärischen Belagerung des Hauptquartiers der Armee in Sarajewo freigelassen. Am folgenden Tag wird mit der Ermordung eines seiner Leibwächter gedroht, falls man nicht 400 Gefangene freiläßt.

In Kroatien wühlt Serbien auch in der Etappe. Den Vorstoß unternimmt der uns ja gut bekannte Freimaurer Markovic. Aus dem Wiener Exil kehrt er nach Agram zurück und versucht, der Gründung einer dubiosen neuen Partei, Bund der Reformisten, auf die Beine zu helfen. Freimaurer Bruder Stipe Mesic (siehe XIII, 175), bemüht sich, Markovic reinzuwaschen. In der Wochenzeitschrift Globus erklärt er, daß Markovic den Überfall der Bundesarmee auf Slowenien nicht angordnet habe. Er habe vielmehr einen Putschplan der jugoslawischen Generäle verhindert und auch versucht, den drohenden Krieg von Kroaten abzuwenden. (188). Mesic widerspricht damit seinen eigenen Äußerungen in der damaligen Zeit. (XIII, 174).

Auf Antrag Österreichs kommt es zu einer Dringlichkeitssitzung der KSZE in Helsinki. Rußland wendet sich gegen einen Ausschluß des Neuen Jugoslawien aus der KSZE. Dieser Schritt aber ist notwendig, bevor man von Sanktionen sprechen kann.

Kroatien ändert mit Zustimmung des Parlaments die Verfassung durch Schaffung von zwei „Autonomen Gebieten", die mehrheitlich von Serben bewohnt (und derzeit von Serben besetzt) sind.

Am 10. Mai ruft die EG ihre Botschafter aus Belgrad zurück. Es soll damit der Anschein vermieden werden, die neue Republik Jugoslawien sei anerkannt.

Der serbische Präsident Slobodan Milosevic schickt 40 Generäle und Admiräle in Zwangspension. Er kommt damit der Gefahr eines Militärputsches entgegen, spart Geld ein und wird schlagkräftiger.

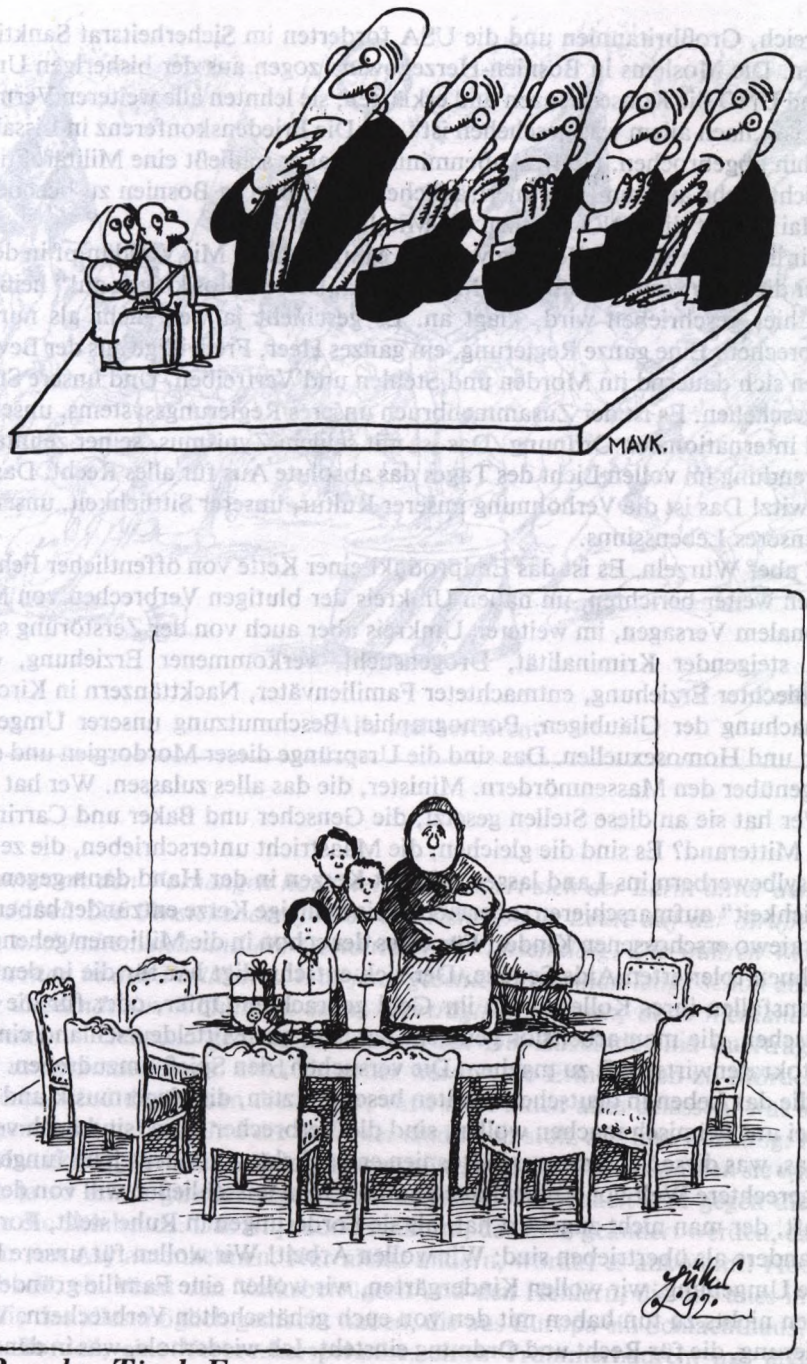
In diesem gleichen Wonnemonat Mai fährt ein junges Ehepaar aus der Steiermark nach Brosanska Gradiska in Kroatien, um nach dem Verbleib einer Tochter zu suchen. Von ihrer Flucht zurück nach Österreich berichten sie (189): *„Da unten im Bürgerkrieg ist ein Menschenleben nichts wert"*, erinnert sich der Mann an einen zehn Tage dauernden verzweifelten Versuch, die Stadt Bosanska Gradiska zu verlassen. *„Wir wurden dauernd gedemütigt. Mir haben diese Tschetniks mehrmals die Pistole an die Schläfe gesetzt. Meine Frau wollten sie vergewaltigen. Wir beiden waren als Österreicher dort unten nur ‚Schweine' und ‚Kollaborateure'."* Dienstag früh erfuhr Konrad von einer schlecht bewachten Brücke über die Save und riskierte die Flucht: *„Wir sind durch das Kriegsgebiet gefahren. Zerbombte Häuser, Verletzte, schreiende Menschen, Not und Elend. Jeden Augenblick hätte uns eine Granate treffen oder die Kugel eines Heckenschützen erwischen können. Wir wurden mehrere Male kontrolliert, wobei ich die Patrouillen täuschen konnte. Mein Auto hat zwar ein steirisches Kennzeichen, aber ich hab ihnen typisch serbisch zugewinkt — mit erhobenem Zeige-, Mittel- und Ringfiner. Da haben's geglaubt, ich wär einer von ihnen. Da unten regiert der nackte Wahnsinn."*

„Ich dachte, ich hätte schon alles gesehen, aber was in Bosnien geschieht, übersteigt jede menschliche Vorstellungskraft", sagt der Experte des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge, der Spanier José-Maria Mendiluce. *„Überall im Lande gibt es Milizgruppen, die keinerlei Konventionen respektieren. Verletzungen des Kriegsrechts sind an der Tagesordnung und werden systematisch ausgeübt. Tag für Tag werden Menschen tot am Steuer ihres Autos angetroffen, mit Kopfschüssen aus der Waffe eines Scharfschützen getötet. Humanitäre Organisationen werden in zunehmendem Maße zu Zielscheiben des Hasses und schlimmerem. LKW mit Hilfslieferungen für Sarajewo wurden entführt und durch direkte Treffer aus Geschützen außer Gefecht gesetzt. 650.000 Menschen wurden zur Flucht gezwungen."* (190).

„Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, hat die Entsendung von Friedenstruppen nach Bosnien für „gegenwärtig nicht machbar" erklärt. Er gestand die Hilflosigkeit der Weltorganisation. Als einzige Hoffnung blieben die suspendierten Friedensgespräche unter der Schirmherrschaft der EG. (191).

„The Guardian" veröffentlicht eine Meldung, wonach die 12 Außenminister der EG das Einfrieren serbischer Vermögenswerte angeordnet hätten. *„Mit dieser Indiskretion gleicht die ganze Übung einem Schlag ins Wasser und die EG ist um eine Blamage im Jugoslawienkonflikt reicher geworden."* (192).

Die in Sarajewo stationierten UN-Soldaten wurden nach Belgrad evakuiert. „Die Serben verjagen nun die Blauhelme aus Sarajewo" betitelt die Kronen-Zeitung den Vorgang. Zwei Kampfbomberpiloten desertieren mit ihren serbischen Maschinen nach Kroatien. In fast allen großen Gefängnissen Serbiens revoltieren die Gefangenen wegen erneut gekürzter Essensrationen. Drastischer Anstieg der Fahnenflüchtlinge. Eltern fordern in Belgrad die Rücksendung ihrer Söhne aus dem Kampfgebiet. (193).



Runder Tisch Europa . . . Karikatur: Helmut Hütter

Forderung nach Sanktionen

Frankreich, Großbritannien und die USA forderten im Sicherheitsrat Sanktionen gegen Serbien. Die Moslems in Bosnien-Herzegowina zogen aus der bisherigen Untätigkeit von EG und UNO die Konsequenzen und erklärten, sie lehnten alle weiteren Vermittlungsbemühungen „nach allem was geschehen ist" ab. Die Friedenskonferenz in Lissabon wurde daraufhin abgebrochen. (194). Außenminister Baker schließt eine Militäraktion gegen Serbien nicht mehr aus, um den unerträglichen Alptraum in Bosnien zu beenden. (195). Am 23. Mai nimmt die UNO Bosnien als Mitglied auf.

Vor mir liegt eine Wiener Zeitung vom 16. Mai: Serbien: Mit Volldampf in den Untergang. Über die Seite verteilt Fotos von Mordtaten. „Diese Fotos klagen an!" heißt es. Jede Zeile, die hier geschrieben wird, klagt an. Es geschieht ja weit mehr als nur einzelne Kriegsverbrechen. Eine ganze Regierung, ein ganzes Heer, Freiwillige aus der Bevölkerung übertreffen sich dauernd im Morden und Stehlen und Vertreiben. Und unsere Staatsleiter lassen es geschehen. Es ist der Zusammenbruch unseres Regierungssystems, unserer nationalen und internationalen Ordnung. Das ist mit seinem Zynismus, seiner zehntausendfachen Anwendung im vollen Licht des Tages das absolute Aus für alles Recht. Das ist mehr als Auschwitz! Das ist die Verhöhnung unserer Kultur, unserer Sittlichkeit, unserer Philosophen, unseres Lebenssinns.

Es hat aber Wurzeln. Es ist das Endprodukt einer Kette von öffentlicher Fehlleistung. Wir werden weiter berichten, im nahen Umkreis der blutigen Verbrechen von Mord und internationalem Versagen, im weiteren Umkreis aber auch von der Zerstörung staatlicher Ordnung, steigender Kriminalität, Drogensucht, verkommener Erziehung, entarteter Kunst, schlechter Erziehung, entmachteter Familienväter, Nackttänzern in Kirchen, Verächtlichmachung der Gläubigen, Pornographie, Beschmutzung unserer Umgebung mit Zigeunern und Homosexuellen. Das sind die Ursprünge dieser Mordorgien und dieser Toleranz gegenüber den Massenmördern. Minister, die das alles zulassen. Wer hat sie ausgewählt? Wer hat sie an diese Stellen gesetzt, die Genscher und Baker und Carrington und Kohl und Mitterand? Es sind die gleichen, die Maastricht unterschrieben, die zehntausende von Asylbewerbern ins Land lassen, die mit Kerzen in der Hand dann gegen „Ausländerfeindlichkeit" aufmarschieren, aber noch keine einzige Kerze entzündet haben für eines der in Sarajewo erschossenen Kinder. Für eines der schon in die Millionen gehenden Opfer der von ihnen tolerierten Aids-Seuche. Der sich entschuldigt hat für die in den zahllosen Korruptionsfällen ihrer Kollegen um ihr Geld gebrachten Opfer, oder für die Millionen von Deutschen, die man arbeitslos gemacht hat, um aus Mitteldeutschland eine Kolonie ihrer Plutokratenwirtschaft zu machen. Die versuchen, den Spieß umzudrehen. Nicht diejenigen, die das Leben in deutschen Städten beschmutzten, die Negermusik und Zigeunergejohle bei uns heimisch machen wollen, sind die Verbrecher — ja, sind auch verantwortlich für das, was diese Schlamperei in Bosnien ermöglicht — sondern jene Jungen, die eine bessere, gerechtere Welt vor Augen haben und die man ausschließen will von der Volksgemeinschaft, der man nicht zugehört hat, als sie Forderungen in Ruhe stellt, Forderungen, die alles andere als übertrieben sind: Wir wollen Arbeit! Wir wollen für unsere Freizeit eine schöne Umgebung, wir wollen Kindergärten, wir wollen eine Familie gründen können. Wir wollen nichts zu tun haben mit den von euch gehätschelten Verbrechern. Wir wollen eine Regierung, die für Recht und Ordnung einsteht. Ich wiederhole, was in den Zeitungen steht (196). *„Rostock. Jedesmal wenn wieder ein Molotow-Cocktail plaziert wurde und*

„Alle mal herhören"

die Flammen an den Vorhängen hochklettern, steigert sich der Lärm unter den Zuschauern zum Jubel. Die Umstehenden finden das richtig. Die Leute auf der Straße sind einer Meinung und halten sich und die Gewalttäter für unschuldig. Die wahren Verantwortlichen sieht man in den Politikern. Was jetzt geschieht, hat man lange schon absehen können. Die Zustände im Wohnheim seien unerträglich gewesen, doch niemand hat etwas unternommen." Genauso geht es in Bosnien zu: Die Zustände sind unerträglich, doch niemand unternimmt etwas. Und hinterher werden die Ermordeten zu Mördern erklärt, und hinterher sind die Serben die Sieger, wird man ihnen alles belassen, was sie sich zusammengemordet haben. Und die Politiker sind noch stolz auf ihre Leistung: Asylantenpolitik, Maastricht, Serbischer Krieg, Korruption, und die Wähler wählen sie wieder, denn sie haben ja so schön geredet gegen die Ausländerfeindlichkeit und gegen die Neonazis und gegen die Skinheads. Das ist ja sooo schlimm, das muß geändert werden, das mit dem Anzünden von Asylantenheimen. Nur nichts ändern, worauf es ankommt! Hoch lebe die Unehrlichkeit, ein Vivat den Volksbetrügern und den Hehlern, die das alles in die Wege geleitet, die das alles möglich gemacht haben, die aus Europa ein Schlachthaus, ein Irrenhaus, ein Bordell, eine Verbrecherspelunke, einen Trümmerhaufen, mit täglich neuen Gräbern gemacht haben.

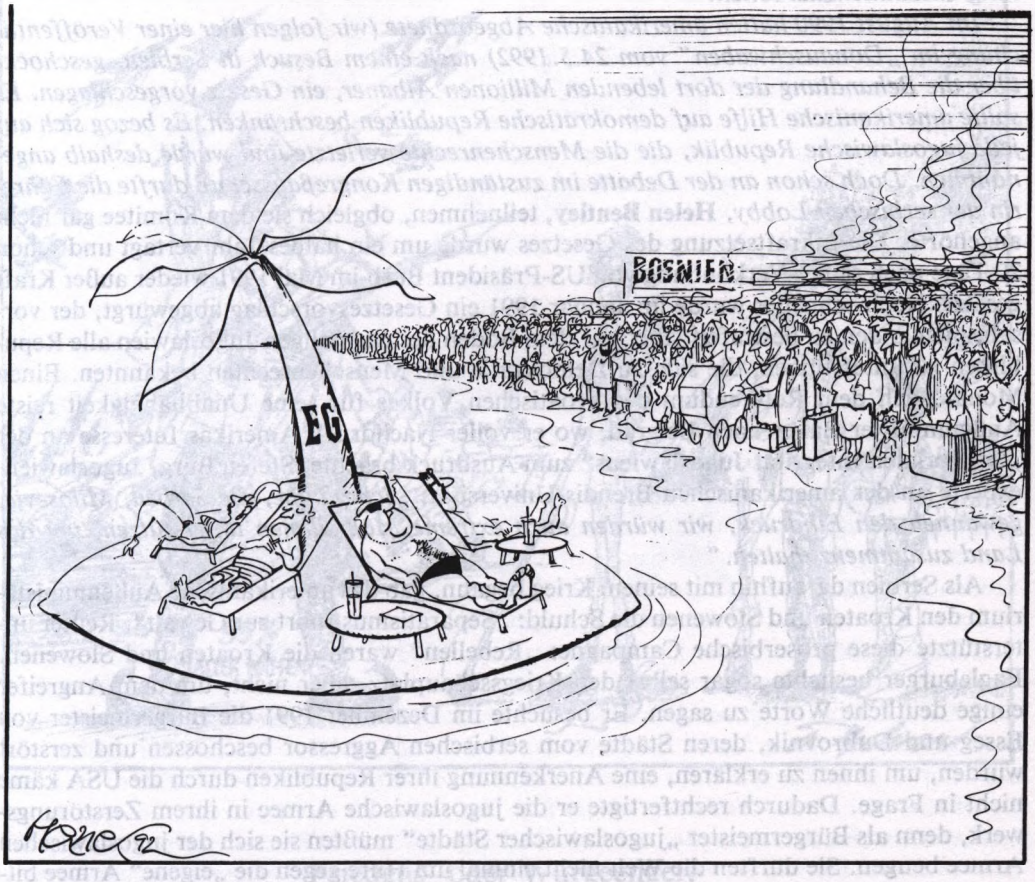
Wir werden weiter berichten von Sarajewo, wie sich die Politganoven weiter einrichten, wie England die Fäden weiter zieht, wie die Serben vollendete Tatsachen setzen, wie mehr als eine Million Menschen alles verlieren, weil ekelerregende Politiker keinen Vorteil darin erblicken, das zu verhindern und schon gar nicht in Frieden und Gerechtigkeit ein Ziel ihres Berufes erblicken. Ist der Hehler schlimmer als der Stehler, dann ist ein EG-Außenminister schlimmer als der serbische Mörder in Wukowar. Und wird es höchte Zeit, wieder die Todesstrafe einzuführen.

Und wenn unser gegenwärtiges politisches System diesen Durchbruch zu Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verhindert, dann ist es zu ändern.

Lawrence Eagleburger

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Belgrad von 1977 bis 1981 hieß Lawrence Eagleburger. Er war damals Chefverkäufer des in Serbien hergestellten PKW namens Jugo und meinte, mit einem Export dieses Wagens in die USA Jugoslawien aus seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu befreien. Unmittelbar nach seiner Rückkehr in die USA gehörte Eagleburger dann zu den Gründern einer Firma „Global Motors", hinter der sich der serbische Waffenfabrikant „Crvena Zastava" („Rote Fahne") verbarg, zu dessen Produktionsprogramm auch der Kleinwagen Jugo gehört. Belgrad konnte nach der Aufnahme hoher Auslandskredite, für die sich, trotz aller Warnungen, Eagleburger als Botschafter in Belgrad eingesetzt hatte, kaum noch die Zinsen auf diese Kredite bezahlen und feierte jetzt den Export des Jugo in die USA als „Geschäft des Jahrhunderts". Wir entnehmen diese und die weiteren Einzelheiten dem „Donauschwaben" vom 24.5.1992. Dieser stützt sich auf Ausführungen in der kroatischen Zeitschrift „Globus". Als Eagleburger 1989 sein Einkommen offenlegen mußte, sollte man seiner Steuererklärung entnehmen, daß er an diesem Geschäft, das seine Idee war, überhaupt nichts verdiente. Seinen Angaben zufolge erhielt er von Global Motors keinen Cent. Dafür tauchten 5.000 Dollar auf, die er als Mitdirektor einer jugoslawischen Bankfiliale in den USA erhalten hatte, eine Bagatelle. Denn Lawrence Eagleburger arbeitete als Berater für zwei weitere Firmen, die „Kissinger Associates" und „Kent Associates", von denen er 1,1 Millionen Dollar innerhalb eines Jahres erhielt.

Die „Kissinger Associates" gehört Henry Kissinger, nicht nur Chefberater amerikanischer Präsidenten, sondern auch ein alter Bekannter von Eagleburger. Eagleburger hatte Kissinger als Berater gedient, als Kissinger weltweit für eine Politik der „Stabilität" eintrat, worunter er, im Gegensatz zu Präsident Reagan, verstand, die kommunistischen Einheitssysteme in Osteuropa nicht anzugreifen, sondern zu festigen. (197). Das galt auch für das kommunistische Jugoslawien, das sich dankbar zeigte. Kissinger verdiente an dem Geschäft mit dem Jugo noch mehr, aber er mußte sein Einkommen teilen. Zu den hochbezahlten Mitarbeiter der „Kissinger Association" gehörte Lord Carrington, heute Vorsitzender der „Friedenskonferenz" für Jugoslawien im Auftrag der EG. Aus dem Geschäft mit dem Jugo wurde trotz einer millionenschweren Propaganda nichts. Global Motors erklärten sich für bankrott. Doch andere hatten gut an dem Vorgang verdient. Die jugoslawische Bankfiliale, von der Eagleburger angeblich nur mit 5.000 Dollar bezahlt worden war, wurde von einem amerikanischen Gericht wegen illegaler Geldwäscherei verurteilt. Ein Bankdirektor hatte Banknoten im Koffer hin- und hertransportiert. Ab 1989 will Eagleburger zu seinen serbischen Geschäftspartnern keine Beziehungen mehr unterhalten haben.



Einige amerikanische Politiker hatten versucht, die dann erfolgende Ernennung Eagleburgers zum Stellvertreter des amerikanischen Außenministers (und damit Zuständigem für die Beziehungen der USA zu Jugoslawien) zu verhindern, indem sie darauf hinwiesen, daß Eagleburger persönlich zu eng mit den wirtschaftlichen und damit wohl auch mit den politischen Interessen Serbiens verknüpft sei. Wie man der in Geldsachen beschlagenen „Financial Times" entnehmen kann, kultivierte er als Botschafter in Belgrad eine besonders enge Freundschaft zum damaligen Direktor der „Beobanka", die als Hausbank der „Roten Fahne" das Geschäft mit dem Jugo finanzierte. Dieser hieß Slobodan Milosevic und ist heute der (erneut wiedergewählte) Präsident Serbiens. Auch er verdiente als Bankdirektor an dem Geschäft.

Auf den Einfluß Eagleburgers geht es nach Meinung der Washingtoner Zeitschrift „The New Republic" zurück, daß die USA die Anerkennung von Slowenien, Kroatien und Bosnien um Monate verzögerte und so eine Animosität zwischen Europa und Nordamerika schuf. Auf dieser Linie lag auch die Haltung des US-Botschafters in Belgrad, Warren Zimmermann, der die Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung Serbiens igno-

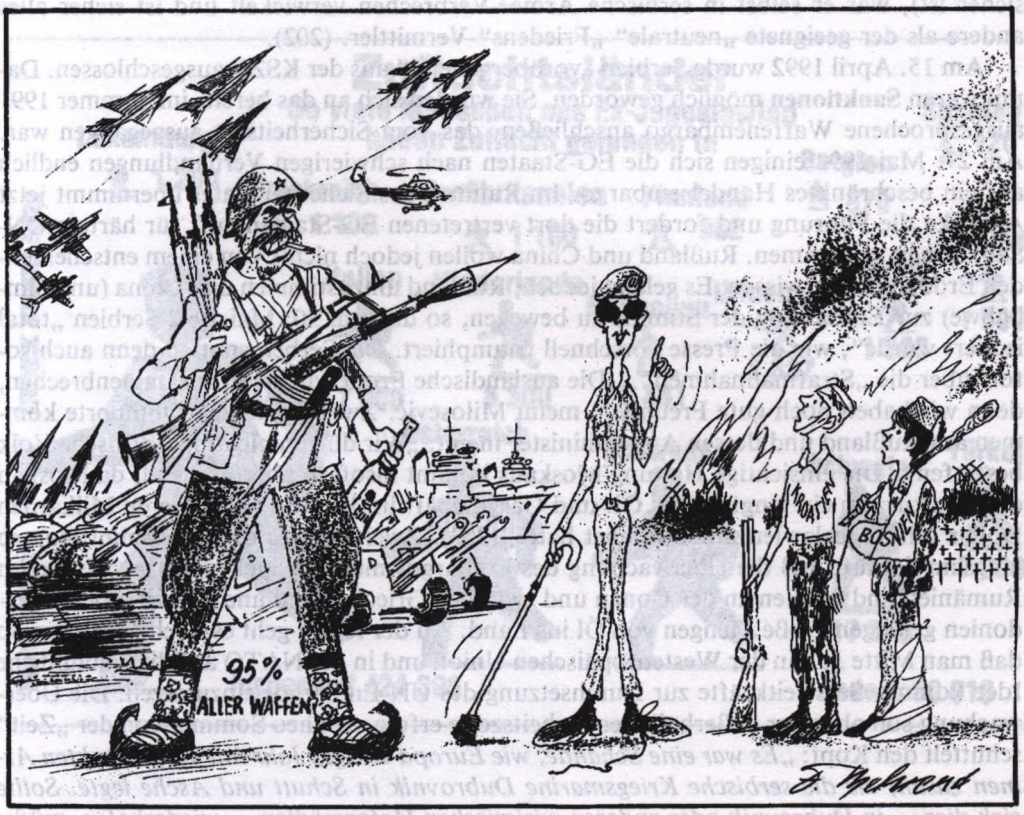
rierte und noch im März 1991 in einem Interview mit der serbischen Zeitung Borba erklärte: *„Wenn das jugoslawische Volk Kommunisten wählt, sind wir bereit, mit dieser Führung zusammenzuarbeiten."*

Im August 1990 hatten amerikanische Abgeordnete (wir folgen hier einer Veröffentlichung im „Donauschwaben" vom 24.5.1992) nach einem Besuch in Serbien, geschockt über die Behandlung der dort lebenden Millionen Albaner, ein Gesetz vorgeschlagen. Es sollte amerikanische Hilfe auf demokratische Republiken beschränken. Es bezog sich auf jede jugoslawische Republik, die die Menschenrechte verletzte und wurde deshalb angenommen. Doch schon an der Debatte im zuständigen Kongreßausschuß durfte die Führerin der serbischen Lobby, **Helen Bentley,** teilnehmen, obgleich sie dem Komitee gar nicht angehörte. Die Inkraftsetzung des Gesetzes wurde um ein halbes Jahr vertagt und schon 20 Tage nach seiner Verkündung von US-Präsident Bush im Mai 1991 wieder außer Kraft gesetzt. Noch schneller wurde im Januar 1991 ein Gesetzesvorschlag abgewürgt, der vorsah, niemanden zu bestrafen, aber auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien alle Republiken zu unterstützen, die sich zu Demokratie und Menschenrechten bekannten. Einen Monat nach dem Referendum des kroatischen Volkes für seine Unabhängigkeit reiste Außenminister Baker nach Belgrad, wo er voller Nachdruck Amerikas Interesse an der „territorialen Integrität Jugoslawiens" zum Ausdruck brachte. Stefen Burg, Jugoslawienexperte an der amerikanischen Brendis-Universität: *„Ich glaube, die Serben, Milosevic, gewannen den Eindruck, wir würden auch extreme Maßnahmen unterstützen, um das Land zusammenzuhalten."*

Als Serbien daraufhin mit seinem Krieg begann, gab das amerikanische Außenministerium den Kroaten und Slowenen die Schuld: „Separatismus führt zur Gewalt". Reuter unterstützte diese proserbische Campagne: „Rebellen" waren die Kroaten und Slowenen. Eagleburger besuchte sogar selbst den Kriegsschauplatz, aber nicht, um dem Angreifer einige deutliche Worte zu sagen. Er besuchte im Dezember 1991 die Bürgermeister von Esseg und Dubrovnik, deren Städte vom serbischen Aggressor beschossen und zerstört wurden, um ihnen zu erklären, eine Anerkennung ihrer Republiken durch die USA käme nicht in Frage. Dadurch rechtfertigte er die jugoslawische Armee in ihrem Zerstörungswerk, denn als Bürgermeister „jugoslawischer Städte" müßten sie sich der jugoslawischen Armee beugen. Sie dürften die Welt nicht einmal um Hilfe gegen die „eigene" Armee bitten. Wäre Lawrence Eagleburger anders aufgetreten, hätten die USA, so meint US-Senator **Patrick Gore,** vielleicht „Tausende Menschenleben retten können".

Noch im Januar 1992 zitiert die New York Times den Stellvertreter von Eagleburger, der „den Deutschen" die Schuld daran gab. (198)

„Von der slowenischen Tageszeitung ‚Delo' (28.3.92) gefragt, warum er die Aufgabe des EG-Vermittlers für das ehemalige Jugoslawien übernommen habe, erklärte der ehemalige britische Außenminister **Lord Carrington:** *‚um einem eventuellen deutschen oder französischen Kandidaten für dieses Amt zuvorzukommen'."* (199). Es war der holländische Außenminister van den Broeck (200), der Carrington als Schlichter vorschlug. *„Lord Carrington nun, hielt es in seiner Vermittlerrolle nicht für ratsam, den Angreifer als Schuldigen zu identifizieren. Stattdessen ging er von der Fiktion eines intakten jugoslawischen Staates aus, in dem es keine Grenzen gebe, in dem also auch keine Republik eine andere überfallen könne. Folgerichtig handelte es sich bei Kroatien und Slowenien um ungesetzliche Gebilde, gegen die die jugoslawische Volksarmee zu Recht vorgeht. Lord Carrington und zunächst auch die gesamte EG verstanden sich daher nicht als Schlichter in einem Angriffskrieg der serbisch kommandierten Armee auf die nichtserbischen Republiken oder eines Staates gegen einen anderen, sondern ‚in einem Krieg zwischen Serben und Kroaten', also um einen rein ethnischen Konflikt innerhalb eines Staates."* (201).



Friedens- oder Würgeengel?

„Über die Beziehungen zwischen den beiden größten Völkern Jugoslawiens hatte Lord Carrington schon Erfahrungen gesammelt, als er noch **Peter Alexander Rupert** *hieß und nach seiner Erinnerung im April 1945 nach Jugoslawien geschickt wurde, wo ich eine Art Lager für heimatlos gewordene Leute verwalten mußte. In ihm befanden sich etwa 8000 Jugoslawen, je zur Hälfte Kroaten und Serben. Was sich damals zwischen den Serben und Kroaten abspielte, war dem sehr ähnlich, was sich heute ereignet. Ich habe sehr schnell gelernt, was das heißt — die serbisch-kroatische Auseinandersetzung. Später war ich noch oft in Jugoslawien. Ich weiß davon mehr als zahlreiche meiner Kollegen unter den Diplomaten"* . . . Wenn sich Lord Carrington im April 1945 in der Verwaltung eines Lagers mit heimatlos gewordenen Serben und Kroaten in den sogeannten „befreiten" Gebieten Jugoslawiens befand, kann dies nur in Zusammenhang mit der britisch-jugoslawischen Zusammenarbeit im Rahmen der „Action Slaughterhouse" Stehen. In dieser „Aktion Schlachthaus" wurden zehntausende, wahrscheinlich aber Hunderttausende Kroaten und Slowenen und Angehörige weiterer Völker, die während des Krieges gegen die kommunistischen Partisanen Titos gekämpft hatten, und vor ihnen 1945 bei den Briten in Österreich Zuflucht gesucht hatten, an Titos Partisanen ausgeliefert und von ihnen größtenteils umgebracht. Wenn Lord Carrington an diesen Kriegsverbrechen, deren Höhepunkt in der

„Tragödie von Bleiburg" gipfelte, persönlich beteiligt gewesen sein sollte (was so gut wie sicher ist), war er selbst in serbische Armee-Verbrechen verwickelt und ist sicher alles andere als der geeignete „neutrale" „Friedens"-Vermittler. (202).

Am 15. April 1992 wurde Serbien „vorübergehend" aus der KSZE ausgeschlossen. Damit waren **Sanktionen** möglich geworden. Sie würden sich an das bereits im Sommer 1991 ausgesprochene Waffenembargo anschließen, das vom Sicherheitsrat ausgegangen war. Am 27. Mai 1992 einigen sich die EG-Staaten nach schwierigen Verhandlungen endlich auf ein beschränktes Handelsembargo. Im Rahmen des Sicherheitsrates übernimmt jetzt Amerika die Führung und fordert die dort vertretenen EG-Staaten auf, für härtere UN-Sanktionen zu stimmen. Rußland und China wollen jedoch nichts von einem entscheidenden Erdölembargo wissen. Es gelang jedoch, Rußland umzustimmen und China (und Simbabwe) zur Enthaltung der Stimme zu bewegen, so daß am 30. Mai 1992 Serbien „total isoliert wurde", wie die Presse vorschnell triumphiert. Die Serben spotten denn auch sofort über die „Strafmaßnahmen". „Die ausländische Front wird bald zusammenbrechen, denn wir haben noch gute Freunde", meint Milosevic. Zwei Drittel der Ölimporte kommen aus Rußland und dessen Außenminister meint: „Wir dürfen nicht das serbische Volk bestrafen". Die einsichtige Haltung Moskaus kommt insofern überraschend, da Moskau erst vor kurzem ein langfristiges Öl- und Gasgeschäft im Werte von mehreren Milliarden Dollar mit Jugoslawien unterzeichnet hatte. (203). Zwei Monate darauf kommt man so langsam darauf, daß die Überwachung des Embargos mehr als lückenhaft ist. Zwischen Rumänien und Serbien an der Donau und zwischen Griechenland und Serbien über Mazedonien gelangen große Mengen von Öl ins Land. An der Adria geht es noch freier her, so daß man Mitte Juli in der Westeuropäischen Union und in der NATO auf die erstaunliche Idee kommt, Seestreitkräfte zur Durchsetzung des UN-Embargos einzusetzen. Die Überwachung soll aber nur außerhalb der Hoheitszone erfolgen. Theo Sommer von der „Zeit" schüttelt den Kopf: *„Es war eine Schande, wie Europa voriges Jahr mit verschränkten Armen zusah, als die serbische Kriegsmarine Dubrovnik in Schutt und Asche legte. Sollte sich dies — in Dubrovnik oder anderen adriatischen Hafenstädten — wiederholen, müßte der Westen mit einem Ultimatum eingreifen: ‚Entweder Sie drehen ab oder Sie werden versenkt!' Das gleiche müßte für serbische Luftangriffe auf Städte und Dörfer gelten. Belgrad sollte wissen, daß es mit jedem Bombenangriff den Fliegerhorst riskiert, von dem er ausging. Auch erkannte Artilleriestellungen sollten keine Überlebenschance haben."* Das würde nicht zu befürchtetem größeren Blutvergießen führen, sondern zu dessen Einschränkung.

Am 26. August 1992 kommt es auf britischen Wunsch zu einer Mammut-Friedenskonferenz über Jugoslawien in **London.** Dreißig Staaten nehmen daran teil. Tage zuvor tritt Lord Carrington zurück, soll jedoch in einem in London neu zu errichtenden Jugoslawien-Komitee erneut eingesetzt werden. Namhafte britische Politiker hatten bemängelt, daß dieser bekannte Staatsmann mit dem Scheitern der Friedensbemühungen assoziiert und damit letztlich das Prestige der Nation aufs Spiel gesetzt werde. Als Nachfolger ernennt man dann den Kandidaten der Briten, David Owen. Während noch kurz vor der Londoner Tagung der britische Außenminister Hurd „mit Verschärfung der Sanktionen" droht, wird man sich lediglich darüber einig, in Zusammenarbeit mit Donau-Anrainerstaaten zu einer besseren Überwachung der Donautransporte zu kommen.

Dieses alles Menschliche verhöhnende Tun der Freimaurerklique von Politikern wird dann begleitet von Berichten wie dem folgenden (204): *„Ich bin ungefähr einen Monat hier, das genaue Datum weiß ich nicht, ich kann nicht schreiben",* sagt eine alte Frau. Sie stammt aus Zvornik in Bosnien und hat nach einem Fußmarsch eine Rot-Kreuz-Station erreicht. Im Zug kam sie ins slowenische Postojna. 1200 Flüchtlinge aus Bosnien wurden

hier in einer ehemaligen Kaserne der jugoslawischen Bundesarmee aufgenommen. In einem Vorraum eines der Gebäude hängt noch — unbeachtet von den entwurzelten Menschen — eine Karte der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge sind Kinder. Die Frauen haben seit Wochen keine Nachrichten von ihren in der Heimat gebliebenen Männern, Brüdern, Söhnen. Ihre Häuser sind vernichtet, erzählen sie, stocken, brechen in Tränen aus. Die kleinen Kinder starren ins Leere. Eine 21jährige Mutter, deren Mann in Bosnien kämpft — „falls er noch lebt" — schreit ihre Verzweiflung heraus: *„Wir brauchen dringend Hilfe! Ganz Europa muß Bosnien helfen, sonst sterben dort alle. Sagen Sie es zu Hause!"* Ein Mann, dessen Haus zerstört wurde: *„Amerika hilft nicht, weil es in Bosnien kein Öl gibt."*

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Belgrader Rumpf-Bundesparlament wurde am 27. April 1992 das alte Jugoslawien endgültig zu Grabe getragen.

Italien ruft den Notzustand aus angesichts der steigenden Flüchtlingsströme aus Bosnien. „Diese Tragödie nimmt epische Züge an", formuliert ein Sprecher des Auswärtigen Amts in Rom. Ende Mai rechnet die UN bereits mit 1,5 Millionen Flüchtlingen.

30.5.1992: Mit Stalinorgeln zerstören die Serben Sarajewo. Neue Angriffe auf Dubrovnik. Nacht des Horrors und der Zerstörung (FAZ).

25.5.1992: Tudjman in Agram: Kroatien erkennt Bürger- und ethnische Rechte an, ist aber nicht bereit, eine bewaffnete Rebellion gegen den Staat hinzunehmen. Die Serben kontrollieren derzeit rund zwei Drittel des kroatischen Staatsgebietes. (NZZ).

21.2.1992: Kroatiens Vizepremier Zdravko: *„Unter dem Deckmantel der ‚Interpretation' getroffener Abmachungen versucht der UNO-Generalsekretär die Herrschaft der Okkupanten zu legalisieren. Die UNO ist offensichtlich um jeden Preis daran interessiert, den Krieg zu beenden und kommt der serbischen Seite immer weiter entgegen, um Belgrad bei der Stange zu halten."* (Carl G. Ströhm).

François Mitterand

27.6.1992: Mitterand fliegt überraschend von Lissabon nach Split, um sich auf dem Landweg nach Sarajewo zu begeben und direkten Einblick in die dortigen Verhältnisse zu bekommen. Er will mit seinem Auftreten die Stadt für Hilfesendungen öffnen. *„Ärgerliche Irritation bei der EG. Hatte man sich nicht in Lissabon gerade auf eine gemeinsame Position verständigt?"* fragt das Badener Tagblatt mit Reuter. Man war böse darüber, daß ein Mann aus der Eunuchenfront ausscherte und KONKRETE Ergebnisse wollte.

1.6.1992: Die Bundesarmee griff einen ganzen Tag lang das mittelalterliche Zentrum von Dubrovnik an.

22.5.1992: Die Staaten Slowenien, Bosnien und Kroatien werden in die UNO aufgenommen.

15.6.1992: Das Parlament in Belgrad hat den nationalistischen Schriftsteller Dobrica Cosic auf vier Jahre zum Präsidenten des neuen Jugoslawien gewählt.

16.6.1992: Den Kroaten gelingt es, den Belagerungsring der Serben um Mostar zu sprengen und den Weg nach Sarajewo wieder freizukämpfen.

21.6.1992: Das Staatspräsidium von Bosnien hat den Kriegszustand ausgerufen und die Mobilmachung angeordnet. Damit ist der Begriff „Bürgerkrieg" abgewählt. Die unabhängige, international anerkannte Republik ist vor aller Welt als Opfer einer Aggression ausgewiesen. Der Gesetzesbrecher heißt Radovan Karadzic, wie sein Double in Peru: Mörder und Psychiater und Literat.

20.6.1992: Österreich ruft seinen Botschafter aus Belgrad ab. Außenminister Alois Mock betont, das solle deutlich machen, daß man in Wien keine Kontinuität zwischen dem früheren Jugoslawien und der heuteigen Bundesrepublik Jugoslawien sieht.

9.6.1992: Sarajewo steht in Flammen. Straßenkämpfe in der bosnischen Hauptstadt. Serben setzen Raketen und Artillerie ein. Wasserversorgung zusammengebrochen. Große Verluste. In Sarajewo ist eine Entscheidungsschlacht entbrannt. Das Dauerfeuer wird von serbischen Tschetniks unterhalten. Ausgerüstet mit Zastava-Präzisionsgewehren aus der Fabrik in Kragujevac. Wir nannten schon die amerikanischen und serbischen Besitzer der Fabrik. Das Feuer ist nur möglich, weil Serbien die schweren Waffen dafür geliefert hat. Milosevic führt die EG und die UNO seit Monaten mit Tricks und diplomatischen Volten an der Nase herum. Jetzt behauptet er, sein neues serbisch-montenegrinisches Jugoslawien habe mit dem Krieg in Bosnien-Herzegowina nichts zu tun; schließlich habe sich die Volksarmee von dort zurückgezogen. Daß Milosevic mit dreisten Lügen soviel Erfolg hat, kann nur daran liegen, daß ein Teil der Staatenwelt sich nicht ungern belügen läßt. Die Sanktionspolitik gegen Serbien muß nach dem Modell des Kuwait-Konflikts gesteigert werden. Denn das Elend von Sarajewo vergiftet die politische Atmosphäre in Europa. (nm in FAZ 9.6.1992).

20.6.1992: Die Organisation der Islamischen Konferenz hat bei ihrer Tagung in Istambul ein militärisches Vorgehen gegen Serbien gefordert.

Momentane Unterteilung Bosnien-Herzegowinas: Die von den Serben eroberte «Serbische Republik» (weiss), das von den Kroaten beanspruchte «Herceg-Bosna» (dunkelgrau) und das ethnisch durchmischt gebliebene Gebiet um Sarajewo und Bihac (hellgrau).

14.7.1992: Ratlosigkeit der UNO in der Jugoslawien-Krise. Zusätzliche 1600 Blauhelme nach Sarajewo, in Ablösung des dort stationierten kanadischen Batallions.

12.7.1992: Ungarn unter der Last bosnischer Flüchtlinge (NZZ).

17.7.1992: Der aus den USA zurückgewanderte, mit einem US-Flugzeug nach Belgrad transportierte neue Ministerpräsident Jugoslawiens, Panic, stellte sich in verschiedenen Hauptstädten Europas vor. Unmittelbar nach dem Treffen mit dem italienischen Aussenminister Scotti in Rom flog dieser zur Tagung der Zentraleuropäischen Initiative (vorher: Pentagonale) nach Wien. Dort ergreift der Österreichische Präsident Thomas Klestil die Gelegenheit, um mit den Regierungschefs von Italien, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Kroatien und Slowenien die Flüchtlingsproblematik zu erörtern.

17.7.1992: Nach der Vertreibung der Kroaten, Ungarn und Deutschen aus der Woivodina werden auch die Ortsnamen serbisch.

Vertreibung wird „Wanderschaft" nach Weizsäckerscher Terminologie

20.7.1992: Die Hilfsflüge nach Sarajewo werden wegen der schweren Kämpfe in der Umgebung des Flughafens eingestellt.

3.7.1992: Lord Carrington teilt mit, daß mehrstündige Gespräche mit den Konfliktsparteien ergebnislos verlaufen seien. Wem „meldet" der Bursche dieses?

14.7.1992: 380.000 Bewohner sind seit drei Monaten in Sarajewo eingeschlossen. Fotos zeigen Tschetniks mit Zielfernrohren auf den Gewehren und von Heckenschützen ermordete Zivilisten in den Straßen Sarajewos.

5.7.1992: *„Im Zuge ihres Einmarsches in die Gebiete Syrmien-Slawonien und Untere Baranya konnte die jugoslawische Volksarmee mit stillschweigender Duldung der EG, KSZE und UNO nicht nur darangehen, die einheimischen Kroaten und Magyaren ‚endzulösen', sie führte die letzten dort lebenden Deutschen derselben Behandlung zu. Ein Teil wurde ermordet, andere vertrieben, wieder andere in Todesmühlen wie das KZ Berak deportiert. Alarmierende Nachrichten erreichen den ‚Donauschwaben' nun seit einigen Wochen aus der Wojwodina und aus Belgrad . . . Es ist zu befürchten, daß Serbien die Gelegenheit nutzen will und — angesichts des weltweiten Stillschweigens über den 1944-48 und 1991 verübten Völkermord — dem seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges systematisch gezüchteten Haß auf alles Deutsche freien Lauf lassen wird. Man befürchtet, daß alle Deutschen aus dem Lande getrieben werden. Da bisher weder deutscher Bundespräsident, Bundesregierung, Parlament, Parteien noch Vertriebenenverbände, Landsmannschaften noch Medien ihre Stimme erhoben haben, um vor dem Völkermord an den Deutschen zu warnen oder ihn auch nur anzuprangern, ist zu befürchten, daß auch diese neue Aktion sang- und klanglos über die Bühne gehen wird."* (205).

12.7.1992: Serbische Tschetniks errichten mehrere KZ im Raum Subotitza und Zrenjanin für Vertriebene Deutsche Magyaren und Kroaten aus der Wojwodina. (dDS).

8.7.1992: Der Gipfel G7 in München sendet eine Note an den Sicherheitsrat, in welcher ersucht wird, die Anwendung militärischer Mittel in Bosnien ins Auge zu fassen.

16.7.1992: Serbische Angriffe werden gemeldet gegen die Städte Bihac, Bugojno, Jaice, Gradacac, Visoko und die muslemanische Stadt Gorazde.

30.7.1992: Bonn bleibt bei Aufnahme von Flüchtlingen allein. Der größte Teil Europas schaut nur zu (MZ).

Das ist die Praxis, die sich „Europa" nennt und mit Maastricht falsche Vorstellungen weckt.

22.7.1992: Im Norden Bosniens haben die Serben, die das Gebiet inzwischen kontrollieren, tausende von moslemischen und kroatischen Zivilisten in versiegelten Güterzügen deportiert. In jeden Waggon wurden hunderte von Frauen, Kindern und älteren Menschen gepfercht. Die Fahrt nach Zentralbosnien dauerte bei drückender Hitze drei oder noch mehr Tage, wie Flüchtlinge berichten, die die Tortur überlebten. (dpa in MZ aus Banja Luka und Roy Gutman in „Newsday").

24.7.1992: Bericht aus Sarajewo von John Daniszewski, ap: *„In der Verzweiflung über ihre ausweglos erscheinende Lage richtet sich die Wut der bosnischen Moslems und Kroaten gegen diejenigen, die zwar bewaffnet sind, den Kämpfen aber nur tatenlos zuschauen."* Ein Soldat meint: *„Die UNO? Das ist doch eine Tschetnik-Organisation. Die Lebensmittel sind ja gut und recht. Aber Waffenlieferungen wären uns lieber. Ohne Waf-*

Europäische Bewegung

fen werden sie uns schließlich alle umbringen. Was bringt uns dann die Lebensmittelhilfe?" Die Beziehungen zwischen dem UNO-Hauptquartier in Sarajewo und der Regierung sind auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt. In den Köpfen der Menschen hat sich das Bild von den Blauhelmen als Helfershelfer der Serben schon tief eingeprägt."

17.7.1992: Die serbischen Soldaten haben ihre Großoffensive in Bosnien-Herzegowina unbeirrt fortgesetzt. Daran vermochten auch die diplomatischen Bemühungen, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, nichts zu ändern. Tanjug meldet aus Belgrad, serbische Truppen hätten den Widerstand der bosnischen Verteidiger in der Region um den Grenzfluß Save so gut wie gebrochen. (Tiroler Tageszeitung).

9.7.1992: Frankreich schickt Kampfhubschrauber und 700 Soldaten nach Sarajewo. Washington und die WEU denken über militärischen Schutz für Hilfssendungen nach. Keine Intervention. (FAZ).

13.7.1992: Die serbische Großoffensive geht unvermindert weiter. Kroaten melden Erfolg in Doboj. Lord Carrington will weiterverhandeln. (FAZ).

15.7.1992: Das Zögern des Westens in Bosnien wirkt immer weniger verständlich. Nachbarrepubliken verlangen härteres Vorgehen. Man erinnert sich, daß Lord Carrington bereits früher das Rad der Geschichte immer zurückdrehen wollte. Er hat die Inangriffnahme wichtiger Dinger wie der Nachfolgerfrage Jugoslawiens stets bewußt verzögert und wollte nun wieder, sei es, um sein ramponiertes persönliches Prestige zu retten oder um im Zeichen der britischen Ratspräsidentschaft in der EG, die Weichen auf vermehrte Berücksichtigung serbischer Standpunkte zu stellen. In Zagreb fragen viele, weshalb die EG seit

Beginn der Jugoslawienkrise immer Leute als „Vermittler" eingesetzt habe, die jugoslawische oder serbische Standpunkte vertreten. Schließlich macht in Zagreb die zögernde Erfüllung des Vance-Planes (Entwaffnung der paramilitärischen Organisationen und Rückkehr der Flüchtlinge) durch die UN, sowohl seitens des Generalsekretariats in New York wie durch die örtlichen Organe Sorgen. Der für die Zusammenarbeit mit den UN zuständige kroatische stellvertretende Ministerpräsident Ramljak führte in New York lange und offensichtlich schwierige Gespräche mit Generalsekretär Boutros-Ghali und dessen Vertretern. Als Ergebnis zeichnet sich zwar endlich eine gewisse Beschleunigung bei der Übernahme der UN-Kontrolle in den Stationierungsgebieten ab, aber dafür sieht sich die kroatische Seite plötzlich serbisch inspirierten Forderungen gegenüber, die im Vance-Plan keinerlei Grundlagen haben, so derjenigen nach **Amnestie** für Serben in den besetzten kroatischen Gebieten, die nicht Stationierungsgebiete sind, oder derjenigen, wonach die **Rückkehr der kroatischen Flüchtlinge** in die Stationierungsgebiete von der Zustimmung der „lokalen Behörden", also der serbischen Okkupanten abhängig zu machen sei. (Viktor Meier in FAZ).

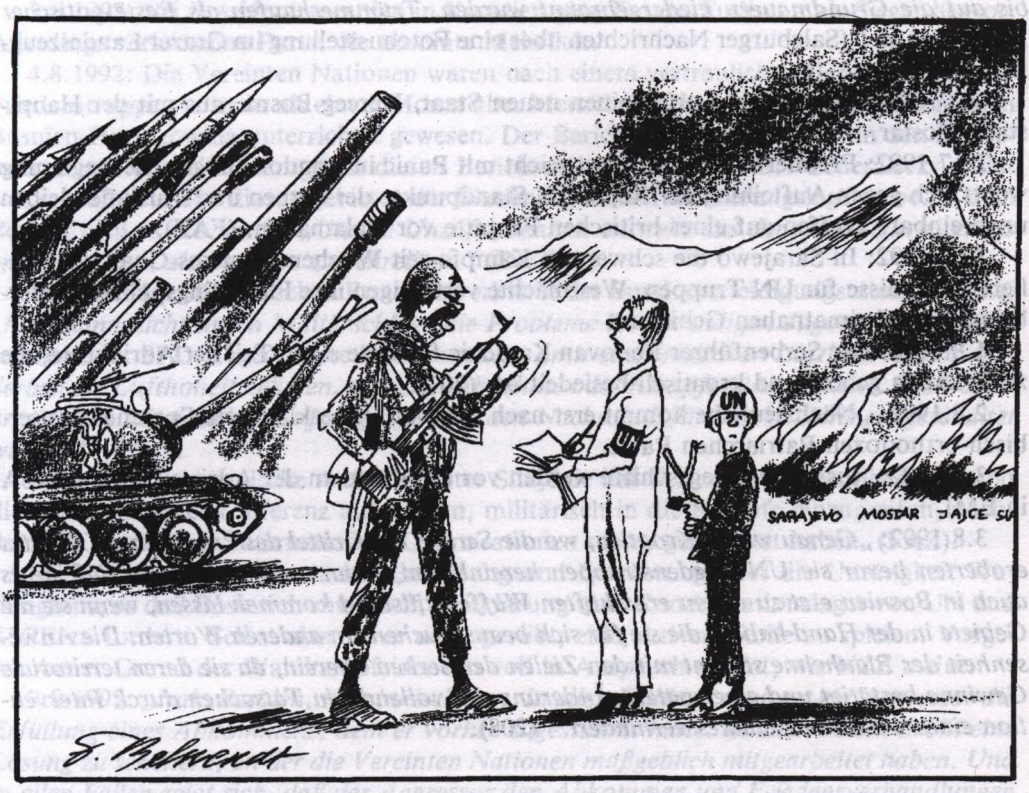
16.7.1992: Vormarsch der Serben in Bosnien geht weiter. Widerstand der Bosnier an der Save vor dem Zusammenbruch. Langwierige Gespräche in London. (FAZ).

Der Vance-Plan

16.7.1992: Die drei beteiligten Parteien haben in London eine Waffenstillstandsvereinbarung unterzeichnet. Serbische Stellungen und alle schweren Waffen sollen unter UNO-Kontrolle gestellt werden. („Die Zeit").

20.7.1992: Kroatien fühlt sich von den Vereinten Nationen benachteiligt, Serbien kann sich fast alles erlauben. Die Mission der UN in Kroatien scheint sich von dem allseits angenommenen **Vance-Plan,** der für diese Mission die Grundlage bildet, zunehmend abzuwenden und statt dessen auf die dauernde Abtrennung der besetzten Gebiete von Kroatien hinzuarbeiten. Verantwortlich für diese Politik sei Boutros-Ghali und fast mehr noch dessen Stellvertreter **Goulding,** der seinerzeit durch einen als unnötig empfundenen Besuch in Knin auffiel . . . Im Vance-Plan sei nur von Stationierungsgebieten für die UN-Truppen die Rede. Aus allen übrigen Gebieten Kroatiens, so heißt es dort, habe sich die Armee wie andere bewaffnete Verbände der Serben bedingungslos zurückzuziehen. Nun sei Kroatien plötzlich mit dem Begriff von „Rosa-Zonen" konfrontiert, der im Vance-Plan keinerlei Grundlage habe, ebenso mit dem Versuch, diese Gebiete wie Stationierungsgebiete zu behandeln und aus der kroatischen Souveränität herauszunehmen. Bei den Rosa-Gebieten handelt es sich meist um solche, die nach den Vereinbarungen im Februar noch von der Armee und den Serben erobert wurden. . . In der Baranja seien an Stelle der vertriebenen Kroaten und Ungarn 40.000 Serben eingewandert. Andererseits würden von dort Ernte- und Industrieanlagen nach Serbien abtransportiert. Wo bleibe hier für Kroatien das Prinzip der „Unverletztlichkeit der Grenzen"? Es heißt in Zagreb, man müsse sich auf die Möglichkeit einrichten, daß Kroatien eines Tages gezwungen werde, ganz oder teilweise die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Es könne nicht hingenommen werden, daß es der serbischen Seite mit Hilfe der UN gelinge, den Vance-Plan seines ursprünglichen Charakters zu entkleiden und in etwas anderes zu verwandeln. (Viktor Meier in FAZ).

22.7.1992: Militärabkommen zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Gemeinsamer Kampf gegen Serbien. Sarajewo unter schwerstem Beschuß. Hilferuf der Verteidiger von Gorazde (FAZ).



Die Kontrolleure schreiben auf

22.7.1992: Außenminister Klaus Kinkel vor dem Bundestag: *„Man soll sich nicht täuschen: Wir werden niemals anerkennen, was mit Waffengewalt und durch Verbrechen erobert und erreicht worden ist." („Let's not fool ourselves; we will never recognize territorial gains that resulted from armed conquest and through criminal expulsions.")* (Hans Schmidt in GANPAC. Kinkel bezog sich darin auf Jugoslawien, doch wird man bei rechtsstaatlichem Denken nicht die ostdeutschen Gebiete, Schlesien usw. übersehen können).

24.7.1992: Nach einer vertraulichen Sitzung des Sicherheitsrats schlug Boutros-Ghali den Europäern von, ihren Waffenruheplan für Bosnien-Herzegowina in eigener Regie umzusetzen. Grund: die gespannte Personal- und Finanzlage der UN und die Notwendigkeit, sich auch um andere Gebiete wie etwa Somalia zu kümmern. Die Übernahme der serbischen schweren Waffen sei erst nach einem Waffenstillstand möglich. Gleichzeitig verkündete Lord Carrington in London, daß er es ablehne, eine neue Waffenruhe zu verhandeln, da die bisherigen nicht gehalten worden wären. (206).

24.7.1992: Die serbischen „Behörden" in Kroatien haben neue Personaldokumente herausgegeben unter der Bezeichnung „Bundesrepublik Jugoslawien".

18.7.1992: *„Die kulturelle Identität Kroatiens wird vorsätzlich und systematisch ausgelöscht. Zerschossene Museumsfassaden, eingestürzte Glockentürme, Barockpaläste, die bis auf die Grundmauern niedergebrannt wurden, Trümmerhaufen als Reste gotischer Pfarrkirchen."* (Salzburger Nachrichten über eine Fotoausstellung im Grazer Landeszeughaus).

19.7.1992: Die Kroaten rufen einen neuen Staat, Herceg-Bosna, aus mit der Hauptstadt Mostar.

29.7.1992: Premierminister Major spricht mit Panic in London. Bosnische Regierung wehrt sich gegen Aufteilung der Republik. Standpunkte der Serben und Muslime bleiben unvereinbar. Treffen auf einer britischen Fregatte vor Dalamatien. (FAZ).

30.7.1992: In Sarajewo die schwersten Kämpfe seit Wochen. Boutros-Ghali will größere Befugnisse für UN-Truppen. Westmächte verteidigen ihre Flüchtlingspolitik (Unterbringung in heimatnahen Gebieten).

1.8.1992: Der Serbenführer Radovan Karadzic forderte einen Teil der Adriaküste, die zu Kroatien gehört und kroatisch besiedelt ist. (207).

2.8.1992: „Nächstenliebe kommt erst nach der Nation" erklärte ein Sprecher des serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle.

3.8.1992: Russische Kriegsschiffe werden vor die Küste an der Adria verlegt. (ANSA in EM).

3.8.1992: *„Genau wie in Kroatien, wo die Serben ein Drittel des kroatischen Gebietes eroberten bevor sie UN-Friedenstruppen hereinließen, kann man annehmen, daß sie es auch in Bosnien erst zu einem ernsthaften Waffenstillstand kommen lassen, wenn sie die Gebiete in der Hand haben, die sie für sich beanspruchen. In anderen Worten: Die Anwesenheit der Blauhelme stimmt mit den Zielen der Serben überein, da sie deren territoriale Gewinne bestätigt und eine spätere Änderung der vollendeten Tatsachen durch Intervention eines westlichen Staates verhindert."* (208).

Waisenkinder im Feuer

3.8.1992: Das Internationale Rote Kreuz und die UN bestätigen die Existenz von 5 Internierungslagern in Bosnien-Herzegowina. (ANSA in EM).

4.8.1992: Vierzig bosnische Waisenkinder wurden in einem russischen Flugzeug auf Veranlassung der beiden Landtagsabgeordneten Knolle und Angelbeck von Split nach Magdeburg geflogen. Zwei Kinder von 3 und einem Jahr wurden von Scharfschützen bei der Anfahrt in einem Omnibus erschossen, neun Kinder wurden von einem serbischen Kontrollposten aus dem Omnibus geholt, weil ihre Namen bewiesen, daß es sich um Serben handelt. Die beiden Abgeordneten richten Vorwürfe an die UN, die die Kinder in ihren gepanzerten Fahrzeugen sicher aus Sarajewo hätten hinausbringen können. Angelbeck sagt, Bundesaußenminister Kinkel habe in einem Telefonat mit ihm am 23. Juli geäußert, Knolle und er sollten alle Möglichkeiten nutzen, die Kinder herauszubringen. Kinkel habe gesagt, er sei sich mit dem Bundeskanzler einig, daß das Vorhaben unterstützenswert sei. Die Bundesregierung könne aber nicht tätig werden (!) solange die Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen das Unternehmen ablehne. Am Montag bezeichnete Kinkel dann den Anschlag auf den Bus aber als „schreckliche Konsequenz des Alleingangs zweier Politiker". Im Fernsehen sagte er, die Bundesregierung habe abgeraten von Aktionen, die

nicht mit den Vereinten Nationen abgestimmt seien. Eine Helferin aus dem Waisenhaus, die die Kinder von Sarajewo nach Zerbst (Magdeburg) begleitet hat, sagt, es sei „absolut richtig" gewesen, die Kinder hinauszubringen. Die Heckenschützen schössen täglich auch auf Kinder in Sarajewo.

3.8.1992: Bei Präsidentenwahlen in Kroatien ging Franjo Tudjman als Sieger hervor. Allerdings verlor seine Partei die absolute Mehrheit.

4.8.1992: Die Vereinten Nationen waren nach einem vertraulichen Bericht der UNO-Friedenstruppe vor mehr als einem Monat über Menschenrechtsverletzungen der Serben in Bosnien-Herzegowina unterrichtet gewesen. Der Bericht wurde aber nicht an den Sicherheitsrat weitergeleitet! Entgegen diesen Berichten behauptet das UN-Generalsekretariat weiter, daß es in den Einsatzgebieten der Blauhelme keine Internierungslager gebe. In dem Bericht hieß es u.a. auch: *„Unsere Unzufriedenheit entsteht aus der Unfähigkeit, etwas anderes zu tun als Berichte zu schreiben."* (Die Zeit).

7.8.1992: Im Süddeutschen Rundfunk erklärte der Bundesverteidigungsminister Rühe: *„Man kann nicht durch Militärschläge die Probleme im ehemaligen Jugoslawien lösen"*, während der SPD-Abgeordnete Bülow meinte, *„mit einer massiven Luftintervention den Serben die Lufthoheit nehmen, was zum Abnehmen der Kämpfe führen müsse. Die Volksarmee solle mit gezielten Luftangriffen auf den Nachschub für die Artillerie ausgeschaltet werden"*. (FAZ).

6.8.1992: Der bosnische Außenminister Silajdzic hat sich nach Teheran begeben und die Islamische Weltkonferenz aufgerufen, militärisch in die Kämpfe einzugreifen, nachdem alle Appelle an Internationale Organisationen nichts gefruchtet haben. (FAZ).

6.8.1992: In den USA wächst Empörung und Entrüstung über die Untätigkeit Washingtons, so daß Bush sich entschloß, Aufklärung über Konzentrationslager von UN und KSZE zu fordern. Selbst aber ist er nicht gewillt, eine aktivere Rolle zu spielen. Vorgeschobener Grund der Wahlkampf, der ihn voll in Anspruch nimmt, wie NZZ meint.

7.8.1992: *„Irak, Serbien, Kambodscha . . . In allen Fällen verweigert ein Aggressor die Erfüllung eines Abkommens, dem er vorher zugestimmt hatte. In allen Fällen droht eine Lösung zu scheitern, an der die Vereinten Nationen maßgeblich mitgearbeitet haben. Und in allen Fällen zeigt sich, daß der Aggressor den Abkommen und Friedensverhandlungen nur zustimmte, um kurzfristige militärische Vorteile zu erringen. Carl von Clausewitz und Thomas Hobbes wären nicht überrascht zu sehen, daß zynische Kriegsparteien Friedensverhandlungen und feierliche Verträge als taktisches Mittel für kurzfristige Vorteile mißbrauchen. Aber die modernen Friedensmacher haben dies offensichtlich nicht erwartet. Vertreter der Vereinten Nationen reden so, als hätten Saddam Hussein, Pol Pot und Slobodan Milosevic plötzlich einen Friedenswillen entwickelt, als könne man sich darauf verlassen, daß sie ihre Verpflichtungen einlösen beim nächsten Mal. Sie reden so, als wüßten sie nicht, daß die Konsequenzen dieser Verzögerungen nicht mehr zu beseitigen sind. Tausende von Toten oder die zerstörten Häuser von Bosnien-Herzegowina aber können durch ein nachträgliches Abkommen nicht wieder auferstehen oder instand gesetzt werden."* (Jeane Kirkpatrick in „Die Zeit").

Es steht noch viel schlimmer! Einem Milosevic wird in die Hand gegeben, was er braucht. Er hat beste Freunde auf der „Gegenseite". Ohne die Carrington, Goulding, Vance, Baker, Eagleburger, Major und Hurd wäre er längst am Ende seines Lateins. Wir wissen bereits, daß sie alle Mitglieder von Freimaurerlogen sind. Wir werden später noch in diesem Buch mehr sagen zu der Geheimorganisation, und in welcher Weise sie an diese gebunden sind. Und wir werden einen weiteren Beweis für die Tatsache antreten, daß der Jugoslawienkrieg von ihnen geschürt und gelenkt wurde, um Großbritannien auf lange Zeit hin in die Lage zu versetzen, Europa (und damit die Welt) zu beherrschen, und das

auch noch nach Schaffung eines (immer wieder von London aus verzögerten und vergifteten) Gebildes „Europa", das dem bisherigen divide et impera Widerstand entgegensetzt.

Wir hatten bereits früher (Der Trollope-Trick; XII, 266) geschildert, daß zur außenpolitischen Taktik der Angelsachsen die unpassende Benennung von Vorgängen gehört. Lord Carrington nennt so „Friedenskonferenz", was in Wirklichkeit eine Kriegskonferenz ist, nämlich eine Schutzwand der angreifenden Serben gegen etwaige Friedensmaßnahmen. Es war Carringtons selbstgewählte Aufgabe, durch „Friedens"- Gespräche konkrete Gegenmaßnahmen gegen die serbische Aggression zu verhindern. Immer, wenn die weltweite Ungeduld überzulaufen drohte, wurde zu einem weiteren Waffenstillstand aufgerufen und gleichzeitig kräftig weitergeschossen. Auch Genscher war Teilhaber dieses Gesprächs. Durch seine Ablenkung auf die „Anerkennung" täuschte, lenkte er ähnlich wie Carrington ab von dem notwendigen Einschreiten gegen das Morden. Intrigen sind es, die an ähnliche im Falle der Asylantenbeschützung erinnert, in welcher es auch lediglich darauf ankam, handfeste Maßnahmen zu verhindern. Der zur Verfügung stehende Raum in den Zeitungen wurde angefüllt mit Nichtigkeiten und Sprüchen.

7.8.1992: Ljubodrag Stojadinovic, Sprecher der Bundesarmee warnt vor militärischem Eingreifen. „Die Aktion würde ein Jahr in Anspruch nehmen, 250.000 Soldaten benötigen und an die 100 Md. Dollar kosten." Er drohte in solchem Falle mit einer Ausweitung auf Kosovo und Sandzak, und damit auf Griechenland, Bulgarien und Albanien. Als praktische Untermalung idente ihm ein Beschuß des UN-Hauptquartiers in Sarajewo am gleichen Tage. „Der Druck von Seiten der Presse und der Opposition auf die französische Regierung, im Bosnien-Konflikt mit oder ohne Zusammenarbeit mit UNO und EG militärische Lösungen zu finden, nimmt zu." Europäische Gleichgültigkeit und Ohnmacht gegenüber der serbischen Terrorpolitik. Rassistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik wird ermuntert. Ohnmacht kollektiver Diplomatie. Proserbische Denkschule im Außenministerium. Politisches Risiko des Gewährenlassens sei größer als das eines militärischen Eingreifens. (NZZ).

8.8.1992: Die USA nehmen diplomatische Beziehungen zu Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Slowenien auf. *„Daß die USA den Schritt so lange hinauszögerten, fällt schwerer ins Gewicht, als daß sie ihn nun tun. Die westliche Politik des Abwartens und Zuschauens hat Serbien ermutigt, Slowenien, Kroatien und Bosnien zu überfallen. Zu lange haben die Serben gesehen, daß sie sich ihren Vernichtungskrieg leisten können."* (FAZ).

9.8.1992: Presseberichte über Hinrichtungen, wahllose Erschießungen und Folterungen durch Serben. (MZ).

9.8.1992: Ibrahim Rugova berichtet aus Kossovo: Systematisch von ihren Posten gejagt wurden alle albanischen Ärzte, Richter und Lehrer. Die Schulen und die Universität wurden geschlossen. (NZZ).

10.8.1992: Der rumänische Verkehrsminister Traian Basescu erklärt, **Rumänien** habe nicht das Recht, ausländische Schiffe auf der Donau zu kontrollieren. (NZZ).

Trotz des UNO-Embargos gegen Rest-Jugoslawien gelangen täglich mehrere tausend Tonnen Rohöl und Benzin aus Griechenland und Mazedonien nach Serbien. Regelmäßig passieren pro Tag bis zu sechs Güterzüge mit je rund 15 Tankwagen die mazedonisch-serbische Grenze in Richtung Serbien. Insgesamt 4000 Tonnen, berichtet das ARD-Europamagazin. Außerdem passieren Lkws, zum Teil direkt aus dem griechischen Hafen Thessaloniki, teilweise aus einer mazedonischen Raffinerie bei Skopje.

11.8.1992: Man streitet sich um die militärische Sicherung von Hilfslieferungen. Die Amerikaner haben dabei „mit kontraproduktiver Offenheit" (NZZ) klar gemacht, daß sie sich nicht in militärische Abenteuer stürzen werden.

13.8.1992: Serbischer Terror rund um die Uhr. „Wir leben wie Ratten". Furcht vor

Deportation in Gefangenenlager. In Banja Luka tagsüber Verhaftungen, nachts Prügel. (MZ).

13.8.1992: Slowenien wird von Rest-Jugoslawien völkerrechtlich anerkannt. Mitterand lehnt die Forderung der Opposition nach einem Lufteinsatz in Bosnien ab. Man könne nur im Rahmen der UN vorgehen. In Rußland wird parlamentarisch von Jeltsin Unterstützung der Serben gefordert. Er solle sich auf der bevorstehenden Londoner Konferenz für Hilfe für Serbien einsetzen. Ohnehin erhält es von Rußland jetzt schon Kohle, Metalle, Fahrzeuge und Ersatzteile. Dutzende von Schiffen passieren den rumänischen Donauhafen täglich in Richtung des serbischen Hafens Pancevo. (NZZ). Es tut sich hier eine weitere Möglichkeit für die englische Außenpolitik auf, Europa zu spalten, in diesem Falle Deutschland von Rußland zu trennen.

16.8.1992: Ein UNO-Konvoi mit Hilfsgütern hat endlich das muslimische, von Serben belagerte Gorazde erreicht. Anschließend jedoch wurden die Lebensmitteldepots von Serben bombardiert. (NZZ).

17.8.1992: Die Serben zeigen sich von UN-Beschlüssen unbeeindruckt.

18.8.1992: Es wird bekannt, daß die Serben in Bosnien von der einstigen Volksarmee einige hundert Kampfpanzer und 600 weiterreichende Artilleriegeschütze, etwa 200 Schützenpanzer sowie 50 Flugzeuge und Hubschrauber erhalten. Dazu kommen unzählige Mörser (Granatwerfer), also leichte Artilleriegeschütze der Infanterie, die Reichweiten von 3000 bis 12.000 Meter haben. 85 Prozent der Volksarmee blieben in Bosnien, als sich diese im Mai offiziell von dort zurückzog.

„Wenn die Serben siegen dürfen, kann man das ‚Neue Europa' vergessen. Es verrät dann die wichtigsten gemeinsamen Werte." (Wirtschaftswoche).

21.8.1992: Sarajewo erneut unter schwerem Beschuß. Serbisches Artilleriefeuer auf das Stadtzentrum. (NZZ).

Eigentlich müßten wir den Serben zu tiefstem Dank verpflichtet sein. Denn erst ihr Vorgehen enthüllte uns die Unfähigkeit und Böswilligkeit der Regierenden. Nach der Untätigkeit der internationalen Organisationen wissen wir, was man heute unter „zivilisierter Welt" zu verstehen hat.

Die langläufige, genehmigte Darstellung der Vorgänge in Osteuropa seit 1989 ist etwa die folgende: Durch den Zusammenbruch des Kommunismus ist in den Köpfen der Menschen ein Vakuum entstanden und dieses wird jetzt von ruchlosen, blutigen Nationalisten ausgefüllt. Diese Darstellung geht aber am wesentlichsten vorbei:

Man vergißt zu fragen, was denn den Zusammenbruch des Kommunismus verursachte und was denn eine nationalistische Wiedergeburt auslöste. Denn, weder das eine noch das andere ist das teuflische Werk irgendwelcher geheimen Menschengruppen. Beides sind voraussehbare Ereignisse einer ganz natürlichen Entwicklung. Der Kommunismus ist, wie j e d e philosophische politisch angewandte Konstruktion nur durch Terror haltbar. Es gibt keine einzige politische Philosophie, die nicht irgendwo in der Hinterhand den Terror als Waffe für den Fall bereithält, daß sie nicht zum Ziele kommt. Es gibt keine Philosophie, deren Tage in der Anwendung nicht von Anfang an gezählt wären. Auf welche Weise dann der zwingende Zusammenbruch von Fall zu Fall zustande kommt, ist in jedem Falle offen. Und der Nationalismus ist i m m e r da. Er ist die von irgendwelcher Philosophie unberührte Grundstimmung. Sie kann von einer Philosophie verdeckt werden. Nationalismus kann darum wohl unterdrückt, verbannt, „verboten" werden, aber er kann nicht aus den Herzen und Hirnen der Menschen herausgeschnitten werden, denn er ist das Leben selbst. Auch ist er in seinem Wesen weder ruchlos noch blutig. Er wird es immer erst in verkrampftem Zustand, in Verteidigung des Lebens, das er vertritt. Gerade seine grausame Bekämpfung und sein Nichtwahrhabenwollen, der Versuch, ihn beim Aufbau einer

wie auch immer ausgerichteten philosophischen Konstruktion auszuschalten, führt den philosophischen Wirkungsbreich der Welt hinein in einen Bürgerkrieg, der deswegen besonders grausam wird, weil in ihm von den Parteien alle Wertvorstellungen negiert werden. Mit unübertroffener Raffinesse, mit dauernden Entstellungen und Verlogenheiten wird er von Seiten der Weltverbesserer geführt, kommt aber niemals an sein Ziel, da dieses das Ende menschlichen natürlichen Zusammenlebens bedeutet. An die Stelle der gewachsenen Kulturen tritt eine philosophische kalte Konstruktion. Das erleben wir heute gleichzeitig an verschiedenen Stellen auf dem Globus und gleichzeitig auf verschiedenen Lebensgebieten, der Familie, dem Staat, dem Volk, der Erziehung, der Gesundheit. Die großen Probleme der Gegenwart haben einen gemeinsamen Nenner.

Der Islam meldet sich zu Wort

24.8.1992: In einer Sondersitzung der Generalversammlung der UNO fordern verschiedene islamische Staaten unter Bezug auf die UN-Statuten Waffeneinsatz gegen die Serben in Bosnien. Am Tage darauf fordert daraufhin Boutros-Ghali den Sicherheitsrat auf, entsprechende Schritte zu unternehmen.

25. August 1992 tritt Lord Carrington daraufhin von seinem Amt als Leiter der „Friedenskonferenz" der EG zurück. Am 17. Mai war bereits Hans-Dietrich **Genscher** als Außenminister zurückgetreten. Er folgte seinerseits dem Beispiel von **Shevardnadse.**

26.8.1992: Es beginnt die „Londoner Konferenz", Beschickt von 30 Staaten, mit sehr geringen Erwartungen auf eine Beendigung des Balkankrieges. Die nach London als Vertreterin der Organisation der Islamischen Konferenz eingeladene Türkei erklärt — unterstützt von der gesamten türkischen Presse — einen Tag vor dem Beginn in London, „daß der Westen nicht einerseits von einer **Neuen Weltordnung** und von Menschenrechten sprechen und andererseits in Bosnien verübte serbische Greultaten tatenlos hinnehmen könne. Die türkische, linksliberale ‚Cumhuriyet' vergleicht diese Londoner Konferenz mit der Balkankonferenz in London 1912. Vor 80 Jahren sei in London die Vertreibung der Osmanen aus Europa vertraglich geregelt worden. Jetzt solle am Konferenztisch auch die Verbannung der bosnischen Muslime aus ihrer Heimat vereinbart werden. Es geht um die letzten Erben osmanischer Kultur in Europa." (NZZ).

26.8.1992: Die Londoner Konferenz einigt sich auf dreizehn Grundsätze:

1) Alle am Konflikt beteiligten Parteien sollen die Kämpfe und Gewaltanwendung einstellen.
2) Zwangsweise Vertreibung wird verurteilt.
3) Illegale Inhaftierungen werden verurteilt.
4) Alle Parteien sollen sich an Verhandlungen über eine politische Lösung beteiligen und bei der internationalen Überwachung der Waffenkontrolle mitarbeiten.
5) Versuche, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zu verändern, sollen unterbleiben.
6) Alle Staaten und Parteien sollen die UNO-Resolutionen einhalten.
7) Sie sollen die Grenzen respektieren.
8) Sie sollen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität respektieren.
9) Kein Gebietsgewinn, der durch Gewalt herbeigeführt wurde, soll anerkannt werden.

10) Es besteht die Notwendigkeit, internationale Garantien für die Verwirklichung aller Abkommen der Friedenskonferenz zu geben.
11) Alle Fragen um die Rechtsnachfolge des früheren Jugoslawien müssen in Übereinstimmung erreicht werden.
12) Alle am Konflikt beteiligten Parteien müssen sich gegenseitig anerkennen und ihren Status und ihre Rechte respektieren.
13) Unterstrichen wird die Notwendigkeit humanitärer Hilfe und deren Absicherung.

26.8.1992: Die Bürgerkriegsparteien in Bosnien-Herzegowina haben zu Beginn der Londoner Konferenz ihre Kämpfe nochmals ausgeweitet. Dichter Granatenhagel auf Sarajewo, 28 Tote und 127 Verwundete. Die Nationalbibliothek in Flammen. (NZZ).

Lord Owen wurde zum Nachfolger von Carrington ernannt.

29.8.1992: Schwere Kämpfe erlaubten die Öffnung des Flughafens für Hilfelieferungen nur für kurze Momente. *„Westeuropäische und amerikanische Friedensbemühungen nehmen immer mehr Züge einer Farce an. Mit schönen Worten allein läßt sich eine kriegerische Aggression nicht bewältigen."* (NZZ).

Nimmt man Bosnien als typisches Beispiel für die Tatsache, daß die ethischen, philosophischen Richtlinien unseres menschlichen Zusammenlebens unrealistisch, lebensgefährlich sind, dann wird es Zeit, daß man aus dieser Erfahrung die notwendigen Folgerungen zieht und jeden Einfluß solcher Wahnsinnsideen ausschaltet. Mit allen Mitteln. Selbst wenn das 100.000 Menschenleben kostet, ist es noch billiger als das, was uns das Freimaurerkonzept noch kosten wird.

30.8.1992: *„Londoner Konferenz bringt keine Atempause. Trotz Friedensvereinbarungen weiter Kämpfe in Sarajewo. WEU-Staaten wollen UNO-Mission mit 5000 Soldaten unterstützen. EG-Unterhändler für Bosnien tritt zurück."* („Die Zeit").

30.8.1992: Sarajewo weiter unter schwerem Beschuß der Artillerie. Tote und Verwundete im Zentrum. Kämpfe in Kroatien. *„Das Ende des Kalten Krieges wurde 1990 gefeiert, als sei es das Ende des Bösen in der Welt. Seitdem aber stellt sich täglich die Frage, ob die Neue Weltordnung eine Neue Weltunordnung sein wird."* (Michael Stürmer in FAZ).

1.9.1992: Cyrus Vance skeptisch über Friedensaussichten. Von den Reaktionen auf die Londoner Konferenz enttäuscht. Diplomatische Beziehungen Rumäniens zu Kroatien und Slowenien.

2.9.1992: Die Serben haben ihre schweren Waffen im Raum Sarajewo am 2.9. nach eigenen Angaben der Kontrolle der UNO unterstellt. Der bosnische Serbenführer Karadzic hatte angekündigt, die UNO werde die Aufsicht über die serbische Artillerie erhalten. Die UNO-Truppen erklärten am gleichen Tage hingegen, von einer Übernahme der Kontrolle über die Waffen durch Blauhelme könne keine Rede sei. (Reuter in NZZ).

2.9.1992: Das Hauptquartier der UN-Schutztruppe in Sarajewo ist in der Nacht 40 Minuten lang dauernd beschossen worden. Die Kämpfe um die Tiefebene der Save gingen weiter. Ministerpräsident Panic erklärte, er würde niemals auch nur einen Zentimeter jugoslawischen Gebietes preisgeben. (FAZ).

3.9.1992: Die Jugoslawienkonferenz wird in Genf fortgesetzt. Der neue Jugoslawien-Vermittler Lord Owen warnte vor Hoffnung auf schnelle Lösung.

6.9.1992: Abschluß der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Jakarta. Es erfolgte eine allgemeine Erklärung, in der die Serben verurteilt werden. (NZZ).

Vance und Owen

7.9.1992: Vance und Owen erklären in Genf, daß sie niemals den Serben ein Ultimatum zur Unterstellung der schweren Waffen gestellt hätten. Auch seien niemals Sanktionen für den Fall der Nichteinhaltung angedroht worden. Das seien Mißverständnisse in verschiedenen Presseorganen gewesen. (NZZ).

10.9.1992: Owen und Vance wurden von der kroatischen Führung heftig kritisiert, weil der Vance-Plan nicht erfüllt wurde. Die Tschetniks lehnten eine Entwaffung ab und von einer Rückkehr der Flüchtlinge könnte keine Rede sein. Die Armee hat sich aus dem Gebiet südlich von Dubrovnik nicht zurückgezogen. Die UN-Kontrolle wird immer lächerlicher. So scheint zum Beispiel rund um Sarajewo die Kontrolle der schweren serbischen Waffen darin zu bestehen, daß ein UN-Beobachter bei den Artilleriestellungen steht und die Abschüsse zählt. Es gibt Leute, die meinen, eine solche „Kontrolle" welche die betroffenen Menschen als Hohn empfinden müssen, könnte man sich schenken. (Viktor Meier in FAZ).

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit wird in Kroatien Winterquartiere für 20.000 Flüchtlinge und Vertriebene errichten. Für weitere 12.000 Menschen sollen leerstehende Gebäude wieder hergerichtet werden. (FAZ).

12.9.1992: Vance und Owen berichten, sie hätten „nützliche Gespräche" in Sarajewo mit den Führern der Kriegsparteien gehabt. Was bleibt ist ein schreckliches Trauerspiel, das von seinen Akteuren entweder blanken Zynismus oder ständige Selbsttäuschung verlangt. (FAZ).

15.9.1992: Die bosnische Stadt Sokolac, mehrheitlich von Moslems bewohnt, wurde heute praktisch vernichtet durch serbische Luftbombardements. Ausgeführt wurden sie von 4 Kampfbombern der Luftbasis Banja Luka. („El Deber", Sta. Cruz, Bolivien).

Der Vorgang belegt, was von Seiten der UN bei einem Lufteinsatz erreicht werden könnte.

17.9.1992: Sarajewo und das übrige Bosnien waren Schauplatz heftiger allgemeiner Bombardierungen und Kämpfe. („Presencia", Sta. Cruz).

20.9.1992: Das Parlament in Sarajewo in Flammen. 42 Tote in Brcko nach Napalm-Angriff. Die nach wie vor von Serben belagerten und beschossenen Städte Gradacac, Jaice, Zepa, Sibenik und Bihac richteten erneut Hilferufe an die UNO. (Clarin, Buenos Aires). Der Sicherheitsrat forderte die Generalversammlung auf, Belgrad aus der UNO auszuschließen. China, Indien und Simbabwe enthielten sich der Stimme bei der Abstimmung im Sicherheitsrat. (NZZ).

Das entsprechende Dokument läßt die Tür offen. Falls das neue Jugoslawien seine Wiederzulassung beantragt, verspricht der Sicherheitsrat, das Gesuch noch vor dem Ende der 47. Sitzungsperiode zu untersuchen. (El Clarin).

Außenpolitischer Bankrott

20.9.1992: *„Die Theorie, man könne durch Nichtstun und durch Waffenembargo den Krieg austrocknen, ist eine* **Alibitheorie.** *Hätte man von Anfang an die neuen Staaten anerkannt und ihnen zu Verteidigungsfähigkeit verholfen, dieser Großbrand wäre so nicht zustande gekommen. Die neuen Staaten wollten ja Belgrad nicht angreifen, nur die umgekehrte Tendenz war von Anfang an sichtbar . . . Das erlittene Unrecht wird in keinem der neuen Staaten vergessen sein, solange die Serben das Vertreibungsgebiet besetzen. Da nützen keinerlei — so oder so — erzwungene Friedensabmachungen. Wer das nicht glaubt — zumal angesichts der stattgefundenen Massengreuel — der verkennt die Psyche und die Mentalität der Balkanvölker"* (Franz Marschang in dDS)

21.9.1992: Erneut wurde eine Trauergemeinde bei einer Beerdigung in Sarajewo von Serben beschossen. (La Capital, Rosario, Argentinien).

22.9.1992: Außenminister Kinkel meint in einem Interview der „Bunten", er wolle nicht ausschließen, daß das ehemalige Jugoslawien durch den andauernden Krieg zu einem zweiten Libanon werde. Er fügte hinzu: *„Ich muß ganz offen sagen, ich sehe kein Ende der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Ich habe natürlich die Hoffnung, daß es uns gelingt, mit allen ergriffenen Maßnahmen doch noch zum Erfolg zu kommen. Ich bleibe aber äußerst skeptisch".* Zu der zunehmenden Kritik, im Jugoslawien-Konflikt werde bloß verhandelt, ohne auch nur annähernd Erfolge zu erzielen, meinte der Außenminister: *„Auch mir fällt langsam nicht mehr viel ein. Nicht, weil ich einfallslos wäre, sondern weil wir im Grunde alles machbare probiert haben."* (MZ).

Das ist eine **außenpolitische Bankrotterklärung.** Ein Außenminister, der so etwas sagt, während weiter Bomben und Granaten auf Zivilisten fallen, hat abzutreten. Und eine Regierung, die seiner Meinung ist, ebenfalls. Das deutsche Volk besteht doch nicht nur aus Eunuchen. Aber, so wie man sich vor einer Maastrichtwahl fürchtet, befürchtet man das Ergebnis einer Sarajewo-Wahl.

24.9.1992: Starke neue Kräfte mit Panzern sind in den letzten zwei Wochen aus Serbien in den Nordteil Bosniens eingerückt. Alle serbischen Flugeinsätze in Ost- und Mittelbosnien werden von Basen in Serbien aus geflogen, ohne daß die internationale Staatenwelt darauf reagiert hätte. (FAZ).

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU, Hornhues hat die Staaten der EG aufgefordert, umgehend die diplomatischen Beziehungen mit Belgrad abzubrechen. Hornhues rief auch die KSZE auf, gegenüber Jugoslawien eine klarere Position zu beziehen. Die KSZE müsse Jugoslawien jetzt aus ihren Reihen ausschließen. (FAZ).

29.9.1992: Der von allen Kriegführenden angenommene **Vance-Plan** sieht die Rückkehr der Flüchtlinge vor. Nach sieben Monaten sind nicht einmal die Voraussetzungen für eine Rückkehr der 270.000 Vertriebenen aus Teilen Kroatiens geschaffen. Die Menschen sind am Ende ihrer Geduld. Der Winter steht vor der Tür. Einige tausend Flüchtlinge aus Ostslawonien haben vor kurzem damit gedroht, am 30.9. von Esseg aus auf eigene Faust in ihre Dörfer zurückzukehren, falls bis dahin nichts geschieht. Die serbischen Behörden des „Autonomen Gebiets Slawonien, Baranja und West-Srem" erklärten daraufhin, sie seien entschlossen, diese **„Extremisten"**(!) mit allen Mitteln, auch mit Waffengewalt aufzuhalten. Erneut wurde betont, daß jeder Kroate, der in seine Heimat zurückkehren wolle, ein Gesuch stellen müsse, das von den serbischen Behörden überprüft wird. Dazu kommt,

daß in die Häuser der Vertriebenen serbische „Flüchtlinge" eingezogen sind und daß die serbischen Behörden nicht daran denken, diese wieder auszusiedeln. Auch die UN schaltete sich ein und die „Deutsche Welle" teilte am 30. Sept. mit, die Rückkehrwilligen hätten sich davon überzeugen lassen, daß der Augenblick für eine Rückkehr noch nicht gekommen sei. Auch seien die Straßen noch vermint. (NZZ).

Diese Reaktion paßt zu dem Echo auf die Reise Mitterands nach Sarajewo und den Hilfskonvoi für 40 Waisenkinder. Die UN und die EG selbst tun nichts und wenn jemand einmal die Initiative ergreift, wird er als „Extremist" verschrien. Es ist das gleiche Vorgehen wie in Deutschland gegenüber den Scheinasylanten. Diejenigen, die die Geduld bei dem Falschspiel verlieren und den Zorn des Freien Mannes zeigen, werden als Verbrecher gestempelt. Ich kann mir ernstlich nicht vorstellen, daß ein solches widernatürliches Vorgehen der Freimaurerei von Erfolg gekrönt sein wird. Dafür verstößt es allzusehr und allzudeutlich gegen Grundregeln, die eine jede menschliche Gesellschaft in die Lage versetzt, zu überleben.

Am 23.9.1992 stellt die Generalversammlung der Vereinten Nationen fest, daß der nur noch aus Serbien und Montenegro bestehende Bund nicht Rechtsnachfolger von Jugoslawien ist. Dagegen stimmten Jugoslawien, Kenia, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania. Milan Panic hatte vor der Abstimmung vor den verheerenden Folgen eines Ausschlusses von Jugoslawien aus der UN gewarnt.

Am 1.10.1992 vertreiben die Serben die Bevölkerung aus ihren Wohungen in zwei Stadtteilen von Sarajewo. Es geschah unter Waffengewalt. Man ließ den etwa 300 Familien 15 Minuten zum Verlassen ihrer Wohnungen.

Ein neuer EG-Vermittler

In Ablösung von Lord Carrington wurde **Lord Owen** zum EG-Vermittler, wie gesagt, am 28.8.1992 auf der Londoner Jugoslawienkonferenz ernannt. Unter der Begründung, für die Sicherheit der Blauhelme verantwortlich zu sein, weicht er in der Praxis wenig mehr ab von der offenkundigen Sympathie für Belgrad, die Carrington auszeichnete und die di britische Regierung zunehmend in Verlegenheit brachte. (209).

Am 7. Oktober hat der Sicherheitsrat die Einberufung einer Experten-Kommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechern veranlaßt.

Am gleichen Tage meldet man die überraschende Eroberung der Grenzstadt Bosanski Brod durch die Serben, die dadurch über einen Landkorridor von Serbien über Nordbosnien bis in die von ihnen besetzten Teile von Kroatien reicht.

Während man sich deutscherseits enthält, den Krieg in Jugoslawien als Anlaß zu nehmen, die fürchterlichen Verbrechen gegen Volksdeutsche in Jugoslawien in Erinnerung zu bringen, kriegt es eine Belgrader Zeitung fertig (210a), die deutschen Erlebnisse auf den Kopf zu stellen. Im Gegensatz zu dem dort behaupteten, kann von ausgeübter Gewalt, Terror oder sogar Plünderungen deutscherseits ernstlich keine Rede sein (210b). Es ist nachweisbar, daß eine halbe Million deutscher Menschen auf die brutalste Art und Weise „liquidiert" werden sollte, was teilweise auch geschehen ist. Wahllos wurden deutsche Männer erschossen, nur weil sie Deutsche waren. Wenn die „deutsche, nationale Minderheit" nach dem Kriege von den Partisanen-Horden so behandelt worden wäre, wie dies während der angeblich so schrecklichen Besatzungszeit dem zahlenmäßig stärksten Staatsvolk (den Serben) widerfahren ist, dann wären kaum deutsche Opfer zu beklagen gewesen.

Den Höhepunkt der Unverschämtheit stellt es dar, von einem freiwilligen und geordneten Verlassen der banat-schwäbischen Heimat zu sprechen. Man braucht nur an die Entscheidungen der ordentlichen Gerichte zu erinnern über die Beschlagnahme deutschen Vermögens und zur Änderung der Grundbücher. In den Entscheidungsgründen findet sich formularmäßig regelmäßig der Satz: Der ehemalige deutsche Eigentümer ist unbekannten Aufenthalts oder, er ist nach Deutschland geflohen. (Rukover).

Wenn es heute in Bonn amtlich heißt, daß man „aus geschichtlichen Gründen" keine deutsche Beteiligung an den UN-Maßnahmen in Jugoslawien wünscht, so ist eine solche Erklärung nicht klar genug. Es ist an der Zeit, die vorliegende Darstellung „Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien" zur Pflichtlektüre auf deutschen Schulen zu machen. Man sollte das Feld der historischen Aufarbeitung nicht erneut den Propagandazentralen in London und Washington überlassen.

Die „Frankfurter Allgemeine" bringt am 6. Oktober 1992 ein Dokument in deutscher Übersetzung, welches „eine Vorstellung davon gibt, mit welchen Mitteln die Serben in den von ihnen eroberten Territorien Bosnien-Herzegowina und Kroatien die nichtserbische Bevölkerung vertreiben." (siehe S. 188).

„In der Stadt Bosanski Novi in Bosnien mußten Muslime und Kroaten ein Formular unterschreiben, auf welchem steht, daß sie freiwillig ihren Besitz der Gemeinde — das heißt der serbischen Besatzungsmacht — übereignen und daß sie die Stadt für immer verlassen. Wer die Unterschrift verweigerte, dem drohte Erschießen."

Am 10.10.1992 wird vom Weltsicherheitsrat ein Flugverbot für Militärmaschinen über Bosnien verhängt. In Kleindruck wird hinzugefügt: „Eine gewaltsame Durchsetzung des Flugverbots ist zunächst nicht vorgesehen." (211). In bewußt provokativer Form erlebt Sarajewo einen Tag nach dem Verbot schwere Luftangriffe.

Die für Einwanderungsfragen zuständigen Minister der EG-Länder beschließen, daß „Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten" nicht als Flüchtlinge gelten sollen. (212).

Auf der UNO-Konferenz in Genf befürwortet Izetbegovic eine Einteilung Bosniens in dezentralisierte Regionen. Der Präsident der „Serbischen Republik Bosnien", Karadzic: *„Wenn die Moslems nicht umgehend die Waffen strecken, bekommen sie keinen Zentimeter Boden." „Die Moslems, die mit mehr als 50% die Mehrheit in Bosnien-Herzegowina stellen, sind rechtlos und fühlen sich von der UNO der Gnade oder Ungnade der Serben ausgeliefert. Jede ihrer Bitten wurde überhört oder abgeschlagen."* (213).

„Endlich Klartext gegenüber Belgrad", meint das Badener Tagblatt am 24.10.1992, weil Owen gesagt habe: *„Die internationale Gemeinschaft kann Grenzveränderungen durch militärische Gewalt in Bosnien-Herzegowina schon deshalb nicht akzeptieren, weil auch andere Volksgruppen der Region zu diesem Mittel greifen könnten. Eine Entwicklung in diese Richtung wäre äußerst gefährlich."*

„Die ethnische Säuberung hat bereits ihre Ziele erreicht. Moslems haben Vertrauen und Hoffnung auf Hilfe der Staatengemeinschaft verloren. So Mazowiecki". (214).

Nach tagelanger Kesselschlacht wurde die bosnische Stadt Jaice von Serben erobert. 25.000 Zivilisten flohen in Richtung Travnik. In Jaice hatte 1943 Tito das zweite Jugoslawien aus der Taufe gehoben. Der schon fünf Monate dauernde Krieg um die Stadt verkürzte sich, als es zu Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Kroaten im Nachschubgebiet kam. Die Flüchtlingsmassen aus Jaice wurden von serbischen Einheiten beschossen. Es gab hohe Verluste unter den wehrlosen Flüchtlingen. Die bosnischen Soldaten, die Travnik erreichten, meinen wie viele ihrer Kameraden, es sei Verrat im Spiel gewesen, es habe eine geheime Absprache hinter dem Rücken der Kämpfer gegeben, die zur Übergabe von Jaice geführt habe. Es war ein Rückzug ohne einen einzigen Schuß. Wir haben die Front gehalten, und plötzlich hieß es, wir sollten aufgeben." (205).

Ein Verfassungsvorschlag

Die bosnischen Serben lehnten weiterhin die Vorschläge der Jugoslawien-Konferenz für eine neue Verfassung ab. Am 1. November 1992 beschlossen die Serben aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien die Schaffung eines gemeinsamen Staatsgebietes, welches sich später an Serbien anschließen solle. Die etwa ein Drittel der Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina stellenden Serben haben inzwischen mehr als 70 Prozent des Staatsgebietes besetzt.

Die von Vance und Owen vorgeschlagene neue Verfassung für Bosnien sieht die Errichtung von bis zu 10 autonomen Provinzen vor. Tudjman versucht, die Muslime zu einer Dreiteilung Bosniens zu überreden.

Mazedonien ist nicht vergessen. Die führenden Politiker geben dem griechischen Druck nicht nach und halten an ihrem Staatsnamen fest. Sie sind der Auffassung, wenn Mazedonien nicht endlich von der EG anerkannt wird, könnte es zu einer für die Stabilität der gesamten Region gefährlichen innenpolitischen Radikalisierung kommen. Die Wirtschaftslage ist durch die Sanktionen gegen Jugoslawien und die Grenzschließung zu Griechenland sehr schlecht.

Am 10. November 1992 begann unter dramatischen Umständen die erste **Massenevakuierung** seit Beginn der Belagerung von Sarajewo. Mehr als tausend Moslems und Kroaten fuhren in völlig überfüllten Omnibussen ab in Richtung der kroatischen Stadt Split an der Adria. Weitere 5.000 sollen in den nächsten Tagen folgen. 380.000 Menschen leben in der belagerten Stadt.

Das Vorgehen der Serben ist ein Vernichtungsfeldzug gegen drei eingesessene Kulturen: die Volksdeutsche, die katholischen Kroaten und die mohamedanischen Bosnier. Allen dreien wird vorgeworfen, sie hätten die Schaffung von religiös bestimmten Staaten vor. Auffallend ist die Brutalität, mit der man gegen katholische Priester vorgeht, mit welcher Animosität die Artillerie sich katholische Kirchtürme sucht, wie das schöne, wertvolle Dubrovnik ohne irgendwelchen strategischen Sinn zusammengeschossen wurde. Aber auch die kulturellen Leistungen der Muslime sind ein bevorzugtes serbisches Ziel. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit, schreibt die NZZ, wird in weiten Teilen Bosniens die islamische Kultur systematisch zerstört und damit den Muslimen ihre Identität genommen. Unsere, durch Präzedenzfälle erhärtete Meinung ist, daß überall in der Weltpolitik Elemente infiltriert sind, die es auf die Zerstörung aller Kulturen abgesehen haben. Diese Elemente sind einer der Faktoren, die die Beseitigung der serbischen Gefahr erschweren.

Am 12. November 1992 nahmen **Bosnien und Deutschland** diplomatische Beziehungen auf. Der neue bosnische Botschafter in Bonn, Sidlazic, meinte aus diesem Anlaß: *„In Bosnien herrscht nicht nur Krieg, grausame Verbrechen werden begangen. Europa sollte die Kraft und den Geist finden, von denen die Europäer einst beseelt waren."* (216).

„Der **britische Innenminister Clarke** *ist nach der Weigerung der Regierung, 180 in Hotels an der Grenze zwischen Slowenien und Österreich gestrandete bosnische Flüchtlinge aufzunehmen, ins Kreuzfeuer erbitterter oppositioneller Kritik geraten. Labour bezeichnet die Asylpolitik der Regierung als barbarisch.*

Der Islam redet mit

„Sowohl im Irak bei einem Sturz Saddam Husseins als auch in einem freien Bosnien-Herzegowina würden schiitische Moslems die Macht im Staate übernehmen. Hussein mit seiner säkularisierten Ba'ath Partei und Serbiens orthodoxer Staatschef Milosevic verhindern das. So sehr beide verabscheut werden — noch mehr wird in den Schaltzentren großer finanzieller Macht die Ausbreitung des **Islam** *gefürchtet. Die großen Industrienationen der Welt — Amerika, Rußland, Japan, Europa, Australien, Südafrika und andere — sind völlig unter freimaurerischer Kontrolle und befinden sich auf dem Weg in die Neue Weltordnung der Superreichen. Jedoch die über eine Milliarde fanatisch-religiösen Moslems, für die allein die* **Zinswirtschaft** *der kapitalistischen Welt eine verabscheuungswürdige und tödliche Sünde ist, stellen ein gewaltiges Hindernis für die internationale Geldmacht dar, deren Einfluß und Macht gerade aus dem Zinswucher lebt."* (217).

25.11.1992: **Balkankonferenz in Istambul** in Abwesenheit von Serbien und Griechenland. Man stimmt darin überein, daß die Grenzen bei der Auflösung Jugoslawiens nicht verändert werden dürfen. Mit Waffengewalt geschaffene „Grenzen" werden nicht anerkannt werden.

25.11.1992: Die beiden UNO-Konvois, welche die ostbosnischen Städte Gorazde und Srebenica mit Hilfsgütern versorgen sollten, sind zur Umkehr gezwungen worden. Die internationale Luftbrücke für Sarajewo wurde nach dem Beschuß eines französischen Flugzeuges vorübergehend eingestellt. In Genf hat die UNO auf nächste Woche eine Sondersitzung der Menschenrechtskommission angekündigt.

3.12.1992: Die Außenminister der 50 Islamischen Staaten treffen sich in Djidda. Sie fordern die Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien. Man schloß sich den Einwendungen, die Owen und Vance dagegen haben, nicht an.

Maulkorb in Deutschland

„Nach Informationen der Gesellschaft für bedrohte Völker hat die serbische Regierung mit Unterstützung serbischer extremer Nationalisten (Tschetniks) mit der politisch begründeten systematischen Vertreibung, Einschüchterung und Verfolgung der nichtserbischen Minderheitenvolksgruppen (Ungarn, Kroaten, Deutsche, Tschechen, Slowaken, Ukrainer) in der **Woiwodina** *bereits begonnen . . . Ein Vorstandsmitglied der Landsmannschaft der* **Donauschwaben** *erklärte gegen die Zusicherung absoluter Anonymität auf die Frage, warum sowohl das Patenland* **Baden Württemberg** *als auch die Landsmannschaft der Donauschwaben seit nunmehr mehr als einem Jahr wort- und tatenlos die Verfolgung der letzten Donauschwaben mit ansehe: ‚Die* **Landesregierung von Baden-Württemberg** *hat im vergangenen Frühjahr der Landsmannschaft gedroht, ihr würden sämtliche Bundes- und Landesmittel ersatzlos gestrichen, wenn sie sich auch nur mit einem Wort zu den Vorgängen in Jugoslawien äußern würde!'."*

„Den ‚Donauschwaben'-Lesern dürfte sicherlich noch in Erinnerung sein, mit welchen Schwierigkeiten Landsleute zu kämpfen haben, die im vergangenen Jahr im Bombenhagel der serbischen Volksarmee flüchteten und hofften, als Deutsche in Deutschland Aufnahme zu finden." (218).

14.12.1992: Der deutsche Postminister Schwarz-Schilling hat unter Protest gegen die Tatenlosigkeit angesichts des Kriegselends in Bosnien-Herzegowina seinen Rücktritt erklärt. Einige Tage vorher hatte Christian Schwarz-Schilling in einer Kabinettssitzung erklärt: *„Ich schäme mich, diesem Kabinett anzugehören, wenn es beim Nichtstun bleibt."* Kohl wies diese Äußerung zurück: *„Niemand ist gezwungen, dem Kabinett anzugehören."*

„Der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter-Kurt Würzbach sagte dem Kölner ‚Express', große Teile der CDU/CSU-Fraktion teilten die Ansicht von Schwarz-Schilling. Mit ihren ‚juristischen Spiegelfechtereien' um den Einsatz von Bundeswehrsoldaten mache sich die Bundesregierung vor der Welt lächerlich. Würzbach schloß sich auch der Kritik Schwarz-Schillings an, daß politische Entscheidungen überwiegend in Koalitionszirkeln und nicht mehr im Kabinett getroffen würden. Bjorn Engholm (SPD-Vorsitzender), sagte, Schwarz-Schilling habe die Unbeweglichkeit der Regierenden, ihr Leben in einer abgeschotteten, raumschiffähnlichen Welt und fehlendes Mitempfinden mit den Menschen deutlich beschrieben." (dpa, Bonn 17.12.1992). (Dazu später im Kapitel „Italien").

16.12.1992: Die von Lord Owen und Cyrus Vance präsidierte Jugoslawienkonferenz hat auf Ministerebene die Lage im Kriegsgebiet erörtert. Die beiden angelsächsischen „Vermittler" warnten dabei vor einer Verschärfung der internationalen Politik gegenüber Serbien in Richtung auf militärische Zwangsmaßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt. *„In Genf wurde klar, daß die Staatengemeinschaft an ihrem abwartenden Kurs gegenüber Serbien festhalten wird, mindestens bis die neue amerikanische Regierung (Clinton) im Amt ist und die Präsidentschaftswahlen in Rumpf-Jugoslawien die dortigen Machtverhältnisse geklärt haben."* (219).

Im April 1993 treten dann Vance wie Owen zurück. Am Ostermontag, 14.2.1993 werden dann von der EG endlich Kampfflugzeuge zur Kontrolle des bosnischen Luftraumes eingesetzt.

Moskau stellt sich vor Serbien

„Der Oberste Sowjet hat die Regierung gedrängt, von dem Vetorecht im Sicherheitsrat Gebrauch zu machen, um eine militärische Intervention in Jugoslawien zu verhindern. Die von der konservativen Mehrheit des Obersten Sowjets verabschiedete Resolution richtet sich gegen internationale Überlegungen, das bereits bestehende Flugverbot für Militärmaschinen über Bosnien-Herzegowina notfalls mit Gewalt zu erzwingen." (220).

Nach Angabe von NATO-Generalsekretär Wörner steht bei den Planungen der NATO zur Krise in Bosnien eine Durchsetzung des Flugverbots im Vordergrund und man erhofft eine entsprechende Resolution des Sicherheitsrats. Die USA, Holland und Norwegen wären bereit, Flugzeuge zu diesem Zweck bereitzustellen. (Brüssel 17.12.1992).

Bush und Major wollen sich dafür einsetzen, daß der Sicherheitsrat eine militärische Durchsetzung des Flugverbots über Bosnien beschließt (Reuter am 20.12.1992 aus Washington in NZZ). Eagleburger hatte kurz vorher erklärt, „es müßten noch einige Details ausgearbeitet werden, um die richtige Resolution einzubringen". Diese Divergenzen nehmen dann deutlichere Formen an. Die Briten befürworten eine längere Warnfrist als die von den USA genannten zwei Wochen. Sie möchten überdies statt des ultimativen Wortes ‚Frist' das harmlosere ‚Pause' setzen, um „jegliche Provokation der Serben zu vermeiden" (221). Auch die von den Amerikanern befürwortete Bewaffnung der bosnischen Streitkräfte findet bei den Briten keinen Anklang. Die Differenzen zwischen der Auffassung der

EG und der der Vereinigten Staaten beherrschen die ersten Schritte der neuen Regierung in Washington und summieren sich den Drohungen von einem Handelskrieg.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Serbien ergeben am 21. Dezember 1992 bereits im ersten Wahlgang einen eindeutigen Sieg von Milosevic und seiner großserbischen Kriegspolitik. Der Verlierer ist Milan Panic.

In Genf erreicht man es dann nach schwierigen Verhandlungen, daß auch die bosnischen Serben dem Friedensplan der Vermittler zustimmen, nachdem es bereits Serbien und Kroatien taten. (222). Die für Bosnien vorgesehenen zehn Provinzen sollen danach sein: Sarajewo (entmilitarisiert, Zentralregierung der Republik), Sbinac (muselm.), Banja Luka (serbisch), Posavina (kroatisch), Bijeljina (serbisch), Tuzla (muselmanisch), Herzegowina Ost (serbisch), Mostar (kroatisch), Zenica (muselmanisch), Travnik (kroatisch). Folge dieser Abgrenzungen, die 80 Prozent des von Muselmanen bewohnten Gebietes in kroatische und serbische Hände geben will, und von denen amerikanische Kritiker sagen, sie prämierten die Aggression, sind Kämpfe zwischen Muselmanen und Kroaten, die nach einigen Tagen teilweise eingestellt werden können. Schon Tage darauf lehnen sowohl die bosnischen Serben sowie die musulmanische Regierung in Sarajewo den Friedensplan von Owen und Vance ab. Er muß zu den Akten gelegt werden.

Im übrigen verstärkt sich in den letzten Tagen des Januar die kroatische Aktivität. Insbesondere wird das Hinterland von Zadar (Zara) (mit rein kroatischer Bevölkerung, aber von den Serben seit einem Jahr besetzt und dieser Zustand von UNO-Truppen kontrolliert) von den Kroaten zurückerobert, einschließlich eines strategisch wichtigen Flughafens.

Die Serben sorgen dann erneut für Aufregung, als sie sich der Waffendepots der UNO-Kräfte in Kroatien bemächtigen und so eine erneute Verstärkung ihrer Kräfte erreichen. Laufend wird nach wie vor berichtet, daß Waffen nach Serbien in größerem Umfang hereinkommen über die Donauhäfen. Dort wird Tag und Nacht ausgeladen. Hundert Schiffe sind um diese Zeit auf dem Wege, Öl aus der Ukraine zu holen. An eine etwaige Blockierung der Donaumündung scheint niemand zu denken. Nur in der Adria taucht jetzt der englische Flugzeugträger „Arc Royal" auf und einige Tage später auch die französische „Clemenceau", beide mit entsprechenden Begleitschiffen für eine vollständige Kampfgruppe. Nur, zu einer militärischen Intervention kommt es auch dort nicht. Die EG gibt sogar die entsprechenden Verhandlungen ab an den Sicherheitsrat. Mitglieder desselben „bedauern die neuerliche kroatische Offensive. Damit würde der Friedensprozeß, der in Genf weiterläuft, bedroht." (223).

Ende 1992 übergaben der Chef der Sicherheitsverwaltung der jugoslawischen Streitkräfte, Generalmajor Nedeljko Boskovic und der Chef der Sicherheitsverwaltung der Luftwaffe und Luftabwehr, Generaloberstleutnant Radomir Sekulic dem Präsidenten der Republik Serbien, Slobodan Milosevic einen Geheimbericht.

„Darin (224) *warnen die Generalstäbler vor einer militärischen Aktion der NATO oder der WEU, die im ersten Quartal 1993 gegen Jugoslawien stattfinden soll und mit der Liquidierung des serbischen Präsidenten sowie von . . .* (es folgen die Namen führender Serben, ebenfalls wiedergegeben im dDS) *eingeleitet werden soll . . . Der Geheimbericht fordert einen Plan zum Schutz verdienter Kämpfer und Politiker, die wegen ihrer Tätigkeit bedroht werden . . ., in sicheren, befreundeten Staaten Unterschlupf vorzubereiten."* Weiter heißt es: *„Uns stehen moderne Artillerie- und Raketensysteme zur Verfügung, die einen erfolgreichen Kampf gegen alle modernen Flugzeuge der ganzen Welt garantieren . . ."* Es folgen ausführliche militärische Dispositionen, insbesondere für die Alarmbereitschaft der Luftwaffe. Am Schluß heißt es: *„Ohne zu zögern müssen alle Flugzeugträger versenkt werden, nachdem die feindlichen Radar- und elektronischen Steuerungssysteme . . .*

blockiert worden sind . . . Wir schätzen, daß es in diesem Fall auf unserer Seite bis zu etwa 100.000 Opfern kommen würde, was noch innerhalb einer erträglichen Grenze liegen würde. Andererseits könnten unsere Kräfte leicht süditalienische Städte und Feindstaaten, auch Teile der Türkei und Deutschland angreifen. Ein besonderes Problem wäre die Türkei und einige islamische Länder wegen ihrer Beziehungen zu den USA. Unsere Einheiten sind aber in der Lage, auch sie zu besiegen. Eine Blockade der **Bucht von Kotor** *muß unbedingt verhindert werden, indem die Seestraße von Otranto vermint, Lezho und der Hafen ‚Pelikan' in Albanien angegriffen werden. Starke Panzereinheiten und ein Teil der Raketensysteme müssen an die Grenzen zu Albanien und Mazedonien verlegt werden, um schwere Schläge gegen die Stellungen der albanischen und mazedonischen Armeen und die dortigen Siedlungsgebiete richten zu können."*

25.12.1992: Der indische UN-Befehlshaber in Jugoslawien rät vor einem militärischen Vorgehen ab, denn dann käme es dazu, daß eine der Parteien die Blauhelme als Feinde ansieht und diese bekämpft.

Vorrückenden kroatischen Verbänden gelang es, Beschädigungen in der Struktur der Talsperre unterhalb von Sinj auszubessern, bevor der Damm brach. Fliehende Serben hatten drei Minen daran angebracht. (225). Die Kroaten erobern sodann Drnisch, südwestlich von Knin in der Krain. In Bankovac werden 21 Polizisten der UNO einige Tage in einem Hotel von Serben festgehalten.

Der deutsche Verteidigungsminister Rühe spricht sich am 30. Januar 1993 für die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien aus. Er meint, in der Geschichte seien die Friedensaussichten bei gleichstarken Gegnern am größten. Einen Tag davor hatten amerikanische Militärs von einer solchen Aufhebung abgeraten, da UN-Kräfte in den Kampf verwickelt werden könnten. Ebenfalls England und Frankreich raten vor einer militärischen Aktion ab.

5.2.1993: Das Weiße Haus teilte mit, daß die Vereinigten Staaten einen eigenen Friedensplan vorbereiten, der nicht notwendigerweise Beziehung hat zu dem Plan der EG-Vermittler. (EFE, Reuter, UPI).

Das sind die Meldungen, die wir in diesem Winter über uns ergehen lassen müssen, während in Bosnien der **Kälte- und Hungertod** bereits zehntausende ereilt hat. Die Welt hat sich Organe gewählt, deren Aufgabe es ist, zu handeln. Sie schweigen und schauen zu, und die Menschen stehen verstört dabei. *„Wir alle bleiben untätig, schweigen. In was für einer Welt leben wir? Ist das die neue Weltordnung? Was muß noch geschehen, damit uns endlich die Augen geöffnet werden und wir alle laut die Täter mit Namen nennen und bestrafen, um damit den unschuldigen Opfern, Kindern, Frauen und Zivilisten zu helfen?"* heißt es in einem Leserbrief im Badener Tagblatt in der Schweiz. Es gibt kaum noch eine Zeitung, die nicht ähnliches veröffentlichte. Ist das das politische System, das wir wollen, in welchem so eine Sünde der Unterlassung Tag für Tag sich neu wiederholt? Gehören nicht die Lord X und Lord Y an die Wand gestellt? Und die anderen Politiker, die ihnen in London und in Genf und so vielen anderen Orten lächelnd, Brille in der Hand oder an die Krawatte fassend beipflichten? Wir setzen den eiskalten Text von der Folge der Ereignisse fort. Wir betrachten ihn als **Anklageschrift.**

„Weder die Frauen, noch die Kinder, weder die älteren Menschen, noch die vielen jungen Menschen, die im Mai, Juni und Juli 1992 zu Tausenden in Belgrad gegen den Krieg und gegen die Politik der Regierung demonstriert hatten, warum machen wir sie nicht zu unseren Verbündeten? Offiziellen Angaben nach sind rund 200.000 wehrdienstpflichtige Serben und Reservisten ins Ausland geflohen, um ihrer Einberufung in die Armee zu entgehen . . . Viel zu selten wird der Unterschied zwischen der Bevölkerung im allgemeinen und bewaffneten Banden gemacht. Diesem Beispiel folgen auch die Politiker, indem sie

die serbische Opposition voll und ganz ignorieren und ihre Gespräche und Verhandlungen mit Politikern führen, die den Krieg begonnen hatten und ihn auch fortführen." (226).

In New York überdenkt der Sicherheitsrat die Schließung von Ausweichstellen bei dem über Serbien verhängten Embargo. „*Die Reden vor dem Sicherheitsrat bestätigen die große Ratlosigkeit, mit welcher die internationale Staatengemeinschaft dem Jugoslawienkonflikt begegnet, der durch die frühzeitige, von der EG unter deutschem Druck im letzten Januar eingeleitete internationale Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und damit letztlich auch Bosnien-Herzegowinas möglicherweise zusätzlich verschärft wurde, wie jedenfalls Vance vor der Presse abermals argwöhnte. Gegen eine Aufhebung des Waffenembargos über Bosnien sprachen sich mit Nachdruck auch Vance, Owen und Sadako-Ogata (UN-Flüchtlingshochkommissarin) aus.*" (227).

Machtwechsel im serbischen Parlament

Am 29. Dezember stürzt das Parlament in Belgrad den Ministerpräsidenten Milan Panic. Am Vortage hatten sich die Präsidenten von Bosnien und Kroatien mit Vance und Owen in Genf getroffen. Kurz vorher hatten sich der UNO-Generalsekretär Boutros Ghali und der russische Außenminister Kosyrew gegen eine militärische Intervention auf dem Balkan ausgesprochen. Boutros Ghali: „*Wir glauben, daß es wichtig ist, eine Eskalation zu vermeiden und den Friedensprozeß fortzusetzen. Ich weiß, daß die internationale Gemeinschaft von der Erfolglosigkeit der Gespräche enttäuscht ist und schnelle Ergebnisse sehen will. Es gibt aber noch eine Chance für eine Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungsweg.*" (228).

Inzwischen fällt die Temperatur im belagerten Sarajewo auf minus elf Grad.

„*In einem Interview mit der Turiner Zeitung ‚La Stampa' erklärte der Staatssekretär des Vatikans, Angelo Sodano, die Situation in Bosnien sei so verzweifelt, daß es legitim und geboten erscheine, den Aggressor zu entwaffnen. Nicht nur der Vatikan verfüge über Informationen, wonach im Kriegsgebiet Konzentrationslager errichtet worden seien und die elementarsten Menschenrechte schwerstens verletzt würden. Alle internationalen Beobachter hätten die Serben als Aggressoren bezeichnet. Die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung seien praktisch erschöpft . . . Die bisherige Durchführung des Embargos habe eher den Bosniern geschadet als den Serben.*" (229).

Am 20. Dezember 1992 verkündet die „Deutsche Welle": „*Großbritannien und die USA beschlossen für den Fall, daß Serbien nicht Frieden macht, strengere Maßnahmen zu treffen. Man werde das Telefon abschalten.*"

Am 2. Januar 1993 legen Vance und Owen den Spitzenvertretern der Kriegsparteien im Völkerbundspalast in Genf den erwähnten Plan vor, wonach Bosnien in zehn weitgehend autonome Provinzen aufgeteilt werden solle. Die Tatsache, daß alle Staatspräsidenten an einem Tisch erstmalig vereint wurden, wird als gutes Omen gewürdigt. Doch schon in den nächsten Tagen bricht der angebliche Konsens auseinander. „*Uns Serben kann man keine Lösung des Bosnien-Problems aufzwingen, wir müssen nichts annehmen.*" (230). Es wird tagelang weiter verhandelt und im Lande weiter geschossen. Alles gilt als gescheitert, als am 13. Januar der bosnische Serbenführer Radovan Karadzic noch einmal den Saal betrat und verkündete, man hätte sich mit den Kroaten und Muslims geeinigt. „*Wer hat in Genf wen an der Nase herumgeführt?*" betitelt die FAZ die Meldung. Jedenfalls, es kann weiter verhandelt werden. Doch die Verhandlungen drehen sich im Kreise herum. „*Ihr Einver-*

ständnis gewährt den Serben einen weiteren Zeitaufschub, um ihre Eroberungen zu arrondieren und den für sie so entscheidenden Korridor in Nordbosnien zu festigen" (231). Inzwischen gibt es Differenzen zwischen den verbündeten Muslims und Kroaten, die dann wieder geglättet werden.

Am 23 Januar geht Kroatien im Hinterland von Zadar in die Offensive, erobert den dortigen, von Serben besetzten Flugplatz von Zemunik und den beiderseitigen Brückenkopf der zerstörten Brücke von Maslenica. Damit ist die Küstenstraße an der Adria wieder voll in den Händen Kroatiens.

Belgrad droht daraufhin mit einer Intervention seiner Armee in Kroatien. Inzwischen brechen Tschetniks die Depots der UNO in der Krainjina auf, in der schwere Waffen gelagert waren. Satish Nambiar, der indische Chef der UNO-Verbände in Jugoslawien meint trocken, *„Auf diese Weise haben die Serben auf das Vordringen der kroatischen Verbände in serbisch kontrollierte Regionen* (die aber zu Kroatien gehören und von Serben illegal besetzt worden waren) *reagiert."* (232).

In Genf fordert Izetbegovic erneut eine Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien. *„Mein Staat benötigt dringend Waffen, um zu überleben. Das Stillhalten des Westens hat in Bosnien-Herzegowina Zehntausenden von Menschen das Leben gekostet. Täglich sterben mindestens weitere 10.000 Menschen. Ein militärisches Eingreifen kommt bereits ein halbes Jahr zu spät."* (233).

In Genf erklärte sich die Republik Serbien bereit, an Gesprächen über **Kossovo** teilzunehmen. Die Wiederaufnahme des Schulbetriebs für albanische Kinder und die Wiedereinstellung albanischer Lehrer stehen zur Verhandlung.

Athen ließ bereits am 10. Januar wissen, daß man jegliche militärische Intervention ablehnt, auch für den Fall eines Übergreifens des Konflikts auf Kossovo und **Mazedonien.** Dagegen stimmt man in Athen dem Vorschlag Mitterands zu einem Schiedsverfahren für Mazedonien zu. Der dänische Außenminister Elleman-Jensens, der derzeit den Vorsitz der EG-Kommission innehat, griff die bisherige Mazedonienpolitik der EG sehr scharf an und fordert deren Revision.

Auch Italiens Ministerpräsident Amato kündigt an (234), daß man die Ungerechtigkeit gegenüber Mazedonien nicht weiter fortsetzen werde und eine Anerkennung Mazedoniens vor der Tür steht.

Frankreich, Großbritannien und Spanien legen dem Sicherheitsrat einen Plan vor, wonach Mazedonien unter dem provisorischen Namen „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien" in die Vereinten Nationen aufgenommen werden soll. Mazedoniens Präsident Gligorov lehnt in einer Parlamentsrede diesen Plan ab. Athen stimmt ihm zu.

In Genf kommen die Verhandlungen um den „Friedensplan" nicht von der Stelle. Tudjman antwortet auf Rückzugsforderungen, daß ein solcher nicht in Frage kommt. Die Serben haben inzwischen die der UNO gestohlenen schweren Waffen für einen Angriff auf die umstrittenen Gebiete in Stellung gebracht. Außerdem nahmen sie 21 UNO-Polizisten als Geiseln fest. Eine vollständige Entwaffnung der Tschtniks nennt Tudjman als Vorbedingung für eine Rücknahme der kroatischen Truppen, die aber dann von kroatischer Polizei ersetzt würden. Als es klar wird, daß die Kroaten im Rahmen ihrer Offensive in Dalmatien den Staudamm von Peruca erobern würden, aktivieren Tschtniks mehrere Sprengsätze an der oberen Staumauer. Die Regierung in Zagreb teilte mit, daß der Damm einsturzgefährdet sei. Das gefährdet etwa zwei Dutzend stromabwärts liegende Dörfer. Der Damm ist Hauptstromlieferant für **Dalmatien** und liegt in kroatisch besiedeltem Gebiet. Er war bereits mehrfach von den Serben, die ihn besetzt hielten, abgeschaltet worden.

Clinton läßt hoffen

Häufiger macht sich jetzt die neue Verwaltung in den USA hörbar. Man ist mit dem Friedensplan nicht zufrieden, doch weiß man, daß ohne direktes amerikanisches Engagement nichts weiter vorankommen kann. Nach ersten Gesprächen, die Staatssekretär Warren Christopher am 1. Februar 1993 mit Boutros Ghali, Vance und Owen hatte, nimmt man jedoch noch keine Stellung. Im Wahlkampf hatte Clinton ein energischeres Engagement zur Beendigung des blutigen Bürgerkrieges versprochen. Während jetzt Izetbegovic in einem Interview, das er der NYT gab, für Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien eintritt, äußert sich Owen zugunsten seines Plans. Das Argument eines amerikanischen Kongreßabgeordneten, Serbien müsse für seine Untaten bestraft und militärisch aus den eroberten Gebieten zurückgedrängt werden, ist nur leeres Gerede, solange niemand bereit ist, solchen Forderungen durch einen massiven Einsatz von Bodentruppen in dem balkanischen Minenfeld konkreten Nachdruck zu verschaffen. Owen schließt auch die in Amerika immer wieder diskutierte Bombardierung serbischer Stellungen nicht aus, falls die Verwirklichung des Friedensplanes verzögert und hintertrieben werden sollte.

Der russische Sonderbeauftragte für Jugoslawien lehnt die Vorschläge der USA zur Beendigung der Kämpfe ab. Außenminister Tschurkin fordert, der Owen-Vance-Plan solle nicht geändert werden. Immer wieder kommen die gleichen Konturen ans Tageslicht, die seit dem Doppelmord von Sarajewo 1914 im Gegensatz zu allen Gegenspielern ein erkennbares politisches Ziel erkennen lassen. Denn, was ist in den vergangenen Wochen geschehen? Nach dem erbärmlichen Scheitern der EG-Friedensgespräche in Genf hat man den Tagungsort nach New York verlegt, nur aber um dort erneut den serbisch-angelsächsischen Ball „Owen-Vance-Plan" erneut zu propagieren. Der britische UNO-Botschafter, Sir David Hannay stellt (235) fest, *„daß Vance und Owen angesichts der breiten Unterstützung für ihren Plan ermutigt sein sollten"*. Daß Karadzic nebst Ehefrau am 12. Februar von New York abfliegt, weil ihn die dauernden Demonstrationen vor seinem Hotel: „Kriegsverbrecher!" belästigen, stört ja nicht einen britischen Diplomaten.

Clinton und Christopher geben (236) zu erkennen, daß sie den Owenplan weder für fair noch für praktikabel halten, „weil er im Kern den mit Terror, Vergewaltigungen und ‚ethnischen Säuberungen' einhergegangenen serbischen Eroberungsfeldzug ‚belohnen' würde." Owen und Vance informieren am 10. Februar 1993 den Sicherheitsrat über das Scheitern der Friedensbemühungen und verweisen auf neue Möglichkeiten, die ein amerikanischer Plan aufzeigen könnte.

Eine deutliche Wendung der Jugoslawienpolitik unter Clinton bedeutet die Ankündigung Christophers (237) von einem aus sechs Punkten bestehenden Friedensplan, der in Kombination mit dem Plan der EG angewandt werden soll. Vorgesehen ist insbesondere der Einsatz nordamerikanischer Bodentruppen zur Unterstützung der Friedensbemühungen. Voraussetzung ist, daß die drei Bürgerkriegsparteien einen Friedensplan annehmen. Dessen Durchführung sollen die Truppen dann erzwingen. Aus Brüssel verlautet (238), daß die NATO nur auf ein Signal von den Vereinigten Staaten wartet, um ihrerseits mit ihren einsatzbereiten Kommandobehörden sofort einzugreifen. Die USA werden dann im Rahmen einer Aktion des Sicherheitsrates handeln.

Im Rahmen der Ankündigung des Sechs-Punkte-Planes ernennt Clinton einen amerikanischen Vertreter bei der Jugoslawienkonferenz, Reginald Bartholomew. *„Er ist die*

Personifizierung der Einsicht Clintons, daß es für die Vereinigten Staaten an der Zeit ist, sich aktiv und direkt an den multilateralen Bemühungen zu beteiligen, eine gerechte und funktionierende Lösung für diesen gefährlichen Konflikt in Bosnien-Herzegowina zu finden. Die Bereitschaft des neuen Präsidenten, den Krieg auf dem Balkan nicht länger aus der Ferne zu verfolgen, folgt Wochen vager Andeutungen, politischer Standortbestimmung und der offenkundigen Unzufriedenheit Washingtons mit dem Ertrag der bisherigen Genfer Vermittlungsbemühungen. Der neue Sonderbotschafter ist das, was man in Amerika einen ‚trouble shooter' nennt, einen Krisenmanager." (239).

Am 10. Februar betonte Clinton in Detroit, *„daß Amerika dafür sorgen werde, daß die furchtbare Methode der ‚ethnischen Säuberungen' und deren Resultate nicht nachträglich akzeptiert würden."* (240). *„Bei näherer Betrachtung schließt die von Christopher skizzierte Strategie ein militärisches Engagement Amerikas in der Balkankrise durchaus nicht aus, sondern weist nahezu zwingend in diese Richtung."*

Mit welchem freudigen Echo diese Notizen auf der ganzen Welt aufgenommen wurden, kann man aus dem Text herauslesen, den Persönlichkeiten aller politischen Lager in Bonn in einem Apell an die Bundesregierung am 4. Februar 1993 richteten. Man fordert *„die sofortige Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina, die Erkämpfung des Zugangs zu den Konzentrations- und Internierungslagern in Bosnien durch internationale Streitkräfte und militärische Maßnahmen gegen Nachschubwege, Waffendepots und Luftbasen der serbischen Aggressionsstreitkräfte. Sie verlangen die Parteinahme für die Opfer und die legitime und völkerrechtlich anerkannte bosnisch-herzegowinische Regierung. Beim Krieg in Bosnien handelt es sich nicht um einen Bürgerkrieg, sondern um einen Eroberungskrieg und somit um einen internationalen Konflikt, auf den alle Bestimmungen der UN-Charta Anwendung finden müssen . . . Mit Bestürzung muß man feststellen, daß der Vance-Owen-Plan die Eroberungen der Serben sanktioniert. Völkermord, Massenvertreibung und Massenvergewaltigung wird stillschweigend akzeptiert, und selbst die Verteilung internationaler Hilfeleistungen an die verhungernde und erfrierende Bevölkerung wird von der Zustimmung ihrer Belagerer und Mörder abhängig gemacht."* (241).

Zonen unter verstärktem militärischen Schutz für die Vertriebenen fordert die Parlamentarische Versammlung des Europarats in Straßburg. (242).

Nichts wird sich in Washington ändern

Die „moralische und politische Blindheit" der westlichen Mächte scheint beendet. Doch das Pentagon und die möglichen Alliierten der USA lehnen den Gebrauch von Waffen ab.

Der deutsche Außenminister Kinkel läßt sich ebenfalls in diesem Wendepunkt amerikanischer Außenpolitik hören: *„Clinton übernahm die Politik des Verhandelns, die Europa eingeschlagen hat, anstatt sich für die Waffen zu entscheiden, um den Konflikt zwischen Muselmanen und Serben zu lösen. Es gibt* (für Kinkel) *keine andere Alternative für eine friedliche Lösung."* (244).

Wieder bricht alle Hoffnung in sich zusammen. Owen und Vance gewinnen erneut Gelände für ihre „Friedensverhandlungen". *„Das meiste von dem, was die Regierung Clinton in ihren Plan für Bosnien geschrieben hat, sind Luftblasen."* Kriegsverbrechertribunal: *„Welchen Grund sollten die serbischen Kriegsverbrecher haben, dort zu erscheinen? Von Gewalt Abstand nehmen: Die Serbenführer sind bisher mit Gewalt gut gefahren und*

haben Aussicht, noch mehr von Bosnien zu gewinnen. Flugverbot: Die Serben sind auf die Luftwaffe nicht angewiesen. Verhandlungen: Darin steckt zum einen die Weigerung, dem serbischen Aggressor mit Waffengewalt entgegenzutreten und dem um sein Leben kämpfenden Bosnien keine Waffen zu liefern. Das wären die beiden einzigen wirksamen Methoden, die Aggression zu beenden. Gegen beide haben sich die europäischen Regierungen entschieden, nun folgt ihnen die amerikanische." (FAZ).

Daß die Vereinigten Staaten — nachdem sie die Aufmerksamkeit einer hoffenden Welt auf sich gelenkt hatten — erneut „kneifen", erinnert an die Ursache der ersten Schüsse in Jugoslawien. Im Juni 1991 erklärte der amerikanische Staatssekretär Baker in Belgrad *„nur ein weiterhin geeintes Jugoslawien kann auf amerikanischen Beistand hoffen."* Mit diesen Worten löste er sofort den Krieg der Volksarmee gegen Slowenien aus. In gleicher Weise facht die heutige lahme Politik Clintons erneut den Krieg der Serben an. „Kriegsverbrecher" Milosevic wird in Paris empfangen.

Ostbosnien stirbt

Am ernstesten ist die Lage in den ostbosnischen Orten. Von aller Hilfe in den tiefverscheiten Bergen abgeschnitten, erleiden sie laufend Feuerüberfälle der belagernden Serben. Ein Hilfskonvoi gelangt nicht in das mit Hunger- und Kältetod ringende Cerska. Gleichzeitig wird Sarajewo erneut mit schwerer Artillerie beschossen. die Verteilung von Lebensmitteln ruht in der Stadt. Die bosnische Regierung will damit auf die ernste Lage in Ostbosnien hinweisen. Die letzte Bäckerei mußte am 15. Februar 1993 ihren Betrieb einstellen, da es kein Brennmaterial mehr für die Backöfen gibt.

Der neue amerikanische Balkanvertreter Barhtolomew nimmt persönlichen Kontakt mit Moskau auf. *„Die dann in Moskau von beiden Seiten bekundete Harmonie überrascht insofern nicht, als seit der Vorstellung der Clintonschen Balkanpolitik klar geworden ist, daß auch Washington zur Zeit nicht im entferntesten daran denkt, zur Beilegung des Krieges in Bosnien-Herzegowina wirklich ernsthafte und konkrete Schritte zu unternehmen."* (245).

Der in den Ruhestand tretende französische Diplomat christian Lambert berichtet (246): *„Frankreich hat oft den Eindruck einer gewissen Komplizenschaft mit den Serben gegeben . . . Die Russen sind jetzt stärker verwickelt als im vergangenen Sommer und sie helfen den Serben . . . Die Klugheit hätte es erfordert, von Anfang des Konfliktes an mehr Festigkeit zu zeigen."*

Endlich entschließt man sich in Washington, der Stadt Cerska Hilfe zu bringen. Es soll auf dem Luftweg geschehen. Und die Flugzeuge sollen in dreitausend Meter Höhe über die verschneiten Höhen Ostbosniens ihr Ziel anfliegen. Große Pakete (von je 704 kg) mit Medikamenten und Lebensmitteln sollen abgeworfen werden auf das unter einer meterhohen Schneedecke liegende Land. Es geschieht nachts. Die amerikanische Luftwaffe fügt hinzu, daß die Pakete auf 200 Meter genau ihr Ziel treffen. Dächer stürzen unter ihrem Gewicht ein. (247). Man befürchtet, daß Tschetniks ein Flugzeug abschießen. Das könnte zum casus belli führen. Das Ergebnis dieses Vorganges kann nicht lächerlicher, nicht niederschmetternder sein. Nicht ein Paket kommt am 3. März in dem eingeschlossenen Cerska an. Die Serben sind vielmehr in die im Todeskampf liegende Stadt eingedrungen, haben die Häuser geplündert und schießen auf die Menschen, die die Ausgangsstraße zu ihrer Flucht benutzen. Am 5. März wird dann mitgeteilt, daß 29 Pakete insgesamt in Cerska ankamen, 19 weitere fielen außerhalb des muslemischen Bereiches. Wer in die Wälder geht,

verlorenen Pakete zu suchen, wird von den Serben niedergemacht. Eine Welle von Flüchtlingen gelangte in den Nachbarort Konjevic Polje, nachdem die Serben den Abzug nichtbewaffneter Zivilisten aus Cerska, Zepa und Srebenica gestatteten. Für die Dauer von 24 Stunden wurde diese Möglichkeit geschaffen. Aus Srebenica meldet ein Beamter der WGO, daß dort befindliche etwa 2000 Verwundete in einem Rhythmus von 20 bis 30 pro Tag sterben. Diese Meldung (248) wird verbunden mit der Bemerkung: *„Die Vermittler in New York sagten, sie setzten die muselmanische Regierung unter Druck, damit sie eine Karte unterschreiben, die die ehemalige jugoslawische Republik Bosnien-Herzegowina in zehn Provinzen unterteilt und die Teil eines Friedensplanes ist.“* Wenn sie unterschreiben würden, heißt es verlockend, dann sind die Serben die einzigen, die sich dem Hauptteil des Friedensplanes widersetzen. (Reuter 8.3.1993, aus Brüssel).

Am 24. März 1993 ist es dann soweit: Izetbegovic unterschreibt. Allerdings geschieht es mit dem Vorbehalt, daß die internen Grenzen noch revidiert werden müßten. Es geschieht bei gleichzeitigen schweren serbischen Angriffen auf ostbosnische Orte wie Srebenica und Cerska. Lebensmittelkonvois werden auf dem Wege dorthin von serbischer „Polizei“ angehalten, muslimische Flüchtlinge beschossen.

Während immer wieder von der Mangelhaftigkeit der Sanktionen gegen Serbien die Rede ist (Versorgung auf der Donau durch Schiffe, die in der Ukraine mit Treibstoff u.a. beladen werden und dann die Donau flußaufwärts fahren. Von den Sanktionen ausgenommen sind „Transittransporte“, d.h. ungehinderte Lieferungen von Produkten, die in Gebieten außerhalb von Serbien, aber in serbisch besetzten Orten hergestellt werden, nach Serbien), teilt die „Deutsche Welle“ am 8.3.1993 mit, *„Lord Owen hat Außenminister Kinkel und den EG-Ministerrat davon überzeugt, daß eine Verschärfung der Sanktionen gegen die Serben im Augenblick nicht das richtige sei. Man müsse vielmehr mit den Friedensgesprächen fortfahren.“* Diese steuern eindeutig als Ziel einen „Frieden“ an, der die serbischen Wünsche erfüllt. Die EG hat sichtbar ihre außenpolitische Aktivität an England abgetreten, also an jenes Mitglied, das am meisten Wert auf Bewahrung seiner nationalen Souveränität legt, und der europäischen Weiterentwicklung mit großer Reserve gegenübersteht. Das ist nur möglich, weil man (in erster Linie in Deutschland) nicht mehr handlungsfähig ist. In Deutschland ist das die Folge eines Identitäts- und Traditionsbruches, der mit dem verlorenen Krieg 1945 einsetzte und durch internationalistische Erziehung seitdem dauernd verstärkt wurde, während er in anderen EG-Staaten durch die Heranbildung einer Schicht von Politikern sich herausbildete, die unter politischer Betätigung Diebstahl und Korruption verstanden. Die Wahlergebnisse dieser Tage in Hessen, Frankreich, Italien und Spanien sind ein Bild von der großen Verachtung, mit der die Völker Europas den Herrschenden gegenüberstehen. Sie sind in den Augen der heutigen Generation verantwortlich für das Blutvergießen und die Zerstörung in Bosnien. Erst mit ihrer Beseitigung und Aburteilung wäre ein gerechter Friede in Bosnien in Sicht.

Metastasen der Welt-Philosophie

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Eigentlich sollte es undenkbar sein: In dem Augenblick, da die USA als einzige „Supermacht" übrig blieben, *„ist den Amerikanern das Vertrauen in die eigene Kraft abhanden gekommen."* (Daniel Hofmann, NZZ Febr. 1992). *„Die Japaner bedrohen unseren Lebensstandard und in letzter Konsequenz unsere Freiheiten, so wie die vergangenen Gefahren eines Nazi-Deutschland und einer Sowjetunion."* (William Dietrich). *„In mehr als vier Jahrzehnten haben die USA rund sechs Billionen Dollar ausgegeben, um den Kommunismus zu besiegen. Jetzt müsse der Weltpolizist im eigenen Land aufräumen",* schildert dpa Ende 1991 die Lage. Doch, stimmt das mit der Bekämpfung des Kommunismus? Wer hat Angola den Kommunisten ausgeliefert, Äthiopien? Wer hat überhaupt den Kommunismus in Moskau und in Peking in den Sattel gehoben? Ohne die USA hätte es 1945 keinen überlebenden Kommunismus gegeben und halb Europa wären vierzig Leidensjahre erspart geblieben. Ohne die Waffenlieferungen der USA hätte es auch keinen Golfkrieg gegeben gegen einen starken Saddam Hussein (ap aus New York, 3/1992).

Es gibt Amerikaner, die meinen, die USA hätten tatsächlich die Rolle eines Schutzengels gespielt. Sie haben sich wohl niemals klargemacht, daß Europa nur und nichts als saumäßiges Glück gehabt hat, insofern als die USA niemals auf die Probe des Exempels gestellt worden sind. Sie hätten Europa und jeden Staat dort ohne Zögern verraten. Der Name Kissinger (den wir in der „Spiegel"-Affaire zitierten) sagt alles. Ihm war „Stabilität" gleich Festigung der kommunistischen Regierungen. Die Luftbrücke nach Berlin war seit dreißig Jahren nicht mehr wiederholbar. Luftbrücken zu humanitären Zwecken sind auch heute das letzte der Gefühle, in Bosnien und Kroatien. Ein Wissmann stellte sich etwas deutlicher vor die seinem Schutz anvertrauten Schwarzen in Ostafrika.

„Seit dem Wegfall des Gegners (Sowjetunion) sind die USA nicht mehr so handlungsfähig als während des Kalten Krieges. Es ist soweit gekommen, daß man sich ernsthaft fragen muß, ob das amerikanische System der Herausforderung des 21. Jahrhunderts gewachsen ist." (Harald Rast in MZ 22.7.1992). Der Regensburger Politikwissenschaftler Mathias Schmitz nennt bei einem Vortrag im Deutsch-Amerikanischen Institut eine Reihe von Gründen für die Politikerverdrossenheit und die mangelhafte Arbeitsfähigkeit der amerikanischen politischen Organe und Institutionen: technische Entwicklungen, Fernse-

Bob Clinton

hen, Auflösung des Parteiensystems, Blockaden innerhalb des Repräsentantenhauses und zwischen Kongreß und Präsident usw. Wir aber sehen die Ursachen etwas tieferliegend.

Die USA sind niemals als Staat lebensfähig gewesen. Sie konnten sich jedoch selbst als Popanz nur halten, solange sie technisch überlegen waren, im Besitz der Atombombe, die ihnen jüdische Emigranten aus ganz anderen Motiven bauten. Vor dem roten Schatten konnten sie sich und der Welt einreden, sie hätten eine ausgeformte Identität. Dazu brauchten sie das Palaver mit dem Kommunismus. Dieser bot sich gerne als Gesprächspartner an, weil auch er bemüht war, sich aus utopischen Spinnereien eine Identität zu konstruieren. Es war bei beiden ganz die gleiche Pseudoidentität, die Pytagoras auf seiner griechischen Insel meinte gefunden zu haben und die nichts anderes als ein Spielzeug mit Worten war. Die Sowjetbürger vergaßen niemals, Russen, Ukrainer, Uzbeken usw. zu sein. Die Amerikaner hatten nicht die Möglichkeit zu einem solchen Rückzug, als das Große Palaver aus war. Es stellte sich sehr schnell heraus, daß alle Staatsphilosophie nur Schwemmsand war. Was blieb, war die Wiedergeburt der Rassen, war Los Angeles und die Bronx, und der Handelskrieg und der Krieg am Golf als Experiment, sich selbst zu beweisen. Die republikanischen Präsidenten Reagan und Bush bemühten sich, aus dem Gebilde mit dem nichtssagenden Namen (Vereinigte Staaten von Amerika) auf dem Wege über die heute in aller Munde liegende „Multikultur", ein Staatengebilde mit „Pluralismus" zu machen. Doch war das eine endgültige Abkehr von den Resten stabiler Kultur,

die sich in den USA erhalten hatten. Man glaubte an eine Art Rekonvaleszenz der von der Freimaurerei vergewaltigten Völker, wie sie in Mittel- und Osteuropa und im Kaukasus und in Turkestan und in Eritrea und in den Philippinen usw. aufbricht, und verdammte doch sofort das, was Gesundung war, als abzulehnenden „Nationalismus". Man ging daran, das Machtvakuum „USA" mit den gleichen Parolen aufzupumpen, die im Kalten Krieg gedient hatten: Koexistenz mit allen, Interependenz rundum, Kampf für die Gleichheit, Rückzug aus der Weltpolitik. Doch schon Wochen nach dem Regierungsantritt Clintons wurde klar, daß man damit nicht das Los der Menschen in den USA besserte, sondern die Rezession nur noch verschlimmerte. Die Folge ist eine sehr schwere Krise im amerikanischen Selbstverständnis. Das, was man seit Jeffersons Tagen sein und werden wollte, war niemals zu erreichen. Jetzt, da man keine Angst vor einem Überfall zu haben braucht, wäre der Moment gekommen, die USA völlig umzubauen und aus ihr einen Staat zu machen, wie es solche seit Jahrtausenden gegeben hat, und mit dem utopischen Geschwafel Schluß zu machen. Und auch allen missionarischen Eifer abzustellen und sich nicht einzumischen in interne Dinge Europas. Eine Neue Weltordnung aufbauen helfen, deren Komponenten unabhängige selbstbewußte Nationen sind. Doch anstatt dessen verstrickt man sich immer weiter in das Netz der selbstersonnenen philosophischen Fehlkonstruktionen.

„Die bisherige großartige Wirtschaftsleistung der USA ist nicht zustande gekommen, weil, sondern obwohl die USA eine multikulturelle Gesellschaft sind; und zwar dadurch, daß die protestantische Arbeitsethik hier eine Kompensationskraft bildete." (249).

Die letzte erreichbare vollständige Bilanz der USA stammt aus dem Jahr 1988. Darin werden aufgeführt:

AKTIVA	PASIVA
ca. 100 Md Dollar Gold (450 D./once)	ca. 2.600 Md Dollar Staatsschuld
ca. 2.800 Md Dollar Börsen-Kapitalisierung	ca. 8.800 Md Dollar US-Konsumenten u. Unternehmen-Schulden
ca. 2.500 Md Reserven	
5.400 Md Dollar	11.400 Md Dollar

Das GNP (1988: 5017 Md Dollar) kann nicht als Aktivum gelten, da es zum Lebensunterhalt benötigt wird.

Zahlen jüngeren Datums verschlechtern dieses Bild noch erheblich, so daß Präsident Bush im Juni 1992 meinte: *„Die Vereinigten Staaten ertrinken in Schulden."* Schultz meinte schon vorher: „Wir sind pleite".

Die Handelsbilanz ist passiv. Im August 1992 betrug das Defizit 9 Md Dollar, eine Zahl, die in den letzten zwei Jahren niemals erreicht wurde. Die Staatsschulden belaufen sich Mitte 1992 auf 3,2 Md. Dollar (1988: 2,6). Hauptexportartikel der USA sind Schrott und Altpapier. Über Wasser zu halten versucht man sich vermehrt mit Waffenkäufen. Der US-Anteil am Weltwaffenmarkt ist von 30 auf 50% 1992 gestiegen.

Dabei zeigt auch die allgemeine Entwicklung in den USA, verglichen mit der Alten Welt, deutlich noch stärkere Zersetzungs- und Verfallserscheinungen. Ausnahmslos lassen sie sich zurückführen auf die philosophischen Grundlagen, die die dortige Entwicklung bestimmt haben. So konnten sich gefährliche Mißstände entwickeln. Die immer wieder versuchte massive Verfälschung dieser Zusammenhänge zeigt, daß man im Lager der Weltverbesserer und Utopisten sehr genau Bescheid weiß um die Ursache des Niedergangs.

Die Zahl der Kindesentführungen in den USA hat dramatisch zugenommen. Neugeborene in Kliniken erhalten ein elektronisches Armband, das alarmiert bei Durchqueren gewisser Türen in den Kliniken. Hoffnungslosigkeit in New Yorks South Bronx. Raubüberfälle, Drogenmißbrauch und Mord sind an der Tagesordnung. Hohe Arbeitslosigkeit —

die Zahl der Verbrechen in den USA ist 1991 um fast 2% auf über 35 Millionen Fälle gestiegen. Allerdings war die Zahl der Verbrechen 1981 (also nach vierjähriger demokratischer Regierung) noch höher. Die Vergewaltigungen stiegen von 1990 auf 1991 um fast 60 Prozent. Washington hat den Titel „Mordkapitale'" bekommen. 489 Tötungsdelikte 1991. Hauptopfer und Haupttäter sind Schwarze. 5,5 Millionen Kinder in den USA kriegen nicht genug zu essen. In den meisten Bundesstaaten liegt der Sozialhilfesatz bei nur der Hälfte des Existenzminimums von 868 Dollar monatlich bei einer dreiköpfigen Familie. Die Kluft zwischen reichen und armen Schwarzen wird größer. 49% Zunahme der armen Schwarzen und Verdoppelung derjenigen, die mehr als 50.000 Dollar im Jahr verdienen. Das trifft auch allgemein zu: Die Reichen wurden noch reicher in den USA — die Mittelklasse büßt an Kaufkraft ein. Eine zunehmende Spaltung der älter werdenden Gesellschaft. Nach zehn Jahren und Ausgaben von zwei Md. Dollar ist das Hilfsprogramm für die 50.000 Obdachlosen von New York gescheitert. Wer um ein Obdach nachsucht, erhält eine Pritsche in Unterkünften, in denen Rauschgift und Gewalt den Ton angeben. Mit dem Wohlstand schwindet die Toleranz. Rezession und Arbeitlosigkeit verschärfen das Klima. Die Minderheiten spüren das zuerst. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten verabschiedet sich von freiheitlichen Idealen. Heroin und Grundstücke: Asiens Banden in den USA. Ohne die Zustimmung der „Boryokudan" („Gewalttätigen") läuft nichts mehr am Grundstücksmarkt. Dort waschen sie schmutziges Geld aus Drogengeschäften, Prostitution und illegalem Glücksspiel. Mehr und mehr Mittelklasse-Bürger verschanzen sich in Festungen. Man „is forting up", flüchtet in Festungen aus Furcht vor Kriminalität, vor ungebetenen Besuchern und vor einer „schlechten" Nachbarschaft, die den Wert ihres Hauses schmälert (zumeist Schwarze). 300.000 kalifornische Familien haben schon Zuflucht in solchen Gemeinden gesucht. Die Zufahrtsstraßen werden von Wächtern bewacht.

Wir schalten hier ein: 52 Gemeinden rund um **Santiago de Chile** haben ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung der Verbrechen aufgestellt. Der Innenminister betont, daß die Polizei und der Staat nicht alleine mehr den Kampf gegen das Verbrechertum bestehen können. Die wenigen Jahre seit dem Ende der Ära Pinochet haben genügt, um Chile ein anderes Gesicht zu geben.

Der Präsident der **Antimafia**-Kommission des italienischen Parlaments hat vorgeschlagen, einen internationalen Bereich zu schaffen (**Italien, Spanien, Deutschland** und **Frankreich**) gegen das organisierte Verbrechen; das sich internationalisiert habe. Eine Erweiterung in das Gebiet der neuen demokratischen Staaten in Osteuropa ist seit deren Demokratisierung dann auch notwendig.

Die Bürger in **Kalifornien,** die ihre kleine heile Welt retten wollen, schützen so ihr Haus, das sie mit dem letzten Geld gebaut haben und suchen Sicherheit. Es ist ganz das gleiche Gefühl, das die europäischen Völker bestimmt, sich gegen ausländische Verbrecher abzuschotten. Es ist weltweit die Folge von einem Regieren, das zur Zerstörung des Friedens und der eigenen Kultur führt. In Kalifornien sind weitere 51 solcher „Festungen" im Bau, weitere sind geplant. Firmen legen ganze Geschäftsparks in den Vororten an, mit gesicherten Büroarbeitsplätzen vor allem für Frauen. Es ist vorauszusehen, daß dieses passive Ausweichen vor den „demokratischen" Gefahren dann zur aktiven Rebellion wird, wenn Obdach und Sicherheit nicht mehr als Fluchtweg bestehen. Ein Hobby arbeitloser amerikanischer Jugendlicher nimmt immer öfter einen tödlichen Ausgang. „Carjacking" ist in Washington Mode: Auf Supermarktplätzen, in Tiefgaragen oder an Ampeln werden Autofahrer am hellichten Tage mit einer Pistole bedroht und aufgefordert, ihren Wagen zu verlassen. 1991 wurde ein Fall pro Monat gemeldet, ein Jahr später liegt der Schnitt pro Tag. Wer den Wagen nicht übergibt, wird erschossen. (Wie geringfügig nimmt sich da das Auftreten der Skinheads in Deutschland aus!).

Im Wahlkampf versprach Clinton, das Heer für Homosexuelle zu öffnen. Es kam zu einer Revolte im Pentagon und im Parlament und die dem Präsidentschaftskandidaten eingegebene Idee muß zunächst aufgeschoben werden. Nichtwähler: die aufstrebende Partei in den USA seit langem. „Meine Stimme verändert ja nichts", erkennen immer mehr Amerikaner. „Die Politiker versprechen viel und halten wenig. Warum soll ich also zur Wahl gehen?" Der Wahlforscher Curtis Gans aus Washington: *„Das Fernsehen hat nicht nur dazu beigetragen, die Gesellschaft zu atomisieren, es hat die politischen Institutionen geschwächt, indem es die Menschen zu bloßen Betrachtern und Konsumenten statt zu Teilnehmern gemacht hat."* Andere meinen, die niedrige Wahlbeteiligung habe ihren Grund im Inhalt und der Qualität der Politik. (250). Mehr und mehr Schwarze halten angesichts der Benachteiligung ihrer Gruppe **Aids** für einen heimtückischen Genozid. Tatsächlich steigt die Zahl der Aids-Fälle in der schwarzen Bevölkerung immer mehr an. *„Afrika ist die eigentliche Wiege der westlichen Zivilisation. Neu ist die Kontroverse um Afrozentrismus versus Eurozentrismus im Verständnis um die Wurzeln der westlichen Zivilisation. Der Beitrag Afrikas zur Menschheitsgeschichte sei bislang nicht ausreichend gewürdigt worden. Die Wiege der Menschheit ist im Herzen Afrikas zu suchen."* Die schweren Unruhen in Los Angeles Anfang Mai 1992 haben tiefe rassistische Gräben sichtbar gemacht, die man meinte, zugeschüttet zu haben. 48 Tote und 2000 Verletzte, 550 Millionen Dollar Sachschaden. Die Asiaten verlassen die von Schwarzen bewohnten Siedlungsgebiete, man spricht von einer rassisch bestimmten Dreiteilung Kaliforniens. *„Die vom Kandidaten Bush stolz verbreitete Botschaft von den Vereinigten Staaten als einzig verbliebener Supermacht findet wenig Anklang. Der Kontrast zu den inneren Zuständen des Landes ist zu groß. Die Infrastruktur verrottet, die Slums in den Städten wachsen, das Erziehungswesen ist desolat. Die Angehörigen der Mittelklasse fühlen sich durch Steuern und Abgaben stranguliert, die Chancen für einen Aufstieg aus der Unterklasse werden immer schmaler. Die Vereinigten Staaten müssen wieder zu einem inneren Gleichgewicht finden. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß sie ihre Rolle in der Weltpolitik weiterhin wahrnehmen können."* (251).

Dazu gehört ein tüchtiger Nachrichtendienst, vor allem heute ein solcher auf dem Gebiet der Wirtschaft. Was man da von den USA erlebt hat, ist nicht gerade erhebend. *„Jahrelang wurden die Leistungen des kommunistischen Ostblocks in ebenso systematischer wie grotesker Weise überschätzt. Noch 1988 konnte beispielsweise das statistische Jahrbuch der USA behaupten, das Pro-Kopf-Einkommen der damaligen DDR liege über dem Westdeutschlands, und das war gestützt u.a. auch auf Angaben der CIA"* (252).

Auf Fehlbeurteilungen ruht dann auch die Überheblichkeit, mit der man meint, von Washington aus Deutschland Ratschläge erteilen zu können. *„Die Unverfrorenheit, mit der David Mulford, Staatssekretär im amerikanischen Schatzamt, die deutsche Haushaltspolitik für die internationale Konjunkturschwäche verantwortlich macht und gleichzeitig das eigene Haushaltsproblem mit einem Defizit von sechs Prozent des Sozialprodukts als gelöst bezeichnet, ist schon atemberaubend. Es ist ein überflüssiger Ratschlag."* (253).

Die latente, immer wieder ausbrechende Deutschfeindlichkeit in amerikanischen führenden Kreisen verhindert andererseits aber nicht, daß zum Beispiel der amerikanische Botschafter in Deutschland bei seinem ersten Aufenthalt in Berlin betont: *„Man ist aktiv am Wiederaufbau in den östlichen Bundesländern beteiligt und wird dabei sein, wenn die deutsche Regierung nach Berlin umzieht. Zwar bereiten sich die Soldaten auf ihren Abzug aus der Stadt vor, doch werden amerikanische Diplomaten, Geschäftsleute, Akademiker und Touristen ihre Zahl mehr als wettmachen.* **Die besonderen Beziehungen** *zwischen Amerika und Deutschland, besonders auch Berlin, werden somit noch vielfältiger und stärker sein als in der Vergangenheit."* (254).

„Der glorreiche Golfkrieg war der Sonnenuntergang der US-Außenpolitik und keinesfalls ein neuer Sonnenaufgang. Die USA haben weder den Willen noch die Kraft zur Hegemonie. Der Kreuzzug überstieg die Kräft Amerikas", meinte Henry Kissinger auf einer Veranstaltung in München über Sicherheitspolitik, am 2. Juli 1992.

„Wenn Sie lesen, was sich gegenwärtig auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion abspielt und daran denken, was dort noch alles auf uns zukommt, dann vergessen Sie bitte nicht, daß ungefähr das gleiche in absehbarer Zeit in/mit den USA geschehen wird. Nur kann ich heute schon dies sagen:"

„Der **Zusammenbruch der Vereinigten Staaten von Amerika** *. . . wird sich ungleich brutaler abspielen. Die Russen sind das ewige Schlangestehen gewöhnt. Für sie sind Not und Elend und das Darbringen von Opfern nichts neues. Sie wissen auch noch, daß man Kartoffeln auf einem Acker züchtet und daß sie nicht ein mit einer Maschine hergestelltes Produkt sind. Bei den Amis ist das Gegenteil wahr: Hier werden Leute verhungern, die auf dem Kartoffelacker sitzen, nur weil sie nicht wissen, daß man etwas graben muß. Jedenfalls ist es so, daß ein Mann, der schon liegt, nicht mehr hinfallen kann (Rußland), hingegen muß derjenige, der auf einer morschen Leiter steht (USA), mit einem gefährlichen Sturz rechnen. Im heutigen Fall ist es aber so, daß der mit der morschen Leiter sich gar nicht bewußt ist, wie prekär seine Lage schon ist. Während des gegenwärtigen, rapiden Zusammenbruchs der Sowjetunion gibt es noch viele Menschen und Länder außerhalb der Grenzen des Riesenreiches, die mit tatkräftiger Hilfe Beistand leisten. Wenn die USA den gleichen Stand erreicht haben, was möglicherweise noch vor dem Ende dieses Jahrhundert sein wird, dann wird es auf der ganzen Erde kaum noch ein Land geben, das den Amerikanern in ihrer (selbstverschuldeten) Not hilft bzw. helfen kann und will."* (255).

Zu den „positiven" Erscheinungen beim Machtwechsel Bush-Clinton scheint der neue Vizepräsident Al Gore zu gehören. Er ist zumindest der Hoffnungsträger der amerikanischen Digitalindustrie. Plant er doch *„ein heterogenes Netzwerk von ultraleitungsfähigen Supercomputern bis hin zu den Laptops. Das werde die Erscheinungsform der menschlichen Zivilisation noch schneller und gewiß tiefgreifender verändern, als dies einst durch die Erfindung der Druckerpresse geschah. Das Land soll mit einem Netz von Daten-Super-Highways überzogen werden. Nehmen wir an, daß ein begabter Ingenieur ein neues Produkt entwirft. Er kann das Basis-Design sofort über das Hi-Speed-Kabel an einen Hersteller vermitteln, der die Daten wiederum an seine computergesteuerten Maschinen weiterleitet — die Idee wird somit zur Realität, und das nahezu in Echtzeit. Ein solches Vorgehen wäre sowohl ökonomisch als auch intellektuell von phänomenalem Vorteil."* (256).

Optimismusspritzen wie diese Nachrichten über den Vizepräsidenten sind derzeit in der USA Seltenware. 1992 ist die Zahl der Firmenkonkurse in den USA deutlich gestiegen. In New York stiegen sie um 40%, an der Pazifikküste um 34,4%. Vorwiegend die Bereiche Groß- und Einzelhandel sowie nichtfinanzielle Dienstleistungen wurden betroffen.

Kanada

1990 fiel der Meech-Lake-Accord, der eine Verfassungsänderung unter größerer Berücksichtigung der Francokanadier vorsah, durch, weil ihm nicht genügend Provinzen zustimmten. am 26. Oktober 1992 wurde nun ein von den großen Parteien, Kirchen und Gewerkschaften ausgearbeiteter neuer Plan, das Abkommen von Charlottetown den Bürgern

zur Abstimmung vorgelegt. Sie lehnten den neuen Kompromiß mit 54,8% ab. Es war eine scharfe Absage an die Politiker. *„Damit hatte das Volk der gesamten politischen Klasse des Landes eine gewaltige Abfuhr erteilt."* (257). Die Gründe der Ablehnung waren unterschiedlich, doch in der Verurteilung der Politiker war man sich vom Atlantik bis zum pazifik einig. Premierminister Brian Mulroney mußte sich dem Willen der Mehrheit beugen und versprach, sich jetzt mehr den wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden. Da stand im Gespräch an erster Stelle die Unterschrift unter einen unpopulären **Freihandels**vertrag mit den USA (und Mexiko). Eine von ihm eingeführte Verkauffssteuer, eine steigende Arbeitslosigkeit.

Peru

Am 5. April 1992 löste der gewählte Präsident von Peru, Alberto Fujimori, den Kongreß und das Höchste Gericht auf. (258). Als Begründung führte er an:

1) in energischer Form gegen Terroristen und Drogenhändler vorzugehen,
2) die Justiz von Grund auf zu moralisieren,
3) die Unmoral und die Korruption ernsthaft zu bekämpfen.

Deutlicher noch als in diesen Worten wird die Lage in den Stunden danach, in welchen bekannt wird, wer sich gegen solche Absichten stellt.

Der Verlierer in den letzten Präsidentenwahlen, der im Establishment hochangesehene Freimaurer und Schriftsteller **Mario Vargas Llosas** — er machte sich am Samstag den 14. März 1992 ganzseitig und bebildert in der FAZ breit. Titel: „Das Ende der Diktaturen", läßt sich aus Berlin vernehmen, wo er sich aufhält: *„In Peru wurde die Demokratie von einer Bande von Aufrührern ermordet. Fujimori hat sich außerhalb der Gesetze gestellt. Er ist ein Subversiver mehr, nicht mehr und nicht weniger also als ein Terrorist des* **Sendero Luminoso.** *Ich glaube, dieser Staatsstreich ist ernst für mein Land und für die Länder Südamerikas, denn er schafft einen schwerwiegenden Präzedenzfall. Alle demokratischen Regierungen Lateinamerikas sind in Gefahr, denn, was in Peru geschah, kann Nachahmer finden. Wichtig ist eine kontinentale Erhebung aller Lateinamerikaner gegen diesen Putsch. Alle politischen Parteien Perus verurteilen den Golpe, so daß die Verwaisung des Präsidenten absolut ist. Die einzige Grundlage, die ihn hält, sind die militärischen Putschisten. Das heißt, er ist ein Mann, den man vergessen kann. Er ist ein einfacher Befehlsempfänger der Militärs."*

Verkrachte, gescheiterte Politiker wie Raul Alfonsin (Argentinien. Siehe Text und Bilder in XI), José Sarney (Brasilien), Belisario Betancour (Kolumbien) und Julio Maria Sanguinetti (Uruguay) melden sich ebenfalls zu Worte: *„Mit aller unserer Energie weisen wir den Staatsstreich in Peru von uns."* Das chilenische Abgeordnetenhaus weist seinerseits auf die „Verfassungswidrigkeit" des Vorganges in Peru hin und fordert alle lateinamerikanischen Parlamente auf, gemeinsam von Peru die Wiederherstellung der Verfassung zu fordern. Die Vereinigten Staaten, Japan, Spanien und Deutschland stellen ihre Wirtschaftshilfe ein. Die Internationale Föderation der Menschenrecht in Paris beklagt die antidemokratische Handlungsweise Fujimoris. Eine besonders eklige Rolle spielt der vormalige peruanische Präsident Alan Garcia (was korruptes Verhalten angeht, der „Craxi" von Peru). In einem Interview aus dem Untergrund schwingt er sich zum Kopf der „Demokraten" auf. Doch dann flieht er schnell über Venezuela nach Kolumbien, da man ihm den Prozeß wegen ungesetzlicher Bereicherung macht. Die peruanische Generalstaatsanwältin

Blanca Colán beantragt Auslieferung aus Kolumbien. Garcia, der von 1985 bis 1990 regierte, wird unter anderem vorgeworfen, in Verbindung zu der pleitegegangenen Skandalbank BCCI gestanden zu haben. Außerdem soll er von einem Vertrag für den Ankauf französischer Mirage-Kampfflugzeuge profitiert haben. Die jetzt gegen Garcia erhobene Anklage beruht auf Untersuchungen des peruanischen Senats, der im Oktober 1991 (also lange v o r dem Eingreifen Fujimoris) beschlossen hatte, die parlamentarische Immunität Garcias aufzuheben und ein Verfahren gegen ihn einzuleiten. Im Dezember 1991 hatte dann das Oberste Gericht den Ex-Präsidenten vom Vorwurf der Korruption freigesprochen, doch wurde dann der Fall Anfang 1992 wieder aufgerollt, nachdem ein von der Regierung ernannter Anwalt zu dem Schluß gelangt war, die Entscheidung des Obersten Gerichts sei nicht rechtmäßig zustande gekommen. (259). Diese Vorgänge sind symptomatisch in zweierlei Beziehung: Erstens zeigen sie den tiefen Sumpf, in welchem die peruanische Justiz steckt, und zweitens beweisen sie erneut vor aller Welt, daß die Freimaurerei mehr und mehr zu einer korrupten Gaunerbande degeneriert ist. Sie versteht unter „antidemokratischer Handlungsweise" die Belangung von Freimaurern wegen Korruption oder gar schwerer Verbrechen, wie im Falle Proksch/Daimler in Österreich belegt. Es ist das Konzert gegen Fujimori, von dem wir im vorigen Absatz berichteten, ein weltweiter Beweis von der Existenz einer Mafia, in deren Händen sich die ganze Welt befindet. Sie scheut sich nicht, mit falschen Vokabeln rechtmäßig Handelnde zu beschimpfen.

Am 28. November 1992 erläßt der Oberste Gerichtshof Haftbefehl gegen Garcia. Der kolumbianische Generalstaatsanwalt Gustavo De Greiff antwortet auf das formale Auslieferungsbegehren Perus, daß er auf Grund der Dokumente feststellen wird, ob es sich um gewöhnliche Vergehen oder um politische handelt. Nur im ersten Falle werde dem Begehren stattgegeben werden.

Am 10. Februar 1993 lehnt die Kolumbianische Regierung mit den Unterschriften von Freimaurer Präsident Cesar Gaviria und Freimaurer Justizminister Andres Gonzalez die Auslieferung des „Bruders" unter Berufung auf das kolumbianische Strafrecht ab. Einen Tag davor war der Sekretär Garcias und Leiter der Zeitung „El Peruano", Luis Nava in Lima verhaftet worden. Man wirft ihm vor, mindestens sechs Millionen Dollar veruntreut zu haben.

Bald schon nach dem 5. April machen sich aber auch positive Stimmen hörbar. In der Presse erscheint ein Foto von den korrupten eingesperrten Abgeordneten hinter Gittern, mit der Unterschrift: „Ein Bild, von dem viele in Peru geträumt haben". Es kommt zu aufklärenden Leitartikeln wie dem folgenden: *„Indem der Präsident Alberto Fujimori unter dem Jubel der Mehrheit der Bevölkerung den Kongreß auflöste, steckte er den Finger in einen Ameisenhaufen. Die Eliten, die sich seit Generationen die Posten im Kongreß zuschoben, zeigen jetzt in der gesamten westlichen Erdhälfte ihre Unzufriedenheit. Peru ist nur ein Glied in der Kette. Von Washington im Norden bis Buenos Aires im Süden wurden die Berufspolitiker in den letzten Wochen zur Rechenschaft gezogen wegen eines langen Katalogs von Anomalien. Die Anklagen lauten auf Korruption, Faulheit, Amtsmißbrauch, Unfähigkeit und Geldverschwendung."* (Ambito financiero).

Entsprechend sieht es in Lima selbst aus. Das Volk geht jubelnd auf die Straßen, durch die sein Präsident fährt: „Fujimori ist unser Präsident". Volksbefragungen ergeben 87%, die der Auflösung des Kongresses und der Intervention der Justiz zustimmen. „Schlimmer" noch: Die Präsidenten von Bolivien und Ekuador, und einige Tage später von Argentinien, lehnen Schritte gegen Lima ab. Eine vorgesehene Inspektionsreise übereiliger demokratischer argentinischer Abgeordneten nach Lima findet nicht statt. Die UNO lehnt Sanktionen gegen Peru ab. Nur **Venezuela,** wo Carlos Andres Perez sich nach dem kaum überwundenen Militärputsch vom 4. Februar 1992 nur noch mit Mühe im Sattel hält

(inzwischen wird ein weiterer, sehr blutig niedergeschlagener Putsch verzeichnet), bricht die Beziehungen zu Peru ab. Panama folgt ihm. In Lima fordert die Staße, die korrupten Politiker exemplarisch zu bestrafen. Von der Auslandspresse Befragte antworten: „Diese Parlamentarier, die nicht aufhören zu reden und 2.000 Dollar monatlich einstecken, aber nichts tun . . ." Der Bischof von Callao gibt dem Fujigolpe seinen Segen. Man erinnert an das Ergebnis der Regierung von Alan Garcia: 70% der Bevölkerung lebt in Armut. Eine halbe Million hat Tuberkulose. 70.000 Kinder sterben jährlich an Unterernährung. Während der fünfjährigen Präsidentschaft des engagierten Freimaurers Alan Garcia stieg die Inflation auf insgesamt 1.200.000 Prozent und die Produktion fiel um 25%. Seit dem Beginn des (lasch geführten) Kampfes gegen den Sendero Luminoso vor 12 Jahren kamen Zehntausende von Menschen bei Attentaten ums Leben.

Doch dieser Kampf wird jetzt von demokratischer Seite in ein neues Licht gerückt. *„Eine Diktatur führt immer zur Gewalt"* meint Reuter zur neuen Lage. *„Diese Diktatur (Fujimoris) rechtfertigt jetzt jede Gewalttat, auch jene, die vor dem Golpe erfolgten"*. So erwartet (und erhofft) man eine Verstärkung des Terrorismus, der deutlich internationale Rückendeckung bekommt. Fujimori listet 34 Gruppen in Frankreich, Spanien, Deutschland, Belgien, England, Schweden, Schweiz, Dänemark und den USA auf, die Propaganda für den Sendero Luminoso betreiben, und teilt die Ergebnisse seines Geheimdienstes den europäischen Regierungen mit. Man bekämpft so die linke Taktik, aus der Mörderbande des Sendero Luminoso eine Gruppe zur Verteidigung der Demokratie zu machen. Die OEA sendet eine Bruppe von Beobachtern, mit der Fujimori einen Fahrplan für seine weiteren Schritte zur Normalisierung des Landes aushandelt. Am 18. Mai erscheint er überraschend persönlich vor der OEA auf den Bahamas und bietet dieser an, alle Wahlgänge zu begleiten und zu kontrollieren. Die parlamentarische Opposition schaltet sich dann aber selbst aus, indem sie sich nicht an den Wahlen und deren Vorbereitung beteiligt. Die Wahlen für einen Verfassungsgebenden Kongreß werden auf den 22. November 1992 festgesetzt.

Dann setzt Fujimori 134 korrupte Richter ab. Sie müssen beweisen, daß sie ihren Besitz legal erworben haben.

Sendero Luminoso setzt seinen Terror fort. Ähnlich gelobt und unangetastet wie die Serben in Europa, fühlen sich die peruanischen Massenmörder keineswegs isoliert. Täglich sterben, ähnlich wie im ehemaligen Jugoslawien, hunderte von unschuldigen Zivilpersonen. Der bisherige Vizepräsident, San Roman läßt sich von Advokaten in deren Amtssitz zum Präsidenten wählen. Fujimori läßt ihn gewähren, die Nachbarn in Südamerika ignorieren diesen Logenzirkus.

Am 1. August 1992 ahndet das Kommitee der Menschenrechte der Vereinten Nationen Peru wegen der Konzentration aller Gewalten in den Händen der Exekutive, und sein Präsident, Fausto Pocar, betont: *„Man kann die Tatsache, daß man den Terrorismus bekämpft, nicht mit der Gewalt des Staates rechtfertigen"*. So etwas warf man ja auch schon General Pinochet vor, als er Chile vor der Machtübernahme durch die bereits im Lande befindlichen Kubaner verhinderte. Es ist ein Satz, den wir Deutsche uns merken sollten.

Am 14. September 1992 wird **Abimael Guzman,** der Gründer und die Seele des maoistischen Sendero Luminoso zusammen mit einer Reihe weiterer Führer der Terrorgruppe festgenommen. Ich befand mich gerade im benachbarten Bolivien und war Zeuge der Erleichterung, die auch dort die gesamte Bevölkerung, von arm bis reich, empfand. Es folgt die Übersetzung des Leitartikels der Sta. Cruzer Zeitung „El Deber" (Die Pflicht) vom 15. September 1992 in Auszügen: *„Niemand hat mehr durch dieses Individuum gelitten als das benachbarte Inkaland. Wegen dieser fast mythischen Gestalt, die Abimael Guzman ist, verlor Peru das Recht, in Frieden zu leben, kam wirtschaftlich auf den Hund und sah*

in das Antlitz des Elends, verlor seinen Kompaß und versank in das schwerste Chaos seiner Geschichte. In der frenetischen und unbarmherzigen, blutigen Karriere, die Abimael startete, stürzte in dem benachbarten Lande alles in einen steilen Abgrund. Man lebte unter einem tödlichen Schwert, das an einem Faden über jedem Peruaner schwebte. Frieden und Ordnung gingen in Fetzen wegen eines Feindes, der hinterlistig und mitleidlos zu jeder Tag- und Nachtstunde und ohne einen Unterschied zu machen zwischen Greisen, Frauen und Kindern, zwischen Beteiligten und Unbeteiligten, zwischen Schuldigen und Unschuldigen, seine Überfälle ausführte. Abimael Guzman und seine Mörder-Gehilfen ruderten gegen den Strom der Geschichte. In dem krankhaften Vergnügen, Blut fließen zu sehen, fügten sie Peru die schmerzlichsten Wunden zu. Zugleich war er eine dauernde Bedrohung für die übrigen Länder unseres Amerika, insbesondere für seine Nachbarn und da ganz besonders für Bolivien, wohin sich seine Gefolgsleute verkrümelten und es sicher auch heute wieder tun auf ihrer verzweifelten Flucht. So stößt der ganze Kontinent, genauso wie Peru selbst, einen tiefen Seufzer der Erleichterung aus.“

Der Verfasser jenes Artikels hatte wahrlich nicht übertrieben. Man spürte diese Erleichterung auf Schritt und Tritt. Und es war ganz selbstverständlich, daß man die Todesstrafe für dieses Monstrum forderte. Die Toten, die auf sein Konto kommen, beziffert man inzwischen auf 25.000 bis 37.000. Doch, wie groß war die Überraschung in allen Volksschichten, darüber, wie man jetzt auf einmal in der Auslandspresse von diesem Verbrecher sprach. „Enttäuschungen machten ihn zum Verbrecher“. „Der frühe Tod seiner Mutter“. „Guzman liebt die Gesellschaft und ist gleichzeitig entschlossen, sie zu vernichten“. „Guzman weiß, wenn er erschossen wird, dann wird er zum Helden seiner Anhänger“. „Wenn man ihn tötet, macht man einen Märtyrer aus ihm“. „Die Lösung ist nicht sein Tod, sondern, ihm Rat erteilen und ihn wieder in die Gesellschaft einzugliedern“. „Er war von der Gesellschaft ausgeschlossen worden, weil er ein uneheliches Kind war“. „Das machte ihn zum Verbrecher. Schuldig ist die Gesellschaft“. „Sein anderer Vater wurde Mao Tse Dong“. Der Philosophieprofessor hielt sich für das Vierte Schwert der Weltrevolution, nach Marx, Lenin und Mao“.

Man stellte Abimael vor ein Kriegsgericht. Dieses verurteilte ihn zu lebenslänglichem Kerker. Er wurde auf einer kleinen Insel im Pazifik untergebracht, in Einzelhaft.

Die Terroranschläge setzten sich fort und gipfelten in der Woche vor den Wahlen zu einem Holocaust. Doch das Ziel, die Wahlen zu verhindern, wurde nicht erreicht. In der Hochburg des Sendero Luminoso Ayacucho selbst herrschte Ruhe am Wahltag. Das Ergebnis — die absolute Mehrheit für Fujimori — führte auch zu einem Stimmungswandel in den USA. Die Wirtschaftshilfe wird wieder aufgenommen. Mitte Januar nimmt Peru erneut Verhandlungen mit dem Weltwährungsfonds auf. Peru erkennt seine internationalen Verpflichtungen an.

Nicht nur die Maoisten hatten ein Interesse daran, daß es nicht zu Wahlen kommt. Auch die Demokraten wußten, was ihnen da bevorstand. So kommt es am 13. November zu einem Putsch. Man kann sich kaum eine „groteskere Komödie“ (Ambito financiero) vorstellen: 25 pensionierte Offiziere treffen sich in einem Hotel. Gefolgsleute, die sich für die Demokratie opfern wollten, gab es nicht. Die Polizei nahm sie fest und sperrte sie ein. Im Februar 1993 läuft ihr Prozeß an. Er erfolgt unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Ehefrauen der Helden marschieren mit Schildern auf: „Öffentliche Verhandlung“ „Hilfe gegen die Fuji-Macht“. „Sie sind unschuldig“. „Ja, sie wurden gefoltert“. Die Angeklagten verneinen, sie hätten Fujimori ermorden wollen.

Am 30. Januar 1993 kommt es zu Wahlen für die lokalen Behörden. Erneut versucht Sendero Luminoso mit einer Terrorwelle die Wahlen zu verhindern. Mehrere Anwärter zu Bürgermeisterposten werden beseitigt. Doch erneut können die Wahlen überall durchge-

führt werden. Sie ergeben eine schwere Niederlage für die traditionellen Parteien. „Eine neue Generation von Politikern gibt Peru ein anderes Gesicht."

Von Guzman erfährt man, er sei guter Gesundheit, aber deprimiert. Die Linke berichtet, er hätte eine ganze Reihe von Krankheiten und läge in Agonie in seiner Zelle. Erfahrungsgemäß wird so etwas sofort in der ganzen Welt verbreitet (solange es sich nicht um den Friedensflieger Rudolf Hess handelt), und Mitleid erwartet für diese Bestie. Hat einmal ein Land wirklich das Glück, von fester Hand aus dem blutigen Sumpf der Demokratie gerettet zu werden, dann tauchen überall die anderen Glieder dieser Unterwühlung der Gesellschaft auf, um die Rettung zu annulieren. In Peru hatte man einen Fujimori, in den internationalen Organen und in Europa gab es niemanden, der das fürchterliche Massenverbrechen im ehemaligen Jugoslawien mit fester Hand hätte verhindern können. Und noch mehr gibt es zu überlegen:

Seit Februar 1993 führt der Terrorismus auch in **Kolumbien** als Kampfmittel nach dem Vorbild des Sendero Luminoso die **Auto-Bomben** ein. Entsprechende Verluste in der Bevölkerung sind die Folgen. Die ganze demokratische Welt schaut nur zu. Auch die wachsende Korruption im übrigen Südamerika wird wohl in den Zeitungen hier und dort erwähnt, aber keine aktiven Gegenmaßnahme ins Auge gefaßt. Das verhindert die demokratische Organisierung der Welt. Die **Zunahme der Kriminalität** sowohl in Europa, Deutschland eingeschlossen, und in den Vereinigten Staaten sowie in allen afrikanischen und asiatischen Ländern wird beklagt, doch deren Ursprung nicht angetastet. Es bleibt bei der mangelhaften Erziehung, bei der unzureichenden Justiz und der in ihrer Dienstausübung gebremsten Polizei. Und es bleibt bei dem Oberbau aus unfähigen, unehrlichen, „toleranten" Medieninhabern und Politikern. Diese Entwicklung dauert jetzt bereits Jahrzehnte an. Skeptiker tauchten immer wieder auf, die ein Zusammenbrechen der Gesellschaft als Folge solcher Zustände voraussagen. Doch nichts ist bisher zusammengebrochen in den meisten Ländern. Zugegeben, es gibt Weltregionen, wo täglich hunderte von Bürgern jeden Alters von einer Kugel oder einem Messer getroffen, zusammenbrechen, doch handelt es sich dabei noch um einen kleinen Prozentsatz der Weltoberfläche. Und man hat die Menschen so erzogen, daß sie sich nicht von fremdem Leid mehr getroffen fühlen. Der anerzogene Individualismus hilft, daß die Bürgerkriege sich noch sehr viel weiter ausdehnen können, ohne daß es zur Weltrevolte gegen die Herrscher und Zerstörer kommt. Es ist sogar wahrscheinlich, daß bis zu einem derartigen Augenblick dertart große Flächen „brennen", daß die unbetroffenen Gebiete nicht mehr die Kraft haben, den Brand zu löschen. Die Pessimisten sollten also die Daten für ihre Vorhersagen noch ein ganzes Stück weiter hinausschieben. Aber, sie sollten das dann sich manifestierende Ergebnis viel schlimmer darstellen, als sie es bisher tun. Es wird unwiderrufbar sein, wird die ganze restliche Menschheit absolut hilflos sehen, wird den Rest der Tierwelt und der Pflanzenwelt in dem gleichen wahnsinnigen Blutrausch beseitigen, den heute schon so geliebte und geehrte „Philosophieprofessoren" wie der Illuminat und Maoist, Herr Abimael Guzman es uns mit so viel Erfolg vorgemacht haben.

Unsere Zeitgenossen merken gar nicht, daß Maastricht und Zulassung von Asylbewerbern und Terrorjustiz gegen Deutsche und Geschichtsfälschungen für einen Zustand charakteristisch sind, der schon ein fortgeschritteneres Krankheitsbild darstellt. Und sie zweifeln daran, daß die Entwicklung bis hierher und von hier an gesteuert wird von ihren Feinden des Lebens auf dieser Erde.

Wir teilten in diesem Kapitel mit, daß „Die Welt" das forsche Vorgehen Fujimoris keineswegs gutheißt. Immer wieder warf sie dem peruanischen Führer Knüppel zwischen die Beine. Und man brach mehr als eine Lanze für den großen Demokraten Alan Garcia, der flüchten mußte, weil er in Gefahr war. Bisher hatte man noch nicht mehr gegen ihn erfah-

ren, als daß er korrupt gewesen sei. Doch es ließ sich nicht verhindern, die übrige Welt noch ein wenig mehr zu informieren. Das geschah, als es Fujimori Mitte März 1993 gelang, Peru wieder in die Welt der Finanzen einzugliedern. Da hieß es denn auf einmal: *„Um Peru neue Kredite geben zu können, mußten zunächst einmal die alten Schulden Perus beglichen werden, die Alan Garcia seit 1986 hatte anstehen lassen. Die Vereinigten Staaten und Japan waren bereit, Fujimori einen Kredit von kurzer Laufzeit zu gewähren, der zur Rückzahlung der alten Schulden diente und der mit dem neuen Kredit bezahlt wurde. So wurde Peru in einer internationalen Anstrengung aus dem wirtschaftlichen Sumpf gezogen, in den es die Politik Alan Garcias gestoßen hatte."* (Reuter aus Washington). So also sieht die Wirklichkeit aus, die man seit fast einem Jahr vor der Welt verbergen will.

Noch lehrreicher wird dieser Vorgang, wenn man sich die Zahlen genauer ansieht. 960 Mill. Dollar betrugen die alten Schulden. Der neue Kredit belief sich auf 1.400 Mill. Dollar. Was der Überbrückungskredit gekostet hat, wird nicht mitgeteilt. Weder Japan noch die USA haben da aus Nächstenliebe gehandelt. Sie haben nichts anderes getan als in schäbigster Weise die Notlage ausgenutzt, in die der Hochgrad Alan Garcia und dann sein Bundesgenosse Abimael Guzman Peru gestoßen hatten. Und Fujimori muß sich obendrein bereits die übelsten Beschimpfungen gefallen lassen. Man vergleicht ihn mit (einem falschgezeichneten) Pinochet, redet von Diktatur und Verfassungsbruch und muß jetzt sogar noch gute Miene zum bösen Spiel der Banken machen. Mit dem Weltwährungsfonds ist man auf Kosten einer Neuverschuldung ins Reine gekommen. Obwohl kaum etwas bei dem Handel übrig blieb, geht es jetzt an die Umschuldung der 22 Md. Dollar, die der Club von Paris im Namen der Privatbanken fordert. Auf Jahrzehnte hinaus ist das Volk von Peru also versklavt. Und wird sogar an einer wirkungsvollen Aufbauarbeit durch weiteren Terror gehindert, der ohne Unterstützung aus dem Ausland gar nicht denkbar wäre.

Das klarste Bild aber über die Zusammenarbeit mit dem Terror bietet die Auslandspresse. Fujimori muß der Welt am 25. März 1993 mitteilen, *„daß einige Nachrichtenorgane, Presse und Rundfunk, nationale wie ausländische sich bemühen, dem Ausland den Eindruck zu verschaffen, seine Regierung bekämpfe die Pressefreiheit. Das ist ein internationaler Feldzug, dessen politischer Hintergrund mir unbekannt ist, dem es aber hauptsächlich darum geht, die Wirklichkeit in Peru zu entstellen. Doch das Volk wird sich von Mal zu Mal klarer über Mechanismen der Manipulation, die man zu benutzen pflegt. Die Regierung ist nicht dafür verantwortlich, wenn ein General den Gerichten Journalisten anzeigt wegen Mitteilungen, die er als verleumderisch betrachtet, denn die Regierung kann es ihm nicht verbieten, einen solchen Prozeß einzuleiten. Ebensowenig wie sie es unterbinden kann, wenn ein anderer Bürger ein anderes Verfahren auf seine eigene Rechnung gegen eine Zeitschrift anstrengt. Doch baut man eine Intrige im Ausland auf, wenn man behauptet, daß der Diktator Fujimori die Direktoren einer Zeitschrift verfolgt."*

Nach dem, was wir an faustdicken Entstellungen über Pinochet und seine Regierung nicht zuletzt in deutschen Presseorganen erlebten, ist uns diese Hetze gegen Fujimori wirklich nichts Neues. Die altbekannte Allianz von Rotfront und Reaktion hat den Fall des Sowjetstaates ungeschwächt überstanden.

Chile

Die schwere moralische und politische Krise, in die der Hochgradfreimaurer Dr. Salvador Allende sein Land stürzte, ist weitgehend überwunden. Man hat Lehren aus den Vorgängen gezogen, die nicht nur in Chile selbst inzwischen konkrete Ergebnisse zeitigten.

Heute ist es der Mehrzahl der Politiker und vor allem der überwältigenden Mehrheit der Völker in Südamerika klar, welche Gefahr sich hinter Ausdrücken wie „Freiheit" und „Demokratie" verstecken. Die Tatsache, daß ein deutscher Außenminister sogar auf die Lügen und Entstellungen hereinfiel, ist in Chile nicht vergessen.

Wenn man den vorgesehenen Besuch von Weizsäckers „aus politischen Motiven" um einige Monate verschiebt, so zeigt das, daß die Menschen, — nicht nur diejenigen deutscher Abstammung — in Chile „aufgewacht" sind. Der böse Eklat, den der deutsche Bundeskanzler im Kongreß 1991 verursachte, ist genauso wach in der Erinnerung der Menschen wie der „Krieg" (!) Genschers gegen die angesehene Deutsche Schule in Los Angeles, weil Mitglieder des Schulvorstandes zum „Verband der Freunde von Dignidad" gehörten. Das von dem deutschen Botschafter Wiegand Pabsch und dem Leiter des Goethe-Instituts in Santiago, Grau, vorgestellte Machwerk, in welchem gröbste Geschichtsfälschung erfolgte (die Deutschen hätten sich ihren Grundbesitz zusammengeraubt!), zeigte noch Ende 1992, daß weiterhin größte Aufmerksamkeit geboten ist. Wir wissen nicht, zu welchen Redewendungen sich der deutsche Bundespräsident von Weizsäcker versteigen wird, wenn er — wie vorgesehen — an dem deutschen Einwandererdenkmal spricht, doch weiß man schon jetzt von zwei Meinungen: Die einen haben nicht die Absicht, dahin zu gehen, die anderen sind bereit, auf der Stelle ihrer Meinung mit allen Mitteln Nachdruck zu verleihen. Alle diese bedauernswerten Ereignisse, deren sich die Bundesrepublik schämen sollte, wurden eindeutig provoziert. Das Chiledeutschtum ist an sich nicht politisch aktiv. Es findet seine Bestätigung in der Arbeit und hat darum einen Landesteil vorzuzeigen, der alle Chilenen mit Stolz erfüllt.

Linksextreme politische Einzelgänger haben die deutschfeindliche Bonner Haltung in der Vergangenheit immer wieder ausgenutzt. Aber sie haben auch in anderer Hinsicht ihrem Vaterlande Chile Schaden zugefügt. Es ist das Verdienst **Patricio Aylwins,** hier zu einer Beruhigung und Festigung der Lage beigetragen zu haben. Stellen wir fest: Während die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor versucht, Unruhe zu stiften, hat Chile einen politischen Gesundungsprozeß durchgemacht. Dahin gehört, daß Aylwin im November 1992 in schärfster Form einer Gruppe von Juristen aus dem Ausland die Tür wies, als diese die Bestrafung von Militärs und Zivilpersonen forderten, die mehr als 2000 Menschen gequält und ermordet haben sollen: *„Ich weiche entschieden ab von den Meinungen, die diese Internationale Juristenkommission verbreitet. Das sind leichtfertige Ansichten, um das wenigste dazu zu sagen."*

Während weiterhin gerade auch in Deutschland die Stänkereien gegen den General Pinochet — der immerhin Südamerika vor einem bereits anlaufenden kubanischen Staatsstreich rettete — anhalten, stellt Aylwin im Mai 1992 fest, daß er gewisse Klauseln der Verfassung von 1980 ändern möchte, aber nicht daran denkt, Pinochet abzusetzen (der bis 1997 im Amt ist).

Am sichtbarsten wurden die staatsmännischen Fähigkeiten Aylwins auf dem Gebiet der Wirtschaft. Man hatte vielfach erwartet, daß er den linken Schreiern in seiner Regierungskoalition nachgeben würde, doch wurde im Gegenteil alles getan, den von Pinochet eingeleiteten Aufstieg Chiles zur ersten Wirtschaftsmacht Lateinamerikas sogar noch weiter voranzutreiben. Die entsprechenden statistischen Zahlen stellen „einen Triumpf der Wirtschaftsmacht der Regierung dar", betont Alfonso Mujica, Vizepräsident der Handelskammer. Das Rezept war: *„das Modell des Freien Marktes von Pinochet und Büchi aufrechtzuerhalten, jedoch einen Neuen Konsens zu finden zwischen Unternehmern und Arbeitern. Auf sozialer Ebene wurde noch nicht viel erreicht, doch wurden die Verhältnisse im Gesundheitswesen, der Erziehung und im Wohnungsbau gebessert."* Die Linke ist der Meinung, daß auf diesem Feld noch nicht genügend getan sei, doch Wirtschaftsmini-

ster Foxley behielt die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes (einzigartig in Lateinamerika) im Auge und konnte die Inflation für 1992 bei 10 Prozent halten.

Einige andere Zahlen sind (nach Angaben der chilenischen Zentralbank vom 23.3.1993): Die chilenische Wirtschaft wuchs 1992 um 10,4%. Pro Kopf stieg das Bruttosozialprodukt um 8,6% auf fast 3.000 Dollar. Dabei wurde die Expansion in der Wirtschaft angeführt von Inversionen mit einem Wachstum von 20,2% (Herstellung und Verbrauch von Maschinen und Geräten sowie Bauwesen) im Vergleich zum Vorjahr. Im Januar 1993 wuchs die Wirtschaft um 6%. Der Präsident der Zentralbank, Roberto Zahler bezeichnet diesen Wert als günstig, da er hilft, inflationäre Tendenzen zu bremsen.

In den nächsten 20 Jahren werden 50 Md. Dollar in Öffentliche Bauten investiert werden.

Nach der Steuerreform rechnet der Fiskus mit einem Überschuß von 7.172 Millionen Dollar in den Jahren 1994 - 1998, was 74% der Unkosten der Regierung 1993 gleichkommt.

Ende März 1993 wird das bereits von uns angekündigte Thema einer konzentrierten Tätigkeit auf dem Felde der Öffentlichen Sicherheit durch Schaffung einer Direccion de Seguridad Publica abgeschlossen. Diese Behörde arbeitet geheim und ist lediglich und direkt dem Präsidenten der Republik verantwortlich.

Es darf nicht übersehen werden, daß alles dieses nur möglich ist, weil die Bevölkerung Chiles zu den arbeitsfreudigsten und patriotischsten in ganz Südamerika zählt. Ein Vergleich der jährlich neu asphaltierten Straßen mit denen in den Nachbarländern, der hervorragende sanitäre Zustand auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Viehzucht sprechen Bände. Aylwin unternahm eine ausgedehnte Reise in die Chile am Pazifik gegenüberliegenden Länder des Fernen Ostens. Wöchentlich bringt „El Mercurio", „die beste Zeitung der Welt", aus geachteter Feder Gedanken zur heutigen Weltlage, die sich alle dadurch auszeichnen, daß sie nichts gemein haben mit den krankhaften Ismen, denen man in der übrigen Welt zum Schaden der dortigen Staaten fröhnt. Namen wie Honecker und Weizsäcker, die natürlich fallen müssen, erscheinen in einer Art vernünftiger Quarantäne. Die Chilenen, auch die Deutsch-Chilenen leben und arbeiten daran vorbei und wachen nur darüber, daß man sie in ihren Gefühlen und Wertungen nicht belästigt.

Colonia Dignidad

Es war, wie wir bereits nachdrücklich berichteten (XIII, 76 ff, und 109), der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der seinen Besuch in Chile im Oktober 1991 mit der konkret formulierten Warnung an den chilenischen Präsidenten Patricio Aylwin einleitete: *„Wir sind uns verbunden in der Ausübung des Rechtsstaates"*. Kohl war vor Beginn seiner Reise massiv von kompetenter Seite darauf hingewiesen worden, daß Aylwin durch die Auflösung der Rechtspersönlichkeit von „Dignidad" durch ein **Dekret,** mitden Methoden des nazistischen Maßnahmenstaates versuche, unter Umgehung der Rechtsstaatlichkeit (400 Prozesse hatte Dignidad gewonnen!) den von seinen Parteifreunden seit Jahrzehnten wegen der Ablehnung ihrer korrupten Forderungen (XIII, 79 unten) auf Beteiligung an den Gewinnen von Dignidad angestrebten DIEBSTAHL durchzuführen. Aylwin war sich bewußt, daß er der Kohlschen Forderung, die im Einklang stand mit den Grundlagen unserer heutigen Welt, bedingungslos zu gehorchen hatte. In seiner Antwort auf Kohls Forderung war das klar zu erkennen (XIII, S. 109 - 111).

Damit war die Angelegenheit „Dignidad" in rechtsstaatliche Bahnen geleitet worden und verschwand denn auch aus den Seiten der Sensationspresse. Wir taten unsererseits ein übriges und setzten den Rechtsvertreter von „Dignidad", Rechtsanwalt Dr. Fidel Reyes, über diese Zusammenhänge ins Bild. Uns war dabei klar, daß er, der nicht deutsch spricht und liest, mit der jüngeren Geschichte der Gefährdung des Rechtsstaates in Deutschland nicht vertraut ist, und daher ihm die Empfindlichkeit eines deutschen Bundeskanzlers in dieser Frage unbekannt sein mußte.

Daß man endgültig das Kriegsbeil begraben wollte, ergab sich auch aus dem folgenden Vorgang: Von interessierter Seite hatte man dem leichtgläubigen Dr. Reyes im April 1992 ins Ohr geblasen, daß eine Gruppe von deutschen Abgeordneten zu dem Zwecke nach Santiago käme, um mit Aylwin einen Austausch von Erich Honecker (der damals in Moskau festsaß) gegen führende Angehörige der Colonia Dignidad auszuhandeln. Reyes fiel prompt auf diese Sprüche herein und stellte schnell einen Schutzantrag vor dem Appelationsgericht in Santiago zugunsten der angeblich Gefährdeten (260). Die deutschen Abgeordneten kamen einen Tag später an, begleitet von deutschen Unternehmern, und wickelten ihren vorgesehenen Aufenthalt ab. Er bestand in einer Reihe von Tagungen mit chilenischen Industriellen. Angesprochen auf die Escapade des Dr. Reyes, erklärte der Sprecher der Gruppe, Ernst Walthemate: *„Wir können den Fall Honecker nicht lösen und können auch keine diesbezüglichen Vorschläge machen. Es handelt sich hier nicht um Sache des Parlaments noch der Regierung, sondern der Justiz."* Reyes hatte völlig unbegründet den Fall „Dignidad" wieder aufgewühlt. Doch selbst dieser dumme Lärm reichte nicht aus, Porzellan zu zerschlagen. Erneut trat wieder Ruhe ein. „Dignidad" arbeitete auf allen Gebieten (Schule, Krankenhaus, Landwirtschaft, Schottermine, Restaurant usw.) wie vorher.

Bis Dr. Reyes den Staatspräsidenten (völlig unnötigerweise) beleidigte und dafür ins Gefängnis wanderte. Doch auch dieser Vorgang weitete sich nicht zu einem größeren Flächenbrand aus. Der Mann wurde bald darauf wieder entlassen.

In dieses Bild paßt es, daß der „Freundeskreis von Dignidad" dann am 23. August 1992 in Osorno (so, wie auch in anderen chilenischen Städten) einen Vortragsabend im Deutschen Verein vor überfülltem Saal veranstaltete. Es wurden Filme von der Tätigkeit in Parral gezeigt. Politische Themen wurden nicht berührt. Auf einen Zwischenruf hin, der an die unsaubere Verleumdungskampagne von Genscher und Konsorten hinwies, wurde nur bestätigt, „daß politische Motive dahinter stehen". Damit bestätigte sich, daß das Bemühen um eine breitere Rückendeckung für die Colonia Dignidad in den wirtschaftlich führenden Kreisen Chiles erfolgreiche Ansätze zeigt.

Abschließend darf also gesagt werden, daß es gelungen ist, in wirklich letzter Minute größeres Unheil von jener deutschen Landwirtschaftskolonie abzuhalten. Es ist niemandem damit gedient, in Nachahmung von Entnazifizierung oder Stasischnüfflern Sachen wieder aufzuwärmen, deren Erwähnung heute niemandem nützen würde. Vergessen werden aber sollte keineswegs, was da von Bonn aus gegen Auslandsdeutsche möglich gewesen ist, und wer alles sich an diesem antideutschen schmutzigen Feldzug beteiligt hat. Wir haben in unseren letzten drei Büchern ausführlich und authentisch den gesamten Vorgang festgehalten.

Chile war in allen Teilen seiner Bevölkerung und Regierung der ewigen Einmischungen und Störungen aus Bonn weidlich müde. Wir berichteten bereits, wie Präsident Aylwin in schärfster Form ausländische Juristen abwies, die wieder von Verletzung der Menschenrechte u.ä. redeten. Da muß man es erleben, daß der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe im Februar 1993 bei seinem Auftreten in Santiago seine Meinung kundtut. Die volle Meldung (261) lautet: *„Der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe sagte ge-*

stern, er könne feststellen, daß seitens des Präsidenten der Republik und der chilenischen Regierung der klare politische Wille besteht, die Probleme zu überwinden, die sich aus der Lage der Colonia Dignidad ergeben und daß man mit Hilfe des Rechtsstaates auf dem gerichtlichen Wege zu einer Lösung kommen könne . . . Er stellte fest, daß man nicht das Thema des kommunistischen Ex-Politikers Erich Honecker — der sich derzeit in Chile aufhält — berührt habe, wohl aber das der Colonia Dignidad. Diesbezüglich sagte er, daß das ein Thema sei, das in Deutschland von großem Interesse ist und ‚wir hoffen, daß sich die Probleme der Colonia Dignidad lösen'. Er fügte hinzu: ‚Ich habe keinen Zweifel, daß man politisch alles tut, um dies zu erreichen und daß der Weg, um das zu erreichen, der gerichtliche ist'. Rühe zufolge bestehen in Deutschland wie in Chile genügend Beweise und Hinweise dahingehend, daß in der Colonia Dignidad während der vorherigen Verwaltung die Menschenrechte verletzt wurden und aus diesem Grunde ‚begrüße ich es, daß man eine gerichtliche Lösung versucht'."

Der Vollständigkeit haber fügen wir an, was einen Tag später die pronunziert internationalistisch links eingestellte Tageszeitung „Rio Negro" im benachbarten Argentinien meldet: *„Deutscher Minister fordert, daß chilenische Kolonie überprüft wird. Sie folterten für die Diktatur, wird versichert. Volker Rühe sagte gestern, daß eine geheimnisvolle deutsche Kolonie in Chile während der Militärregierung in jenem Lande die Menschenrechte verletzte. ‚Ich denke, daß genügend Beweise und Hinweise bestehen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch hier, daß die Colonia Dignidad Menschenrechte unter der Militärregierung verletzte. Ich stimme zu, daß man versucht, das gerichtlich zu lösen', sagte Rühe, der gestern seinen fünftägigen Aufenthalt in Chile beendete, in Unterhaltungen mit der Presse."*

„Rio Negro" setzt dann fort, was Reuter meldet: *„Seitdem der Präsident Patricio Aylwin 1990 nach 17 Jahren Militärregierung an die Macht kam, unternahm er Schritte, um die Kolonie ihres Charakters der Wohltätigkeit zu entkleiden. Doch im vergangenen Jahr entschied das Oberste Gericht, beherrscht von Richtern, die Pinochet ernannt hatte, daß die Kolonie, umgeben von hohen Stacheldrahtzäunen, ihren Charakter als Wohltätigkeitsvereinigung beibehalten kann."*

Ein Bonner Minister bringt es also fertig, längst bloßgestellte Lügen wieder aufzuwärmen. Von Stacheldrahtzäunen z.B. kann keine Rede sein. Bis heute hatte es Bonn niemals gewagt, gestützt auf Anklagen äußerst anrüchiger Personen eine konkrete Anklage zu erheben. Auch Herr Rühe geht dem aus dem Wege. Bezeichnend ist, daß in den Tagen darauf kein chilenisches Regierungsmitglied im Sinne Rühes reagierte. Dabei ist es wahrscheinlich, daß man sich in Santiago eine Ablehnung der deutschen Forderung heute ebensowenig leisten kann wie seinerzeit im Falle der Genscherschen Ansinnen (262).

Eines steht fest: Die Colonia Dignidad ist inzwischen ein nicht mehr übersehbarer, wertvoller Teil des Deutsch-Chilenentums geworden, und hat sich weit über die Grenzen Chiles hinaus auch im übrigen Deutschtum Südamerikas einen guten Namen gemacht. Es gehört längst zur Norm, daß man sich gegenseitig einlädt zwischen Chile, Brasilien, Argentinien und Paraguay. Als Beweis für diese Behauptung bringen wir einen Aufsatz aus dem „Condor", der deutsch-chilenischen Zeitschrift, der unter der Rubrik „Gemeinschaft" am 26. Dezember 1992 in Santiago erschien: **„Ein Tag in Dignidad".** *Am 28. November waren wir, eine Gruppe Ärzte, zum Teil mit Familie, in Dignidad zu Gast. Der Anlaß: Dankbarkeit für die dem Krankenhaus in „Villa Baviera" (Dignidad) geleistete Hilfe, ein Beispiel für die Gemeinschaftsarbeit, die dort von allen Angehörigen der ‚Sociedad Benefactora Dignidad' geleistet wurde. Die Klinik unter der Leitung von Dr. Hartmut Hopp und Frau, ist ein Musterbeispiel eines äußerst leistungsfähigen kleinen Krankenhauses, das fast ausschließlich von den landwirtschaftlichen Einnahmen der Sociedad erhalten wird.*

Ein Segen für die Bevölkerung der ganzen Gegend, und ein nachahmenswertes Beispiel für unsere Heimat Chile, ganz im Sinne derjenigen, die die deutsche Einwanderung im vorigen Jahrhundert unterstützten, wie Perez Rosales, die Gebrüder Philippi, Präsident Manuel Montt und anderen."

„Der 28. November war ein wunderschöner, klarer Frühlingstag, der Blick durch das Parquilauquetal auf die Hochkordillere einzigartig schön. eine Busfahrt durch die Felder und Anlagen zeigte den ausgesprochenen Sinn für Ordnung, Sauberkeit, praktische Ausnutzung aller natürlichen Gegebenheiten des Landes und nicht zuletzt den erlesenen Schönheitssinn der Bewohner."

„Nicht nur die Nächstenliebe im medizinischen Bereich, auch die Liebe zur Pflanzen- und Tierwelt ist in allem Geschaffenen erkennbar. Ein gemeinsames Mittagessen an langen, festlich geschmückten Tischen im gemütlichen Gemeinschaftsraum und die herzlichen Begrüßungsworte von Herrn Hermann Schmidt und Dr. Hopp frischten freundschaftliche Bindungen zwischen den anwesenden Mitgliedern der Gemeinschaft und den Kollegen aus Santiago, Concepción, Parral und anderen Orten auf. Nachmittags gab es Kaffee und köstliches Gebäck, und gegen Abend kulturelle Darbierungen von hoher Qualität."

„Ein Chor von jungen Männern und als Höhepunkt das Kammerorchester der jungen Mädchen mit wahrhaft konzertreifem Musizieren. Die kleine Solistin, die mit ihrer Oboe einen Satz von Haydn spielte, das Kammerorchester mit den beiden Ungarischen Tänzen von Brahms, alle spielten mit echter Freude und Hingabe und ernteten reichen Applaus."

„Auf die Frage, wer als Dirigent und Musiklehrer diese Leistung möglich machte, war die Antwort ‚Wir alle untereinander'."

„Wenn man einen zusammenfassenden Ausdruck für diese Erlebnisse formulieren könnte, wäre das so oft mißbrauchte Wort ‚Demokratie' zutreffend. Hier wurde durch schaffende Arbeit, Freude an der Natur und Kultur die Zauberformel Goethes im ‚Schatzgräber' erfüllt:

Trinke Mut des reinen Lebens!
Dann verstehst du die Belehrung,
kommst, mit ängstlicher Beschwörung,
Nicht zurück an diesen Ort.
Grabe hier nicht mehr vergebens.
Tages Arbeit, abends Gäste!
Saure Wochen, frohe Feste!
Sei dein künftig Zauberwort.

Eine Filmvorführung über die Entstehung und Entwicklung von Dignidad und im Besonderen des Hospitals, mit erklärenden Worten von Herrn Doktor Hopp, war ein interessanter Abschluß des Tages. Habt nochmals Dank für die schönen, unvergeßlichen Stunden in Villa Baviera!"

Einige Seiten zurück erwähnten wir, daß Rußlanddeutschen in Kasachstan medizinische Hilfe verweigert wurde, weil sie blond waren und daß man den rußlanddeutschen Kindern nachrief, sie seien Faschisten. Wir Auslandsdeutsche in Südamerika haben oft genug bereits ähnliches erlebt. Die soeben erwähnte Zeitung „Rio Negro" brachte gefälschte Fotos mit Hakenkreuzen in „Dignidad". Nicht mit einem einzigen Protestschritt hat die deutsche diplomatische Vertretung auf derartige Brunnenvergiftung geantwortet. Im Gegenteil: Es war eine gewisse Presse in Deutschland, die anti-deutschen Kräften im Ausland die Unterlagen für ihre Hetze gab. Die Aktivität des Herrn Rühe sticht deutlich ab von dem Verhalten des Abgeordneten Walthemate, der bei Fragen gewisser Journalisten in

Santiago klarstellte, daß er damit nichts zu tun hätte. Ein ganz bezeichnendes Licht auf die traurige Gestalt des Bonner Emissärs wirft auch die Tatsache, daß betont wurde, er wäre nicht mit Pinochet zusammengekommen. Zum Vergleich: Am 23. Februar erklärte der argentinische Staatspräsident, Dr. Carlos Menem: *„In wenigen Fällen hat die Regierung ihrem Nachfolger ein Land in besseren Bedingungen übergeben, als es Pinochet tat."* Und wenn man dann noch die Lage in Deutschland mit der in Chile vergleicht, dann ist man versucht, eine Vebindungslinie zwischen dem antipatriotischen, kleingehäkelten Verhalten eines deutschen Ministers und der staatsmännischen Weisheit chilenischer Regierungsführer zu ziehen. Was soll man darauf antworten, wenn mir ein chilenischer Geschäftsmann sagt: *„Die Deutschen haben sich nach unseren Erfahrungen in den letzten Jahren anscheinend ausgerechnet Chile als politische Müllkippe ausgesucht."*

Und jetzt als letztes eine „Sondermeldung": Das chilenische Verfassungsgericht hat das Aylwinsche Auflösungsdekret von Dignidad für ungesetzlich erklärt und annuliert (26.3.1993)! Damit hat Genschers (und Rühes) Hetze endgültig Schiffbruch erlitten und Santiago hat sich der Kohlschen Forderung nach rechtsstaatlichen Regierungsformen gebeugt. Als Nachwehen zu dem Vorgang kommt es noch zu Schritten von Richtern, die sich zur Democracia Cristiana bekennen, also gegen die richterliche Unabhängigkeit verstoßen und daher disziplinarisch belangt werden.

Großbritannien und Nord-Irland

Es fällt mir schwer, mir einen Deutschen vorzustellen, der über England in freundlichem Ton schreibt. Allzu schwer liegt auf unserem Gedächtnis, was diese Nation unserem Volk an fürchterlichen Verbrechen angetan hat. Nicht ohne Schadenfreude berichten wir daher, was England in unseren Tagen zustößt. Ursprungsland einer politischen und wirtschaftlichen Welt-Ordnung, in der ein Deutsches Reich keinen Platz hat, und das daher als hauptsächlichste Konstante seiner Außenpolitik den Kampf gegen Deutschland auf allen Ebenen ausbaute, war es sein Bemühen, nach Gründung der Freimaurerei 1717 in Ablösung der Piraterie (263) durch deren Zwischenschaltung die ganze Welt sich in diesem Kampf gegen uns zu alliieren. „Entente-Freimaurerei" ist der dafür gefundene Begriff. Doch diese Indienststellung des Freimaurerbundes in die britische Außenpolitik und die Förderung philosophischer Gedankengänge desselben in der ganzen Welt, konnte es nicht verhindern, daß man diese zerstörenden Richtlinien und Gedanken auch auf England selbst sodann — einmal Deutschland ausgeschaltet — anwandte. Das Britische Empire wurde nach 1945 sichtbarstes Opfer des II. Weltkrieges. Dieser von Churchill vehement bestrittenen Liquidierung des Weltreiches folgten in pausenlosem Einsatz der Logenmitglieder die innere Zersetzung und Degenerierung und es steht sogar die Abschaffung der Monarchie vor der Tür.

„In einem Amtszimmer im zweiten Stock des Kabinett-Amtes in Whitehall gibt es einen Computer mit einer Liste; darin sind alle jene Namen der tragenden Gesellschaft gespeichert, die man hier die ‚Großen und Guten' nennt. Aus ihr trifft die Regierung ihre Auswahl, wenn es um die Ämter geht, in denen sich die Traditionen des Königreiches fortpflanzen und mit ihnen die Herrschaftskultur der Geheimhaltung. Sie wird ehrfurchtsvoll ‚die Liste' genannt. Sie ist, versteht sich, geheim und wird von verschwiegenen Beamten nach der morgendlichen Konsultation der Nachrufe in der ‚Times' auf dem neuesten Stand gehalten. Im Januar 1990 sollen dort 5953 Personen aufgeführt gewesen sein, davon

4141 Männer. In einem Memoirenband aus dem Jahr 1977 ist der Prototyp dieser Elite einmal beschrieben worden als ‚männlich, dreiundfünfzig Jahre alt, wohnt im Südosten, hat den richtigen Akzent und ist Mitglied des Reformklubs'. Inzwischen soll das längst anders sein, was den Klub betrifft; denn der Reformklub nimmt heute auch Frauen und Ausländer auf."

„Eine andere Sage handelt von einem noch kleineren Kreis von vielleicht 50 Gentlemen, einem Klub, diesmal noch mehr im Ton des Raunens kurz genannt ‚der Klub'. Die Herrschaften treffen sich, wie niemand weiß, jeden Monat an einem Dienstagabend bei ‚Brooks', einem anderen Brennpunkt der Londoner Klubkultur und unterhalten sich zwanglos über die Geschicke des Landes. Zu seinen naturgegebenen Mitgliedern werden gerechnet: Der Kabinetts-Sekretär, also die graue Eminenz jeder Regierung, der Erzbischof von Canterbury, zumindest der bisherige, der noch aus dem alten Holz war, ferner der Gouverneur der Bank of England und drei andere prominente Bankiers, der Außenminister, der Lordkanzler, und dieser und jener aus dem höheren Richterstand. Aber auch dieses Arrangement ist natürlich so diskret wie jeder andere Freimaurer-Termin."

„Verschwiegenheit ist nicht zuletzt der Lebensstoff der regierenden höheren Beamtenschaft. Da gibt es eine offizielle Anleitung mit dem Titel ‚Talking about the Office', die nicht weniger geheim ist als das, was sie schützen will. Darin wird aufgezählt, was ein Beamter alles nicht weitersagen darf . . . aber auch seine Sekretärinnen werden nicht vergessen: ‚Angaben über den Dienstweg innerhalb des Amtes sind zu unterlassen. Angestellte reden nicht darüber, zu welcher Abteilung sie gehören'."

„Auch das Kabinett hat ‚Abteilungen' dieser Art, Kabinetts-Komitees, in denen meist unter Vorsitz eines Ministers die Regierungsentscheidungen vorbereitet werden. Dieses eigentlich naheliegende Detail der Arbeitsteilung in der Dowing Street ist der Tradition zufolge so geheim, daß jeder Beamte und Minister eigentlich gehalten war, schon die bloße Existenz von Kabinett-Komitees empört abzustreiten . . ."

„Diese Grundregel gilt jetzt nicht mehr. Es soll überhaupt alles anders werden, wenn auch nicht revolutionär, sondern eher im ortsüblichen Zeitmaß und in bekömmlichen kleinen Schritten. Was zum Beispiel diese Kabinetts-Komitees betrifft, hatte 1977 eine Labour-Regierung rasche Abhilfe angekündigt; unter Frau Thatchers Herrschaft war dann auch schon die Existenz von vier dieser Komitees bekanntgegeben worden; und nun ist der Minister Waldegrave, der von Premierminister Major mit der Verwirklichung seines großen Entwurfes einer ‚offenen Regierung' betraut ist, mit der mutigen Erklärung an die britische Öffentlichkeit getreten, daß es insgesamt 26 solcher Komitees gebe. Ihre Arbeit, Tagesordnungen und Sitzungstermine bleiben natürlich weiterhin geheim, und das ganze ‚Undsoweiter' aus dem Handbuch der Verschwiegenheit erst recht. Doch Waldegraves Erklärung ist immerhin schon die zweite sensationelle Enthüllung der neuen Regierung Major. Die erste hatte sich der Premierminister in seiner Regierungserklärung vom 6. Mai 1992 selbst vorbehalten: er hat zugegeben, daß Großbritannien einen **Geheimdienst** *hat."* (264). Doch die Papiere über die Landung von Rudolf Hess in Schottland 1941 und ihre politischen Hintergründe sind trotz der Schutzfrist von fünfzig Jahren immer noch nicht freigegeben. Die Unterlagen über die Ermordung von Rudolf Hess werden sogar noch etwas länger geheim bleiben. Die Erosion an dem britischen Verbrechersyndikat hat erst begonnen.

Hinzu kommt, daß die Vergangenheit beginnt, London einzuholen. Der britische Historiker John Charmley brachte eine Churchill-Biographie heraus in welcher er ausführt, daß Churchill 1940/41 die sich ihm darbietende Chance eines bilateralen Friedensschlusses mit Deutschland hätte ergreifen sollen. Er hätte einen Großteil des Empire gerettet und vor allem große Menschenverluste vermieden. Der Historiker Alan Clark nannte das Werk

„den wichtigsten revisionistischen Text der Nachkriegszeit".

In anderer Weise wurde England mit seiner verbrecherischen Vergangenheit konfrontiert, als die Königin einen Besuch von **Dresden** Anfang November 1992 vornahm. Gedacht als Versöhnungsgeste war der Augenblick wohl nicht der richtige, da unter der Leitung ihrer Mutter in London ein Denkmal des Schlächters Bomben-Harris eingeweiht wurde. Vor allem aber wurde die krasse Unehrlichkeit dieser „Friedensgeste" durch zwei ganz grobe, gleichzeitige Geschichtsklidderungen offenkundig: Es wurde von 30.000 Opfern der Bombenangriffe gesprochen, während es sicher mehr als 250.000 gewesen waren, ganz abgesehen von den kriminellen Befehlen, auf aus der Stadt flüchtende Überlebende am kommenden Morgen erneut zu schießen. Und daß man diesen Angriff auf die überfüllte unverteidigte Flüchtlings- und Lazarettstadt mit dem deutschen Angriff auf die britische Rüstungsschmiede Coventry verglich, dessen Bürgermeister ebenfalls erschienen war (mit 500 Toten!). Den eigentlichen Hintergrund für diesen unanständigen „Friedensfühler" erfährt man aus der britischen Presse (265): Deutschland ist der größte britische Exportmarkt mit 14,3 Billionen Pfund und mehr als 1000 britische Firmen haben Niederlassungen in Deutschland. Es konnte nicht ausbleiben, daß man die Dame mit faulen Eiern und Pfui-Rufen vor der Dresdner Kreuzkirche begrüßte. „Versöhnung mit Harris-Denkmal"! hieß es auf einem ihr und ihrem Außenminister Hurd vorgehaltenen Transparent.

In leichter Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, sandte Major Herrn Bush als Hilfe für seinen Wahlkampf gegen Clinton die beiden Konservativen Sir John Lacy und Mark Fullbrok nach Washington. Clinton seinerseits versprach, einen Vermittler für Nordirland zu finden und Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit in Irland zu treffen. Man sah das als Einmischung in interne Angelegenheiten an, und Beobachter meinen, daß die angelsächsischen Beziehungen über den Atlantik kühler werden.

Major/Hurd stehen vor dem Dilemma, wie sich zwischen EG und USA zu verhalten. Trotz aller (von uns bereits ausgeführten) Differenzen im Bereich von Maastricht scheint *„der europäische Kontext nun der hauptsächliche Handlungsraum für die britische Außen- und Verteidigungspolitik zu sein"* (266). Das aber bedeutet ein dauerndes Mitreden Londons im Sinne der bisherigen britischen Europapolitik, balance of power. Wir erleben es bereits im Falle Bosniens.

Springen wir jetzt über auf britische Innenpolitik, so zunächst einmal die Meldung, daß der Kanaltunnel vorerst nur beschränkt betrieben werden wird.

Am Rande, aber doch nicht ohne Interesse: Das englische Dorf Cleeve Prior bei Stratford-upon-Avon sagt sich vom Königreich los, weil trotz wiederholter Ersuchen ein Zigeunerlager am Ortsrand nicht beseitigt wurde. „Wir werden überschwemmt von Zigeunern."

Wachsendes Rowdytum in England. Armut und Arbeitslosigkeit junger Briten als wichtigste Faktoren.

Zwischen 1950 und 1991 sind die Verbrechen von jährlich 500.000 auf fünf Millionen gestiegen. 1981 waren es 2,5 Millionen.

Die Regierung will 31 Kohlenzechen schließen, muß aber unter dem massiven Protest der Bergarbeiter die Zahl auf 10 mindern (Oktober 1992).

Im Februar 1993 lanziert die britische Regierung einen Sparplan, wonach die sozialen Ausgaben für Gesundheit, Erziehung und Sicherheit sehr drastisch gesenkt werden sollen. Labour klagt an, das sei der bisher schwerste Schlag gegen den berühmten „Britisch Welfare State".

Hinter diesen Auflösungserscheinungen steht eine bedrängte Freimaurerei. Die Meldung, die „Reuter" am 16. Oktober 1992 um die Welt den abonnierten Presseorganen sandte, lautet: *„Hohe Finanzleute der geheimsten der britischen Gesellschaften, der Freimaurerei, sehen sich immer heftigeren Angriffen gegenüber, ihre Geschäftsgebahren der*

Öffentlichkeit vorzulegen."

„Das hängt mit dem wachsenden Argwohn zusammen, wonach nichts den allmächtigen Arm des Ordens in den höchsten Sphären des Unternehmertums und der Finanzen mehr bremsen kann."

„Als Stuart Hampson, gewählter Präsident der größten Firma für Kleinhandelsverkäufe in Großbritannien ‚John Lewis', vor drei Monaten zugab, Freimaurer zu sein, forderten einige seiner Mitarbeiter in aufgebrachtem Zorn, daß er entweder aus der Freimaurerei austrete oder auf seinen Posten in der Firma verzichte."

„Dieser Streit, der noch immer Wellen schlägt, stellt das erste Ereignis des jüngsten Erscheinens dieses Themas unter der Lampe dar."

„Im Juli 1992 zeigten Mitglieder der Versicherungsfirma Lloyds, die an Verlusten in der Höhe von 2.000 Millionen Pfund (3.500 Md. Dollar) herumkauen, und das bei einer Organisation, die viele bereits ansahen, als hätte sie sich in einen Klub der Eingeweihten verwandelt, ihren Ärger, als sie erfuhren, daß es drei ‚Freimaurerlogen' gäbe, die am Versicherungsmarkt tätig sind."

„Das Parlament wird im nächsten Monat einen Gesetzesvorschlag zu behandeln haben, der von einem Gesetzgeber ‚privat' und nicht über eine politische Partei vorgelegt wurde, wonach gefordert wird, daß öffentliche Beamte bekanntgeben müssen, ob sie der Freimaurerei angehören. Im Falle, da dieser Vorschlag Gesetz wird, würde sich diese Forderung auf die Manager der hauptsächlichsten ehemaligen staatlichen Unternehmen beziehen, die heute privatisiert wurden, wie Wasser und Elektrizität."

Es erweckt unsere Aufmerksamkeit, daß man ähnliche Korruption in Logenkreisen ziemlich weltweit heute feststellt. Vorerst ist es noch nirgends unseres Wissens zu konkreten Schutzmaßnahmen gegen diese Unterwanderung der Wirtschaft gekommen. Andererseits ist aber auch keine Maßnahme der Freimaurerei gegen diejenigen ihrer Mitglieder bekannt oder auch nur merkbar geworden, die ihre Logenzugehörigkeit finanziell mißbrauchen. Es sind ja keineswegs nur Einzelfälle.

Dieses Großbritannien, das sich in Europa darum bemühte, alle Ethik zu vernichten, das die Wiege unserer heutigen tragenden Kulturen in zwei Kriegen in einen Schutthaufen verwandelte, das in unübertroffener Heuchelei seine Staatsmänner als „Gentlemen" vorstellte, das über die Pfeiler unserer Gesellschaft lachte, hatte übersehen, daß eine solche Weltanschauung nicht halt machen konnte vor dem eigenen Heim. Aber nicht nur die Jugend griff die Phrasen von Freiheit und unbegrenztem Eigennutz auf. Die Krankheit fraß sich auch in die Kreise ein, die einem jeden Engländer bis dahin als das Allerheiligste galten, in die **Monarchie.** Eine Übersicht über die sittlichen Fehltritte der Familie von Windsor verbietet es, hier von Ausnahmen und Einzelfällen zu sprechen.

Die Königin Elisabetz II. hat vier Kinder. Das älteste ist Prinz Charles, 1948 geboren. Vor zwölf Jahren heiratete er die Tochter des Earl of Spencer, Lady Di, (Diana). Charles aber suchte seine vorherige Freundin, Camila Parker-Bowles auf. Lady Di wuchs in ihre Aufgaben hinein, doch war sie wehrlos gegen die Boulevard-Presse. Hatte man sie vorher verniedlicht, so wurde sie jetzt „Die Heilige" getauft. Doch Charles ließ nicht von seinem Lebenswandel ab, so daß es im Dezember 1992 zur Trennung kam. Nur bei staatlichen Anlässen sollen sie noch gemeinsam auftreten, denn sie sind nicht „geschieden". Charles warf sich wieder in die Arme seiner Freundin Camila (die allerdings inzwischen geheiratet hat). Ähnlich unwahrscheinlich wie so viele heutige „kluge Lösungen" der Regierenden sind, ist es auch, daß sich dieser Zustand lange wird halten können. Dann wäre es denkbar, daß die Queen bis zur Volljährigkeit des älteren Sohnes von Charles, William Arthur Philip Louis (geboren 21. Juni 1982) noch auf dem Throne bleibt.

Dann ist da die Prinzessin Anne. Sie ließ sich scheiden von dem Kapitän Mark Philips

„nachdem dieser den Rekord im Besuch von höhergestellten Prostituierten schlug. Jetzt hat sie erneut geheiratet. Die Hochzeit fand im fernen Crathie in Schottland statt. Der Mann, Timothy Lawrence, ist ein bekannter Lebemann. Ein Urahn des Bräutigams, Zaccaria, soll ein Händler aus Venedig gewesen sein, der seinen Namen Levy zu Lawrence geändert habe." (267).

Und als nächstes folgt Prinz Andrew, 1986 Hochzeit mit Sarah Ferguson. Als er ihrer müde geworden war, nahm er seinen vorherigen Lebenswandel wieder auf und es kam zur Scheidung. Als diese noch lief, erschien Fergie „oben ohne" an der Costa Azul.

Und dann ist da noch Prinz Edward, der ein zurückgezogenes Leben führt.

In Madrid hat sich jetzt der spanische Historiker Ricardo de la Cierva daran gemacht, ein wenig dem Grunde nachzugehen, warum „man" derart wild auf der königlichen Familie herumhackt, und die Idee ins Spiel bringt, man solle überhaupt Schluß machen mit der Monarchie auch in England.

Wenn man erfährt, daß die Mutter dieser Brut einen Ralf Dahrendorf zum Rektor des St. Antony's College in Oxford ernennt, von dem man einen volkszersetzenden Satz wie den folgenden erfährt (268): „daß dritte Generationen deutscher Russen als Deutsche gelten, aber in Deutschland geborene Türken nicht — das ist schon seltsam", dann nimmt es nicht wunder, wenn die Sprößlinge den Zerfall der menschlichen Umwelt in die Praxis umsetzen.

Für einen Spanier nach den eigenen Erfahrungen liegt es da nicht fern, auf die Freimaurerei zu weisen. In seinem Buch „Misterios de la Historia II" beschäftigt de la Cierva sich ausführlich mit der Großloge von England. König Georg VI (verstorben 1952) bat auf seinem Totenbett den Herzog von Edinburgh, Gatten der Königin Elisabeth II., Freimaurer zu werden. Dieser tat auch einen solchen Schritt, kam aber niemals weiter als bis zum Lehrling. Großmeister der Großloge von England ist, traditionsgemäß, der Herzog von Kent. Prinz Charles, der Thronfolger, weigerte sich, der Loge beizutreten, falls er den Thron besteigen sollte. Um diese Tatsache rankt sich nach Auffassung des spanischen Historikers das Schicksal der britischen Monarchie. Hinzufügen können wir noch — ohne bisher das ganze Werk von de la Cierva in die Hände bekommen zu haben — daß sich Prinzessin Di (Diana) weigert, ihren zehn Jahre alten Buben (geboren Mitte Juni 1982), wie in der Königsfamilie üblich, beschneiden zu lassen. Der Vater Charles und die Queen sollen dafür sein.

Am 20. November 1992 brach Feuer in Schloß Windsor aus. Ursache war Nachlässigkeit von Arbeitern. Die Königin war davon sehr betroffen, denn *„ich verbrachte meine Kindheit in Windsor. Windsor ist meine eigentliche Wohnung"*. Die Schäden an Kunstwerken waren erheblich. Als sich herausstellte, daß keine Feuerversicherung existierte, erhoben sich Stimmen, die es für ungerechtfertigt ansahen, daß der Steuerzahler für den Schaden aufkomme.

England war die Bastion der gesitteten Gesellschaft, war das Symbol und das Vorbild für eine ausgewogene Regierung. Seit 1945 hat dort an der Themse das gleiche Wüten gegen alle Anstandsnormen sich ausgetobt, das wir in Deutschland tausendfach erlebten. Die gleiche Beseitigung aller Pfeiler einer kulturbewußten Gemeinsamkeit erleben wir in der ganzen übrigen Welt. Wenn wir hier jetzt einen Aufsatz bringen, der diese Erscheinung an den jüngsten deutschen Vorgängen mißt, dann wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß die Monarchie in England das Opfer der gleichen bösen Entwicklung ist, der drei Türkinnen in Mölln zum Opfer fielen. Es ist ein keineswegs landgebundenes Phänomen, es ist die (wir meinen: gewollte!) Folge der permanenten Freiheitswut in den Logen.

Kein geringerer als Joachim Fest, schreibt unter dem Titel **„Das letzte Tabu"** in der FAZ (30. Januar 1993: ein Zufall, das Datum?):

„. . . Im Verhältnis zu jener Vergangenheit (Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren) gibt es einen Bruch, der tiefer reicht, als alles bisher. Was wir erleben, ist nichts anderes als die Leugnung der Lektion, die die Hitler-Katastrophe vermacht hatte. Es ist, als sei die moderierende Kraft der Erinnerung ausgelöscht. Denn die jugendlichen Gewalttäter haben nicht nur das so vielfältig überlieferte Grauen jener Jahre vom pathoslosen Massensterben in den Lagern wie in den Schlachten aus dem Bewußtsein verloren. Was den eigentlichen Bruch ausmacht, ist vielmehr, daß der gegenwärtige Protest sich in Abzeichen und Parolen ganz unverhohlen zur Anstößigkeit jener Zeit bekennt."

„Diese Auftritte sind sichtlich der Versuch, die Gesellschaft an ihrem empfindlichsten Punkt zu treffen. Denn das moralische Verdikt über die Hitler-Jahre war so etwas wie das letzte intakte Tabu der Republik. Die Bezichtigung einer wie indirekt auch immer herstellbaren Verbindung zu Hitler oder seiner Gedankenwelt stigmatisierte den Betroffenen und schloß ihn gleichsam aus der Gesellschaft aus. Es macht gerade den radikalen Einschnitt der jüngsten Vorkommnisse aus, daß dieser Konsens erstmals verweigert wird. Die Jugendlichen mit Reichskriegsflagge und Hakenkreuz geben mit ostentativem Hohn zu erkennen, daß jene Brandmarkung für sie den Schrecken verloren hat."

Wir fügen hier ein: Der Konsens wurde verweigert, weil diejenigen, die ihn fordern, sich als unfähige, unehrliche, brutale, verbrecherische Despoten mit Weltherrschaftsgelüsten herausstellten, weil die heute Befehlenden in den letzten Jahren von Tag zu Tag mehr und mehr das Recht verloren, über Deutschland und irgendeinen Abschnitt seiner Geschichte zu urteilen und zu rechten. Dabei lassen sich die mannigfaltigen Tatsachen, die zu diesem Ergebnis führten, weder verheimlichen noch fälschen. Sie trugen sich allzu unmittelbar unter unseren Augen zu. Hinzu kam, daß sich das Bild von der Vergangenheit, das man uns (unter Fests Mitwirkung) gezeichnet hatte, mit dem Offenlegen von Dokumenten, den Aussagen von Zeitzeugen, und dem Vorlegen naturwissenschaftlicher Beweise als böswillige Fälschung herausstellte. Fest selbst holt sich das „Recht", schreiben zu dürfen, in dem ersten Absatz seines Aufsatzes mit der „Erinnerung an das Rowdytum der braunen Schlägerkolonnen". Aber heute weiß man (wieder), daß solche Sätze nicht das Wesentliche von damals treffen. Ich gehe von mir selbst aus: In einem kürzlichen Gerichtsverfahren wird behauptet, daß die SA am sogenannten **Blutsonntag in Altona** den Überfall durch die Rotfrontkämpfer provoziert habe durch das Einschlagen von Schaufenstern und Plünderungen. Ich befand mich als Hitlerjunge etwa in der zehnten Reihe des Aufmarsches. Nirgends war ein SA-Mann aus dem Glied getreten. Beiderseits der Marschkolonne gingen bewaffnete Polizisten. Es darf das Wesentlichste nicht vergessen werden: Wir waren Opposition! Die von Sozialdemokraten geführte Polizei wäre einer strafbaren Handlung sofort schärfstens entgegengetreten. Es handelte sich dann bei dem Feuerüberfall in der Großen Johannisstraße aus Dachluken um den Versuch, den Roten die Straße zu erobern. Die Polizei beantwortete sofort das Feuer. Vor uns auf der Straße lagen die ersten toten SA-Männer. Die SA war, wie üblich auf allen Umzügen, völlig ohne Waffen und wurde darauf immer wieder von Polizei untersucht. Es sollte heute, nach dem Fall der Mauer und den daraufhin aus der DDR zusätzlich gewonnenen Erkenntnissen klar sein, wer damals Deutschland vor dem Untergang bewahrte und unter welchen Zeichen es „Schlägerkolonnen" gab. Der Mielke-Prozeß läuft ja gerade. Sicher, ein Tabu wurde gebrochen, aber nicht aus „fehlender Erinnerung", sondern aus „wiedergewonnener Erinnerung". Mir ist unerfindlich, warum es der „Demokratie" von Schaden sein soll, festzustellen, daß Europa dank der Entwicklung in Deutschland, die zum 30. Januar 1933 führte, dem Schicksal der Bolschewisierung entging. Ich meine, gerade die Tatsache, daß man das nicht wahrhaben will, hat den Zulauf zu der wahrheitssuchenden Jugend heute verstärkt und hat einem Vorgang zu Gegenwärtigkeit verholfen, der ansonsten längst vergessen worden wäre.

Fest fährt fort: *„Jetzt fragt alle Welt, wie das möglich wurde. Dabei beginnt auch die Ahnung zu dämmern, daß eine Gesellschaft der selbstauferlegten Verbote und Restriktionen bedarf. Jahrelang waren die Anwälte solcher Einschränkungen die Spottfiguren eines Zeitgeistes, der jeden Verstoß gegen Konventionen, Regeln oder auch nur Stil und Geschmack als Gewinn neuer Freiheiten bejubelte. Die Kulturetats hätschelten jede vom Kunstvorbehalt notdürftig verhüllte Barbarei, sofern sie nur vorgab, das zu demolieren, was als Form, Takt, Anstand und damit als verkrustete Struktur, auch als unbefragte Autorität im allgemeinen Verruf stand: in der Literatur, im Film und mit Vorliebe im Traumbezirk enthemmter Stadtväter, auf dem Theater."*

„Wie konnte man glauben, daß dieser **Zerstörungsprozeß** *irgendwo haltmachen werde? Es gab und gibt seit langem kein Tabu, das demjenigen, der es bricht, nicht rasche Prominenz, Umsatz, Ermunterung, Etats oder auch Einschaltquoten verbürgte. Jeder kennt die Beispiele. Jetzt, angesichts der Gewaltausbrüche, zeigen sich die gleichen Leute fassungslos, die sich nicht genug tun konnten, die Verletzung aller Gesittungsnormen als Ausdruck progressiver Gesinnung zu feiern. Wenn Hitler tatsächlich das letzte Tabu dieser Gesellschaft war, konnte es nur eine Frage der Zeit sein, bis auch dies fiel."*

Das sieht in unseren Augen anders aus. Ein jedes Tabu fiel mit dem Wohlwollen und der Unterstützung der Freimaurerei. Die entsprechenden Belobigungen, Preise und Bücher bei offener Nennung der Freimaurerei sind bekannt (und kamen auch in unseren Büchern mehrfach zur Sprache). Das Tabu „böser Nationalsozialismus" wäre aber niemals in dieser Weise gefallen. Une es ist auch nicht mit Belobigungen, Preisen und Medienhilfe zerstört worden wie alle die anderen Tabus, an die Fest denkt: Form, Stil, Anstand usw. Es hat sich selbst ad absurdum geführt, hat seinen Schrecken verloren, weil größere Schrecken von ihm verdeckt werden sollten: Asylpolitik, Bosnien, Maastricht, neues Eherecht, Abtreibungen.

Fest schließt mit den Worten: *„Strenggenommen verhalten sich nämlich die jugendlichen Gewalttäter durchaus folgerichtig. Denn Hitler war der radikalste Tabuzerstörer. Zu seinen elementaren Affekten zählte der Haß gegen die Domestizierung der Instinkte durch den kulturellen Prozeß."* Woher nimmt Fest diese Behauptung? Uns Zeitgenossen ist nur zu erinnerlich, daß es gerade die immer wieder betonte Gründung seiner Vorhaben auf Heimat und Familie und Kultur und Frieden war, die ihm half, seine Vorhaben zu unterstützen. Die Behauptungen, die Fest hier ausspricht, erfassen nicht den Sinn von Deutschlands Not, weder vor, während, noch nach Hitler. Sie erinnern an die frei erfundenen Aussagen eines Rauschnig. Derartige blödsinnige Vorwürfe erschweren nur die sich anbahnende Klärung der deutschen Geschichte. Die beabsichtigte Freisprechung der Epigonen aber von dem Urteil, das heute das nicht zu Volksabstimmungen zugelassene Volk fällt, läßt sich durch derartige Verdrehungen nicht übertünchen. Wer zu denen gehört, die die Verantwortung tragen über ein Volk, das in Kriminalität und Drogen, in Terror und Gewalt, in Unzucht und Korruption versinkt, die ihre Unterschrift über die Weggabe von einem Viertel des Staatsgebietes liehen, die mithelfen, der ganzen Welt (!) Bürgerkriege und Hungersnöte einzurichten, die untätig der Vernichtung der Natur zusehen, überschreiten das Maß der Verträglichkeit mit zivilisierten Maßstäben, wenn sie das schäbige Mittel der Verleumdung früherer Generationen anwenden wollen, um sich selbst in besseres Licht zu rücken. *„Du steigst durch seinen Fall, Oktavio. Das will mir nicht gefallen."*

Doch nicht nur die Politiker versagen, *„Im Sommer 1991 führte die Frankfurter Allgemeine Zeitung eine Umfrage durch, wonach 61 Prozent der Deutschen ihr Glück in der* **Selbstverwirklichung** *sehen und nur 22 Prozent glauben, ihr Glück in der* **Pflichterfüllug** *zu finden.* **Einsamkeit** *ist zweifellos eines der großen sozialen Probleme; daß es bei uns voraussichtlich das größte in Zukunft sein wird, dafür spricht das Umfrageergebnis. Mit*

dieser Einstellung schaffen sich bereits viele Menschen heute die Voraussetzung für ihre Einsamkeit von morgen. ‚Was bringt mir das?' Diese dauernd gestellte Frage hat ihre Ursache. ‚Freie' Erziehung, Anspruch, Neid und der entsprechende Medieneinfluß haben Pflichten, Fürsorge und Teilen zu Worthülsen verkommen lassen. Beispielsweise wird bei gleichbleibendem Trend demnächst in Deutschland jede zweite Ehe geschieden sein; lange Vertrauensbindung weicht kurzem Vertragsverhältnis. Im heutigen **Materialismus** *rächt sich die gewollte Selbstverwirklichung schon morgen in Form von ungewollter Einsamkeit."* (269).

„Eine beispiellose Verrohung und Entleerung hat die moderne Medienwelt im Inneren der Menschen angerichtet. Wir sind Zeugen greller Manifestationen einer schleichenden Erosion unserer Zivilisation." (270). *„Die Jugend ist geil auf Gewalt"*, faßt der Amerikaner Bill Buford seine Erlebnisse unter englischen Hooligans zusammen.

Das postkommunistische Europa sucht, so wird behauptet, **ein neues Feindbild** nach dem Zusammenbruch des Sozialismus. *„Die Leere, die durch den Zerfall des Kommunismus entstanden ist, muß partout gefüllt werden"* (271). *„Fast scheint es, als hoffe die Linke, daß die so oft beschworene ‚deutsche Gefahr' doch noch wieder zur Realität werde "* (die Unverzüglichkeit, mit der die Hetze Rühes gegen Deutsch-Chilenen sofort hierzulande aufgegriffen wurde (siehe Kapitel „Chile"), ist nur von dorther zu verstehen und macht Rühe zum Kumpan der auferstehenden Nomenklatura (272). *„Wir haben es mit einem Fall herbeigeredeter Prophezeiung zu tun, mit regelrechtem politischen Masochismus, der versucht, einen Feind zu finden — und ihn dann womöglich auch kriegt. Wie ließe sich sonst der absurde Vorwurf erklären, die von der Bundesbank praktizierte Zinspolitik sei das funktionelle Gegenstück zur Eroberung von Lebensraum?"* (Bolaffi). Und was soll man zu der Behauptung des linksliberalen Neilson (in „Rio Negro") sagen, daß das viele Berichten über „Korruption" nur das Vakuum ausfüllen soll, das durch den verschwundenen Sozialismus entstand?

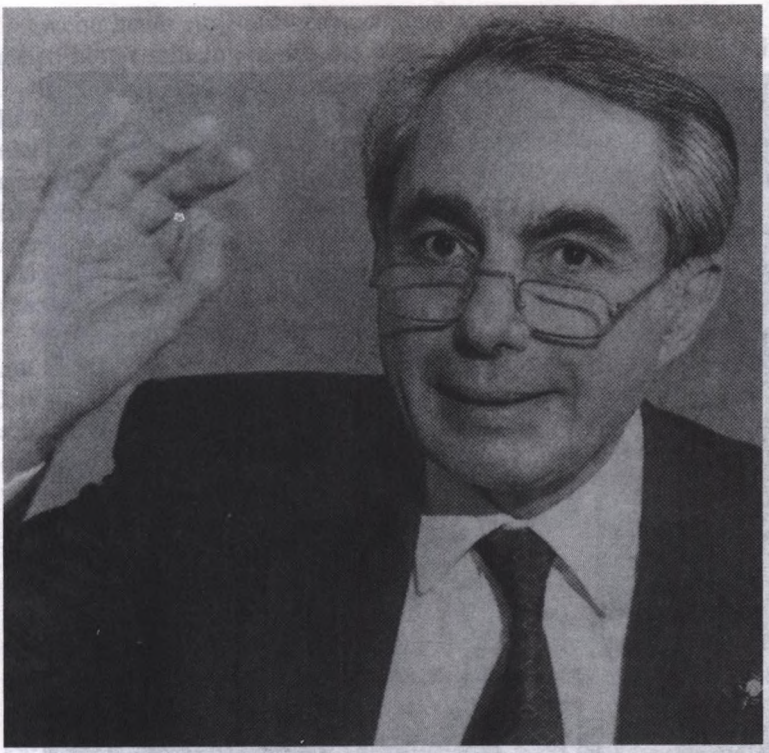
Wie sich sonst die Deutschenhetze erklären ließe? Weil man sich im Kriege fühlt, weil man Deutschland als Feind betrachtet, allen voran sind es jüdische Stimmen, die das immer wieder zum Ausdruck bringen. Und ihnen folgen jene Europäer, die es der deutschen Wehrmacht nicht verzeihen können, auch ohne Vertreibungen, ohne Flächenbombardierungen, ohne Massendiskriminierungen à la Entnazifizierung, ohne Hungerblockaden, ohne Massenerschießung von Gefangenen, ohne Massenplünderungen und ohne hunderttausendfache Todesfolterung von „Kollaborateuren", ohne Massendiebstähle in Privatwohnungen und Museen, ohne Verunglimpfung des tapferen Gegners, gesiegt zu haben. Und die es nicht verwinden können, daß die Deutschen — überall auf der Welt — disziplinierter und fleißiger sind als sie selbst und denen man darum nur beikommt, indem man ihnen ihr Privateigentum wegnimmt, von Guatemala und Angola bis Kasachstan und Woiwodina. Und die das „Glück" haben, daß es keine deutsche Regierung gibt, die diesem alltäglichen verbrecherischen Vorgehen gegen deutsche Volksgenossen Einhalt gebietet. Das Verhalten eines Rühe in Chile legt es geradezu nahe, von wohlwollender Zustimmung zu antideutschen Aktionen zu sprechen.

Italien

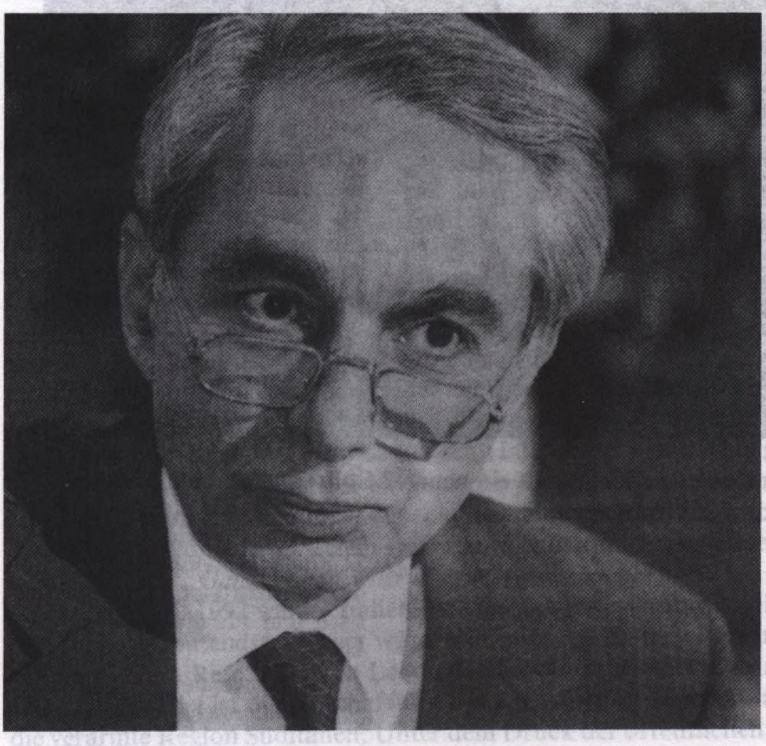
Die nationale Identität Italiens ist in Gefahr. Am Anfang dieses Italiens stand der von Carbonari und anderen Logen angefachte Gluthauch eines „Nationalismus", der im Widerspruch zu der Geschichte der Halbinsel stand. Indro Montenelli: *„Italien hat bisher nur auf der Landkarte bestanden"* (273). Denn das mittelalterliche Norditalien bestand aus einer Anzahl von Stadtstaaten. Nicht selten waren die reichen Stadtrepubliken als Teile des Heiligen Römischen Reiches Spielball der deutschen Kaiser und der Habsburger. *„Doch der (auch künstlerisch ausgetragene) Wettbewerb der Visconti und Sforza (Mailand), der Gonzaga (Mantua) und Este (Ferrara), der Medici (Florenz) und Malatesta (Rimini) sowie der republikanischen Venezianer prägten Beweglichkeit und Weltoffenheit im Norden, die dann von den Habsburgern übernommen wurde. Aus der Tradition der Stadt-Staatlichkeit wurde eine weitgehend föderalistische, ja separatistische Struktur mit liberalen Gewohnheiten. Nach und nach waren Ende des 18. Jahrhunderts vom Lago Maggiore bis zum Isonzo die Norditaliener habsburgische Untertanen geworden, so wie jene in der Toskana. Der frühere Chefredakteur des „Corriere de la Sera", Alberto Cavallari, schwärmt noch heute von dieser vergangenen Zeit, die er für das größte Glück Norditaliens hält: ‚Mailand wäre nicht zur heimlichen Hauptstadt Italiens geworden, gäbe es nicht diese mitteleuropäisch-österreichische Epoche . . . Wir sind verflochten mit jenem Raum zwischen Rhein, Elbe, Donau und Po, der sich immer als Herz des alten Kontinents gefühlt hat, nicht aber mit dem Süden'."* Denn dort waren die Herren französische und spanische Monarchen. Sie kopierten ihren absolutistischen Staat mit einer Zentralisierung, die im nördlichen Italien unbekannt war. *„1860 erzeugte Giuseppe Garibaldis Zug der tausend Rothemden eine zeitgeistige Euphorie des plumpen Chauvinismus, der geschichtliche Taten nicht zur Kenntnis nahm. Nach der Verjagung der Habsburger und der Bourbonen, wie später auch des Papstes und dem Kirchenstaat, übernahm man nämlich nicht das mitteleuropäische, ‚nördliche' Prinzip autonomer Regionen — sondern jenes des ‚südlichen' Zentralismus. ‚Römische' Präfekten hatten in den Provinzen die alleinige Entscheidungsgewalt. Heute, 130 Jahre später, sagt der Vordenker der* **Lega Nord**, *Roberto Ronchi: ‚Dieses System werden wir vernichten'."*

Bedenken wir, daß heute die Freimaurerei „Regionalismus" fördert, nachdem sie das Prinzip des Nationalstaates Italien über zwei Weltkriege in die Nähe von „Maastricht" gebracht hat, so gilt es, hier sich zu fragen, warum sie das Steuer herumwarf. Im 18. Jahrhundert war ihr Ziel die Beseitigung der Monarchien, der Aufbau eines Volksstaates. Es waren eher innerpolitische Ziele, die es zu erreichen galt. Das Ende des Kirchenstaates stand obenan. Heute werden erneut für den Wandel innenpolitische Probleme als Motor benutzt. Doch das eigentliche Ziel ist dieses Mal außenpolitischer Natur. Es gilt, ein schlagkräftiges, selbstbewußtes Europa zu verhindern durch Aufbau eines Gebietes aus ausgeprägten Regionen. Es führt an dieser Stelle zu weit, die Allgegenwart Englands bei diesen italienischen mehrfachen Geburtswehen zu verfolgen. Es gibt einschlägige Literatur darüber.

Die Entwicklung in Italien ist gekennzeichnet von zwei Faktoren: Mafia und Korruption in allen höchsten Regierungskreisen. Wobei wir gleich auf eine Besonderheit bei dieser italienischen Korruption hinweisen wollen: Sie findet statt zwischen Regierung und Staatlichen Unternehmen. Also im gleichen Bereich, in welchem der Sozialismus groß war. Insofern ist die italienische Korruption mit der in der Sowjetunion leicht zu vergleichen. Wenn Direktoren der ENI, AGIP, Montedison, Snam und Saipem sich hinter Gitter begeben müssen, so ist das die „Nomenclatura" zwischen Mailand und Rom. Und sie wurde in diesem Umfang nur möglich, weil es die **Parteien** als Träger der Unmoral gab.



Giuliano Amato



Giuliano Amato

In die Lücke der ermordeten Richter tritt ein neuer. Mit Freimaurerzinken will er Ernst machen mit dem Kampf gegen die Mafia.

Wenn heute ein Politiker nach dem anderen aus der Regierung Amato fliegt, so steht gleich hinter seinem Namen die Kürzel für die Partei, der er angehört.

Dieser Zustand der Verachtung der Parteien ist allerdings nicht nur für Italien typisch. Er ist die Folge einer Krise der Zivilisation, die mit dem Tod des Sozialismus begann, aber nicht vor dem Kapitalismus Halt machte, weil sie die Folge von tiefgreifenderen Änderungen auf der ganzen Welt war. Daß es möglich war, daß **die ganze Welt** sich ändern konnte, ist nur den Logen zu verdanken. Wir zitieren dazu: *„In 100 Jahren hat die Französische Revolution den Kreis der Erde umschritten und sich restlos verwirklicht. Kein Staat, keine Verfassung, keine Gesellschaft, kein Herrscherhaus blieb von ihr bewahrt“,* schreibt Rathenau schon 1919 in seinem Buch „Der Kaiser“.

Daß der Versuch, in **Afrika** Pluralismus einzuführen, zu Bürgerkriegen führte, fußt auf der gleichen tiefen Sorge der Menschen um ihre Identität und ihre Zusammengehörigkeit, wie sie auf dem Balkan zum schweren Zerwürfnis führte. Und warum leben die Menschen heute in Angst um „ihre“ Welt? Weil die Versprechen der Politiker sich als Schwindel herausstellten, weil der ernsteste Kitt der Menschen, die **Arbeit,** mehr und mehr fehlt, weil die Politiker in dem geschichtlichen Augenblick einer notwendigen Neuorientierung politischer Betätigung sich mehr und mehr in Sicherheit vor einer mehr und mehr ausgebooteten Wählerschaft fühlen und meinen, ungestraft sich die Taschen füllen zu können. Denn den Politikern fehlte nach und nach die volkliche Identität, die sie vor derartigem Volksbetrug aus Scham und Moral ferngehalten hätte, nachdem sie in philosophischen Gedankengebäuden lebten, die nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun haben. Sie hätten die Welt darum auch dann nicht mehr verstanden, wenn diese sich nicht geändert hätte. Als aber diese Veränderung der Welt — vielfach technisch verursacht — dazu führte, daß parlamentarische Demokratie nicht mehr als Deckel auf den Topf paßte, da war dem Parteiensystem der Todesstoß verpaßt worden. Da schwammen z.B. Kohl und Konsorten mit ihrer Anpreisung der Parteien restlos gegen den Strom. Michel Rocard dagegen, der es vier Wochen vor den Wahlen für richtig hielt, die Sozialistische Partei Frankreichs aufzulösen und an ihre Stelle eine „Bewegung“ zu setzen, hatte verstanden, daß ein Umbau der politischen Welt notwendig ist. In Bonn aber meinte man, dem Großen Bruder dienen zu müssen, indem die traditionalen „demokratischen“ Rahmen erhalten blieben, und sah nicht, daß sogar die Freimaurerei nur überleben kann, wenn sie sich der Mühe unterzieht, die veränderte Welt zu studieren. Daß die Begriffsstutzigkeit Bonn in einem Augenblick befällt, da es eben aus dieser Kurzsichtigkeit heraus stolz darauf ist, den letzten verfügbaren Pfennig in eine überholte Welt zu werfen, macht aus dem **finanziellen Bankrott** einen moralischen und politischen zugleich.

In Italien jagt der gleiche Wirbelwind über das Land, der auch das übrige Europa erfaßt hat. Man erkennt nicht (wie Rocard), daß die politischen Parteien nicht die Meinungen des Volkes wiedergeben, wohl aber, daß sie das große Feld der Korruption darstellen. So ersetzt man das bisherige Proportionalitätsprinzip durch das der einfachen Mehrheit und merkt nicht, daß in unserer Lage mit derartigen Halbherzigkeiten nichts gewonnen ist.

Am 25. Mai 1992 wird der sizilianische Richter Giovanni Falcone von der Mafia ermordet. Er stand kurz vor einer geheimen Reise nach Moskau zum Zwecke der Erkundung der Interessenkollision zwischen Italien und Rußland: Seine letzte Fernsehrede (274) enthielt den Satz: *„Ganz Italien wird von der Mafia regiert.“*

Am 4. April 1992 wählte Italien. Die bisherige Regierungskoalition verlor die absolute Mehrheit. Bedeutendster Sieger wurde die Lega Nord, die 9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. „La Rete“, die von Leoluca Orlando geführte Anti-Mafia-Bewegung erhielt 2 Prozent. Ihr Ziel ist die Abschaffung der parlamentarischen Imunität und Zuschüsse für die verarmte Region Süditalien. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung nach der Auf-

deckung weiterer größter Korruptionsfälle in Mailand tritt Regierungspräsident Giulio Andreotti mit seinem Kabinett am 24. April zurück. Am 28. April folgt ihm der ebenfalls angegriffene Staatspräsident Francesco Cossiga. Provisorischer Präsident wird Giovanni Spadolini, nachdem 14 Abstimmungen im Parlament nicht zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten führten.

Am 21. Juli wird der Richter Paolo Borsellino zusammen mit fünf Sicherheitsbeamten von der Mafia ermordet. In ganz Italien kommt es zu massiven Protesten gegen die Regierung. Fernsehen und Radio unterbrechen um 11 Uhr auf 10 Minuten ihre Sendungen, die Geschäfte schlossen, die Polizisten hielten mit ihren weißen Handschuhen überall den Verkehr an, die Börse arbeitete nicht, alle Züge hielten an, 15.000 Personen gingen in Mailand auf die Straße beim Klang der Dritten von Beethoven. In Palermo durchbrach das aufgebrachte Publikum die Polizeikette und beschimpfte die bei der Beerdigung erschienenen Regierungsvertreter als „Mörder" und „Nichtsnutze".

Der Führer der Rete sagt dem Pariser „Figaro": *„Warum akzeptieren die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, Großbritanniens und die anderen eine Bananenrepublik an ihrer Seite? Italien hat seine Seele verloren. Es ist ein Land, in dem Polizisten, Militärs und Beamte genötigt sind, sich vor den Politikern in Acht zu nehmen, die die Mafia schützen."* Am 28. Juli tritt der Außenminister Enzo Scotti zurück. Er hält es für atraktiver, sein Mandat als Parlamentarier aufrechtzuerhalten. Es bringt ihm 15.000 DM monatliche Diäten.

Es ist der erste Rücktritt in der endlich neugebildeten Regierung Giuliano Amato im Juni 1992. Mit einem sehr umfangreichen Privatisierungsprogramm will er der Korruption die Grundlage entziehen. Denn es sind vor allem die staatlichen Unternehmen, die Unterschleifungen Tür und Tor öffneten. Erst Mitte Februar 1993 gelingt es ihm, parlamentarische Zustimmung zu den dazugehörigen Gesetzen und der Schaffung eines Privatisierungsministeriums zu erhalten. Dann treten fünf seiner Minister wegen Korruptionsverdacht zurück, gefolgt von ihm selbst im März 1993.

Inzwischen wächst die Arbeitslosigkeit und häufen sich weiter die konkreten Anklagen gegen die bis dahin bedeutendsten Politiker. Bettino Craxi wird genötigt, seinen Vorsitz in der an der Regierung befindlichen Sozialistischen Partei Anfang März 1993 niederzulegen und kämpft darum, wegen der erwiesenen Korruption nicht vor Gericht gestellt zu werden. Der Staatspräsident, Oscar Luigi Scalfaro selbst macht den brüderlichen Vorschlag, daß jene Politiker „die den guten Weg verließen", die durch Bestechung erhaltenen Gelder zurückgeben und aus der Politik ausscheiden. Doch die Opposition weist eine solche Amnestie entschieden zurück. Das Volk tobt.

Auch im Süden brodelt es mit separatistischem Zungenschlag. Italien, das nicht nur die niedrigste Geburtenrate der Welt meldet, ist erschüttert durch eine gigantische Verschuldung. Wir erwähnten diesen Zustand und das Ausscheiden der Lira aus dem europäischen Währungsverbund bereits unter dem Stichwort „Maastricht". Nachdem man in der Privatwohnung des in Bankrott erklärten Finanziers Sergio Cerrutti im Februar 1993 eine Liste von 400 Namen aus Politik, Justiz, Medien und Unternehmern fand, die man als eine Wiederauferstehung der Loge P2 ansieht, taucht das Gespenst einer Revolution auf. *„Nach Enthüllungen des Mafia-Bosses Leonardo Messina hat die allgegenwärtige Mafia mit einem offenbar gefährlichen Netz Politiker und Freimaurer, Geheimdienste und hohe Justizbeamte umschlungen und in ihre Dienste gezwungen . . . so hat Messina auch von einem neuen ‚Staat im Süden' gesprochen, der offenbar nach Umsturzabsichten hochgestellter Freimaurer als Geburtshelfer entstehen sollte . . . Die Freimaurer erhoben Widerrede; sie fühlten sich angesichts der Anschuldigungen sogar von ihrem Großmeister Di Bernardo im Stich gelassen."* (275).

Latente Deutschfeindlichkeit bricht in Mittel- und Süditalien immer wieder durch.

Was da aus Deutschland an Nachrichten ankommt von Fremdenfeindlichkeit und starker DM, die die Lira in die Enge treibt, wird breit ausgewalzt. Neidisch betrachtet man den ehemaligen Verbündeten, den man ja verließ, um es besser zu haben, und der nun besser dasteht als der Verräter an der Achse. (276). Und übersieht geflissentlich, was man tausenden von Albanern antat, die man nicht gewillt war, aufzunehmen, und vergißt, daß der Saustall im eigenen Lande kaum etwas mit der bösen Bundesbank zu tun hat. Man sollte zur Kenntnis nehmen, daß wir uns unter Italien etwas anderes vorzustellen haben, als wir es in den Jahren gemeinsamer Geschichte erlebten.

Flandern

In der Septemberrevolution 1830 trennten sich die südniederländischen Gebiete vom Königreich der Vereinigten Niederlande. Die Londoner Konferenz der Großmächte ordnete dauernde Neutralität an und 1839 erkannten die Niederlande die Unabhängigkeit Belgiens an. So wurde auf englischen Wunsch eines der ersten Völkergefängnisse auf europäischem Boden geschaffen. Erst 1963 setzte die ‚Flämische Bewegung' die Gleichberechtigung des Flämischen neben dem Französischen durch. Seit 1970 ist das Land aufgeteilt in drei Regionen (Flandern, Wallonien, Brüssel) und hat seit 1973 zwei Kulturgemeinschaften (die französische und die deutsche). Im Februar dieses Jahres begann der parlamentarische Kampf um eine Verfassungsreform, die Belgien in einen Bundesstaat umwandeln soll. Von den Flamen wird größere finanzielle Autonomie der Regionen verlangt. Bereits jetzt präsentieren sich Flamen und Wallonen getrennt bei internationalen Handelsmissionen und Messen. Getrennte Vertretungen in den internationalen und europäischen Institutionen werden gefordert. Heute stammen 75% der belgischen Exporte und 70% des Bruttosozialprodukts aus Flandern. Die Regionalisierung der sozialen Sicherheit (Krankenversicherung, Kindergeld und Arbeitslosenunterstützung) steht auf dem flämischen Plan. Man „befürchtet", die Realisierung dieses Programmpunktes würde Belgien den Todesstoß versetzen. Wir Deutsche haben diesem Mörderstaat nichts nachzuweinen, wurden doch (277) nach 1945 in Belgien 242 Menschen von Amts wegen ermordet, weil sie Europa vor dem Bolschewismus verteidigten. Heute treiben sich hier in Argentinien Emissäre aus Brüssel herum, die bei den damals nach Südamerika geflüchteten deutschen Wehrmachtsangehörigen belgischer Nationalität um Gutwetter bitten und stammelnd zugeben, es sei alles gelogen gewesen von den sogenannten „Kriegsverbrechern" dieser aufrechten Europäer. Man meint, damit den flämischen Willen zur Trennung von Belgien schwächen zu können. Es kommt dieses Einschwenken jedoch viel zu spät. Man wird den Zerfall Belgiens ganz genauso wenig bedauern wie den Zerfall der anderen britischen Völkergefängnisse auf europäischem Boden.

Der RDG, der **Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft** berät in Eupen auch seinerseits die Staatsreform. Das „Grenz-Echo" als deutsche Tageszeitung in Ostbelgien (mit 9 Gemeinden zwischen Eupen und St. Vith, in denen 66.000 Deutschsprachige leben) hält die deutsche Minderheit auf dem laufenden. Sie hat es mit ihrem 25 Mitglieder zählenden Gemeinschaftsrat und ihrer dreiköpfigen Exekutive gut verstanden, die kulturelle Identität zu wahren und sogar zu entfalten. Man bemüht sich um eine vollwertige Mitgliedschaft in der Euregio Rhein-Maas.

Die weiterhin nicht gelösten verfassungsrechtlichen Probleme bedeuten eine zusätzliche finanzielle Belastung für einen Staat, der mit fast 400 Md. Schweizerfranken (278) bei 10 Mill. Einwohnern (6,7 Flamen und 3,3 Wallonen) bei weitem die höchste Verschul-

dungsquote in Europa aufweist. Die Kriminalität stieg von 1991 auf 1992 um 53 Prozent. Die Flamen erarbeiteten 70% des Budgets, doch fließen davon nur 60% wieder nach Flandern zurück. Die Ungeduld, mit der man den langsamen Trennungsprozeß darum gerade in Flandern verfolgt, ist also nicht schwer zu verstehen.

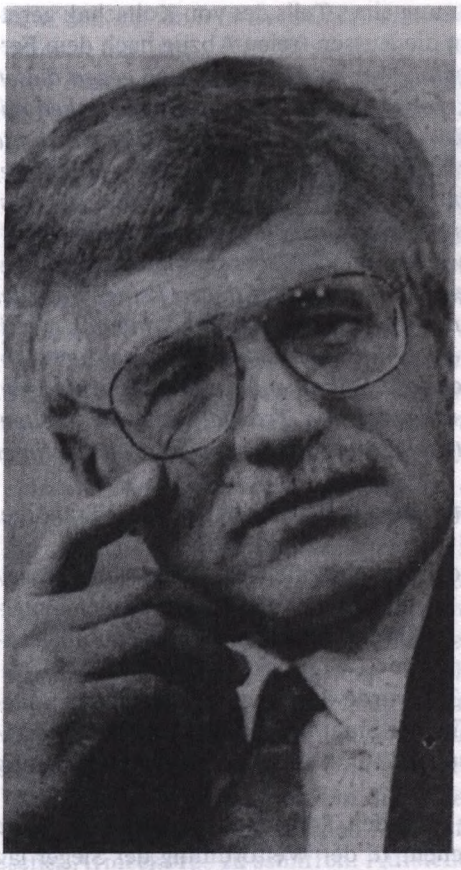
Die tschechische Republik

Der Tscheche Amos Comenius darf als einer der bedeutendsten Väter der modernen Freimaurerei angesehen werden. Die, zum Teil wortgetreue Übereinstimmung seiner Schriften („Panegersia" erschien 1702 in lateinischer Sprache) mit dem „Neuen Constitutionsbuch der Alten Ehrwürdigen Brüderschaft der Frey-Maurer von 1723" des James Anderson und anderer veranlaßt das „Internationale Freimaurerlexikon", Wien, 1932 festzustellen, „daß der oder die Verfasser der Andersonschen Konstitution die Schriften des Comienus zumindest gut gekannt haben müssen". *„Der Rosenkreuzer Comenius war es, der in persönlichem Kontakt mit jenen englischen Kreisen kam, die dann in England bald darauf ihre spekulativen Logen gründeten. Wir müssen daher feststellen, daß Comenius nicht nur durch seine Schriften, sondern auch durch seine organisatorischen Pläne und seinen persönlichen Einfluß das geistige Erbe Andreaes — nämlich das Ideal einer Weltverbesserung auf pansophischer Grundlage — nach England hinübergetragen und dort hat wirksam werden lassen."* (279). *„Komensky-Comenius war zweifellos in Mitteleuropa der erste, der es versuchte, dem römischen Machtwillen, also dem theokratischen Prinzip, die Gedankenkonstruktion eines anderen, ebenso übernatürlichen, Prinzips entgegenzusetzen"* (280).

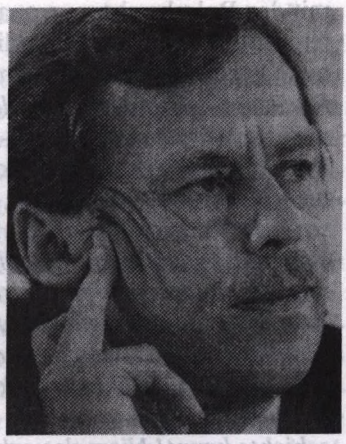
So nimmt es nicht Wunder, daß es Freimaurer sind, die die Gründung einer Tschechoslowakei beim Zusammenbruch der Habsburgischen Monarchie beschließen. Erdacht wurde der neue Staat vornehmlich von den vier Freimaurern Masaryk, Benesch, Stefanik und Scheiner. Die Gründung lag im Interesse der Weltfreimaurerei. Ein Tscheche stand an der Wiege der modernen Freimaurerei in London. So wurde die Gründung offiziell von der Weltfreimaurerei beschlossen. Ihre Fahne bildeten die Farben Blau-Weiß-Rot, die als Sinnbilder für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit schon in mehreren anderen Staatsfahnen auftreten. *„Mindestens 26 Fahnen sind blau-weiß-rot, mehrere blau-rot oder blau-weiß. Mit wenigen Ausnahmen läßt sich sehr leicht erweisen, daß sie nach Umstürzen angenommen wurden, an denen Freimaurer maßgeblich beteiligt waren."* (281).

Für die Friedensverhandlungen gegen Ende des I. Weltkrieges wurde in Paris eine „Tschecho-Slowakische Delegation" gebildet. Diese überreichte der Friedenskonferenz 11 (elf!) Memoranden, als deren fast ausschließlicher Autor sich Dr. Benesch in seinem Buch „Der Aufstand der Nationen" (282) selbst bekannte. Als Quelle diente ihm ein Memorandum, das sein Landsmann Hanus Kuffer — laut Vorbemerkung in der Broschüre — „Ende des Sommers 1917 den berufenen Faktoren überreichte."

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang auch der einzige mit den Tschechen verbundene geschichtsträchtige Vorgang während des I. Weltkrieges, die sogenannte **„Tschechische Legion"**. Ihr Bestehen diente den Staatsgründern in Paris als Legitimation, sich „kriegführende Macht" nennen zu können. Nachdem dann Denikin und Koltschak die Bolschewiki aus Sibirien vertrieben hatten, schlug die „große Stunde" der Tschechen. Sie beschlagnahmten zehntausende von Eisenbahnwagen, richteten diese wohnlich mit Öfen und Hausrat ein und plünderten auf ihren Bahnfahrten zwischen Ural und Wladiwostok, sperrten den Nachschub für Koltschaks Truppen und schlossen dann ein Abkommen



Vaclav Klaus



Vaclav Havel

mit den Bolschewisten, wonach sie gegen Überlassung eines Teils des von Koltschak geretteten Goldschatzes und Auslieferung desselben an die Russen freien Abzug nach dem Fernen Osten zugesichert bekamen. *„Was dann begann, war so furchtbar, daß gegen diesen Rückzug — Hunderttausende von Zivilpersonen, vor allem Frauen und Kinder flohen mit dem zurückgehenden Heer — daß gegen diesen Rückzug im Winter 1919/20 der berühmte Rückzug Napoleons 1812 von Moskau zu einer kleinen Episode wird! Nicht Hunderte, nicht Tausende, nicht Zehn-, nicht Hunderttausende, nein: mehrere Millionen von — Russen! Die Tschechischen Legionäre aber fuhren mit über zwanzigtausend* (zwanzigtausend!) *Waggons nach Osten. Sie schleppten Milliardenwerte mit sich. Aber damit noch nicht genug: sie hatten sich bereits mit den Bolschewiken verständigt und ließen keinen Zug der Armee Koltschak mehr durch, so daß die Roten die Weißgardisten, die kaum noch Munition hatten (alle Arsenale in der Etappe waren ja geplündert) zu Zehntausenden buchstäblich wie Vieh abschlachten konnten."* (283). *„Zahllose Dokumente, erbitterte Anklagen, furchtbare Berichte belegen jeden Akt dieser grauenvollsten Tragödie, die die Weltgeschichte kennt! Niemals vorher geschah so Entsetzliches, wie damals im sibirischen Winter von 1919/1920!"*

Ob es wohl angebracht ist, darauf hinzuweisen, daß alle Beteiligten an dieser Tragödie, mittelbare wie unmittelbare, Freimaurer waren?

Unter diesem blutigen Eintreten der Tschechoslowakei in die Geschichte sieht Hasselbacher dann das Ende dieses Staates 1939. Am 10. September 1919 war mit der Unterzeichnung des Friedensdiktats von St. Germain die Tschechoslowakische Republik offiziell gebildet worden.

Gemäß dem Münchner Abkommen (29.9.1938) wurde das Siedlungsgebiet der **Sudetendeutschen** abgetrennt. Am 15. März 1939 zerfiel der Staat unter dem Druck der Slowaken. Böhmen und Mähren wurden als Reichsprotektorat unter deutsche Verwaltung gestellt.

Der II. Weltkrieg endete mit der Vertreibung (von den Tschechen amtlich noch heute als „Aussiedlung" bezeichnet) der Sudetendeutschen. In der Weltordnung der Sieger lag die Tschechoslowakei jenseits des „Eisernen Vorhangs". Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums schlug darum auch sofort die Stunde für dieses Völkergefängnis. Trotz massivster Einmischungsversuche, insbesondere von englischer Seite — Major besuchte im September 1992 Prag und drohte, daß nur eine Vollmitgliedschaft der Tschechoslowakischen Republik in der EG denkbar sei — trotz aktivstem persönlichen Einsatz Vaclav Havels — den man in der ganzen Welt als eine Art unschuldigen Heiligen hinstellte — mußte Prag sich bequemen, für den 1. Januar 1993 eine Trennung der bisherigen Landesteile vorzunehmen. Die Krone bleibt einstweilen gemeinsame Münze, doch gilt der augenblickliche Zustand nur als Provisorium. Eine vollständige Trennung ist das Ziel der politisch aktivsten Teile des slowakischen Volkes.

Bonn hatte — ähnlich wie mit Polen — einen Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei abgeschlossen, doch Bayern weigert sich, diesen wegen seiner unbefriedigenden Antwort auf die grausame Vertreibung der Sudetendeutschen zu unterzeichnen.

Frankreich

„Der Großmachtanspruch Frankreichs beruht mental und ideologisch auf dem durch Geschichte, Sprache, Kultur und Geographie geprägten nationalen Selbstverständnis, politisch auf dem Status als Siegermacht des II. Weltkrieges (und bis 1990 als Besatzungs-

bzw. Schutzmacht in Deutschland) sowie als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, diplomatisch auf den engen Beziehungen zu vielen Staaten der Dritten Welt, militärisch auf dem Besitz von Atomwaffen sowie weltweiten Eingreifkapazitäten und den Bündnisverträgen mit den frankophonen Staaten Schwarzafrikas, geostrategisch auf der zentralen Lage in Westeuropa sowie dem Besitz überseeischer Territorien und Departements in der Karibik, im Atlantik und im Pazifik, wirtschaftlich auf seiner Währung, seinen Spitzentechnologien und seinen Wachstumsindustrien, kulturell auf seiner nicht zuletzt sprachlichen Ausstrahlungskraft und engen Bindung zu den frankophonen Staaten." (284).

„*Unter diesen Faktoren ist das nationale Selbstverständnis der wichtigste . . . Sie leiten von diesem Selbstverständnis ein Mitspracherecht bei der Regelung internationaler Konflikte sowie einen Führungsanspruch in der EG ab. Der* **Großmachtanspruch** *und das* **Sendungsbewußtsein** *sind bereits im 19. Jahrhundert eine enge Vergindung mit dem* **Sicherheitsstreben** *eingegangen . . . Seit 1815 hat Frankreich die Fähigkeit verloren, seine Sicherheit mit eigenen Mitteln zu garantieren. 1870/71 wurde es von Preußen, 1940 von Deutschland besiegt, im I. Weltkrieg vermochte es sich nur dank der Unterstützung durch eine weltweite Koalition zu behaupten, den II. Weltkrieg überlebte es als freies Land nur aufgrund des Sieges seiner Verbündeten . . . Aus dem Streben nach Sicherheit resultiert der Aufbau des 2. Kolonialreiches im 19. Jahrhundert, die Bildung des kontinentalen Sicherheitssystems in der Zwischenkriegszeit (Kleine Entente) und die Entwicklung der Atomstreitmacht in den sechziger Jahren . . . Der französische Großmachtanspruch ist nicht ein Ausdruck von Realitätsblindheit oder chauvinistischer Verblendung, sondern das Ergebnis historischer Erfahrung.*" (Höhne).

Diese Darstellung bedarf heute einer Korrektur. Im Juni 1992 erklärt Helmut Kohl in Paris: „*Freihandel und europäischer Binnenmarkt alleine genügen nicht, einzig und alleine eine starke Europäische Union kann die Auferstehung destruktiver Nationalismen der Vergangenheit verhindern und Sicherheit und Stabilität garantieren.*"

Im Mai 1992 unterzeichnen Kohl und Mitterand in La Rochelle, ein deutsch-französisches Armeekorps zu schaffen. Aufstellung 1995, aus 35.000 deutschen und französischen Soldaten bestehend, in gleichen Uniformen unter gleichem Offizierskorps, gedacht als Grundzelle eines zukünftigen bewaffenten Armes der Europäischen Union. Wie erwartet, war man in London und Washington besorgt, daß diese Truppe sich zu einem europäischen Heer ausweiten könnte, das in Konkurrenz zur NATO stünde. Doch der Wirkungsbereich soll sich gerade auch auf Gebiete erstrecken, die nicht in den Bereich der NATO fallen, wohl aber europäische Interessen berühren.

Im Januar kann man noch Henry Kissinger mit dem Satz zitieren: „*Die NATO hat gegenwärtig keine klar definierte Mission*" (285). Aus Anlaß des 30. Jahrestages des Elysée-Vertrages unterzeichnen der deutsche Generalinspekteur Naumann und der Chef des Stabes der französischen Streitkräfte, Admiral Lanxade, in Brüssel mit dem Oberbefehlshaber der NATO, Shalikashvili, dann ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit dem deutsch-französischen Eurokorps im Falle von dessen Unterstellung unter NATO-Befehl. Bei diesem Anlaß wurde Mitterand durch Weizsäcker mit militärischen Ehren durch Antreten einer gemischten Formation von deutschen und französischen Soldaten geehrt.

Als erster westlicher Staatschef besuchte Mitterand im Februar 1993 das 1954 gegründete Vietnam und bereitete die Einrichtung diplomatischer Beziehungen vor.

Von besonderer Bedeutung für uns Deutsche ist es, daß der **Elsaß** am weitesten entfernt ist von einer Erfüllung der Minderheitenrechte den deutschsprachigen Elsässern gegenüber, vergleicht man mit ähnlichen Problemen in anderen Teilen Europas. Der Leiter des „Freundeskreises Elsaß-Lothringen e.V., Verein für kulturelle Zusammenarbeit, Gilbert Heiby, D-7597 Rheinau 2, Postfach 2119, Nachfolger von Dr. Iffrig (der als Arzt

nach Togo ging und dort verschollen ist, angeblich von französischen Sicherheitsbeamten erschossen), ist Objekt mehrerer laufender Prozesse, wird geschäftlich boykottiert, seine Bankkonten wurden gepfändet, sein Haus will man versteigern. Einer ununterbrochenen Hetze gegen Deutsche und Elsässer befleißigen sich die „Dernières Nouvelles d'Alsace", die ehemaligen „Straßburger Neuesten Nachrichten".

Im übrigen wird Frankreich das ganze Berichtsjahr hindurch tagtäglich von neuen Finanzskandalen im Bereich der Sozialistischen Partei Mitterands und der vorschnellen Zustimmung zu einem GATT-Abkommen erschüttert, das für Frankreichs Landwirtschaft unannehmbar ist. (dazu im Kapitel „Freihandel"). Le Pen am äußersten rechten Flügel, gilt zunehmend als Favorit der Wähler. Um ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen, löste sich die unbeliebt gewordene Sozialistische Partei auf und formte mit anderen Gruppen eine gemeinsame Sozialistische Front. Man hofft, so die Stimmenabwanderung eindämmen zu können.

Schwarz-Afrika

Daß die „Entkolonialisierung" Afrikas Bevölkerung in größtes Elend stürzen werde, war einhellige, tausendfach aus eigener Erfahrung begründete Meinung aller Europäer, die Afrika kannten. Viele von ihnen warnten. Wir haben die gewichtigen Bücher genannt und besprochen, seitdem das Unglück über Afrika drohte. Wir haben die sogenannte „Entwicklungshilfe" als falsch, als gefährlich, ja, als todbringend dargestellt. Zwei Ereignisse machten sie möglich: Am 13. Juli 1952 wurde der König von Ägypten gestürzt. Am 28. August 1975 starb der Negus Haile Selassie. Daß die Ergebnisse der Entwicklungshilfe ausgesprochen negativ waren, mußten ihre Beamten zugeben. Wir haben eine Reihe der kritischen Stimmen wiedergegeben, die die deutsche amtliche Zeitschrift E&Z dazu veröffentlichte. Inzwischen ist eine neue Generation dabei, ganz die gleichen Anklagen zu erheben. *„Die verfrühte Entlassung der Kolonialvölker in die ‚Freiheit' brachte diese nahtlos in die echte Sklaverei. Hunger, Mord und Elend wurden das Markenzeichen. Diktatoren wurden immens reich, ganze Volksstämme aber abgeschlachtet."* (286). Es liest sich, als wären es Neuigkeiten, denn alle vorherigen Darstellungen wurden stillschweigend zu den Akten gelegt, vergessen. Wenn sich etwas geändert hat, dann ist es der kleiner gewordene Geldbetrag. Weil man nicht mehr Geld hatte, weil man sich verausgabt hatte, nicht weil man es für richtiger hielt, weniger zu zahlen.

„Somalia, Zaire, Angola, Liberia — die Nachrichten, die uns aus Afrika erreichen, sind nicht gut. Die Hungersnöte, die Bürgerkriege und das administrative Chaos dem ‚kolonialen Erbe' in die Schuhe zu schieben, überzeugt inzwischen nicht mehr recht. (Selbst ein so bedeutendes Werk wie das von Warhold Drascher „Schuld der Weißen?" wurde von den Philosophen am Ruder achtlos beiseite gelegt). *Vielmehr drängt sich die Frage auf, ob die Entkolonialisierung des schwarzen Erdteils wirklich die menschenfreundliche Idee war, als die sie seinerzeit ausgegeben wurde. Paul Johnson hält sie für ein Verhängnis. ‚Was die Dritte Welt braucht', schreibt er im ‚Spectator', ‚ist eine neue Form des Imperialismus — altruistisch, international überwacht, effizient und streng. Zu diesem Schluß kam ich vor ein paar Jahren, als ich beobachtete, daß — von fünf Ausnahmen abgesehen — sämtliche der gut fünfzig afrikanischen Staaten, die seit 1960 entstanden sind, von total unfähigen Leuten regiert werden'. Johnson plädiert für die Wiederbelebung des vom Völkerbund geschaffenen Mandatsystem, das — aufs Ganze gesehen — weit bessere Ergebnisse gehabt hat, als man ihm allgemein zuschreibt."* (287).

Dieser Vorschlag kommt zu spät, so wie so ziemlich alle Versuche, etwas noch zu bessern in den von den Weltplanern verkorksten Lagen in Bosnien, Somalia, Kambodscha usw. Zugegeben, man könnte noch am besten ansetzen, wo der Kolonialismus aufhörte, also deutsche Mandatsgebiete in den seinerzeitigen deutschen Schutzgebieten. Sowohl privat wie amtlich sind nicht alle Fäden abgerissen und ist noch ein unzerstörter Betrag von Goodwill vorhanden. Doch: wo ist das ausgebildete Beamtentum, die Erben der Wissmann und Dominik und des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin und Lüderitz, die selbstlosen Diener („Einstehe für Pflichterfüllung bis zum Äußersten", Tsingtau 1914)? Diener wessen? heute? Diener einer „Menschheit"? Diener Deutschlands? Diener der Schwarzen? Diener einer antideutschen Philosophie? Keine dieser Fragen wird bejaht werden. Was bleibt, ist gigantische Korruption! Genauso wie die 1960 vorgebliche „Menschenfreundlichkeit" eine verlogene Phrase war, mit der die Multis meinten, ihre Taschen füllen zu können. 1960 wurde Afrika auf den Altar der Freimaurerei gelegt und stirbt seitdem in Agonie dahin.

„Auch der Historiker Paul Kennedy sieht für Schwarzafrika schwarz. Wenn man Südafrika ausklammert, schreibt er in der ‚New York Review of Books', produzierten die 450 Millionen Afrikaner südlich der Sahara zusammen weniger als die elf Millionen Belgier. In fast allen Ländern ist die Wirtschaftslage schlechter als am Tage, an dem sie unabhängig wurden. Kennedy erwägt die Einstellung jeglicher Entwicklungshilfe, um mit der Verschwendung der Subsidien Schluß zu machen und die korrupten Regierungen endlich zu ernsthaften Anstrengungen zu zwingen." (288).

Während einerseits ideologische Querschläger der positiven Entwicklung Afrikas seit 1960 ein Ende bereiteten, unternahm Freimaurer Mitterand (deutlich auf Druck aus dem Hintergrund) auf dem französischen Afrikagipfel in La Baule 1990 einen weiteren Angriff auf Afrika. Er forderte mehr Demokratie und Parteienpluralismus und versprach denjenigen Ländern, die sich diesem Diktat beugten, besondere Unterstützung. Die Folge waren neue Unruhen in Zaire, Madagaskar, Togo, Elfenbeinküste, Djibuti und Ruanda. In Tschad, Ruanda und Djibuti mußten französische Truppen die Ruhe wiederherstellen. Übersehen wurden von Paris blutig niedergeschlagene Unruhen in Mali (gegen die Tuareg) und Niger. Auch gegen Eyadéma in Togo wurde nicht eingeschritten, in Zaire wurden die Franzosen in Sicherheit gebracht, doch Mobutu nicht angerührt. Im November 1991 hielt es Mitterand für angemessen, „jedem Lande seinen eigenen Rhythmus in Richtung Demokratie zuzugestehen". Es wurde klar, daß die bisher von Paris sorgfältig gepflegte politische Stabilität in mehreren afrikanischen Ländern durch den ideologischen Vorstoß gefährdet war. Für den jetzt schon drei Jahre währenden Bürgerkrieg in Liberia machte man die Anwesenheit einer westafrikanischen Friedenstruppe verantwortlich und auf dem französisch-afrikanischen Gipfel von Libreville im Oktober 1992 forderte man deren Abzug. Bérgovoy machte dabei in Abwesenheit des erkrankten Mitterand darauf aufmerksam, daß von einem zunehmenden Druck auf forcierte Demokratisierung nicht mehr die Rede sei. Gleichzeitig wurde zur Kenntnis genommen, daß der mit hohen Zinsen belastete Schuldendienst einen Kapitalabfluß aus Afrika verursachte.

„Die finanzielle Hilfe an Afrika wird groß herausgestrichen", meint der Afrika-Korrespondent von World Vision International Jakob Akol. *„Tatsache ist aber, daß mehr Geld aus Afrika in die entwickelte Welt fließt, als umgekehrt."*

„Afrika braucht nicht mehr, sondern weniger Hilfe", sagt George Ayittey, ein Ökonom aus Ghana, der heute in den USA lebt (289).

Eritrea

Eritrea wurde aus eigener Kraft befreit. Doch die Anerkennung des Staates wird hinausgezögert. Die Folge ist, daß es den Bewohnern nicht möglich ist, ihr Land wiederaufzubauen. Es fehlt an Krediten und an anderer Unterstützung. Massaua war die schönste Stadt am Roten Meer. Es war ein orientalisches Juwel, das Tor zu Abessinien. Heute ist es völlig zerstört! Dreißig Jahre Krieg haben es vernichtet und es gibt im Erdenrund keinen der dafür Verantwortlichen, der bereit ist, die Zerstörung wiedergutzumachen.

In der Hauptstadt Asmara erinnert man sich an die marxistischen Verbrecher von gestern. Die Stadt glich einem einzigen Konzentrationslager. Jetzt muß man noch zwei Jahre warten, um in einer Volksabstimmung die Unabhängigkeit des Landes zu bestätigen. 400.000 Minen wurden ohne Suchgeräte ausgegraben. In den Vereinten Nationen hat man noch kein Wahldatum festgelegt. Wieder einmal tut man sich in der Weltführung schwer, aufzubauen statt zu zerstören.

Somalia

Jim Hoagland macht am 10. Februar 1992 in seiner „Washington Post" auf ein anderes Zerstörungswerk aufmerksam. *„Da wurde uns im Fernsehen gezeigt, wie Kinder in Mogadishu sich gegenseitig totschossen. Doch weit mehr Schüsse gingen in ganz andere Richtung. Sie waren dabei, systematisch die nach westlichem Vorbild von Europäern errichtete Stadt zu vernichten. Diese Stadt war eine Generation lang von Somalis, die im Westen erzogen worden waren, schöner noch ausgebaut worden. Geschäftsleute hielten sich gerne dort nach der Unabhängigkeit 1960 auf. Die jetzigen Vorgänge sind beispielhaft für eine physische Absage an den Westen. Wie ein kranker Körper, der fremde Organe abstößt, wiederholt sich das Bild vielfach in der Dritten Welt. Afrika weist die Städte von sich, die von den Kolonialherren erbaut worden waren. Den Journalisten ist noch nicht das Zusammenhängende dieser Vorgänge klar. Da wird das Geschäftszentrum von Kinshasa in Trümmer gelegt, da betrügt Daniel arap Moi diejenigen, die aus Nairobi ein Zentrum moderner Städtebaukunst gemacht hatten, da bricht Lagos im Schmutz zusammen und eine Wiederauferstehung im Innern wird mit Abuja versucht. Was im allgemeinen übersehen wird, ist, daß die verschiedenen Tagesereignisse Vorgänge in einem andauernden westlichen Rückzug von Schlüsselpositionen in der Dritten Welt darstellt."*

Mogadiscio (Mogadishu) wird als „afrikanisches Beirut" bezeichnet. Mit dem Sturz und der Flucht von Sidi Barre (VIII, 72) begann ein Interregnum in Somalia. Der Bürgerkrieg führte zur Hungersnot. Obwohl diese Zustände kaum abstachen von denen in anderen Weltteilen, fühlt sich die UNO bewogen, dem Hunger zu begegnen. Doch mit Lebensmitteln alleine ist nicht gedient. Das einzige, was respektiert wird, sind Waffen. Erst nachdem am Anfang Dezember 1992 amerikanische Truppen landeten, gelang es, die Lebensmittel in die Hungerorte zu bringen.

„Die Intervention der Vereinigten Staaten macht das Versagen der UNO in Somalia deutlich", melden DPA, EFE, Reuter und UPI am 7.12.1992 aus Mogadiscio. *„Indem die UNO sich der militärischen Alternative bedient, damit die Hilfe auch zu den vom Hungertod bedrohten Orten gelangt, hat sie jeden Anschein von Neutralität in dem somalischen Bürgerkrieg aufgegeben und hat sich aufgeschwungen zum Mentor eines Landes, das unfähig ist, sich selbst zu regieren. Das ist die schwerste Anklage gegen das System der UNO, ein Fehlschlag seines politischen Dialogs."* Als bekannt wurde, daß die amerikanischen Truppen anrückten, verschwanden die bewaffenten Banden aus den Straßen von Baidoa. Die beiden Bandenführer, Ali Mahdi und Aidee unterzeichneten einen Waffenstillstand (nachdem sie ihre Waffen versteckt hatten). *„Sie werden wieder auftauchen, wenn sich die Truppen der UNO verzogen haben"*, meint Paul Mitchell von der Welthungerhilfe. *„Die, die Waffen haben, sind heute harmlose Hirten und Nomaden, aber ganz schnell mit dem Finger am Abzug. Angst vor dem Tode haben sie nicht"*, meint ein Chirurg in Mogadiscio. Immerhin kostete die schnelle militärische Aktion ganze elf tote Somalis, die Widerstand leisteten. Man vergleiche mit der Totenzahl bei einem schwächlichen Vorgehen in Bosnien.

Seitdem die Franzosen Hoddur im Süden des Landes besetzten, haben die Schießereien in dem Hungerdorf aufgehört. Doch die Wochen, bevor die Franzosen eintrafen, kosteten vielen das Leben (290). *„Nur die ständige Präsenz der Interventionstruppen ermöglicht die Verteilung der Lebensmittel."*

„Darum muß es im Lande surrealistisch klingen, was man da von einer Somalia-Konferenz in Addis-Abeba hört. Glauben die Vereinten Nationen und die Diplomaten interessierter Staaten wirklich, daß sich Somalias Schwierigkeiten ausgerechnet von denen lösen lassen, die von und für Raub und Mord leben und darum diese Probleme brauchen. Wenn die Amerikaner gehen, gehen auch die Franzosen, denn Frankreich ist nicht bereit, seine Truppen unter der Ordnung der Vereinten Nationen in Somalia zu lassen." (Krabbe). Im Augenblick befinden sich 33.000 Soldaten aus 23 Staaten in Somalia. Wie wir bereits vor einem Jahr berichteten, hat sich das ehemalige englische **Somaliland** von Somalia getrennt. Dort herrscht Ruhe, man hat mit dem Wiederaufbau der von Äthiopiern zerstörten Hauptstadt Hargeysa begonnen. Nur eines fehlt: die internationale Anerkennung dieses Staates. Es wäre ja auch zu viel verlangt, so eine Friedensinsel aufrechtzuerhalten. Die OAU bezeichnet das Vorgehen als „separatistisch", obwohl Grundlage die britischen Kolonialgrenzen sind und damit die wichtigste Bedingung für einen Staat in Afrika nach UNO-Prinzipien erfüllt ist. Für Deutsche erwähnenswert ist, daß es auch in Kismaju, an der Küste, südlich von Mogadiscio zu Kämpfen kam. Kismaju lag am Ende des vorigen Jahrhunderts vorübergehend im Blickfeld deutscher Kolonialpolitik. Beeinflußt von der Aufgabe Sansibars (Tausch gegen Helgoland) wurden die Absichten auf Kismaju eingestellt.

Das südliche Afrika

Am 6. September 1966 wurde Hendrik Verwoerd im Parlamentsgebäude in Kapstadt von einem bestellten Mörder zusammengestochen. Mit dieser Bluttat nahm die Freimaurerei unwidersprochen die weiteren Geschicke Südafrikas in ihre Hände. (291). Doch Verwoerd hatte bereits entscheidende positive Schritte getan (1961 Austritt aus dem Commonwealth; Schaffung einer eigenen sehr leistungsfähigen Rüstungsindustrie; Energie-Autarkie), so daß der Weg der Zerstörung Südafrikas weitaus länger wurde als es die Mörder

sich gedacht hatten. Daß man immer noch nicht ans Ziel gekommen ist, verdankt man andererseits der Undurchführbarkeit der egalitären Pläne.

Lesern, die sich gut unterrichten lassen wollen über Südafrika, sei es empfohlen:
„The Aida Parker Newsletter", (17 Wargrave Ave, Auckland Park 2092), POB 91059, Auckland Park 2006, Johannesburg, und
„The Insider", Klaus Vaqué, POB 17200, Groenkloof, Pretoria 0027,
laufend, und möglichst mit Rückwirkung von etwa 1990 an zu beziehen.

Deutschland: Von Feinden regiert

Man kann nicht sagen, daß die Welt bis heute mit dem Fall der Mauer fertig geworden ist. Seit jenem November 1989 bemühen sich die Herrscher der Welt darum, ihre Statthalter in die Kommandostellen der anders gewordenen Welt einzubauen. Seit jetzt fast vier Jahren sind sie damit nicht zurande gekommen. Wollen wir die derzeitige Hilflosigkeit verstehen, so müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, was in diesen letzten Jahren geschah oder unterlassen wurde.

Es liegt uns dabei nahe, auf die Bücher zurückzugreifen, die wir — Gott sei Dank rechtzeitig — über diesen Zeitabschnitt herausbrachten. Da wir da auf fast 1000 Seiten ganz, ganz eng an die Ereignisse herangingen und ständig die Quellen unserer Mitteilungen nannten, war der Unterbau für die folgende Darstellung gegeben. Wenn heute (März 1993) ein Helmut Kohl besorgt zu Clinton eilt und das Gespenst eines neuen Kalten Krieges mit einzustellender Abrüstung an die Wand malt, wenn die Welt führungslos und doch von ihrer angeblich so hochstehenden Moral voll eingenommen, trotz aller gigantischen Verbrechen fortfährt, die Mitte Europas zu beschimpfen und zu beargwöhnen, und wenn diese Mitte immer noch nicht begriffen hat, daß es nicht zuletzt das ihr fehlende Selbstvertrauen ist, das soviel Blut und Tränen bringt, dann wenden sich unsere Gedanken dem eigentlichen, zentralen Anliegen unserer Weltlage zu.

Mit dem Zusammenbruch von Kommunismus und Sozialismus waren viele Tore weit geöffnet worden. Überall kamen Meinungen zum Durchbruch, die vorher nicht geäußert werden durften. Das Wort **„Freiheit"** erhielt eine neue Dimension. Es war ein freudiges Stimmengewirr auf der ganzen Welt. Die **„Mauer"** wurde zum Symbol für diesen Durchbruch.

Auch die Deutschen meinten, jetzt aufatmen zu dürfen. Sie hatten mehr als alle anderen Grund und Recht dazu. Doch das war ein großer Irrtum. Gerade jenes Volk, das den Anstoß zu den nationalen Befreiungen weltum gegeben hatte, wurde von der Welt sofort ausgeschlossen. Es blieb bei den Verleumdungen. Es blieb bei den Besatzungen. Es wurde sogar der Versuch unternommen, gerade die östlichen Besatzungen zu verewigen.

Schlimmer noch: Obwohl alleine gelassen bei der Sisyphusarbeit der Hilfe für die neuen Bundesländer, erwartete man ausgerechnet von den Deutschen einen größeren Anteil an Hilfe für die aus dem Sowjetbereich entlassenen Völker, als er den anderen Europäern zufiel. Und man zwang ihnen einen Weltfreihandel auf. Und man zwang sie zum Verzicht auf ein Viertel ihres Volksbodens.

Und schlimmer noch: Man erwartete von den Deutschen das unglaubliche Opfer, ihren eigenen Staat aufzugeben, ihre Währung zu vernichten. Die eigene Regierung verpflichtete sich sogar dazu, ohne das Volk zu befragen.

Und schlimmer noch: Als das überlebende politische System, das die kapitalistische Welt vertrat, sich als untragbar erwies, ganze Kontinente in Hunger und Elend und Massaker versanken, da sollten die doppelt und dreifach betrogenen Deutschen den Schaden auswetzen mit ihrem Gelde. Ihre eigenen Fachleute warnten davor, sich nicht zu übernehmen. Doch das Warnen wurde überhört. Dem moralischen, dem politischen Bankrott folgte der finanzielle. Millionen ohne Arbeit, mit dem Tode bedroht in den eigenen Städten von ausländischen Verbrechern, falsch erzogene Kinder, von Drogen und Seuchen überschwemmt, die freie Meinungsäußerung verboten, die Ernährung gefährdet, eine planlose Energiewirtschaft, ein Ozonloch über der Heimat, Luft und Wasser verschmutzt, das ist das Ergebnis vom Fall der Mauer für die Deutschen. Es ist der vielfache Beweis für die fürchterliche Behauptung, daß die Deutschen nicht von Deutschen regiert werden, sondern von Feinden des Deutschen Volkes.

Und schlimmer noch: Die Welt glaubt den Beteuerungen aus Bonn nicht, daß man nicht noch mehr zahlen kann, noch mehr helfen kann. Man stempelt die Deutschen zu feigen Drückebergern, zu eklen Superreichen, zu Feinden weltweiten Zusammenstehens.

Und die Regierung der Deutschen nimmt dieses alles ebenso hin, wie vierzig Jahre Verleumdung.

Wir überschrieben dieses Buch mit dem Wort **„Bankrott"**. Genauer besehen ist dieser Bankrott erst die Folge einer viel tiefer liegenden Ursache. Zugrunde liegt dem Bankrott der fehlende Wille und die mangelnde Fähigkeit, das Land der Deutschen sauber und anständig zu verwalten. Der Bankrott ist die Folge einer Regierungstätigkeit, die sich auf alle Verwaltungsgebiete erstreckt, und die nach eigenem Urteil der Regierenden hilflos und planlos ist. Die nach unserem Urteil aber nicht etwa aus Unfähigkeit falsch läuft, sondern aus der bewußten Absicht heraus, dem Deutschen Volk Schaden zuzufügen, es zu beseitigen! Es gibt sogar diesbezüglich klare Eingeständnisse.

Ist ein solches Ergebnis aber belanglos für den Rest der Welt? Für den Rest Europas? Gereicht es zum Vorteil unserer heutigen Nachbarn, wenn es kein deutsches Volk mehr gibt?

Man beruft übereilt Sondersitzungen der G7 ein, um **Rußland** zu helfen. Man hat Angst vor dem Zusammenbruch der Reformbewegung in Moskau (die die Zinsknechtschaft garantiert). Und man fordert Deutschland auf, seinen letzten ersparten und erarbeiteten Pfennig in diese Hilfe zu stecken. Wäre es nicht angebracht, erst einmal Deutschlands Zukunft sicherzustellen? Bevor man weiter Geld zum Fester hinauswirft?

So, wie die Dinge stehen, bedeutet deutsche Teilnahme an einer Rußlandhilfe noch größere Gefährdung Europas, nicht etwa größere Sicherheit.

Und das alles geschieht im Angesicht der schwelenden Wunde in Bosnien, die von Engländern und Russen offengehalten wird.

Und im Angesicht der von den USA in Südkorea heraufbeschworenen Gefahr eines Atomkrieges.

Wahrlich, „Bankrott" ist ein noch viel zu harmloser Ausdruck für unsere Zeit.

Aber, geht es hier überhaupt nur um „Ausdrücke", um Worte? Es geht da doch um viel, viel mehr. Da liegen Leichen vor uns! D a s ist unsere Wirklichkeit! Die Toten lassen sich nicht wegreden, die ermordeten Fürsten, die Verwoerd und Palme und John F. Kennedy und Hess und Herrhausen und Rohwedder usw. Und da wird ein blutiger, schrecklicher Krieg vor unseren Augen geschürt und angeheizt. In Europa! Und es wird jede Hilfe für die Leidenden verhindert. Und da geht unsere Umwelt in die Brüche. Das alles sind doch Tatsachen. Wer will sie leugnen? Wer will uns von ihnen ablenken und uns etwas vorerzählen von einer Neuen Weltordnung, in der alles besser sein wird als es heute ist? Und um es noch verständlicher zu machen, ist man sofort bei der Hand mit der Behaup-

tung, daß es ja heute schon viel besser auf der Welt zugeht als unter den „Nazis" und unter der Stasi. Wir sind ja deutlich auf dem aufsteigenden Ast der Weltgeschichte. Doch, dieses Bild verfing noch vor einigen Jahren. Es greift heute nicht mehr. Die Leichen und die Revolutionen und die zersetzenden neuen Gesetze lassen sich nicht mehr wegreden. Und auch nicht, was man sich da mit vorgehaltener Hand zuraunt über die Urheber. Denn auch das ist bereits unwiderruflich sichergestellt: Das alles ist nicht zufällig geschehen und es ist auch nicht planlos und kommt nicht aus verschiedenen Ecken. Hinter allen diesen Leichen steht eine einzige dunkle Macht. Hinter den Tätern steht e i n Täter. Er spielt in diesen Tagen seine letzten Trümpfe aus. Er überschlägt sich dabei in Verdrehungen und Beschimpfungen Unschuldiger, in Terrorurteilen gegen das Beste wollende Jugendliche. Bankrott? Jawohl, bankrott auch mit Ihrem Repertoire der Verteidigung, meine Herren Völkermörder. Sie sind am Ende. Sie wissen es. Sie haben deswegen in den letzten Monaten eine supergeheime Sitzung nach der anderen einberufen. Sie haben bei allen diesen Zusammenkünften angefangen mit dem Wunsch, ein jeder möge Vorschläge machen, wie das Verbrecher-Syndikat noch zu retten sei. Und alle diese Conclave endeten mit schweren Zerwürfnissen. Gräben haben sich aufgetan in den Obersten Räten. Man ist zu keiner Lösung gekommen. Ihre oberste Führung, meine Herren Freimaurer, ist genauso planlos und ohne Ausweg, wie es Ihre Spiegelbilder, die profanen Regierungen auf der ganzen Erde mit einer immer schwächlicher werdenden Garnitur von Politikern zeigen. In Ihren eigenen Reihen frißt der Wurm der Zwietracht. Wer noch Arbeit hat, versteht nicht die Arbeitslosen, wer Computer bedient, begreift nicht diejenigen bei Ihnen, denen eine ordentliche Schulausbildung versagt wurde, wer noch immer an ein glückliches Europa glaubt, sieht sich einer wachsenden Front von glühenden Nationalisten gegenüber, wer Regenbogengesellschaften wünscht, wird abgewisen von den Vertretern gleichartiger gesellschaftlicher Identität, ja, und wer alles daransetzt, daß die Welt wächst und gedeiht, steht in der eigenen Bruderkette vor einer verzweifelten Phalanx von jenen, die mit letzter Kraft eine weitere Plünderung unseres Planeten verhindern wollen. Das schlimmste ist dabei, daß diese Hilflosigkeit und Planlosigkeit um sich greift in einem Augenblick, da nur noch schnellstes Handeln das Leben auf dieser Erde retten könnte und da diese Lähmung das Ende der Brüderlichkeit zur Folge hat. Und damit des Bundes überhaupt. Denn seine beiden anderen Säulen, Freiheit und Gleichheit sind bereits in alle Winde verstoben.

Bankrott? Ja, diesem Bankrott sind sie alle unterworfen. Ein Tyrann regiert, der nicht mehr weiß, was er will, der darum auch nicht mehr sieht, was gut ist und was böse, der erblindet und verzweifelt um sich schlägt. Weil die Stunde naht, da alles Lebensfähige auf dieser Erde zerstört wurde und der logische folgende Schritt, das Installieren der Neuen Weltordnung, nicht funktioniert. Es bewahrheitet sich in unseren Tagen, was seit dem Anfang dieser Welt feststand: Der Weg gegen Gott und die Natur führt ins Verderben. In diesem Sinne sind wir Bankrott.

Ja, so eine Niederschrift ist kein Spielzeug, nicht einmal für Gedanken. Wir sind Zeugen einer weiteren Phase des Weltuntergangs. Man hat zu tausenden die Beweise dafür offengelegt, wer dafür verantwortlich ist. Wir erkennen, daß die Menschheit von einer unheilbaren Krankheit befallen ist, die sich seit tausenden von Jahren bereits weitervererbt hat. Sie ist in diesen Tagen an einen Punkt gekommen, da ihr tödlicher Atem allen klar wird, da vor allem den Befallenen selbst die Einsicht kam, daß unser Weg ins Chaos führt, wie sie sagen. Hunderttausende von Menschen verhungern und erfrieren, ohne daß ein Machtwort fällt. Wer irgendwo in der profanen Welt eine Rolle spielt, wagt nicht zu handeln, weil er Angst hat vor dem Großen Bruder, einen nicht befohlenen Schritt zu tun. Denn, Angst war ja schon die erste Regung dieser schwächlich Suchenden, als sie dem Teufelsbunde beitraten.

Prinzipiell international bis an das Ende der Welt:

Auf seiner Asienreise traf Bundeskanzler Kohl auch Indonesiens Präsident Suharto. Am Freitag besucht er erstmals seit sieben Jahren wieder Japan. (Bild Reuter)

Anmerkungen

Die lateinischen Zahlen bedeuten Bücher aus unserem Verlag. Vollständige Liste mit genauen Titeln in der Verlagsmitteilung am Ende dieses Buches.

1 - Reuter, 11. Dez. 1991
2 - 12.12.1991
3 - Werner Stanzl, Standard/Wien
4 - dazu XIII, 240
5 - siehe XIII, 194
6 - Roberto de Mattei, Professor für moderne Geschichte an der Universität Cassino.
7 - Klaus Peter Schmid in „Die Zeit", 12.6.1992.
8 - NZZ am 12. Juni 1992 aus Frankfurt
9 - FAZ am 27.5.1992
10 - Frankreichs Ministerpräsident Pierre Bérégovoy
11 - Dazu der sehr beachtenswerte Aufsatz von Dr. Diethelm Brüggemann in „Fraktur", Weihnachten 1992
12 - Selbstportrait in „Nation und Europa", 10/1992
13 - XII, S. 35, 70, 101, 131
14 - so „Süddeutsche Zeitung" Nr.170/92
15 - Jesus Ginés Ortega in „El Mercurio", 24.2.1993
16 - dazu I, 247 ff.
17 - in dem angezeigten Aufsatz in „Fraktur"
18 - November 1992
19 - „Nachrichten der Europäischen Bürgerinitiativen zum Schutze der Menschenwürde" 45/92, wiedergegeben in „Das Neue Volk", Nr. 3/1992, Wien, September 1992
20 - Aus dem NAD, Nachrichten-Austausch-Dienst, gegründet von Walter Ochensberger, Nr. 7/92
21 - insbesodere ist dieses der Fall des Ministers Geissler (CDU). Dazu sein Buch „Zugluft - Politik in stürmischer Zeit"
22 - aus „Bürger-Forum", wiedergegeben in „Der Scheinwerfer"
23 - so das Frankfurter Institut für Sozialforschung in der NZZ, 9.10.1992
24 - „Bild"-Interview
25 - dazu III, 86 und 91 sowie VI, 73
26 - X, 487 ff.
27 - „Der Spiegel", 29/1992
28 - Adenauer in VII, 109. In der Art der Pose erinnert das Foto an die Pfeife in den Händen des Hamburger Bürgermeisters Klose, VII, 70.
29 - zitiert von Friedrich Hasselbacher „Frankreichs Totentanz um die Menschenrechte", Berlin 1941
30 - in Heft 4, 81 ff.
31 - In unseren Tagen tauchte dieser Begriff auf, als im Malvinenkrieg von den „besonderen Beziehungen" gesprochen wurde, die England und die USA verbinden. Auch Kissinger wies auf diese „besonderen Beziehungen" hin, die es ihm gestatteten, nationale Behörden zu umgehen.
32 - Zentralblatt für Okkultismus, November 1920, S. 208 ff.
33 - „Zuviel des ‚Guten'." in NZZ 21.3.1992
34 - Eckert, ausführlich im 3. Heft.
35 - aus „Rio Negro", Argentinien
36 - Franz Marschang in dDS, 24.1.1993
37 - aus „Stimme des Gewissens", Bretthortstr. 221, D-4973 Vlotho
38 - Konrad Adam in „Die verlassene Generation" in FAZ, 4.1.1993
39 - Hubert Schröer vom Stadtjugendamt München in MZ 12.12.1992
40 - aus „Rio Negro", Argentinien, 7.2.1993
41 - Wir meinen das Urteil gegen Adrian Preissinger, Chefredakteur der NATION
42 - in „Die Zeit", 19.6.1992
43 - Hannes Bahrmann in „Das Parlament", 27.11.1992
44 - Dr. Herbert Schnoor, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 25.11.1992 vor dem Bundestag in „Parlament" 27.11.1992

45 - Stefan Dietrich unter der Überschrift „Die Guten und die Bösen" in der FAZ am 28.12.1991
46 - Richard Reich in NZZ, 16.12.1992. Ausführlich zum gleichen Thema „Kurier", Wien, 29.11.1992, „Rechts-Rock": Während Asylantenheime brennen, schlagen ihre Lieder den Takt zum völkischen Wahn einer radikalen Jugend: Die ganz neue deutsche Welle spült nach rechts.
47 - Dieser Katalog erscheint in der Zeitschrift „Sieg", E-08080 Barcelona, Apartado de Correos 12.041, Nr. 7/8 1992/93. Die gleiche Nummer enthält eine bedeutende Anzahl weiterer Informationen. Keine Bestellung ohne Beilage einer Spende zu empfehlen.
48 - „Sieg", 1993
49 - rga 8.10.1992
50 - rga 21.9.1992
51 - rga 26.11.1992
52 - Wolfgang Fischer in rga 27.11.1992
53 - Reuter 2.2.1993
54 - dpa aus Düsseldorf, 3.11.1992 in rga
55 - Albert Schäffer in FAZ 29.9.1992
56 - aus der „Panorama"-Sendung vom 11. Januar 1993; Rechtsanwalt Jürgen Rieger.
57 - C.K. aus Washington 7.12.1992 in der FAZ
58 - FAZ, 27.11.1992
59 - Paul Wilhelm, Staatssekretär Bayerns im Bundestag.
60 - aus „Politik und Zeitgeschichte" zu dem Buch von Hartmut Castner / Thilo Castner: „Rechtsextremismus und Jugend"
61 - FAZ, bhr aus Stuttgart am 1.10.1992
62 - NZZ, 5.12.1992
63 - zusammengestellt von Frank I. Siering, veröffentlicht in „Bild" 21.8.92
64 - Lt aus Schwerin am 25.8.92 in FAZ
65 - Georg Ring in FAZ, aus Stockholm 31.7.1992
66 - Gerhard Wruck, Mitglied im Stadtrat der Landeshauptstad Hannover in einem Leserbrief in der FAZ am 14.1.93
67 - Leserbrief von Horst Braun, Brensbach in der FAZ 5.12.1992
68 - MZ 6.7.1992
69 - siehe VI, 240
70 - dazu I, 361 ff, und XI, 87 und Anm. 299 sowie IV, 465 und V, 64, 446 ff
71 - in seinem Monumentalwerk „Indaba my children", Blue Crane Books, Johannesburg 1965, S. 506
72 - aus „Der Insider", POB 17200, Groenkloof, Pretoria 0027, Südafrika
73 - siehe III, 41
74 - dazu VII, 247
75 - dazu VI, 233
76 - dazu Georg Bensch in DDs, 8.11.1992
77 - Hartmut Koschky, MdB im Dds 31.1.1993
78 - dazu die eigenen Erlebnisse in X, 78
79 - „Die Woche", Australien, 20.10.1992
80 - ap aus Bonn, 13.12.1992
81 - Gustl Huber in Dds 5.1.1993
82 - „Politiker sind unglaubwürdig" in Dds 17.1.1993
83 - Wilfried Böhm MdB in Dds 16.8.1992
84 - Carl Graf Hohenthal, Bonn, 7.8.1992 in FAZ
85 - Elfie Siegl in FAZ 22.12.1992
86 - Georg Paul Hefty in FAZ 3.9.1992
87 - aus Rundschau, ADN-Meldung aus Rostock.
88 - in Heft vier, S. 28
89 - man erinnere nur an die häufigen Bemerkungen über die deutsche Kolonialgeschichte, insbesondere in Südwestafrika
90 - Besprechung von Jörg Schwarz im „Condor", 8.8.1992
91 - W. Daniel Wilson, S. 60. Wiedergegeben in „Fraktur" 11.10.1992 mit vielen weiteren Einzelheiten
92 - Wir zitieren hier aus Nigel Pennick, „Einst war uns die Erde heilig"
93 - Charles Paul Freund in „Washington Post" am 19.1.1992 unter dem Titel „If History is a Lie"
94 - Lewis Carrolls „Through the looking-glass" und „Alice in Wonderland" erschienen 1862 bzw. 1871, gedacht als Allegorien auf die Lehren der Frei-

maurerei und darum von diesen verstanden und von Generation zu Generation den Kindern geschenkt, wie in Deutschland das Werk von Wilhelm Busch. Lewis ist ein Schriftstellername und Nigel Pennick weist darauf hin: Lewis ist der Taufname, der traditionellerweise dem Sohne eines Freimaurers gegeben wurde. Wahrscheinlich ist kein englisches Werk so bekannt geworden wie dieses, von Shakespeare abgesehen.

95 - Abdruck im „Kurier" Wien 13.12.92
96 - in „Die Zeit" 15.5.1992
97 - Peter Horst in der FAZ am 6.6.1992
98 - dpa London
99 - MZ aus London, 23.9.1992
100 - „Der Standard", Wien 23.9.1992
101 - MZ aus Frankfurt u. Hamburg und Paris am 24.9.1992
102 - „Der Standard", Wien 28.9.1992
103 - „Der Standard", Wien 28.9.1992
104 - UPI, Reuter, dpa EFE, Dulbin 1.2.93
105 - Quelle wie im vorigen Absatz, veröffentlicht in Afl. 2.1993
106 - Jeremy Lovell, Brüssel, in Af 4.2.93
107 - UPI, Reuter, dpa, EFE aus London 4.2.1993
108 - IHT, Brandon Mitchener, 4.2.1993
109 - Reuter aus Brüssel am 6.2.93 in „Rio Negro", Argentinien
110 veröffentlicht in AF, Buenos Aires
111 - David Roche in der Morgan Stanley International, London. Wiedergegeben im IHT. Autor Tom Redburn
112 - Horacio Lachmann im AF
113 - in „Die Zeit", 12.6.1992
114 - siehe schon XIII, 48
115 - Gegen Einsendung von DM 10,- zu beziehen von Helmut Creutz, Monheimsallee 99, D-5100 Aachen. Eine sehr empfehlenswerte Anschaffung
116 - Clinton hatte im Wahlkampf versprochen, die US-Wehrmacht für Homosexuelle zu öffnen. Von allen möglichen damaligen Versprechungen wird jetzt diese von den Maurern hervorgeholt und ihre Verwirklichung gegen den Widerstand von Kongreß und Wehrmachtsführung versucht.
117 - „Die Presse", 12.12.1992
118 - Prof. Dr. Eduard Stäuble, Gunten, in „Schweizerzeit", 17.7.1992
119 - am 20. Juni 1992 in der NZZ
120 - Eurostat, Oktober 1992
121 - in einem Interview mit der „Weltwoche", 23.7.1992
122 - „Weltwoche", 20.8.1992
123 - „Weltwoche", 10.9.1992
124 - in „Der Scheinwerfer", 15.6.1992
125 - MZ, 22.9.1992
126 - wiedergegeben im „Schwarzen Korps", Berlin 2.11.1939
127 - dieses der Titel seines Kommentars
128 - aus E. Franke-Griecksch (Hrsg.), „Der namenlose Krieg", Leonberg 89
129 - sihe XIII, 48
130 - dazu in V, VI, VII, Register unter „Entwicklungshilfe"
131 - Hans D. Barbier in FAZ, 22.10.1992, „Der Preis des Egalitären"
132 - Wolfgang Müller, Leun/Lahn, in FAZ 22.10.1992
133 - Die nachhaltige wahre Bedeutung des Sozialismus in diesen Jahren beweist Roland Baader in seinem Buch „Kreide für den Wolf - Die tödliche Illusion vom besiegten Sozialismus", Anita Trykve Verlag, Böblingen /Schweiz, 1992
134 - Konrad Adam in FAZ 11.9.1992
135 - James Neilson, engagierter Progressist, in „Rio Negro", Argentinien, 29.1.1993
136 - Javier Franzé, Madrid, in „Rio Negro", 29.1.1992
137 dazu NZZ Ch.M. aus Bonn am 16.10.1992
138 - Ernst Tschanz in „Schweizerzeit" am 13.11.1992
139 - Sabine Sütterlin, 24.9.1992
140 - in Regensburg, 14.10.1992
141 - Robert Spämann in EM 24.5.1992
142 - so sieht es Rolando Bonacchi, „Rio Negro" 15.12.1992
143 - dazu Benda in VIII, 129
144 - aus „Die Idee des politischen Libera-

lismus", Suhrkamp 1992
145 - Hauke Brunkhorst bei einer Buchbesprechung zu Rawls in „Die Zeit", 26.6.1992
146 - deutsche Übersetzung aus „ABC des neuen Katechismus" in Badener Tagblatt, Schweiz, 17.11.1992
147 - wir zitieren aus dem USA-Bericht März 1992
148 - Hochgrad Ernst Jünger durfte sich darüber breit auslassen
149 - Rolando Bonacchi nach der Lektüre von Fukijamas „Ende der Geschichte"
150 - in einer Reportage in EM 21.11.1992 Fukijama schrieb in diesem Jahr „Das Ende der Geschichte und der letzte Mensch"
151 - etwa Bernd Guggenberger in FAZ 2.2.1991. Auch XIII, 333
152 - MZ 23.3.1992
153 - „Nation", 9/1992
154 - der Franzose Alain Minc. Buchbesprechung in „Die Zeit", 22.10.1992
155 - Ernst von Dombrowski, März 1985
156 - Horst Keller
157 - Neil Ascherson in „The Independent", Februar 1992
158 - Heinz Kuszner, Wien, Februar 1992
159 - Francis Fukuyama, „Washington Post" 10.2.1992
160 - Alain Touraine in „Der Standard", Wien 4.5.1992
161 - Josef Kirchengast in „Der Standard" Wien, 17.11..1991
162 - S. 327, 328. Wiedergegeben in Wolfgang Seeger, „Ausländer-Integration ist Völkermord"
163 - Deutsche Geschichte, Beck, München 1992
164 - am 26.5.1992 im Münchener Presse-Club, MZ
165 - er wurde später durch seine von Anfang bis zum Ende gefälschten „Gespräche mit Hitler" zu einem unehrlichen schmutzigen Gegner Deutschlands.
166 - Zahlen dem ausführlichen Bericht in NZZ 21.12.1991 entnommen.
167 - Af 19.11.1992
168 - Reuter 21.11.1992
169 - MZ am 13.12.1992
170 - Reuter 24.2.1993 aus Singapore
171 - Reuter am 4.12.1992
172 - Angel Jozami in „Rio Negro", 7.12.1992
173 - IHT, Peter Behr 5.2.1993
174 - Reuter 3.2.1993 aus London
175 - Günter Traxler im „Standard"
176 - Jörg von Uthmann, FAZ
177 - MZ 10.12.1992, Mostafa Tolba
178 - C.K. in NZZ 15.2.1992
179 - FAZ 18.1.1992
180 - AP und EFE in EM 8.4.1992
181 - rt in NZZ aus Brüssel 1.4.1992
182 - DW 25.4.1992
183 - Claus Pandl in der Kronenzeitung 1.5.1992
184 - Alois Deubler in FAZ 2.5.1992
185 - dpa/Reuter 1.5.1992 aus Belgrad
186 - Ulrike Rudberg aus Belgrad in „Standard" 5.5.1992
187 - NZZ, Reuter aus Sarajewo am 5.5.92
188 - siehe XIII, Register unter Markovic
189 - im „Standard", 14.5.1992
190 - Reuter in Süddeutscher Zeitung 16.5.1992
191 - FAZ aus Washington 14.5.1992
192 - NZZ, rt aus Brüssel 15.5.1992
193 - Kronenzeitung 18.5.1992
194 - Kronenzeitung 28.5.1992
195 - Kronenzeitung 24.5.1992
196 - Stephan Speicher in FAZ 26.8.1992
197 - Vgl. VII, Kissinger
198 - Ostdienst in dDS 24.5.1992
199 - Ostdienst in dDS 28.6.1992
200 - siehe Buch XIII
201 - Ostdienst
202 - Ostdienst
203 - Fk in FAZ am 1.6.1992
204 - aus „Standard", 23.5.1992 von Livia Klingl aus Postojna
205 - dDS
206 - Reuter, AP, AFP aus New York. In „Die Zeit" und FAZ
207 - Reuter und AFP in „Rio Negro"
208 - Washington Post 24.7.1992
209 - FAZ 6.10.1992

210a Vecernje Novosti, Bericht von Dr. Petar Kacavenda, Okt. 1992
210b so auch Rudolf Rukover in dem zuständigen ‚Donauschwaben', 1.11.92
211 - dpa/AP New York
212 - AP aus London 22.10.1992 in „La Nacion", Buenos Aires
213 - Gustav Chalupa in Salzburger Nachrichten 24.10.1992'
214 - Salzburger Nachrichten 24.10.1992
215 - rga 3.11.1992
216 - C.G. aus Bonn in der FAZ 13.11.92
217 - „Insider", Pretoria
218 - dDS, 29.11.1992
219 - NZZ 16.12.1992
220 - 17.12.1992 Reuter aus Moskau in NZZ
221 - NZZ aus London 21.12.1992
222 - Reuter 13.1.1993
223 - ANSA, AP, EFE, UPI und Reuter aus Genf am 23.1.1993
224 - wir folgen hier dem Bericht, den „Ostdienst" am 24.1.1993 im dDS veröffentlicht
225 - Reuter aus Agram, 29.11.1993
226 - IGFM, Für die Menschenrechte, X 1992
227 - NZZ, Tz aus New York 15.11.1992
228 - ap, Genf 27.12.1992
229 - R.St. in NZZ, aus Rom 28.12.1992
230 - dpa/AP/AFP, Belgrad 8.1.1993
231 - NZZ 21.1.1993
232 - Reuter 22.1.1992, Zagreb
233 - Reuter 25.1.1993 aus Genf in NZZ
234 - Rom 5.2.1992
235 - Tz in NZZ aus New York 9.2.1993
236 - 4.2.1993 in Washington, FAZ
237 - AP, UPI, EFE, Washington 11.2.93 in EM
238 - Reuter 11.2.1993 in „Rio Negro"
239 - Klaus-Dieter Frankenberger in FAZ, 12.2.1993
240 - R.M. in NZZ 11.2.1993 aus Washington
241 - Bericht aus Bonn, Sto, am 4.2.1993 in der FAZ
242 - 4.2.1993, K.F. in FAZ
243 - FAZ 31.12.1992
244 - „El Austral", Chile, 12.2.1993
245 - U.sd. 14.2.1993 aus Moskau in NZZ
246 - im Le Canard enchainé, Paris, 26.2.1993
247 - Reuter, Frankfurt, 1.3.1993
248 - Reuter aus Tuzla, Bosnien z.3.1993
249 - Reuter 8.3.1993 aus Brüssel
249 - TOKO, Zeitkompaß 14.8.1992
250 - Frauke Hunfeld, dpa, April 1992
251 - Günther Nonnenmacher in FAZ 2.5.1992
252 - Hm aus Washington in FAZ 15.4.92
253 - C.K. in FAZ 25.4.1992
254 - NZZ
255 - USA-Bericht 1/1992
256 - Jacob Steuerer im „Standard", 28.11.1992
257 - NZZ
258 - ein Teil dieser Darstellung erschien bereits in meinem Aufsatz „Terror und Gewalt", den ich in „Nation" Nr. 1/1993 veröffentlichte
259 - u.a. in NZZ, afp am 24.9.1992
260 - EM 3.4.1992
261 - In „El Mercurio", 24.2.1992
262 - in den letzten drei Büchern haben wir darüber ausführlich berichtet
263 - dazu I, 461
264 - Bernhard Heimrich in FAZ am 25.5.1992
265 - z.B. „International Express, Southern Africa Edition, 4.11.1992
266 - William Wallace, „Thatcherismus und die Folgen" in „Aus Politik und Zeitgeschichte", Juli 1991
267 - FAZ 7.12.1992
268 - „Der Spiegel", 3/1993, S. 22
269 - Hans-Henning Frhr. v. Bischoffshausen, Hamburg in FAZ 9.1.1993
270 - Rüdiger Safranski in FAZ 24.12.92
271 - Angelo Bolaffi, Professor der politischen Philosophie in Rom im „Spiegel", 51/1992
272 - dazu „Weltwoche" 17.12.1992
273 - Diese und weitere Zitate aus dem Aufsatz von Hans Magenschab im „Kurier", Wien, 12.12.1992
274 - ORF Fernsehen „Zeit im Bild", 24.5.1992, 19.30 hs.
275 - hjf aus Rom, 7.12.92, in der FAZ

276 - dazu FAZ 25.5.1992 und FAZ 11.4.1992
277 - wie bereits in XIII, 261 mitgeteilt
278 - „Weltwoche", 23.7.1992
279 - III, 74
280 - Friedrich Hasselbacher in „Entlarvte Freimaurerei", Band IIIE „Das Ende des Freimaurer-Wunders Tschechoslowakei", S. 26
281 - Hasselbacher, S. 47
282 - Berlin 1928
283 - Hasselbacher, S. 62
284 - Roland Höhne in „Aus Politik und Zeitgeschichte", November 1991
285 - Günther Nonnenmacher in FAZ 4.1.1993
286 - Dieter Schildbach in FAZ 26.5.1992
287 - Jörg von Uthmann in FAZ 6.2.1993 unter der Überschrift „Imperialismus, menschlich"
288 - Uthmann
289 - aus „Wirtschaftswoche", 27.5.1992
290 - Günter Krabbe in FAZ 8.1.1993
291 - Dazu vor allem I, 379 ff.

Zeitschriften

Das neue Volk	A-1090 Wien, Fuchsthallergasse 11.
Der Dritte Weg	Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung, Freisoziale Union FSU, Feldstr. 46, D-2000 Hamburg
Der Insider	Klaus Vaqué, POB 17200, Groenkloof, Pretoria 0027, Südafrika
Der Scheinwerfer	E. Hefendehl, D-8634 Rodach-Sülzfeld
Etika 2001	Rainer Lechner, Weinstr. 5, I-39040 Kurtatsch (BZ), Südtirol
Dinge der Zeit	Hefte für inhaltliche Demokratie, Grabenstr. 4, D-7313 Reichenbach (Fils)
fakten	Partei „Kritische Demokraten", A-2111 Seebarn 12, Österreich
Fraktur	Prof. Dr. Diethelm Brüggemann, Waldstr. 12, D-7037 Magstadt, Postfach 1162
NAD	„Nachrichten-Austausch-Dienst", Postfach 5, A-6911 Lochau
Nation	Das politische Magazin für Deutsche, Adrian Preissinger, Kreuzbergstr. 56, D-8640 Kronach/Ofr.
Nation und Europa	Karl Richter, Postfach 2554, D-8630 Coburg
Ökologie	Heinz-Siegfried Strelow, Wolfram Bednarski, Bratbeerenwinkel 6, D-3257 Springe-Völksen
Ostdienst	Hans Peter Rullmann, FACTA-OBLITA-Verlag GmbH, Hamburg
Recht und Wahrheit	Georg Albert Bosse, 3180 Wolfsburg 1, Hohensteinstr. 29
TOKO, Zeitkompaß	Prof. Dr. W. Schneider, D-5800 Hagen 1, Feithstr. 180, Postfach 345
Sieg	E-08080 Barcelona, Apartado de Correos 12.041, Spanien
UN Unabhängige Nachrichten	Postfach 400215, D-4630 Bochum 4
USA-Bericht	Hans Schmidt, POB 10600, Burke VA 22015, USA
Wirtschaft aktuell	Walter Hirt, Florastr. 12, CH-8032 Zürich
Zentralblatt für Okkultismus	Leipzig, 1920

Literaturverzeichnis

Baader, Roland — „Kreide für den Wolf" - Die tödliche Illusion vom besiegten Sozialismus. Anita Trykve-Verlag, Böblingen, Schweiz, 1992.

Baigent, Michael und Richard Leigh — „The Temple and the Lodge", New York 1989.

Barragán, Hugo Roberts — „La Obra Masónica en Bolivia", Editorial Iris, Santa Cruz, Bolivien, 1991.
„Las Treinta Monedas", Editorial Iris, Santa Cruz, Bolivien, 1001

Binder, Dieter A. — „Die diskrete Gesellschaft", Graz-Wien-Köln, 1988.

Busch, Felix — „Aus dem Leben eines königlich-preußischen Landrats". Herausgegeben von Julius H. Schoeps, Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin, 1991.

Carroll, Lewis — „Alice in Wonderland" and „Through the Looking-Glass", Pan Books Ltd., London, reprinted 1952.

Charpentier, Louis — „Die Geheimnisse der Kathedrale von Chartres, Gaia-Verlag, Köln.

Chomsky, Noam u.A. — „Die neue Weltordnung und der Golfkrieg", Trotzdem-Verlag, Pf 1159, D-7043 Grafenau-Döffingen.

Corbi, Gustavo Daniel — „El Mitrado y el Terrorista", Buenos Aires 1990.

Creutz, Helmut — „Gerechtes Geld - Gerechte Welt". Ein Ausstellungskatalog Monheimsallee 99, D-5100 Aachen.

Daim, Wilfried — „Der Mann, der Hitler die Ideen gab", Verlag Hermann Bühlaus Nachf., Wien-Köln-Graz 1985.

Diwald, Hellmut u.A. — „Warum so bedrückt? Deutschland hat Zukunft", Hohenrain-Verlag, Tübingen 1992.

Eckert, Emil Eduard — „Magazin der Beweisführung für Verurtheilung des Freimaurer-Ordens als Ausgangspunkt aller Zerstörungsthätigkeit gegen jedes Kirchenthum,, Staatenthum, Familienthum und Eigenthum mittels List, Verrat und Gewalt", Verlag der Friedr. Hurterschen Buchhandlung, Schaffhausen, 2. Auflage 1867.
Dazu VII, 137 ff. Eckert wurde 1860 von Freimaurern in Wien ermordet.

Eickstedt, Egon Frhr. v. — „Die rassischen Grundlagen des deutschen Volkes", Hermann Schaffstein-Verlag, Köln.

Engdahl, F. William — „Mit der Ölwaffe zur Weltmacht. Der Weg zur Neuen Weltordnung", Dr. Böttiger Verlags GmbH, Dotzheimer Str. 166, D-6200 Wiesbaden, 1992.

Ermacora, Felix — „Die sudetendeutschen Fragen", Langen Müller-Verlag München, 1992.

Fritz, Paul — „Ist der Dollar noch zu retten? Der Egoismus der USA", Wirtschaftsverlag Langen-Müller Herbig, 1989, München.

Fukijama, Francis — „Das Ende der Geschichte und der letzte Mensch", Washington, 1992.

Geissler, Heiner — „Zugluft - Politik in stürmischer Zeit", 1992.

Hasselbacher, Friedrich — „Entlarvte Freimaurerei", Bd. III; „Das Ende des Freimaurerwunders Tschechoslowakei" Propaganda-Verlag Paul Hochmuth, Berlin W 35, 1939.

Kay, John de — „Die Weltallianz", Verlag F. Kay, Bern 1919.

Kissinger, Henry A. — „Die sechs Säulen der Weltordnung", Siedler-Verlag, Berlin, 1992.

Kohuth, Dr. Adolph — „Gekrönte und ungekrönte Judenfreunde", Verlag Dr. Basch & Co., Berlin, 1913.

Lenz, Thomas und Kurt Mason — „Die schutzlose Gesellschaft. Die Ohnmacht der Polizei im Kampf gegen das internationale Verbrechen im Fall Österreich", Universitas, Wien 1992, München 1992.

Lingend, P.M. — „Warnung vor EG-Europa", Buchdienst Südtirol, Pf. 210 143, D-8500 Nürnberg 21.

Minc, Alain — „Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa", Hoffmann und Campe, Hamburg 1992.

Mölzer, Andreas — „Und wo bleibt Österreich?", Verlagsgemeinschaft Berg, Berg am See, 1991.

Mutwa, Credo — „Indaba my children", Blue Crane Books, Johannesburg, 1965, Südafrika.

Neufeld, Hans (Juan) — „Wie es war", Asunción, Paraguay 1988 und 1991.

Peez, Alexander von — „England und der Kontinent", Verlag Karl Fromme, Wien und Leipzig 1909.

Priebe, Eckhart J. — „Thank you Canada", Gordon Soules Ltd. 1352 B. Marine Dr., West Vancouver, BC, V7T 1B5, Kanada.

Purucker, Gottfried von — „Grundlagen der esoterischen Philosophie", 2 Bde., 3. Auflage 1986. Verlag Esoterische Philosophie GmbH, Hannover.

Pennick, Nigel — „Einst war uns die Erde heilig", Goldmann Verlag, 1990.

Rauschning, Hermann — „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens", Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1929.

Rawls, John — „Die Idee des politischen Liberalismus", Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1992.

Roth, Jürgen — „Die Verbrecherholding - das vereinte Europa im Griff der Mafia", Wien, 1992.

Scheffer, Thassilo von — „Die Kultur der Griechen", Phaidon Verlag.

Schweyer, Dr.jur.Dr.Oec. — „Politische Geheimverbände", Freiburg 1925, Herder & Co. GmbH Verlagsbuchhandlung.

Seeger, Wolfgang — „Ausländer-Integration ist Völkermord", Verlag Hohe Warte Franz v. Bebenburg KG, D-8121 Pähl, 1982.

Short, Martin — „Inside the Brohterhood", Verlag Grafton Books, a Division of the Collins Publishing Group, London, Glasgow, Toronto, Sydney, Auckland, 1984.

Steinhauser, Karl — „Who is who ohne Maske. Das wahre Gesicht der Freimaurerei", Verlag des Bürgerschutz-Komitees, Wien 1991

Todd, Emmanuel — „Vor dem Sturz. Das Ende der Sowjetherschaft", 1977.

Wilson, W. Daniel — „Geheimräte gegen Geheimbünde. Ein unbekanntes Kapitel der klassisch-romantischen Geschichte Weimars. Verlag J.B. Petzler, Stuttgart 1991.

Abkürzungen

Af	„Ambito financiero", Buenos Aires
AF	„Agence France"
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BdV	Bund der Vertriebenen
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel
CIA	Central Investigation Agency, USA
CDU	Christlich-Demokratische Union, Deutschland
CFR	Council of Foreign Relations, USA
CSU	Christlich-Soziale Union, Deutschland
DE	„Darmstädter Echo"
DDs	„Der Donauschwabe", Aalen
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DW	Deutsche Welle, Köln
EM	„El Mercurio", Santiago, Chile
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EWU	Europäische Währungs-Union
FDP	Freie Demokratische Partei
FPÖ	Freie Partei Österreichs
GATT	General Agreement of Trafics and Trade
GNP	General National Product
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten, Ex-Sowjet-Union
ICO	Organisation Islamischer Staaten
IGFM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
IHT	International Herald Tribune, Paris
IWF	Internationaler Währungsfonds
MSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, Europa
MZ	Mittelbayrische Zeitung, Regensburg
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NYT	Ney York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAU	Organisation für Einheit Afrikas
OEA	Organisation Amerikanischer Staaten
RDG	Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Belgien
rga	Remscheider General Anzeiger
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TC	Trilateral Commission
UDI	Union Democratica Independiente, Chile
UP	Union Popular, Chile
WASP	White Anglo-Saxon Protestants, USA
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
WGO	Welt-Gesundheits Organisation
ZdF	Zweites deutsches Fernsehen

Alphabetisches Namens- und Sachregister

A

Adam, Konrad 54
Adenauer, Konrad 164, 167
Adolf-Grimme-Institut 98
Afrika 233, 257, 265
Agrarerzeugnisse 176
Ägypten 68
Ahern, Bertie 122
Ahlers, Conrad 164
Aidee 267
Aids 233
Akol, Jacob 265
Albanien 210
Algerien 68
Alibi-Theorie 215
Alfonsin, Raul 235
Allende, Dr. Salvador 240
Altai-Gebirge 81
Altona 251
Amato, Giuliano 224, 255, 258
Angelbeck 208
Angola 63, 152
Anti-Utopie 153
Aranda 92
Arbeit 257
Arbeitslosigkeit 136, 140, 176, 258
Arentz, Hermann Josef 108
Argentinien 133
Artenschutz 182
Asmara 266
Asylantenpolitik 21 ff.
Asylbeschleunigungsgesetz 59
Äthiopien 68
Atlantikcharta 160
Atomwaffensperrvertrag 164
Augstein, Rudolf 30
Ausländerfeindlichkeit 22, 27, 59
Ausländer-Integration 171, 174
Ausländerwahlrecht 149
Auslandsdeutsche 77, 204, 216, 217, 219, 220, 242, 245
Autonomie 172
Ayacucho 235
Aylwin, Patricio 241
Ayittey, George 265

B

Baader, Roland, Anm. 133
Baden, Prinz Max von 34
Baden-Württemberg 219
Baker, James 186, 198
Balkankonferenz 219
Banja Luka 214
Banken 140
Bankovac 222
Baranja 190, 206
Barre, Sidi 266
Baum 58
Befreiungsbewegung 148
Belgien-Luxemburg 259
Benesch 260
Bentley, Helen 198
Bérégovoy, Pierre 131, 177
Besondere Beziehungen 35
Betancour, Belisario 235
Betrug 14
Bibel 19
Biedenkopf, Kurt 81, 108
Bilderberger 139
Biller, Maxim 53
Binnenmarkt 130, 263
Birmingham 29, 152
Bismarck, Otto von 33
Bleiburg 200
Blocher, Christoph 136
Blüm 57
Blutsonntag 251
Bolschewismus 160
Bonacchi, Rolando, Anm. 142, 157
Bonhöffer, Dietrich 36
Bosanski Brod 216
Bosanski Novi 188
Borsellino, Paolo 258
Börsen 128
Bosnien-Herzegowina 186 ff.
Bouley 33
Boutros Ghali 192, 225
Brasilien 102
Braun, Horst 62
Braunau 86
Brcko 190
Brecht, Berthold 87
Briand, Aristide 167
Brosanska Gradiska 192
Brown, Brendan 128
Brunner, Manfred 138, 151
Brüssel 28, 58
Brüsseler Stiel 113
Buchanan, James 156
Buford, Bill 253
Bülow, Fürst von 30
Bundesbank 119
Bundesgrenzschutz 57
Burger, Dr. Norbert 38
Bürgerkrieg 10, 62
Bush, George 146, 176, 209, 248

C

Calvet, Jacques 137
Calvi 37
Carbonari 254
Carrington, Lord 139, 186 ff, 196, 210, 212
Carsten, Karl 37
Ceram 19
Cerska 227
Chaos 157, 169
Charlottetown 234
Charmley, John 247
Chile 85
Choiseul-Ambroise 92
Christen 19
Christopher, Warren 225
Christophersen, Henning 124
Churchill, Winston 246
Cierva, Ricardo de la 250
Clark, Alan 247
Clarke 218
Clinton, Bill 8, 225, 226
Cloete, Stuart 69
Club von Paris 240
Comenius, Amos 260
Colan, Blanca 236
Cossiga, Francesco 257
Cotrell, Alison 126
Coutinho, Rosa 63
Craxi, Bettino 258

D

Dahrendorf, Ralf 151, 250
Dalmatien 224
Dänemark 13, 14, 16, 124, 126, 136, 177
Daniszewski, John 204
Daimler 70, 236
Dekrete 30, 242
Delors, Jacques 29, 141, 169
Demokratie 24, 69
Deutsche Außenpolitik 21
Deutsche Ges. f. Ausw. Politik 146
Deutsche Welle 98
Deutschfeindlichkeit 53, 253, 258
Dienstleistungen 140
Dietrich, Stefan 56
di Meana, Carlo Ripo 181, 183
Disraeli, Benjamin 170
Djidda 219
DM 16, 30, 132
Doe 63
Donauhäfen 221, 228
Donauschwaben: Auslandsdeutsche
Dresden 248
Dressler, Rudolf 108
Duala 68
Dubrovnik 201, 202
Duisburg 59
Duschambe 79
Düsseldorf 58

E

Eagelburger, Lawrence 196, 197
Eckert, Emil Eduard 30, 35, 84
Edinburgh 152
EG 11, 13, 29, 113, 114, 124, 126, 136, 146, 149, 152, 173, 176, 182
Ehrenberg, Herbert 112

Eine Welt 161
Einsamkeit 252
Elizabeth II. 249
Elleman-Jensens 224
Elsaß 263
Engholm, Bjorn 22, 29, 107
England 34, 35, 119, 124, 150, 184
Entente-Freimaurerei 37, 246
Entkolonialisierung 264
Entropie 160
Entwicklungshilfe 140
Esseg 215
Ethnische Säuberung 187, 188
Etica 2001 182
Europa 16
Europaflagge 139
Europ. Binnenmarkt 130
Europ. Konzert 160
Europ. Union 12, 30, 146, 148
Europ. Zentralbank 11, 122
Extremisten 215

F

Falcone, Giovanni 257
Feindstaatenklausel 157
Fesser, Gerd 30
Fest, Joachim 250
Fiegelist-Heise, Hellmuth 86
Finnland 114
Fleischer, Manfred 137
Flüchtlinge 206
Flüchtlingskonferenz 203
Franco, Itamar 102
Franke, Heinrich 107
Frankreich 16, 21, 29, 114, 122, 124, 130, 136, 137, 176
Freihandel 21, 38, 143
Freund, Charles Paul 91
Friedensplan 221
Fritsch, Theodor 34
Fujimori, Alberto 235
Fukujama, Francis 157, 160
Fürstenmorde 34

G

Gaidar 65
Gans, Curti 233
Garcia, Alan 235
Gats 175
GATT 81, 122, 132, 176, 264
Gaviria, Cesar 236
Geissler, Heiner 14, 27, 55
Geld 14
Genf 178, 183, 220, 223
Genscher, Hans-Dietrich 12, 16, 30, 37, 70, 168, 184, 241
Geschichte 154
Gesinnungsstrafrecht 53
Gieske, Friedhelm 127
Gipfel 12, 62, 113, 114, 150
Gleichheit 171
Gleichschaltung 56
Glück, Gebhard 27
Göhner 145
Golfkrieg 164
Gonzales, Andres 236
Goppel 29
Gorazde 190
Gore, Albert, Vizepr. 234
Gore, Patrick 198
Goria, Giovanni 117
Goethe, Johann Wolfgang 85
Goethe-Institut 85, 169
Göttl. Weltordnung 166
Goulding, Marrack 190
Granville, Joseph 104
Grau 241
Griechenland 224
Gross, François 137
Gross, Gerhard 61
Großmachtpolitik 161, 263
Großorient von Frankreich 33
Grundgesetz 149
Guzman, Abimael 153, 237

H

Habsburg, Otto v. 20
Hachmeister, Lutz 98
Haider, Jörg 60
Hargeysa 267
Harris, Bomben- 248
Hasselbacher, Friedrich 33, 262
Hassen 24
Hausmann, Hartmut 13
Havel, Vaclav 261
Hax, Prof. Herbert 129
Heereman, Constantin 177
Hefendehl, E. 137
Heiby, Gilbert 264
Heise, Karl 36, 37
Held, Emilio 85
Henkel, Hans Olaf 121
Hennemann, Dr. Friedrich 131
Herbst, Axel 16, 136
Hess, Rudolf 37, 247
Heuss, Theodor 37
Hirsch, Burkhard 58
Historiker 33
Hitler, Adolf 147, 252
Hoagland, Jim 266
Hobbes, Thomas 150
Homosexuelle 233
Honecker, Erich 83, 147
Hornhues 215
Hoyerswerda 23
Hungersnot 132
Hurd 200

I

Ideologie 62, 138, 145, 154
Iffrig, Dr. 264
Illuminaten 21, 88
Imperialismus 36
Indien 214
Industriepolitik 141
Insider 146
Intellektuelle 21, 144, 161
Interdependenz 122
Internationalisten 22, 37, 146, 148, 161
Intriganten 102
Irland 13, 122
Islam 212, 219
Islamische Konferenz 202
Italien 14, 122, 201, 254
Ius sanguis 171
Ius solis 171
Izetbegovic, Alija 187, 224, 228

J

Jakarta 213
Jaice 185, 217
Japan 178
Jemen 68
Johannesburg 68
Johannes Paul II: Wojtila
Juden 157
Jugo 196

K

Kadosch, Ritter 139
Kaltenbrunner, Gerd Klaus 19
Kambodja 68
Kapital 145 - 161
Kapitalismus 144, 161
Karadzic, Radovan 208, 213
Karic 187
Karl August, Herzog von Weimar 88
Kasachstan 77
Kaske, Karl Heinz 106
Kayser, Philipp Christoph 88
Kelber, Karl-Ludwig 138
Kennedy, John F. 164
Kennedy, Paul 265
Kenya 68
Kimminich, Prof. Dr. Otto 78
Kinkel, Klaus 29, 145, 207, 215, 226
Kipling, Rudyard 39
Kismaju 267
Kissinger, Henry 63, 164, 196, 234
Kjeldsen 177
Klaus, Vaclav 261
Klages, Dr. Ludwig 183
Klestil, Thomas 203
Klose, Hans Ulrich 111, 164, 174
Knin 222
Knolle 208
Kohl, Helmut 14, 29, 54, 59, 136, 145, 150, 242, 263, 271
Kollektive Sicherheit 134
Kolonien 16

Koltschak, Admiral 260
Kolumbien 239
Kommunismus 211, 268
Kongo 68
Königsberg 78
Konsumgesellschaft 183
Kontinuität 146, 147
Kopper, Hilmar 118
Korruption 17, 236, 254
Kossovo 224
Kotzebue 53
Krabbe, Günter 267
Kreditsystem 162
Kreuder, Thomas 150
Kreuzzüge 17
Kriegsverbrechen 226
Krumsiek, Rudolf 27
KSZE 160, 191
Kuba 63
Kuffer, Hanus 260
Kultur 144, 172, 173, 209, 218
Kuntner, Florian 60

L

La Baule 265
Lambsdorff, Graf 28
Lambert, Christian 227
Lamers 29
Landesfriedensbruch 56
Lanxade, Adm. 263
Lehmann-Grube, Dr. 110
Liberalismus 157
La Rochelle 263
Lautaro 92
Le Brun, Charles 19
Lega Nord 254
Leister, Rolf-Dieter 106
Leonhardt, Ernst 131
Le Pen 264
Leviathan 150
Libreville 265
Liehm, Anton 21
Liesen, Klaus 104
Lloyds 249
London 114
Londoner Konferenz 212
Los Angeles (Chile) 241
Lubawitscher Bewegung 158
Ludewig, Johannes 105
Ludwig XIV 19
Luxemburg 14

M

Maastricht 11, 29, 148, 173
Mafia 14, 254
Magdeburg 24
Mahatmas 36
Mahdi, Ali 267
Major, John 13, 120, 150, 178, 248
Markovic 191
Marxisten 139
Masaryk 260
Maslenica 224
Massaua 266
Materialismus 20, 132
Mazedonien 186, 210, 218, 224
Mecklenburg-Vorpommern 61
Meech-Lake-Accord 234
Meinungsterror 59
Menschenrechte 169, 198, 209, 237
Mesic, Stipe 191
Milosevic, Slobodan 196, 200, 221
Minderheiten 169
Mitscherlich, Dr. Margarete 23
Mitterand, Jacques 114, 136, 141, 263, 265
Mock, Alois 150
Mogadishu 266
Moi, Daniel arap 68
Monarchie (England) 249
Monrovia 63
Montanunion 139
Montenelli, Indro 254
Moral 148, 154, 155
Mostar 208
MRNKA 84
Mujica, Alfonso 241
Müller, Lothar 152
Mulroney, Brian 235
Multikultur 19, 172
multikulturell 19
Münkler, Herfried 150
Murmann, Dieter 111
Mutwa, Credo 69
Myrdal, Gunnar 176

N

Namibar, Satish 224
Namibia 69
Nationalismus 16, 17, 30, 139, 159, 160, 166
Nationalsozialismus 58
Nationalstaat 17
Nation Europa 20
NATO 134, 148, 220, 263
Naumann 263
Nava, Luis 236
Neoliberalismus 144, 154
Nennung, Dr. Dr. 16
Neonazismus 24, 51
Neto, Agostinho 63
Neuer Katechismus 157
Neue Welt 147, 159, 164, 167, 212
Neuzeit 159
New York 29
Niederlande 58, 259
Nigeria 68
Nihilisten 10, 153
Nikaragua 68
Nipperdey, Thomas 171
Noahidische Gesetze 158
Nölling, Wilhelm 120
Nonnenmacher, Günther 146
Norwegen 146
Notstand 42, 164
Notwehr 52
Nozick, Robert 156
NYT 164, 225

O

Ogata, Sadako 190
Okkultismus 36
Öl 164
Olympische Spiele 17, 98
Orlando, Leoluca 257
Osiatynski, Jerzy 106
Osorno 19, 86, 243
Ost 147
Österreich 58, 60
Ostpreußen 78
Owen, Lord David 200, 213, 214, 220

P

Pabsch, Wiegand 86, 241
Panama 237
Panic, Milan 191, 216, 223
Parlament 53
Parteien 54, 254
Partl, Alois 174
Pavle, Patriarch 208
Peez, Alexander von 34
Perez, Carlos Andres 236
Pflichterfüllung 252
Pieber, Helmut 178
Pinochet, Augusto 240
Pluralismus 257
Pocar, Fausto 237
Polen 174
Politik(er)verdrossenheit 54, 55
Politische Justiz 53
Pombal 92
Portugal 58, 63
Postmodernismus 154
Privatisierungen 150
Proksch, Udo 236

R

Rappe, Hermann 104
Rassismus 58
Rast, Harald 229
Rat d. Deutschsprach. Gemeinschaft 259
Rathenau, Walther 160
Rauschning, Hermann 174
Rawls, John 156
Reagan 196
Rechtsstaatlichkeit 30
Regionen 13, 137, 169
Reis 178
Renan, Ernest 168
Rentabilität 162

Rete 258
Reyes, Dr. Fidel 243
Riche, Pascal 152
Rocard, Michel 257
Rock 56
Rockefeller 130
Rohwedder 81
Ronchi, Roberto 254
Rothschild 130
Rostock 23, 171, 195
Rugova, Ibrahim 210
Rühe, Volker 222, 243, 244
Rumänien 213
Rupert, Peter Alexander 199
Rußlanddeutsche 77
Rüttgers, Jürgen 102, 112

S

Saatgut 182
Sachsenhausen 56
Samaranch, Juan Antonio 17, 18
Sanguinetti, Julio Mario 235
Sanktionen 194 ff., 228
Santiago de Chile 232
Sapin, Michel 119
Saraiva, Othelo 64
Sarajewo 192 ff, 213, 214, 216
Sarney, José 235
Save 205
Savimbi 64
Scalfaro, Oscar Luigi 258
Schachtschneider 152
Schäuble, Wolfgang 13, 24, 60
Scheiner 260
Schiller, Prof. 30
Schlesinger, Helmut 115, 124, 128
Schmalz-Jacobsen 171
Schmidt, Helmut 24
Schmidt, Renate 137
Schmitz, Mathias 229
Schneerson, Menachem 158
Scholz 13
Schönhuber, Franz 137
Schoeps, Julius 54
Schwarz-Schilling 220
Schweden 58, 114
Schweitzer, Albert 69
Schweiz 58, 136, 157
Scientology 154
Seifert, Heribert 98
Seiters, Rudolf 56, 57, 60
Selbstverwirklichung 174
Sendero Luminoso 235
Shalikashvili 263
Sharry, Ray Mac 176
Sicherheitsrat 145, 216, 223, 225
Sicherheitsstreben (Frankr.) 263
Sidlazic 209, 218
Simbabwe 214, 216
Sinj 222
Slowenien 211
Sodano, Angelo 223
Sokolac 214
Somalia 68, 81
Sowjetunion 130, 134, 139, 229
Sozialismus 141, 142, 153, 268
Spadolini, Giovanni 257
Spämann, Robert, Anm. 141, 154
Spanien 114, 146
Spekulation 113, 118, 119, 122, 128, 130
Spengler, Oswald 174
Spinola 64
Spiegel-Affaire 164, 229
Split 218
Spörl, Dieter 104
Srebenica 219
Staat 152
Stabilität 14, 16, 115, 147
Stahl 177
Stahl, Alexander von 24
Stalin 147
Stanzl, Werner Anm. 3
Stafanik 260
Stein, Frhr. von 35
Steinhauser, Dr. Karl 94, 95
Stevenson, Adlai 63
Stihl, Hans Peter 121
Stoiber, Edmund 13, 174
Stojadinovic, Ljubodrag 210
Straßburg 177
Strauß, Dr. Dieter 85
Strauß, Franz Joseph 37
Streibl, Max 152
Stresemann, Gustav 166
Struck 60
Strukturwandel 61
Subsidiaritätsprinzip 146
Subolitza 204
Suchender 170
Südafrika 69
Sudetendeutsche 262
Südtirol 174
Suharto 271
Süßmuth, Rita 53, 55

T

Tat (That) 14, 38
Terrorismus 150
Teufel, Erwin 60
Tietemeyer, Hans 115, 124, 127
Tippelskirch, v. 110
Toleranz 17, 159
Töpfer, Klaus 181
Trakehnen 79
Travnik 217
Treuhand 81, 82
Trichet, Jean Claude 117
Trilaterale Kommission 138, 139
Tschechen 260
Tschechische Legion 260
Tschechoslowakei 260 ff
Tschurkin 225
Tudjman, Franjo 209
Türken 39, 53, 62, 68, 190

U

Uganda 69
Uhrlau, Ernst 23
Ukraine 77
Ungarn 203
Uruguay-Runde 176
USA 147, 176, 178, 210, 222
Utopia 153

V

Vance, Cyrus 213, 214, 220
Vance-Plan 206, 215
Van den Broeck 12
Vargas Llosas, Mario 235
Vatikan 20, 166
Verschwörungen 35
Verwoerd, Hendrik 267
Virilio, Paul 182
Vogel, Bernhard 88
Vogelsang, Karl von 143
Völkerbund 160
Völkermord 171
Volksabstimmung 55
Volkslieder-Archiv 167
Volksverhetzung 59, 154
Vollmer, Antje 154

W

Wachstum 114, 160, 181
Wahrmund, Dr. Adolf 138
Waigel, Theo 61, 105
Währungspolitik 152, 184
Walthemate, Ernst 243
Walzer, Michael 156
Wasser 182
Weber, Jürgen 109
Weikersheim, Studienzentrum 17
Weiss, Dr. Ulrich 129
Weizsäcker, v. 22, 59, 241, 263
Weltherrschaft 35, 130, 165
Weltrevolution 85
Weltstaat 145
West 147
Weigandt, Klaus 108, 129
Wilhelm II, Kaiser 30, 37, 54
Windsor, Schloß 250
Wojtila, Papst 21
Woiwodina 203
Wörner 220
Würzbach, Peter-Kurt 220
Wyplosz, Charles 152

Z

Zadar (Zara) 221, 224
Zemunik 224
Zerstörer 28, 58
Zerstörung 134, 153, 167, 252, 267
Zigeuner 23, 61
Zimmermann, Warren 198
Zinsen 118, 122, 124, 219
Zivilisation 19, 211
Zvornik 201

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen

8 Bob Clinton, („Rio Negro", Argentinien)
18 Juan Antonio Samaranch
24 Belogen, betrogen . . . (FAZ, Foto AP)
25 Aufruf Es lebe die Freiheit („Recht und Wahrheit")
31 von Bülow („Der Spiegel" 29/1992)
32 Schacht im Weißen Haus (Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek Wien, ohne Jahresangabe. Wahrscheinlich Anfang 1933)
41 Die Schuldfrage (Unabhängige Nachrichten, Januar 1993)
42 v. Weizsäcker in Berlin (Der Donauschwabe, Günter Butz)
43 Helmut Kohl (Funkfoto AP, Handelsblatt 10.9.1992)
44 Licht im Tunnel (Gießener Anzeiger. Karikatur Bruns)
45 Gewalt gegen Deutsche (Nation und Europa)
46 idem
47 idem
48 idem
49 idem
50 idem
64 Clinton und Major (FAZ 26.2.1993. Foto dpa)
65 Gaidar (FAZ. Bild Reuter)
66 Kohl und Jeltsin („Rio Negro")
67 Hesayne
67 Arafat
68 Seung-Ahn Kim (Handelsblatt 8.7.92. Werkfoto)
71 Loge? (NZZ 13.1.1992)
72 Loge
73 Opfertisch
74 Kuckuckstein I
75 Kuckuckstein II
82 Karlheinz Blessing (Handelsblatt 6.7.1992)
82 Karlheinz Blessing (Handelsblatt 6.7.1992)
83 Birgit Breuel (Handelsblatt 17.8.1992)
83 Ausländer in Mitteldeutschland (imu)
90 Ein Spruch von Goethe
92 Alice im Wunderland
93 Giovanni di Lorenzo („Der Spiegel" 6/93)
94 Die Berliner Mauer (IHT 2.3.1993)
96 Struktur der Freimaurerei
97 Struktur der Freimaurerei
100 Flugblatt I (Freundeskreis)
101 Flugblatt II (Freundeskreis)
104 Dieter Spörl (Handelsblatt 19.8.1992)
104 Hermann Rappe (Handelsblatt 27.7.1992)
104 Klaus Liesen (Handelsblatt 7.7.1992)
104 Joseph Granville (Handelsblatt 31.7.1992)
105 Theo Waigel (Handelsblatt 7.7.1992)
105 Theo Waigel (Handelsblatt 1.9.1992)

105 Johannes Ludewig (Handelsblatt 9.7.1992)
106 Jerzy Osiatynski (Handelsblatt 3.9.1992)
106 Karlheinz Kaske (Handelsblatt)
106 Rolf-Dieter Leister (Handelsblatt 22.10.1992)
107 Günter Rexroth (Handelsblatt 8.7.1992)
107 Heinrich Franke (Handelsblatt 18.8.1992)
107 Björn Engholm (Handelsblatt 11.8.1992)
108 Rudolf Dressler (Handelsblatt 7.9.1992)
108 Hermann Josef Arentz (Handelsblatt 7.8.1992)
108 Klaus Wiegandt, Asko (Handelsblatt 26.8.1992)
109 Kurt Biedenkopf (Handelsblatt 27.7.1992)
109 Jürgen Weber (Handelsblatt 18.9.1992)
110 v. Tippelskirch (Handelsblatt 22.10.1992)
110 Dr. Lehmann-Grube, OB Leipzig
111 Dieter Murmann, (Handelsblatt 10.9.1992)
111 Hans-Ulrich Klose (Handelsblatt 8.9.1991)
112 Jürgen Rüttgers (Handelsblatt 21.8.1992)
112 Herbert Ehrenberg (Handelsblatt 11.8.1992)
115 Schlesinger und Tietmeyer („Rio Negro", Radio Reuter)
116 Heseltine (Handelsblatt, Foto Financial Times)
116 Leigh-Pemberton (Handelsblatt 10.7.1992)
117 Trichet (Handelsblatt 27.7.1992, Foto Gamma)
117 Goria (Handelsblatt 7.7.1992, Foto Jean Guyaux)
118 Miyazawa (Handelsblatt 24.6.1992, Foto dpa)
120 Rösener (Handelsblatt 31.7.1992, Foto Prange)
120 Manfred Schneider (Handelsblatt 26.8.1992, Foto Braun)
121 Stihl (Handelsblatt 22.10.1992, Foto Darchinger)
121 Stihl (Handelsblatt 15.9.1992, Foto Braun)
121 Henkel (Handelsblatt, Foto Maucher)
123 Heinz Horn (Handelsblatt, Foto Rolf Braun)
123 Grüger (Handelsblatt, Foto von Brauchitsch)
125 Gauck (Handelsblatt, Bild Reuter)
125 Horst Köhler (Handelsblatt 24.8.1992, Foto von Brauchitsch)
127 Friedhelm Gieske (Handelsblatt 13.10.1992, Foto von Brauchitsch)
127 Tietmeyer (Handelsblatt 22.10.1992, Foto Ralph Rieth)
129 Dr. Weiss (Handelsblatt 6.7.1992, Foto Jens Schicke)
129 Klaus Wiegandt (Handelsblatt 26.8.1992. Foto Braun)
129 Prof. Hax (Handelsblatt 21.8.1992, Foto Kucharz)
131 Hennemann (Handelsblatt 21.8.1992. Foto Forum)
131 Ernst Leonhardt (Handelsblatt 25.6.1992. Foto Darchinger)
131 Pierre Beregovoy (Handelsblatt)
142 Pierre Mauroy (Handelsblatt 18.9.1992, Foto: Simon)
165 Martin Buber (Unabhängige Nachrichten)
172 Thomas Nipperdey (FAZ. Foto: Isolde Ohlbaum)
175 Arthur Dunkel („Rio Negro")
179 Nashörner (Foto Holler, Schirmer, Hermanus Namibia)
180 Umweltfreundlichkeit („Ökologie, Cartoon CCC/Robs)
181 die Meana (Handelsblatt 21.7.1992, Foto: Lanni)
185 Die Verfügung von Jajce

187 Izetbegovic (Handelsblatt 1.9.1992. Foto: Kucharz)
188 Ethnische Säuberung (FAZ 6.10.1992)
189 Brief aus Sarajewo (Dds)
190 Volksgruppen in Bosnien (Apa)
191 Milan Panic (Bild Reuter)
193 Flüchtlinge und EG
193 Runder Tisch Europa (Salzburger Nachrichten 22.5.92). Karikatur: Helmut Hütter
195 Alle mal herhören (F. Behrendt). Kronenzeitung
197 EG unter Palmen (FAZ 24.7.1992)
199 Waffen für Serbien (FAZ, F. Behrendt)
201 Flüchtlinge (Mz 29.7.1992)
203 Bosnien Hercegovina (NZZ 8.7.1992)
205 Adria (Weltwoche, F. Behrendt)
207 Die Kontrolleure (FAZ 2.10.1992, F. Behrendt)
230 Clinton (Handelsblatt 27.6.1992, Foto dpa)
255 Amato (Handelsblatt 14.10.1992. Foto Sepp Spiegl)
255 Amato (Handelsblatt 14.10.1992. Foto Jesper Dijohn)
256 Richter gegen Mafia (Ambito financiero 1.2.1992)
261 Vaclav Klaus (Fränk. Nachrichten 17.6.1992. Bild: dpa)
261 Vaclav Havel (Handelsblatt 7.7.1992)
261 Tschechoslowakei (FAZ, ast)
271 Kohl und Suharto (Tages-Anzeiger, 26.2.1993, Bild: Reuter)

Verlagsmitteilung

Vom gleichen Verfasser und zum gleichen Thema erschienen:

VB „Wie der Völkerbund entstand", Buenos Aires 1967
I „Die Große Rebellion", Buenos Aires 1969, Neudruck 1985
II „Gegen Gott und die Natur", Buenos Aires 1971, Neudruck 1990
III „Die Sieben Säulen der Hölle", Buenos Aires 1974
IV „Die Sieben Säulen der Hölle. Ergänzungsband", Buenos Aires 1975
III/IV Zusammendruck der beiden Bücher unter dem Titel „Das verschleierte Bild zu Sais", Buenos Aires 1981. Nachdruck 1987
V „Der Sieg der Vernunft", Buenos Aires 1978
A „Der Sieg der Vernunft. Anhang", Buenos Aires 1978
VI „Verschwörung", Buenos Aires 1980. Nachdruck 1988
VII „Das jüngste Gericht", Buenos Aires 1982
VIII „Einst sangen die Wälder", Buenos Aires 1985
IX „Mit Freude, Stolz und Wehmut", Buenos Aires 1986
X „Frieden, Krieg und Frieden", Buenos Aires 1987
XI „Rette sich wer kann!", Buenos Aires 1989
F „Rette sich wer kann! Fortsetzung", Buenos Aires 1989
XII „Die Unvollendete", Buenos Aires 1991
XIII „Eine utopische Weltordnung", Buenos Aires 1992
XIV „Bankrott", Buenos Aires 1993

Etwaige Bestellungen bitte an Roy Godenau, D-3579 Gilsenberg 3, Buchenmühle 1, Telefon: 0049-(6696) 285. Es genügt, wenn Sie dabei die hier vor den Buchtiteln stehenden römischen Zahlen angeben. Auslieferung erfolgt aus Beständen in Europa. Bei Buchbesprechungen und anderer Nennung unserer Bücher geben Sie bitte immer unsere volle argentinische Adresse an. Wir bemühen uns, wie bisher durch Nachdrucke laufend weiterhin Bücher zur Verfügung zu halten. Falls derzeit ein Buch vergriffen ist, lassen Sie sich auf Warteliste setzen.

Bitte machen Sie unsere Bücher im Freundeskreis bekannt. Man wird Ihnen dafür dankbar sein!

Es sollte noch darauf hingewiesen werden, daß kein einziges Buch unseres Verlages in irgendeinem Lande verboten ist. Unsere Bücher stehen vielmehr in den bedeutendsten Bibliotheken im Osten wie im Westen. Wenn man weiß, mit welchen ungesetzlichen Mitteln die Freimaurerei an die Macht kam und wie sie ihre Stellung zu halten versucht, nimmt es allerdings nicht wunder, daß sie amtliches Vorgehen gegen unsere Bücher zu erreichen versuchte. Sie hat sich dabei hinter dem Vorwurf des „Antisemitismus" versteckt. Die mit solchen Anwürfen befaßten Justizbehörden haben aber alle Untersuchungsverfahren nach Einblick in die Bücher eingestellt. Im Rahmen dieser Vorgänge wurde uns von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main ausdrücklich bestätigt, daß eine Auseinandersetzung mit angeblichen Machenschaften der Freimaurerlogen keine strafbare Handlung darstellt.

Verlag Juan Maler
Belgrano 165
8400 Bariloche
Argentinien
FAX 54-0944-26041